

DIE DARSTELLUNG DER EUROPÄISCHEN
INTEGRATIONSPOLITIK DES BUNDESKANZLERS HELMUT
KOHL IN AUSGEWÄHLTEN DEUTSCHEN PRINTMEDIEN.

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr. rer. pol.) des
Fachbereiches Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Vorgelegt von

Peter Walter

aus Fernwald

2001

Betreuer: Herr Prof. Dr. Reimund Seidelmann

Meinen Eltern

I N H A L T

	VORWORT	S. 7
1.	EINLEITENDE BEMERKUNGEN ZUM THEMA	S. 9
1.1.	Methodik	S. 13
1.1.1.	Forschungsstand zur Europapolitik bis 1989	S. 13
1.1.2.	Herangezogene Literatur zum Stand der europäischen Entwicklung zu Beginn der achtziger Jahre	S. 14
1.1.3.	Forschungsstand zur Europapolitik ab 1989	S. 18
1.1.4.	Literatur zum Komplex der deutschen Wiedervereinigung	S. 18
1.1.5.	Europäische Sicherheit	S. 22
1.1.6.	Maastricht und der Weg zur Europäischen Union	S. 24
1.1.7.	Helmut Kohl in der Kritik	S. 28
1.1.8.	Analytischer Ansatz	S. 30
1.1.9.	Grenzen des Ansatzes	S. 33
1.1.10.	Bemerkungen zur Bedeutung der Printmedien	S. 34
2.	SKIZZIERUNG POLITISCHER INHALTE DER EUROPAPOLITIK UNTER BUNDESKANZLER HELMUT KOHL	S. 37
2.1.	Regierungswechsel im Herbst 1982	S. 37
2.2.	Erste außenpolitische Ziele der Regierung Kohl	S. 40
2.3.	Deutschland, Frankreich und die EG	S. 41
2.4.	Die Situation in der EG beim Regierungswechsel 1982	S. 43
2.4.1.	Deutsche Ratspräsidentschaft 1983 und der Gipfel von Stuttgart	S. 45
2.4.2.	Deutsch französische Initiativen und der Gipfel von Fontainebleau	S. 47

2.4.3.	Deutsch-französische Führung und der Gipfel von Mailand	S. 50
2.4.4.	Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und Vollendung des Binnenmarktes	S. 52
2.4.5.	Der Sondergipfel in Brüssel	S. 53
2.5.	Herbst 1989: Zäsur in der deutschen Außen- und Europapolitik	S. 55
2.6.	Zusammenfassung	S. 56
3.	TEXT- UND SPRACHANALYSE VON BEISPIELEN AUS DEN AUSGEWÄHLTENPRINTMEDIEN	S. 63
3.1.	Vorstellung der Medienauswahl	S. 63
3.1.1.	Auswahlkriterien	S. 63
4.	EXEMPLARISCHER VERGLEICH VON TEXTBEISPIELEN	S. 65
4.1.	Der Zusammenbruch der DDR und Deutschlands beginnende Wiedervereinigung	S. 65
4.1.1.	Textbeispiele	S. 71
4.1.2.	Zusammenfassung	S. 110
4.2.	Ängste und Vorbehalte gegenüber dem kommenden vereinten Deutschland	S. 112
4.2.1.	Textbeispiele	S. 123
4.2.2.	Zusammenfassung	S. 166
4.3.	Die Wiedervereinigung	S. 172
4.3.1.	Textbeispiele	S. 177
4.3.2.	Zusammenfassung	S. 205
4.4.	Irreversible Politische Union: Der Vertrag von Maastricht	S. 209
4.4.1.	Textbeispiele	S. 217
4.4.2.	Zusammenfassung	S. 252
4.5.	Auf dem Weg zur Politischen Union? Probleme nach Maastricht und der Gipfel von Amsterdam	S. 258
4.5.1.	Textbeispiele	S. 265

4.5.2.	Thesen zur Textinterpretation	S. 301
5.	HELMUT KOHL UND DIE MEDIEN	S. 315
5.1.	Der Kanzler und die Printmedien	S. 315
6.	SPRACHLICHE MITTEL DER MEINUNGS- BILDUNG	S. 320
6.1.	Textsorte und sprachstilistische Merkmale	S. 320
6.1.1.	Syntaktische Betrachtung	S. 328
7.	ABSCHLIESSENDE BETRACHTUNG DER LEISTUNG VON PRINTMEDIEN BEI DER MEINUNGSBILDUNG HINSICHTLICH DER DARSTELLUNGSWEISE DER EUROPAPOLITIK HELMUT KOHLS	S. 330
8.	ANMERKUNGEN	S. 346
9.	QUELLEN	S. 369
10.	LITERATUR	S. 371
11.	ANHANG	S. 378
11.1.	Übersicht über die Auflagenstärken, Abb. 1 und 2	S. 378
	Abb. 3	S. 379
11.2.	Zustimmung und Erwartungshaltung der Deutschen zur	
11.3.	EU seit 1981. Abb. 4	S. 380
11.4.	Die Bundesregierungen unter Helmut Kohl in der Wähler- gunst. Abb. 5	S. 381
	Abb. 6 und 7	S. 382
	Abb. 8 und 9	S. 383

VORWORT

Die Vorbereitung zu dieser Dissertation begannen im Frühsommer 1999, als die Auseinandersetzung um die CDU-Parteispendenaffäre und um Helmut Kohl ihrem Höhepunkt entgegen strebte und die Medien sich geradezu überboten, neue Enthüllungen zu veröffentlichen. Die politische Bilanz der 16-jährigen Kanzlerschaft Kohls trat dabei völlig in den Hintergrund. Angeregt durch die durchweg negative Betrachtungsweise des ehemaligen Bundeskanzlers entstand die Idee, die Medienperzeption während seiner Amtsführung einer wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen. Dabei war nicht beabsichtigt, ein Diagramm dieser 16 Jahre zu entwerfen, sondern das Augenmerk auf die wichtigen Entscheidungsphasen der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Integration in den neunziger Jahren zu richten. Die Beschränkung auf diese Themenbereiche und auf bestimmte Medien ergab sich aus der Vielzahl der zur Verfügung stehenden Quellen. Dennoch blieben einige Tausend Beiträge übrig, die zusammen getragen, katalogisiert und ausgewertet werden mussten.

Die Arbeitsbedingungen, unter denen diese Dissertation entstand, waren keineswegs ideal. Dennoch war es möglich, das Ergebnis nach knapp zwei Jahren vorzulegen.

Mein besonderer Dank gilt meinem Betreuer, Herrn Prof. Dr. Reimund Seidelmann vom Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, der mir in jeder Phase der Arbeit hilfreich zur Seite stand. Ebenso danke ich Herrn Prof. Dr. Manfred Dörr, der bereits während meines Magister-Abschlusses ein fairer Prüfer war und mich zur Promotion empfahl.

Trotz voller Terminkalender haben mir der CDU-Fraktionsvorsitzende im Europaparlament, Hartmut Nassauer, sowie der EP-Abgeordnete Michael Gahler geduldig meine zahlreichen Fragen zur Europapolitik Helmut Kohls beantwortet.

Zu danken habe ich auch Herrn Heinz Peter Haumann, dem CDU-Geschäftsführer des Kreises Gießen, der meine Arbeit nicht nur mit großem Interesse verfolgt, sondern mir auch in zahlreichen Gesprächen wertvolle Anregungen gegeben hat.

Mein Promotionsvorhaben hat auch Herr Prof. Dr. Roland Friedrich, der Sprecher des Mehrzweckinstitutes der Fachbereiche Human- und Veterinärmedizin in Gießen mit Wohlwollen begleitet und mir das nötige Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt.

Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausleihen der Universitäts- sowie der Fachbereichsbibliothek möchte ich herzlich für ihre Hilfsbereitschaft danken, durch die mir jederzeit Zugang zu den gewünschten Publikationen gewährt wurde.

Besonders im vorliegenden Falle erforderte das Korrigieren der Arbeit ein außergewöhnlich hohes Maß an Geduld, Zeit und Konzentration. Hierfür hat sich Herr Prof. Dr. Hans Gerd Schiefer, Emeritus am Institut für Medizinische Mikrobiologie der Universität Gießen spontan zur Verfügung gestellt und mit der größten Sorgfalt vorhandene Fehler aufgespürt. Ihm möchte ich für diese Leistung meinen besonderen Dank aussprechen. Auch Herr Dipl. Verwaltungswirt Hans Peter Manderla aus dem Personaldezernat des Klinikums der Universität Gießen hat sich freundlichst zur Korrektur bereit erklärt, wofür ich auch ihm danken möchte.

Und schließlich waren es auch meine Eltern, die mir stets geduldige Zuhörer waren, die nötige Ruhe gewährten und mir die beste Unterstützung angedeihen ließen, um dieses Vorhaben erfolgreich zu beenden.

Fernwald, im Juni 2001

1. EINLEITENDE BEMERKUNGEN ZUM THEMA

Helmut Kohl war von 1982 bis 1998, so lange wie kein Kanzler vor ihm, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Zeit vollzogen sich die deutsche Wiedervereinigung und die – zumindest vertragliche – Vollendung der Europäischen Union.

Was die europäische Integrationspolitik Kohls betrifft, lässt sich diese in zwei Phasen einteilen: Zum einen in die vom Regierungsantritt im Oktober 1982 bis zum Herbst 1989 und zum anderen in die vom Niedergang der DDR bis zur vertraglichen Irreversibilität der Politischen Union und der Festlegung des Termins zur endgültigen Einführung des Euro.

Diese Zweiteilung begründet sich daraus, dass erst mit dem Niedergang des Ostblocks und dem deutschen Wiedervereinigungsprozess die Europäische Integration eine starke Eigendynamik gewann, die den von Kohl bereits in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 ansatzweise artikulierten Integrationsgedanken zunächst sehr entgegenkam. Zwar wurden bereits auf den Ratsgipfeln in Stuttgart 1983, Fontainebleau 1984 und Mailand 1985 feierliche Erklärungen zur weiteren europäischen Integration abgegeben bzw. Maßnahmen für eine bessere Zusammenarbeit beschlossen sowie die Einführung des Binnenmarktes für das Jahr 1992 fokussiert, doch blieb man sich in der Gemeinschaft über die konkreten Ziele und Zeitpläne weitgehend uneins. Die Ambivalenz zwischen dem Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit auf der einen und der Verzögerung dieses Zieles auf der anderen Seite prägten die Verhandlungen innerhalb der Gemeinschaft.

Zwar fand Helmut Kohl in Frankreichs Staatspräsidenten Mitterrand aktive Unterstützung für seine europäische Vision, doch reichte das Tandem Kohl-Mitterrand nicht aus, den Integrationsprozess in dieser Phase entscheidend zu beschleunigen. Erst die Ereignisse um die deutsche Wiedervereinigung und die damit einhergehende europäische Furcht vor einer deutschen Hegemonialpolitik beflügelten das Streben der Gemeinschaft nach einer engeren Zusammenarbeit. Streng genommen war die Zeit von der Verkündung des Zehn-Punkte-Plans bis zum Abschluss des Maastrichter Vertrages die produktivste Zeit des europäischen Integrationsprozesses. Wenngleich der Vertrag von Maastricht noch erhebliche Mängel und Kompromisse aufzuweisen hatte (in diesem Kontext sei nur an die

opting-out-Klausel für Großbritannien und die generelle Struktur eines europäischen Bundesstaates bzw. Staatenbundes erinnert), zeigte er, dass die Gemeinschaft willens und fähig war, konkrete Schritte zu beschließen. Doch schon unmittelbar nach Maastricht setzte eine gewisse Ernüchterung innerhalb der Gemeinschaft ein, die sich etwa an den Referenden in Dänemark und Frankreich zum Beitritt zur WWU manifestierte. Die Erfüllung der Konvergenzkriterien für die gemeinschaftliche europäische Währung und die Unentschlossenheit der Gemeinschaft in der Golf- bzw. Balkan-Krise machten die Grenzen der Integrationsbereitschaft jedoch evident, wobei die Vertretung nationaler Interessen wieder in den Vordergrund rückte. Selbst Helmut Kohl sah sich am Ende seiner Kanzlerschaft dem innen- wie außenpolitischen Vorwurf ausgesetzt, von seiner europäischen Vision abgerückt zu sein.

Die oben erwähnte Zweiteilung der Europapolitik Kohls kann also damit begründet werden, dass die Veränderungen der europäischen Landkarte in den Jahren 1989/90 wesentlich dazu beitrugen, die Verwirklichung der Vorstellungen Kohls von einem geeinten Europa zu forcieren und in Teilen auch zu erreichen, wie etwa der gemeinsame Binnenmarkt und eine gesamteuropäische Währung. Die Vollendung der Politischen Union und eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) waren zwar bereits wesentliche Bestandteile seiner Europapolitik in den 80er-Jahren, konnten aber erst in den 90er-Jahren zumindest ansatzweise ihrer Realisierung näher gebracht werden.

Der Unterschied in Kohls europapolitischem Handeln dieser beiden Jahrzehnte bestand nicht in der Zielsetzung, sondern in den dafür zur Verfügung stehenden Handlungsspielräumen, die sich zu Beginn der 90er-Jahre zugunsten einer größeren Integrationsbereitschaft innerhalb der Gemeinschaft verschoben hatten.

Bei seinem Amtsantritt am 1. Oktober 1982 konnte Kohl seine künftige Europapolitik nur skizzieren, denn erst nach dem 6. März 1983 wurde der durch ein konstruktives Misstrauensvotum herbeigeführte Regierungswechsel durch Neuwahlen bestätigt. Die in die erste Jahreshälfte 1983 fallende Europäische Rats Herrschaft bot der neuen Bundesregierung Gelegenheit, sich europapolitisch zu profilieren, wobei sie sich auf eine Initiative des Außenministers Genscher stützte, die dieser schon unter Kanzler Helmut Schmidt mit initiierte, denn die Probleme waren weiterhin jene, mit denen auch schon Kohls Vorgänger konfrontiert waren. Erst durch die sog. ‚Genscher-Colombo-Initiative‘, die von Kohl – im Gegensatz zu

Schmidt – bereitwillig aufgenommen wurde, begannen sich – auch durch die Begünstigung eines sehr positiven Bilateralismus zwischen Deutschland und Frankreich – Lösungen der Probleme innerhalb der EG abzuzeichnen.¹ Während die Gipfeltreffen der Jahre 1983 bis 1987 entweder scheiterten (Athen) oder als Ergebnis lediglich unverbindliche Absichtserklärungen vorweisen konnten (Stuttgart), gelang der eigentliche Durchbruch zur Verbesserung der Situation innerhalb der Gemeinschaft mit dem Sondergipfel in Brüssel im Februar 1988. Die Reformentwicklung in der Sowjetunion, die auch in ihren Satellitenstaaten deutlich erkennbare Veränderungen zeigte, trug dazu gewiss auch begünstigend bei.

Doch erst mit den dramatischen Veränderungen in der DDR 1989 und der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 erlangte der Europäische Integrationsprozess eine neue Dimension. Die veränderte Rolle Deutschlands, die obsolet gewordene Sicherheitspolitik des westlichen Verteidigungsbündnisses und die strukturellen Veränderungen durch weitere Beitritte zur Gemeinschaft zwangen die politisch Verantwortlichen zum Handeln.

Als vorläufiges Ergebnis dieses Prozesses steht die Vollendung der Währungsunion mit der Einführung des Euro zum 1.1.1999. Die Vollendung der Politischen Union, wie sie in der Europäischen Akte 1984, dem Maastrichter Vertrag 1991 und auf dem Amsterdamer Gipfel 1997 immer wieder bekräftigt wurde, harrt hingegen noch immer ihrer Verwirklichung. Derzeit ist eher eine deutliche Tendenz zu nationalstaatlicher Individualität denn zu supranationaler Integrität zu erkennen. Die Süd-Ost- und Ost-Erweiterung sowie die Verhandlungen mit einer Reihe weiterer Beitrittskandidaten stellen die EU erneut vor infrastrukturelle Probleme. Hierbei zeigt sich die offensichtliche Konzeptlosigkeit der Union, die durch die unterschiedlichen Lösungsansätze, wie etwa durch den Beitrag des deutschen Außenministers Fischer², eher unterstrichen denn beseitigt zu werden scheint. Steht der Europäischen Union eine ähnliche Krise wie zu Beginn der achtziger Jahre bevor oder gelingt es, die seitdem abgegebenen Absichtserklärungen und geschlossenen Verträge zur Verwirklichung einer echten Politischen Union in die Tat umzusetzen ? Unter Bundeskanzler Helmut Kohl wurde bereits in den achtziger und neunziger Jahren das Ziel der Vollendung der Politischen Union in der deutschen Europapolitik stark fokussiert. Die Resonanz in den Medien und der Öffentlichkeit stand dabei in gewissem Gegensatz zum artikulierten Optimismus des Kanzlers,³ denn die Akzeptanz der EG und ihrer Institutionen war in der öffentlichen Meinung der

Bundesrepublik bei weitem nicht so groß, wie dies von den politischen Akteuren in Bonn gewünscht wurde. Die EG galt im Allgemeinen als kompetenzlos und wenig effizient, was sich an den Wahlbeteiligungen zum EG-Parlament in den Jahren 1984 und 1989 belegen lässt.⁴

Auch die printmediale Perzeption bestimmter europapolitischer Entscheidungen Helmut Kohls hat daher nicht nur die zum Teil konträren Bewertungen der Gemeinschaft deutlich gemacht; sie hat darüber hinaus auch gezeigt, in welchem Maße der europäische Integrationsprozess von der öffentlichen Meinung akzeptiert oder abgelehnt wurde. Seit seinem Amtsantritt als Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 wurde die Europapolitik Kohls von den Printmedien durchweg kritisch, zum Teil distanziert oder gar ablehnend kommentiert. Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass ein Teil dieser Medien die Politik Kohls positiver bewertet habe (FAZ und Focus) als andere (TAZ und SPIEGEL). Die Frage, die sich aus dieser gängigen Meinung für diese Arbeit ableiten lässt, ist daher, ob eine bei bestimmten Medien präsumtiv positivere Bewertung der politischen Inhalte automatisch auch zu einer insgesamt positiveren Betrachtungsweise der Person des Kanzlers führte. Anders ausgedrückt: wie erfolgreich oder erfolglos wurden Helmut Kohl und sein politisches Handeln im europäischen Kontext von diesen Medien perzipiert? Auf welchen Politikfeldern wurden ihm dabei Erfolg oder Misserfolg zugeschrieben?

Da der Prozess zur Vollendung der Politischen Union bislang nicht abgeschlossen ist, will die hier vorgelegte Arbeit auch ergründen helfen, welche politischen Konzepte in der öffentlichen Diskussion akzeptabel waren und vom Wähler letztlich honoriert wurden. Besonders nach der deutschen Wiedervereinigung rückte das Interesse an der europäischen Integration zeitweilig in den Vordergrund. Doch ließ sich daraus ein generell gestiegenes Engagement in der Öffentlichkeit ableiten, was zu dem Schluss führen musste, auch künftige Bundestagswahlen mit dem Thema *Europa* erfolgreich bestehen zu können? Die Frage nach der politischen Zukunft eines wieder vereinten Deutschlands in Europa nahm in den Jahren 1989 bis 1991 dabei einen wesentlich höheren Stellenwert ein als in der Folgezeit. Selbst die Bundestagswahl 1994 konnte von der Regierungskoalition durch die Fokussierung des Euro nur noch knapp gewonnen werden. Betrachtet man in diesem Kontext die durchweg kontroverse printmediale Diskussion hinsichtlich der Einführung der gesamteuropäischen Währung, die in den Textbeispielen 24 bis 29 exemplarisch

wiedergegeben wird, ist bereits deutlich erkennbar, dass zwischen der von Kohl gewünschten und der offensichtlich tatsächlichen Akzeptanz durch die Medien erhebliche Diskrepanzen vorhanden waren. Musste man sich spätestens nicht da in den strategischen Planungsstäben besonders in der CDU ernsthafte Gedanken machen, dass eine weitere Bundestagswahl mit einer europapolitischen Akzentuierung nicht mehr zu gewinnen sein würde ?

Und war es nicht auch vielmehr der innere Zustand der Opposition, der Kohl 1994 zu einem weiteren Wahlsieg verhalf ?

Dass sich Erfolg oder Misserfolg in der Europapolitik hinsichtlich künftiger Wahlen entscheidend auswirken können, haben Beispiele in der Vergangenheit mehr als einmal bewiesen. Insofern möchte diese Arbeit einen kleinen Anstoß dazu geben, dass die in den Printmedien artikulierten Stellungnahmen zur Europapolitik Helmut Kohls auch Einfluss auf künftige Regierungsentscheidungen haben können.

1.1. Methodik

1.1.1 Forschungsstand zur Europapolitik bis 1989

Über die Person Helmut Kohls und seine Europapolitik ist seit den frühen 80er-Jahren bis heute eine Vielzahl von Publikationen erschienen.⁵ Es scheint daher auf den ersten Blick wenig sinnvoll, der Forschung eine weitere hinzuzufügen. Dennoch soll aus sowohl rein praktischen als auch inhaltlichen Gründen auf eine kurze, jedoch nur begleitende Darstellung der politischen Entwicklung nicht verzichtet werden.

Zum gegenwärtigen Stand vorhandener Literatur kann festgestellt werden, dass die 80er-Jahre, aber auch die Phase der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 gut ausgewertet sind. Evident ist hierbei besonders die eindeutige Präferenz der Problematik, die sich mit der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft insgesamt befassen. Die Frage der deutschen Rolle rückt erst im Zuge der Wiedervereinigung in den Vordergrund. Eine kurze und exemplarische Übersicht soll den Stand der Forschung verdeutlichen.

1.1.2 Herangezogene Literatur zum Stand der europäischen Entwicklung zu Beginn der achtziger Jahre

Eine theoretische Einführung in die deutsche Außenpolitik seit den fünfziger Jahren bietet *Hanrieder (1991)*⁶. In dieser Arbeit werden die Schwerpunkte der verschiedenen Epochen von Adenauers Westintegration über Brandts Ostpolitik bis zu den Anfängen der Europapolitik Kohls dargelegt.

Zur Ausgangssituation in der EG am Ende der Ära Schmidt und zu Beginn der Kanzlerschaft Helmut Kohls finden sich interessante Perspektiven in einer Publikation des *Instituts für Europäische Politik (Hrsg.)(1984)*⁷, die sich sowohl mit der deutschen Europapolitik aus der Sicht der westlichen Partner als auch vom Standpunkt der neuen Regierung Kohl/Genscher befasst. Als Einstieg in die Thematik eignet sich dabei die kurze Deskription des Stuttgarter Gipfels von 1983. Insgesamt wird die EG aber mehr aus dem ökonomischen Blickwinkel betrachtet und erst in zweiter Linie als politische Gemeinschaft diskutiert.

*Jäger (1988)*⁸ beschreibt in einer kurzen Darstellung den inneren Zustand der SPD/FDP-Koalition zum Zeitpunkt der „Wende“ im Herbst 1982 und konstatiert, dass sich die SPD zunehmend von ihrem Kanzler Helmut Schmidt zu distanzieren begann und dass die Aussichten auf eine erfolgreiche Bundestagswahl 1984 wohl eher gering waren. Es war nach Jägers Ansicht auch die innenpolitische Veränderung (Etablierung der Grünen als zunächst vierte politische Kraft), die zum Kurswechsel der SPD und damit zum Bruch der Koalition mit der FDP führte.

Die Ansicht, dass die Innenpolitik Ausschlag gebend für das Ende der Regierung Schmidt/Genscher war, wird von *Merck (1987)*⁹ geteilt. Während *Jäger* die Lage innerhalb der SPD beschreibt, betrachtet *Merck* auch die der FDP, in der ein Koalitionswechsel äußerst umstritten war und kontrovers diskutiert wurde. Übereinstimmend mit *Jäger* konstatiert er die relativ schlechten Erfolgsaussichten der SPD für die Bundestagswahl 1984 und die zunehmende Bedeutung der Grünen. Gleichzeitig verweist er aber auch auf die nicht unbedeutende Rolle der Printmedien im Verlauf der Koalitionskrise.

Auch *Korte (o. J.)*¹⁰ beschäftigt sich einleitend mit dem Regierungswechsel im Oktober 1982, wobei er weniger die inhaltliche Auseinandersetzung zwischen den Parteien als vielmehr den technischen Ablauf der „Wende“ deskribiert und auf die

begrifflichen Gegensätze zwischen der neuen Bundesregierung unter Helmut Kohl und der alten SPD/FDP-Koalition hinweist.

Zu den außenpolitischen Ziele in der frühen Kanzlerschaft Kohls soll auf *Mahnke*¹¹ hingewiesen werden, der die Problematik und Ambivalenz der neuen Bundesregierung hinsichtlich der Ostpolitik skizziert, die, obwohl von einem CDU-Kanzler geführt, in der Tradition Willy Brandts unter der Maxime „pacta sunt servanda“ weiter geführt wurde.

*Nicklauff*¹² befasst sich gleichfalls mit dem Bruch der sozial-liberalen Koalition im Herbst 1982, präferiert dabei die heikle Problematik des innerhalb der Koalition kontrovers diskutierten NATO-Doppelbeschlusses und die innenpolitische Diskussion über die rechtliche Legitimation der „Wende“. Darüber hinaus wird der Versuch unternommen, eine Charakterisierung Kohls vorzunehmen. Dies geschieht sowohl hinsichtlich seiner außenpolitischen Vorstellungen als auch seiner innenpolitischen Popularität und seines Verhältnisses zur Macht.

Die Primate der deutschen Außenpolitik nach der „Wende“ werden von *Hacke (1988)*¹³ diskutiert, der neben dem deutsch-französischen Bilateralismus auch das Verhältnis zu den USA einer kritischen Analyse unterzieht. Dabei sieht er darin im Allgemeinen zunächst die Fortführung der Außenpolitik der Regierung Schmidt/Genscher, zeigt aber gleichzeitig die Bemühungen Kohls, das unter Schmidt abgekühlte Verhältnis zu den USA neu zu beleben und gleichzeitig die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich fortzuführen. Deutliche Grenzen sieht er in der Europapolitik, die, wegen der Uneinigkeit der Partner, durch guten Willen alleine nicht voran kommen könne.

Der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den achtziger Jahren widmet sich im besonderen Maße *Valérie Guérin-Sendelbach (1993)*¹⁴, der besonders in der Zusammenarbeit zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand die eigentliche Antriebskraft für den europäischen Einigungsprozess sieht. Die von ihm vorgelegte Publikation analysiert die bilaterale Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich und ihre Auswirkung auf die übrigen europäischen Staaten bis zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung.

In *Filmer / Schwan (1985)*¹⁵ beschäftigt sich *Stürmer* mit der Deutschland- und Europapolitik Kohls zu Beginn der Kanzlerschaft und zeichnet Parallelen zu Konrad

Adenauer. Im Beitrag *Weidenfelds* wird der Zustand der EG zu Beginn der achtziger Jahre einer kritischen Bilanz unterzogen. Er prognostiziert sogar ein Scheitern der Gemeinschaft, wenn es ihr nicht gelänge, über die ökonomischen Fragen hinaus zu handeln. Wolfgang *Schäuble* skizziert die künftige Deutschlandpolitik der neuen Regierung Kohl und deren Integration in die westliche Wertegemeinschaft, für die es nach seinem Verständnis auch nach einer eventuellen Wiedervereinigung keine Alternative gibt.

Die sensible Problematik einer künftigen gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie die Rolle der NATO in den 80er-Jahren bilanziert *Seidelmann (1984/1994)*¹⁶. Gerade die Strukturen der NATO werden einer kritischen Betrachtung unterzogen und Lösungsansätze für deren Umstrukturierung in eine Organisation diskutiert, die weiter reichende Aufgaben in der Europäischen Gemeinschaft wahrnehmen könnte. Besonders der Gedanke der gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik als einer Säule der NATO-Strategie gilt dabei als bevorzugte Option, da die Fragen nach einer eigenen europäischen Verteidigungsgemeinschaft (WEU), der neu zu definierenden Rolle der NATO und der außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven der EU hinsichtlich ihrer Ost- und Südosterweiterung in sich in den 80er-Jahren bereits vorhanden waren und in den 90er-Jahren deutlich an Brisanz zunahm

*Manfred Wörner(1991)*¹⁷ vertritt in gewissem Gegensatz dazu die Ansicht, dass die NATO sich weiterhin hauptsächlich als atlantisches Verteidigungsbündnis zu verstehen habe, die, seiner hier vertretenen Auffassung nach, der weiter vorhandenen Gefahr durch den Osten entgegen zu treten habe.

Die allgemeine Kooperation in der Gemeinschaft und deren Krisenmanagement bis Mitte der 80er-Jahre beschreibt *Gaddum(1994)*¹⁸. Chronologisch werden hier die jeweiligen Problematiken der europäischen Gipfeltreffen seit 1983 analysiert. Bedauerlich ist allerdings, dass diese Analyse 1987 endet, wobei doch gerade die folgenden Jahre für die Fortschritte der EG von herausragender Bedeutung waren.

Ähnlich geht auch *Weidenfeld*¹⁹ vor, der sich besonders der EG-Problemfelder in den Jahren 1983 und 1984 annimmt. Er skizziert die europapolitische Konzeption der Bundesregierung nach der Bundestagswahl 1983 und sieht vor allem in der deutsch-französischen Kooperation entscheidende Impulse für die europäische Entwicklung. Darüber hinaus entwickelt Weidenfeld schon in diesem sehr frühen Stadium der

europäischen Integration die These einer umfassenden Zusammenarbeit der Partner auch auf anderen Politikfeldern und hebt die weltpolitische Bedeutung eines einigen Europas hervor.

Chronologisch gehen *Weidenfeld / Wessels (1991)*²⁰ vor, wobei die Präferenz der Betrachtung zum einen in der Analyse der Gipfeltreffen von 1983 bis 1988 und zum anderen in der Auseinandersetzung mit ungelösten europapolitischen Problemfeldern liegt, für die Lösungsansätze entwickelt werden.

Über die Perspektive des europäischen Binnenmarktes und die deutsche Europapolitik in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre setzt eine Arbeit von *Meinhard Knoche (1989)*²¹ an, wobei hier weniger die theoretische Diskussion im Vordergrund steht, sondern die tatsächliche Akzeptanz der EG bei den Bürgern nachgewiesen werden soll.

Auch bei *Janning/Piepenschneider*²² wird die deutsche Europapolitik der achtziger Jahre skizziert, wenngleich die Wiedervereinigung und deren Folgen für Europa im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

Für das Quellenstudium der Europapolitik Helmut Kohls in den 80er-Jahren sei neben den Veröffentlichungen des *Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1995)*²³ schließlich noch auf *Beilken*²⁴ hingewiesen, der eine Auswahl europapolitischer Reden Kohls veröffentlicht hat.

Aus parteipolitischer Sicht sind hierzu die Erinnerungen *Genschers*²⁵ oder die Retrospektive *Ackermanns*²⁶ beachtenswert, die zwar wenig zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der politischen Handlungen beitragen, dafür aber interessante Hintergründeinblicke bieten. Allerdings muss bei solchen Publikationen stets der subjektive Standpunkt des jeweiligen Verfassers berücksichtigt werden.

Neben der Publikationen zur inhaltlichen Diskussion sollte noch die Arbeit von *Manuel Fröhlich (1997)*²⁷ erwähnt werden, die sich explizit mit den Regierungserklärungen Kohls zur Lage der Nation in den achtziger Jahren befasst. Interessant ist diese Arbeit deshalb, weil sie am Beispiel dieser Regierungserklärungen die begriffliche Besetzung politischer Inhalte durch Bundeskanzler Kohl nachweist.

1.1.3 Forschungsstand zur Europapolitik ab 1989

Die Auflösung des kommunistischen Ostblocks in der Folge von Gorbatschows Perestroika und Glasnost sowie die akut werdende Frage der deutschen Wiedervereinigung machten die Notwendigkeit von Reformen innerhalb der westlichen Gemeinschaft (EG, EP, NATO) deutlich. Hinzu kam die offensichtliche Handlungsunfähigkeit der EG im Golf- und Jugoslawien-Konflikt.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ließ bei den europäischen Partnern die Furcht vor einer deutschen Hegemonie und die hieraus abgeleitete Notwendigkeit der Integration ganz Deutschlands in die westliche Gemeinschaft erneut aufleben. Zudem stellte die Beitrittswilligkeit weiterer Staaten die Gemeinschaft vor neue, schwierige Aufgaben.

Auch hier lässt sich konstatieren, dass die Umbruchphase von 1989/90 bis zur Diskussion über den Vertrag von Maastricht in der Literatur relativ gut abgedeckt ist, während diejenige, die sich mit der zweiten Phase der Vollendung der Politischen Union nach dem Vertrag von Amsterdam befasst, wegen der Zeitnähe und der anhaltenden Debatte über die Wege dorthin noch in vollem Gange ist. Zum gegenwärtigen Stand der Literatur sollen die folgenden exemplarischen Hinweise angeführt werden.

1.1.4 Literatur zum Komplex der deutschen Wiedervereinigung

Die Problemkreise, die im Kontext der Wiedervereinigung wissenschaftlich diskutiert wurden, lassen sich grob in vier Kategorien einteilen:

1. Die deutsche Einheit im europäischen Kontext (gemeint ist damit das Verhältnis der europäischen Partner zum sich wieder vereinigenden Deutschland),
2. die sicherheitspolitische Diskussion (Deutschlands Bündniszugehörigkeit, seine Rolle in der NATO und Grenzgarantien),
3. wirtschaftspolitische Aspekte (Wirtschafts- und Finanzhilfe an Moskau und die deutsche Wirtschaftskraft in der EG) und
4. die innenpolitische Diskussion um die rechtlichen und formalen Fragen der Wiedervereinigung.

Eine umfangreiche und detaillierte Arbeit über die sowohl innenpolitische Diskussion als auch die Haltung der Vier Mächte zur deutschen Frage ist das *Handwörterbuch zur deutschen Einheit* von Weidenfeld und Korte (Hrsg.) (1991)²⁸, in dem das Verhältnis der Parteien ebenso diskutiert wird wie die Positionen der europäischen Partner. Darüber hinaus wird ein historischer Abriss über die Deutschlandpolitik vor 1989 gegeben. Ähnlich erörtern Weidenfeld, Wagner und Bruck diese Thematik in *Außenpolitik für die deutsche Einheit*²⁹. In dieser umfangreichen Arbeit gehen die Autoren ausführlich auf die Reaktionen der Vier Mächte und europäischen Partner sowie der Sowjetunion ein. Diskutiert wird unter anderem die schwierige Überzeugungsphase nach dem Zehn-Punkte-Programm, wobei ein detaillierter Einblick in die jeweiligen Positionen der Partnerländer gewährt wird. Der kontinentale Führungsanspruch Frankreichs, die hinhaltende Taktik Großbritanniens, die restriktive Haltung der Sowjetunion und die bejahende Position der USA hinsichtlich des Ablaufs der Wiedervereinigung und der künftigen Bündniszugehörigkeit Deutschlands werden dabei umfassend dargestellt.

Auch Kiessler / Elbe (1993)³⁰ befassen sich ausführlich mit den Reaktionen der Vier Mächte, wobei der Diskussion um die sowjetische Haltung ein breiter Raum eingeräumt wird. Sie belegen aber auch, dass die drei Westmächte von den Ereignissen überrascht wurden und skizzieren deren zum Teil sehr unterschiedlichen Reaktionen. Sie bestätigen auch, dass die Frage bezüglich der Oder-Neiße-Grenze beinahe zum Bruch der Koalition geführt habe.

Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangen auch Bruck / Wagner (Hrsg.) (1996)³¹, wobei sie auch auf den Reformprozess in der UdSSR eingehen und die deutliche Entmachtung des Politbüros als einen nicht unwesentlichen Vorgang zugunsten der deutschen Wiedervereinigung sehen.

Auch Adomeit (1998)³² befasst sich mit dem deutsch-sowjetischen Verhältnis und zeigt den Wandel der Position Gorbatschows von der Ablehnung der Wiedervereinigung bis zur Einwilligung in die Mitgliedschaft Deutschlands in die NATO. Daneben erörtert auch er die innenpolitische Spannung in der Koalition und beschreibt die Furcht der europäischen Partner vor dem vereinten Deutschland. In seiner Bewertung Kohls kommt er zu dem Schluss, dass persönliche Freundschaften dem Kanzler bei der Durchsetzung seiner Ziele geholfen haben.

Korte³³ sieht Kohls Deutschlandpolitik in der Tradition Adenauers, stellt jedoch einen Wandel der bisherigen Politik fest, indem er das Entscheidungsverhalten Kohls

untersucht. Mit dem Fortschreiten des Zusammenbruchs der DDR weiche der Bundeskanzler immer mehr von der Forderung nach Reformen zugunsten einer vollständigen Demokratisierung ab. Jedoch seien die Erwartungen Kohls hinsichtlich einer baldigen Wiedervereinigung zumindest in der Anfangsphase noch relativ gedämpft gewesen. Weitere Schwerpunkte der Arbeit liegen in der Analyse des deutsch-sowjetischen Verhältnisses seit dem Amtsantritt Gorbatschows und der Problematik der Oder-Neiße-Grenze, die in der Koalition umstritten war.

Dass der Zusammenbruch der DDR nicht nur ideologischen Ursprungs war (Dematiebewegung und Forderungen nach persönlicher Freiheit), analysiert *Bender (1995)*³⁴. Er sieht die Hauptursachen des Endes der DDR einerseits im Versagen ihrer Staatsmacht, frühzeitige und umfassende Reformen einzuleiten, aber auch in den Reformbestrebungen der Sowjetunion selber, die einen ideologischen Wandel von der allumfassenden Macht der KPdSU zu mehr demokratischer Freiheit ermöglichen sollten. Aber auch die wirtschaftliche Anziehungskraft der Bundesrepublik trug seiner Ansicht nach zur Massenflucht aus der DDR bei, die konsequenterweise zum Zusammenbruch des Staates geführt habe. Ähnlich wie *Kiessler* beurteilt er die Haltung der Vier Mächte und stellt dabei die These auf, die Sowjetunion habe im Wiedervereinigungswillen der Deutschen eine Gelegenheit erblickt, die eigene desolante Wirtschaftslage zu verbessern.

Aus ökonomischer Sicht und dem Blickwinkel der EG argumentiert *Grosser (1998)*³⁵ und versucht dabei nachzuweisen, dass die EG auf eine rasche deutsche Wiedervereinigung nicht vorbereitet gewesen war, zunächst vom Fortbestand zweier deutscher Staaten ausging und Verhandlungen mit der DDR zum Beitritt in die Gemeinschaft führte. Ein anderer Teil der Arbeit befasst sich mit der Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion und den von Deutschland geleisteten Zahlungen und widerspricht der These, dass die deutsche Zustimmung zur europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion als Preis für die Wiedervereinigung zu betrachten sei.

Die Auffassung, dass die EG auf die deutsche Wiedervereinigung unzureichend vorbereitet war, teilen *Artus / de Boissieu (1991)*³⁶ und konstatieren, die Gemeinschaft habe keinen entscheidenden Einfluss auf diesen Prozess ausüben können, doch sei ihre restriktive Haltung zunächst so ausgeprägt gewesen, dass Kohl umfangreiche Überzeugungsarbeit seiner europapolitischen Absichten zu leisten gehabt hätte.

Auch *Bierling (1998)*³⁷ setzt sich mit der Wirtschaftshilfe an die Sowjetunion auseinander und kommt zu dem Schluss, dass die USA nur zögernd und in einem relativ geringem Umfang bereit waren, der Sowjetunion Wirtschaftshilfe und Kredite zu gewähren. Ausführlich widmet er sich den Gesprächen zwischen Kohl und Gorbatschow, reduziert seine Betrachtung allerdings stark auf die Verhandlungen um die Höhe der deutschen Leistungen, wobei der Eindruck entsteht, dass die Frage der Wiedervereinigung ausschließlich davon abhängig gewesen sei.

Die Verhandlungen mit Moskau werden von *Bergsdorf*³⁸ deutlich positiver beurteilt. Ebenso sieht er einen deutlichen Konsens zwischen Kohl und Gorbatschow hinsichtlich der aussichtslosen Lage in der DDR und in der Beurteilung der SED, keine wirklichen Reformen einleiten zu wollen. Ähnlich wie *Zimmermann* beurteilt er die Haltung von SPD und Grünen im Wiedervereinigungsprozess als opportunistisch und ablehnend.

Eine kritische Betrachtung der Person Kohls wird in *Appel (Hrsg.) (1990)*³⁹ vorgenommen. Darin argumentiert *Daniel Vernet*, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht das Verdienst des Bundeskanzlers gewesen sei und zeichnet ein insgesamt negatives Bild Kohls, das von unklaren europapolitischen Vorstellungen der siebziger Jahre über seine zögernde Haltung zur Oder-Neiße-Grenze bis zur eindeutigen Bündnisfrage eines geeinten Deutschlands geprägt gewesen sei.

Ergänzend zur wissenschaftlichen Diskussion sei auf die Betrachtung der parteipolitischen Perspektiven hingewiesen. Aus dem Blickwinkel Kohls gehen dabei *Dieckmann / Reuth (Hrsg.)*⁴⁰ vor, die die Ereignisse in einer Chronologie bis zum 3. Oktober 1990 darstellen. Zu den Standpunkten Kohls siehe auch *Seewald (1990) (Hrsg.)*⁴¹, der eine Auswahl der Beiträge und Reden Kohls zur deutschen Wiedervereinigung im europäischen Kontext zusammengetragen hat. Ebenfalls aus der Nähe des Kanzlers berichtet *Ackermann*.

Eine interessante Betrachtungsweise zum Zehn-Punkte-Plan Kohls eröffnet *Horst Ehmke*⁴², der diesen für sich reklamiert und die innerparteiliche Haltung der SPD zur Wiedervereinigung beschreibt. *Friedrich Zimmermann (1991)*⁴³ setzt sich im Gegensatz dazu kritisch mit der Haltung der SPD auseinander und attestiert ihr eine durchweg ablehnende und später opportunistische Haltung. Die Wirtschaftshilfe an die UdSSR sieht er als einen vergleichsweise niedrigen Preis für die Erlangung der Wiedervereinigung.

In sachlicher Nüchternheit beschreibt Wolfgang Schäuble (1991)⁴⁴ seine Eindrücke des Wiedervereinigungsprozesses und der Vertragsverhandlungen zur Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR.

Aus der Sicht der Sowjetunion, der in der deutschen Frage die Schlüsselrolle zukam, erinnert sich Gorbatschow⁴⁵. Besonders erwähnenswert ist seine Sicht zur weiteren Existenz der DDR und künftigen deutschen Bündniszugehörigkeit nach der Wiedervereinigung. Im Mittelpunkt seiner Betrachtung stehen dabei sicherheitspolitische Aspekte. Die entscheidende Thematik der deutschen Wirtschaftshilfe wird von ihm nur als Randbemerkung gestreift, womit er die eigentliche Bedeutung dieses Teils der sowjetisch-deutschen Beziehung zu marginalisieren versucht.

In Kenntnis der Vorbehalte zur deutschen Einheit, die vor allem von britischer, aber auch von französischer Seite artikuliert wurden, bietet Mitterrand (1996)⁴⁶ einen interessanten Einblick in die Wandlungsfähigkeit der französischen Deutschlandpolitik und räumt dabei ein, zunächst an der Existenz der DDR auf Grund des Vertrages von Helsinki festgehalten, sich aber dann dem Vereinigungsprozess gefügt zu haben. Der britischen Premierministerin attestiert er eine unnachgiebige Haltung und kritisiert zugleich Kohl in Bezug auf die Oder-Neiße-Frage. Die Verhandlungen der Siegermächte mit den beiden deutschen Staaten wurden im öffentlichen Sprachgebrauch als 2 plus 4 –Verhandlungen bezeichnet. Mitterrand spricht in diesem Kontext stets von 4 plus 2 Verhandlungen und setzt damit einen deutlichen Akzent zu Gunsten der Alliierten.

Zum Verständnis der Diskussion um vertragliche Vereinbarung sei auf eine Sammlung des *Presse- und Informationsamts der Bundesregierung*⁴⁷ hingewiesen, in der die Vertragstexte vom Grundlagenvertrag mit Polen (1970) bis zur gemeinsamen Erklärung Bundeskanzler Kohls und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki zusammengetragen sind.

1.1.5 Europäische Sicherheit

Die Wiedervereinigung Deutschlands und der Verfall des Sowjetimperiums sowie die Unabhängigkeitsbestrebungen der Satellitenstaaten führten nicht nur in der EG zu

kontroversen Diskussionen. Auch innerhalb des Verteidigungsbündnisses wurde klar, dass neue Strukturen und Strategien entwickelt werden mussten.

Noch vor der deutschen Vereinigung hat *Seidelmann (1989)*⁴⁸ den Gedanken der europäischen Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der Parteiprogramme von CDU und SPD diskutiert. Mit dem Aufkommen der Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre vollzog sich eine Bewusstseinsänderung gegenüber der NATO, die zur Debatte über ihre militärische Struktur führte. Er spricht sich für die Europäisierung und damit für eine gemeinsame Sicherheitspolitik aus, hält allerdings auch aus ökonomischen Gründen einen Rückzug der USA aus Europa weder für sinnvoll noch realistisch und diskutiert die Probleme der amerikanischen Dominanz in der NATO. In einem anderen Beitrag vergleicht *Seidelmann (1991)*⁴⁹ die NATO, WEU und KSZE als mögliche gesamteuropäische Organisationen, wobei er in der NATO trotz ihrer eindeutig verteidigungspolitischen Zielrichtung und ihres militärischen Charakters die ausbaufähigste Einrichtung für ein europäisches Sicherheitssystem sieht. Perspektivisch hält er aber einen WEU/EU-Ansatz, d. h. ein eigenständiges westeuropäisches Verteidigungsbündnis der EU für das attraktivere. Nach Maastricht bewertet *Seidelmann (1992)*⁵⁰ die Chancen der Europäisierung der Sicherheitspolitik höher, präferiert die WEU als Einstieg in die EPU und gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und entwickelt ein 5-Punkte-Konzept zur Lösung der Probleme hinsichtlich der europäischen Sicherheitsstruktur. Der KSZE weist er eine Vermittlerfunktion zwischen den USA, der EPU und den östlichen Nicht-EPU-Staaten zu. Eine europäische Führungsmacht, die in der Lage wäre, sicherheitspolitische Interessen gegenüber den USA durchzusetzen, sieht er zu jenem Zeitpunkt nicht.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus im Osten befasst sich *Geiss (1990)*⁵¹, der die Meinung vertritt, der Westen habe den Sturz des Kommunismus teilweise mit herbeigeführt.

Die militärische Kräfteverschiebung im Zuge des Verfalls der Sowjetunion erörtern *Afeldt u. a.*⁵². Nach ihrer Ansicht sollte die Präsenz fremder Truppen nur auf ausdrücklichen Wunsch des jeweiligen Landes erfolgen, was sowohl einen Rückzug der Sowjetarmee als auch der Streitkräfte der USA aus Europa zur Folge habe. Für sie ist der KSZE-Prozess zur Herstellung und Bewahrung eines militärischen Gleichgewichts in Europa der bevorzugte Lösungsansatz.

Beiträge zum künftigen militärischen Kräfteverhältnis in Europa haben *Thies und Wagner(1990)*⁵³ zusammengestellt und dokumentieren divergierende Vorstellungen in der Frühphase der beginnenden Wiedervereinigung, in der die Beibehaltung der deutschen Zweistaatlichkeit und ein Ende der amerikanischen Dominanz in Europa ebenso diskutiert werden wie das Risiko deutscher Neutralität. Gleichzeitig wird in den Beiträgen auch evident, dass auch nach dem sich abzeichnenden Ende des Ost-West-Konfliktes das sowjetische Militärpotenzial als latente Bedrohung des Westens gesehen wird.

Die neue Rolle Deutschlands in der NATO wird von *Bering*⁵⁴ diskutiert. An den Beispielen der deutschen Beteiligung am Golf-Krieg und im Jugoslawien-Konflikt beschreibt er den Weg von der „Scheckbuchdiplomatie“ zum aktiven militärischen Eingreifen der Bundeswehr und erörtert die innenpolitische Kontroverse und verfassungsrechtliche Debatte dieser Einsätze.

Auch *Schwarz (1994)*⁵⁵ teilt die Ansicht, dass die bisherige „Scheckbuchdiplomatie“ Deutschlands nicht weiter praktikabel sei. Ebenso wie *Seidelmann* sieht er eine nicht unproblematische Rivalität zwischen der WEU und der von den USA dominierten NATO. Der völlige Rückzug der Amerikaner aus Europa sei in den USA ein durchaus populärer Gedanke, wobei allerdings eine NATO ohne die USA für die östlichen Staaten wenig populär sei.

Die in der Öffentlichkeit vertretene Haltung Kohls zur Wiedervereinigung und zur Integration Gesamtdeutschlands in die NATO ist vom *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1992)*⁵⁶ umfassend dokumentiert und kann als Ergänzung zur wissenschaftlichen Diskussion heran gezogen werden.

1.1.6 Maastricht und der Weg zur Europäischen Union

Mit dem Vertrag von Maastricht sollten die Weichen für WWU und schließlich die Europäische Union gestellt werden. War man sich in der EG zunächst darin einig, dass eine stärkere Integration der Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Einbindung des vereinten Deutschlands nötig und wünschenswert sei, begannen schon unmittelbar nach dem Abschluss des Maastrichter Vertrages kontroverse Diskussionen über die Umsetzung der in diesem Vertrag festgeschriebenen Ziele.

Eine einführende Übersicht zur Entstehung des Europäischen Währungssystems und der Perspektiven des gemeinsamen Binnenmarktes legt *Uterwedde (1989)*⁵⁷ vor.

In ihrem Beitrag „Deutschland und Frankreich zwischen Maastricht und dem Binnenmarkt“ vertritt *Christa Randzio-Plath (1992)*⁵⁸ die Auffassung, dass der Vertrag von Maastricht in Deutschland und Frankreich öffentlich als Erfolg gewertet wurde, sieht aber die Notwendigkeit einer Reform der Entscheidungsstrukturen innerhalb der EG.

Die Position, Maastricht sei eine einmalige Gelegenheit zur Schaffung der Politischen Union, wird von *Baun (1995)*⁵⁹ vertreten. Bei ihm findet sich die in den Medien häufig artikulierte These, Bonn habe die D-Mark zu Gunsten der Europäischen Union geopfert. Insgesamt sei Frankreich der Gewinner von Maastricht, da es gelungen sei, Deutschland fest in die Gemeinschaft zu integrieren.

Eine interessante Betrachtungsweise der französischen Position zu Maastricht bietet *Fest (1994)*⁶⁰. Danach beurteilte man in Frankreich den Vertrag als „Versailles ohne Krieg“ und artikulierte besonders die Furcht vor einer deutschen Wirtschafts- und Währungsdominanz als die wichtigsten französischen Argumente für das „Ja“ zu Maastricht.

Der EG-Kommissionspräsident *Delors (1993)*⁶¹ nimmt erwartungsgemäß eine positive Haltung zum Vertrag von Maastricht ein. Seine Hauptsorge gilt der latenten Gefahr eines Rückschritts in nationalstaatliche Politik, wie sie gegen Ende der neunziger Jahre von den Partnerländern zunehmend praktiziert wurde.

Im Bereich der Sicherheitspolitik zieht *Seidelmann 1994*⁶² eine skeptische Bilanz. Vor allem sieht er großen Handlungsbedarf in Bezug auf die GASP und konstatiert, dass diese nicht mehr im 20. Jahrhundert verwirklicht werden könne, was sich inzwischen als richtige Prognose erwiesen hat. Insgesamt sei Maastricht jedoch der richtige Ansatz. In einer fünf Jahre später erschienenen Publikation unterstreicht *Seidelmann*⁶³ seine Auffassung, indem er diesen Vertrag als historische Chance für die europäische Integration sieht. Parallel zur Erweiterung der Union hält er eine innere Reform der Gemeinschaft für erforderlich.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch *Janning / Piepenschneider (1993)*⁶⁴, die angesichts der Erweiterung der EU auf 16 und der Fokussierung auf 30 Mitglieder eine innere Strukturreform für dringend notwendig erachten. Die Autoren sehen Deutschland als kontinentalen Zentralstaat in einer künftigen Vermittlerrolle verschiedener Interessensgegensätze.

Auch *Mitterrand*⁶⁵ stellt fest, dass eine Strukturreform angesichts der erwarteten Erweiterung der Union notwendig sei und plädiert dafür, die Aufnahme der neuen Mitglieder so erfolgsversprechend wie möglich zu gestalten.

Aus politischer Sicht zieht *Genscher*⁶⁶ eine positive Bilanz von Maastricht und sieht in Delors, Mitterrand und Kohl die entscheidenden Akteure der europäischen Integration.

Einen durchweg positiven Eindruck der Bedeutung von Maastricht vermittelt die Sammlung von Reden und Beiträgen Helmut Kohls, die *Hintze (1993)*⁶⁷ anlässlich Kohls 20-jährigem CDU-Vorsitz zusammengestellt hat. Wenngleich solche Textsammlungen keinen unmittelbaren Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion leisten, gewähren sie doch klare Einblicke in die Handlungsmotive der jeweiligen politischen Akteure.

Die Frage der europäischen Integrationsstruktur (Vereinigte Staaten von Europa oder das Europa einer nationalstaatlichen Gemeinschaft) wird *von Korte (1993)*⁶⁸ erörtert; wenngleich er die bundesstaatliche Lösung eindeutig präferiert, sieht er aber auch die Problematik des nationalen Identitätsverlustes bei einer wachsenden Integration.

Diese Problematik diskutierte bereits *Paul Claval (1991)*⁶⁹ und betonte dabei die Gefahr der Nationalisierungstendenzen innerhalb der Gemeinschaft und die Probleme hinsichtlich eines drohenden Ost-West-Gefälles. Keine Gefahr sah er dagegen in der Integration des vereinten Deutschlands.

*Braun-Moser (1993)*⁷⁰ erläutert Maastricht im Hinblick auf die Unionsbürgerschaft. Dieser Beitrag ist mehr für das allgemeine Verständnis der EU-Strukturen als zur wissenschaftlichen Diskussion zu betrachten.

Bei *Bering*⁷¹ wird deutlich, dass die von Kohl favorisierten Vereinigten Staaten von Europa von den meisten EU-Partnern nicht gewünscht werden. Insofern wird dem Bundeskanzler damit zwar nicht das Scheitern seiner Politik, jedoch das Nicht-Erreichen seiner europapolitischen Ziele attestiert.

Auch *Grupp (1995)*⁷² vertritt die Ansicht, dass die Vereinigten Staaten von Europa nicht auf der Tagesordnung stehen. Er akzentuiert vor allem die strukturellen und finanziellen Probleme, die sich aus der Osterweiterung für die Gemeinschaft ergeben und äußert in diesem Kontext ebenfalls die Befürchtung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten. Ein weiterer Problembereich liegt für ihn im strukturellen Ungleichgewicht der Gemeinschaft und der noch nicht gelösten Entscheidungsstruktur (qualifizierte Mehrheitsfindung).

Zur Debatte um die gemeinsame europäische Währung kann auf *Woyke (Hrsg.) (1997)*⁷³ hingewiesen werden. Besonders *Andersen*⁷⁴ diskutiert die Vor- und Nachteile der künftigen Währung. Meyers⁷⁵ entwirft Modelle für eine erfolgreiche Osterweiterung der Gemeinschaft und stellt einen Prüfkatalog für deren Integrationsfähigkeit auf.

Eine umfassende Maastricht- und Post-Maastricht-Diskussion führt *Woyke (1998)*⁷⁶. Auch für ihn steht eine Strukturreform außer Frage. Die Gründe für die Einführung sieht er besonders zwischen Deutschland und Frankreich auf verschiedenen Ebenen. Vor allem Frankreich verspreche sich davon eine größere Kontrolle Deutschlands und Mitsprache in der Gemeinschaft. Allerdings sieht er, bedingt durch die unterschiedlichen Interessen der Mitglieder, die Gefahr eines Europa à la carte.

Bei *Weidenfeld (Hrsg.) (1996)*⁷⁷ werden besonders die Probleme der Integrationsfähigkeit der osteuropäischen Staaten in Bezug auf deren Landwirtschaftsstrukturen und Rechtsnormen dargestellt. Aus seiner Sicht liegen hier die Probleme besonders auf der Ebene der Erfüllbarkeit der EU-Vorgaben.

Der künftigen Außenpolitik nehmen sich die Beiträge in *Kaiser / Maull (Hrsg.) (1992)*⁷⁸ an. Darin warnt *Senghans*⁷⁹ angesichts der vorhandenen Probleme vor einer zu raschen Verwirklichung der WWU und sieht die Aufgabe der D-Mark zugunsten einer europäischen Währung als Gegensteuerungsmechanismus zur in der Gemeinschaft vorhandenen Befürchtung vor einer deutschen Hegemonialpolitik.

Die Rede des derzeitigen Außenministers *Fischer (2000)*⁸⁰ verdeutlicht die Schwierigkeiten, die auf dem Weg zur Politische Union noch zu bewältigen sind. Auch wenn er seine Ausführungen als seine private Ansicht deklariert, wird dabei deutlich, dass die Gefahr eines Europas der zwei Geschwindigkeiten nach wie vor latent ist. Gleichzeitig erteilt er dem europäischen Bundesstaat eine deutliche Absage.

Eine kontroverse Diskussion fand in den neunziger Jahren hinsichtlich der Integration der WEU in die NATO statt. Mit diesem in der EU umstrittenen Projekt befassen sich Beiträge in *Böhringer / Jacob (Hrsg.) (1997)*⁸¹. Darin kommt *Lezzi*⁸² zu dem Schluss, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik an den nationalen Interessen der Mitglieder und nicht zuletzt am britischen Veto scheiterte.

Dass der Rückgang des amerikanischen und sowjetischen Einflusses in Europa nicht zwangsläufig zu einer einheitlichen europäischen Sicherheitspolitik führte, weist *Seidelmann*⁸³ nach. Besonders der Jugoslawien-Konflikt habe gezeigt, dass die EU

zu einer eigenen Politik offenbar weder bereit noch in der Lage sei. Er kommt weiter zu dem Schluss, dass weder Deutschland als Zentralmacht noch einer der übrigen Mitgliedstaaten zur Übernahme der Initiativ-Verantwortung in der Lage seien. *Seidelmann (1998)*⁸⁴ hält einen Wandel der NATO-Strukturen für notwendig, da Russland nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes für sie keine ernsthafte Gefahr mehr bedeute. Gleichzeitig weist er auf das Führungsproblem innerhalb des Bündnisses hin, das nach wie vor von den USA dominiert werde, wohingegen die EU eine gleichwertige Partnerschaft anstrebe. Der EU bescheinigt er darüber hinaus Unfähigkeit bei der Realisierung ihrer sicherheits- und außenpolitischen Ziele.

1.1.7 Helmut Kohl in der Kritik

Über die Aspekte der Wiedervereinigung, der Außen- und Europapolitik hinaus sind inzwischen eine Reihe von kritischen Analysen zu Helmut Kohl und seinem Geschichtsverständnis, seinem Verhältnis zur Macht, zu den Medien und zum Umgang mit politischen Freunden und Gegnern unternommen worden. Eine Auswahl daraus wurde für diese Arbeit herangezogen.

Eine im Tenor skeptische Betrachtung Helmut Kohls wird in *Appel (Hrsg.) (1990)*⁸⁵ vorgenommen. Darin wird konstatiert, dass im Gegensatz zu Helmut Schmidt, der wegen der ökonomischen Kompetenz, die er auszustrahlen vermochte, und seines Krisenmanagements im In- und Ausland große Achtung erworben habe, Helmut Kohl dagegen kein Staatsmann von Format sei. In Bezug auf die Medien stellt *Wiedemeyer*⁸⁶ fest, dass Kohls Schwächen in den sog. Ad-hoc-Interviews (Gorbatschow-Goebbels-Vergleich, 1986) liege und er von der Presse im Allgemeinen meist negative Kritik erfuhr. Sein Verhältnis zu dieser sei daher auch eher zurückhaltend bis ablehnend.

*Detting (1994)*⁸⁷ zeichnet von Kohl das Bild eines Patriarchen, der, ähnlich wie Adenauer, die CDU über eine lange Zeit beherrschte und seine Gegner auszuschalten vermochte (Geissler, Biedenkopf). Seine Macht begründe sich auf die Abhängigkeit anderer. Akzentuiert wird darüber hinaus das Verhältnis Kohls zu Schäuble. Auch wenn Schäuble 1994 als Nachfolger nominiert wurde, hält *Detting* ihn für wenig geeignet und gelangt ferner zu der Überzeugung, dass Kohl diese personelle Entscheidung nie ganz ernst genommen habe.

Den Zenit seiner Macht habe Kohl 1990 erreicht. *Dreher (1998)*⁸⁸ sieht in der gewonnenen Bundestagswahl aber auch gleichzeitig den Wendepunkt und stellt einen zunehmenden Machtverlust des Kanzlers fest, der schließlich zu seiner Abwahl 1998 geführt habe. Dass das Ende der Ära Kohl nicht schon 1994 gekommen sei, sei ausschließlich der massiven Unterstützung einiger Medienverantwortlichen zu verdanken (Kirch, Thoma). Zum Schluss sei er auf europäischer Ebene als letzter Regierungschef aus den achtziger Jahren übrig geblieben und von den neuen Staats- und Regierungschefs nur noch geduldet worden.

*Busche (1998)*⁸⁹ folgert ähnlich wie Dreher, dass Kohls erneute Kanzlerkandidatur im Jahre 1998 ausschließlich vor dem Hintergrund des noch nicht erreichten europapolitischen Ziels der Politischen Union erfolgt sei, deren Verwirklichung nur mit ihm zu erreichen sei. Auch hier werden patriarchalische Züge Kohls im Umgang mit der Macht und seinen politischen Weggefährten gezeichnet.

In seiner Bilanz der Kanzlerschaft Kohls akzentuiert auch *Bahners*⁹⁰ patriarchalische Züge. Ebenso wie von einem Teil der Medien werden ihm seine rhetorischen Eigenschaften nicht nur als wenig volkstümlich, sondern auch in jeder Hinsicht mangelhaft attestiert. Und ebenso wie in jenen Medien, wird auch hier der Versuch unternommen, seine angeblichen Insuffizienzen bei politischen Entscheidungen und einen ausgeprägten Machtinstinkt hervorzuheben.

Im Gegensatz zu den erwähnten Arbeiten, vertritt *Ackermann (1994)*⁹¹ die Ansicht, dass Kohl durchaus nicht eine durchweg negative Presse gehabt hatte. Ein Teil der Medien sei korrekt mit ihm umgegangen, wobei er der Kritik eine berechtigte Normalität zuweist. Dass der Kanzler selber kein sehr intensives Verhältnis zur Presse hatte, wird hier mit dem latenten Zeitmangel begründet, wobei zugleich darauf verwiesen wird, Kohl habe gleichwohl über die notwendige Sensibilität verfügt.

Die *Biografie Masers (1990)*⁹² kann als Kohl-freundlich gewertet werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Kanzler zum Zeitpunkt ihrer Entstehung durch die Wiedervereinigung seine größte Popularität genoss. Da die für die Europapolitik wichtigen Jahre nach 1990 noch nicht berücksichtigt werden konnten, bleibt sie allerdings unvollständig.

1.1.8. Analytischer Ansatz

Vor der eigentlichen Untersuchung ausgewählter Texte erscheint es notwendig, eine kurze inhaltliche Darstellung der europapolitischen Entwicklung zu skizzieren, da sich eine Reihe von Artikeln retrospektiv auf Sachstände bezieht, deren Kenntnis für die spätere Textanalyse unerlässlich ist. Dies gilt im besonderen Maße für jene im Kontext der deutschen Wiedervereinigung. Der erste Teil erhebt daher keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und will die vielschichtigen Frage- und Problemstellungen auch nicht bis ins Detail erörtern. Das erscheint auch nicht notwendig, da zur Europapolitik der Bundesregierung unter Helmut Kohl eine Vielzahl von Publikationen erschienen ist, die hier repräsentativ vorgestellt wurde. Auf eine kleine Auswahl wird später hingewiesen werden. Dieser erste Teil ist deshalb nur als Einführung für die darauf folgenden Textuntersuchungen zu verstehen.⁹³

Die vorliegende Arbeit will die politische Leistung und deren Beurteilung ausschließlich aus der Perspektive einiger ausgesuchter deutscher Printmedien analysieren und interpretieren. Hier besteht offensichtlich Forschungsbedarf, denn bisher gibt es noch keine wissenschaftliche Publikation, die sich extensiv damit befasst hat. Einer der Gründe hierfür scheint die außergewöhnliche Fülle des auszuwertenden Materials zu sein.⁹⁴ Um sich dennoch in einem überschaubaren Rahmen zu bewegen, wurde das Feld auf Printmedien und hier auf eine bestimmte Auswahl begrenzt.⁹⁵ Selbst durch diese Restriktionen blieben einige Tausend Artikel, Meldungen, Kommentare und Interviews aus 16 Jahren Kanzlerschaft Helmut Kohls übrig, so dass nochmals überprüft werden musste, inwieweit eine erneute Eingrenzung vorgenommen werden konnte. Eine Präferenz erfolgte zugunsten der Entwicklung der Europapolitik im Zuge des Zusammenbruchs der DDR und der deutschen Wiedervereinigung. Erst durch diese prägenden Ereignisse gewann die deutsche Europapolitik wieder an Dynamik, was sich auch an der Zahl der veröffentlichten Artikel verifizieren lässt. War das Interesse an der Europapolitik der Bundesregierung von 1982 bis 1989 eher gering, ist mit dem Beginn des Wiedervereinigungsprozesses eine deutliche Steigerung erkennbar.⁹⁶ Auch zur Person des Kanzlers erfährt die Berichterstattung eine neue Akzentuierung. Bis zu den Ereignissen des Herbstes 1989 galt das Interesse weitgehend dem etwaigen

Scheitern des Kanzlers und seinem auch medial immer wieder vorausgesagten Rücktritt. Dies gilt besonders für das Frühjahr 1989 und den innerparteilichen Versuch von Heiner Geissler, Rita Süßmuth und Lothar Späth, den Parteivorsitzenden Kohl zu entmachten und einen neuen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1990 aufzustellen. Schon unmittelbar nach dem konstruktiven Misstrauensvotum vom 1.10.1982 wurde dem neuen Kanzler Kohl eine relativ kurze Amtszeit bis zu seinem vermeintlichen Scheitern eingeräumt.⁹⁷ 1989 schien dieses näher denn je.

Erst die beginnende Wiedervereinigung lässt die Person Kohls als Europapolitiker in den Medien zunehmend interessanter erscheinen. Daher wird sich der analytische Teil dieser Arbeit mit jenen Artikeln auseinandersetzen, die die Politik Kohls hinsichtlich:

- der Wiedervereinigung,
- der neuen Rolle Deutschlands in der EG,
- des Vertrags von Maastricht
- und der Debatte über den Euro bzw. des Vertrags von Amsterdam

betrachten.

Dass dies nur im Rahmen einer exemplarischen Vorgehensweise geschehen kann, muss in diesem Zusammenhang nicht explizit erläutert werden. Wichtig für das zu erwartende Ergebnis dieser Forschung ist ja nicht die dezidierte Auseinandersetzung in einer quantitativen Diskussion, sondern die Verdeutlichung etwaiger Darstellungstendenzen einiger – allerdings herausragender - Beispiele. Das empirische Ergebnis der Auswertung des Materials wird daher nur zur Verifizierung oder ggf. Falsifizierung von Thesen herangezogen.

Zur Unterstützung des Ergebnisses soll eine kurze semantische und syntaktische Auswertung erfolgen, denn gerade im Bereich der Syntax bestehen geeignete Möglichkeiten, einen Sachverhalt in eine etwa gewünschte Richtung zu manipulieren. Hierin bestand ein weiterer Anreiz für diese Untersuchung. Es gilt aufzuzeigen, welche stilistischen Mittel verwendet wurden, um einen politisch nüchternen Sachverhalt (etwa eine EG-Gipfelkonferenz) so darzustellen, dass beim Leser ein ganz bestimmter Eindruck entsteht, der ja in der Fortführung dieser Konsequenz einen Beitrag zu dessen politischer Meinungsbildung leistet.

In diesem Zusammenhang gewinnt eine andere Frage an Bedeutung, die gewisse Rückschlüsse auf den Rezipienten zulassen. An wen richten sich die Blätter und ist die intendierte Meinung mit einer bestimmten Zielgruppe verifizierbar? Umgekehrt ausgedrückt: Rekrutiert sich die Leserschaft ausschließlich aus einem dem Blatt politisch nahe stehenden Lager? Dies würde in der Konsequenz bedeuten, dass diesen Medien keine größere Rolle bei der politischen Meinungsbildung zukäme, sondern deren Relevanz sich lediglich auf die Manifestation einer bestimmten politischen Haltung des Lesers reduzierte. Zu erwarten ist allerdings, dass hier schon eine gewisse politische Überzeugungsarbeit geleistet werden soll und dass eine strenge Polarisierung nicht grundsätzlich durchzuhalten ist.

Besteht also die Leistung dieser Printmedien nur darin, das bereits vorgegebene Meinungsbild durch Informationen und Fakten lediglich zu untermauern, oder kann etwa davon ausgegangen werden, dass die textliche Verarbeitung bestimmter Sachverhalte mit dem allgemeinen politischen Trend in der Bundesrepublik kongruent sind?

Und schließlich: Sind etwaige tendenzielle Veränderungen in der Darstellung der Politik Helmut Kohls auf Grund bestimmter Ereignisse (hier besonders die Wiedervereinigung) feststellbar?

Das Ziel dieser Untersuchung besteht also in dem Versuch,

- a) die inhaltlichen und stilistischen Merkmale der Berichterstattung nachzuweisen,
- b) die präsumtiven Tendenzen der genannten Blätter hervorzuheben und
- c) anhand prägnanter Beispiele, aber auch vor dem Hintergrund der empirischen Erhebung, eine Beurteilung über die Bewertung der Europapolitik der Regierung Kohl und die Person des Kanzlers abzugeben.

Da das auszuwertende Material ausschließlich aus der zeitnahen Berichterstattung besteht, soll auf die Berichterstattung nach dem Rücktritt Helmut Kohls als Kanzler nicht eingegangen werden. Denkbar wäre allerdings eine weiter führende vergleichende Untersuchung zwischen den zeitnahen und retrospektiven Artikeln, wobei zumindest eine deutliche Wertverschiebung in der Beurteilung der Person Helmut Kohls evident werden würde.

1.1.9. Grenzen des Ansatzes

Eine Arbeit zum gestellten Thema muss deutlich erkennbare Grenzen aufweisen. Zum einen ergibt sich diese Notwendigkeit schon aus der Fülle der auszuwertenden Quellen. Andererseits erscheint es nicht sinnvoll, die Literatur in ihrer Gesamtheit zu berücksichtigen, soll sie doch die politischen Problem- und Fragestellungen aus wissenschaftlicher Sicht lediglich begleitend darstellen. Es genügt daher, den Stand der jeweiligen Forschung exemplarisch zu erwähnen. Dies soll auch damit begründet werden, dass der eigentliche Akzent der vorliegenden Arbeit auf der Ebene der Quellenanalyse liegt. Gegen eine quantitative Auswertung spricht vor allem der nicht erkennbare Nutzen eines solchen Vorgehens. Dadurch würde sich höchstens eine gewisse Akzentuierung verdeutlichen lassen, die jedoch durch die bereits getroffene Selektion der zu betrachtenden Themenbereiche vorgegeben ist.

Im Gegensatz dazu können mit der Auswertung exemplarischer Beispiele sprachliche Grundmuster offen gelegt werden. Es ist davon auszugehen, dass sich diese selbst bei der Behandlung vielfältiger Themenbereiche und einer größeren Zahl von Beispielen nicht wesentlich ändern werden. So ist zu erwarten, dass die linksintellektuelle Presse, wie etwa die TAZ, die Politik und Person Kohls nicht in einem allgemein positiven Sprachgebrauch darstellen wird. Im Gegensatz dazu könnte von der FAZ eine deutlich freundlichere Haltung erwartet werden. Für die Effizienz dieser Ausarbeitung ist es daher wesentlich bedeutsamer, die akzentuellen Verschiebungen der zu betrachtenden Medien klar hervor zu heben. Die jeweilige Diktion soll ferner Aufschluss darüber geben, in welchem Maße sprachliche Manipulationen vorgenommen werden und so Einfluss auf das Leser- und Wählerverhalten genommen wird. Eine zielgerichtete Stimmung wird dabei auch in scheinbar neutralen Berichten intendiert.

Die Grenzen eines solchen Versuchs sind auch darin zu sehen, dass hier nur ein Teil der meinungsbildenden Medien und in diesem Kontext auch wieder nur ein repräsentativer Teil der Wähler berücksichtigt werden, wie dies durch die veröffentlichten Umfragen zum Ausdruck kommt. Inwieweit hierbei auch von Ausschlag gebenden Einflüssen bei Wahlentscheidungen gesprochen werden kann, bleibt spekulativ. Gesichert scheint aber durch die hohe Auflagenzahlen dieser Blätter, dass die jeweils intendierte Richtung nicht ohne Wirkung auf den Leser (sprich: Wähler) bleiben dürfte.

1.1.10

Bemerkungen zur Bedeutung der Printmedien

Es ist nicht neu, dass Einfluss und Bedeutung gedruckter Medien nicht mehr die Bedeutung besitzen wie etwa bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts. In der multimedialen Gesellschaft stehen andere, weitaus schnellere Informationsquellen zur Verfügung. Auch die großen Blätter haben sich etwa das Internet zunutze gemacht; insofern ist der Rückgang ihres Bedeutungsverlustes nur relativ. Tatsache bleibt jedoch, dass die Konkurrenz durch Bild- und andere elektronische Medien größer geworden ist. Betrachtet man die Auflagenzahlen⁹⁸, sollte man allerdings nicht davon ausgehen, dass diese gedruckten oder im Internet abrufbaren Meldungen und Meinungen etwa irrelevant geworden seien. Eine ähnliche Diskussion wurde übrigens in den 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Zuge des immer populärer werdenden Mediums Fernsehen schon einmal mit teilweise starker Vehemenz geführt. Auch seinerzeit wurde die kommende Bedeutungslosigkeit der Printmedien vorausgesagt. Es mag nicht von der Hand zu weisen sein, dass die elektronischen Medien eine gewisse Flexibilität und Schnelligkeit für sich verbuchen können. Aber auch dieses Argument ist nicht neu. Der Hinweis auf die Auflagenzahlen scheint aber gerade ein stichhaltiges Indiz dafür zu sein, dass eine doch relativ große Zahl von Rezipienten Wert auf die geschriebene Form der Mitteilung und Meinung zu legen scheint. Wie sonst ließe sich das Interesse an diesem Medium erklären? Allerdings sollte man auch hier vorsichtig differenzieren. Es besteht ein bedeutender Unterschied zwischen der sog. Sensationspresse und den hier zu betrachtenden Blättern. Stimmungen und Meinungen verbreiten zwar beide, jedoch ist das stark abweichende qualitative Niveau zwischen einem Massenblatt, wie etwa der BILD-Zeitung und der FAZ oder dem SPIEGEL und der BUNTEN unstrittig. Mögen thematische Ähnlichkeiten mitunter durchaus verifizierbar sein, so liegen die Unterschiede doch ganz eindeutig im qualitativen Bereich. Es scheint also doch so, dass ein nicht unbedeutender Leserkreis auf diese Qualitätsmerkmale achtet. Unterstellt man hierbei einmal, dass das so ist, macht eine analytische Betrachtung dieser Medien durchaus einen Sinn, denn wenn diese Blätter in so hohen Auflagenzahlen täglich verkauft werden, darf unterstellt werden, dass auch die darin geäußerten Meinungen und Tendenzen zu politischen Ereignissen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern wohl auch akzeptiert werden. Da der Bedarf nach diesen Meinungs- und Informationsquellen offensichtlich vorhanden ist, scheint eine

Untersuchung, wie sie vorliegend durchgeführt wurde, doch recht sinnvoll zu sein. Für die Politikwissenschaft ergeben sich hieraus Anhaltspunkte, wie politische Botschaften für gewisse Bildungsschichten vermittelt und interpretiert werden. Nicht selten gehören die Rezipienten der SZ oder des SPIEGEL auch zu Entscheidungsträgern, die durch ihre Meinung Einfluss auf politische Willensbildungen (besonders bei Wahlen) nehmen.

Unter den hier genannten Aspekten haben diese Printmedien nicht nur ihren Platz, sondern stellen auch eine feste Größe in Bezug auf die Darstellung politischer Entscheidungen dar.

Die Bedeutung der Printmedien hinsichtlich der politischen Berichterstattung ist also weitgehend unstrittig und muss daher nicht weiter diskutiert werden. Für diese Arbeit von größerem Interesse ist dagegen die Frage nach dem Verhältnis zwischen Bundeskanzler Kohl und den Printmedien. Dabei geht es nicht allein um die inhaltliche Perzeption seiner Europapolitik, sondern auch um die wesentlichen Fragen:

1. Wie charakterisierte die Presse die Person des Kanzlers und
2. welches Verhältnis hatte Helmut Kohl selber zu diesem Medium ?

Von Konrad Adenauer, als dessen geistiger Enkel Kohl häufig bezeichnet wurde⁹⁹, ist bekannt, dass er sich des Mediums Presse gerne und häufig bediente. Das lag zum einen daran, dass die elektronischen Medien ein noch nicht so verbreitetes Allgemeingut waren wie in den achtziger und neunziger Jahren. Zum anderen war die Presse für Adenauer in der Tat ein Instrument, dessen er sich bediente, um bestimmte Meinungsströmungen in der Öffentlichkeit zu eruieren. Hierbei sei etwa an die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu Beginn der fünfziger Jahre erinnert, die in der Öffentlichkeit höchst unpopulär und umstritten war und dennoch politisch durchgesetzt werden sollte. Dabei gab Adenauer vorzugsweise der ausländischen Presse Interviews, was im Falle einer negativen öffentlichen Reaktion den unübersehbaren Vorteil hatte, seine Statements als Missverständnis oder inkorrekte Wiedergabe in der Übersetzung relativieren zu können.

Auch gab es bei ihm die „Institution“ des Kanzlertees, zu der ausgesuchte Journalisten eingeladen wurden, um von Adenauer selber Informationen aus erster Hand zu erhalten. Die Exklusivität der Information und das Privileg, zu dieser Runde

eingeladen zu werden, trugen wesentlich dazu bei, die Person des Kanzlers gelegentlich vor Kritik in Schutz zu nehmen und ihn freundlicher zu behandeln.

Das Verhältnis Kohls zu den Journalisten war dagegen völlig anders. Peter Boenisch, zeitweilig Bundespressesprecher der Regierung Kohl, sprach in diesem Kontext davon, Kohl mache Politik wie im 19. Jahrhundert und bereite sie nicht gerne öffentlich vor.¹⁰⁰ Hierin lag vielleicht einer der Gründe, warum Kohl ein offenbar ambivalentes Verhältnis zu den Medien hatte. Als einen Beleg für die Behauptung Boenischs kann die Vorbereitung des Zehn-Punkte-Plans zur deutschen Wiedervereinigung gesehen werden, für die Kohl von den Medien gescholten wurde und ihm den Vorwurf der einsamen Entschlüsse eintrug. Lag es tatsächlich an der Art Kohls, politische Entscheidungen vorzubereiten, die sich nicht mit dem Zeitgeist der permanenten Medienpräsenz deckte und ihm daher die schlechten Kritiken eintrug ? Welche Rückschlüsse lassen sich aus seinem offensichtlich wenig medienwirksamen Auftreten (etwa bei der Verkündung der sowjetischen Zustimmung zur deutschen Einheit im Februar 1990 in Moskau) auf seine allgemeine Popularität ziehen ? Wie war es möglich, dass ein Bundeskanzler, der in der medialen Beurteilung offenbar wenig erfolgreich agierte, in vier Bundestagswahlen in seinem Amt bestätigt wurde und dieses länger als jeder andere vor ihm bekleidete? Haben die Medien – trotz ihrer fortwährenden Kritik – Helmut Kohl unterschätzt und hat nicht auch er die Wirksamkeit der Medien auf die öffentliche Meinungsbildung zu gering betrachtet, oder stieg sein Selbstbewusstsein im Laufe der Jahre so, dass er diese Kritik einfach ignorierte?

In einem sich der Textanalyse anschließenden Exkurs soll daher auch der Frage nach dem Verhältnis Kohls zu den Medien und dieser zu ihm nachgegangen werden.

2. SKIZZIERUNG POLITISCHER INHALTE DER EUROPAPOLITIK UNTER BUNDESKANZLER HELMUT KOHL

Vor dem Eintritt in die Text- und Sprachanalyse sollen die politischen Inhalte der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl skizziert werden. Es ist nicht beabsichtigt, diese in einer detaillierten Schilderung darzulegen. Vielmehr sollen die thematischen Schwerpunkte, auf die in den Presseveröffentlichungen immer wieder hingewiesen wird, kurz genannt und erläutert werden.

2.1. Regierungswechsel im Herbst 1982

Mit der Wahl zum Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 schien die Fortführung der Koalition aus SPD und FDP unter Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt für weitere 4 Jahre gesichert. Zwar wurde die Union mit 226 Abgeordneten wieder stärkste Fraktion, doch standen ihr 271 Abgeordnete aus SPD und FDP gegenüber.¹⁰¹ Rein rechnerisch wäre zwar eine christlich-liberale Koalition aus CDU/CSU und FDP möglich gewesen, doch die Führung der FDP hatte sich schon frühzeitig auf eine Fortführung der bestehenden Koalition und ganz besonders auf die Person des Bundeskanzlers Helmut Schmidt festgelegt. Dies wurde bereits im Wahlkampf 1980 plakativ mit dem Slogan *„Für eine Regierung Schmidt/Genscher ! Gegen die Alleinherrschaft einer Partei ! Gegen Strauß !“*¹⁰² deutlich.

Als Ergebnis dieser eindeutigen Determination erhielten die Freien Demokraten 10,6% der Wählerstimmen und erzielten eines ihrer besten Wahlergebnisse überhaupt. Unter diesen Bedingungen wäre ein Koalitionswechsel besonders in der Öffentlichkeit nur schwer nachvollziehbar und begründbar gewesen, zumal dieses Ergebnis die Position des kleineren Koalitionspartners sichtbar stärkte. Tatsächlich aber täuschte dieses nach außen eindeutige Votum für die Regierung über die tatsächliche Stimmung innerhalb der Koalition hinweg. Auch wenn der in der Öffentlichkeit überaus populäre Helmut Schmidt nach außen ein Bild des souveränen und starken Kanzlers zu vermitteln vermochte, geriet er innerhalb der eigenen Partei immer mehr in die Isolation. Besonders in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses, der auch die Stationierung neuer amerikanischer Raketen vorsah, war die SPD unter

ihrem Vorsitzenden Willy Brandt nicht bereit, den Kurs des Kanzlers vorbehaltlos zu unterstützen, nicht zuletzt deshalb, weil die Sozialdemokraten sich von der Friedensbewegung bedrängt fühlten¹⁰³ und um den Verlust eines nicht unerheblichen Wählerpotenzials fürchten mussten, das sich diesen Gruppen anschließen könnte.¹⁰⁴

In einem Brief an Parteifunktionäre schrieb der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, dass er eine Regierungsbildung mit den Grünen nicht mehr ausschließen wolle.¹⁰⁵ Dies war eine offene Kampfansage des Parteivorsitzenden an den Kanzler und ließ einmal mehr das schlechte Verhältnis zwischen Schmidt und Brandt deutlich werden.

Helmut Schmidt hatte große Mühe, seine Partei hinter sich zu bringen. Seine offene Rücktrittsdrohung und die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG, die er am 5. Februar 1982 vor dem Deutschen Bundestag stellte, machten seinen Autoritätsverlust vollends evident. Der FDP-Vorsitzende Genscher erwog bereits zu Beginn des Jahres 1981, also schon etwa ½ Jahr nach der erfolgreich gewonnen Bundestagswahl, die Koalition mit der SPD zu verlassen. Doch noch war ein solcher Schritt innerhalb der Partei höchst unpopulär.¹⁰⁶ In seinem Mitgliederbrief vom 20. August 1981 trat Genscher erstmals offen für einen Kurswechsel seiner Partei ein. „Eine Wende ist notwendig, im Denken und im Handeln...Jetzt geht es darum, die Weichen deutlich auf mehr Selbstverantwortung, auf Leistung und Selbstbestimmung zu stellen, das heißt eben auf mehr Freiheit. Die Grundtendenz in unserer Gesellschaft ist nicht auf mehr Staat gerichtet.“¹⁰⁷ Allerdings wollte er sich noch nicht offen auf einen Bruch des Regierungsbündnisses festlegen. In seinem Schlusssatz hieß es: „Wir wollen alles tun, damit Regierung und Koalition nach dem ermutigenden Anfang im Juli nun das gesteckte Ziel erreicht.“¹⁰⁸ Doch das Ende der sozial-liberalen Koalition war nicht mehr aufzuhalten. Selbst die von Schmidt erfolgreich gestellte Vertrauensfrage im Februar 1982 bewirkte lediglich eine Verzögerung.

Ein Koalitionsbruch braucht einen nach außen vertretbaren Anlass. Diesen fand man in den Beratungen zum Haushalt 1983. Schon einmal führten Haushaltsberatungen zum Sturz eines Kanzlers und zu einer neuen politischen Konstellation. Im November 1966 zog die FDP ihre Minister aus dem Kabinett Ludwig Erhards zurück, was zum Sturz des Kanzlers führte. Die nach außen getragene Rechtfertigung waren scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Beratung über Ergänzungsabgaben zum Haushalt 1967. Tatsächlich aber galt Kanzler Erhard auch in seiner eigenen Partei nicht mehr als mehrheitsfähig.

Den Anlass für das Ende der sozial-liberalen Koalition bot das sog. ‚Lambsdorff-Papier‘ zur wirtschaftlichen Situation und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Hierin sah der Kanzler, der nun selbst entschlossen war, die Koalition aufzukündigen, einen Weg, sich von der FDP zu trennen und ihr die alleinige Schuld am Bruch zu geben, wie es dann ja auch im hessischen Landtagswahlkampf mit der Parole „Verrat in Bonn“ geschah.

Der Bruch 1982 führte – im Gegensatz zu 1966 – dazu, dass die FDP zwar den Partner wechselte, jedoch weiterhin Regierungspartei blieb.¹⁰⁹

Die von der SPD geschickt inszenierte „Verrat-Legende“ sollte über die innerparteiliche Ambivalenz gegenüber möglichen Erfolgsaussichten bei der Bundestagswahl 1984 hinwegtäuschen. Die Erfolge der Grünen bei den Landtagswahlen waren unübersehbar. Gleichzeitig verlor die SPD deutlich an Stimmen, so dass ein Machterhalt über das Jahr 1984 hinaus immer fraglicher wurde.¹¹⁰ Die SPD folgte angesichts der schwindenden Erfolgsaussichten ihrem Kanzler immer weniger und auch Schmidt selber stand vor der Alternative, 1984 als Kanzler abgewählt zu werden oder durch einen vorzeitigen Rücktritt einen erheblichen Autoritätsverlust hinnehmen zu müssen. Die in aller Kürze skizzierten innerparteilichen Konflikte:

1. Die zunehmende Akzeptanz der Grünen durch den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt,
2. die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses durch weite Teile der SPD,
3. das Versäumnis Helmut Schmidts, den Parteivorsitz zu erlangen und
4. der deutliche Autoritätsverlust des Kanzlers nach der Bundestagswahl 1980

trugen dazu bei, dass sich die Liberalen nach einem neuen Koalitionspartner zur Durchsetzung ihrer Politik umzusehen begannen. Ein solches Unterfangen war mit erheblichen Risiken verbunden, denn das konstruktive Misstrauensvotum barg einerseits für sie die Gefahr, bei raschen Neuwahlen an der 5%-Hürde zu scheitern. Die Zusicherung Helmut Kohls, Neuwahlen erst im März 1983 anzustreben, verschaffte der FDP hierfür die nötige Atempause, die sie zum politischen Überleben im Bundestag brauchte. Andererseits war der Koalitionswechsel innerhalb der FDP höchst umstritten, so dass eine Spaltung der Partei nicht ausgeschlossen schien.¹¹¹

Am 1. Oktober stellte die CDU/CSU-Fraktion einen Misstrauensantrag gemäß Art. 67 GG. Der Bundestag wählte den bisherigen Oppositionsführer, Dr. Helmut Kohl,

mit 256 zu 235 Stimmen zum 6. Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Um die zugesagten Neuwahlen durchzuführen, verweigerte das Parlament kurze Zeit später durch Stimmenthaltung der CDU/CSU-Fraktion Bundeskanzler Kohl das Vertrauen. Dieser Vorgang war innenpolitisch und rechtlich höchst umstritten, wurde aber vom 2. Senat des BVerfG am 16. Februar 1983 für verfassungskonform erklärt.¹¹²

2.2. Erste außenpolitischen Ziele der Regierung Kohl

Die Bundestagswahl am 6. März 1983 beendete die innenpolitische Krise und trug zur Stabilisierung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag bei, denn die CDU/CSU verfehlte mit 48,8% nur knapp die absolute Mehrheit und auch die FDP kam mit 7% der Stimmen glimpflich davon. Im 10. Deutschen Bundestag stellten die Regierungskoalition 278 Abgeordnete, die SPD 193 und die Grünen (erstmal im Parlament) 27.

Trotz dieser nun klaren Mehrheitsverhältnisse blieben die innen- und außenpolitischen Fragen weiterhin ungelöst.

Bereits in seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 umriss Bundeskanzler Kohl die künftige Linie der Außenpolitik, die vorrangig auf die Festigung des westlichen Militärbündnisses ausgerichtet war. Die Europapolitik und die Europäische Gemeinschaft spielten hier noch eine nachgeordnete, wenngleich keine unwesentliche Rolle:

- „1. Wir werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielficht befreien, die Freundschaft bekräftigen und stabilisieren...
2. Die Bundesregierung erneuert ihr Bekenntnis zum Atlantischen Bündnis....Das ist die Sicherheitspartnerschaft...
3. Unser vordringlichstes Ziel ist es, das notwendige militärische Gleichgewicht durch konkrete, ausgewogene und nachprüfbare Verhandlungsergebnisse auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen herzustellen und zu stabilisieren..., [...]
5. Wir wollen neue Wege zur Einigung Europas öffnen.“¹¹³

Helmut Kohls außenpolitische Präferenz lag aber auch in einer verstärkten Akzentuierung der deutsch-französischen Freundschaft. Hier begab er sich bewusst

in die Tradition Konrad Adenauers und „stellte die Partnerschaft zwischen Bonn und Paris in den Dienst der Europäischen Gemeinschaft, aber auch des Atlantischen Bündnisses.“¹¹⁴

Waren bei den vorherigen Regierungen die Präferenzen zu jeweils einer der beiden Seiten mehr oder weniger evident, versuchte Helmut Kohl „den klassischen sicherheitspolitischen Konflikt zwischen Atlantikern und Gaullisten [...] durch eine Strategie des Sowohl-als-auch zu überbrücken.“¹¹⁵

Eine solche Strategie, die zunächst den Anschein einer gewissen Schaukelpolitik vermittelte, hatte durchaus eine tiefere und weitgehende Bedeutung. Einerseits konnten die USA aufgrund ihrer Präsenz und Dominanz in der NATO bei Entscheidungsprozessen der Gemeinschaft – gerade hinsichtlich ihrer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – nicht übergangen werden. Andererseits war es schon seit Adenauer das Ziel deutscher Europapolitik, eine möglichst enge Bindung an Frankreich herzustellen und zu bewahren. Als Beispiele hierfür seien die Schaffung der Montanunion (1951), der Versuch des Aufbaus einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft EVG (1954), der deutsch-französische Freundschaftsvertrag (1963) und die Instituiierung des Europäischen Währungssystems EWS (1979) genannt. Mögen die Motive des gemeinsamen Handelns jeweils unterschiedlich gewesen sein, so galten und gelten solche Initiativen stets auch als Antrieb für eine einheitliche Politik innerhalb der EG. Dies gilt im besonderen Maße seit der Wiedervereinigung Deutschlands und der damit einher gehenden Vollendung der Europäischen Union.

2.3. Deutschland, Frankreich, USA und die EG

Die Mitgliedschaft in der EG war für alle bisherigen Bundesregierungen ein fester Bestandteil ihrer Außenpolitik.¹¹⁶ Die Beziehungen zu den USA und zu Frankreich galten seit der ersten Regierung Adenauer als Eckpunkte dieser Politik. Zu den USA waren diese in erster Linie bündnispolitischer und wirtschaftlicher Natur, wengleich in diesem Kontext immer wieder von einer deutsch-amerikanischen Freundschaft die Rede war. Gegenüber Frankreich strebte besonders Adenauer eine dauerhafte und unverbrüchliche Freundschaft an, die im deutsch-französischen Vertrag von 1963 manifestiert wurde.¹¹⁷ Die „deutsche Europapolitik der achtziger Jahre stand im Kontext dieses historischen Prozesses.“¹¹⁸ Der Sozialist Mitterrand und der

Christdemokrat Kohl bildeten hierbei eine feste Komponente und gaben durch ihre Initiativen, namentlich auch schon vor der deutschen Wiedervereinigung und besonders danach, entscheidende Impulse für das Voranschreiten der europäischen Integration.¹¹⁹ „In der Person Kohls begegnete der Staatspräsident Frankreichs, der Sozialist François Mitterrand, der Aktualität der deutsch-französischen Freundschaft und ihrer Tradition.“¹²⁰ Auch die Symbolik des Händedrucks in Verdun sollte die Harmonie zwischen beiden Ländern nach außen hin deutlich sichtbar machen.¹²¹ Dennoch war die bilaterale Kooperation zu Beginn der achtziger Jahre nicht frei von Störungen. „Zwar [hatten] 1982 [...] die deutsch-französischen Beziehungen einen Reifegrad erreicht, der, ganz im Unterschied zu 1963, von den europäischen Staaten nicht mehr als Widerspruch zur europäischen Integration, sondern als deren Kernstück angesehen wurde“¹²², aber Diskrepanzen in der Agrar-, Handels- und Haushaltspolitik sowie in den Bereichen der Energie-, Forschungs- und Industriepolitik waren unübersehbar.¹²³

Andererseits entwickelte sich im Bereich der Verteidigungspolitik eine recht konstruktive Zusammenarbeit. Die Idee einer multilateralen Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der NATO, aber unabhängig von dieser, stand ja schon bei den EVG-Verhandlungen 1953/54 auf der Tagesordnung. Zwar wurde der Wille zur militärischen Zusammenarbeit beider Länder immer wieder bekundet, doch in Frankreich überwog das Misstrauen gegenüber einem Partner, der noch zehn Jahre zuvor als Besatzungsmacht aufgetreten war. Am 30. August 1954 lehnte die Französische Nationalversammlung den Vertrag zur Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft ab.¹²⁴ In den sechziger und siebziger Jahren stand dieses Thema nicht mehr auf der Tagesordnung, zumal Frankreich eine eigene Verteidigungspolitik außerhalb der NATO praktizierte.

Erst durch den Regierungswechsel von Schmidt zu Kohl erlangte der europäische Integrationsprozess und damit auch das verteidigungspolitische Interesse eine neue Qualität. Standen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vor allem wirtschaftliche Probleme (Weltwirtschafts- und Ölkrise sowie finanzielle Schwierigkeiten in der Gemeinschaft) im Vordergrund deutscher Außen- und Europapolitik, akzentuierte Helmut Kohl auch den Willen zur europäischen Sicherheitspolitik im Kontext des atlantischen Bündnisses.

In einer Rede vor der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) erläuterte Kohl 1983 sein sicherheitspolitisches Konzept: „...es gibt keine Sicherheit für uns außerhalb des Atlantischen Bündnisses, außerhalb der engen Partnerschaft mit den

USA und Kanada. Wir wissen aber auch, das Bündnis ist nur stark, wenn auch seine europäischen Partner stark sind.“¹²⁵ In dieser Rede, die noch vor der Bundestagswahl am 6. März 1983 gehalten wurde, skizzierte Kohl gleichzeitig die – seiner Ansicht nach – gleichrangige Bedeutung sowohl der europäischen als auch der transatlantischen Partnerschaft: „Alles, was die Partnerschaft zwischen Europa und den USA stärkt, stärkt auch die europäische Zusammenarbeit...Es handelt sich nicht um ein Entweder/Oder, sondern nur um ein Sowohl/als auch.“¹²⁶

Ähnlich der symbolträchtigen Geste von Verdun wollte Kohl auch sein freundschaftliches Verhältnis zu US-Präsident Reagan demonstrieren. Und ähnlich Verdun sollte auch hier der gemeinsame Besuch eines Soldatenfriedhofs amerikanischer Gefallener des Zweiten Weltkriegs in Bitburg eine Geste der Versöhnung darstellen. Dass hier auch einige Angehörige der Waffen-SS begraben sind, löste in der bundesdeutschen, aber auch der amerikanischen Presse eine Welle des Protests aus.¹²⁷

Nach der Bestätigung des christlich-liberalen Bündnisses am 6. März 1983 setzte Kohl seine Doppelstrategie der europäischen und transatlantischen Bündnispolitik fort. Hilfreich waren dabei auch seine engen persönlichen Kontakte zu François Mitterrand, Ronald Reagan und George Bush.

Das „Ja“ der Regierung Kohl zum NATO-Doppelbeschluss auf der verteidigungspolitischen Ebene und die Stuttgarter Deklaration sollten den Willen der neuen Bundesregierung zur Bündnistreue einerseits und zur noch engeren Kooperation in der EG und vor allem mit Frankreich unterstreichen und gleichzeitig die Bundesrepublik als verlässlichen Partner ausweisen.

2.4. Die Situation in der EG beim Bonner Regierungswechsel 1982/83

Zu Beginn des Jahres 1983 übernahm die Bundesrepublik turnusgemäß die Ratspräsidentschaft in der EG. Dies war eine erste Bewährungsprobe für die neue Bundesregierung und ihren Kanzler, denn das Klima innerhalb der Gemeinschaft war nicht gerade freundlich. Gekennzeichnet von finanziellen Krisen in den Mitgliedstaaten, waren die nationalen Regierungen gegenüber einem gemeinschaftlichen Handeln wenig zugänglich. Besonders in der Agrarpolitik war die Gemeinschaft tief zerstritten. Auf diesem Gebiet manifestierte sich die Problematik des generellen Abstimmungsverfahrens. Während Großbritannien,

unterstützt von Dänemark und Griechenland, für ein grundsätzliches Vetorecht zur Wahrung eigener Interessen eintrat, stellten die Bundesrepublik, Belgien, Irland, Luxemburg und die Niederlande die Gemeinschaftsinteressen über die nationalen Ansprüche.¹²⁸ Noch vor dem Stuttgarter Gipfeltreffen bekannte Kanzler Kohl in einem Interview: „Für mich ist das Wichtigste, dass es ungeachtet der Entscheidungen in wichtigen Sachfragen in Stuttgart gelingt, deutlich zu machen, dass wir gemeinsam die Zukunft Europas wollen und dass wir wissen, dass das Schicksal unserer einzelnen Völker nur dann eine glückliche Zukunft haben wird, wenn wir gleichzeitig ‚wir‘ sagen und nicht nur das nationale ‚Ich‘ betonen.“¹²⁹

Diese Aussage gewinnt vor dem Hintergrund zahlreicher internationaler Krisen und Konflikte an Gewicht. Auf den Umsturz im Iran (1979), die sowjetische Invasion in Afghanistan (1979), die Verhängung des Kriegsrechts in Polen (1981) und den Falkland-Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien (1982) wusste die Gemeinschaft nicht wirkungsvoll zu reagieren. Es fehlte an Konzepten für das außenpolitische Handeln, denn diese Herausforderungen machten unmissverständlich deutlich, dass die EG dem Stadium einer bloßen Wirtschafts- und Handelsgemeinschaft entwachsen war.¹³⁰

Innerhalb der EG war man jedoch zu sehr mit den Streitigkeiten um die Agrar-, Wirtschafts- und Finanzpolitik beschäftigt, um wirkungsvoll auf diese internationalen Krisen antworten zu können. Besonders die Querschüsse der britischen Premierministerin Thatcher („I want my money back“) führten immer wieder zu erheblichen Spannungen.

Der Gemeinschaft fehlte das von Helmut Kohl angesprochene ‚Wir-Gefühl‘. Es schien daher dringend erforderlich, neue Konzepte für eine gemeinsame europäische Zusammenarbeit zu entwickeln. Dabei stand die EG vor folgenden Aufgaben:

- „1. ihre Identität zu stärken und [...] gegenüber Einzelinteressen [...] durchsetzungsfähiger zu werden.
2. Das institutionelle Gefüge der Gemeinschaft musste den neuen Gegebenheiten angepasst und damit weiter entwickelt werden.
3. Die Gemeinschaft konnte auf Dauer einer Lösung ihrer Haushaltsprobleme nicht ausweichen. [...]
5. Die Gemeinschaft stellte sich angesichts der internationalen Herausforderungen die Aufgabe, ihre außenpolitische Kooperation und Handlungsfähigkeit wesentlich zu steigern.“¹³¹

Einen wichtigen Schritt in diese Richtung stellte die Genscher-Colombo-Initiative dar, die noch zur Zeit der sozial-liberalen Koalition entwickelt wurde. Außenminister Genscher und sein italienischer Amtskollege Colombo entwarfen ein Konzept für eine künftige Europäische Union. In diesem Entwurf wurde die Bedeutung des Europäischen Rates hervorgehoben und eine engere politische Zusammenarbeit angestrebt.¹³²

Als weitere Ziele wurden eine gemeinsame wertorientierte Außenpolitik auf der Grundlage der Menschenrechte, eine engere Zusammenarbeit in der Kultur- und Rechtspolitik, die Weiterentwicklung des EWS und die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion festgeschrieben.¹³³ Genscher bemerkte dazu im Rückblick: „Europäische Akte‘ nannten wir das Dokument, dessen Ziel ein Vertragswerk war, wie es später in den Verträgen von Maastricht Wirklichkeit geworden ist.“¹³⁴

Doch erst nach dem Regierungswechsel in Bonn wurde diese Initiative von Bundeskanzler Kohl aufgegriffen, der, in der Tradition Konrad Adenauers denkend, darin die Chance zur Vollendung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ erkannte.¹³⁵

2.4.1. Deutsche Ratspräsidentschaft 1983 und der Gipfel von Stuttgart

Zu Beginn der Ratspräsidentschaft formulierte die neue Bundesregierung folgende ehrgeizige Ziele:

1. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, hier besonders der Jugendarbeitslosigkeit,
2. Förderung der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal,
3. Ausbau des Gemeinsamen Marktes und
4. Verabschiedung der Europäischen Akte.¹³⁶

Für die Genscher-Colombo-Initiative war die deutsche Ratspräsidentschaft sicher ein glücklicher Umstand, denn Bundeskanzler Kohl konnte sich dadurch europapolitisch profilieren, wobei ihm das Konzept der beiden Außenminister nur nützlich sein konnte.

Immerhin war durch die ‚Europäische Akte‘ die Diskussion um die Zukunft Europas wieder in Gang gekommen. Auf dem Stuttgarter Gipfeltreffen im Juni 1983 wurde

als erstes sichtbares Ergebnis die „Feierliche Erklärung zur Europäischen Union“ von den Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten unterzeichnet.¹³⁷

Zu den wichtigsten Zielen wurden darin erklärt: der Wille zur engeren Zusammenarbeit, die Aufrechterhaltung parlamentarischer Demokratie sowie die Achtung der Menschenrechte, verstärkte Solidarität im Handeln gegenüber Dritten und das Bestreben nach Schaffung einer politischen Union.¹³⁸

Gerade die Erklärung, eine politische Union herbeiführen zu wollen, klang unter den gegebenen Umständen visionär. Es entspricht aber durchaus dem Geschichtsverständnis Helmut Kohls, visionäre Gedanken zu formulieren, sprach er doch in den 80er-Jahren immer wieder von den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘, wobei er – ähnlich wie Adenauer – eine nach amerikanischem Vorbild strukturierte Gemeinschaft im Sinn hatte.

Zu Beginn seiner Kanzlerschaft war Kohl durchaus bereit, den Einigungsprozess der Gemeinschaft neu zu beleben, musste jedoch sehr bald feststellen, dass es trotz deutscher Ratspräsidentschaft und guten Willens nicht möglich war, das von ihm ins Auge gefasste Tempo einzuhalten. Auch innerhalb der Bundesregierung war man offensichtlich nicht grundsätzlich von der Politik Genschers, die von Kohl nachhaltig unterstützt wurde, überzeugt.¹³⁹

In diesem Kontext spiegelte sich die Skepsis gegenüber Kohls Tempo angesichts der ungelösten Probleme in der EG in der Berichterstattung wider.¹⁴⁰ Dennoch gelang es, die ‚Stuttgarter Deklaration‘ zu verabschieden, was allerdings nicht als große Sensation gewertet wurde, da politische Willenserklärungen den Abschluss einer jeden Gipfelkonferenz bilden. Dennoch hatte sich auf dem Stuttgarter Gipfel etwas bewegt. Waren die übrigen EG-Länder quasi über Nacht zu überzeugten Europäern geworden ? Durchaus nicht, denn die Stuttgarter Deklaration hatte absolut keinen rechtsverbindlichen Charakter. Im Grunde handelte es sich hierbei um eine unverbindliche Willenserklärung, die auch von den größten Europaskeptikern mühelos unterschrieben werden konnte. Bereits die Formulierung der Präambel ließ an dieser Unverbindlichkeit keinerlei Zweifel.¹⁴¹ Insofern musste die Genscher-Colombo-Initiative zunächst als gescheitert angesehen werden.

Dennoch konnte als Ergebnis des Stuttgarter Gipfels festgehalten werden, dass eine grundsätzliche Bereitschaft zur engeren Kooperation formuliert und der Wille zu einer politischen Union – wenngleich hier noch als eine sehr entfernte Vision – artikuliert wurden. Es schien, als habe die Gemeinschaft erkannt, dass eine Antwort

auf ihre infrastrukturellen und außenpolitischen Fragen nur durch eine gemeinsam abgestimmte Politik gegeben werden konnte. Um so größer war daher die Enttäuschung, als man sich ein halbes Jahr danach auf dem Gipfeltreffen von Athen nicht auf einen Kompromiss über Finanzierungs- und Agrarfragen einigen konnte. „Das Paket von Stuttgart lag auf dem Scherbenhaufen von Athen.“¹⁴² Doch das Modell der Außenminister Genscher/Colombo wurde nun vom deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterand aufgegriffen und als irreversibles Ziel ihrer Europapolitik deklariert.¹⁴³ Die europäische Einigung erhielt durch diese enge Kooperation und die gegenseitige persönliche Wertschätzung der beiden Staatsmänner in der Folgezeit immer wieder entscheidende Impulse.

2.4.2. Deutsch-französische Initiativen und der Gipfel von Fontainebleau

Die Ernüchterung nach dem Scheitern des Athener Gipfels ließ nicht lange auf sich warten. Schon bei der Unterzeichnung der Stuttgarter Deklaration hatte Kohl relativierend davon gesprochen, dass diese „in einer Reihe von Punkten nicht dem entspricht, was die Bundesrepublik Deutschland und Italien ursprünglich vorgesehen hatten.“¹⁴⁴ Und enttäuscht fügte er hinzu: „Wir wären bereit gewesen, weiter zu gehen.“¹⁴⁵ Der Eklat von Athen bestand darin, dass es die griechische Regierung weder für möglich noch für wünschenswert hielt, eine gemeinsame europäische Außenpolitik der zehn Mitgliedstaaten zu realisieren.

Damit war offensichtlich, dass man im europäischen Einigungsprozess keinen Schritt vorangekommen war.

Dass im Jahr darauf überhaupt Fortschritte erzielt wurden, kann darauf zurückgeführt werden, dass

- a) Frankreich in der ersten Jahreshälfte die Ratspräsidentschaft innehatte,
- b) vom 14. bis 17. Juni 1984 die zweiten Direktwahlen zum EP stattfanden und
- c) sich die deutsch-französische Kooperation intensivierte.

Von der französischen Präsidentschaft gingen Impulse aus, die von der Bundesregierung begrüßt und explizit unterstützt wurden. So sprach sich

Staatspräsident Mitterrand für eine Rückkehr zu den ‚Römischen Verträgen‘ aus¹⁴⁶ und befürwortete gleichzeitig „ein ständiges politisches Sekretariat für die Politische Zusammenarbeit...“¹⁴⁷

Ein Indiz dafür, dass die deutsch-französische Kooperation bereits enger geworden war, kann darin gesehen werden, dass Mitterrand hier der Absicht Helmut Kohls folgte, der einen ähnlichen Gedanken bereits im Februar vor dem Bundesausschuss der CDU aussprach und dabei die Irreversibilität des Europäischen Einigungsprozesses unterstrich.¹⁴⁸

Gleichzeitig betonte er mit Blick auf die Erfahrungen des Athener Gipfels, dass nur eine gemeinsame Politik aller Mitgliedstaaten zum Erfolg führen könne. Seine Bemerkung, „Ich denke nicht, dass es eine kluge Politik wäre, wenn die langsamsten Schiffe im Geleitzug das Tempo der Integration bestimmen“¹⁴⁹, durfte in diesem Kontext als Drohung besonders an Griechenland, Dänemark und Großbritannien interpretiert werden.¹⁵⁰ Die Diskussion über die europäische Integration der zwei Geschwindigkeiten, die nach Maastricht und Amsterdam erneut an Aktualität gewann, hatte bereits hier ihren Ursprung, denn Kohl kündigte in seiner Rede an, „dass wir [...] dann die Frage zu stellen haben, wer bereit ist, auf diesem Weg mit voranzuschreiten.“¹⁵¹ Die Bundesrepublik und Frankreich waren nun entschlossen, im Zweifelsfall auch im Alleingang die europäische Einigung voran zu treiben.

Diese europapolitischen Aktivitäten Mitterrands und Kohls sind auch und besonders vor dem Hintergrund der zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament zu sehen. Diese fanden unmittelbar vor dem turnusgemäßen Gipfel statt. Besonders in der Bundesrepublik und in Frankreich wurde der Wahlkampf dazu genutzt, europapolitische Perspektiven zu plakatieren und den Willen zur europäischen Einigung zu unterstreichen. Dies geschah aus unterschiedlichen Motiven und nicht nur aus reinster Überzeugung. Während Frankreich eine schwere innenpolitische Krise über die Bildungs- und Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung Mauroy erlebte, die von Unruhen und Straßenkämpfen begleitet wurde, war in der Bundesrepublik die Diskussion über das amerikanische Weltraumrüstungsprogramm (SDI) im vollen Gange.¹⁵² Auch innerhalb der Bundesregierung gab es zunächst - wie bereits kurz erwähnt - massive Ablehnung namentlich aus dem Verteidigungsministerium.¹⁵³ Der Europawahlkampf bot daher eine günstige

Gelegenheit, von dieser Diskussion und den damit entstandenen Schwierigkeiten abzulenken.

Dem Europaparlament selbst gelang es in seiner ersten fünfjährigen Legislaturperiode nicht, eine breite Öffentlichkeit von seiner Notwendigkeit und Effizienz zu überzeugen. Dass von ihm in diesem Stadium ein ‚Vertrag zur Gründung der Europäischen Union‘ verabschiedet wurde,¹⁵⁴ kann allerdings nur zum Teil als Selbstzweck interpretiert werden. Unverkennbar war nämlich auch, dass durch die Erweiterung auf inzwischen 10 Mitgliedstaaten¹⁵⁵ die Komplexität der Aufgaben ständig zunahm und die bisherigen Rechtsgrundlagen immer unzureichender wurden.¹⁵⁶ Mit diesem Vertrag, der originär auf die Genscher-Colombo-Initiative zurückgeführt werden konnte, sollten nicht nur eine umfassende Europäische Identität geschaffen, sondern auch die unterschiedlichen Ebenen europäischer Politik (EG, EWS, EPZ) zusammengefasst werden. Dass sich hieraus eine erhebliche Kompetenzerweiterung des EP ergeben würde, war durchaus in dessen Sinne.¹⁵⁷

Auf dem Gipfel von Fontainebleau im Juni 1984, der den Abschluss der französischen Ratspräsidentschaft bildete, gelang es der Gemeinschaft, sich aus dem Stadium der Lähmung zu lösen. Sowohl in der Agrarpolitik als auch in der Frage der britischen Beitragszahlungen wurden Lösungen gefunden, die zunächst für eine gewisse Beruhigung in der Gemeinschaft sorgten.¹⁵⁸ Man beschloss u. a. auch, einen Ad-hoc-Ausschuss für institutionelle Fragen zu bilden, dessen Auftrag darin bestand, „Vorschläge zum besseren Funktionieren der europäischen Zusammenarbeit im Gemeinschaftsbereich wie auch im Bereich der politischen Zusammenarbeit und in anderen Bereichen zu unterbreiten.“¹⁵⁹ Die Besetzung durch weisungsgebundene Staatssekretäre der jeweiligen Regierungen führte allerdings dazu, dass lediglich unverbindliche Vorschläge unterbreitet werden konnten. Insofern konnte der Ad-hoc-Ausschuss nicht zwingend als Fortschritt gewertet werden. Positiv wirkte er sich allerdings auf die deutsch-französische Kooperation aus. Mitterrand verwendete erstmals den Begriff der ‚Politischen Union‘ und Kohl sprach gar von den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘, doch wurden konkrete Ziele für die Gemeinschaft und Problemstellungen ausgeklammert, was wesentlich zur Entproblematisierung des deutsch-französischen Verhältnisses beitrug.¹⁶⁰

Unverkennbar war hier aber schon jener Bilateralismus, der für den weiteren Verlauf des europäischen Einigungsprozesses signifikant werden sollte.¹⁶¹

2.4.3. Deutsch-französische Führung und Mailänder Gipfel

Der Ad-hoc- oder auch Dooge-Ausschuss¹⁶² konnte zwar keine verbindlichen Entscheidungen treffen, zeichnete aber ein realistisches Bild vom Zustand der Gemeinschaft.¹⁶³ In der Ausschussarbeit wurde die bilaterale Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich evident, wobei die Franzosen dabei mehr oder weniger die Führung übernahmen. Während Deutschland, Frankreich und die Beneluxländer sich in den Zielen einig waren, drohte Großbritannien mehrmals mit dem Abbruch der Verhandlungen.¹⁶⁴ Für die Briten gingen die Empfehlungen des Ausschusses eindeutig zu weit. Die wesentlichsten Kernpunkte des Berichts, der auf dem Gipfeltreffen von Mailand vorgelegt wurde, bestanden in:

- a) der Einberufung einer Regierungskonferenz zur Beratung über einen Vertrag zur Bildung der Europäischen Union,
- b) der Stärkung des Europäischen Parlaments und
- c) mehr Eigenverantwortlichkeit bezüglich der Einnahmen.¹⁶⁵

Diese Ziele standen in Einklang mit den deutschen Vorstellungen, obwohl diese noch weit reichender waren.¹⁶⁶

Für Helmut Kohl kam die Vorlage des Berichts sehr gelegen, denn er selbst und die Bundesregierung befanden sich 1985 in einem Stimmungstief der öffentlichen Meinung.¹⁶⁷ Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland musste die CDU deutliche Stimmenverluste hinnehmen, während die SPD Stimmen gewann, was allgemein als bundespolitischer Trend gewertet wurde.¹⁶⁸

Insofern war die Konzentrierung auf europapolitische Erfolge für Kohl nicht nur wünschenswert, sondern geradezu notwendig. Als Erfolg konnte er daher verbuchen, dass es im Ausschuss:

- a) eine Mehrheit (wenigstens der Gründerstaaten) für den Unionsvertrag und
- b) in der Frage des Abstimmungsmodus Handlungsspielraum gab und
- c) Einigkeit in der Frage neuer Politikbereiche bestand.¹⁶⁹

Der Europäische Rat, der am 28. und 29. Juni 1985 in Mailand tagte, beschloss mehrheitlich die vom Dooge-Ausschuss empfohlene Konferenz zur ,Herbeiführung

konkreter Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Union'. Dieses Votum war jedoch nicht unbedingt erwartet worden, denn „bis zuletzt war ungewiss, ob ein Beschluss über die Einsetzung der Regierungskonferenz Zu Stande Kommen würde.“¹⁷⁰ Heftiger Widerstand regte sich vor allem von Seiten der britischen Premierministerin Thatcher,¹⁷¹ aber auch aus der griechischen und dänischen Delegation. Außenminister Genscher beansprucht für sich, in dieser Phase die Initiative übernommen und durch die Gewinnung François Mitterrands das Zu Stande Kommen der Regierungskonferenz durchgesetzt zu haben.¹⁷² In dem von Genscher vorgelegten Papier heißt es: „Die Europäische Union beginnt; die Mitgliedstaaten werden über die Ausgestaltung einen Vertrag abschließen. Es wird eine Regierungskonferenz eingesetzt, die den Entwurf des Vertrages bis zum 1. Oktober 1985 erarbeitet. Er wird auf dem Europäischen Rat in Luxemburg beraten und beschlossen.“¹⁷³

Die Dramatik des Mailänder Gipfels äußerte sich auch darin, dass hier über den einhelligen Wunsch zur Einführung des Europäischen Binnenmarktes zum 31. Dezember 1992 entschieden werden sollte. Wäre der Gipfel wegen unüberbrückbarer Differenzen bezüglich der Einberufung einer Regierungskonferenz gescheitert, hätte dies auch unabsehbare Folgen für die Entscheidung über den Binnenmarkt gehabt.

Wie wichtig für Kohl – trotz angebrachter Skepsis - ein Erfolg in Mailand war, zeigte seine Entschlossenheit, „einer Regierungskommission unsere Zustimmung zu geben unter der Voraussetzung, dass das sozusagen für Mailand der letzte Beschlusspunkt ist und das Mandat, das heißt der Inhalt dessen, was die Regierungskommission behandeln, verhandeln und vorlegen soll, klar umrissen ist und auch eine Zeittafel mit beschlossen wird. Diese Regierungskommission darf nicht dazu führen, dass Probleme vertagt werden, sondern es müssen konkrete Aufträge mit einer klaren Zeitmaßangabe an diese Kommission gegeben werden.“¹⁷⁴ Kohl und Mitterrand machten wiederholt öffentlich klar, dass sie im Zweifelsfall den Vertrag zur Europäischen Union auch mit nur einem Teil der Mitgliedstaaten unterzeichnen würden, ließen jedoch die Option offen, dass sich die übrigen Staaten später noch anschließen können. Die Union der zwei Geschwindigkeiten war damit faktisch vorgezeichnet.¹⁷⁵

Trotz des unübersehbaren Dissens in einigen wichtigen Fragen¹⁷⁶ gelang es dem deutsch-französischen Tandem, eine Mehrheitsentscheidung für die Unterzeichnung des Vertrages herbeizuführen. Der Erfolg von Mailand kann daher im ‚Nicht-Scheitern‘ dieser Absicht gesehen werden. Am Ende zählte jedoch, dass auf dem

Gipfel in Luxemburg im Dezember desselben Jahres der Vertrag überhaupt unterzeichnet werden konnte.

2.4.4. Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und Vollendung des Binnenmarktes

Auf dem Ratsgipfel am 2. und 3. Dezember 1985 in Luxemburg¹⁷⁷ beschlossen die Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten mehrheitlich den Vertrag über die Einheitliche Europäische Akte.¹⁷⁸ Nach zähem Ringen und dem ‚Fast-Scheitern‘ des Mailänder Gipfels war damit ein wesentlicher Schritt in Richtung Europäische Union vollzogen.

Die wesentlichsten Reformen waren:

- a) die Vollendung des Binnenmarktes bis 1992,
- b) die Neuregelung der Beschlussfassung im Ministerrat. An die Stelle der bisher grundsätzlichen Einstimmigkeit trat die Herbeiführung einer qualifizierten Mehrheit,
- c) die Erweiterung der Kompetenzen des EP,
- d) die strukturelle Vereinfachungen von EG-Organisationen und
- e) die Aufnahme neuer Politikbereiche.¹⁷⁹

Wenngleich mit der EEA noch lange nicht der entscheidende Durchbruch zur Politischen Union gelang, manifestierte sich in ihr doch die Absicht, umfassend, effizient und kooperativ zusammenzuarbeiten. „Mehr, als in ihr festgeschrieben wurde, war damals nicht möglich.“¹⁸⁰

Für den angeschlagenen Kanzler war die Verabschiedung der EEA ein wichtiger Erfolg, um seine Position sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb der eigenen Partei wieder zu festigen.¹⁸¹ Selbstbewusst erklärte Kohl: „Die Bundesregierung kann für sich in Anspruch nehmen, entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen zu haben. Wir haben in Mailand nicht nur die Weichen für die Regierungskonferenz gestellt, die für die Luxemburger Beratungen beachtliche Vorarbeit geleistet hat, sondern wir haben auch das jetzt vorliegende Paket von Reformmaßnahmen ganz wesentlich mitgestaltet.“¹⁸² Bundeskanzler Kohl machte in dieser Rede aber ebenso deutlich, dass er das hier Erreichte noch nicht als Endziel seiner Politik betrachtete, denn die „Ziele bleiben eine umfassende außen- und sicherheitspolitische

Zusammenarbeit und ihr Ausbau letztlich zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen einer Europäischen Union.“¹⁸³ Gleichzeitig warnte er vor übertriebenem Optimismus und räumte ein, dass diese Ziele nur in kleinen Schritten erreichbar seien.¹⁸⁴

Während die Europäische Gemeinschaft um ihre Einigung stritt, vollzog sich in der Sowjetunion im März 1985 ein scheinbar üblicher Machtwechsel. Nach dem Tod Tschernenkows wurde Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt. Welche weit reichenden Folgen dieser Wechsel in der Sowjetführung für den Europäischen Einigungsprozess und das geteilte Deutschland haben würde, war zu diesem Zeitpunkt nicht vorhersehbar.

Allerdings machte sich die Reformbewegung in der Sowjetunion mit einiger Verzögerung auch innerhalb der Gemeinschaft deutlich bemerkbar und gewann allmählich Einfluss auf die Politik der EG. Doch zunächst blieben die Reformansätze in der Sowjetunion für die Europäische Gemeinschaft ohne Bedeutung. Vielmehr beschränkten sich die Mitglieder auf die Bewältigung ihrer eigenen Probleme. Zwar war mit der Ratifizierung der EEA ein deutlicher Schritt in Richtung Europäische Einigung unternommen worden, doch musste dieser Willenserklärung nun auch die Umsetzung in die aktive Politik folgen.

2.4.5. Der Sondergipfel in Brüssel

Mit dem Beitritt Spaniens und Portugals in die EG zum 1. Januar 1986 erhöhte sich die Zahl der Mitglieder auf insgesamt 12. Sie hatte sich damit seit der Gründung der EWG im Jahre 1957 verdoppelt.

Diese „Erweiterung der Gemeinschaft beeinträchtigte die Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik erheblich und brachte de facto eine Doppelmitgliedschaft mit sich, denn durch ihre Süderweiterung traten der Gemeinschaft Länder bei, die regionale Unterstützungsprogramme benötigten und bei ihrer Modernisierung vor ernsthaften sozioökonomischen und politischen Problemen standen. Ihr Beitritt schien den älteren Mitgliedern eher aus politischen als aus wirtschaftlichen Gründen attraktiv.“¹⁸⁵ Die Gemeinschaft war in jenem Stadium an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit gestoßen. Besonders die Ausgleichszahlungen auf dem Agrarsektor und das deutliche Nord-Süd-Gefälle verlangten nach effizienten Lösungen.¹⁸⁶

Abermals war es die deutsche Ratspräsidentschaft, die die Gemeinschaft einen entscheidenden Schritt vorwärts brachte. Nach dem Scheitern der beiden Gipfeltreffen im Jahr 1987 formulierte Außenminister Genscher vor dem EP die Zielsetzung der deutschen Präsidentschaft: „Der Binnenmarkt ist nicht nur ein großer Arbeitsmarkt. Binnenmarkt bedeutet auch: Produktion am jeweils besten Standort, Verbesserung der Produktionsstrukturen und vor allem: gemeinsame Bewältigung der tiefgreifenden Strukturprobleme.“¹⁸⁷ Ähnlich wie in ihrer ersten Präsidentschaft 1983 war die Bundesregierung 1988 fest entschlossen, der Integration die entscheidenden Impulse zu geben. Aus französischer Sicht wurde der besondere Erfolg der bundesdeutschen Ratspräsidentschaft hervor gehoben: „Dieses halbe Jahr der deutschen EG-Präsidentschaft von Januar bis Juni 1988 war der größte außenpolitische deutsche Erfolg seit Adenauer.“¹⁸⁸ Interessant ist daher in diesem Zusammenhang, dass es der Bundesregierung offensichtlich nicht gelang, diesen politischen Erfolg für sich in der öffentlichen Meinung positiv zu verbuchen. Das belegen Umfrage-Ergebnisse, die das Allensbach-Institut im Sommer 1988 veröffentlichte. Demnach meinten nach dem Gipfel von Brüssel nur 14% der Befragten, dass diese Konferenz ein Erfolg für Kanzler Kohl gewesen sei.¹⁸⁹ Auch in Bezug auf den Europäischen Binnenmarkt, der ja Gegenstand des Sondergipfels war, gaben insgesamt nur 11% an, ziemlich gut oder gut informiert zu sein, wohingegen der EG-Schnitt bei 25% lag. Sogar in den Nicht-EG-Ländern wurde der Wert mit 20 bis 34% deutlich überschritten.¹⁹⁰ Noch schlechter fiel die Bewertung der EG als Ganzes aus. Hier waren 51% der Meinung, die EG sei eine internationale Organisation ohne besondere Macht.¹⁹¹ Wenngleich der Bundesregierung solche Ergebnisse ebenfalls vorlagen, wie sie auch regelmäßig etwa im SPIEGEL veröffentlicht werden, schien sie doch relativ gelassen damit umzugehen. Ein Grund dürfte dabei sicher gewesen sein, dass die nächste Bundestagswahl erst für 1991 vorgesehen war und man bis dahin wohl genügend Zeit zu haben glaubte, die Europapolitik erfolgreich darstellen zu können.

Inhaltlich ging es darum, dass in dem von Kommissionspräsident Jacques Delors am 15. Februar 1987 vorgelegten Lösungspaket Vorschläge zur Bewältigung der finanziellen und strukturellen Probleme enthalten waren.¹⁹² Auf dem Brüsseler Sondergipfel am 11. und 12. Februar 1988 sollte über dieses ‚Delors-Paket‘ beraten und entschieden werden. Der Durchbruch gelang und die Regierungschefs der Mitgliedsländer nahmen das Paket an. Der Erfolg dieses Gipfels hatte eine deutliche Signalwirkung, denn nach der jahrelangen Diskussion um Strukturfonds, Agrar- und

Finanzpolitik konnte nun das eigentlich politische Ziel, die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes bis zum Jahr 1992 in Angriff genommen werden.¹⁹³ Anlässlich der Verleihung des Internationalen Karlspreises an Helmut Kohl und François Mitterrand hob der Kanzler den Prozess der Einigung und die deutsch-französische Kooperation hervor: „Wir wollen das vereinte Europa, die wirtschaftliche und politische Union freier Völker und Staaten. Auf dieses Ziel wirken Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten hin,...“¹⁹⁴ Gut ein Jahr später waren alle konzeptionellen Vorstellungen hinsichtlich der Schaffung der Europäischen Union hinfällig geworden. Der Zusammenbruch der DDR und anderer kommunistischer Ostblockstaaten sowie die beginnende Auflösung des Warschauer Paktes stellten die EG vor bis dahin nicht gekannte Aufgaben.

2.5. Herbst 1989: Zäsur in der deutschen Außen- und Europapolitik

„Herr Doktor Kohl, halten Sie sich fest, die DDR-Leute machen die Mauer auf.“ „Sind Sie sicher, Ackermann?“¹⁹⁵ Dieser kurze Dialog zwischen Bundeskanzler Kohl und dem Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Bundeskanzleramt, Eduard Ackermann, war symptomatisch für die Ahnungslosigkeit der Bundesregierung in jenen Tagen, die von den Ereignissen völlig überrascht wurde. Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 war von der DDR-Führung allerdings so nicht intendiert.¹⁹⁶ Vielmehr sollte sich die gespannte Lage wieder beruhigen, was durch das Inkrafttreten von Reiseerleichterungen erreicht werden sollte.

Dass der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden bereits ein Jahr später nicht mehr existieren würde, wurde von niemandem vorhergesehen.

Wurde bisher die Europapolitik der Bundesregierung von den Versuchen geprägt, den gemeinsamen Binnenmarkt zum 31.12.1992 zu vollenden und die Europäische Einigung herbeizuführen, änderte sich zwar durch den Zusammenbruch der DDR ihre Grundhaltung nicht, doch stand sie selber nun plötzlich im Mittelpunkt des Interesses. Die sich abzeichnende Wiedervereinigung beider deutscher Staaten warf eine ganze Reihe von Fragen auf, die innerhalb der Gemeinschaft mit Vehemenz und teilweise sehr kontrovers diskutiert wurden. Dabei stand ganz klar die wieder erwachte Angst vor einem zu mächtigen Deutschland als Hegemonialmacht in

Europa zunächst im Vordergrund. Die Europapolitik der Regierung Kohl konzentrierte sich in dieser Phase auf zwei Bereiche:

- a) die DDR an die EG heranzuführen und später die Westintegration des vereinigten Deutschlands sowohl in die NATO als auch in die Gemeinschaft zu unterstreichen und
- b) die offenkundigen Ressentiments der europäischen Nachbarstaaten zu entkräften.

Mit dem Vertrag von Maastricht sollte hierfür eine Plattform errichtet werden, die diesen Integrationsprozess und vor allem die Einbindung Deutschlands irreversibel machen sollte. Nachdem diese Grundlage auf vertraglicher Ebene geschaffen war, konzentrierte sich die deutsche Europapolitik auf die praktische Umsetzung dieser Ziele (WWU, Vollendung der Politischen Union) sowie die Erweiterung der Gemeinschaft.

Die Entscheidung über die Einführung einer gemeinsamen Währung fiel noch in die Ära Kohl. Die Erweiterung der EU und die Schaffung der Politischen Union sind hingegen noch im Gange bzw. noch nicht in greifbare Nähe gerückt.

2.6. Zusammenfassung

Am 1. Oktober 1982 wurde der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag, Dr. Helmut Kohl, durch ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt zum neuen Regierungschef gewählt und bildete eine neue Koalition aus CDU/CSU und FDP. Durch Stimmenthaltung der Unionsfraktion trat Kohl kurze Zeit später zurück, um so den Weg für Neuwahlen zu ebnen. Dieser Vorgang war verfassungsrechtlich umstritten, wurde aber durch ein BVerfGE-Urteil rechtlich legitimiert. Knapp ein halbes Jahr später wurde dieser Regierungswechsel durch Neuwahlen bestätigt.

Die innen- und außenpolitischen Probleme waren dadurch noch nicht beseitigt, konnten aber nun mit einer neuen Regierungsmehrheit erneut angegangen werden. Unter Helmut Schmidt war auch aufgrund innerparteilicher Differenzen ein Konsens mit der FDP über den NATO-Doppelbeschluss nicht möglich. Schmidt selber

befürwortete diesen Beschluss, der die Aufstellung neuer amerikanischer Kernwaffen auf bundesdeutschem Gebiet bei gleichzeitigen Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion vorsah. Der Bundeskanzler geriet dadurch in seiner Partei zunehmend in die Isolation. Am Ende versagte die SPD ihrem Kanzler die Gefolgschaft. Ungünstig für Schmidt wirkte sich dabei gleichfalls aus, dass er als Bundeskanzler nicht auch zugleich Parteivorsitzender war. Bisher waren alle Bundeskanzler gleichzeitig Vorsitzende ihrer Partei, was sich für sie machtpolitisch als vorteilhaft auswirkte. Diese Personalunion ermöglicht es, Kabinettsbeschlüsse aus einer innerparteilichen Machtposition heraus in der Fraktion durchzusetzen. Der Parteivorsitzende war jedoch Schmidts Vorgänger, Willy Brandt, der seit seinem Rücktritt wegen der Guillaume-Affäre im Jahre 1974¹⁹⁷ ein distanzierteres Verhältnis zu Helmut Schmidt hatte und ihm vorwarf, am Komplott Wehners gegen ihn maßgeblich beteiligt gewesen zu sein.¹⁹⁸ Nun rächte sich für Schmidt, Brandt nicht auch im Parteivorsitz beerbt zu haben. Eine ähnliche Situation entstand 1998/99, als Gerhard Schröder zum Bundeskanzler gewählt wurde und sein innerparteilicher Rivale Lafontaine den Vorsitz der SPD inne hatte. Schröder war jedoch nach dem Rücktritt Lafontaines so klug, auch dieses Amt zu übernehmen.

Nach dem Sturz Schmidts setzte die neue Regierung Kohl den NATO-Doppelbeschluss durch, wenn auch unter starkem öffentlichen Protest vor allem aus der Friedensbewegung. Sie erwies sich damit als treuer Partner des Atlantischen Bündnisses und der USA. Für die von Willy Brandt eingeleitete Ostpolitik schien dies jedoch einen großen Rückschritt zu bedeuten, denn das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion war seit der Afghanistan-Krise sichtlich abgekühlt. Zunächst war an eine Aufweichung dieser harten Fronten nicht zu denken, denn nachdem die USA und eine Reihe von westlichen Ländern, darunter auch die Bundesrepublik, die Olympischen Spiele in Moskau 1980 boykottierten, boykottierten nun ihrerseits die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten 1984 die Spiele in Los Angeles. Erst nach Tschernenkows Tod und dem Wechsel an der Spitze der KPdSU übernahm mit Gorbatschow ein Mann die sowjetische Führung, der das Ende der Wettrüstung und des Ost-West-Konfliktes einleiten sollte. Im Westen wurde dies aber erst mit einiger Verzögerung wahrgenommen.

Hier schien sich ein üblicher Wechsel in der Sowjetführung vollzogen zu haben, der jedoch letztlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion, zur deutschen

Wiedervereinigung und Neugestaltung der europäischen politischen Landschaft führte.

Die neue Bundesregierung unter Helmut Kohl war bemüht, den innerdeutschen Dialog in Gang zu halten und eine gewisse Normalität im Verhältnis der beiden deutschen Staaten beizubehalten, daher führte sie die Politik ihrer Vorgängerin im Wesentlichen fort.

Besonders die 1984 und 1985 durch die Vermittlung des CSU-Vorsitzenden Strauß gewährten Milliardenkredite für die DDR führten bei einem Teil der Unions-Anhängerschaft zur Verstimmung, glaubte man doch, die CDU/CSU würde bei ihrer harten Linie bleiben, die sie während der Debatten um den Grundlagenvertrag mit der DDR Anfang der siebziger Jahre eingeschlagen hatte.

Die Regierung Kohl war aber realistisch genug zu wissen, dass eine Änderung der bisherigen Deutschlandpolitik nicht durchführbar war. Zwar betonte sie den Willen zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten, doch war ihr ebenso klar, dass dies nur im Konsens mit den Vier Mächten geschehen konnte. Die Westmächte betonten zwar verbal immer wieder ihre Unterstützung in diesem Streben, doch ist inzwischen hinlänglich bekannt, dass zumindest Großbritannien, aber auch Frankreich den Zustand der Teilung weiterhin aufrecht erhalten wollten. Spätestens bei den ab dem Herbst 1990 einsetzenden Diskussionen und Verhandlungen zur Wiedervereinigung wurde dies deutlich. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Zeitvorstellung Thatchers, die mit mindestens 15 Jahren rechnete, aber auch an die zunächst ablehnende Haltung Mitterrands.

Auch auf internationaler Ebene beschritt Kohl zunächst keine neuen Wege, verschob aber die Akzente, indem er die Unverbrüchlichkeit der deutsch-französischen Freundschaft betonte, gleichzeitig aber keinen Zweifel an der Treue zum Atlantischen Bündnis ließ. Während unter seinem Vorgänger Schmidt das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika vor allem unter einem ökonomischen und monetär-politischen Streit litt, betonte Kohl bereits in seiner ersten Regierungserklärung im Oktober 1982 die Partnerschaft mit den USA. Neu am Konzept der Regierung Kohl war die ‚sowohl – als auch-Betonung‘ des atlantischen Bündnisses bei gleichzeitiger Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft. Während Adenauers Präferenzen in der deutsch-französischen Aussöhnung lagen (trotzdem unterhielt er besonders mit dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles freundschaftliche Beziehungen), kühlte sich unter seinem Nachfolger

Erhard, der als ausgesprochener ‚Atlantiker‘ galt, das Verhältnis zu Frankreich spürbar ab. Nach Adenauers Westintegration wandte sich die Regierung Brandt der Ostpolitik zu. In diese Ära fielen der Gewaltverzichtsvertrag mit der Sowjetunion (1970), die Annäherung an Polen (1970) und der Grundlagenvertrag mit der DDR (1972). Helmut Schmidt initiierte zwar gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing 1975 den ersten Weltwirtschaftsgipfel in Rambouillet und entwickelte zu ihm, ähnlich wie später Kohl zu Mitterrand, ein freundschaftliches Verhältnis, doch geschah dies in erster Linie vor einem global-ökonomischen Hintergrund angesichts einer weltwirtschaftlichen Rezession.

Insofern vereinigte Kohl erstmals die französische Freundschaft und amerikanische Partnerschaft als zwei gleichermaßen wichtige Ziele deutscher Außenpolitik.

Hinsichtlich seiner europapolitischen Zielsetzungen, die zu Beginn seiner Kanzlerschaft noch nicht die Priorität besaßen, die sie erst im Zuge der deutschen Wiedervereinigung erlangten, fand er im französischen Staatspräsidenten Mitterrand einen Partner, mit dem er seine dennoch konkret vorhandene europäische Vision einer künftigen Politischen Union entwickeln und voran bringen konnte. Eine erste Gelegenheit dazu bot sich bereits auf dem Gipfeltreffen in Stuttgart im Herbst 1983. Begünstigt durch eine Initiative des weiterhin amtierenden Außenministers Genscher, verabschiedete der Gipfel eine Erklärung zur Bildung einer Europäischen Union. Wenngleich hiermit noch kein entscheidender Durchbruch gelang, war dies immerhin ein erster wichtiger Schritt, die Gemeinschaft aus ihrer Lähmung zu lösen. Dies war deshalb nötig, da die EG zu Beginn der 80er-Jahre alles andere als eine homogene und funktionierende Gemeinschaft war. Das Bild, das sie zu dieser Zeit abgab, war wenig dazu geeignet, von einer geschlossenen und integrationswilligen Gemeinschaft zu sprechen. Im wesentlichen beschränkten sich ihre Mitglieder auf die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Marktes zu den Bedingungen, dabei die nationalstaatlichen Interessen weitgehend durchzusetzen. Zwar wurde 1979 erstmals ein europäisches Parlament direkt gewählt, doch versuchten vor allem Griechenland, aber auch Großbritannien dessen Kompetenzen in sehr engen Grenzen zu halten. Angesichts dieser offensichtlichen Blockadepolitik einiger seiner Mitglieder war es für die integrationswilligen sehr schwer, dem in der Stuttgarter Erklärung formulierten Ziel einer Politischen Union näher zu kommen. Das Entscheidungsverfahren, das Einstimmigkeit voraussetzte, führte gleichermaßen dazu, dass man sich in Stuttgart zwar im Prinzip einigen konnte, konkretere Schritte

in diese Richtung jedoch nicht getan wurden. So blieb es bei einer unverbindlichen Absichtserklärung, der alle Mitglieder zustimmen konnten.

Allerdings ging von Stuttgart eine gewisse Dynamik aus, die dazu führte, dass die Einheitliche Europäische Akte (EEA), in der erstmals die schon lange notwendigen Reformen auf eine rechtsverbindliche Grundlage gestellt wurden, 1985 verabschiedet werden konnte. Dazwischen wurde der Reformprozess immer wieder vor allem von Großbritannien und Griechenland gestört, die nach wie vor wenig Interesse an einer Europäisierung ihrer nationalen Interessen zeigten.

Durch den Beitritt Spaniens und Portugals wuchs die Zahl der Mitglieder in der EG auf 12 und hatte sich damit seit der Gründung der Gemeinschaft verdoppelt. Auch dies ließ die Notwendigkeit einer grundlegenden Strukturreform immer dringlicher erscheinen. Der damalige Kommissionspräsident Delors legte ein Lösungspaket vor, das von den europäischen Regierungschefs 1988 auf einem Sondergipfel in Brüssel gebilligt wurde. Der Zusammenbruch der DDR und die damit konkret werdende Möglichkeit der deutschen Wiedervereinigung führten dazu, dass der bisher nur schleppend voran schreitende Integrationsprozess beschleunigt wurde. Die Furcht, Deutschland könne nach seiner wieder erlangten Einheit vom Kurs der EG abweichen und eine kontinentale Sonderrolle sowohl in ökonomischer als auch militärischer Hinsicht einnehmen, war größer als die nach wie vor bestehende Uneinigkeit der Mitglieder untereinander. Die Wiedervereinigung Deutschlands, die Verdoppelung der Zahl der Mitgliedsländer der Gemeinschaft und der sich durch die Veränderung im Ostblock abzeichnende Beitrittswille weiterer Länder trugen wesentlich zur Bereitschaft der EG bei, notwendige Strukturreformen ernsthaft zu fokussieren.

Durch den Zusammenbruch des Warschauer Pakts und die Wiedervereinigung Deutschlands wurden auch die strategischen Ziele der NATO obsolet. Parallel dazu wuchs unter den europäischen Partnern die Furcht vor einer neuen deutschen Militärhegemonie, was die Bemühungen um die Integration Gesamtdeutschlands in das Bündnis beflügelte, aber auch dazu führte, dass mit dem Vertrag von Maastricht der europäische Einigungsprozess hinsichtlich einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik zunächst beschleunigt wurde.

Wurden im vorangegangenen ersten Teil die politischen Willensbildungen und Entscheidungen der achtziger Jahre bis zum beginnenden Zusammenbruch des

Warschauer Paktes und der DDR in kurzer Form zusammengefasst, werden im folgenden zweiten Teil diese Deskription fortgeführt und darüber hinaus ausgewählte Pressebeispiele nach der in 1.1. beschriebenen Methodik erörtert werden.

Hierbei wurden folgende temporäre Schwerpunkte gesetzt:

1. vom Zusammenbruch der DDR bis zur Wiedervereinigung,
2. die Diskussion um den Vertrag von Maastricht und
3. EWU und EPU.

Das Ziel dieser Untersuchung ist – kurz gefasst – anhand der

- a) inhaltlichen und
- b) stilistischen Darstellung sowie
- c) der Diktion

Tendenzen der Beurteilung der politischen Handlungen Helmut Kohls sichtbar zu machen und zu diskutieren, wobei am Ende die Frage beantwortet werden soll, ob es eine klassische Zweiteilung zwischen einer Kohl-freundlichen und Kohl-feindlichen Presse gab. Die hier exemplarisch vorgenommene Textanalyse repräsentiert die Bewertungsmuster der im Folgenden vorgestellten Blätter und kann als symptomatisch für deren grundsätzliche Haltung gewertet werden.

Die in einem Exkurs skizzierte syntaktische Auswertung besitzt ebenfalls exemplarischen Charakter. Möglicherweise ergeben sich für die Linguistik hier analytische Ansatzpunkte für eine detaillierte Betrachtung des mediensprachlichen Umgangs mit dem Bundeskanzler Helmut Kohl. Für die hier vorliegende Arbeit soll dieser Exkurs lediglich auf bestimmte Tendenzen hinweisen.

Ein weiterer Exkurs soll das Verhältnis

- a) des Kanzlers zu den Medien und
- b) dieser zum Kanzler

diskutieren. Es scheint eine gewisse Diskrepanz zwischen einer 16 Jahre dauernden Kanzlerschaft Kohls und seiner Darstellung zu bestehen. Wo liegen die Ursachen ? War es nur die Presse allein oder trug auch Kohl selber zu diesem für ihn

offensichtlich schlechten Image bei ? Die besonders im SPIEGEL und Focus regelmäßig veröffentlichten Popularitätswerte¹⁹⁹ deutscher Politiker sind ein Teil der medialen Darstellung und scheinen die erwähnte Diskrepanz zu bestätigen. Hat also Helmut Kohl trotz oder gar wegen seines schlechten medialen Images so lange wie kein anderer vor ihm in der deutschen Nachkriegsgeschichte regieren können, oder war es sein Gespür für die Erhaltung von Macht ? Beides, sowohl die öffentliche Darstellung als auch die Fähigkeit des Machterhalts, können als Faktoren in Betracht gezogen und sollen am Ende diskutiert werden.

3. TEXT- UND SPRACHANALYSE VON BEISPIELEN AUS DEN AUSGEWÄHLTEN PRINTMEDIEN

3.1 Vorstellung und Begründung der Medienauswahl

Als Quellen für den nachfolgenden analytischen Teil fiel die Wahl auf die folgenden Medien:

A) Zeitungen

1. Süddeutsche Zeitung (SZ)
2. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
3. Frankfurter Rundschau (FR) und
4. Die Tageszeitung (TAZ)

B) Magazine

1. Der SPIEGEL und
2. Focus

3.1.1 Auswahlkriterien

Zu A:

Entscheidend für die Auswahl der Zeitungen war zunächst das Kriterium der Überregionalität, da Regional- und Lokalzeitungen in der Regel nicht über eigene Korrespondentenbüros in den europäischen Mitgliedstaaten verfügen. Sie sind daher in ihrer Berichterstattung eingeschränkt und übernehmen die Berichte dieser Büros oder beziehen sich auf Korrespondenten der überregionalen Presse.

Das Renommee des jeweiligen Blattes war bei der Entscheidung ebenfalls ein wichtiger Aspekt. Hierbei gehören die Süddeutsche und die Frankfurter Allgemeine Zeitung sicher zu den angesehensten Zeitungen.

Ein weiteres Auswahlkriterium bestand in der Auflagenzahl. Auch hier nehmen SZ und FAZ Spitzenstellungen ein.²⁰⁰

Zur politischen Meinungsbildung gehören jedoch nicht nur ein gutes Renommee und eine hohe Auflage. Wenngleich alle genannten Blätter ihre Überparteilichkeit betonen, neigen sie in ihrer Berichterstattung doch in eine grundsätzliche und verifizierbare politische Richtung. Besonders deutlich ist diese im direkten Vergleich zwischen FAZ und TAZ erkennbar. Dass die Letztgenannte in den Kreis der zu bewertenden Berichterstattung aufgenommen wurde, obwohl sie weder von der Auflage noch auf Grund ihres Renommees (die TAZ wird erst seit 1986 aufgelegt) die Auswahlkriterien erfüllt, soll damit begründet werden, dass sie am deutlichsten in Opposition zur damaligen Regierung stand und schlechthin als Repräsentativorgan linker Intellektueller gezählt werden kann.

Die FR gehört zu den auflagestärksten Blättern und eine Tendenz zu sozialdemokratischen Positionen kann präjudiziert werden, doch geschieht dies meist in einer subtileren Form als etwa in der TAZ. Besonders in der Frage der Wiedervereinigung blieb die TAZ länger und konsequenter auf der Position der Aufrechterhaltung der DDR als etwa die FR.

Ein Vergleich zwischen den vier Genannten ist also durchaus geeignet, ein Raster für die Berichterstattung über die politischen Entscheidungsprozesse zu entwerfen.

Zu B:

Die Berücksichtigung des SPIEGEL als des wohl wichtigsten politischen Magazines ist unstrittig. Dass andere Magazine (etwa der Stern) hier nicht aufgenommen wurden, liegt in ihrer grundsätzlichen journalistischen Arbeitsweise begründet. Zwar beschränkt sich der SPIEGEL ebenfalls nicht ausschließlich auf politische Themen, setzt sich aber deutlich vom Boulevardjournalismus dieser anderen Magazine ab.

Ein in seiner Berichterstattung adäquates Pendant kann im Focus gesehen werden. Zwar erscheint dieser erst seit 1993, ist aber in seiner wöchentlichen Thematik mit dem SPIEGEL weitgehend kongruent. Dies trifft besonders auf die politischen Themen zu. Darüber hinaus besteht zwischen dem SPIEGEL und Focus eine ausdrückliche Konkurrenzsituation, was die Gegenüberstellung möglicher Tendenzen letztlich begünstigt. Wenn also der Vergleich erst gut ein Jahr nach Maastricht beginnen kann, sollte dies bestenfalls als Einschränkung der Themenquantität gewertet werden. Für eine etwaige tendenzielle Verifizierung reichen die letzten sechs Jahre der Kanzlerschaft Kohls jedoch aus.

4. Exemplarischer Vergleich von Textbeispielen

Mit dem immer rascheren Fortschreiten des Zusammenbruchs der DDR setzte die Diskussion um die Wiedervereinigung Deutschlands ein. Nicht nur die europäischen Nachbarstaaten nahmen dabei eine sehr ambivalente Haltung ein, auch in der Bundesrepublik gab es erhebliche Differenzen zwischen der Regierung und der Opposition, die sich am Zehn-Punkte-Plan des Kanzlers manifestierten. Genau hier setzt die Diskussion um die Zukunft Deutschlands in der EG ein, so dass sich der Beginn der vergleichenden Text- und Darstellungsanalyse hieraus legitimiert.

4.1. Der Zusammenbruch der DDR und Deutschlands Wiedervereinigung

In der neueren deutschen Geschichte gab es wohl kaum Ereignisse, die so überraschend eintraten und auf das die politische Elite so unvorbereitet war, wie die des Herbstes 1989. Allerdings entsprach es Kohls politischem Verständnis, die deutsche Frage seit Beginn seiner Kanzlerschaft immer wieder zu artikulieren. Die Aufrechterhaltung des Ziels der Wiedervereinigung war bei ihm latent. Selbst als die weltpolitische Lage die Vollendung – wenn überhaupt – noch in eine nebulöse Ferne verschob, betonte Kohl immer wieder seinen Willen, dieses Ziel im europäischen Kontext herbei führen zu wollen. In seiner Regierungserklärung im Februar 1985 zur Lage der Nation im geteilten Deutschland erklärte er: „Wir suchen die Antwort auf die deutsche Frage nicht in Alleingängen, nicht gegen unsere Nachbarn im Westen und nicht gegen unsere Nachbarn im Osten und nicht in einer Auflehnung gegen die Geschichte.“²⁰¹ Dass er seine hier geäußerten Vorstellungen in wenigen Jahren in die Tat umsetzen würde, war zu diesem Zeitpunkt denkbar unwahrscheinlich. Nüchterner, wenngleich ebenfalls positiv bewertete der damalige Kanzleramtsminister Schäuble die Perspektiven zur Wiedervereinigung: „Wir haben keinen Zweifel, dass wir auf lange Sicht mit der Teilung leben müssen, auch wenn wir uns auf Dauer nicht damit abfinden. Bis zu einer Lösung der deutschen Frage versucht die Politik Helmut Kohls, die Folgen der Teilung durch Zusammenarbeit zu lindern, und bringt damit am Ende auch die deutsche Einheit näher.“²⁰² Doch zunächst galt die Wiedervereinigung auch für diese Bundesregierung als die noch zu lösende deutschlandpolitische Frage schlechthin. Dass dieses Ziel in wenigen Jahren

bereits erreicht werden würde, vermochte noch Mitte der achtziger Jahre niemand vorauszusagen.

Mit der allmählich einsetzenden Perzeption der Veränderungen in der Sowjetunion begannen im Westen erste zögernde Diskussionen um ein wieder vereintes Deutschland. Noch 1987²⁰³ fragte der damalige französische Außenminister Cheyssons seinen deutschen Kollegen Genscher, was Deutschland zu tun gedenke, falls Moskau die Wiedervereinigung anböte?²⁰⁴ Signifikant ist in diesem Kontext seine Frage nach der Treue zum Bündnis, die einen Großteil der späteren Befürchtungen, wie sie dann im Zuge der deutschen Wiedervereinigung von den europäischen Partnern artikuliert wurden, vorweg nahm.²⁰⁵

Interessant ist in diesem Zusammenhang die retrospektive Betrachtung Michail Gorbatschows, der anlässlich einer Begegnung mit Bundespräsident von Weizsäcker im Juni 1987 die deutsche Wiedervereinigung nicht mehr ausschloss. Von grundsätzlicher Bedeutung war hierbei die Bemerkung von Weizäckers, dass die deutsche Zweistaatlichkeit Realität sei. 38 Jahre nach Gründung der DDR war dies durchaus angebracht. Daher war die Erwiderung Gorbatschows, die Wiederherstellung der deutschen Einheit sei prinzipiell möglich, jedoch im Augenblick noch verfrüht,²⁰⁶ als eine deutliche Modifizierung der bisherigen sowjetischen Deutschlandpolitik zu betrachten, die bisher von der Irreversibilität deutscher Zweistaatlichkeit ausging. Vor dem Hintergrund dieser Aussage ist zu verstehen, dass sich innerhalb der westlichen Gemeinschaft eine gewisse Nervosität ob dieser Option bemerkbar machte. Während des Ost-West-Konflikts bekannte sich der Westen immer wieder zur aktiven Unterstützung bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Diese Zusicherung konnte insofern beinahe bedenkenlos gegeben werden, da allgemein davon ausgegangen werden konnte, dass ein solches Ereignis in weiter Ferne läge und die derzeitigen Regierungen ihrer Verantwortung bis dahin längst entbunden seien.

Selbst zu Beginn des Jahres 1989 war von einer baldigen Veränderung des deutschen Status quo nichts zu spüren. So äußerte sich Kohl noch am 18. Januar anlässlich des CDU-Kongresses ‚40 Jahre Bundesrepublik Deutschland‘: „Wir haben eine konkrete Vision [...]: die Vision einer Friedensordnung, die ganz Europa und auch die Deutschen in Freiheit vereint. Wir wissen nicht, wann wir sie verwirklichen können, aber wir lassen nicht nach, mit ganzer Kraft dafür zu arbeiten.“²⁰⁷ Besondere Bedeutung kommt hier dem Begriff **Vision** zu, drückt er doch deren Verwirklichung in einer noch im Dunkeln liegenden Zukunft aus und macht gleichzeitig die

Ahnungslosigkeit gegenüber den ein halbes Jahr später eintretenden Ereignissen deutlich.

Wenngleich die Abkehr von der sowjetischen Hegemonie besonders in Polen und Ungarn immer sichtbarer wurden, schien die DDR von dieser Entwicklung offenbar unberührt. Dennoch gab es auch hier schon zu Beginn des Jahres 1989 erstmals Anzeichen einer aufkommenden Opposition. „Es war eine zweifache Opposition, die einen wollten das Land verlassen, die anderen wollten es verändern.“²⁰⁸ Diejenigen, die es verlassen wollten, versuchten dies über die Botschaften der Bundesrepublik etwa in Ostberlin und Prag bzw. über die Grenze Ungarns nach Österreich. Am 2. Mai 1989 begann Ungarn damit, seine Grenzanlagen zu Österreich abzubauen und setzte so ein deutliches Signal. Mit der Öffnung dieser Grenze am 11. September setzte eine Massenflucht aus der DDR ein, die noch weitaus mehr dazu geführt hätte, den Staat ‚auszubluten‘, als dies vor dem Berliner Mauerbau im August 1961 möglich gewesen wäre. Dennoch hielten das DDR-Regime und ihr Staatsratsvorsitzender, Erich Honecker, eisern an der inzwischen immer anachronistischer werdenden These der Aufrechterhaltung des Kommunismus und damit der Existenzberechtigung ihres Staates fest. Der Höhepunkt dieser geschichtlichen Ironie lässt sich an der Rede Honeckers am 6. Oktober 1989 anlässlich der Feierlichkeiten zum vierzigsten Jahrestag der Gründung der DDR verifizieren.²⁰⁹ Selbst die Warnungen und Aufforderungen Gorbatschows, endlich die ihm notwendig erscheinenden Reformen einzuleiten, fielen auf wenig fruchtbaren Boden.²¹⁰ Auch als Honecker am 18. Oktober von allen seinen Ämtern zurück trat und Egon Krenz zum neuen Staatsratsvorsitzenden gewählt wurde, reichte dies nicht mehr, die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. Krenz fehlten die Legitimität als auch die Glaubwürdigkeit, eine Wende zum Besseren herbeizuführen.

Diejenigen, die im Land blieben, organisierten sich zunehmend zur kritischen Opposition, was nicht ungefährlich war, jedoch den Stein des Widerstands gegen den SED-Staat ins Rollen brachte.²¹¹ Parallel zur immer stärker werdenden Fluchtwelle begannen die Menschen in einigen Städten der DDR damit, öffentlich zu demonstrieren. Zum jour fixe wurden dabei die Montagsdemonstrationen in Leipzig bei denen zunächst größere Mitsprache eingefordert wurde („Wir sind das Volk“), sich diese Forderung aber rasch zum Einheitswillen („Wir sind ein Volk“) formte.

Mit den fortschreitenden Auflösungserscheinungen der DDR wuchsen im Westen nicht nur die Befürchtungen vor einem übermächtigen Deutschland, sondern dieser

Prozess wurde zunehmend von Forderungen an den Ablauf eines möglichen Wiedervereinigungsprozesses begleitet. In einer Reihe von Interviews mit deutschen Zeitungen machte Staatspräsident Mitterrand seinen Standpunkt deutlich. Im Wesentlichen lassen sich dafür fünf Kriterien nennen: 1. nur mit friedlichen und demokratischen Mitteln, 2. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, 3. Einverständnis der vier Schutzmächte, 4. Verzicht Deutschlands auf nukleare, biologische und chemische Waffen und 5. Zugehörigkeit zum Atlantischen Bündnis bzw. zur EG.²¹² Besonders die öffentliche Diskussion um die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sowie die für viele unverständliche und zögernde Haltung des deutschen Kanzlers in dieser Frage sorgte in der Folge für einige Irritationen.

Die von Mitterrand geäußerten Bedingungen deckten sich im Wesentlichen mit der Haltung der übrigen europäischen Partner, obwohl deutlich unterschiedliche Akzentuierungen verifizierbar waren, denn mit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November wurde für jedermann evident, dass eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zumindest als eine mögliche Option in Betracht gezogen werden musste.

Am vehementesten wehrte sich die britische Premierministerin Thatcher gegen den Gedanken eines einigen Deutschlands. Für sie war das Tempo eindeutig zu hoch. Sie wollte zunächst den Demokratisierungsprozess in der DDR abwarten, um dann in einigen Jahren über eine eventuelle Wiedervereinigung nachzudenken. „This policy was to encourage democracy in East Germany while slowing down the country's reunification with West Germany.“²¹³ Im britischen Außenministerium sah man die Entwicklung allerdings wesentlich realistischer: „The Foreign Office took the view, first of all, that it was right that Germany should be reunified. It would make a mockery of all our policy since the war if we did not welcome it.“²¹⁴ Aber auch das Außenministerium stand der Entwicklung nicht vorbehaltlos gegenüber und stellte ähnliche Bedingungen wie Mitterrand.²¹⁵

Dass die USA hierbei eine relativ gelassene und anscheinend vorbehaltlose Position eingenommen zu haben schienen, mag vielleicht damit begründet werden können, dass sich ihre Interessen im Wesentlichen auf die Fragen des Bündnisses reduzierten und sie sich nicht unmittelbar von einer eventuellen deutschen Kontinentalhegemonie bedroht fühlten.

Eine Schlüsselrolle im deutschen Wiedervereinigungsprozess spielte ganz sicher das sog. Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls, mit dem er nicht nur innenpolitisch, beim Koalitionspartner und sogar in seiner eigenen Partei Irritationen hervorrief,

sondern auch seine europäischen Partner in Erstaunen versetzte und z. T. auch verärgerte.

Der Inhalt dieses Kohl-Papiers sei hier kurz skizziert:

1. Soforthilfe aufgrund der anhaltenden Fluchtwelle (humanitäre Hilfe, Reiseerleichterungen),
2. Ausbau der Verkehrswege, Zusammenarbeit in den bisherigen Bereichen sowie im Umweltschutz,
3. Unterstützung bei der Verfassungsänderung und der Durchführung von freien, gleichen und geheimen Wahlen sowie bei der Reform des Wirtschaftssystems,
4. Verbesserung der Kooperation vorhandener und Ausbau gemeinsamer Institutionen,
5. Schaffung konföderativer Strukturen, die zu einer bundesstaatlichen Ordnung führen sollen,
6. Einbettung der deutschen in die europäische Entwicklung,
7. Vorläufige Assoziierung der DDR an die EG und spätere Vollmitgliedschaft ganz Deutschlands in der westlichen Wertegemeinschaft,
8. Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses,
9. Abrüstungs- und Rüstungskontrolle zur Überwindung der europäischen und deutschen Teilung und
10. Verwirklichung des freien Selbstbestimmungsrechts zur Wiedererlangung der deutschen Einheit.²¹⁶

Die Überraschung, die Kohl damit erzielte, war so groß, dass sogar die SPD-Opposition spontan zustimmte. Die Ernüchterung ließ freilich nicht lange auf sich warten. Bemerkenswert ist hierbei die These Horst Ehmkes, der in der Retrospektive das Programm zur Herbeiführung der deutschen Einheit für sich und seine Partei beanspruchte.²¹⁷ Ungeachtet der öffentlichen Auftritte ihres Kanzlerkandidaten Lafontaine, der hierbei die Zweistaatlichkeitsthese vertrat, will die SPD parallel ein Programm zur Wiedervereinigung Deutschlands als Wahlkampfthema vorbereitet gehabt haben. Im Nachhinein verständlich, aber doch auch wenig glaubwürdig klingt daher Ehmkes Rechtfertigungsversuch: „Kohls Stufenfolge entsprach der auch von

mir vorgeschlagenen, und vieles von dem, was Teltschik mit seinen Leuten zu Papier gebracht hatte, vertraten wir seit langem.“²¹⁸

Natürlich hat man sich damals auch in der SPD Gedanken über die weitere Entwicklung in der DDR gemacht und auch die Möglichkeit einer Wiedervereinigung in Betracht gezogen. Allerdings war damit auch die Frage ihrer Glaubwürdigkeit verbunden, schließlich hatte man unter Kanzler Willy Brandt Anfang der 70er-Jahre den Grundlagenvertrag mit der DDR geschlossen und damit den Weg zur Normalität bezüglich der Existenz zweier deutscher Staaten geebnet. Im Gegensatz zur CDU waren die Sozialdemokraten auch bereit, eine DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen und die Zweistaatlichkeit als irreversibel festzuschreiben.²¹⁹ Vor diesem Hintergrund fiel es dann eben besonders schwer, öffentlich von einer Wiedervereinigung zu sprechen und damit jahrelang vertretene Positionen aufzugeben. Kohl und die CDU hatten es da wesentlich leichter, da sie zwar die DDR als existent ansahen, was beispielsweise unter dem CDU-Kanzler Kiesinger noch recht seltsam umschrieben wurde,²²⁰ mit ihr verhandelte und sie sogar stützte.²²¹ Dennoch erklärte Kanzler Kohl in seinen Regierungserklärungen ab 1982 die Wiedervereinigung Deutschlands als noch unerreichtes, aber angestrebtes Ziel.²²² Diese immer wiederkehrenden Willenserklärungen des Kanzlers gereichten ihm nun, da dieses Ziel in greifbare Nähe gerückt schien, zum Vorteil.

Die europäischen Partner, allen voran die britische Premierministerin Thatcher, aber auch Mitterrand und Gorbatschow, waren über Kohls Zehn-Punkte-Erklärung verärgert. Vor allem darüber, vom Kanzler nicht vorher informiert worden zu sein. Dies nährte die Befürchtungen, dass sich ein vereintes Deutschland von seinen bisherigen Bündnissen in der EG und der NATO lösen könne. „Die Ängste vor einem neuen Deutschland, vor deutscher Hegemonie oder einem zweiten Rapallo artikulierten sich – europäisch gemünzt – in der Befürchtung, die Bundesrepublik Deutschland könne die europäische Integration lähmen, wenn nicht gar sich dieser Bindung entziehen.“²²³

Das von Kohl artikulierte Ziel der deutschen Einheit und die damit verbundene Furcht vor einem übermächtigen Deutschland führten schließlich zu dem Ergebnis, die 2+4-Gespräche ins Leben zu rufen, um den Einigungsprozess im Einklang mit den Vier Mächten zu vollenden.²²⁴

Seit dem Zehn-Punkte-Programm waren die Bundesregierung und namentlich der Kanzler immer wieder sichtlich bemüht, diese Befürchtungen zu zerstreuen und den europäischen Partnern die Ernsthaftigkeit des Integrationswillens zu demonstrieren.

4.1.1 Textbeispiele

Beispiel 1: Die TAZ und das Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls

Copyright © contrapress media GmbH

T891129.33 TAZ Nr. 2974 Seite 2 vom 29.11.1989

90 Zeilen von TAZ-Bericht mathias bröckers

„Ein Deutschland - "im großen Haus Europa"

Der Bundeskanzler ist kein schneller Denker und beileibe kein großer, aber eines darf man ihm nicht bestreiten: Er ist lernfähig. Knapp drei Wochen nach Kohls Debakel vor dem Schöneberger Rathaus, der Blamage in "historischer Stunde", haben seine Berater ihn zur Fassung gebracht. Von Politik auf dem Oggersheimer Niveau des Deutschland-Lieds jedenfalls war kaum noch etwas zu hören in der programmatischen Rede, mit der der Kanzler die deutschlandpolitischen Pläne seiner Regierung darlegte. Sein Zehn-Punkte-Programm erntete keine Buhs und Pfiffe, sondern standing ovations der Parteigenossen, doch mehr noch als dieser warme Beifallregen dürfte den Kanzler entzückt haben, was der ihm folgende Oppositionsredner von sich gab: Alt-Juso Karsten Voigt konnte nämlich nicht umhin, seinem Kanzler in allen zehn Punkten zuzustimmen. Was war da passiert?

Bis tief in die Nacht war am Montagabend das Bundeskanzleramt hell erleuchtet, Redenschreiber und PR-Strategen suchten nach den Vokabeln, mit denen aus dem Buhmann der Nation wieder ein vorzeigbarer Regierungslenker gezaubert werden könne - und sie wurden fündig. Kohl schlug nicht die "Wiedervereinigung", sondern "konföderative Strukturen" zwischen beiden deutschen Staaten vor, er redete nicht von der "nationalen Einheit", sondern von der "Architektur Gesamteuropas". Kein einziges Mal stand die "Wiedergewinnung der nationalen Einheit" allein, stets war sie eskortiert von "europäischer Integration", "europäischen Anliegen" und "europäischer Einheit". Der Trick ist so einfach wie genial: Mit "Europa" als Katalysator kann jeder Wiedervereinigungsmief als umweltfreundlich verkauft werden, sogar manch rechtsextremer Grenzverächter könnte deshalb aufgehört haben, als Kohl formulierte: "Die EG darf nicht an der Elbe enden." Auch was die Pingeligkeit der Kohl'schen "Vorbedingungen" für finanzielle Unterstützung der DDR angeht, hat man den Kanzler mittlerweile rhetorisch aufgerüstet. Unter der Forderung nach Etablierung der Marktwirtschaft versteht Kohl "keine Vorbedingungen, sondern sachliche Voraussetzungen, damit unsere Hilfe überhaupt greifen kann." Das klingt natürlich ganz anders als "Bedingungen", auch

wenn es nicht mehr bedeutet, als wenn "Brot für die Welt" die Einführung von Messer und Gabel in freier Selbstbestimmung zur Voraussetzung erklärt. Aber der Kanzler kam durch mit seiner Rede - die CDU, die nach den "Willy, Willy"-Rufen vom 9. November und Mompers Blitzaufstieg vom Niemand zum Staatsmann schon ihre Felle wegschwimmen sah, hat dank Europa das deutschlandpolitische Heft wieder in die Hand gekriegt. Und da kann die Aufforderung von Jutta Oesterle-Schwerin - "Finger weg von der DDR" - nur kleinlich wirken: Die Herren in Bonn bauen am großen Haus Europa, wer kann da an eine Zwangsmodernisierung der Rumpelkammer DDR denken?²²⁵

Mathias Bröckers

Beginnend mit der links-orientierten TAZ kann an diesem Beispiel bereits eine grundsätzliche Tendenz in der Berichterstattung verifiziert werden. Alleine schon die Eingangsformulierung: „ Der Bundeskanzler ist kein schneller Denker und beileibe kein großer,...“ macht eine eher negativ distanzierte Haltung des Berichterstatters evident. Dem Leser wird hiermit sofort eine für den Kanzler wenig schmeichelhafte Charakterisierung suggeriert. Zunächst hat die hier vollzogene Definition seines ‚Denkvermögens‘ nichts mit der nachfolgend inhaltlichen Auseinandersetzung des Zehn-Punkte-Planes zu tun und auch die Aussage, er sei ‚lernfähig‘, steht nicht im unmittelbaren Kontext seiner politischen Aussage. Auch die offene Diffamierung seiner Politik auf ‚Oggersheimer Niveau‘ kann bereits als Zeugnis einer durchweg negativen und für provinziell bewerteten Handlungsweise interpretiert werden. Alleine der Verlauf der Bundestagssitzung, auf den sich dieser Bericht bezieht, veranlasst dessen Verfasser, eine eher ironisierende Haltung anzunehmen. Die Tatsache nämlich, dass ein dem linken Flügel der SPD zuzuordnender Abgeordneter (Karsten Voigt) dem Plan des Kanzlers vorbehaltlos seine Zustimmung – und damit auch die seiner Partei – erteilte, war indes ein beispielloser Vorgang.

Seine Zweifel an der Aufrichtigkeit des Kanzlers, eine Konföderation beider deutscher Staaten, an deren Ende ein wieder vereinigt Deutschland stehen könnte, nur im europäischen Kontext zu sehen, manifestiert sich in der Formulierung: „Der Trick ist so einfach wie genial: Mit "Europa" als Katalysator kann jeder Wiedervereinigungsmief als umweltfreundlich verkauft werden, sogar manch rechtsextremer Grenzverächter könnte deshalb aufgehört haben, als Kohl formulierte: "Die EG darf nicht an der Elbe enden."²²⁶

Hier wird Kohl unterstellt, den europäischen Integrationsprozess als Vorwand für die deutsche Einheit zu benutzen. Konkret heißt das: Kohl benutze einen Trick, um sein eigentlich angestrebtes Ziel zu erreichen. Die Unterstellung, hier arbeite jemand mit einem Trick, bedeutet in seiner Konsequenz, dass eine bewusste Täuschung vorgenommen wurde. Aus der Sicht vieler Sozialdemokraten und Linksintellektueller war der Gedanke der Aufgabe der DDR bzw. ihr Aufgehen in die Bundesrepublik eine Option, die durch die jahrelange Politik der Anerkennung eines zweiten souveränen deutschen Staates geradezu unmöglich erschien. Das Misstrauen saß tief, denn seit der umstrittenen Stalin-Note im Jahr 1952 und der Zementierung der innerdeutschen Grenze durch die Berliner Mauer 1961, den hermetisch abgeriegelten Trennung beider deutscher Staaten und dem seit der Regierung Willy Brandts praktizierten Annerkennung des Status quo galt die Zweistaatlichkeit als irreversibel. Die Öffnung der Berliner Mauer zeigte quasi über Nacht, dass sich dieser Status quo nun zu ändern schien.

Dem Kanzler wird in diesem Bericht zusätzlich unterstellt, Bedingungen für die Unterstützung der DDR zu stellen, wenngleich dies durch die Verknüpfung des Verbs ‚sachlich‘ mit dem Substantiv ‚Voraussetzung‘ freundlicher formuliert sei. Im Grunde bleibt dieser Verfasser bei seiner polemisierenden Betrachtung, indem er die Einführung der Marktwirtschaft als versteckte Bedingung des Kanzlers interpretiert, die Kohl durchaus als solche verstanden wissen wolle. Der in diesem Kontext gebrauchte bagatellisierende Vergleich, dies sei für den Kanzler so selbstverständlich wie etwa die hier imaginär gebrauchte Forderung der Hilfsorganisation ‚Brot für die Welt‘ stellt eine Form von geschmacklosem Journalismus dar.

Auch mit seiner Schlussbemerkung bleibt der Verfasser bei seiner spöttischen Haltung. Da man in Bonn am europäischen Haus arbeite (eine von Gorbatschow ins Leben gerufene Formel), bliebe kein Platz mehr für die Aufrechterhaltung der DDR. Hier wird ein Bild von Kohl gezeichnet, das ihn als offenkundig trickreichen, wenn nicht gar hintertriebenen Politiker darstellt, der Situationen für sich begünstigend auszunutzen scheint, um ein politisches Ziel (Wiedervereinigung Deutschlands zu den von ihm bestimmten Bedingungen) zu erreichen.

Beispiel 2: Die FAZ und das Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls

„Streit über die Deutschlandpolitik

[...] In Bonn wurde bestätigt, dass der Zehn-Punkte-Plan nicht Gegenstand von Koalitionsgesprächen gewesen sei. Auch sei das Auswärtige Amt nicht in die Vorbereitungen einbezogen oder unterrichtet gewesen. Entsprechend konnte der Leiter der Politischen Abteilung des Außenministeriums, Kastrup, der am Montag in Moskau die Gespräche Genschers in der kommenden Woche mit Generalsekretär Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse vorbereitete, seine Gesprächspartner nicht über die Initiative Kohls vorab informieren. Nach den vorliegenden Hinweisen wurde der Plan Kohls dem Auswärtigen Amt wie auch der FDP-Fraktion am Montagnachmittag bekannt, nachdem Kohl vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gesprochen hatte. Doch suchte der Koalitionspartner eine öffentliche Auseinandersetzung zu vermeiden. Beim Koalitionsgespräch am Mittwoch gab es keine Beschwerden seitens der FDP. Im Außenministerium hieß es, die Rede Kohls habe „keine neuen Elemente enthalten, sondern sich im Rahmen der bisherigen Erklärungen gehalten.“ Auch habe Genscher sich im Sinne Kohls schon in der Vergangenheit geäußert. Während der Bundestagesdebatte am Dienstag war der FDP-Vorsitzende Lambsdorff – anders als der SPD-Vorsitzende Vogel – nicht auf den Zehn-Punkte-Plan eingegangen; zwar sprachen beide Parteivorsitzenden vor Kohl, doch waren Elemente seiner Rede schon vorher bekannt geworden. Zwistigkeiten suchte das Auswärtige Amt auch mit dem Hinweis auf die Rede Genschers im Bundestag zu dämpfen. Genscher hatte in der Debatte – nach Kohls Rede – gesagt, auch im Namen seiner Partei unterstütze er „diese in den zehn Punkten formulierte Politik“. Sie liege in der „Kontinuität“ der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der FDP.²²⁷

Elf Jahre nach jener Bundestagsdebatte, in der Kohl seinen Zehn-Punkte-Plan vortrug, ist hinlänglich bekannt, dass es sehr wohl starke Zwistigkeiten innerhalb der Regierung gegeben hat. Auf die Frage, warum Kohl sein Programm nicht wenigstens mit der eigenen Fraktion und dem Koalitionspartner abgesprochen habe, bemerkte dieser: „Wenn in Bonn drei Leute drüber reden, dann kann man sicher sein, dass es veröffentlicht wird.“²²⁸ Kohl rechtfertigte seinen „Alleingang“ (was gerne behauptet wird, allerdings nicht ganz zutreffend war) damit, dass nur so eine verfrühte öffentliche Diskussion und eine damit verbundene Verzögerung seines Vorhabens vermieden werden konnte, wobei dies als ein Teilargument betrachtet werden muss.

Sicher ist nämlich auch, dass er innenpolitisch der SPD zuvor kommen wollte, um das Thema Wiedervereinigung für sich und die CDU als Wahlkampfthema zu ‚besetzen‘. Außer Acht gelassen werden darf in diesem Kontext nicht, dass man sich schon auf den Bundestagswahlkampf 1990 vorzubereiten begann.

Interessant ist an dem voranstehenden Beispiel daher auch die deutliche Akzentverschiebung gegenüber dem TAZ-Beispiel. Legte der Verfasser dieses Berichts eindeutig Wert auf die Hervorhebung von Differenzen (auch im Regierungslager), so vermittelt dieses Beispiel eher das Gegenteil.

Zunächst wird zwar eingeräumt, dass es keine koalitions- und regierungsinternen Konsultationen gegeben habe, was ja alleine schon Grund genug für eine Verschnupfung des Partners darstellt, doch folgt bereits im zweiten Satz die sich daraus ergebende Konsequenz, dass man daher außer Stande gewesen sei, andere Gesprächspartner vorab zu informieren. Gerade das war ja die Intention Kohls. Doch erfährt der aufmerksame Leser, dass es innerhalb der Koalition offensichtlich zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sein muss, die aber marginalisiert wurden, um eine öffentliche Diskussion zu vermeiden.²²⁹

Die sich anschließende Relativierung, es habe im Koalitionsgespräch ja schließlich keinen Protest gegeben, ist eben nicht gleichbedeutend mit „es habe überhaupt keinen Protest gegeben.“ Auch der Hinweis, Genscher habe in der Vergangenheit schon im Sinne Kohls gesprochen, mag zwar inhaltlich richtig sein, ist aber kein Indiz dafür, dass der Außenminister nicht doch verärgert und es zwischen ihm und Kohl zu Differenzen gekommen war. Darüber hinaus ist auch der Hinweis aus dem Auswärtigen Amt als weiterer Versuch in diese Richtung zu interpretieren. Dass Lambsdorff als Parteivorsitzender der FDP in jener Debatte explizit keine Stellung zum Kohl-Plan bezog, dürfte die letzten Zweifel an einer erheblichen Dissonanz innerhalb der Koalition beseitigt haben.

Mit diesen beiden Beispielen kann bereits auf eine grundsätzliche Tendenz in der Berichterstattung über die Politik Helmut Kohls hingewiesen werden, machen sie doch evident, dass ein und derselbe politische Sachverhalt sehr differenziert, ja zum Teil auch konträr dargestellt und bewertet wurde. Sachverhalt war, dass Kohl sowohl die eigene Partei, den Koalitionspartner, die Opposition, die Westmächte und die Sowjetunion von seiner Absicht nicht unterrichtet und seinen Plan im engsten Mitarbeiterkreis vorbereitet hatte, wohl in Kauf nehmend, dass es dadurch zu nicht unerheblichen Irritationen kommen könnte. Während die innenpolitische Opposition,

in der Debatte völlig überrascht, zunächst ihre Zustimmung erteilte, reagierten die außenpolitischen Partner mit Verärgerung, worauf noch einzugehen sein wird.

Der Verfasser des TAZ-Berichtes lässt daher seine Enttäuschung über die Haltung der SPD deutlich erkennen (Beispiele Voigt und Momper) und echauffiert sich sogar darüber, dass es Kohl offensichtlich gelungen sei, das suggerierte Negativ-Image (vom Buhmann der Nation zum vorzeigbaren Regierungslenker) zu kippen. Von der Überzeugung, dass Kohl die Wiedervereinigung im europäischen Kontext suche, ist dieser Verfasser jedoch sehr weit entfernt (der Trick mit dem Europakatalysator) und resigniert am Ende, dass selbst kritische Stimmen (Oesterle-Schwerin) als kleinlich abgetan würden. Mit seinen Charakterisierungen Kohls (kein schneller Denker, Politik auf Oggersheimer Niveau, rhetorisch aufgerüsteter Kanzler) verlässt er zudem die Ebene der sachlichen Berichterstattung. Obwohl er sich bemüht, den Kanzler und sein Zehn-Punkte-Programm negativ darzustellen, muss er am Ende den Erfolg Kohls doch eingestehen.

Weniger direkt geht der Verfasser des FAZ-Berichtes vor. Wenngleich auch er auf Differenzen infolge des Kohl-Planes eingeht (Das Eingeständnis der Nichtabsprache in der Koalition), versucht er doch, vorsichtig abwägend, die entstandene Koalitionskrise abzuwerten: Man sei zwar in der FDP nicht unterrichtet worden, das mache die weiteren Gespräche für den Außenminister schwierig, man wolle keine öffentliche Auseinandersetzung, habe sich auch intern nicht beschwert und im Übrigen ja ohnehin schon vorher im Sinne Kohls gesprochen.

Hier wird der Versuch unternommen, dem Leser mitzuteilen, dass es offensichtlich erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Koalition gäbe, was aber dadurch marginalisiert wird, dass man inhaltlich konform gehe. Wie groß die Überraschung für den Koalitionspartner gewesen sein muss, wird durch den Hinweis auf die Reaktion Lambsdorffs deutlich, da dieser – im Gegensatz zum SPD-Vorsitzenden Vogel – nicht auf das Kohl-Papier eingegangen sei. Wird hier nicht auch eine gewisse Rigidität innerhalb der Koalition deutlich? Während die SPD trotz aller Überraschung sich in der Debatte mit den Zehn-Punkten auseinander setzte und damit ihre Flexibilität unter Beweis zu stellen schien, was sich allerdings durch die unmittelbar danach einsetzende parteiinterne Diskussion wieder relativierte, vermittelte der Koalitionspartner FDP den Eindruck der Lähmung. Auch wenn man das im Nachhinein mit dem Hinweis einer gewissen Indigniertheit verharmlosen wollte, ließ sich der Eindruck einer Krise innerhalb der Regierung nicht vertuschen.

Anders als der TAZ-Berichterstatter bleibt der Verfasser des FAZ-Berichts deutlich auf der sachlichen Ebene in Bezug auf die Person des Kanzlers. Auch hier lässt sich im Ansatz schon verifizieren, dass es offensichtlich eine gewisse Symptomatik in der Bewertung der Person (nicht des Politikers) Helmut Kohls zu geben scheint.

Ergänzend soll hier ein etwas ausführlicher Bericht des SPIEGEL betrachtet werden. Wie bereits in der methodischen Beschreibung erwähnt, ist in diesem Fall ein Vergleich mit dem Focus noch nicht möglich, da dieser erst ab 1993 herangezogen werden kann.

Beispiel 3: Der SPIEGEL zum Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls

„Ein Staatenbund ? Ein Bundesstaat ?

Mit seinem – unabgestimmten – Plan einer Konföderation der beiden deutschen Staaten hat Kanzler Kohl innenpolitisch die Initiative ergriffen – und erstaunlich viel Zustimmung erhalten. Die Kritiker in Bonn wie in Ost-Berlin dagegen bemängeln vor allem, dass Kohl nicht zugleich die Oder-Neiße-Grenze endgültig anerkannt hat.

Der Auftakt versprach nichts Gutes. Im CDU-Präsidium nahm der Vorsitzende Helmut Kohl seinen Stellvertreter Heiner Geißler am Montag letzter Woche frontal an: er verbitte sich, dass Geißler für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze werbe und damit einem Verzicht auf die ehemals deutschen Ostgebiete das Wort rede. So etwas sei „nicht opportun“ (Kohl) und leite nur Wasser auf die Mühlen der Republikaner. Geißler gab zurück, er lasse sich nichts verbieten. Auch in der anschließenden Sitzung des CDU-Bundesvorstandes kehrte Kohl den wild entschlossenen Wahlkämpfer hervor. Die CDU sei in Gefahr, dass ihr die SPD in der Deutschlandpolitik den Rang ablaufe; eine Figur von der Autorität eines Willy Brandt könne die Unionsfraktion nicht bieten. Er werde deshalb versuchen, kündigte der Kanzler an, die Partei nach vorne zu bringen, und im Bundestag die Stichworte Selbstbestimmung, Konföderation, Föderation und Wiedervereinigung aufgreifen.

Was Kohl dann – weder mit den Partnern der Bonner Koalition noch mit denen in der westlichen Allianz abgestimmt – am nächsten Tag vortrug, war mehr patriotisches Pathos und Wahlkampf-Geklingel. Der Bonner Kanzler zeigte, wenn auch noch unscharf, erste Konturen eines neuen Deutschland innerhalb einer europäischen Friedensordnung auf.

Kohl erklärte sich bereit, im ersten Schritt die von DDR-Regierungschef Hans Modrow angebotene „Vertragsgemeinschaft“ anzusteuern. Und er ging weiter: Er brachte einen Staatenbund, eine Konföderation zwischen BRD und DDR ins Spiel, bei der nach Völkerrecht beide Partner ihre staatliche Eigenständigkeit bewahren.

„Konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland“ gelte es zu entwickeln „mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen“.

Zwingende Voraussetzung sei eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR. Ein solches Zusammenwachsen, so der Kern von Kohls Zehn-Punkte-Programm, liege in der Kontinuität der deutschen Geschichte. „Staatliche Organisation in Deutschland hieß in unserer Geschichte fast immer auch Konföderation und Föderation.“ Und dann doch noch das Reizwort, aber moderat verpackt: „Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand.“ [...] In Bonn erklärte sich die SPD blitzschnell zum eigentlichen Erfinder von Kohls Zehner-Katalog. Der Katzenjammer kam erst später, als manchen klar wurde, dass Kohl mehr einen taktischen Vorteil als die deutsche Einheit im Kopf hatte.

Denn schwer verständlich ist, dass der Kanzler ein Konföderationskonzept für zwei Staaten, die zwei gegensätzlichen Militär- und Wirtschaftsblöcken angehören, nicht mit den Vormächten der beiden Paktsysteme abgestimmt hatte und er keinen Vorstoß unternahm, dem allüberall im Ausland wachsenden Misstrauen gegen ein zusammenwachsendes Deutschland entgegenzutreten – es statt dessen nährt mit seinem sturen Festhalten an Deutschlands Grenzen von 1937. [...]

Außenminister Hans-Dietrich Genscher glaubt denn auch, sein Koalitionspartner habe mit seinem Vorstoß die Vereinigung von BRD und DDR zu einem Staat auf die „ganz lange Schiene“ gesetzt. Der FDP-Bundesvorstand grantelte am Freitagabend in Celle, besser wäre gewesen, wenn Kohl vor Verkündung seines Katalogs die Verbündeten, vor allem aber die Freidemokraten konsultiert oder wenigstens unterrichtet hätte. So muss Genscher einen Plan, an dessen Inhalt er nicht mitgewirkt hatte, beiden Bündnispartnern in London und Paris erläutern – eine absurde Situation. [...]

Als sich Kohl am Donnerstag vorletzter Woche mit seinen engsten Mitarbeitern an den Entwurf seines Zehner-Katalogs setzte, bediente er sich reichlich aus Konzepten, die er bis dahin nur mit spitzen Fingern angerührt hatte. Vorschläge für ein Zusammenwachsen der beiden Deutschländer in einer Konföderation – etwa in gemeinsamen Gremien unter zwei souveränen Dächern, wobei in wachsendem Umfang Souveränitätsrechte an europäische Institutionen abzutreten wären – hatten

die Sozialdemokraten, Freidemokrat Genscher und Bundespräsident von Weizsäcker entwickelt.

Aber mit den Formulierungen seines Zehner-Katalogs begab sich Kohl auf schlüpfrigen Grund: Er will es allen recht machen.

Die eigenen Rechten sollten nicht provoziert werden. Die CSU des Theo Waigel, im Abwehrkampf gegen die Republikaner und deren deutschnationale Parolen, pocht auf das Verfassungsgerichtsurteil von 1973, wonach Deutschland in den Grenzen von 1937 rechtlich fortbestehe – deshalb Kohls Verzicht auf eine Grenz-Erklärung.

Zugleich setzte er mit seinem Ja zu konföderativen Strukturen der eigenen Rechten Schranken; Fraktionschef Alfred Dregger etwa kann künftig nicht mehr so einfach tönen: „Keine Föderation, sondern Wiedervereinigung, volle staatliche Wiedervereinigung, das bleibt unser Ziel.“

Auf den Unionsanhang hierzulande zielt die ungenaue, verharmlosende Formulierung von konföderativen „Strukturen“, weil – so einer der Mitverfasser von Kohls Erklärung – „eine reguläre Konföderation mit der DDR, also ein Staatenbund von zwei gleichberechtigten Staaten, natürlich leicht zur Zementierung der Spaltung führen würde.“

Aber von einer „Konföderation“ redete Kohl dann doch: Das sollte die Sowjets, DDR-Offizielle und die Mehrzahl der DDR-Oppositionellen beruhigen, die sich gegen einen glatten Anschluss der DDR an die kapitalistische Bundesrepublik stemmen. [...]

Gänzlich unvorbereitet musste die Opposition sich im Bundestag entscheiden, ob sie ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl gemeinsam mit dem Oggersheimer „nationale Verantwortung“ (Willy Brandt) beweist und den Deutschen die Vision einer Zukunft in Einheit beschert oder ob sie diesen Kanzler als „Gröwaz – größten Wendehals aller Zeiten“ (SPD/MdB Dietrich Sperling) – hinstellt und die Wiedervereinigungsbegeisterung im Lande durch Ordnungsruf zu mehr Realismus stört.“

Unter dem Druck der Stunde wählte Parteichef Hans-Jochen Vogel am vorigen Dienstag die Harmonie mit der anderen großen Volkspartei – und holte prompt den Zwist in die eigenen Reihen.

Der ergraute Nachwuchsdiplomat Karsten Voigt durfte im Parlament – Vogel übernahm dafür später „die volle Verantwortung“ – die Ergebnisadresse an den Bundeskanzler richten: Es gebe keine konzeptionellen Differenzen, „deshalb stimmen wir Ihnen in allen zehn Punkten zu“.

Kurz darauf protestierten Präsidiumsfrau Heidemarie Wieczorek-Zeul und Parteiratsvorsitzender Norbert Gansel, später in einer Sondersitzung der Fraktion

eine große Schar von Abgeordneten aller Flügel. Aus Saarbrücken moserte Parteivize Oskar Lafontaine, der Kohl-Plan sei „feuilletonistisch aufgeblähtes Sammelsurium von Gemeinplätzen, ergänzt durch Forderungen, die wir längst gestellt haben“.

Gemeinsam mit Fraktionsvize Horst Ehmke sorgte er dafür, dass die SPD am Freitag ihr Ja zum Kohl-Konzept durch eine eigene Resolution dämpfte: Opposition und Koalition seien sich zwar im Ziel der Zehn-Punkte-Erklärung einig, gemeinsames Handeln jedoch von Voraussetzungen abhängig – von der Anerkennung der polnischen Westgrenze, von einer Bundestagsentscheidung gegen die Modernisierung und Stationierung atomarer Kurzstreckenwaffen und von gemeinsamer Soforthilfe für Berlin.

Doch diese mühselige Rückkehr zu kritischem Bewusstsein rettet die Sozialdemokraten nicht aus ihrem Dilemma. Hans-Jochen Vogel wie Johannes Rau treibt die Sorge um, die SPD könne von einer nationalen Wiedervereinigungswelle in Seitengewässer abgetrieben oder von den Wählern weggespült werden.²³⁰

Auch in diesem Bericht manifestiert sich die Kritik am Alleingang des Kanzlers. Ebenso wie der TAZ-Berichterstatter akzentuiert der SPIEGEL eine eher negative, zumindest aber skeptisch-distanzierte Betrachtungsweise. Bereits in der Einleitung wird auf die fehlende Koordination, aber auch auf den überraschenderweise großen Zuspruch zum Kohl-Papier hingewiesen. In den Vordergrund der Kritik wird dabei zunächst die fehlende Aussage zur Oder-Neiße-Grenze gerückt, womit sich dieser Verfasser ganz auf der Linie der SPD artikulierten Forderungen bewegt.²³¹ Auch der französische Staatspräsident Mitterrand erhob nach dem Bekannt werden der Zehn-Punkte zugleich die Forderung nach einer Garantie dieser Grenze.²³² Schließlich habe Kohl sich damit auch von den Rechten innerhalb und außerhalb seiner Partei abgrenzen wollen, denen möglicherweise eine Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 vorschwebte, wobei sie sich auf ein Verfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 1973 berufen könnten.

Eine weitere innenpolitische Nuance wird hier ebenso sichtbar: Das Verhältnis Helmut Kohls zu seinem Stellvertreter und ehemaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, den er intern für die öffentliche Anerkennung jener Forderung rügte. Während etwa der FAZ-Artikel wohl auf Spannungen innerhalb der Koalition hinweist, jedoch versucht, diese moderat zu bagatellisieren, scheint hier offensichtlich der Akzent auf der Hervorhebung von Differenzen (hier: Kohl versus Geißler bzw. Genscher) zu liegen. Bestand die Intention der FAZ ganz offensichtlich

darin, den Eindruck einer öffentlichen Kritik zwischen den Koalitionspartnern möglichst gering zu halten, nutzt der SPIEGEL die Gelegenheit, auf eine FDP-Veranstaltung hinzuweisen („FDP grantelt in Celle“), auf der eben diese Kritik artikuliert wurde.

Ähnlich der TAZ vertritt auch der SPIEGEL die Auffassung, das Zehn-Punkte-Programm sei eher aus wahltaktischen Gründen denn aus Überzeugung entstanden („patriotisches Pathos“, „Wahlkampf-Geklingel“). Die Begründung für diese Interpretation sei in der Informationsvorenthaltung der Vormachtsstaaten (Vier Mächte) und der Unterlassung von vertrauensbildenden Maßnahmen gegenüber dem misstrauischen Ausland zu finden.

Unterschiedlich fällt dagegen die Bewertung der Rolle der SPD aus. Gewinnt man beim Rezipieren des TAZ-Textes einen resignierenden Eindruck, so kann man dem SPIEGEL-Autor eine gewisse Ironie nicht absprechen, da sich – so der Tenor – die SPD von Kohl offensichtlich hinters Licht habe führen lassen.

Im Übrigen wird auch die Urheberschaft Kohls an dem nach ihm benannten Plan bestritten, da hierfür andere Quellen genannt werden: von Weizsäcker, Genscher und die SPD. Dies wiederum soll die These einer von Kohl angewendeten Wahltaktik unterstützen, womit eine Annäherung an die TAZ-Position evident wird. Erhärtet wird diese These auch durch die Begründung für die Verwendung des Begriffs Konföderation, da dieser, so der SPIEGEL, wohl nur aus Gründen der Beruhigung von Oppositionellen (Sowjets, DDR-Offizielle, DDR-Opposition) gebraucht worden sei, die den bedingungslosen Anschluss der DDR an die Bundesrepublik befürchteten.

Die SPD habe in diesem wichtigen Punkt völlig versagt. Statt gegen die Kohl hier unterstellte Wahlkampfaktik zu opponieren, sei sie nur zu Ergebnisadressen (Karsten Voigt) fähig gewesen. Und hierin liegt der Widerspruch. Wie sollte die SPD gegen den Zehn-Punkte-Plan opponieren, wenn sie zugleich die Urheberschaft für sich beanspruchte ? Könnte man da nicht auch von einer gewissen Wahltaktik sprechen, da ja, nachdem dieses Thema nun von Kohl und der CDU besetzt war, eine Relativierung dieser Zustimmung einsetzte, die vor allem vom linken Flügel der Partei (Wieczorek-Zeul, Lafontaine, Ehmke) betrieben wurde?

Auch wenn nun von bestimmten Vorbedingungen die Rede war, bleibt doch der Eindruck bestehen, dass die SPD im Falle des Ausbleibens des Kohl-Papiers diese Position, wenngleich mit möglichen Vorbehalten und anderen Prioritäten, für sich in

Anspruch genommen hätte. Der SPIEGEL-Autor resümiert daher auch, dass die Kehrtwende innerhalb der SPD ihr am Ende wohl mehr geschadet als genützt habe. Interessant ist am Ende dieses ersten Vergleiches auch die Tatsache, dass die Medien, denen man eine Linksorientierung unterstellen will, ja tatsächlich zu einer eher kritisierenden Haltung neigen, wobei ihnen die Hervorhebung von Differenzen und Krisen innerhalb der Regierungskoalition als offensichtlich willkommene Anlässe dienen. Am Beispiel der FAZ wurde eher die umgekehrte Tendenz evident. Nicht die Betonung des Trennenden, sondern der Versuch, vorhandene Differenzen weniger zu dramatisieren, scheint hier die präferierte Zielsetzung zu sein.

Nachdem der Zehn-Punkte-Plan innenpolitisch schon für erhebliche Irritationen gesorgt hatte, war abzusehen, dass auch das Ausland seine Vorbehalte, Bedenken und Ängste artikulieren würde. Wie diese Reaktionen von der deutschen Presse aufgenommen und wiedergegeben wurden, sollen die folgenden exemplarischen Beispiele verdeutlichen.

Beispiel 4: Auslandsreaktionen in der TAZ

Copyright © contrapress media GmbH

T891205.3 TAZ Nr. 2979 Seite 1,2 vom 05.12.1989

91 Zeilen von TAZ-Bericht michael bullard

„NATO contra Wiedervereinigung

Kohls 10-Punkte-Plan einer deutschlandpolitischen Perspektive stößt auf erhebliche Vorbehalte bei seinen westlichen Verbündeten / Verärgerung auch über den bundesdeutschen Alleingang / Die Einbindung in den europäischen Kontext soll gewährleistet bleiben. Aus Brüssel Michael Bullard

Vier Bedingungen will die NATO nach Aussagen von US -Präsident George Bush erfüllt sehen, falls Bundeskanzler Kohl weiterhin eine "bundesstaatliche Lösung" mit der DDR anstrebt. Die Bundesrepublik bleibt auf jeden Fall innerhalb der NATO, der Prozess einer deutsch-deutschen Annäherung muss friedlich vonstatten gehen, die Lage in Europa muss insgesamt stabil bleiben und die Bundesrepublik davon ausgehen, dass der Zeitpunkt einer "Vereinigung" nicht aktuell ist.

Mit diesem Ergebnis ging Bush nach dem Brüsseler NATO-Treffen vor die Presse, bei dem er die westliche Allianz über sein Treffen mit UdSSR-Staatschef Gorbatschow unterrichtet hatte. Bundeskanzler Kohl wusste schon nach seinem Abendessen mit Bush am Sonntag, dass sein Vorstoß wenig Begeisterung bei seinen Verbündeten gefunden hatte. "Die NATO-Partner haben sich bisher zurückhaltend gegenüber einer deutschen Wiedervereinigung geäußert", musste Kohl anschließend einräumen.

Kohl versicherte deshalb seinen NATO-Partnern, Veränderungen in den innerdeutschen Beziehungen müssten natürlich in eine europäische Gesamtpolitik eingebettet sein - zugleich bestand er jedoch darauf, dass es über den Weg der Selbstbestimmung auch den Deutschen möglich sein müsse, ihre Beziehungen zueinander zu vertiefen.

Frankreichs Staatspräsident Mitterrand, der bereits verärgert war, weil Kohl seinen 10-Punkte-Plan ohne vorherige Absprache in der EG präsentiert hatte, hob zwar auch die Selbstbestimmung als ein Prinzip für die Entwicklung Europas hervor. Als weitere, gleichrangige Prinzipien nannte er jedoch die Unverletzlichkeit und Dauerhaftigkeit der Grenzen, den demokratischen Charakter der Reformen in Osteuropa und die Stärkung des Zusammenhalts der EG.

Margaret Thatcher dagegen stieß sich vor allem an Bushs Bereitschaft, auf Gorbatschows Vorschlag eines Helsinki II einzugehen. Wie der britischen Zeitung 'The Guardian' zu entnehmen war, lehnt Frau Thatcher ein solches Ansinnen ab. Der Kreml-Chef möchte nächstes Jahr ein Europäisches Gipfeltreffen veranstalten, bei dem ein konventioneller Abrüstungsvertrag unterzeichnet werden soll. Diesem "Zweiten Helsinki-Abkommen" hat Bush im Prinzip zugestimmt, ein Teil der europäischen Verbündeten befürchtet hingegen, dass ein solcher gesamteuropäischer Gipfel ein williges Forum für Gorbatschows Vision eines europäischen Hauses sein könnte inklusive der Auflösung der Militärbündnisse.

Die Sorge um die Zukunft des westlichen Bündnisses bestimmte auch die Diskussionen über die Konsequenzen, die sich aus dem geplanten US-Truppenabbau in Europa und der Annäherung der beiden deutschen Staaten für die NATO ergeben. Nicht nur sind die europäischen NATO-Partner von der plötzlichen Abrüstungswut der Amerikaner überrascht worden. Probleme bereitet vor allem Kohls Deutschlandpolitik. Denn: Die Wiedervereinigung Deutschlands steht im Widerspruch zum Verbleib der Bundesrepublik in der NATO - zumindest solange die Sowjetunion gegen einen Beitritt der DDR zum westlichen Bündnis ist. Und ohne Deutschland würde die NATO einen zentralen Existenzgrund - Kontrolle deutscher Expansionsgelüste - verlieren. Kohl trug in Brüssel den Ergebnissen von Malta

Rechnung, indem er einräumte, "dass wir die Selbstbestimmung nicht ausüben können, ohne die europäischen Realitäten zu berücksichtigen". Die Verankerung der Bundesrepublik in EG und NATO bleibe fundamental und entscheidend.

Gorbatschow unterrichtete am Montag die Mitglieder des Warschauer Vertrages in Moskau. Erstmals war mit Polens Regierungschef Mazowiecki auch ein Nichtkommunist dabei. Aus der DDR reisten außer Ministerpräsident Modrow noch Außenminister Fischer und Ex-Parteichef Krenz an. Gorbatschow hatte im Sowjet-TV bereits vor dem Treffen klar gemacht, es gehe ihm vor allem darum, die Entwicklung nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Die UdSSR sei aber laut 'Tass` bereit, auch die Probleme beider deutscher Staaten im Geiste des neuen Denkens zu erörtern. Bundesaußenminister Genscher traf am Montagabend ebenfalls in Moskau ein, um mit Gorbatschow und Schewardnadse zu konferieren.

Vorab hatte Genscher in Bonn noch einmal die Kritik seines Parteichefs Lambsdorff an Kohls Zehn-Punkte-Programm unterstützt. Die Festlegung der Unverletzbarkeit der polnischen Westgrenze dürfe nicht ignoriert werden. Gerade in dieser Frage müsse man "völlig klar" sein.

Lambsdorff seinerseits will allerdings seine Kritik an Kohl inzwischen als "Verfahrenskritik" verstanden wissen - weil seine Partei nicht zuvor informiert worden war.²³³

Das Element der Steigerung nutzend, beginnt der Verfasser dieses Berichts zunächst mit der am wenigsten problematischen Reaktion, nämlich der des amerikanischen Präsidenten, der wie schon skizziert, offensichtlich die geringsten Vorbehalte gegen ein vereintes Deutschland zu haben schien. Signifikanterweise beginnt der Bericht mit den Bedingungen über die Bündniszugehörigkeit ganz Deutschlands, die Bush an Gorbatschow bei ihrem Treffen vor Malta gestellt hat. Dass er dabei in letzter Konsequenz die Einheit Deutschlands wohl nicht grundsätzlich in Frage stellte, drückt sich in der im Nebensatz formulierten Bemerkung, „falls Bundeskanzler Kohl weiterhin eine „bundesstaatliche Lösung“ mit der DDR anstrebt.“ aus. Aber Bush ging nicht so weit, die Wiedervereinigung explizit zu erwähnen und relativiert dies sogar als „nicht aktuell“. Wert wird hierbei aber offensichtlich darauf gelegt, dass Bush, im Gegensatz zu anderen Regierungschefs, seine Bereitschaft signalisierte, die Entscheidung über die Zusammenarbeit mit der DDR dem Kanzler zu überlassen, wenn die von ihm genannten Bedingungen (Verbleib in der NATO, friedliche Annäherung, stabile Lage in Europa) erfüllt würden. Gerade der Verbleib ganz

Deutschlands in der NATO war für Gorbatschow eine nahezu unannehmbare Forderung, worauf später noch einzugehen sein wird.

Dass aber auch die NATO erhebliche Vorbehalte gegen ein wie auch immer geartetes Zusammengehen der beiden deutschen Staaten und damit gegen Kohls Plan gehabt habe, soll mit dem Zitat des Kanzlers (Zurückhaltung der Partner) verdeutlicht werden. Hier soll auf die Ängste der Partner zum einen und die offensichtliche Fehlkalkulation Kohls zum anderen verwiesen werden. Ähnlich der Wiedergabe bezüglich der innenpolitischen Diskussion soll dem Leser verdeutlicht werden, dass die Unterlassung der vorherigen Unterrichtung der Partner ein Fehler Kohls gewesen sei. Denn, so die These, die sich daraus ableiten lässt: Hätte der Kanzler seinen Zehn-Punkte-Plan vorher den europäischen Bündnispartnern vorgelegt, gäbe es diese skeptische Zurückhaltung jetzt nicht. Hierin scheint auch ein grundsätzliches Problem deutscher Außenpolitik bzw. des medialen Umgangs mit dieser zu bestehen. Seit Adenauer galt die Maxime, auf diesem Politikfeld nur in Abstimmung mit den europäischen Partnern tätig werden zu können und zu wollen. Diese Grundhaltung hatte in der Anfangszeit sicherlich ihre Berechtigung und war nötig, um das Vertrauen nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zu gewinnen. Selbst als souveräner westdeutscher Teilstaat bemühte sich die Bundesrepublik um Konsens und galt lange Zeit als ‚wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg‘, wie es der ehemalige Kanzler Helmut Schmidt einmal formulierte. Eine solche Jahrzehnte lang praktizierte Politik manifestierte sich natürlich auch in der öffentlichen Meinung. Jetzt, da Deutschland vor der Option einer sich abzeichnenden Wiedervereinigung stand, galt eine solche Haltung nach Auffassung vieler Medienvertreter als im besonderen Maße angebracht. Lässt sich daraus nicht auch ein gewisses Maß von Unselbständigkeit dahin gehend ableiten, dass deutsche Außenpolitik nur im Konsens mit den Partnern zu geschehen habe, diese jedoch im Gegenzug völlig souverän und auch ohne deutsche Einwilligung Entscheidungen treffen (siehe das Erdgas-Röhren-Geschäft Ende der siebziger Jahre). Die Presse, die diese Auffassung offensichtlich stützte, schien jedenfalls ein augenfälliger Beleg dafür zu sein.

Vor dem Hintergrund dieser Haltung wird wohl verständlich, dass ein Kanzler, der einen politischen Weg einschlägt, der eben nicht vorher mit den Partnern abgesprochen wurde, im Inneren wie im Äußeren misstrauisch beobachtet wird und deshalb ganz besonders um Vertrauen werben muss. Gerade der besonders sensible Bereich der deutsch-französischen Freundschaft gilt dabei als Gradmesser. Dass der

deutsche Bundeskanzler seinen Freund, den französischen Staatspräsidenten, nicht vorher informiert hat, gilt nicht nur als besonders erwähnenswert, sondern auch als sicheres Indiz, dass dieser Freundschaft offenbar das Vertrauen fehle. Auf solche verifizierbaren Dissonanzen reagierte die deutsche Medienlandschaft (aber auch die französische) besonders aufmerksam. Tatsächlich war Mitterrand darüber sehr verschnupft, auch wenn er dies im Nachhinein relativierte.²³⁴

Schien Bush dem Bericht zufolge noch vorbehaltlos Kohls Politik zu unterstützen, galt dies für Mitterrand nur noch mit Einschränkungen. Dass die britische Premierministerin noch viel größere Ressentiments gegen jegliches engere Zusammenkommen in der Gemeinschaft hatte, verstärkte in diesem Kontext nur noch den Negativ-Eindruck, den der Kohl-Plan bei den Partnern ausgelöst hatte.

Interessanter ist an diesem Bericht allerdings die Einschätzung dieses Verfassers zur Rolle der NATO gegenüber Deutschland. Er interpretiert diese u. a. als Kontrollorgan gegenüber deutschen Expansionsgelüsten. Hier findet sich der Rezipient unmittelbar in die Argumentation des Ost-West-Konfliktes zurück versetzt. Der Vorwurf der Expansion war ein gängiges Argument sowjetischer und damit auch ostdeutscher Politik, denn die westdeutsche Wirtschaftskraft sei dazu geeignet, so die gängige Formel, den Kontinent zu beherrschen und somit Hegemonie auszuüben. Wer aber wirtschaftliche Macht ausübe, der könne dies auch militärisch. Ohne auf die historische Entwicklung der NATO explizit einzugehen, dürfte auf westlicher Seite diese Betrachtungsweise eine wohl eher marginale Rolle gespielt haben. Die Einbindung Westdeutschlands in die NATO muss dabei in erster Linie als Folge des gescheiterten Versuchs der EVG im Jahre 1954 gesehen werden. Natürlich ging es anfangs auch darum, die Bundesrepublik in ein westliches Bündnis zu integrieren, doch geschah dies damals aus der unmittelbar zurückliegenden Erfahrung aus dem Zweiten Weltkrieg. Doch nicht nur diese, sondern auch die mit Ende des Krieges einsetzende Verhärtung zwischen West und Ost ließ die Integration der Bundesrepublik in die westliche Allianz notwendig erscheinen. Ebenso begann ja auch die Sowjetunion den in ihrem Machtbereich liegenden Teil Deutschlands in ihr Militärbündnis zu integrieren, wobei der Ausbruch des Korea-Krieges 1950 dabei auf beiden Seiten beschleunigend wirkte. Eine mögliche Furcht vor einer Expansion wäre vielleicht nur dann angebracht und mit vielen Fragezeichen zu versehen gewesen, wenn eine deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1953 zu sowjetischen Bedingungen²³⁵ erfolgt wäre, wobei es a) fraglich gewesen wäre, ob ein neutrales

Deutschland überhaupt willens und in der Lage gewesen wäre, militärisch so aufzurüsten, um einen neuen Waffengang zu starten und b) welches Ziel ein solches Unterfangen gehabt haben sollte. Die Furcht vor einem Rückfall in eine Diktatur war natürlich aufgrund der Erfahrungen mit der Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg und dem Scheitern der Weimarer Republik latent. Die Einbindung beider Teilstaaten in die Militärblöcke geschah daher weniger aus Expansionsängsten als vielmehr in der Folge zunehmender Spannungen zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR.

Die innerdeutsche Grenze stellte die Demarkationslinie zwischen beiden Blöcken dar und galt gleichzeitig als Garantie für eine dauerhafte Teilung der deutschen Militär- und Wirtschaftskraft.

Vor diesem Hintergrund wird die Debatte um die eventuelle Gefahr einer wirtschaftlichen oder gar militärischen Expansion Deutschlands begreiflich, obwohl eine solche Gefahr wohl sicher auch übertrieben dargestellt wurde. Im diesem Kontext muss man die Auseinandersetzung um die polnische Westgrenze sehen, da es in der Bundesrepublik zu dieser Zeit noch immer einflussreiche Vertriebenenverbände gab, die nun die Chance einer Revision gekommen sahen.

Nähme man diese hier skizzierte Gefahr als real existent, könnte man der vom Verfasser des Berichts zugedachten Überwachungsfunktion der NATO gegenüber Gesamtdeutschland folgen. In jedem Fall repräsentiert diese Betrachtungsweise einen Teil der von den Alliierten, Verbündeten und deutschen Nachbarn artikulierten Ängste.

In diesem Kontext sind auch die hier von Gorbatschow wiedergegebenen Bedenken zu verstehen, vor allem keine unkontrollierte Entwicklung entstehen zu lassen, aber gleichzeitig seine Gesprächsbereitschaft zu zeigen. Damit wird dem aufmerksamen Rezipienten zweierlei signalisiert:

1. Gorbatschow lehne eine Veränderung des Status quo und damit auch die von Kohl dargelegten Entwicklungsstufen zunächst ab und
2. sei er dennoch bereit, die sich aus der Situation ergebenden Probleme zu erörtern (Genscher in Moskau).

Im Klartext hieß das zu diesem Zeitpunkt: Die Aufgabe der DDR stehe jedenfalls vorläufig nicht auf der Tagesordnung, jedoch könne über andere Sachfragen

gesprochen werden. Oder, in einer Metapher gesprochen: Gorbatschow schlug die Tür zu Verhandlungen nicht zu.

Eine insgesamt positive Beurteilung durch den Berichterstatter will dennoch nicht entstehen und ist wahrscheinlich auch nicht beabsichtigt, denn im Schlussabsatz wird ergänzend auf die Kritik des Koalitionspartners hingewiesen, der sich von Kohl a) übergangen fühlte und b) das Fehlen einer Aussage zur Oder-Neiße-Linie offen rügte. Das Signal ist klar: In der Koalition herrsche Unfriede und Kohl habe sich (wieder einmal) ungeschickt und undiplomatisch verhalten.

Beispiel Nr. 5: Auslandsreaktionen im SPIEGEL

„Die Siegermächte warnen Bonn

Helmut Kohls Stufenplan zur deutschen Einheit stieß in Ost und West auf heftige Kritik. Gorbatschow warnte in Moskau davor, jetzt „in die Flamme“ zu blasen, Frankreichs Mitterrand mag sich ein Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern als „eigenständige Kraft, unkontrolliert“ nicht vorstellen. Auch die NATO hat Bedenken.

Michail Gorbatschow beklagte sich bei François Mitterrand heftig über Helmut Kohl: Der Zehn-Punkte-Plan des Deutschen zur Wiedervereinigung störe den Reformprozess in Osteuropa. Kohl sei kein verlässlicher Partner. „Wir können mit diesem Kanzler nichts anfangen.“

Der französische Staatspräsident widersprach nicht. Nur soviel wandte er ein: Die Deutschen seien Freunde der Franzosen, ihr Wunsch nach Einheit sei ein seriöses Anliegen. Aber die Wiedervereinigung, hierin war sich Mitterrand mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef am vergangenen Mittwoch wieder einig, stehe „nicht auf der Tagesordnung.“

Im Bonner Kanzleramt, wo der vertrauliche Bericht über das Treffen Mitterrand/Gorbatschow am vergangenen Donnerstag einging, war die Bestürzung groß: Auch den engen Kanzlermitarbeitern dämmerte, dass Helmut Kohl, der so gern die Sache der Deutschen voranbringen wollte, sich wohl doch nicht um das Vaterland verdient gemacht hat. Wollen und Können klafften, wie so oft bei diesem Kanzler, wieder einmal auseinander.

Im Alleingang, ohne Absprache mit den westlichen Verbündeten und hinter dem Rücken des Außenministers, hatte der Bonner Regierungschef seinen Zehnerkatalog verfasst, der über „konföderative Strukturen“ zwischen Bundesrepublik und DDR den Weg hin zum gesamtdeutschen Bundesstaat weisen

sollte. Ohne Gespür für die immer noch verbreiteten Ressentiments gegen die Deutschen hatte der CDU-Kanzler wieder einmal die Nachkriegszeit auf eigene Faust beenden wollen – und weckte weltweit Misstrauen.

Weil Kohl mit keinem Wort auf den Bestand der polnischen Westgrenze eingegangen war, nährte er in Ost und West den Verdacht, es ginge ihm nicht nur um die Einheit, sondern um Revision der Nachkriegsgrenzen in Europa. Kohls CDU-Generalsekretär Volker Rühe verstärkte diesen Verdacht noch, als er trotzig verkündete, „für die konföderativen Schritte brauchen wir keine Zustimmung aus dem Ausland. Das geht die beiden deutschen Staaten an“.

„Jeder wisse jetzt“, pries Propaganda-Minister Hans Klein das Kohl-Papier, „wie die Schienen des Zugs zur deutschen Einheit laufen, wo die Bahnhöfe sind“. Nur Abfahrtszeiten fehlten noch.

Nun schicken sich die Großen dieser Welt an, dem Fahrdienstleiter am Rhein die Kelle aus der Hand zu nehmen. Die großen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs trafen erstmals seit langer Zeit wieder eine Absprache über Deutschland – ohne Beteiligung der Deutschen.

Beim sowjetisch-amerikanischen Gipfel vor Malta verabredeten Gorbatschow und George Bush, die deutsche Wiedervereinigung sei kein Thema, die Auflösung der beiden Militärblöcke in Europa, zwingende Voraussetzung für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer europäischen Friedensordnung, nicht dringlich. [...]

Auch der deutsch-französischen Freundschaft hat Kohl keinen guten Dienst erwiesen. In einem ausführlichen Gespräch mit Genscher hatte sich Mitterrand vor seinem Aufbruch nach Kiew beschwert, Frankreich sei davon ausgegangen, es könne in guten wie in schweren Zeiten mit der Bundesrepublik zusammenarbeiten und gemeinsam ein Europa bauen, in dem die DDR selbstverständlich eine Sonderstellung einnehmen müsse. Aber ein wieder vereinigt Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern, „als eigenständige Kraft, unkontrolliert“, sei für Europa nicht zu ertragen. Es dürfe in Europa nie wieder eine Situation wie 1913 vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs entstehen.

Wenn sich die Deutschen an Kohls Konzept orientierten und der Wiedervereinigung Vorrang vor der europäischen Integration einräumten, warnte der französische Präsident, dann werde Frankreich so frei sein, sich um ein neues Gleichgewicht in Europa zu bemühen, dann werde Paris die Gewichte neu verteilen. Wie das geschehen könnte, hat Mitterrands langjähriger Vertrauter Regis Debray kürzlich in einem Essay beschrieben: „wenn ein wieder vereinigt Deutschland ein zu großes

Gewicht entwickeln sollte, dann würde man umgekehrt das alte französisch-russische Bündnis aus den Mottenkugeln holen.“

Verärgert ist Mitterrand auch über Kohls Zögern, die Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft zu fördern. Kohl fürchtet, die Republikaner könnten als Vorkämpfer für den Erhalt der harten Mark und der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank im Wahljahr 1990 Stimmen sammeln. Für Mitterrand stellt sich Kohl mit seiner Zurückhaltung in Währungsfragen auf eine Stufe mit Englands Premierministerin Thatcher, die den europäischen Integrationsprozess nicht so schnell vorantreiben will. Mitterrand zu Genscher: Wenn die Deutschen mit Frau Thatcher zusammengingen, hätten sie einen Tag lang Gemeinsamkeit, am zweiten Tag würde Frau Thatcher sich mit ihnen streiten, am dritten Tag würden alle gegen Deutschland stehen.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher suchte die Scherben zu kitten. „Wie ein Weberschiffchen“, lästerte der Sozialdemokrat Egon Bahr, jage Genscher jetzt zwischen den Hauptstädten hin und her, um die außenpolitischen Stümpereien des Kanzlers aus Oggersheim wettzumachen. Der Schaden, den Kohl mit seinem Zehn-Punkte-Plan angerichtet habe, so ein Genscher-Vertrauter, sei „grenzübergreifend“. In Moskau wurde dem Außenminister am Dienstag vergangener Woche bestätigt, was ihm tags zuvor sein US-Kollege James Baker in Brüssel über die amerikanisch-sowjetische Reaktion auf den Kohl-Plan berichtet hatte: „We are upset, they are very upset“ – wir sind aufgebracht, sie sind sehr aufgebracht.

Dem Bonner Außenminister gelang es nicht, die tief sitzenden Bedenken Gorbatschows auszuräumen. Schon zum dritten Male, bekam Genscher in Moskau zu hören, belaste Kohl die deutsch-sowjetischen Beziehungen: Erst vergleiche er Gorbatschow mit dem Nazi-Propagandisten Joseph Goebbels, dann erwecke er in seiner Rede auf dem CDU-Parteitag in Bremen den Eindruck, er rufe zur Überwindung des Status quo in Europa auf. Und jetzt suche Kohl auch noch die DDR zu bevormunden und die Unruhe in Osteuropa weiter anzuheizen.

Drei Stunden lang ging der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse mit Genscher Punkt für Punkt den Kohl-Plan durch. Vor allem die Bedingungen des Kanzlers für einen „grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems“ seien „direktes Diktat“ aus Bonn. Und Kohls Idee einer Konföderation, so Schewardnadse, „kann nur zu einem Durcheinander führen.“

Noch schärfer fiel Gorbatschows Verdikt aus: Wer jetzt „in die Flamme“ blase, müsse wissen, was er tue. Statt die Reformprozesse in den Warschauer-Pakt-Staaten, „die immerhin von uns ausgegangen sind“, reifen zu lassen, erregte sich

der Kreml-Reformer, suche Kohl die Schwierigkeiten der Perestroika egoistisch auszunutzen.

Den innenpolitisch bedrängten Gorbatschow drückte dabei noch eine andere Sorge: Gerade der Wandel in der DDR außer Kontrolle, gab er Genscher zu bedenken, sei auch die Sicherheit der dort stationierten Sowjettruppen bedroht. Schon würden sowjetische Offiziersfrauen beschimpft, häuften sich Übergriffe auf Einrichtungen der Armee; die Sowjets, berichtete vergangene Woche die Washington Post, hätten inzwischen einige Truppenteile in Alarmbereitschaft versetzt.

Dennoch will der Kreml aus seinem Ärger über Kohl „keine Kampagne“ gegen die Deutschen machen. Die Sorge über eine unberechenbare deutsche Außenpolitik aber bleibt – im Osten und im Westen. Der Kanzler bedauerte am vergangenen Montag in Brüssel zwar, „dass außerhalb der deutschen Staatsgrenze manche über die zehn Punkte reden, ohne sie eigentlich gelesen zu haben“.

Doch dann bereitete er den Rückzug vor: „Deutschen Alleingängen oder Sonderwegen und einem rückwärts gewandten, engstirnigen Nationalismus“ habe er nicht das Wort geredet.

Von US-Präsident Bush musste sich Kohl in Brüssel vorhalten lassen, Washington werde sich das positive Verhältnis zur östlichen Supermacht nicht stören lassen. Amerika unterstütze zwar die Vereinigungswünsche der Deutschen. Aber der Selbstbestimmung dürfe nicht mit „bestimmten Modellen“ vorgegriffen werden.

Margaret Thatcher, die britische Premierministerin, wandte ein, das Zusammenwachsen der Deutschen dürfe nicht übers Knie gebrochen werden. Italiens Ministerpräsident Giulio Andreotti begründete die „Bedenken des westlichen Bündnisses“ gegen den Kohl-Plan mit der „Wahl eines unrichtigen Zeitpunkts“, Frankreichs Staatspräsident Mitterrand sagte gar – zum erstenmal – das bereits traditionelle Frühstück mit Kohl am Morgen des NATO-Gipfels ab.

Auch der Präsident daheim ging auf Distanz zu Kohls Einheitsplan. Richard von Weizsäcker, sonst darauf bedacht, sich nicht in die Tagespolitik einzumischen, mochte nicht länger schweigen. Er halte es „nicht für richtig“, teilte er in der DDR-National-Zeitung mit, „schon jetzt sich gegenseitig Vorgaben in Bezug auf Endresultate zu machen“.²³⁶

Es ist wohl bekannt, dass das Ausland den Vorstellungen Kohls sehr reserviert bis ablehnend gegenüber stand. Margaret Thatcher und Michail Gorbatschow waren strikt dagegen. In diesem Kontext ist es natürlich nicht einfach, ein positiveres Bild zu zeichnen. Den Medien, die das auch nicht wollen, kommen solche Reaktionen natürlich sehr gelegen. Entsprechend können die Aussagen aufgegriffen werden, die

diese Intention verstärkt zur Geltung bringen. Im voranstehenden Bericht wird daher eine Äußerung Gorbatschows, die er gegenüber Mitterrand gemacht haben soll, willig aufgegriffen („nicht in die Flamme blasen“) und in den Vordergrund gestellt. Vernichtend ist auch sein Urteil, mit diesem Kanzler nichts anfangen zu können. Sein Programm, werde ihm in Moskau vorgeworfen, störe den Reformprozess in Osteuropa. Der Eindruck, der hierbei entsteht, kann dahingehend interpretiert werden, dass der Kanzler seine eigene Reputation verspielt habe und als künftiger Gesprächspartner unglaubwürdig geworden sei. Wird hier nicht auch ein wenig mit dem Gedanken gespielt, dass etwa ein anderer Kanzler (von der SPD?) durch ein anderes Programm (beispielsweise die unbedingte Erhaltung der DDR) nicht so angegriffen und weiterhin akzeptiert worden wäre ? Die Negativ-Haltung Gorbatschows scheint diese Auffassung zu prädestinieren. Unterstützt wird diese sogar noch durch die hier angeführte widerspruchslose Hinnahme Mitterrands („unkontrollierbare eigenständige Kraft“), wengleich er sich mit seiner differenzierteren Meinung („die Einheit sei ein seriöses Anliegen der Deutschen“) etwas von Gorbatschow entfernt. Allerdings könne die Einheit ja ohnehin nicht vollzogen werden, da beide Staatschefs sie für nicht aktuell halten. Wenn also Gorbatschow und Mitterrand diese für derzeit nicht machbar hielten, sollte auch der deutsche Bundeskanzler nicht am Status quo rühren. So lautet hier die Botschaft.

Entsprechend negativ fällt auch die Wiedergabe der Resonanz aus dem Bonner Kanzleramt aus. Die Ebene der wertneutralen Berichterstattung wird dabei bewusst verlassen. Nicht nur die Bestürzung über das Treffen Gorbatschow/Mitterrand sei dort groß gewesen. Konnte man überhaupt von einem positiven Statement ausgehen? Hat man nicht damit rechnen müssen bzw. dies auch ins Kalkül gezogen ? Darüber hinaus will man sogar an den Fähigkeiten des Kanzlers Zweifel angebracht haben (er habe sich nicht um das Vaterland verdient gemacht). Diese Aussage sollte ein wenig näher betrachtet werden. In Laudationes auf verstorbene oder aus der aktiven Politik ausscheidende Politiker wird diese Floskel oft und gerne gebraucht, um die Leistungen des zu Ehrenden besonders zu würdigen. Wie groß oder gering das eigentliche Verdienst war, spielt dabei oft nur eine sehr untergeordnete Rolle und sagt auch nichts weiter über die Popularität desjenigen aus. Wenn Konrad Adenauer für die Westintegration sowie die deutsch/französische Freundschaft und Willy Brandt für seine Ostpolitik sich das Verdienst um das Vaterland erworben haben, soll das für Helmut Kohl und für die ihm gebotene Möglichkeit zur Erlangung der

deutschen Einheit nicht gelten ? Die Tragweite der öffentlichen Behauptung, er habe sich um das Vaterland nicht verdient gemacht, ist bedeutend. Es macht zugleich auch die Geringschätzung für diesen Kanzler deutlich, wenn ihm zum wiederholten Male Unfähigkeit vorgeworfen wird. Hier reiht sich der Verfasser gewollt oder ungewollt in die Argumentation von Franz-Josef Strauß oder Helmut Schmidt aus den siebziger bzw. frühen achtziger Jahren ein, die Helmut Kohl eine gewisse Provinzialität und Unfähigkeit zur Ausübung des Regierungsamtes attestierten.

Sich nicht um das Vaterland verdient gemacht zu haben, heißt letztlich ja auch, in dem ihm übertragenen Amt versagt zu haben, wofür das Zehn-Punkte-Programm ein belegbares Indiz sei. Hat er dadurch versagt, dass sein Programm nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß ? Übersehen wird hierbei, dass die SPD den Inhalt zunächst für sich reklamierte und im Bundestag zustimmte. Hätte also nicht auch ein SPD-Kanzler vielleicht ganz ähnliche Vorstellungen entwickelt ? Übersehen wird dabei auch, dass Kohl ganz bewusst die Pfade seiner Vorgänger verlassen hatte und initiativ wurde, ohne die Vier Mächte bzw. die europäischen Partner vorab zu informieren. Dieser neue, zugleich auch ungewöhnliche Schritt wird ihm also hier zum Vorwurf gemacht. Es sind weniger die Inhalte des Programms als vielmehr dieser berechnende Alleingang, der für Verschnupfung sorgte. Dass es aufgrund der Ereignisse in der DDR auf einen wie auch immer gearteten Zusammenschluss beider deutscher Staaten hinauslief, musste seit der Öffnung der Mauer am 9. November klar sein.

Der Vorwurf, kein Gespür für vorhandene Ressentiments zu haben, sei demnach eine für einen CDU-Kanzler typische Charakteristik, ein Vorwurf, den die SPD-Opposition ja schon Adenauer in der Debatte um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Anfang der fünfziger Jahre machte. Impliziert das nicht wiederum die These, dass ein SPD-Kanzler mehr Gespür dafür entwickelt hätte ? Unterstellte man dies, müsste man sich die Frage stellen, was dieser dann anders gemacht hätte ? Möglicherweise wäre er in Verhandlungen mit den Partnerstaaten getreten, die einen Plan für eine Zusammenarbeit beider deutscher Staaten ausgearbeitet hätten. Die Beibehaltung der Zweistaatlichkeit wäre dabei nicht nur die bevorzugte Verhandlungsbasis für die Sozialdemokraten, sondern auch für die meisten europäischen Partner gewesen. Doch die Ereignisse in der DDR und Osteuropa ließen für einen solchen langen Prozess wenig Spielraum. Heute ist bekannt, dass die Chance zur Wiedervereinigung tatsächlich nur kurze Zeit bestand, denn nach dem

Putsch gegen Gorbatschow und dem Zusammenbruch der alten Sowjetunion im Jahr 1991 hätte eine ähnliche Entwicklung wie im Jahr zuvor nicht mehr stattfinden können. Vielleicht hätte die Geschichte hier den deutschen Sozialdemokraten einen Streich gespielt, hätten sie, wären sie in der Regierungsverantwortung gewesen, den langen Verhandlungsweg gewählt und damit möglicherweise die Chance zur deutschen Einheit verpasst. Dann hätte sie jener Vorwurf getroffen, den sie Adenauer und der CDU 1953 anlässlich Stalins Wiedervereinigungsangebots gemacht hatte.

Ein weiterer neuralgischer Punkt war die Nicht-Erwähnung der polnischen Westgrenze durch Kohl. Auch in diesem Bericht wird ihm unterstellt, nicht die Einheit Deutschlands, sondern eine Revision der Ostgrenze Deutschlands erreichen zu wollen. Was heißt das konkret ? Zunächst waren es sowohl François Mitterrand als auch Margaret Thatcher, die die Forderung nach einer Garantie der polnischen Westgrenze artikulierten. Dahinter stand die konkrete Befürchtung, die sich auch der Verfasser dieses Berichts zu eigen macht, Deutschland könne im Falle der Wiedervereinigung Gebiete, die nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen gefallen sind, zurückfordern. Unterstützt wird diese These durch die Berufung auf den CDU-Generalsekretär („alleine deutsche Angelegenheit“). Nach welchen Mustern das etwa geschehen könnte, wird hingegen nicht artikuliert. Der Gebrauch des Adjektivs ‚trotzig‘ im Zusammenhang mit der Rüge-Äußerung soll bewusst darauf verweisen, dass man in der CDU und in der Regierung allen Widerständen zum Trotz bereit sei, die von Kohl formulierte Politik fortzusetzen.

In diesem Kontext fällt die bewusste Anlehnung an den Sprachgebrauch des Dritten Reiches auf. Wohl wissend, dass es zwar unter der Nazi-Herrschaft einen Propaganda-Minister gab, wird diese negativ besetzte Bezeichnung auf den Informationsminister der Bundesregierung angewendet. Offenbar ganz bewusst wird hier *expressis verbis* die Nähe zu diesem Regime und dessen Politik der Okkupation von „Lebensraum im Osten“ hergestellt. Eine solche Unterstellung stellt die Bundesregierung und den Bundeskanzler auf eine Stufe mit dem Unrechtsstaat Hitlers.

Die Metapher Kleins aufgreifend („Schienen des Zuges der Einheit, Bahnhöfe und Abfahrtszeiten“) wird Kohl zum ‚Fahrdienstleiter am Rhein‘, dem man nun die Führung abnehme. Spricht nicht auch aus dieser Diktion eine deutliche Geringschätzung für den Kanzler und seine Politik ? Und ist darin nicht auch eine

gewisse Schadenfreude zu erkennen, dass die ‚Großen‘ (also USA und UdSSR) doch über Kohls Wünsche hinweg und anders als von diesem intendiert bestimmen ?

Um das skizzierte Versagen des Kanzlers noch weiter zu verdeutlichen, bieten die tatsächlich vorhandenen Dissonanzen in der deutsch-französischen Freundschaft, die in dem Bericht einen breiteren Raum einnehmen, offenbar einen willkommenen Anlass. Mitterrands Verärgerung und sein Beharren auf den Fortbestand der DDR werden damit belegt, dass er die Befürchtung hege, ein wieder vereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern könne eine ähnliche Situation schaffen wie weiland das kaiserliche Deutschland kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Auch hier wird ganz bewusst die Gefahr einer expansiven und aggressiven Politik eines vereinten Deutschlands projiziert. Doch der Hinweis auf Mitterrands Verärgerung genügte dem Verfasser offenbar noch nicht, den Rezipienten die Gefahren der Wiedervereinigung zu verdeutlichen. Die öffentliche Drohung eines langjährigen Mitterrand-Vertrauten (Regis Debray), in diesem Falle eine Einkreisungspolitik Deutschlands zu betreiben (französisch-russische Entente), dürfte zumindest bei den älteren Lesern Assoziationen an die vor dem Zweiten Weltkrieg immer wieder propagierte militärische Bedrohung sowohl aus dem Westen als auch aus dem Osten hervorrufen und die Angst vor einer daraus entstehenden neuen kriegerischen Auseinandersetzung beleben. Als ein weiteres eindeutiges Indiz für die Verstimmung zwischen Mitterrand und Kohl sei darüber hinaus auch die Absage des gemeinsamen und traditionellen Frühstücks durch den Staatspräsidenten zu werten.

Interessant ist an diesem Teil des Textes, dass hier ganz gezielt das Stilelement der Angst eingesetzt wird, um eine intendierte Stimmung zu erzielen.

Anstatt die Wiedervereinigung mit den hier skizzierten Folgen zu forcieren, solle Kohl doch lieber die Währungsunion der Europäischen Gemeinschaft fördern, so die Botschaft des Staatspräsidenten.

Erneut und immer wieder benutzt der Verfasser die Gelegenheit, auf Kohls ganz offensichtliche Fehlleistungen und seine Provinzialität („Kanzler aus Oggersheim“) hinzuweisen sowie seiner Geringschätzung Ausdruck zu verleihen („außenpolitische Stümpereien“). Der Leidtragende sei dabei der Außenminister, der nun um Schadensbegrenzung bemüht sein müsse.

Der bereits bekannten Tatsache, dass Gorbatschow neben Margaret Thatcher über Kohl am meisten verärgert war, wird dadurch noch Nachdruck verliehen, dass auf

das äußerst umstrittene und ungeschickte Newsweek-Interview drei Jahre zuvor verwiesen wird. Kohl hatte damals Gorbatschow mit dem Nazi-Propaganda-Minister Goebbels verglichen.²³⁷

Unüberlegtheiten der Vergangenheit eignen sich offenbar daher immer wieder besonders, einen Sachverhalt oder eine Person als insgesamt negativ, unfähig und unbeholfen darzustellen. Entsprechend ausführlich sind dann die Passagen, die sich mit der Kritik der sowjetischen Führung an Kohls Verhalten auseinandersetzen. Und auch hier sei Genscher wieder der Prellbock, der sich erst eine drei Stunden lange Kritik Schewardnadses anhören („Diktat aus Bonn“) und dann noch Gorbatschows Verärgerung über sich ergehen lassen musste, der seine Bemühungen um die Perestroika durch Kohls Verhalten gefährdet sähe. Und schließlich: Auch die Sicherheit der Sowjetsoldaten und ihrer Angehörigen sei in der DDR massiv gefährdet.

Solche Auszüge erwecken beim Rezipienten zwangsläufig den Eindruck der Unsicherheit und der Angst. Wenn Frankreich drohe, Gorbatschow wütend sei und mit dem Säbel rasselte, dann könne die Politik Kohls doch nur in einer ähnlichen Katastrophe enden wie 1914.

Dass Margaret Thatcher und Italiens Ministerpräsident Andreotti die Pläne des Kanzlers verurteilten, wird als Randnotiz als die Situation erschwerend hinzugefügt. Da sei es auch wenig hilfreich, wenn Kohl in Brüssel sich darüber beklage, dass sein Programm offensichtlich nicht richtig gelesen worden sei und er doch nie von Sonderwegen und deutschem Nationalismus gesprochen habe.

In der Konsequenz attestiert der Verfasser dem Kanzler eine für Deutschland und Europa gefährliche Außenpolitik, die allein durch sein Verhalten unberechenbar geworden sei.

Beispiel 6: Auslandsreaktionen in der FR

„Thatcher: Erst demokratisieren“

Wenig Begeisterung hat in London der Zehn-Punkte-Plan mit dem Ziel eines gesamtdeutschen Bundesstaates ausgelöst, den Kanzler Kohl am Dienstag im Bundestag vorlegte.

Zwar zeigten sich britische Regierungskreise erleichtert darüber, dass Kohl mit seinem Föderations-Programm keinen Zeitplan verband, dass er freie Wahlen in der

DDR zur Voraussetzung für eine Annäherung zwischen den zwei deutschen Staaten machte und dass er erneut die feste Einbindung der Bundesrepublik in die westlichen Bündnisse betonte. Das Fernziel einer deutschen Wiedervereinigung aber, in welcher Form auch immer, bereite vielen Briten, darunter auch der Premierministerin, erhebliche Kopfschmerzen.

Die „offiziellen“ Bedenken, die in Großbritannien zu diesem Punkt gelegentlich laut werden, betreffen die Sorge, die Bundesrepublik könnte sich bisherigen Beteuerungen zum Trotz um einer deutschen Wiedervereinigung willen zum Austritt aus der NATO und zur Neutralität verleiten lassen. Außenminister Hans-Dietrich Genscher, zur Berichterstattung gestern umgehend nach London entsandt, suchte den britischen Bündnispartnern derartige Bedenken nach bestem Vermögen auszureden.

Die wirklichen britischen Ängste, die sich an bitteren historischen Erfahrungen mit „den Deutschen“ festmachen, reichen jedoch sehr viel tiefer. In Leserbriefen in Londoner Zeitungen wird derzeit die Vorstellung, sich über kurz oder lang einem Deutschland mit 80 Millionen Menschen gegenüberzusehen, als unerträglich bezeichnet. Konservative Blätter wie die „Sunday Times“ erheben den Slogan vom heraufdämmernden „Vierten Reich“ bereits zur Leitartikel-Überschrift.

Dass ein gesamtdeutscher Bundesstaat als mit Abstand wichtigste und einflussreichste Wirtschaftsmacht Europas die übrigen europäischen Staaten klar dominieren müsste, ist die bange Vision, die dem britischen Unbehagen über die derzeitig rasante Entwicklung auf dem Kontinent zugrunde liegt. Premierministerin Thatcher hat diesbezüglich beschlossen, die Grenzfrage einstweilen zu ignorieren – jedenfalls für eine Zeitdauer, die offenbar mehrere freie Wahlen in ganz Osteuropa und der Sowjetunion sowie eine „komplette Demokratisierung“ des Ostens umfassen soll, wann und nach welchen Kriterien auch immer das erreicht sein mag. „Am wichtigsten ist es“, erklärte Frau Thatcher dazu am Dienstag im Londoner Unterhaus, „dass wir Demokratie in allen osteuropäischen Ländern und über die ganze Sowjetunion hin sicher stellen und Grenzfragen nicht anschneiden, bevor dieser Prozess abgeschlossen ist. In der Zwischenzeit muss die NATO intakt und unsere Verteidigung garantiert bleiben.“ [...]

In der britischen Presse wurde die jüngste Bonner Initiative am Mittwoch eher vorsichtig und nicht durchweg negativ beurteilt. Der liberale „Guardian“ riet der Premierministerin, ihre „anachronistische“ Verzögerungstaktik aufzugeben und endlich ernsthaft über die Zukunft Europas und der Deutschen nachzudenken: „Es hat keinen Zweck, der Tagesordnung Grenzen zu setzen. Alles ist möglich, und alles sollte diskutiert werden.“ Der prominente „Independent“-Kolumnist Peter

Jenkins attackierte einen „grundsätzlichen Widerspruch“ in der Position der Regierungschefin: „Sie ist für Selbstbestimmung, aber gegen eine deutsche Wiedervereinigung; und doch muss erstere fast zwangsläufig in letztere münden.“ Die regierungsfreundliche „Times“ hingegen erinnerte ihre Leser und die Deutschen daran, dass „rein rechtlich betrachtet die Frage einer deutschen Wiedervereinigung letztlich ja nur von den Alliierten beantwortet werden kann, die aus dem Zweiten Weltkrieg siegreich hervorgegangen sind.“²³⁸

Ebenso wie Gorbatschow lehnte die britische Premierministerin Thatcher eine rasche deutsche Wiedervereinigung ab. Gemäß dem Beispiel der SPIEGEL-Berichterstattung böte sich hier auch die Gelegenheit, die Dissonanzen zwischen Bonn und London hervorzuheben. Doch hierin unterscheidet sich das voran stehende Textbeispiel erheblich von den zuvor besprochenen. Entsprechend moderat wird hier auf die Verstimmung aufmerksam gemacht. ‚Wenig Begeisterung‘ kann dabei als Synonym für ‚Ablehnung‘ betrachtet werden. Und anstatt ablehnende Äußerungen der Premierministerin zu zitieren, wird in der gleichen moderaten Weise versucht, das Bild der Verstimmung zu relativieren.

Diese Relativierung äußert sich im Gebrauch einer freundlicheren Diktion (erleichtert), wenngleich dies mit einer gewissen Restriktion (zwar) geschieht. Alleine die Voranstellung Angst hemmender Argumente ((kein Zeitplan, freie Wahlen in der DDR sowie die feste Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis) dürfen dabei als Indiz für die Bemühung gesehen werden, Kohls Intention nicht von vornherein und grundsätzlich abzulehnen. Auch die Ablehnung durch die Premierministerin und die Sorgen innerhalb der britischen Bevölkerung werden, parallel zur Einleitung abgeschwächt formuliert, denn wenn eine Sache (hier: die deutsche Wiedervereinigung) ‚erhebliche Kopfschmerzen‘ bereitet, dann bedeutet das, dass wohl schwer wiegende Bedenken bestehen; ein endgültiges Urteil wird hingegen dadurch noch nicht zum Ausdruck gebracht.

Man weiß heute, dass Frau Thatcher gegenüber Gesprächspartnern ihren Emotionen freien Lauf gelassen hat. So etwa bei ihren Treffen mit François Mitterrand und George Bush. In der Lesart dieses Artikels wird auch hier relativiert: Man höre gelegentlich Bedenken bezüglich eines deutschen Austritts aus der NATO und fürchte eine etwaige Neutralität Deutschlands. Frau Thatcher war strikt dagegen: „Immer wieder betonte sie die Gefahren, die in einer Veränderung des Status quo lägen. Die Wiedervereinigung stehe nicht auf der Tagesordnung. [...] In Camp David

hatte Thatcher am 24. November deutlich gemacht, dass für sie die deutsche Frage nicht aktuell war.²³⁹

Der Verfasser des Berichts sieht darin allerdings nur eine vordergründige Argumentation. Tatsächlich säßen die Befürchtungen der Briten und damit auch ihrer Premierministerin wesentlich tiefer und seien historisch bedingt, was mit Berufung auf Leserbriefe und Zeitungsschlagzeilen belegt wird. In diesem Kontext ist dann auch vom heraufdämmernden „Vierten Reich“ (Sunday Times) die Rede. Ein solches Zitat scheint dem Verfasser selbstredend zu sein, da er, wohl auch zu Recht, vermutet, dass hiermit eine bewusste Anspielung auf die Fortsetzung des „Dritten Reiches“ gemacht wurde. Dies wird nicht weiter kommentiert, da dem Rezipienten die Bedeutung dieser Anspielung nur allzu klar sein dürfte.

Ähnlich der Haltung Mitterrands fürchteten die Briten ein 80 Millionen Menschen starkes Deutschland und seine dominierende Wirtschaftskraft, das dann in der Lage sei, das übrige Europa zu beherrschen.

In der Betrachtung der Haltung Frau Thatchers bleibt der Bericht weiterhin sachlich. Im Gegensatz zu den bisher zitierten Beispielen lässt sich der Verfasser nicht dazu verleiten, persönliche Ansichten anklingen zu lassen. Er verweist lediglich auf die weiteren Vorstellungen der Premierministerin, die ihr offen scheinende Grenzfrage (gemeint ist hier die Oder-Neiße-Grenze) auf eine unbestimmte Zeit nach der vollständigen Demokratisierung des gesamten Ostens zu vertagen, wobei die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze mit der deutschen Wiedervereinigung gleichzusetzen ist.

Diese Auffassung finde in Großbritannien nicht ungeteilten Beifall. Auf diesen Umstand hinzuweisen, legt der Verfasser offensichtlich Wert. Die Meinungen hierüber seien dabei durchaus kontrovers und erstreckten sich vom Vorwurf des Anachronismus (Guardian) bis hin zum alleinigen Entscheidungsrecht der Alliierten in dieser Frage (Times).

Der Leser dieses Artikels dürfte sich damit ein etwas differenzierteres Bild über die Auswirkungen des Kohl-Plans machen können. War bisher ausschließlich von den negativen und ablehnenden Reaktionen die Rede, wird hier der Versuch unternommen, auch die Diskussion (am Beispiel Großbritanniens) über die weitere Entwicklung wiederzugeben. Durch die Gegenüberstellung der kontroversen Ansichten sowohl der britischen Premierministerin als auch der wichtigsten britischen Presseorgane wird evident, dass eine durchweg negierende Haltung,

zumindest in Großbritannien, nicht zu verifizieren sei. Auch durch die Auslassung bestimmter Charakteristika („schlampig gearbeitet“, „nicht verdient gemacht“, „wiederholte Fehler“) sowie persönlicher Kommentierungen („Oggersheimer Politik“) erscheint dieser Bericht neutral, da hier offensichtlich die Priorität auf die Information und nicht auf zusätzliche Kommentierungen und Wertungen gelegt wurde. Durch die relativierende Betrachtungsweise (abwägende Beurteilung der Resonanz) erhält der Leser gleichzeitig den Eindruck, dass Kohls Vorstoß auch eine gewisse Zustimmung erfahren zu haben scheint, denn immerhin schien die britische öffentliche Meinung der deutschen Wiedervereinigung zumindest teilweise zuzustimmen, womit sie sich offen gegen die eigene Regierungschefin stellte und diese sogar kritisierte.

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass es durchaus nicht nur ablehnende Stimmen gegenüber dem Zehn-Punkte-Programm gab. Gleichzeitig wird auch erkennbar, dass eine Berichterstattung, die eben nur die Negativ-Schlagzeilen und Statements wiedergibt, wahrscheinlich gewollt auch eine negierende Haltung ihrer Rezipienten erzielen will, während der abwägende Sowohl-als-auch-Bericht hier noch Valenzen bereit hält, die dem Leser eine eigene Urteilsfindung ermöglichen können. Allerdings intendieren die genannten positiven Aspekte aber auch, dass der Leser letztlich zu einer weniger negierenden Haltung bewegt werden soll. Stark vereinfacht könnte man formulieren: So schrecklich, wie es von manch anderen dargestellt wurde, sei es ja nun auch wieder nicht. Auch das gehört sicherlich zu einer der subtileren Arten der Meinungsbeeinflussung.

Beispiel 7: Auslandsreaktionen in der SZ

„Mit Europa nach Deutschland

Wie es Bonn in Straßburg gelang, die Westeuropäer für die deutsche Sache einzuspannen

von Josef Joffe

Innenpolitisch war das Überraschungsmanöver gelungen. Mit seinem Zehnpunkteplan konnte Kanzler Kohl die Nationalflagge an sich reißen und so innenpolitischen Terraingewinn nach rechts und links verbuchen: Den Republikanern hat er den nationalistischen Zunder gestohlen; die SPD debattiert

noch immer, wie sie es denn mit der Wiedervereinigung halten soll. Aber würde der Coup auch im Äußeren Punkte bringen ?

Die Antwort des Straßburger EG-Gipfels ist ein zögerliches, vielleicht auch bloß zähneknirschendes „Ja“. Ihm vorausgegangen war der übliche Nervenkrieg unter Freunden. Da hieß es – anonym – aus Paris, dass die Westdeutschen angesichts des Zusammenbruchs der Nachkriegsordnung im Osten die Westintegration zu bremsen wünschten, da ermahnte der französische Präsident Mitterrand die EG-Mitregenten, der Gipfel müsse den „klaren Beweis“ dafür liefern, dass die Gemeinschaft voller Elan in ein „neues Stadium“ trete.

Ausgegangen ist das untergründige Tauziehen (zwischen deutscher Einheit und europäischer Integration) wie ein klassischer Kuhhandel, der einem jeden erlaubte, den Sieg zu proklamieren – dem deutschen Kanzler aber wohl etwas lauter als den anderen. Der nämlich kann jetzt verkünden, dass die EG die deutsche Sache zu der ihren gemacht hat – mit dem Satz in der Schlusserklärung: „Wir streben einen Zustand des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk seine Einheit durch freie Selbstbestimmung wieder erlangt.“

Was hat Bonn dafür bezahlt ? Zwar weisen alle den Begriff „Kuhhandel“ vehement zurück – beweisen aber gerade mit ihrer Entrüstung, was dergestalt widerlegt werden sollte. Der Haupt-Deal fand zwischen Mitterrand und Kohl statt: Obwohl die Bundesbank keinesfalls vom Segen einer europäischen Währungsunion überzeugt ist (in der sie nicht das Sagen hätte), obwohl Kohl selbst keinen Wahlkampf führen möchte, in dem es um die Verteidigung der „harten Mark“ gegen Anmutungen aus der EG ginge, hat er dem nächsten Schritt zur Währungsunion zugestimmt. Mitterrand darf schon im nächsten Dezember eine EG-Konferenz über die Währungsunion haben; freilich wird die erst Anfang 1991 mit der echten Arbeit beginnen, also nach der Bundestagswahl.

Einen Neben-Deal konnte Frau Thatcher verbuchen, die ansonsten wieder isoliert da stand – und mit ihr die Italiener, Belgier und Holländer, die banges Auges die neudeutsche Dynamik betrachten. Deutsche Einheit ? Ja, aber sie muss in die „Perspektive der gemeinschaftlichen Integration eingebettet sein“ – was eine Mahnung an die Westdeutschen ist, ihre alten Bindungen nicht ob der Neuverbindung mit der DDR zu vergessen.

Fazit: die EG hat einen wichtigen Test bestanden, indem sie vorläufig als vereinbar erklärte, was auf längere Sicht nicht ohne Konflikte ablaufen wird – die Einheit Westeuropas und die Wiedervereinigung der Deutschen. Dass die Sache aber noch komplizierter ist, beweist Gorbatschows jüngste Rede vor dem ZK, in dem er auf die

„Nachkriegsrealität“ und die „Existenz zweier souveräner deutscher Staaten“ pocht. Wer davon abweiche, würde Europa „destabilisieren.“²⁴⁰

Zunächst wird auch hier festgestellt, dass es dem Kanzler offensichtlich gelungen war, die innenpolitische Opposition zu überraschen. Offensichtlich sei es auch gelungen, dadurch einen Popularitätsgewinn zu verbuchen und die Gunst rechter wie linker Wähler auf sich zu polarisieren. Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl war dies sicher kein unwesentlicher Pluspunkt. Wenn aber in diesem Kontext von ‚an sich reißen‘ die Rede ist, intendiert dies gleichzeitig eine aggressive Handlungsweise und muss daher anders interpretiert werden als etwa ‚eine Gelegenheit ergreifen‘. Die Nationalflagge ist dabei als Synonym für die deutsch-deutsche Problematik zu sehen. Mit Hinweis auf die seinerzeit zu beobachtende Entwicklung rechtsextremer Parteien, deren stärkster Exponent die Republikaner waren,²⁴¹ soll es dem Kanzler ebenfalls gelungen sein, ihnen ein wahlkampfträchtiges Thema weggenommen zu haben. Wobei das Verbum ‚stehlen‘ ebenfalls richtungsweisend für eine mutmaßlich unerlaubte Handlung angesehen werden könnte. Allerdings ist dies hier im Sinne von ‚jemandem die Show‘ stehlen, also schneller als dieser zu sein, gemeint.

Da die SPD in dieser Frage ohnehin uneins sei, habe er also dieses Politikfeld für sich nutzen können. Innenpolitisch sei somit geklärt, wer in dieser Frage den Ton angebe. Ungewissheit sei hingegen bei den europäischen Partnern zu erwarten. Würde Kohl dort auch die Initiative ergreifen können? Der Verfasser bezweifelt das und geht offensichtlich davon aus, dass man hier dem Kanzler, wenn überhaupt, nur widerwillig folgen könnte (zögerliches, zähneknirschendes „Ja“). Das Hauptproblem sei dabei die Sorge um die angezweifelte Bündnistreue der Deutschen, insbesondere auf Grund der innerdeutschen Entwicklung, den europäischen Einigungsprozess (Mitterrand wolle Beweise) weiter vorantreiben zu wollen. Hintergrund dieser Sorge dürfte dabei die befürchtete Neutralität und damit ein eventueller Ausbruch Gesamtdeutschlands aus der westlichen Gemeinschaft sein, was hier jedoch explizit nicht ausgesprochen wird. Möglicherweise unterstellt der Verfasser dem Rezipienten dieses Wissen.

Auf dem Straßburger Gipfel im Dezember 1989 sollte hierüber verhandelt und Klarheit geschaffen werden. Das Ergebnis wird vom Verfasser als ‚klassischer Kuhhandel‘ bezeichnet, bei dem wohl alle Seiten ihr Gesicht wahren konnten. Dies betreffe sowohl die Wiedervereinigungsskeptiker resp. –gegner als auch den deutschen Bundeskanzler, wobei hier ein Punktgewinn für Kohl auszumachen

gewesen sei, der durch einen Satz aus der Schlusserklärung belegt werden soll. Dieser Satz („Streben nach europäischem Frieden in Einklang mit der deutschen Einheit“) ist geradezu prädestiniert, in jede beliebige Richtung interpretiert zu werden, wobei die einen das Erreichen einer europäischen Friedensordnung vor (!) der Einheit und die anderen eine solche nach (!) der deutschen Wiedervereinigung intendieren können. Keine Seite braucht demnach einzugestehen, nachgegeben zu haben. Der Grundgedanke eines ‚Kuhhandels‘ besteht ja gerade darin, dass beide Seiten etwas gewinnen. Wenn dem so ist, stellt der Verfasser die Frage, wer denn was gegeben habe. Eine solche Handlungsweise wurde offiziell jedoch bestritten. Der Leser erfährt es dennoch: Kohl opfere die harte D-Mark für eine europäische Währungsunion. Diese Behauptung hält sich hartnäckig bis heute, obwohl es von Kohl und anderen CDU-Politikern immer wieder dementiert wird.²⁴²

Die Dementis zeigten, so der Tenor der Aussage, dass die Thematisierung der Aufgabe der D-Mark für den kommenden Wahlkampf sehr gefährlich sei. Kohl wisse das und wolle daher das Thema Währungsunion auf den Gipfel Anfang 1991 verschoben wissen, also nach der Bundestagswahl. Schon damals war die gemeinsame europäische Währung in der Bevölkerung höchst unpopulär und sollte es auch bleiben, was im Hinblick auf künftige Wahlstrategien der Union und des Kanzlers noch schwer wiegende Folgen haben sollte. Zunächst sei es aber Kohl gelungen, auf seine europäischen Partner beruhigend einzuwirken.

Selbst für die eigenwillige Margaret Thatcher will der Verfasser einen Erfolg perzipiert haben. Für sie, die so vehement gegen die deutsche Einheit gewesen sei, sei mit der Schlussformel ein tragbares Ergebnis erzielt worden, da die deutsche Einheit offenbar doch nur im europäischen Kontext und wann auch immer Wirklichkeit werden würde.

Der Verfasser bilanziert daher einen erfolgreichen Gipfel, dessen Ergebnis zwar längerfristig noch für Konflikte sorgen werde, im Augenblick aber einen Konsens erbracht habe. Die europäische Gemeinschaft sei also doch handlungsfähig.

Unsicher bliebe dagegen die sowjetische Seite, da Gorbatschow an der deutschen Zweistaatlichkeit festhalte und in der Wiedervereinigung eine Destabilisierung Europas sehe.

Insgesamt sieht der Verfasser im Ausgang des Straßburger Gipfels einen gewissen Erfolg für Kohl, der, so wird intendiert, durch sein Handeln Vertrauen bei seinen Partnern erworben und damit doch zumindest einen gewissen Erfolg gehabt habe.

Dadurch, dass die Kompromissformel in den Vordergrund rückt, wird eben dieser Erfolg für den Rezipienten evident. Dass es auf dem Gipfel starke Ressentiments gegen Kohls Absicht gegeben habe, soll dabei keineswegs verschwiegen werden, doch hier wird ein Kanzler skizziert, der trotz schwieriger Ausgangsposition doch erfolgreich gewesen zu sein scheint.

Augenfällig ist auch an diesem Bericht die Bemühung um Sachlichkeit. Eine Bewertung des Kanzlers wird dabei gleichfalls vorgenommen, etwa wenn von seinem Coup oder einem Kuhhandel die Rede ist. Dennoch verzichtet der Verfasser auf eine abfällige oder diffamierende Wortwahl, wie dies etwa in der TAZ und im SPIEGEL der Fall war und lenkt so die Aufmerksamkeit auf die sachliche Auseinandersetzung.

Beispiel 8: Auslandsreaktionen in der FAZ

„In Straßburg hat Kohl eher Argwohn als Zustimmung erfahren

Währungsunion – Probe für die Gemeinschaft / Von Peter Hort

Straßburg liegt am Kreuzweg zweier Völker. Nirgendwo sonst spiegeln sich Krieg und Frieden, Kampf und Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen so deutlich wie im Schatten des Münsters. An diesem Ort ist die deutsch-französische Freundschaft jetzt auf die Probe gestellt worden. Beide Seiten haben den Test zwar bestanden, aber Bundeskanzler Kohl hat einen hohen Preis bezahlt.

Wieder einmal ist alles anders gekommen, als es geplant war. Mitterrand hatte das Gipfeltreffen der zwölf Staats- und Regierungschefs zu einem europäischen Fest machen wollen: feierlich sollte die Sozialcharta mit Grundrechten für die Arbeitnehmer verabschiedet werden; mit Blick auf die Währungsunion war der frühe Termin des zweiten Halbjahres 1990 als Datum für eine Regierungskonferenz vorgesehen. Doch dann schob sich die deutsche Frage wie eine dunkle Wolke über die Straßburger Szene. Kohls Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der deutschen Teilung rief reihum wenig Begeisterung hervor, und des Kanzlers Brief an Mitterrand zum Zeitplan der Währungsunion stieß in Paris auf Misstrauen. Die Deutschen, so schien es, zeigten mehr Interesse an der Wiedervereinigung als am Fortschritt der westeuropäischen Einigung.

So sehr sich die Bonner Regierung auch darum bemühte, Währungsunion und deutsche Frage voneinander zu trennen, geriet das Unvermengbare zusammen, je näher das Straßburger Treffen rückte. Da in Paris der Eindruck entstanden war, der

Terminplan Kohls für die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Vorbereitung einer Währungsunion stimme nun nicht mehr mit dem Terminplan Mitterrands überein, wurde daraus für Kohl unversehens ein Test. Blieb er bei jenen Bedenken, die mit Bundesbankpräsident Pöhl und Finanzminister Waigel abgestimmt waren, würde ihm das Abrücken von der Gemeinschaft und Hinwendung zum Tagtraum der deutschen Einheit angelastet werden. Kohl hatte keine andere Wahl. In einem langen Telefongespräch mit Mitterrand beugte er sich dessen Terminplan.

Damit war unmittelbar vor dem Gipfeltreffen zwar die Optik der deutsch-französischen Freundschaft gewahrt, der schwierigen Sache der Währungsunion aber nicht geholfen. Ohne Zweifel hat sich die Bundesregierung auf ein gefährliches Spiel eingelassen: sie hat sich auf Drängen Mitterrands und Delors' dazu bereit erklärt, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Obwohl erhebliche Zweifel bestehen, dass die Zwölf im Laufe des nächsten Jahres ihre Wirtschafts- und Währungspolitik so eng aneinander angleichen werden, dass sie eine europäische Zentralbank ins Leben rufen können, soll schon im Dezember 1990 eine Regierungskonferenz einberufen werden. Die Vorarbeiten dafür erschöpfen sich bisher in unbeantworteten Fragen und besten Absichten. Und es ist keine Frage, dass Italien, Spanien, Portugal und Griechenland noch lange nicht für die Währungsunion reif sind.

Wieder einmal war es Margaret Thatcher, die klar aussprach, was die übrigen nicht wahrhaben wollen: dass die Zeit für Stufe zwei und drei der Währungsunion nach dem Delors-Plan noch nicht reif sei. Aber auch sie konnte den Zug nicht mehr aufhalten; sie ließ die anderen wissen, dass sie zwar gegen die Einberufung der Regierungskonferenz stimme, an ihr jedoch selbstverständlich teilnehmen werde. Es ist nur ein schwacher Trost, dass die Regierungsverhandlungen über die Ergänzung der Römischen Verträge erst im Frühjahr 1991 beginnen sollen und sich, wegen der fehlenden Voraussetzungen, mehrere Jahre in die Länge ziehen können. Dennoch wäre es besser gewesen, zunächst eine „Trainingsphase“ von unbestimmter Dauer vorzusehen, als sich jetzt schon den nächsten Etappen zuzuwenden.

Auch bei der Berücksichtigung der deutsch-deutschen Interessen in der Ostpolitik der Gemeinschaft hat man dem Kanzler die Hände gebunden als ihm die nötige Ermunterung und Bewegungsfreiheit bei der Verwirklichung seines Zehn-Punkte-Programms zu geben. Zwar ist es gelungen, das Streben des deutschen Volkes nach Einheit zum ersten Mal in einem Dokument der Gemeinschaft zu verankern; es ist jedoch an die Bedingung geknüpft worden, dass die bestehenden Grenzen in Europa nicht verändert werden dürfen. Schon in Straßburg sind unterschiedliche

Auslegungen dieser Formel deutlich geworden. Der italienische Ministerpräsident Andreotti äußerte sogar, für ihn sei wichtiger, was Genscher unlängst vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen gesagt habe: dass, unter welchen Umständen auch immer, eine Änderung der Grenzen nicht in Betracht komme. Der Karikaturist der französischen Zeitung „Le Monde“ brachte die vorherrschende Stimmung auf den Punkt: Kohl vergrößert das Loch in der Berliner Mauer mit der Spitzhacke, während die anderen ihn ungeduldig an den Tisch rufen: „Komm endlich, damit wir anfangen können!“

Es gehört zu den deprimierenden Erkenntnissen des Straßburger Gipfeltreffens, dass das nur mühsam kaschierte, hinter freundlichen Mienen durchschimmernde Misstrauen gegen die Deutschen und ihr Streben nach Einheit in dem Maße zunimmt, wie sich die politischen Strukturen in der DDR verändern.

Haben Kohl und Genscher nicht stets gesagt, dass sie fest zu den westlichen Bündnissen stünden und einen „Sonderweg“ im Niemandsland zwischen Ost und West nicht anstrebten ? Auch wenn man Verständnis für die Angst unserer Nachbarn vor dem deutschen Riesen und einer möglichen Kräfteverschiebung haben muss, ist der Argwohn gegen die Bundesregierung nicht gerechtfertigt. Er könnte dazu führen, dass die deutsche Bevölkerung, die ohnehin von Brüssel und der Gemeinschaft nicht allzu viel hält, noch mehr auf Distanz gehen.

Der Sturm, der durch die DDR bläst, wird den von zitternder Hand formulierten Straßburger Gipfelanspruch zur deutschen Frage schon bald vom Tisch fegen. Papiere diese Art können den Gang der Dinge nicht aufhalten. Wenn die Deutschen morgen Schritt für Schritt ihre Bande enger knüpfen und dem Auftrag des Grundgesetzes zu folgen versuchen, wird sie niemand daran hindern können. Die Gemeinschaft hat keine andere Wahl, als dafür die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Sie muss sich offensichtlich noch darin üben, die Arme zu öffnen.“²⁴³

Bei der Betrachtung dieses letzten Beispiels des ersten Komplexes erfährt der Rezipient andeutungsweise die historische Bedeutung des Tagungsortes. In einer schon fast dramatischen Betrachtungsweise („Krieg und Frieden“, „Kampf und Aussöhnung“) verweist der Verfasser auf die wechselvolle Historie der deutsch-französischen Beziehungen. Auch auf diesem Gipfeltreffen wurde ja anscheinend europäische Geschichte geschrieben.

Der Erfolg für beide Seiten sei zwar sichtbar, jedoch habe eine Seite (Kohl) einen sehr hohen Preis dafür bezahlen müssen. Einen zu hohen ? Und ist damit die Preisgabe der D-Mark gemeint ? Der Verfasser lässt den Rezipienten mit dieser Mutmaßung zunächst im Unklaren.

Anders als vorgesehen, sei die Deutschlandfrage und damit Kohls Zehn-Punkte-Plan in den Mittelpunkt gerückt, der die ursprüngliche Thematik verdrängte. Mit der Metapher der dunklen Wolke soll angedeutet werden, dass damit schon vor der Konferenz der Stoff für den drohenden Konflikt ausgemacht worden sei. Selbst der Versuch des Kanzlers, mit seinem Brief an Mitterrand ein etwaiges Unheil abzuwenden, habe dies nicht mehr verhindern können. Im Gegenteil: Auch hier wird die Auffassung vertreten, Kohl habe damit gezeigt, dass ihm die mögliche Wiedervereinigung Deutschlands zu diesem Zeitpunkt offenbar bedeutungsvoller zu sein schien als ein Erfolg auf der europäischen Ebene. Wenn also der Bundeskanzler nationale Interessen in den Vordergrund rücke und dies von den europäischen Partnern kritisiert wurde, sei das ein deutlicher Hinweis, dass nationale Politik in Europa offensichtlich immer noch mit zweierlei Maß gemessen werde und dass die alten Ressentiments gegenüber Deutschland immer noch latent vorhanden zu sein scheinen. Die Frage muss daher in diesem Zusammenhang erlaubt sein, ob nicht etwa Mitterrand oder Thatcher in einer ähnlichen Situation ebenso gehandelt hätten? Es bedarf dabei allerdings wohl kaum großer prophetischer Begabung, diese Frage zu bejahen. Ein so bedeutendes nationale Interesse wie die Wiedervereinigung des geteilten Landes scheint für die europäischen Partner ein nicht hinreichender Grund für das Abweichen von einer vorgesehenen Tagesordnung zu sein. Ungeachtet des Zehn-Punkte-Programms des Kanzlers, der damit auf die innerdeutsche Entwicklung reagierte, wollte man sich offenbar nicht von der Vorbereitung der europäischen Währungsunion abbringen lassen. Der Hinweis auf diese Haltung lässt deutlich werden, dass sich – trotz der deutsch-französischen Freundschaft – Frankreich immer noch als Sieger eines vor 34 Jahren zu Ende gegangenen Krieges betrachtet. Das Misstrauen saß immer noch sehr tief, so dass Kohl nun damit beginnen musste, seine Partner von der von ihm immer wieder so bezeichneten Irreversibilität der deutschen Einigung im europäischen Kontext zu überzeugen. Plakativ prägte sich hierbei besonders sein Adenauer-Zitat der zwei Seiten einer Medaille ein.²⁴⁴

Dass der Bundeskanzler dem Drängen Mitterrands nachgegeben habe, sieht der Verfasser äußerst skeptisch („gefährliches Spiel“, „zweiter Schritt vor dem ersten“). Zudem meldet er erhebliche Zweifel an der Dringlichkeit dieser Thematik an, da die EG – jedenfalls nach seiner Einschätzung – terminlich ohnehin für einen solchen Schritt noch nicht bereit zu sein scheint, wofür er die seiner Meinung nach noch unzureichenden Vorbereitungen („unbeantwortete Fragen“) und die noch nicht

erwiesene Fähigkeit einiger Mitgliedsländer argumentativ ins Feld führt. Die sonst so zurückhaltende bzw. ablehnende Haltung der britischen Premierministerin Thatcher (die diese Mängel offen aussprach) sei diesmal wohl nicht ganz von der Hand zu weisen, andererseits wolle sie aber nicht abseits stehen, wenn das Projekt verhandelt würde, worin sie sicherlich eine greifbare Chance zur Verzögerung der deutschen Frage gesehen haben mag. Ein Aufschub von mehreren Jahren lag ja ohnehin in ihrer Absicht.

Ein weiterer Kernpunkt, der auch später bei den 2 + 4 Verhandlungen noch eine zentrale Rolle spielen sollte, war die Garantie der bestehenden Grenzen. Zu tief war die Furcht vor dem Versuch der Deutschen, hier korrigierend eingreifen zu wollen. Die Haltung Kohls war allerdings weniger geeignet, diese Befürchtungen abzubauen. Die Verfasser der vorangegangenen Berichte hatten darauf ebenfalls schon hingewiesen.

Auch an der Länge der Passage in diesem Bericht wird evident, dass die Frage nach der Sicherheit der Grenzen eine der Kernfragen des Straßburger Gipfels war. Dies scheint ebenfalls ein Indiz dafür zu sein, wie schwer es Kohl dort hinsichtlich der Verteidigung seines Zehn-Punkte-Planes offensichtlich hatte. Für den Verfasser ist die Erkenntnis des mangelnden Vertrauens kein gutes Omen, schienen doch die nach außen zur Schau getragenen Mienen der Teilnehmer ihre wahre Haltung zur innerdeutschen Veränderung zu verbergen. Auch wenn er sein Verständnis für das Misstrauen der Partner gegenüber dem Bundeskanzler und der Bundesregierung artikuliert, scheint dem Verfasser dieses jedoch nicht gerechtfertigt zu sein. Im Gegenteil: Hier sieht er die latente Gefahr, dass die ohnehin nicht allzu große Begeisterung der Deutschen für die EG und die Brüsseler Kommission durch dieses Verhalten eher abgeschwächt denn verstärkt werden könnte.

Resümierend konstatiert er jedoch auch, dass der Versuch, wie auf dem Gipfel geschehen, die Deutschen unter Druck zu setzen und die europäische Frage in den Vordergrund zu stellen, a) die Ereignisse in der DDR nicht aufhalten können und b) der Gemeinschaft in letzter Konsequenz nichts anderes als eine Zustimmung übrig bliebe.

Insgesamt nimmt der Verfasser trotz der ihm unfreundlich erscheinenden Begleitumstände des Gipfeltreffens eine eher verständnisvolle Haltung gegenüber dem Kanzler ein, indem er sein Bedauern über die offensichtlich frostige Atmosphäre bei den Verhandlungen zum Ausdruck bringt.

Nach seinem Bericht zur Lage der Nation vor dem Deutschen Bundestag am 8. November 1989 sah sich Kohl sowohl innen- wie außenpolitisch zunehmender Kritik ausgesetzt. Wie die voran stehenden exemplarischen Beispiele verdeutlichen sollten, löste der Kanzler eine Lawine des Misstrauens bei den europäischen Partnern aus. Kohl sah sich daher genötigt, beinahe gebetsmühlenhaft zu beteuern, dass ein wiedervereintes Deutschland weder die bisherigen Bündnisse verlassen noch irgendwelche anderen Alleingänge anzustreben sucht. Stellvertretend für die vielen Reden, in denen er immer wieder diesem Misstrauen zu begegnen suchte, seien hier einige Passagen aus seiner Erklärung, die er am 21. Dezember 1989 vor dem Bundesrat abgab, zitiert:

„Eine stabile Entwicklung in Deutschland ist wichtig für ganz Europa. Hieraus erwächst eine besondere Verantwortung der Deutschen in beiden Staaten. Wir müssen die Verhältnisse in Deutschland und die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten so gestalten, dass sie in den gesamteuropäischen Prozess eingebettet bleiben, der auf friedliche Nachbarschaft, auf Zusammenarbeit und Überwindung der Teilung des Kontinents gerichtet ist. Anders ausgedrückt: Die künftige Architektur Deutschlands muss sich in die künftige Architektur Gesamteuropas einfügen.

Am 28. November habe ich vor dem deutschen Bundestag mein deutschlandpolitisches Zehn-Punkte-Programm vorgelegt. Niemand soll diese Punkte als starres Konzept oder gar als einen Zeitplan missverstehen. Ich sage dies hier noch einmal so deutlich, weil es ja politische Kräfte außerhalb der Bundesrepublik gibt, die dies so übernommen haben und einen Zeitplan unterstellen, den angesichts der Dramatik geschichtlicher Entwicklung niemand wünschen kann. [...] Wer diese zehn Punkte als Ganzes liest – und sie sind ja als Ganzes zu verstehen -, weiß, dass es mir um einen organischen Prozess geht, um einen Prozess, der die Stabilität in Europa sichert, die legitimen Sicherheitsinteressen aller berücksichtigt und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen wirklich garantiert.

Die Chancen für die Überwindung der Teilung Europas, die sich jetzt eröffnen, sind immer auch Chancen für die Überwindung der Teilung Deutschlands. Die Deutschen, die jetzt im Geiste der Freiheit wieder zusammenfinden, werden mit Sicherheit keine Bedrohung, sondern vielmehr ein Gewinn für das immer mehr zusammenwachsende Europa sein.²⁴⁵

Kohl beteuert wie auch auf dem Straßburger Gipfel, dass die Entwicklung innerhalb Deutschlands ausschließlich im europäischen Kontext zu betrachten sei (die künftige Architektur Deutschlands müsse sich in die europäische einfügen). Gleichzeitig verteidigt er seinen Zehn-Punkte-Plan, den er nicht als starres Konzept oder gar Zeitplan für die künftige Entwicklung betrachten möchte und richtet sich dabei besonders an die europäischen Partner.²⁴⁶ Gleichzeitig unterstellt er ihnen aber auch, das Programm nicht genau genug gelesen zu haben, da sonst seiner Auffassung nach klar geworden sein müsste, dass es ihm nicht ausschließlich um die Verwirklichung deutscher Interessen gehe. Ein deutlicher Seitenhieb, aus dem auch die Verärgerung über die Haltung seiner europäischen Partner spricht, die er indirekt aufforderte, die Überwindung der deutschen Teilung auch als Chance für die der europäischen zu sehen. Dies sei, so seine Schlussfolgerung, weniger eine Bedrohung als vielmehr auch als Chance für ganz Europa zu sehen.

Wie schwierig sich diese Überzeugungsarbeit in der Zukunft noch erweisen wird, soll in der Folge noch dargelegt werden.

4.1.2 Zusammenfassung

Das Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls löste im In- und Ausland heftige und kontroverse Diskussionen aus. Hier hatte der Kanzler erstmals, wenngleich noch indirekt und sehr verhalten, das ausgesprochen, was Jahrzehnte lang als zwar offene, aber nicht realisierbare Frage galt. Kohl entwarf eine erste Skizze für die Wiedervereinigung Deutschlands. In den Freudentaumel nach Öffnung der Berliner Mauer und der DDR-Grenzübergänge mischten sich sehr bald Misstrauen und Angst über die Zukunft Deutschlands und Europas.

Zunächst schien die Begeisterung grenzenlos zu sein, denn selbst die SPD-Opposition im Deutschen Bundestag stimmte dem Plan des Kanzlers zu und versprach ihm volle Unterstützung. Erst später realisierte sie, dass Kohl die Initiative ergriffen und ein wichtiges Wahlkampfthema besetzt hatte. Da nützte es auch nichts mehr, dass die Sozialdemokraten die Thesen originär für sich reklamierten, was wenig überzeugend war, da sie die Zweistaatlichkeit bereits für irreversibel hielten. Kritische Stimmen etwa aus dem linken Flügel der SPD und von den Grünen wurden nicht ernsthaft diskutiert.

Der immer deutlicher werdende Zusammenbruch der DDR bot daher eine historische Chance, zur Einheit zu gelangen, die es aufzugreifen galt. Der Kanzler tat es und hatte Glück, denn seine Position war 1989 innenpolitisch sehr angeschlagen. Auf dem CDU-Parteitag im März drohte eine offene Revolte gegen ihn, die zu seinem Sturz als Parteivorsitzenden führen sollte. Zur Hälfte der Legislaturperiode befanden sich die Koalition und der Regierungschef in einem Stimmungstief. Im Unionslager griff die Befürchtung immer weiter um sich, dass die nächste Bundestagswahl 1991 mit Helmut Kohl als Kanzlerkandidaten nicht mehr gewonnen werden könne. Noch aber war Zeit, mit einem neuen Kandidaten das schlechte Image aufzubessern und die Chancen auf einen Wahlsieg wieder zu erhöhen. Doch mit dem Fall der Berliner Mauer ergaben sich für Kohl völlig neue Handlungsperspektiven, die sich zunächst in der Präsentation seines Zehn-Punkte-Plans kumulierten. Die Opposition war überrumpelt, der Koalitionspartner verschnupft und die Presse einigermaßen überrascht. Entsprechend fiel das Echo auf Kohls Vorstoß aus.

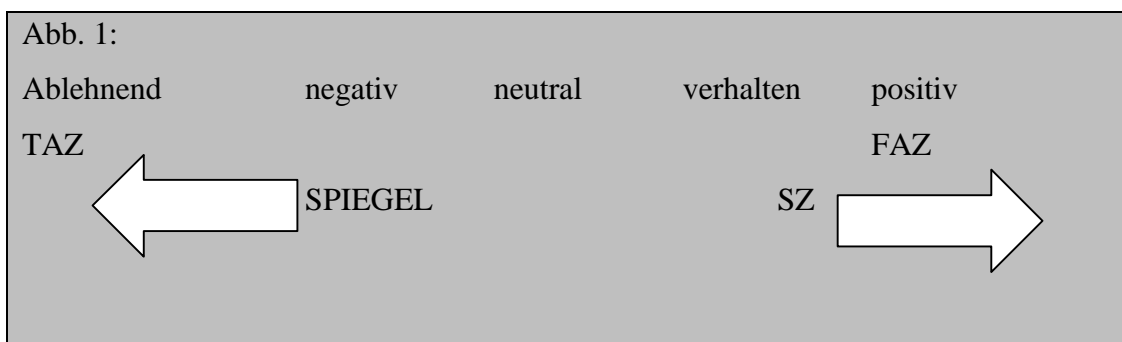
Besonders die linksintellektuelle Presse (hier die TAZ) betrachtete die Skizze Kohls als ein einziges Desaster und kam sehr schnell zu dem Urteil, dass der Kanzler die DDR unter dem Deckmantel der europäischen Einigung okkupieren wolle. Der Fall sei eindeutig: Dies sei Verrat an der DDR. Zugleich verbreitete sich Verbitterung und Enttäuschung darüber, dass es den Konservativen anscheinend gelungen war, die Entwicklung in die von ihnen gewünschte Richtung der Vereinigung zu lenken.

Auch jene Teile der Printmedien, denen man eine mehr oder minder starke Sympathie für sozialdemokratische Politik nachsagt,²⁴⁷ konnten zwar nicht umhin, die Überraschung, die Kohl gelungen war, anzuerkennen, griffen aber jede nur denkbare kritische Stimme auf, um auf das ihrer Ansicht nach ungeschickte Verhalten des Kanzlers hinzuweisen. Besonders die unterlassene Unterrichtung des Koalitionspartners bot ihnen das dazu geeignete Material.

Demgegenüber bemühten sich die eher konservativen Blätter um eine relativ regierungsfreundliche Darstellung. Zwar konnten auch sie Dissonanzen nicht verbergen oder in ihrer Berichterstattung auslassen, doch geschah dies eher relativierend, wobei eine Akzentverschiebung auch daran zu verifizieren war, dass es bei aller Kritik auch Positives zu berichten gab.

Diese hier beobachtete Tendenz setzte sich auch in der Darstellung der Auslandsreaktionen ganz offensichtlich fort. Während ein Teil der Presse versuchte, das Versagen des Kanzlers auch gegenüber seinen europäischen Nachbarn

hervorzuheben und sogar eine gewisse Angststimmung beim Leser zu erzeugen suchte, bemühte sich die andere trotz schwieriger Situation auch von erfolgreichen Schritten zu berichten. Im Gegenteil: Darin bestehe ja gerade das staatsmännische Format eines Kanzlers, aus noch so aussichtslos scheinenden Positionen heraus ein am Ende für ihn positives Ergebnis zu erzielen. Prinzipiell sei am Ende des ersten Beispielblocks die These formuliert, dass es eine generell neutrale Berichterstattung nicht zu geben scheint. Die Politik des Kanzlers wird stark ablehnend und negativ bis verhalten positiv bewertet.



4.2. Ängste und Vorbehalte gegenüber dem vereinten Deutschland

Der Zehn-Punkte-Plan Kohls war innen- wie außenpolitisch ein Schockerlebnis, denn der Gedanke an eine mögliche Wiedervereinigung beider deutscher Staaten, war, wie im voran gegangenen Kapitel bereits umrissen, ein sehr kühner und keinesfalls uneingeschränkt gewollter Gedanke. Wurden in diesem Kontext noch Alternativen diskutiert, etwa die Aufrechterhaltung der Zweistaatlichkeit oder eine wohl doch unvermeidlich werdende Wiedervereinigung in einer noch fernerer und im Dunkeln liegenden Zukunft, wurde sehr bald klar, dass solche Planspiele auf Grund der Ereignisse rasch obsolet waren. Noch im Dezember 1989 wurde Kohl von seinen europäischen Partnern auf dem Gipfel von Straßburg für seinen Vorstoß heftig kritisiert, doch schon bald ging es nicht mehr um die Frage, ob und wann es ein vereintes Deutschland geben werde, sondern um dessen politische und ökonomische Strukturen. Die sicherheitspolitischen Fragen sowie die künftige Bündniszugehörigkeit ganz Deutschlands gewannen zunehmend an Relevanz. Immer deutlicher wurde zunächst, dass die bisherigen Sicherheitsstrukturen der EG obsolet werden würden. „Wesentliche Gründe dafür sind der Reformprozess in der

Sowjetunion, die Auflösung des Warschauer Paktes, die Relativierung des Nordatlantikpaktes und die Stärkung der Bundesrepublik Deutschland durch die Vereinigung.“²⁴⁸

Wenngleich natürlich die Vereinigung Deutschlands zunächst im Mittelpunkt des Interesses stand, wuchs der Druck auf die Gemeinschaft, neue Sicherheitskonzepte etwa in Richtung einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) entwickeln zu müssen. Hierfür standen verschiedene Instrumentarien zur Verfügung, die als Basis geeignet zu sein schienen.²⁴⁹

Auch wenn das in den Augen der europäischen Partnern Unvermeidliche immer deutlichere Konturen anzunehmen begann, war man dennoch nicht bereit, diese Entwicklung unwidersprochen hinzunehmen. Es musste nach Lösungen gesucht werden, die das vereinte Deutschland unwiderruflich an die bestehenden Verträge und an neue Abmachungen binden würde. Der große Unsicherheitsfaktor war dabei die Sowjetunion, die dieser Entwicklung den größten Widerstand entgegenbrachte. Doch wie konnte man den Kreml davon überzeugen, dass ein vereintes Deutschland in einem westlichen Bündnis mit neuen Sicherheitsstrukturen keine Gefahr für die UdSSR darstellte? Wieder kamen Kohl äußere Umstände zur Hilfe, denn am 8. Januar 1990 bat die Sowjetunion durch ihren Botschafter Julij Kwizinskij die Bundesregierung um wirtschaftliche Hilfe.²⁵⁰ Der Besuch des sowjetischen Botschafters in Bonn machte dem Kanzler sehr schnell deutlich, dass Gorbatschow nicht nur dringend Wirtschaftshilfe benötige, sondern dass über den Weg der wirtschaftlichen Unterstützung ein Stimmungswandel hinsichtlich der deutschen Frage herbeizuführen sein könnte.

„Dass Kohl die Hilfe gezielt einsetzte, um ein Vertrauensklima mit der sowjetischen Führung herzustellen, war auch daran ersichtlich, dass das offizielle Lieferabkommen am 9. Februar unterzeichnet wurde – dem Tag also, an dem der Kanzler zu Gesprächen über die deutsche Einheit in die UdSSR aufbrach.“²⁵¹

Die Aufnahme oder Intensivierung von Wirtschaftsbeziehungen ist die klassische Methode in der Politik, weiter reichende Ziele zu erreichen. Das Signal, das dabei gesendet wird ist eindeutig: Wenn man in den Handelsbeziehungen vertrauensvoll zusammenarbeiten kann, soll dies ein sicheres Indiz dafür sein, dies auch in anderen Bereichen zu können. Der Handlungsbedarf hierfür war vorhanden. Gorbatschow stand Anfang 1990 noch immer auf dem Standpunkt, dass, selbst wenn die beiden deutschen Staaten sich vereinigen, das Territorium der ehemaligen DDR nicht der NATO angehören dürfe, was einem „Nein“ zur Wiedervereinigung gleichkam. Doch

wie sollte ein wirtschaftlich und politisch geeintes Land zwei gegensätzlichen Militärbündnissen angehören ? Eine absurde Vorstellung, hinter der aber der Gedanke der Neutralität Deutschlands stand.

Im Vorfeld dieses Treffens und vor diesem Hintergrund besprach sich Kohl auch mit Mitterrand, sichtlich bemüht, das Klima in den deutsch-französischen Beziehungen zu verbessern. Auch vor dem Hintergrund der innenpolitischen Debatte versuchte Kohl, dem Franzosen seine ablehnende Haltung gegenüber einer solchen Option darzulegen.²⁵² Hier zeigt sich das Bemühen des Kanzlers, beschwichtigend auf Mitterrand zu wirken, denn eine von dessen Hauptforderungen war ja die feste Verankerung des gesamten Deutschlands im westlichen Bündnis.

Von amerikanischer Seite war das Vertrauensverhältnis hingegen offenbar wesentlich fester. Einer der Gründe dafür dürfte auch die geografische Distanz zum Geschehen gewesen sein. Doch gab es auch noch andere Gründe, warum man in den USA entspannter auf die Ereignisse in Deutschland reagierte und die sich anbahnende Wiedervereinigung gelassener betrachtete. „Für sie (die USA, der Verf.) bedeutete es sogar einen stolzen Sieg, dass der Rivale Sowjetunion Mitteleuropa räumen musste, während Amerika weiterhin dort blieb. Präsident George Bush und Außenminister James Baker begriffen die Unaufhaltsamkeit der Vereinigung früh, machten sich schnell zu deren Anwalt und stellten sogleich ihre Bedingung: Auch das vereinte Deutschland muss der NATO angehören.“²⁵³ Bush ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er Kohl aktiv unterstützte. Gorbatschow versicherte er vor Malta die uneingeschränkte Wahrung des sowjetischen Sicherheitsinteresses²⁵⁴ und versuchte gleichzeitig, Mitterrand und Thatcher damit zu beschwichtigen, dass die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa sehr wohl ein Gegengewicht zu einem stärker werdenden Deutschland darstellten.²⁵⁵

Anlässlich Gorbatschows Besuch in den USA Ende Mai 1990 legte US-Präsident Bush seine Gründe für den Verbleib Deutschlands in der NATO dezidiert dar und wies auf die Gefahren eines wieder erstarkenden deutschen Militarismus hin, falls man versuchen sollte, Restriktionen oder erniedrigende Bedingungen in Bezug auf den künftigen Status Deutschlands zu erheben.²⁵⁶

Doch schon vor Malta und der Reise Kohls nach Moskau versicherte der amerikanische Präsident dem Kanzler, „dass die Vereinigten Staaten nichts tun würden, was die Deutschen in Ost und West glauben machen könnte, Amerika würde ihren Willen zur staatlichen Einheit nicht respektieren. [...] Die Rolle des

vereinten Deutschland im westlichen Bündnis sei eine Angelegenheit, so Bush, die das deutsche Volk selbst zu entscheiden habe.²⁵⁷

Mit dieser Gewissheit reiste Kohl nach Moskau. Zudem brauchte Gorbatschow dringend Wirtschaftshilfe, was die Position des Kanzlers weiter stärkte, ein „Ja“ aus Moskau für die Wiedervereinigung zu erhalten. Doch schon im Januar wurde deutlich, dass Gorbatschow seine bisherige Position aufgeben würde. Zwar hatte der sowjetische Außenminister Schewardnadse nach dem Besuch Genschers am 5. Dezember 1989 in Moskau noch erklärt, „für die Sowjetunion sei die DDR ein „verlässlicher Verbündeter und wichtiger Garant von Frieden und Stabilität in Europa.“²⁵⁸ Doch anlässlich des Besuchs von DDR-Ministerpräsident Modrow am 30. Januar 1990 in Moskau erklärte Gorbatschow dann allerdings, dass die Sowjetunion die Vereinigung Deutschlands niemals in Zweifel gezogen habe.²⁵⁹ Jedem politischen Beobachter war damit klar, dass die Sowjetführung ihre Haltung bezüglich des Fortbestehens der DDR aufgegeben hatte.

Hier siegten letztlich pragmatische Notwendigkeiten über die ideologische Doktrin. Das in wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten geratene Sowjetreich suchte dringend einen Ausweg aus diesem Dilemma. Aus ideologischen Gründen musste Gorbatschow an der weiteren Existenz der DDR festhalten, war sie ja die unmittelbare Frontbastion gegenüber dem Klassenfeind USA und somit ein ganz wesentlicher Bestandteil seines Machtbereiches. Doch mit Ideologie alleine waren die aufgetretenen Probleme nicht mehr zu lösen. Was Gorbatschow jetzt brauchte, waren Partner, die bereit waren, die UdSSR zu sanieren bzw. aus den größten Schwierigkeiten zu führen. Aus Ost-Berlin war in dieser Hinsicht keinerlei Hilfe mehr zu erwarten, denn die DDR war zu diesem Zeitpunkt selbst in arger finanzieller Bedrängnis.²⁶⁰ Einzig die Bundesrepublik war in der Lage, rasche und wirkungsvolle Hilfe zu leisten, was sie ja im Januar durch die Lieferung von 120.000 t Fleisch und eine finanzielle Subvention von 220 Millionen DM bewiesen hatte.²⁶¹ Getreu der Maxime, dass ein gutes Geschäft jenes sei, bei dem beide Seiten etwas gewinnen, ging man in Moskau dazu über, das „Ja“ zur deutschen Einheit mit der Bitte um Gewährung großzügiger deutscher Kredite zu verbinden. Diese waren aller Voraussicht nach zu erhalten. Der Knackpunkt war weiterhin die Frage nach der deutschen Bündniszugehörigkeit bzw. Neutralität. Die Position Kohls, die von US-Präsident Bush unterstützt wurde, war eindeutig: „Eine Neutralisierung Deutschlands hätte schon sehr bald eine Erosion und dann das Ende von NATO und EG bedeutet.“ und „es widerspreche der Logik eines gesamteuropäischen

Einigungsprozesses, in dem ein vereintes Deutschland keine Sonderstellung einnehmen dürfe.“²⁶²

Für Kohl stand eine andere Option als die NATO-Zugehörigkeit des gesamten Deutschland nicht zur Disposition. Auch würde er einer Teilneutralität (keine NATO-Truppen auf ehemaligem DDR-Territorium) nicht zustimmen. Hier befand er sich im Konsens mit US-Präsident Bush, dessen Hauptforderung ja die uneingeschränkte NATO-Mitgliedschaft ganz Deutschlands war. Kohl konnte sich daher der Rückendeckung der USA sicher sein.²⁶³ Für Gorbatschow war nicht nur der Rückzug der Roten Armee aus der DDR, sondern auch die Aussicht, dass dieses Gebiet an die NATO fallen würde, ein innenpolitischer Balanceakt. Ausgerechnet die Sowjetunion, die durch Hitlers Überfall im Zweiten Weltkrieg die größten Verluste an Menschenleben zu beklagen hatte, sollte nun freiwillig und anscheinend ohne Not einen Teil des von ihr eroberten Gebietes an den Besiegten zurückgeben? Es fällt nicht schwer sich vorzustellen, dass ein solcher Schritt nicht nur in der KP auf erheblichen Widerstand stoßen würde, sondern auch in der Bevölkerung im höchsten Maße unpopulär war. Trotz Glasnost und Perestroika standen die Demokratisierungsfortschritte auf noch sehr wackligen Beinen. Es gab starke politische Kräfte, die sich dagegen auflehnen und Gorbatschow stürzen könnten.²⁶⁴ Es musste daher ein Weg gefunden werden, der für beide Seiten annehmbar sein konnte. Deutschlands Neutralität konnte dabei ebenso wenig eine Lösung sein wie ein im Bündnis geteiltes Land.²⁶⁵ Der Kompromiss, auf den man sich schließlich einigte, war eine Konferenz zwischen den Vier Mächten und den beiden deutschen Staaten, die später als 2 + 4 Gespräche bekannt wurden. Für Kohl war dies ein entscheidender Erfolg, denn bei diesen Verhandlungen würden die USA seinen Wunsch nach der deutschen Wiedervereinigung dezidiert unterstützen. Gorbatschow erklärte: „Wir stimmen im wichtigsten Punkt überein: Die Deutschen müssen selbst ihre Entscheidung treffen.“²⁶⁶ Mitterrands Haltung war zwar zögernd, jedoch nicht prinzipiell ablehnend.²⁶⁷ Selbst Margaret Thatcher begann, wenn auch sehr verhalten und reserviert, die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands als ein Ereignis in fernerer Zukunft in Betracht zu ziehen. Diese müsse „sich unter Bedingungen vollziehen [...], welche anderen Notwendigkeiten Rechnung tragen und uns Zeit geben, diese zu lösen, andernfalls sie alles destabilisieren könnte.“²⁶⁸ Nach der Moskau-Reise Kohls musste auch die britische Premierministerin einsehen, dass sie sich mit ihren Vorstellungen mehr und mehr isolierte, da sie erkennen musste, dass die Drei Alliierten (eine Sprachregelung, die selbst 45 Jahre nach dem Ende des

Zweiten Weltkrieges permanent aufrechterhalten wurde (obwohl die Kriegsallianz spätestens seit 1948 als zerbrochen gelten muss²⁶⁹), den Wunsch nach der Wiedervereinigung unterstützten bzw. diesen nicht mehr behinderten.

Der wesentlichste Punkt für Gorbatschows Zustimmung war jedoch nicht die Vereinbarung über die 2 + 4 Gespräche, sondern die von Kohl zugesagten Kredite. Gorbatschow bat nicht darum, er erwartete sie und bekam 5 Mrd. DM als Soforthilfe. Weitere Zahlungen wurden vereinbart bzw. in Aussicht gestellt. Insgesamt betrug das Gesamtvolumen der deutschen Zahlungen etwa 15 Mrd. DM.²⁷⁰ Als Gegenleistung erhielt der Kanzler die Zustimmung für eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft.

Es wäre allerdings eine zu oberflächliche Beurteilung, wollte man das Ergebnis von Moskau nur aus rein ökonomischer Sicht begründen. „Kohl hatte im Kreml Erfolg, weil er sich [...] konsequent und überzeugend als zuverlässiger Partner bewährt hatte; ein gutes, fast freundschaftliches Verhältnis war zwischen ihm und Gorbatschow entstanden.“²⁷¹ Dem Aufbau und der Pflege persönlicher Freundschaften zu den führenden Staatsmännern (die einzige Frau hierbei war Margaret Thatcher und das Verhältnis zwischen ihr und Helmut Kohl galt nicht gerade als freundschaftlich) verdankte Kohl in nicht unerheblichem Maß seinen Erfolg. Die Verknüpfung des politischen Geschäfts mit persönlichen Beziehungen scheint also ein durchaus funktionierendes Konzept zu sein, das etwa von Kohls Vorgänger, Helmut Schmidt, weniger praktiziert wurde, was ihm zwar Respekt ob seiner politischen Leistungen, jedoch nicht sehr viele Sympathien einbrachte.

Für Kohl hingegen waren gute bis freundschaftliche, persönliche Beziehungen zu seinen Partnern ein ganz wesentliches Element seiner politischen Arbeit, die ihm ganz gewiss dabei half, das nötige Vertrauen zu seinen Verhandlungspartnern herzustellen.²⁷² Dies galt im besonderen Maße für die Beziehung zwischen ihm und Mitterrand,²⁷³ die sich im deutsch-deutschen Einigungsprozess und in Bezug auf den Fortgang der europäischen Integration auszahlte und zugleich die Festigkeit der deutsch-französischen Beziehungen zum Ausdruck brachte. „The strong personal bonds between Kohl and Mitterrand were also very much an expression of several decades of close French-German cooperation in the European Community on Coal and Steel and the European (Economic) Community and the two countries' mutual commitment to European integration.“²⁷⁴

Mit der Entscheidung, die deutsche Frage in Kooperation mit den Vier Mächten zu lösen, war jenen Skeptikern die Grundlage entzogen, die glaubten, dass die

Deutschen und insbesondere ihr Kanzler eine eigenmächtige und von den Partnern nicht kontrollierbare Politik betreiben würden. Die Beteuerungen Kohls, dies nur im europäischen Kontext tun zu wollen, reichten offenbar nicht aus, denn nur die Entscheidungen, die auch von den Vier Mächten gebilligt würden, wären für alle akzeptabel und böten darüber hinaus genügend Sicherheit vor deutschen Eigenmächtigkeiten.

Kohls Moskau-Reise kann als ein wesentlicher Schritt in Richtung deutscher Wiedervereinigung gesehen werden, wenngleich die Bündnisfrage noch nicht geklärt war. Die Medienresonanz in der Bundesrepublik war entsprechend positiv.²⁷⁵ Auch der Kanzler war merklich entspannt, was in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 15. Februar 1990 zum Ausdruck kam: „Jetzt verändert dieses neue Denken auch die sowjetische Deutschlandpolitik und erlaubt eine konstruktive und zukunftssträchtige Lösung der deutschen Frage. Diese Lösung – davon bin ich zutiefst überzeugt – entspricht den wohlverstandenen sowjetischen Interessen, darin eingeschlossen auch die Sicherheitsinteressen. In unserer Chance für die Einheit liegt für die Sowjetunion die Chance zur langfristigen Partnerschaft mit einem politisch stabilen und wirtschaftlich leistungsfähigen Land in der Mitte Europas.“²⁷⁶ Der letzte Satz enthält auch den gezielten Hinweis, an die Sowjetführung, dass ein geeintes und wirtschaftlich starkes Deutschland auch in deren Interesse liege, weil damit, wenngleich auch nicht direkt ausgesprochen, auch weitere Wirtschaftshilfe ermöglicht werden könnte.

Natürlich galt es weiterhin, die Partner von der Aufrichtigkeit zu überzeugen, dass die deutsche Wiedervereinigung allein im europäischen Kontext geschehen werde. Helmut Kohl benutzte jede erdenkliche Möglichkeit, diese Absicht zu beteuern: „Das Ganze ist selbstverständlich nur denkbar, wenn es international vernünftig abgesichert ist. Wir müssen alles in enger Abstimmung auch mit der EG machen. [...] Ich lege großen Wert darauf, dass jeder einzelne Schritt in Richtung deutscher Einheit mit der EG-Kommission und anderen EG-Organen abgestimmt wird.“²⁷⁷ denn nach der ersten freien Wahl in der DDR am 18. März 1990, die für das Bündnis für Deutschland²⁷⁸ einen überraschend deutlichen Wahlsieg erbrachte,²⁷⁹ war entschieden, dass die Wiedervereinigung vollzogen werden würde. Das wurde auch der EG-Kommission in Brüssel klar. Zwischenzeitlich entbrannte eine innenpolitische Kontroverse über die Rechtsgrundlage. Besonders umstritten war dabei, ob diese gemäß des Art. 23 GG verfassungskonform sei.²⁸⁰ Im Rahmen seiner Europapolitik war diese Diskussionen für Kohl eher ein Nebenschauplatz. In einem

Interview mit der „Welt“ (siehe Fußnote 277) skizzierte der Kanzler weiter reichende Fragestellungen, so die Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen sowie das Verhältnis der NATO zum Warschauer Pakt, den es im Frühjahr 1990 noch gab. Gleichzeitig lehnte er den Abschluss eines Friedensvertrages ab, machte aber deutlich, dass er die Interessen der Nachbarn respektieren würde.²⁸¹ Ein klares Bekenntnis zur Oder-Neiße-Frage, wie es von der Opposition, aber auch von François Mitterrand, Margaret Thatcher und selbstverständlich ebenso von polnischer Seite gefordert wurde, legte er allerdings noch nicht ab.

Mit dieser Haltung sorgte er jedoch für mehr Verwirrung denn Klarheit. Schon bei seinem Polen-Besuch im November 1989 vermied es Kohl, eine eindeutige Aussage hierüber zu treffen. Die Vertriebenenverbände taten dies um so lauter, sahen sie doch durch die sich immer deutlicher abzeichnende Möglichkeit der Wiedervereinigung wenigstens die Option einer erneuten Debatte um die ihrer Ansicht nach weiterhin ungeklärte Frage über den Status der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Seit dem Antritt der Regierung Kohl im Herbst 1982 thematisierten sie immer wieder die Revision der Ostverträge aus der Zeit der sozial-liberalen Koalition.²⁸² Dabei hatte der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit noch einen Tag vor dem Fall der Berliner Mauer einem Entschließungsantrag der Regierungskoalition zugestimmt, der Polens Westgrenze, angesichts der sich abzeichnenden Veränderungen im Osten und der DDR, garantierte.²⁸³ In diesem Antrag bekräftigte die Bundesregierung den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 und die darin fest geschriebene Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen. Ferner heißt es darin: „Das polnische Volk [...] soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. [...] Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa.“²⁸⁴ Trotz dieser eindeutigen Aussagen und Abstimmung wartete man im In- und Ausland auf eine eindeutige Stellungnahme des Kanzlers. Frankreichs Staatspräsident bemerkte in einer Pressekonferenz mit dem damaligen polnischen Präsidenten Jaruzelski dazu: „Frankreich betrachtet die Oder-Neiße-Grenze, d. h. die Grenze zwischen Deutschland, heute Ostdeutschland, und Polen als unantastbar, und so ist jede Erklärung, die dies nicht eindeutig zum Ausdruck bringt, unbefriedigend.“²⁸⁵ Doch blieb diese Erklärung des Kanzlers zunächst aus, was die bereits artikulierten Spekulationen um einen deutschen Alleingang weiter schürte. *Korte* interpretiert Kohls Haltung als eine von operativ hohem Wert, „denn die Offenheit der deutschen Frage manifestierte sich auch in

den komplexen rechtlichen Positionen der Oder-Neiße-Linie. Diese Offenheit stellte die einzige völkerrechtliche Grundlage für die Forderung nach Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR dar.²⁸⁶ *Bahners* interpretiert diese Haltung indes völlig entgegengesetzt: „Es war nicht nur die Rücksicht auf die Vertriebenen, die Kohl zu einem Zaudern verleitet hatte, das im Ausland ernste Befürchtungen weckte. Es entsprach einfach seiner Denkweise, alles offen zu lassen, was offen gelassen werden konnte. Seinem Gefühl nach war es richtig, eine juristische Fixierung zu vermeiden, auch wenn man den rechtlichen Freiraum politisch gar nicht nutzen wollte.“²⁸⁷

Die Frage dabei war allerdings weniger, ob Kohl die bestehende polnische Westgrenze anerkennen würde. Vielmehr entspann sich ein Rechtsstreit darüber, welche Legislativorgane dies tun können und sollen. Die polnische Seite, darüber war man sich mit Großbritannien und zunächst auch mit Frankreich einig, verlangte eine unmissverständliche Grenzgarantie noch vor der Wiedervereinigung. Kohl hingegen beharrte auf seinem Standpunkt, nur für die Bundesregierung sprechen zu können. Für die sei zwar der gegenwärtige Status unzweifelhaft, aber eine endgültige Grenzgarantie könne nur eine gesamtdeutsche Regierung abgeben,²⁸⁸ wohlwissend, dass auch eine solche keine davon abweichende Haltung einnehmen würde. 1990 war aber Wahljahr zu eben diesem gesamtdeutschen Parlament und es wäre aus der Sicht des CDU-Vorsitzenden taktisch sehr unklug gewesen, sich auf eine eindeutige Aussage festzulegen und damit nicht nur die Stimmen der Vertriebenen zu verlieren, sondern diese dem rechten Lager geradezu zuzuführen.

Zwar hatte Kohl bereits im Januar in Paris erklärt, dass die gegenwärtigen Grenzen nicht zur Disposition stünden,²⁸⁹ doch betonte er dabei zugleich, hier nur für den westdeutschen Teilstaat sprechen zu können.²⁹⁰ Auch wenn davon auszugehen war, dass eine gesamtdeutsche Regierung eine solche Erklärung abgeben würde, erschien diejenige Kohls vielen als nicht ausreichend.

Der Streit um das Prozedere konnte erst in der Pariser Erklärung über die 2 + 4 Verhandlungen im Juli 1990 beigelegt werden. Darin heißt es:

- „2. Das vereinte Deutschland und Polen sollten die zwischen ihnen bestehenden Grenzen in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigen.
3. Das vereinte Deutschland werde weder jetzt noch in Zukunft Gebietsansprüche gegenüber anderen Staaten haben.“²⁹¹

Dies war eindeutig ein wichtiger Punkt für Kohl, denn a) bedurfte es nun keines Friedensvertrages mehr, der die deutsche Grenzfrage klären sollte und b) war die endgültige Regelung damit auf einen Zeitpunkt nach der Wahl am 3. Dezember verschoben. Gleichzeitig legte die Formulierung in Punkt 2. (sollten bestätigen) einen solchen Vertrag nicht als Automatismus fest, wenngleich daran wenig Zweifel bestanden. Auch wenn Punkt 3. jedwede Gebietsforderungen auch von deutscher Seite ausschloss, war durch Punkt 2. eine anscheinende Verhandlungsoption darüber gewahrt. Im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl war dies ein nicht unerheblicher Aspekt, wobei allerdings außer Frage stand, dass es zu keiner ernsthaften Debatte über eine Änderung bestehender Grenzen kommen würde.

Im Kontext der 2 + 4 Verträge muss hier auch die Frage der Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschland skizziert werden. Immerhin bestanden in dieser Frage die größten Bedenken im europäischen Ausland und der Sowjetunion. Doch nicht nur die Frage nach der deutschen Bündniszugehörigkeit, sondern auch die Diskussion um einen generellen Strukturwandel des europäischen Bündnis- und Verteidigungssystems gewannen – insbesondere nach Maastricht – immer größere Relevanz.

Die Frage, welche der vorhandenen Institutionen wohl die geeignetsten seien, wurde dabei durchaus kontrovers diskutiert.

Ausgehend von der These, dass zunächst eine grundsätzliche Friedensordnung notwendig sei, in die das vereinte Deutschland eingebettet werden müsse, kann man zunächst im KSZE-Prozess ein hierfür geeignetes Instrument sehen, wie etwa *Weilemann* es tut. *Seidelmann* plädiert hingegen für den Ausbau der NATO, in der er bereits eine funktionierende Organisation sieht, die in der Lage wäre, auch andere als die bisherigen Verteidigungs- und Bündnisaufgaben zu übernehmen. Wenngleich die NATO schon gewisse Strukturen aufweise, die sie als einen Pfeiler einer künftigen europäischen Ordnung empfehle, seien vorher noch grundlegende Modifikationen vorzunehmen.²⁹² Als alleiniges Instrument für eine gesamteuropäische Ordnung sieht er sie hingegen nicht. Die amerikanische Dominanz und vorhandene Interessenskonflikte zwischen der EG und den USA schlossen eine solche Option aus.²⁹³ Der Erhalt der NATO war hingegen unstrittig, wenngleich die Akzentuierungen unterschiedlich gesetzt wurden. So betrachtete der damalige NATO-Generalsekretär *Wörner* die amerikanische Dominanz als unbedingt

notwendig und die Abkoppelung einer eigenständigen europäischen Verteidigungsgemeinschaft aus diesem Bündnis als nicht praktikabel. „Die sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension europäischer Politik gehört allerdings in den Rahmen des Bündnisses. Eine rein europäische Sicherheitsorganisation könnte weder ein militärisches Gegengewicht zur Sowjetunion bilden noch die gleiche politische Stabilität gewährleisten.“²⁹⁴ Im Gegensatz zu *Seidelmann* sieht *Wörner* keinen Interessenskonflikt zwischen Europa und Nordamerika. Im Gegenteil: Er warnt explizit vor einer Trennung zwischen diesen beiden, da sonst das amerikanische Engagement sehr rasch, möglicherweise zu rasch, nachlassen bzw. beendet werden könne.²⁹⁵ Ebenso wie *Seidelmann* sieht allerdings auch er den KSZE-Prozess nicht als Alternative zur NATO, wohl aber als Schlüsselement einer künftigen europäischen Friedensordnung.²⁹⁶

Parallel zu der den Partnern notwendig erscheinenden Integration des vereinten Deutschlands in das westliche Bündnis begannen die Probleme, die nicht nur eine Reform der Sicherheitsstrukturen, sondern der Gemeinschaft an sich verlangten, immer deutlicher sichtbar zu werden. Die Fragen, wie die Gemeinschaft künftig kooperieren und ihre Sicherheitsinteressen wahren könne, mussten gelöst werden.

Mit den 2 + 4 Verhandlungen wurde zunächst ein Konsens darüber erzielt, das gesamte Deutschland in der NATO zu verankern.

Damit war zunächst ein wichtiges Etappenziel erreicht, das a) die europäischen Partner beschwichtigte und b) den deutschen Wunsch, die Einheit des Landes herzustellen in greifbare Nähe rücken ließ.

Die Probleme, die sich der EG weiterhin stellten, harrten indes noch immer ihrer Lösung. Gesichert schien zunächst nur, dass eine Neuordnung der bisherigen Strukturen notwendig geworden war, die im Vertrag von Maastricht formuliert wurde.

4.2.1 Textbeispiele

Beispiel 9: Die TAZ zur sowjetischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung

Copyright © contrapress media GmbH

T900212.29 TAZ Nr. 3031 Seite 2 vom 12.02.1990

128 Zeilen von TAZ-Bericht barbara kerneck

„Gorbatschow läßt den Deutschen freie Hand

Der Generalsekretär bestätigt Kohl, Weg und Zeitpunkt zur Einheit selbst bestimmen zu können.

Mit weißem Krimsekt begossen Kanzler und Tross die "Erfolge" ihrer jüngsten Stippvisite. Nach den Wahlen in der DDR soll über den Einigungsprozess verhandelt, im Herbst die Ergebnisse der KSZE-Konferenz bestätigt werden.

Vielleicht werden dann noch in diesem Jahr gesamtdeutsche Wahlen durchgeführt.

Die Sowjetunion hat die Initiative in der Deutschlandpolitik aus der Hand gegeben.

Feierlich und fast gerührt verlas Bundeskanzler Kohl am Sonnabend Abend um 22.30 Uhr im Moskauer Pressezentrum den Text: "Ich habe heute Abend an alle Deutschen eine einzige Botschaft zu übermitteln: Generalsekretär Gorbatschow und ich stimmen darin überein, dass es das alleinige Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammen leben will." Bis hierher dublierte der Kanzler im Wesentlichen die sowjetischen Presseerklärungen der letzten Wochen und die Verlautbarung von UdSSR -Regierungssprecher Gerassimov, die dieser am selben Ort anderthalb Stunden zuvor verlesen hatte. "Recht dünn", seufzten nach dessen Auftritt die aus Bonn eingeflogenen Journalisten, die das sowjetische Außenministerium seit 19 Uhr mit einem kalten Buffet bei Laune hielt, und verzweifelt suchten sie nach „atmosphärischen Versatzstückchen“, die man schon vor dem Heimflug ausarbeiten könnte.

Und dann servierte der Kanzler doch noch einen entscheidenden "Sprung nach vorn" in der sowjetischen Haltung zur Deutschlandfrage: "Generalsekretär Gorbatschow hat mir unmissverständlich zugesagt, dass die Sowjetunion die Entscheidung der Deutschen, in einem Staat zu leben, respektieren wird und dass es Sache der Deutschen ist, den Zeitpunkt und den Weg der Einigung selbst zu bestimmen".

Diese Reise Kohls nach Moskau war die erste zu einer Reihe von geplanten Beschwichtigungsgesprächen, in denen der Kanzler die Sieger des Zweiten Weltkrieges davon zu überzeugen gedenkt, dass ein einiges Deutschland ihre Interessen nicht beeinträchtigen würde. "Von Deutschland muss Frieden ausgehen!" war der Leitsatz dieser Pressekonferenz. In der 'Tass'-Meldung am Sonntag war von den "psychologischen Faktoren" in der sowjetischen Bevölkerung die Rede, die bei der deutschen Einigung zu berücksichtigen seien.

Zukunft in der DDR

Dennoch hat sich die sowjetische Regierung überraschend schnell zu einem derart weitgehenden Entgegenkommen bereit gezeigt. Ganz klar war hier ebenso wie auf bundesrepublikanischer Seite der Wunsch ausschlaggebend, auf die innere Entwicklung in der DDR einzuwirken. Kohl zeigte sich beunruhigt über den "Exodus" aus der DDR, der allein im Januar 55.000 Übersiedler in die Bundesrepublik gebracht habe - und der im Februar wahrscheinlich noch übertroffen werde. Eine "Ausblutung" der DDR, gerade von den "wirtschaftlich interessantesten" Kräften, wolle er um jeden Preis verhindern: "Dass die Menschen in der DDR erkennen, dass dieses Land Zukunft hat, dass wir gemeinsam in Deutschland Zukunft haben, dass es sich auch wirklich lohnt, zu Hause zu bleiben, in der alten Heimat auch in Zukunft sein Glück zu finden, ich glaube, das ist die Botschaft des heutigen Tages - für viele in der DDR ein Signal, dass die dort gelegentlich aufkommenden Ängste unbegründet sind." Die Befürchtungen der sowjetisch-deutschen Gesprächspartner selbst richteten sich auf die Wahlen in der DDR. Der 18. März ist ein Termin, bis zu dem man den dann möglichen "vollendeten Tatsachen" zuvorkommen möchte.

So verwies Regierungssprecher Gerassimov auf die Frage, ob Deutschland sowjetischen Vorstellungen zufolge auch nach einer möglichen Wiedervereinigung noch in der NATO bleiben könne, auf das "Element der Unsicherheit", dass die "Vorwahlsituation" in der DDR mit sich bringe: "Heute ist ein konzeptioneller Rahmen für die Beziehungen der beiden deutschen Staaten untereinander abgesteckt worden. Alles andere muss sich im Verlauf der Ereignisse klären. So will ich heute nicht auf die Frage antworten, was aus den sowjetischen Streitkräften auf dem Territorium der DDR werden soll."

Gerassimov äußerte sich nicht einmal explizit gegen die Möglichkeit, dass ein vereinigtes Deutschland noch in diesem Jahr zu Stande kommen könnte, während im Westen die amerikanischen Truppen und im Osten noch die Russen stünden. Launig scherzte er, die Ereignisse hätten sich ja bekanntlich in letzter Zeit so schnell

entwickelt, dass nicht einmal die Kommentatoren der bundesrepublikanischen Presse sie hätten vorhersehen können.

Gerassimov bestätigte somit indirekt Informationen, denen zufolge die Neutralitätsforderung Hans Modrows für ein geeintes Deutschland bei dessen Moskau-Besuch nicht von der sowjetischen Regierung angeregt oder aufgenommen worden sei. Dagegen hatte Außenminister Schewardnadse noch am Freitag in einem Interview Modrows Forderung als "einzig vernünftige" bezeichnet. Möglicherweise liegt in der Sowjetunion in dieser Frage eine ebensolche "kleine Differenz" zwischen Außenminister und Präsident vor wie in der Bundesrepublik zwischen Außenminister und Kanzler bei der Formulierung zur polnischen Westgrenze. West und Ost müssten garantieren, dass ein geeintes Deutschland nicht mehr als die Territorien der gegenwärtigen beiden deutschen Staaten umfasse, hatte Genscher noch am Freitag in einem Fernsehinterview geäußert. In fast gleichen Worten wie zuvor Regierungssprecher Gerassimov wies der Bundeskanzler auf die deutsche Abschlusserklärung als Antwort auf die entsprechende Frage hin: "...dass die deutsche Frage nur auf der Grundlage der Realitäten zu lösen ist, das heißt, sie muss eingebettet sein in die gesamteuropäische Architektur und in den Gesamtprozess der Ost-West-Beziehungen. Wir müssen die berechtigten Interessen unserer Nachbarn und unserer Freunde und Partner in Europa und in der Welt berücksichtigen."

Doch keusch errötend drückte sich Kohl auch diesmal um die eigentlichen "schlimmen Worte": Diese Entscheidung müsse letztlich einem gesamtdeutschen Parlament vorbehalten bleiben.

Und wie soll es weitergehen? Der gesamteuropäische Rahmen für die deutsche Frage soll der KSZE-Gipfel abstecken und später - detailliert - eine Konferenz, die - so Gennadij Gerassimov - "wir bedingt als Helsinki II" bezeichnen. Auf die Frage, ob vor der KSZE-Runde noch eine Viermächtekonferenz angesagt sei, antwortete Außenminister Genscher: "Es wird viele Gespräche geben. Den Begriff 'Viermächtekonferenz' verwende ich nicht. Es werden auch Gespräche zwischen sechs Staaten stattfinden." Die Außenminister Genscher und Schewardnadse werden sich gleich am Montag in Ottawa weiter unterhalten, wo eigentlich eine vertrauensbildende Konferenz über den "offenen Himmel" stattfinden sollte. Diese wird nun wohl auch zu einer Deutschland-Unterkonferenz.

Nicht ganz abwegig, denn Regierungssprecher Gerassimov hat im Zuge der "neuen Phase" der gegenseitigen Beziehungen auch der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sich die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit zukünftig noch stärker auch auf den Kosmos erstrecken möge.

Barbara Kerneck, Moskau²⁹⁷

Helmut Kohl reiste im Februar 1990 nach Moskau, um dort die Einwilligung Gorbatschows zur deutschen Einheit zu erlangen. Das für den Kanzler positive Ergebnis wird im ersten Satz des Berichts in steriler Sachlichkeit wiedergegeben. Doch war es keineswegs eine bloße Bestätigung, die er sich quasi wie eine reife Frucht abholen konnte. Dem Rezipienten wird aber genau dieses suggeriert. Es entsteht der Eindruck, als sei die Einwilligung Gorbatschows nur noch eine Sache der Form und schon längst beschlossen gewesen. Doch ganz so, wie hier der Anschein geweckt wird, war die Sache nicht. Kohl signalisierte durch die Hilfslieferung im Februar, dass er sein gegebenes Wort einlöse und Gorbatschow sich auf ihn verlassen könne. Ebenso war klar, dass diese Lieferung keine unilaterale Angelegenheit sein würde. Klar war allenfalls, dass damit der Weg für Gespräche geebnet war, der aber keineswegs direkt zur Zustimmung zur deutschen Einheit führen würde, denn noch stand die Frage der künftigen Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands im Raum. Auch die Option der Neutralität Deutschlands wurde zu dieser Zeit ernsthaft diskutiert. Es war also keine von vornherein beschlossene Sache, dass Gorbatschow seine Zustimmung erteilen würde. Dass die Sowjetunion in ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecke, war bekannt und beschleunigte allenfalls den Prozess. Insofern kann davon gesprochen werden, dass die äußeren Umstände begünstigend für die sowjetische Zustimmung waren. Dass das für Kohl und die deutsche Wiedervereinigung positive Ergebnis seines Moskau-Besuchs mit Krimsekt begossen wurde, war ein Ausdruck der Freude und Erleichterung in der deutschen Delegation und vor allem bei Kanzler Kohl. Hier erweckt dies aber mehr den Eindruck, als habe man einen Sieg errungen, der es in gewisser Hinsicht auch war. Doch wenn hier von einem Sieg gesprochen wird, muss es auch einen Verlierer geben und der hieß, wie es scheint, Michail Gorbatschow. Selbstverständlich war Gorbatschow in argen Nöten und das versetzte ihn in einen gewissen Schwächezustand, doch auch der gesamte Ostblock war in eine Phase des Umbruchs getreten, daher bleibt die Frage, was wohl geschehen wäre, wenn die Sowjetunion wirtschaftlich stark gewesen wäre, letztlich spekulativ. 1989/90 war eben nicht 1953 oder 1968. Die Veränderungen waren im ganzen Ostblock schon zu weit fortgeschritten, als dass sie etwa durch militärische Intervention hätten gestoppt werden können.

Eingedenk der Tatsache, dass es seit 40 Jahren zwei voneinander unabhängige deutsche Staaten gab, und sie nun die Möglichkeit erhielten, diese Trennung zu überwinden, kann doch auch der deutsche Bundeskanzler seiner Freude darüber Ausdruck verleihen und Emotionen zu erkennen geben. Gleichwohl bemühte er sich ja um eine Form der sachlichen Mitteilung (siehe Zitat aus seiner Presseerklärung), auch wenn er sich dabei an die Verlautbarungen des sowjetischen Pressesprechers gehalten habe, ist ihm daraus sicher kein Vorwurf zu machen. Hierbei allerdings von „doublieren“ zu sprechen, ist dabei Ausdruck mangelnder Würdigung des erzielten Ergebnisses. Gleichzeitig erfährt der Rezipient, dass die Sowjetunion die Initiative aus der Hand gegeben habe, was in diesem Kontext so viel bedeutete, Helmut Kohl habe sie auch hier ergriffen. Der Autor unterstreicht seine Ansicht, dass es offenbar günstiger gewesen sei, wenn Gorbatschow dies nicht getan hätte, denn wer die Initiative des Handelns inne hat, der bestimmt ja auch den Verlauf des Geschehens. Was der Rezipient in diesem Kontext nicht erfährt, ist die Tatsache, dass es schon vor Kohls Moskau-Besuch eine Initiative Gorbatschows gegeben hat. Schließlich ersuchte er die Bundesregierung um Wirtschaftshilfe, wohl wissend, dass er damit dem Kanzler die Möglichkeit des Agierens überlassen würde. Auch wenn sich dies aus einer wirtschaftlichen Notsituation heraus entwickelte, so war die Folge, sich an den deutschen Bundeskanzler zu wenden, keineswegs zwingend. Da der Sowjetführung seit November 1989 und dem Zehn-Punkte-Plan Kohls klar war, wie sehr Helmut Kohl auf die Wiedervereinigung seines Landes hinzuarbeiten begann, kann das Angebot Gorbatschows, diese den Deutschen in freier Selbstbestimmung zu überlassen, als durchaus kalkuliert betrachtet werden. Nicht nur, dass mit der zu erwartenden Wirtschaftshilfe die Not im eigenen Lande zumindest vorübergehend gelindert werden, sondern dass damit auch die Last der Unterstützung der maroden DDR ein Ende finden würde. Es wäre allerdings falsch, der Sowjetführung unterstellen zu wollen, sie habe wegen einer kurzzeitig auftretenden Krise die DDR an die Deutschen verkauft. Gorbatschow war sicher weitsichtig genug, um zu wissen, dass die Ursachen dieser Krise nicht in der deutschen Frage liegen und die Lösung dieser alleine noch keine Wende hinsichtlich der Rettung und Erhaltung der Sowjetunion herbeiführen würde. Insofern schien es nur so, dass Kohl die Initiative ergriffen habe und am Ende als Sieger nach Hause fuhr. Diese Schlussfolgerung gilt ausschließlich für die prinzipielle sowjetische Zustimmung zur Wiedervereinigung.

Irritierend ist darüber hinaus die Feststellung, dass die aus Deutschland mitgereisten Journalisten Kohls Presseerklärung als „recht dünn“ bezeichnet haben sollen. Wenn man bedenkt, dass der Kanzler nicht mehr und nicht weniger als die Wiedervereinigung des eigenen Landes nach 40 Jahren Trennung verkündete (auch wenn dies Gorbatschow schon vor ihm getan hat), dann erscheint es doch befremdlich, dass dieses historische Ereignis als anscheinend marginales Ergebnis gewertet worden sein soll. Wenn man ferner bedenkt, dass um die Stalin-Note im Jahre 1953 heftige und kontroverse innenpolitische Debatten geführt wurden, in denen die SPD-Opposition Bundeskanzler Adenauer verpasste Chancen vorwarf, die er nicht genutzt habe und die CDU/CSU 1970/71 im Gegenzug dazu Kanzler Brandt heftig wegen seiner Ostpolitik und des Grundlagenvertrages mit der DDR beschimpfte, dann verwundert es doch, dass die nun realisierbare Möglichkeit der deutschen Wiedervereinigung von den Journalisten als „recht dünn“ kommentiert worden sein soll. Nach welchen „atmosphärischen Versatzstücken“ hätten sie suchen sollen? Hier soll jener Eindruck unterstrichen werden, der eingangs schon vermittelt wurde, dass die sowjetische Zustimmung tatsächlich nur eine Formsache gewesen sei, was bekanntermaßen nicht zutraf.

Eine gewisse Inkonsequenz der Berichterstattung besteht darin, dass der Rezipient zwar erfahren sollte, die Wiedervereinigung Deutschlands sei prinzipiell beschlossen, das Prozedere und der Zeitablauf hingegen das wirklich Neue.

Zugleich wird nicht versäumt, auf die möglichen Gefahren und Schwierigkeiten, die diesem Ergebnis zu Grunde liegen, aufmerksam zu machen. Es ist durchaus richtig, dass Kohl damit beginnen musste, nicht nur die Sieger des Zweiten Weltkrieges zu beschwichtigen, sondern grundsätzlich die Ängste vor einem erneuten Krieg, der von Deutschland ausgehen könnte, zu beseitigen („Von Deutschland muss Frieden ausgehen“). Abgesehen von einer solchen Formulierung, werden hier die alten und bekannten Ressentiments wieder verbalisiert. 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schien nicht nur bei den Vier Mächten und den europäischen Partnern die Befürchtung latent vorhanden gewesen zu sein, Deutschland könne in eine expansive Phase seiner Außenpolitik treten (der Streit um die Oder-Neiße-Grenze belegt das), sondern auch ein Teil der deutschen Presse macht sich diese Befürchtungen zu Eigen. Die Entscheidung Gorbatschows war, wie schon erwähnt, in der sowjetischen Bevölkerung keineswegs unumstritten. Selbstverständlich galt sie – besonders bei den Kriegsveteranen – als posthumer Sieg des Verlierers des

Krieges, was der ohnehin nicht sehr großen Popularität Gorbatschows im eigenen Land nicht förderlich war.

Doch gab es Alternativen ? Anscheinend nicht, denn die explizite Deskription der Situation in der DDR, die dem Bericht von Kohls Moskau-Besuch folgt, lässt erkennen, wie prekär die Lage war. Weder für die Verfechter der Zweistaatenthese noch für die Befürworter der Wiedervereinigung konnte die Massenflucht in die Bundesrepublik hingenommen werden. Ähnlich wie vor dem Mauerbau 1961 flohen Tausende qualitativ wertvoller Arbeitskräfte aus dem eigenen Land, was in kürzester Zeit zum Zusammenbruch der gesamten Gesellschaft geführt hätte. Das Gesetz des Handelns lag daher weder bei Kohl noch bei Gorbatschow, womit die in diesem Bericht aufgestellte These, Gorbatschow habe die Initiative aus der Hand gegeben, endgültig als falsifiziert betrachtet werden kann. Nicht er hat sie aus der Hand gegeben, sie wurde ihm aus der Hand genommen, allerdings nicht von Helmut Kohl. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor blieben die ersten freien Wahlen am 18. März in der DDR. Allgemein wurde ein Wahlsieg der SPD prognostiziert. Würde sie eine Koalition mit dem Bündnis 90/Die GRÜNEN oder gar mit der SED-PDS eingehen, wären die Wiedervereinigung im Zuge der angedachten Wirtschafts- und Währungsunion und der politische Beitritt gemäß Art. 23 GG zunächst gestoppt. Eine Vorstellung, die in einigen Kreisen der Sowjetführung, aber auch in Großbritannien und Frankreich sicher nicht ungerne gesehen worden wäre. In diesem Kontext wird Regierungssprecher Gerassimov zitiert, der den Ausgang der DDR-Wahl als „Element der Unsicherheit“ bezeichnete. Es sei lediglich das Verhältnis der beiden deutschen Staaten untereinander geregelt worden, die Bündnisfrage hingegen noch offen. Zwar sei die deutsche Wiedervereinigung im laufenden Jahr denkbar, doch wolle man sich zum Verbleib sowjetischer Soldaten auf dem dann ehemaligen DDR-Territorium offiziell noch nicht äußern.

Dass die Frage der Neutralität Deutschlands offenbar doch noch nicht ganz obsolet war, wird dem Rezipienten im nächsten Abschnitt mitgeteilt. Zwar habe DDR-Ministerpräsident Modrow eine solche Forderung bei seinem Moskau-Besuch erhoben, doch sei man von sowjetischer Seite darauf nicht explizit eingegangen. Allerdings will der Berichterstatter hierbei einen offenen Dissens (verharmlosend als „kleine Differenz“ bezeichnet) zwischen Gorbatschow und seinem Außenminister erkannt haben, der von ähnlicher Qualität gewesen sei wie der zwischen dem Bundeskanzler und Außenminister Genscher in der Oder-Neiße-Frage. Ebenso wie

Schewardnadse die deutsche Neutralität als „einzig vernünftig“ bezeichnete, habe sich Genscher für die Irreversibilität der polnischen Westgrenze ausgesprochen und sich so ähnlich seinem sowjetischen Amtskollegen in Widerspruch zum Präsidenten resp. Regierungschef begeben. Auch wenn der Kanzler in diesem Bericht dahingehend zitiert wird, dass die Lösung der deutschen Frage „nur auf der Grundlage der Realitäten“ und im gesamteuropäischen Kontext erfolgen könne, lässt der Berichterstatter erkennen, dass diese Aussage für ihn nicht hinreichend sei. Im Gegenteil: Er unterstellt Kohl sogar eine gewisse Verlegenheit („keusch errötend“), die er dazu genutzt habe, seine Antwort schuldig zu bleiben. Kohl trat, wie zuvor skizziert, für eine Stellungnahme der gesamtdeutschen Regierung nach der Wiedervereinigung ein, die er zu diesem Zeitpunkt nicht repräsentiere.

Der Rezipient findet sich in der Argumentation der polnischen Seite oder der deutschen Opposition (wobei hier nicht ausschließlich nur die Sozialdemokraten gemeint sind) wieder. Die Erhaltung der Zweistaatlichkeit bzw. die Neutralität Gesamtdeutschlands und die Garantie der polnischen Westgrenze noch vor der Wiedervereinigung gehörten zu den wesentlichen Forderungen der innenpolitischen Gegner Kohls.

Auch die Frage nach dem möglichen weiteren Verlauf des Einigungsprozesses beantwortet der Berichterstatter durch ein Zitat Gerassimovs. Die Sowjets wünschten eine Helsinki-Folgekonferenz,²⁹⁸ auf der alle noch strittigen Fragen gelöst werden sollten. Ebenso wurde über eine Vier-Mächte-Konferenz hinsichtlich eines Friedensvertrages mit Deutschland nachgedacht. Eine solche Konferenz, die später unter dem Namen 2+4-Verhandlungen geführt wurde, fand auch statt, allerdings auf der Ebene der Außenminister und unter der Beteiligung beider deutsche Staaten.

Der Artikel verdeutlicht, worauf es dem Berichterstatter ankommt: Nicht die zugesagte Wirtschaftshilfe für Moskau, die Ausschlag gebend für die Zustimmung Gorbatschows war, steht im Vordergrund, sondern die Sicherheitsinteressen der UdSSR, Polens und gewissermaßen auch die der europäischen Nachbarn. Der Verbleib der sowjetischen Soldaten und der Status Gesamtdeutschlands nach der Wiedervereinigung stehen im Mittelpunkt. Der Bundeskanzler selbst wird als Vollstrecker seines politischen Ziels dargestellt („holt sich die Einwilligung ab“). Die Rührung bei der Verkündung des Ergebnisses wird dabei offensichtlich nicht ganz ernst genommen und auch der Inhalt als „Double“ des sowjetischen Pressesprechers

heruntergespielt. Überhaupt sei das Ergebnis hinter den Erwartungen der mitgereisten deutschen Journalisten geblieben.

Hier wird der Versuch unternommen, dieses ohne Zweifel historische Ereignis als gewöhnliche Banalität darzustellen, die in ihrer Konsequenz eher enttäuschend schien. Auch der Hinweis auf die Differenzen der beiden Koalitionäre Kohl und Genscher darf in diesem Kontext nicht fehlen, zeigten sie doch augenscheinlich Schwachstellen und einen unübersehbaren Dissens im Regierungsbündnis.

Anstatt seiner Freude über das erreichte Etappenziel Ausdruck zu verleihen, scheint es dem Verfasser des Berichts indiziert, auf Ängste und Unsicherheiten hinzuweisen, die durch Zitate des sowjetischen Regierungssprechers belegt werden. Enttäuschung spiegelt sich auch in der für den Berichterstatter unzureichenden Erklärung Kohls zur polnischen Westgrenze wider.

Insgesamt wird der Eindruck vermittelt, dass nach den Wahlen in der DDR die Karten möglicherweise neu gemischt werden könnten, weswegen Optimismus auf Grund des erreichten Ergebnisses wenig sinnvoll zu sein scheint.

Beispiel 9: Der SPIEGEL zur sowjetischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung

„Wir müssen es behutsam tun“

Der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow hat nach langem Zögern den Weg zur Einheit freigegeben, er besteht auch nicht mehr darauf, dass das künftige Deutschland neutral sein muss. Die Bonner erklärten sich im Gegenzug bereit, die Lieferverpflichtungen zu übernehmen, die die DDR gegenüber Moskau hat.

[...] In Moskau hatte Michail Gorbatschow ohne große Umschweife Helmut Kohl zugestanden, dass die Deutschen über Fristen und Formen der Vereinigung selbst entscheiden dürfen. In Ottawa – nur drei Tage später – machten die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion „die Herstellung der deutschen Einheit“ auch zu ihrer Sache. Sie verabredeten mit beiden deutschen Regierungen eine Konferenzfolge, auf der sich die Alliierten des Zweiten Weltkriegs von ihren Siegerrechten verabschieden wollen.

Die Staatenlenker in Ost und West reden plötzlich so, als walte die Geschichte wie eine Schicksalsmacht auch über ihre Köpfe hinweg. US-Präsident George Bush haben die „historischen Veränderungen“ überrascht. Gorbatschow, der eben noch die Lösung der deutschen Frage in ferne Zeit verlegen wollte, gestand ein, die

Geschichte habe „ein unerwartetes Tempo angeschlagen“. Die FAZ steigerte, was nicht zu steigern ist: Von vielen historischen Tagen der letzten Monate sei der Tag der deutschen Einheit von Moskau wohl „der historischste“.

Moskau ließ, wenn auch nur zögernd, sogar die Bedingung fallen, ein vereintes Deutschland müsse neutral sein. Die Zeiten der gegenseitigen Bedrohung in Europa sind, so scheint es, endgültig vorbei. Die Militärbündnisse verlieren ihre Bedeutung. Sowjets und Amerikaner verständigten sich auf einen Abbau ihrer Truppen in Zentraleuropa auf je 195 000 Mann, weitere Truppenabzüge, auch eine drastische Verringerung der Bundeswehr, werde folgen.

Wollte der Warschauer Pakt einen Krieg anfangen, ginge keiner der Verbündeten Moskaus mehr hin. Auch die NATO, von der Bush sagt, sie sei ohne die Deutschen nicht viel wert, ist nur noch bedingt einsatzfähig.

Gorbatschow vertraute in Moskau seinem deutschen Gast an, die Aussage von Bush gelte für den Warschauer Pakt ebenso. Bundeswehr und Nationale Volksarmee sind nicht länger gegeneinander ins Feld zu führen. Bundeswehr und NVA, sagt Genscher, sind nur noch „Pufferarmeen“.

Einen Frieden, der sich nicht mehr auf wechselseitige Abschreckung gründet, könne es in Europa, so Gorbatschow, aber nur dann geben, wenn die Sicherheit der Sowjetunion nicht beeinträchtigt werde. Wer sich vorstelle, es könne „von Teilen oder vom ganzen Territorium eines vereinten Deutschlands eine Bedrohung der UdSSR“ ausgehen, der sei „gegen die Wiedervereinigung“.

Kanzler und Außenminister erfuhren in Moskau, die sowjetische Führung sei bereits wegen ihrer Konzessionen unter Druck geraten. Die psychologische Seite des weiteren Vorgehens, so Gorbatschow, habe für ihn außerordentliches Gewicht. Im Sowjetvolk dürfe nicht der Eindruck entstehen, die Sowjetunion würde nach 45 Jahren doch noch den Zweiten Weltkrieg verlieren.

Und Außenminister Eduard Schewardnadse berichtete seinem Bonner Kollegen, bei der jüngsten Sitzung des Zentralkomitees habe es erstmals offene Kritik an der Außenpolitik Gorbatschows gegeben. Mehrere Redner hätten der Führung vorgeworfen, sowjetische Interessen zu vernachlässigen. Die Kritik sei in die Frage gemündet: „Was macht ihr mit unserer Sicherheit?“

Gleichwohl beharrten Kohl und Genscher gegenüber ihren Gastgebern darauf, dass auch ein vereintes Deutschland Mitglied der NATO sein müsse. Das Kommandogebiet der NATO solle aber auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik begrenzt bleiben, ein Verschieben, so Kohl, von „Einheiten und Einrichtungen“ der NATO auf heutiges DDR-Gebiet werde nicht erwogen. In der DDR könnten auch nach der Vereinigung bis auf weiteres Sowjettruppen stationiert bleiben.

Die beiden Sowjetmenschen, hieß es in einem vertraulichen Besuchsbericht der Bundesregierung, hätten sich zu diesen Vorstellungen im Einzelnen nicht geäußert, „sich aber auch nicht ablehnend gezeigt“. Genschers Einschätzung wird so wiedergegeben: Es habe den Anschein, „dass die sowjetische Seite über alles dieses noch nicht wirklich nachgedacht habe“.

Für das Kanzleramt ist das wichtigste Ergebnis des Blitzbesuchs in Moskau, dass Gorbatschow gegenüber Kohl nicht länger auf Neutralität eines vereinten Deutschlands bestand. Der Kreml-Chef habe lediglich erklärt, es sei heute nicht zu sagen, wie der militärische Status des künftigen Deutschlands aussehe. Er habe sich alle Optionen offen gehalten.

Zur Frage der Präsenz von Sowjettruppen auf dem Boden eines vereinten Deutschlands legte Gorbatschow dar, dass die Logistik dieser Streitkräfte gesichert sein müsse. Solange Sowjettruppen in Deutschland stationiert seien, müssten wegen der Nachschubverbindungen auch Sowjettruppen in Polen stehen.

Wie wichtig für Moskau die Truppenpräsenz ist, schloss Genscher aus der Frage Schewardnadses, wer garantieren könne, dass nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung nicht die Forderung erhoben werde, die sowjetischen Truppen aus dem ehemaligen DDR-Gebiet abzuziehen. In dem Regierungsbericht heißt es dazu: Genscher glaube, „dass es sich hierbei für die Sowjets nicht allein um eine Sicherheitsfrage handele, sondern auch um ein Problem der Gesichtswahrung gegenüber der eigenen Bevölkerung“.

Um Gorbatschows Ja zur deutschen Einheit habe man, legte der Kanzler dar, nicht lange kämpfen müssen. Kohl habe die katastrophale wirtschaftliche Lage der DDR geschildert. Gorbatschow antwortete, Bonn befreie Moskau mit Übernahme der wirtschaftlichen Verantwortung für die DDR von einer großen Last. Auch er sei sehr an einer Stabilisierung der Verhältnisse dort interessiert, nicht zuletzt wegen der Sicherheit der Sowjettruppen in der DDR.

„Angesichts des sich täglich beschleunigenden Verfallsprozesses der DDR sei es nunmehr unumgänglich“ heißt es in dem Bonner Rapport über Gorbatschows weitere Reaktion, „dass die beiden deutschen Staaten sich untereinander über den einzuschlagenden Weg zur Vereinigung verständigen.“

Auch die Frage der Grenzen des künftigen Deutschlands war offensichtlich schnell geklärt. Laut Regierungsbericht sagte der Bonner Außenminister den Sowjets zu, „dass die Bundesrepublik und die DDR sowie Berlin vereinigt werden sollten – nicht weniger, aber auch nicht mehr“.

Ohne genaue Kenntnis, worauf man sich einließ, versprachen die Bonner den Sowjets, die Exportverpflichtungen der DDR gegenüber der UdSSR zu

übernehmen. „Angesichts der Tatsache, dass es langfristige Lieferverpflichtungen der DDR gegenüber der Sowjetunion gebe und die bezogenen Waren teilweise einen relativ hohen Prozentsatz am Gesamtimport der SU in den verschiedenen Sektoren ausmachten“, zitierte das Regierungspapier den Bundesaußenminister, „hätten wir unsere Bereitschaft erklärt, in bestehende Lieferverpflichtungen der DDR einzutreten.“

Als Mitbringsel hatte Kohl 220 Millionen Mark angewiesen, mit denen Versorgungsschwierigkeiten in der Sowjetunion überbrückt werden sollen. Kohl war kaum aus Moskau zurück, da hatten die Sowjets bereits gefordert: 130 000 Tonnen Rind- und Schweinefleisch, 20 000 Tonnen Butter und einige tausend Tonnen Käse. Gorbatschow, sagte Genscher, habe ihm zum Abschluss die Hand mit beiden Händen „sehr warm“ gedrückt und werbend gesagt: „Wir müssen das alles sehr behutsam tun“. Die Antwort des gebürtigen Hallensers: „Ich verstehe das, Sie wissen, woher ich komme und was das bedeutet.“

Zügig, für manche zu zügig, für den Bonner Außenminister aber „so, wie wir es uns gewünscht haben“, soll es nun mit den Gesprächen über die deutsche Frage weitergehen. Noch vor dem Herbst sollen die Verhandlungen mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges über die „äußeren Aspekte der deutschen Einheit“ abgeschlossen sein. Geht es nach Genscher, wird die Gipfelkonferenz der 35 KSZE-Staaten die Ergebnisse dieser Verhandlungen der beiden deutschen Staaten mit ihren Alliierten lediglich „zur Kenntnis“ nehmen. Von dem früheren Versprechen, die Einheit werde nur im engen Einvernehmen mit allen Nachbarn in Europa vollzogen, ist nicht viel übrig geblieben. Niederländer, Italiener und Polen sehen sich übergangen. Vergangene Woche verlangten sie, bei den Verhandlungen über die deutsche Einheit beteiligt zu werden.

In den Verhandlungen der beiden deutschen Staaten mit den Vier Mächten („Zwei plus Vier“) wird es vor allem um die militärische Rolle des künftigen Deutschlands gehen. Mit der Garantieerklärung, das Kommandogebiet der Nato nicht über die Elbe auszudehnen, ist einstweilen offen, welchen militärischen Status das nach der Vereinigung ehemalige DDR-Staatsgebiet erhalten soll. Sicher ist nur soviel: Eine demilitarisierte DDR, in der bis auf weiteres sowjetische Divisionen stehen, aber keine deutschen Truppen, käme den östlichen Sicherheitsinteressen am wenigsten entgegen. Die Nationale Volksarmee der DDR müsste aufgelöst werden. [...]“²⁹⁹

Im Gegensatz zum Berichterstatter der TAZ, vertritt dieser nicht die Ansicht, Bundeskanzler Kohl habe sich in Moskau die Zustimmung Gorbatschows zur deutschen Einheit lediglich abzuholen brauchen, wohl aber wird auch hier

angedeutet, dass es offenbar keine großen Schwierigkeiten mehr gegeben habe. Dabei war dies – wie bekannt – durchaus nicht nur reine Formsache. Es wird Verständnis dafür aufgebracht, dass dies für Gorbatschow gewiss keine leichte Entscheidung war, zumal er sich damit noch größerem innenpolitischen Druck ausgesetzt sah. Dennoch zwang ihn die wirtschaftliche Lage seines Landes zum Handeln und da die Deutschen ohne seine Zustimmung die Wiedervereinigung ihres Landes kaum erreicht hätten, war Moskaus Zustimmung durchaus von bilateralem Interesse, so dass es Gorbatschow vor diesem Hintergrund durchaus möglich war, seine Zustimmung zu erteilen. Sicher hatte der Ausgang der Moskauer Gespräche Signalwirkung auf die drei anderen Mächte, die nun schlechterdings kaum eine gegensätzliche Haltung einnehmen konnten. Der Rezipient erfährt in diesem Zusammenhang zugleich, dass es trotz der Souveränität beider deutscher Teilstaaten, immer noch Alliierte Rechte gab, die sich aus der Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg herleiteten. Aber einen zynischen Seitenhieb kann sich auch dieser Berichtstatter nicht verheifen, da die „Staatenlenker“ (der Begriff Regierungschefs wird hier bewusst vermieden) offenbar von der Geschichte schicksalhaft überrascht worden seien. Die Staatsautoritäten haben sich dem geschichtlichen Verlauf zu beugen, statt ihn zu lenken. Der Zeitplan, den etwa Gorbatschow im Sinne hatte, ist danach nicht mehr zu halten („unerwartetes Tempo“).

Ein kleiner Seitenhieb auf die FAZ bleibt nicht aus. Wenn diese einen grammatikalisch nicht existenten Komparativ („historischsten“) verwende, dann geschehe dies wohl gewollt, um damit die Bedeutung dieser Entscheidung zum Ausdruck zu bringen, denn die Ergebnisse der Gespräche von Moskau seien als ein für den deutschen Wiedervereinigungsprozess positives Ereignis zu werten und damit auch ein Erfolg für Helmut Kohl. Ganz unabhängig vom politischen Ereignis schien es wohl für bestimmte Medien zumal im Wahljahr eine schwierige Position gewesen zu sein, Kohl Erfolg zugestehen zu müssen.

Der größte Teil dieses Berichts befasst sich mit den Fragen der Bündniszugehörigkeit Gesamtdeutschlands sowie mit Vorschlägen zur Truppenreduzierung und dem Verbleib bzw. Abzug sowjetischer Truppen vom Territorium der ehemaligen DDR.

Die von Moskau favorisierte Lösung der Neutralität Deutschlands wurde demnach nach einigem Zögern aufgegeben. Der Hintergrund dieser Entscheidung wird indes nicht mitgeteilt. Dass diese auf Grund der zugesagten Hilfen aus der Bundesrepublik

zu Stande gekommen sei, lässt sich in diesem Kontext wohl vermuten, wird explizit aber nicht erwähnt.

Mit unverkennbarer Skepsis stellt der Autor zudem fest, dass es nunmehr in Europa von keiner Seite mehr eine Bedrohung gebe, da die Militärbündnisse offensichtlich ihre Bedeutung verlören. Eine solche gedankliche Vorstellung war nach der langen Phase des Ost-West-Konflikts schwer zu realisieren.

Die Erwähnung der Truppenreduzierungen auf beiden Seiten der bisherigen Blöcke in Zentraleuropa auf je 195 000 Mann sowie die Verkleinerung der Bundeswehr lassen die Vermutung zu, dass wohl ernsthafte Bemühungen um den Abbau des militärischen Bedrohungspotenzials im Gang zu sein schienen.

Darüber hinaus sei die Kampfmoral aller Truppen rückläufig. Auf beiden Seiten sei die Bereitschaft, einen bewaffneten Konflikt auszutragen, nur noch marginal ausgeprägt. Der Hintergrund dieser Perzeption wird indes nicht genannt und damit journalistisches „Insiderwissens“ angedeutet. Partiiell werden Aussagen Bushs und Gorbatschows wiedergegeben, die diese Mutmaßung untermauern sollen.

Am deutlichsten seien die Veränderungen innerhalb der beiden Militärblöcke in der Gegenüberstellung beider deutscher Truppenteile verifizierbar. Unter Berufung auf Außenminister Genscher stellt der Autor fest, dass die Gegnerschaft von Bundeswehr und NVA obsolet geworden sei.

Doch so ganz schien der Glaube an eine endgültige Sicherheit in Europa ohne militärische Macht noch nicht obsiegt zu haben. Zumindest sei Gorbatschow davon noch nicht überzeugt gewesen, denn nur unter der Gewährleistung sowjetischer Sicherheitsinteressen sei ein sowjetischer Truppenabzug möglich. Wer also glaube, die Zeit eines unbewaffneten Miteinanders bräche nun an (was ja beispielsweise von den Grünen und anderen pazifistischen Bewegungen in der Bundesrepublik immer wieder gefordert wurde und wird), sah sich spätestens hier getäuscht. Die Befürchtungen, von Deutschland könne erneut ein bewaffneter Konflikt ausgehen, wurde in diesem Kontext immer wieder von verschiedenen Seiten artikuliert (so etwa im Zusammenhang mit der polnischen Grenzfrage), daher schien die Äußerung Michail Gorbatschows, von Deutschland sei zumindest für die Sowjetunion keine militärische Bedrohung zu erwarten, sicher nicht ganz unwesentlich. Tat er dies aus tiefster Überzeugung ? Wohl kaum. Hier kam offensichtlich sein Wunsch zum Ausdruck, den er auch mit Blick auf die Sowjetbevölkerung geäußert zu haben schien. Zugleich durfte darin ebenfalls eine aktive Unterstützung Kanzler Kohls im

bundesdeutschen Wahlkampf erblickt werden, dem wegen des Tempos des Wiedervereinigungsprozesses, das ihm innen- wie außenpolitisch fälschlicherweise persönlich zugeschrieben wurde, unverhohlenes Misstrauen begegnete.

Auch in diesem Kontext wird darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine äußerst großzügige Konzession Gorbatschows gehandelt habe, der ja, wie man weiß, innenpolitisch wegen dieser Entscheidung heftig kritisiert wurde. Dass eine solche Konzession auch Gegenleistungen implizierte, darf als bekannt vorausgesetzt werden und wird vom Autor nicht explizit genannt. Lediglich der Hinweis auf Schewardnadses Bedenken lässt ahnen, unter welchem politischen Druck Präsident Gorbatschow gestanden haben muss.

Der Vorschlag Kohls und Genschers, Gesamtdeutschland müsse Mitglied der NATO sein, wobei eingeschränkt wurde, dass diese aber keine Kommandogewalt auf dem Gebiet der DDR haben dürfe und die Sowjettruppen zunächst noch dort verbleiben können, kann daher als eine Gegenleistung des Kanzlers betrachtet werden. Gleichwohl war die Vereinigung Deutschlands bei gleichzeitiger Teilung der Bündniszugehörigkeit (wobei hier auch an eine Teilneutralität gedacht worden zu sein schien) kein ernsthaft diskutierter Vorschlag mehr. Vielmehr war darin ein Beschwichtigungsinstrument Kohls zu sehen, das damit auch zur Beruhigung der innersowjetischen Stimmung beitragen sollte. Der Eindruck, der hier gestreut wurde, war, dass Kohl seine Position unnachgiebig vertreten habe. Und ob man sich in der Sowjetführung tatsächlich noch keine wirklichen Gedanken gemacht habe, wie es unter Berufung auf den vertraulichen Besuchsbericht der Bundesregierung heißt, muss als Spekulation im Raum stehen bleiben. Vorstellbar ist es jedoch kaum, da ja die Frage der Bündniszugehörigkeit zu den wesentlichen Kernfragen der Gespräche von Moskau gehörte. Und auch das Offen halten von Optionen darf von sowjetischer Seite daher als ein rein taktisches Manöver betrachtet werden. Eine mögliche Erklärung dieser Mutmaßung erfolgt allerdings nicht.

Evident ist, dass die Akzentuierung des Berichts eindeutig in der militärischen Präsenz sowjetischer Truppen in Deutschland und den damit verbundenen Sicherheitsfragen liegt. Eine Einigung in diesem Punkt war für die sowjetische Seite ganz gewiss von größter Bedeutung.

Letztlich war es ja auch der für jedermann sichtbare Verfall der DDR-Wirtschaft, der nach einer raschen Lösung rief. Die Sowjetunion konnte selbst nicht mehr helfen, daher war die Übernahme der Lieferverpflichtungen der DDR durch die

Bundesrepublik ein ganz wesentlicher Faktor bei der Entscheidungsfindung. Insofern ist es durchaus glaubhaft, dass diese Zusage das sowjetische Einverständnis beschleunigte. Dass dabei auch eine gewisse „Blauäugigkeit“ von Seiten der Bundesrepublik vorhanden gewesen sein soll, kann damit begründet werden, dass das genaue Ausmaß dieser Verpflichtung der westdeutschen Seite möglicherweise nicht bekannt war. Doch hatte dies nur sekundäre Bedeutung, denn es ging um das Prinzip und um den Willen, sich einigen zu wollen. Wie sehr man sich im Umfang der übernommenen Last verschätzt hatte, sollte erst später deutlich werden. Das betrifft auch die Lasten, die im Hinblick auf die Sanierung der ostdeutschen Wirtschaft zu tragen waren. Zwar sind 220 Millionen D-Mark als Soforthilfe, gemessen am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik, sehr gering, doch ging es dabei in erster Linie um eine vertrauensbildende Geste. Der DDR wurde die geforderte Summe von 15 Millionen D-Mark hingegen verweigert, weil die Bundesregierung kein sichtbares Interesse mehr daran hatte, einen Staat, der seinem Ende entgegen ging, durch finanzielle Hilfen zu unterstützen.

Dagegen hatte die Hilfe für die Sowjetunion eine andere Qualität. In diesem Kontext jedoch von einem „Mitbringsel“ zu sprechen, bagatellisiert den Umfang der Hilfeleistungen. Unter einem Mitbringsel ist im allgemeinen Sprachgebrauch eine kleine Aufmerksamkeit zu verstehen, die man als Höflichkeitsgeste seinem Gastgeber überreicht.³⁰⁰ Allerdings ist dies auch eine Frage des Ermessens und es scheint doch fraglich, ob 220 Millionen D-Mark auch für einen Bundeskanzler noch in diesen Ermessensrahmen fallen.

Wie dringend nötig die Soforthilfe für Moskau offenbar war, wird im Bericht dadurch untermauert, dass die Sowjets unverzüglich die Lieferung jener Lebensmittel einforderten, die ihnen vom Kanzler zugesagt wurden.

Wenngleich beide Seiten mit dem Ergebnis der Moskauer Gespräche zufrieden sein konnten, schien der Umgang damit offensichtlich Probleme zu bereiten. Darauf deutet der hier wiedergegebene Auszug eines Dialogs zwischen Gorbatschow und Genscher hin. Aus diesem Fragment geht allerdings nur hervor, eine behutsame Vorgehensweise anstreben zu wollen. Warum und gegenüber wem, bleibt indessen unerwähnt. Zur politischen Berichterstattung gehört zwar die Preisgabe von Informationen, wobei aber mitunter Details bewusst ausgelassen werden, um so offensichtlich einen Wissensvorsprung zu wahren. Ebenso nebulös und interpretierbar bleibt die Replik Genschers, der sein Verständnis mit seiner Herkunft

begründet haben will. Dies ist ohne weitere Kommentierung schwer oder gar nicht verständlich. Da die Begründung vom Autor (absichtlich?) offen gelassen wird, kann bestenfalls vermutet werden, dass die Vorsicht, die man walten lassen wollte, auch gegenüber der Presse eingehalten werden sollte. Doch bleibt dies letztlich spekulativ. Der Prozess des Fortschreitens der deutschen Wiedervereinigung wurde etwa innerhalb der bundesdeutschen Opposition und bei einem Teil der West-Alliierten als zu rasch empfunden. Auch dieses Wissen setzt der Autor voraus. Ob er sich damit selbst oder einen Teil der Rezipienten involviert, bleibt unbeantwortet.

Dass dieser Prozess der Wiedervereinigung offenbar zu schnell voranzuschreiten schien, belegt die hier getroffene Feststellung, dass die Verhandlungen mit den Vier Alliierten noch vor dem Herbst abgeschlossen sein sollen. Eingedenk der Tatsache, dass es zum Zeitpunkt dieses Artikels schon Mitte Juli war, blieben also noch, wenn man den Beginn des kalendarischen Herbstes als Anhaltspunkt nehmen wollte, gut zwei Monate Zeit. Gemessen an der Tragweite der zu treffenden Entscheidung war dies in der Tat eine äußerst kurze Zeitspanne. Andererseits war in der Mitte des Jahres 1990 doch schon relativ gesichert, dass die Wiedervereinigung Deutschlands schneller vollzogen sein würde, als man eben bei denen, die hier mit „manche“ bezeichnet werden, gehofft hatte.

Auch die Kritik, dass die KSZE-Konferenz lediglich vom Ergebnis dieser Verhandlungen informiert werden würde, kommt hierbei deutlich zum Ausdruck. Damit sei das deutsche Versprechen, die Wiedervereinigung nur im Einklang mit allen Partnern abzustimmen, nicht gehalten worden. Einige der Partner (Niederländer, Italiener und Polen) gaben dabei unverhohlen zum Ausdruck, übergangen worden zu sein. Bedenkt man allerdings die äußeren Umstände und die Dramatik im Wandlungsprozess des Ostens und der DDR, die ja maßgeblich für das Tempo der Entwicklung verantwortlich waren, denn die Politik sah sich über weite Strecken in einer nur reagierenden Rolle, dann wird aber auch deutlich, dass es kaum realisierbar gewesen wäre, die Forderungen, Bedenken und Einwände aller Partner zu berücksichtigen. Ein solches Prozedere hätte nur zu einer erheblichen Verzögerung geführt, die ja von „manchen“ explizit intendiert wurde. Darüber hinaus stellte sich in diesem Kontext die Frage, wie groß der Kreis der an den Verhandlungen involvierten Länder gezogen werden sollte. Dass mit den Vier Mächten verhandelt werden musste, ergab sich bereits aus der Tatsache, dass sie ihre Truppen in beiden Teilen Deutschlands stationiert hatten und daher in den Prozess

der Wiedererlangung der vollen Souveränität Gesamtdeutschlands zwingend involviert werden mussten. Ob allerdings jene anderen Länder, die von den Nazis überfallen wurden oder sich mit ihnen im Kriegszustand befunden hatten, ebenfalls das Recht eingeräumt bekommen sollten, über die Wiedervereinigungsfrage zu entscheiden, musste als höchst fragwürdig gelten und konsequenterweise verneint werden, da diese zwar als unmittelbare Nachbarn (Niederlande und Polen) ein vitales Interesse daran hatten, aber als ehemaliger Achsenpartner (Italien) keine Rechte ableiten konnten. Letztlich war es doch eine Entscheidung zwischen den Vier Mächten und den beiden Teilen Deutschlands.

Ob es sich allerdings bei der hier diskutierten Kritik, wie sie in dem Bericht wiedergegeben wird, ausschließlich um die der europäischen Partner oder gar des Autors handelt, bleibt offen. Der Seitenhieb, dass in dieser Frage ein früheres Versprechen nicht eingehalten wurde, lässt jedoch die Vermutung zu, dass auch der Verfasser des Berichts eine kritische Haltung einzunehmen scheint.

Auch hier sieht der Autor keinen befriedigenden Lösungsansatz. Mit der Zweiteilung der NATO-Befehlsgewalt in Deutschland sei keine endgültige Lösung zu erzielen, denn eine diesbezügliche Garantieerklärung ließen weitere Optionen offen. Und: würde die DDR demilitarisiert, müsste die NVA aufgelöst werden. Doch das müsste sie ohnehin, denn nach der Auflösung der DDR entfielen ja auch die Daseinsberechtigung ihrer Armee. Zwei Armeen, die unterschiedlichen Bündnissen angehörten, seien wohl in einem vereinten Deutschland kaum realisierbar oder gar sinnvoll.

Allerdings scheint die These des Fortbestandes zweier deutscher Staaten immer noch latent vorhanden zu sein. Dafür spricht auch, dass von einer demilitarisierten DDR die Rede ist. Eine der NATO zugehörige Bundesrepublik gegenüber einer demilitarisierten DDR wäre den östlichen Sicherheitsinteressen in der Tat am wenigsten zuträglich.

Neben der inhaltlichen Diskussion soll hier nur kurz auf ein typisches Stilelement der Berichterstattung eingegangen werden.³⁰¹ Aus Glaubwürdigkeitsgründen werden Quellen zitiert. Dies geschieht einerseits durch ein direktes Zitat von Betroffenen und andererseits durch die Nennung sogenannter *sicherer Informationen*. Dies soll den genannten Fakten³⁰² eine zusätzliche Authentizität verleihen. Die Möglichkeit der Manipulation ist nicht nur latent, sondern geradezu beliebig groß. Denn erst durch

das Zusammenwirken von Quellenzitat und journalistischer Bewertung besteht die Möglichkeit, den Rezipienten in einer vom Autor intendierten Richtung zu beeinflussen. Dies betrifft nicht allein den politischen Kommentar, sondern auch eine scheinbar neutrale Berichterstattung über ein politisches Ereignis.

Beispiel 10: Die FR zur sowjetischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung

„Ein Kanzler im Glück und ein Prosit auf Deutschland“

„Wir gehen mit großen Schritten auf die Einheit zu“ – die Moskauer-Reise von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher

So hatte man Kohl lange nicht gesehen. Heiter, gelöst und mit energischem Schritt erklimmte er um fünf Minuten nach zehn am Samstagabend das Podium des Pressezentrum am Moskauer Subowski Boulevard. Im Schlepptau Genscher und den Bonner Regierungssprecher Klein. Während unten im Saal eilig herbeigerufene Journalisten und Kamerateams gespannt darauf harrten, was denn auf dieser unprogrammatischen Pressekonferenz so Bedeutendes verkündet werden sollte, unterhielten die Herren einander mit Witzchen und lachten laut. Kohl schlug Genscher freundschaftlich auf den Arm und der Außenminister machte den Mundschinken für den Kanzler. Lausbubenstimmung würde der Helmut Kohl aus der Pfalz das wohl nennen.

Dann, nach einem Schluck russischen Mineralwassers, wurde Kohl ernst und kam zu dem, was die mitgereisten und die ortsansässigen Journalisten schon seit über einer Stunde in Aufregung versetzt und in manche heillose Spekulation getrieben hatte. Sollte Gorbatschow die DDR der Bundesrepublik geschenkt haben? Die Gerüchteküche in der Bar des Pressezentrum war von Reportern ausgelöst worden, denen der Bonner Regierungssprecher auf dem Roten Platz vor dem Lenin-Mausoleum gesteckt hatte: „Das ist der Durchbruch“. Das den aus Bonn mitgereisten Presseleuten für den Abend versprochene Hintergrundgespräch könne man getrost vergessen. Jetzt werde eine richtige Pressekonferenz gemacht. Den Fernsehleuten gab er den dringenden Rat, sich um eine Direktleitung in die Bundesrepublik zu bemühen. Denn, der Kanzler wolle nun „alles rauslassen“. Damit es auch die ausländischen Kollegen mitkriegten, fügte er im feinsten Englisch hinzu: „The chancellor will let the whole thing out.“

Kohl ließ es dann auch heraus. Strahlend wie ein Sieger und gewichtig wie ein Staatsmann in historischer Stunde verkündete er kurz und knapp, an diesem Abend gebe es an alle Deutschen eine einzige Botschaft: Die Sowjetunion habe dem

deutschen Volk den Weg frei gegeben, allein zu entscheiden, ob es sich wiedervereinigen will. Moskau, das habe ihm Michail Gorbatschow zugesagt, werde nicht nur die Entscheidung der Deutschen respektieren, sondern es sei auch ihnen überlassen, über die Geschwindigkeit und die Modalitäten der Einigung selbst zu bestimmen.

War das der Durchbruch zur deutschen Einheit? Stimmt also doch, was einige Moskau-Korrespondenten ihren aus dem Westen herbeigeeilten Kollegen zwei Stunden zuvor bei Schnitzchen, Bier und Wodka anvertraut hatten? Dass Moskau am liebsten so schnell wie möglich die DDR abstoßen würde und es nur noch um den Preis gehe? Endgültige Klarheit brachte dieser Tag in der sowjetischen Hauptstadt nicht. Als Kohl am Samstag zu seinem Blitzbesuch bei Gorbatschow aufgebrochen war, da hatte es vorsichtig geheißen, man werde dem Staatschef der vierten Siegermacht die bundesdeutsche Position zur deutschen Frage und zum europäischen Prozess erläutern.

Kein Geheimnis war, dass Kohl in drastischen Farben die seiner Meinung nach katastrophale politische und wirtschaftliche Lage in der DDR schildern wolle.

Vierundzwanzig Stunden vor seiner Reise hatte schließlich sein außenpolitischer Berater vor mehr als fünfzig Journalisten „vertraulich“ die Behauptung verbreitet, die DDR stehe kurz vor dem Bankrott. Ob der darauf folgende Wirbel nun gewollt oder durch Dummheit verursacht worden war, mag dahingestellt bleiben. Eines war danach sicher: Gorbatschow wusste, mit welchen Bandagen der Kanzler anreisen würde. Die Entwicklung rast, die Zeit läuft uns davon, hieß die Botschaft knapp und unverschnörkelt.

Kohl war, das ließ er bei einem Gespräch auf dem Hinflug erkennen, als einer gekommen, der seine Stärke aus der Volksbewegung in den anderen Staaten des Ostblocks zieht. Aber da war auch einer gekommen, der sich fürchtet. In Bonn ist es schon lange kein Geheimnis mehr, dass Kohl es lieber etwas langsamer und kontrollierter hätte. Doch der stetige Strom von Übersiedlern hat ihn in Zeitverzug gebracht. Das überraschende Angebot einer Währungsunion wird in Bonn eher als Panikreaktion denn als vernünftige ökonomische Entscheidung begriffen. Moskau, hieß es in der Umgebung des Kanzlers, müsse doch allein deswegen begreifen, wie dramatisch die Lage sei. Signale aus Deutschland nach Moskau, aber auch von der Moskauer Pressekonferenz an die Deutschen in der DDR. Fast flehentlich appellierte Kohl an die, die in der DDR auf gepackten Koffern sitzen, weil sie ihrem Staat und ihrer Wirtschaft nichts mehr zutrauen: „Die Botschaft des heutigen Tages für viele in der DDR ist es, dass die Ängste unbegründet sind. Wir gehen mit großen Schritten auf die Einheit zu.“

Aber wie groß diese Schritte sein können, das blieb in Moskau noch im Ungefähren. Bei vertraulichen Gesprächen zwischen Kohl und Gorbatschow und zwischen Genscher und Schewardnadse war beiden Seiten nämlich klar geworden, dass sie die Furcht teilen, die politische Entwicklung nicht mehr beherrschen zu können. Nachdrücklich sprach Kohl von „Augenmaß“, das man nun haben müsse, und dass die deutsche Frage „nur auf der Grundlage der Realitäten“ zu lösen sei. Sie müsse, wie es seit Monaten stereotyp heißt, „in die gesamteuropäische Architektur und in den Gesamtprozess der West-Ost-Beziehungen eingebettet“ sein.

Da eben liegt der Haken. Ob all die schönen Vorstellungen vom Einheitsvorschlag, den die Deutschen erarbeiten und dann den Siegermächten, der KSZE-Gipfelkonferenz und den europäischen Nachbarstaaten vorlegen sollen, überhaupt durchzuhalten ist, wagt nicht einmal der Optimist Kohl vorauszusagen.

„Es bewegt sich alles so schnell“, sagte er auf die Frage, ob unter den neuen Bedingungen der Bundestagswahltermin am 2. Dezember überhaupt noch eingehalten und nicht vielleicht eine gesamtdeutsche Wahl in den Blick genommen werden sollte. Es bewegt sich so schnell. Die Geschwindigkeit und ihre Zählung beherrschten die Gespräche im Kreml. Parallel zur Entwicklung in Deutschland sei es nun nötig, die Sicherheitsinteressen der Nachbarvölker zu befriedigen, meinte Kohl. Vage blieb nur seine und Genschers Auskunft darüber, wie das denn in Gleichtakt gebracht werden soll. Dabei liegt wohl genau hier der Schlüssel des Problems. Wenn Moskau zwar, wie es ein westlicher Diplomat sagte, nicht mehr glaubt, die DDR halten zu können, besteht es dennoch nachdrücklich darauf, dass seine Sicherheitsinteressen garantiert werden.

Gerade in dieser Frage scheint man bei den Gesprächen nicht weiter gekommen zu sein. Neutralität? Bündniszugehörigkeit? Ausdehnung der NATO bis an die polnische Grenze? Da wurden Genscher und Kohl verschlossen. Man habe den Sowjets die bundesdeutsche Position dargelegt, und die andere Seite habe dies „zur Kenntnis genommen“. Nun müsse verhandelt werden zwischen den beiden Deutschlands und den Siegermächten, innerhalb der KSZE und mit allen, die sonst noch betroffen wären. Kohl ist da ganz optimistisch. „Das geht jetzt alles sehr schnell.“

Ganz so euphorisch wie der deutsche Bundeskanzler scheint die sowjetische Seite nicht zu sein. Weder fand Gorbatschow es für nötig, das angeblich bedeutsame Ergebnis der Gespräche selbst oder gemeinsam mit Kohl vorzustellen. Noch erweckte der sowjetische Außenamtssprecher Gennadij Gerassimow bei einer kurzen abendlichen Presseinformation den Eindruck, dass sich historisch Bedeutsames vollzogen habe. Eher lustlos berichtete er über die Gespräche.

Gewiss, die Vereinigung stellte er nicht in Frage, aber er mahnte „Verantwortung und Vorsicht“, die Berücksichtigung der Interessen der Nachbarvölker und die Einhaltung der „politischen und rechtlichen Bedingungen“ an. Mit einem Seitenhieb auf bundesdeutsche Wahlkampfgepflogenheiten meinte er, die DDR müsse ihre Entscheidung wirklich frei, also auch ohne „Druck und Einfluss von außen“ treffen können.

Über ein neues Sicherheitssystem für Europa und die mit der deutschen Einigung zusammenhängenden Fragen wollen beide Seiten im „Geiste des Dialogs und der Freundschaft“ miteinander reden, versicherte Gorbatschow. Dabei werden noch viele Probleme aus der Welt geräumt werden müssen, denn zu den Details waren die Herren am Samstag nicht gekommen. Aber eines machten die Sowjets dem bundesdeutschen Kanzler klar: Zum Nulltarif ist die deutsche Einheit nicht zu haben. Die langfristigen Lieferverträge zwischen der DDR und der UdSSR müssten eingehalten werden. Generös versicherte Kohl, dass es für dieses Problem „sehr wohl die Möglichkeit einer Vereinbarung“ gebe. Das kann den deutschen Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Denn nach Schätzung von Fachleuten gehen rund sechzig Prozent der DDR-Exporte in die Sowjetunion. Abgerechnet wird in Rubeln, und da liegt der Haken. Die Sowjets werden kaum bereit sein, mit teuren Dollars oder mit der teuren Mark zu bezahlen.

Was immer noch an Unabwägbarkeiten und Schwierigkeiten auftauchen mag, Kohl verließ Moskau mit dem Gefühl, einen Durchbruch geschafft zu haben. Ab jetzt, schwärmte er, gebe es keine bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen mehr. Ab jetzt heiße das nur noch „deutsch-sowjetische Beziehungen“. Und dann griff er, was er gern bei solchen Gelegenheiten tut, tief in die Geschichte. Es bestehe die große Chance, nun in eine Phase der deutsch-russischen Geschichte einzutreten, in der man sich in den vergangenen Jahrhunderten schon gelegentlich befunden habe. Eine Phase enger freundschaftlicher Bande und gegenseitiger kultureller Befruchtung.

Ob es nun ein großer historischer Augenblick war oder nicht – der Kanzler feierte. Hoch über den Wolken, die am Sonntag über der Sowjetunion lagen, schmiss der Kanzler auf dem Rückflug in die Heimat eine Runde süßen Krimsekt für alle und prostete: „Dies ist ein bewegender Tag. Auf Deutschland!“³⁰³

Wie in der Bewertung des vorangegangenen Berichts bereits angedeutet wurde, tragen verwendete Zitate und die Berufung auf Quellen wesentlich zur Intendierung einer situativen Einschätzung des Berichterstatters bei. Aber auch die Beschreibung eines augenscheinlichen Eindrucks kann dazu einen wesentlichen Beitrag leisten,

zumal dann, wenn diese wie im vorstehenden Bericht gleich zu Anfang wiedergegeben wird. Auch wenn der Autor bei der Pressekonferenz den Eindruck erweckte, als sei die Reise nach Moskau offenbar vergnüglich gewesen, so waren die Verhandlungen dort dennoch keine Formsache, wie es mit der Deskription des Auftaktes der Pressekonferenz vermittelt werden soll. Der heitere Eindruck wird auch dadurch unterstrichen, dass Kohl und Genscher in augenscheinlich bester Laune das Podium im Pressezentrum betraten und wohl auch noch Zeit und Muße fanden, sich mit Witzchen zu unterhalten.³⁰⁴

Wenn diese Gelöstheit des Regierungschefs und seines Außenministers als *Lausbubenstimmung* bezeichnet wird, stellt sich allerdings doch die Frage, welcher Bezug damit auf die Herkunft des Kanzlers genommen werden soll. Lausbubenstimmung dürfte dabei keine explizit pfälzische Eigenschaft sein. Wird hier nicht wieder ein Seitenhieb auf das anscheinend Provinzielle Kohls geschlagen, die im Zusammenhang mit dem eines Lausbubenverhaltens wieder einmal deutlich machen sollen, dass Kohl offensichtlich nicht in der Lage sei, sich angemessen zu verhalten.

Dass er dann angesichts der zu verkündenden Botschaft ernst wurde, stellt für den Autor des Berichts offenbar kein gutes Omen dar. Schließlich wurden ja schon, so berichtet er, bestimmte Vermutungen durch den deutschen Pressesprecher kolportiert, dass hier etwas für die Deutschen sehr Positives geschehen sei. Dies soll, so wird weiter berichtet, nicht ohne gezielt und bewusst hervorgerufene Dramatik geschehen sein (es solle alles herausgelassen werden). Dass aber die Sowjetunion den Deutschen die DDR geschenkt haben könnte, ist eine absichtlich gestreute Übertreibung des Autors, denn dass bei solchen Verhandlungen auf keiner Seite ‚Geschenke‘ gemacht werden, braucht nicht explizit erwähnt zu werden. Der Hintergrund einer solchen Aussage besteht wohl eher darin, dass der deutsche Kanzler unverhältnismäßig viel für verhältnismäßig wenig bekommen zu haben schien. Die prekäre Lage der Sowjetunion war ja auch den Journalisten bekannt. Dass Kohl sich dabei offensichtlich wie ein Sieger gebärdete, kann man zwar in einem negativen Sinne interpretieren, jedoch sollte dabei nicht übersehen werden, dass es sich – wie schon an anderer Stelle erwähnt – tatsächlich um einen Sieg (wenn man diesen Ausdruck schon gebrauchen will) für die Deutschen handelte. Allerdings wäre die klassische Definition, in der es sowohl Sieger als auch Besiegte gibt, hier nicht zutreffend. Vielleicht sollte man in diesem Kontext überhaupt nicht von einem

Sieg sprechen, sondern von einem großen Erfolg, der nach über vierzig Jahren Trennung für das deutsche Volk erzielt wurde. Ohne die Einwilligung der Sowjetunion wäre dieser allerdings nicht erzielt worden. Gleichzeitig muss dem Kanzler aber auch ein staatsmännisches Format zugebilligt werden, das zuzugeben jedoch einem Teil der Presse immer schwer fiel.³⁰⁵ Ebenso muss zugestanden werden, dass es sich hierbei tatsächlich um eine historische Stunde handelte, denn das Ergebnis war einzigartig in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Es trifft allerdings zu, dass die wirtschaftliche Lage sowohl in der Sowjetunion wie auch in der DDR einen dringenden Handlungsbedarf geschaffen hatte, ohne den, auch das wurde schon erwähnt, diese Entwicklung sicherlich nicht möglich gewesen wäre. Die hier gebrauchte Formulierung von der Abstoßung der DDR muss daher ebenfalls als negative Wertung des Autors betrachtet werden. Unbestritten herrschte in der Sowjetunion eine unverkennbare Erleichterung darüber, durch die Hilfeleistungen aus der Bundesrepublik von den finanziellen und wirtschaftlichen Sorgen gegenüber der DDR entbunden zu sein, da man selbst nicht mehr in der Lage war, helfend oder schützend einzugreifen. Wenn also der westdeutsche Teilstaat sich dazu bereiterklärte, die Verpflichtungen der DDR gegenüber der Sowjetunion zu übernehmen, dann kann das auch als ein Erfolg Gorbatschows gewertet werden. Dass dabei die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung erzielt wurde, sollte außerdem in dem Lichte betrachtet werden, dass auch andere sowjetische Satellitenstaaten im Begriff waren, sich von der Hegemonie der UdSSR zu befreien. Die augenscheinliche Entwicklung in der DDR war indes nicht geeignet, dem Kanzler Übertreibung in der Schilderung der Lage vorzuwerfen. Einschränkend muss allerdings auch gesagt werden, dass wohl niemand zum damaligen Zeitpunkt das genaue Ausmaß des wirtschaftlichen und finanziellen Zustandes der DDR kannte. Warum sollte Kohl daher mit harten Bandagen anreisen ? Für jedermann war ersichtlich, dass der Zustand des Ost-West-Konfliktes durch die Veränderungen in Osteuropa auch zu einer Veränderung des bestehenden kommunistischen Systems im Osten führen musste. Die Hegemonie der Sowjetunion war zudem auch in der Kern-UdSSR bereits aufgeweicht, was durch die beginnenden Eigenständigkeitsbestrebungen sowjetischer Teilrepubliken sichtbar wurde.

Dass der Kanzler in dieser Situation nicht aus einer Position der Schwäche nach Moskau flog, darf dabei nicht erstaunen, vertrat er doch jenen Teil Deutschlands, der

sowohl materiell als auch ideell in der Lage war, die Situation in Gesamtdeutschland und damit in Zentraleuropa zu stabilisieren. Dafür gab es drei wesentliche Gründe:

1. Die wirtschafts- und währungspolitische Angliederung der DDR, die den Ansatz zur Gleichstellung des östlichen Teilstaates an die Bundesrepublik einleitete,
2. die Durchführung freier und geheimer Wahlen in der DDR und später in Gesamtdeutschland, die den Willen zur Demokratisierung ganz Deutschlands dokumentieren sollten und
3. die ins Auge gefasste Eingliederung ganz Deutschlands in die NATO; womit im Wesentlichen die Sicherheitsinteressen der westlichen Nachbarstaaten berücksichtigt wurden.

Die negativen Folgen der Entwicklung waren gleichermaßen unübersehbar. Der stetige Zustrom von Übersiedlern aus dem Osten und besonders aus der DDR trugen ebenfalls in großem Maß zur Instabilität bei, denn die Massenabwanderungen aus der DDR waren auch für die damals wirtschaftlich gesunde Bundesrepublik nicht hinnehmbar. Das personelle Ausbluten des östlichen deutschen Teilstaats konnte keinesfalls zu dessen Reorganisation nach einer politischen Wiedervereinigung beitragen. Die Konzession einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mag wohl aus der Situation heraus als eine gewisse Panikreaktion gewertet werden können, andererseits musste aber auch versucht werden, die Abwanderung der vielen Tausend Menschen aus der DDR zu stoppen. Es stellte sich daher weniger die Frage, ob diese Entscheidung zu diesem Zeitpunkt sinnvoll und vernünftig war. Sie war offensichtlich notwendig und schien das einzige Mittel zu sein, den Abwanderungsprozess anzuhalten. Wie schnell und in welchem Umfang die Einheit und damit der Prozess der Gleichstellung des östlichen deutschen Teilstaates vollzogen werden würden, war dabei zunächst von sekundärer Bedeutung. Unbestritten bleibt, dass der zeitliche Ablauf der Veränderungen nicht vom deutschen Bundeskanzler oder von den anderen Staats- und Regierungschefs bestimmt wurde, was zu einer gewissen Nervosität führte. Schließlich handelte es sich bei der Wiedervereinigung Deutschlands um eine Entscheidung, die die Struktur Europas ganz wesentlich verändern sollte. Daher sollte es nachvollziehbar sein, dass Kanzler Kohl in diesem Zusammenhang auch von ‚Augenmaß‘ sprach, das man

gerade deswegen bewahren müsse. Und gerade die Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands gehörte zu den zentralen Fragen, die nicht überstürzt gelöst werden konnten, wenngleich sich eine Entscheidung zu Gunsten der NATO abzeichnete. Hier gingen die Interessen der Deutschen und der Sowjets diametral auseinander. Wie ebenfalls schon erwähnt, war es für Gorbatschow schwierig, der NATO-Zugehörigkeit ganz Deutschlands zuzustimmen. Eine dauerhafte Zweiteilung Deutschlands in dieser Frage schien aber wenig praktikabel, zumal ja auch der Warschauer Pakt immer deutlichere Auflösungserscheinungen zeigte. Doch hinsichtlich dieser drohenden Zweiteilung meldet der Autor des Artikels gewisse Zweifel an. Die deutschen Vorschläge seien offenbar nicht realisierbar, wobei hier weniger die Frage nach der Bündniszugehörigkeit gemeint war, als vielmehr die der Zeit. Wenn solche Vorschläge nacheinander mit den Siegermächten, der KSZE-Gipfelkonferenz, deren nächste Sitzung erst für 1991 geplant war, und den europäischen Nachbarn erörtert werden sollten, dann würde dies eine nicht absehbare Zeit in Anspruch nehmen, zumal ja einige der Verhandlungspartner ganz offen eine solche Verzögerung wünschten. Ähnlich wie bei der Diskussion um die Zehn-Punkte Kohls fehlte dazu schlicht die Zeit, denn wie unsicher die Gesamtsituation war, zeigte sich bereits ein Jahr später beim Putsch gegen Gorbatschow und der Auflösung der alten Sowjetunion. Es sei offensichtlich, so der Tenor dieses Teils des Artikels, dass ein solch langer Verhandlungsprozess nicht stattfinden werde. Die Entwicklung verlief so schnell, dass man sogar schon an gesamtdeutsche Wahlen im Dezember denke.

Der Hinweis auf die zeitliche Knappheit sollte auch der Ausdruck für die kaum vorhandene Bereitschaft der Bundesregierung sein, mit den Partnern in lange andauernde Diskussionen zu treten (im Grunde traf dies auch zu), auch wenn dies nicht explizit ausgesprochen wird. Offenbar sei der Kanzler in den Fragen der deutschen Bündniszugehörigkeit und der Sicherheitsinteressen der europäischen Nachbarn sowie der Sowjetunion kompromisslos vorgegangen und sich der Zustimmung aller Beteiligten gewiss, da es nun sehr schnell gehen werde.

Der Autor will in diesem Zusammenhang einen Dissens zwischen den Deutschen und den Sowjets ausgemacht haben, da Gorbatschow bei der Verkündung des Verhandlungsergebnisses auf der Pressekonferenz des Bundeskanzlers nicht anwesend war. Ob er dies nicht für nötig empfunden habe, bleibt aber reine Spekulation. Der Grund für das Fernbleiben Gorbatschows kann aber darin gesehen

werden, dass die Entscheidung der Wiedervereinigung letztlich eine deutsche Angelegenheit war. Kohl hatte hier ein Verhandlungsergebnis vorgestellt, das in der Konsequenz letztlich eine rein deutsche Angelegenheit war, zu der er aber die Zustimmung der Sowjets brauchte. Wäre da die Anwesenheit von Gorbatschow zwingend nötig gewesen ? Vielleicht hätte es die Bedeutung des Ergebnisse unterstrichen, mehr aber auch nicht.

Dass auch der sowjetische Außenamtssprecher Gerassimow das Verhandlungsergebnis auf seiner Pressekonferenz ‚lustlos‘ vorgestellt haben soll, muss ebenfalls als subjektive Perzeption des Autors gewertet werden. Sicher scheint aber doch wohl, dass die Euphorie auf deutscher Seite größer gewesen sein musste als bei den sowjetischen Verhandlungspartnern, denn immerhin gab die Sowjetunion mit der DDR einen Teil ihres Einflussgebietes seit dem Zweiten Weltkrieg preis. Dass bei der Bekanntgabe eines solchen Ergebnisses nicht mit Begeisterungsovationen seitens der Sowjets zu rechnen war, lag auf der Hand.

Kleine Sticheleien, wie etwa der Hinweis auf die Präsenz deutscher Politiker im DDR-Wahlkampf (was auch hier wieder nur angedeutet wird), durften als verständliche Nebenreaktionen betrachtet werden, die dem Gesamtergebnis jedoch keinen Abbruch taten. Allerdings sollte es als Geste des Vertrauens gesehen werden, wenn Gorbatschow in diesem Kontext vom *„Geist des Dialogs und der Freundschaft“* sprach.

Dass jedoch trotz aller Vertrauensbeweise hart verhandelt wurde, ist nichts Ungewöhnliches. Auch hier liegt auf der Hand, dass die Sowjets eine Gegenleistung von den Deutschen forderten. Dies gehört zum normalen Verlauf von Verhandlungen. Die Übernahme der Lieferverpflichtungen der DDR an die Sowjetunion gehörte ja zu dem, was die Bundesrepublik zu leisten vermochte, wengleich sie das Risiko unkalkulierbarer Kosten für den deutschen Steuerzahler in sich bargen. Letztlich ist auch das eine Ermessensfrage und jedem dürfte dabei klar gewesen sein, dass die deutsche Einheit nicht ohne Gegenleistung erlangt werden konnte.

Trotz dieser Unwägbarkeiten war doch mehr geschehen, als die Zustimmung der Sowjets zur deutschen Einheit zu erlangen. Auch die deutsch-sowjetischen Beziehungen traten nun offenbar in eine neue, vertrauensvollere und freundschaftliche Phase. Letztlich wurde damit die Politik Willy Brandts entscheidend fortgesetzt, die zu Beginn der siebziger Jahre mit dem Dialog mit der

Sowjetunion begann. Wenn Kohl eine gewisse Nähe zu Adenauer nachgesagt und er von den politischen Gegnern oft als dessen Enkel karikiert wurde, obwohl er sich im positiven Sinne selbst so sah, muss man in diesem Zusammenhang auch erwähnen, dass ihm der Durchbruch zu einer neuen Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion und den späteren GUS-Staaten gelungen ist. Eingedenk eines solchen Erfolges, der, wäre er Willy Brandt, Helmut Schmidt oder einem anderen sozialdemokratischen Kanzler widerfahren, eine wirklich grundlegende Veränderung in den Beziehungen der beiden ehemaligen Kriegsgegner herbeiführte, konnte Kohl für seine emotionale Reaktion kein Vorwurf gemacht werden.

Dem Autor des Artikels scheint diese Reaktion allerdings wenig verständlich, denn schon die hier artikulierten Zweifel an der historischen Bedeutung dieses Tages lässt erkennen, dass er Kohls Ausgelassenheit (schmiss eine Runde süßen Krimsekt) für inadäquat zu halten scheint.

Dass ausgerechnet ein CDU-Kanzler und dann auch noch der immer für provinziell gehaltene Helmut Kohl Willy Brandts Werk vollendete, muss, so sei an dieser Stelle vorläufig unterstellt, einen Teil der Presse mit Unbehagen erfüllt haben.

Beispiel 11: Die SZ zur sowjetischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung

„Nach den Gesprächen mit dem sowjetischen Präsidenten

Kohl: Der Weg zur deutschen Einheit ist frei

Moskau gibt Einverständnis ohne Bedingungen

Der Kanzler spricht von einem historischen Ereignis / Gorbatschow betont Selbstbestimmungsrecht der Deutschen

Bonn und Ostberlin entscheiden nach DDR-Wahl über Modalitäten / Abstimmung mit den Vier Mächten

Moskau, 11. Februar – Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher haben bei ihrem Besuch im Kreml die sowjetische Führung für die Einheit der Deutschen ohne Bedingungen gewinnen können. Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow sagte Kohl zu, es sei das Recht der Deutschen, über den Zeitpunkt und den Weg ihrer Einheit selbst zu bestimmen. Einig waren sich beide Seiten, dass der künftige Staat Deutschland in die gesamteuropäische Architektur passen und die Sicherheitsinteressen der Nachbarn respektieren müsse. Zwischen Bonn und Moskau herrscht auch Einverständnis darüber, dass die beiden deutschen Staaten nach den Wahlen am 18. März in der DDR über die Modalitäten

ihrer Vereinigung entscheiden werden und dann das Ergebnis mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges abstimmen.

Kohl und Genscher werteten das Ergebnis ihrer Beratungen als „Durchbruch“ und als ein Ereignis von „historischer Tragweite“. Der Weg für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sei jetzt frei, sagte Kohl in einem Interview des Deutschlandfunks. Eine offizielle sowjetische Mitteilung, die TASS verbreitete und die von der Parteizeitung Prawda am Sonntag auf der ersten Seite abgedruckt wurde, bestätigt die Bonner Wertung der Beratungen im Kreml. Es gebe „jetzt“ keine Meinungsverschiedenheiten darüber, dass die Einheit die Sache der Deutschen selber sei, hieß es. Gorbatschow habe aber auch erklärt, dass die Lösung der deutschen Frage „untrennbar“ mit der Abrüstung in Europa verbunden sei und Kontakt mit allen vier Mächten gehalten werden solle.

Die deutsche Frage sei beim gegenwärtigen Stand nur im Rahmen der allgemeinen europäischen Entwicklung unter Berücksichtigung der Sicherheit und Interessen der Nachbarn als auch der anderen Staaten der Welt und Europas lösbar, besagte die sowjetische Darstellung. Außenamtssprecher Gerassimow hatte zuvor auf einer Pressekonferenz hervorgehoben, die deutsche Seite habe „versichert, dass sie nichts hinter dem Rücken der Vier Mächte tun wolle“.

Bundeskanzler Kohl hatte am späten Samstagabend Moskauer Zeit vor der Presse erklärt, Gorbatschow und er stimmten darin überein, „dass es das alleinige Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will“. Gorbatschow habe ihm unmissverständlich zugesagt, die Sowjetunion werde die Entscheidung der Deutschen, in einem Staat zu leben, respektieren. Auch nach Gorbatschows Auffassung sei es Sache der Deutschen, den Zeitpunkt und den Weg selbst zu bestimmen.

Der Generalsekretär und er seien sich ebenfalls einig gewesen, betonte der Kanzler, dass die deutsche Frage nur auf der Grundlage der Realitäten zu lösen sei. Dies heiße, sie müsse in die gesamteuropäische Architektur und den Gesamtprozess der Ost-West-Beziehungen eingebettet sein. Für die Deutschen gelte es nun, die berechtigten Interessen der Nachbarn, der Freunde und Partner in Europa und in der Welt zu berücksichtigen. Es liege jetzt an den Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, den gemeinsamen Weg mit Augenmaß und Entschlossenheit zu gehen.

In einem Gespräch unter vier Augen beschäftigten sich Gorbatschow und Kohl mit dem Problem der sowjetischen Sicherheitsinteressen im Falle der raschen deutschen Einheit. Dabei ging es auch um die künftige Präsenz sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR. Vor der Presse sagte Kohl, man wolle

die Frage der unterschiedlichen Bündniszugehörigkeit auch mit Washington, Paris und London sorgfältig beraten und gemeinsam eine Lösung finden. Er danke Gorbatschow dafür, dass dieser ein „historisches Ereignis“ ermöglicht habe. Man werde im engsten persönlichen Kontakt bleiben. Ergebnisse der Beratungen der Deutschen untereinander und dann mit den Vier Mächten sollen nach einer Ankündigung von Außenminister Genscher bereits der für diesen Herbst geplanten KSZE-Gipfelkonferenz vorgelegt werden. Genscher hat in seinem Gespräch mit Schewardnadse in Moskau wie zuvor schon Washington dafür gewinnen können, dass die beiden deutschen Staaten die Vier Mächte zur Abstimmung einladen und nicht umgekehrt. Genscher betonte, über die deutsche Einheit würden sich „sechs Länder“ verständigen, „die Bundesrepublik, die DDR und die Vier Mächte“. Kohl meinte, wenn die DDR erst einmal gewählt habe, „dann wird alles sehr rasch gehen“.

Die Lösung der deutschen Frage sei untrennbar vom Erfolg der Verhandlungen über Abrüstung in Europa, von der sich ändernden Rolle der beiden „militärisch-politischen Bündnisse“ und von Fragen, die mit dem Aufenthalt ausländischer Truppen auf dem Territorium der europäischen Staaten zusammenhängen, hieß es in der sowjetischen Darstellung. Konkretere Aussagen finden sich in diesen Verlautbarungen allerdings nicht.

Schewardnadse hatte vor den Gesprächen mit Kohl und Genscher auf einer Pressekonferenz eine Neutralisierung Deutschlands als eine „gute alte Idee“ Moskaus aus den fünfziger Jahren bezeichnet, sich aber auch für andere Varianten offen gegeben. Nur in einer gesonderten Mitteilung über das Gespräch der Außenminister wurde von sowjetischer Seite erwähnt, was Schewardnadse noch vor der Ankunft Kohls und Genschers als „die Frage aller Fragen“ genannt hatte, nämlich eine Garantie der Nachkriegsgrenzen. Es müsse Gewissheit geben, so Schewardnadse, „dass keine Ansprüche auf Revision der Nachkriegsgrenzen in Europa erhoben werden.“

TASS berichtete, dass Kohl Gorbatschow versichert habe, es sei die feste Überzeugung aller Deutschen, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Gorbatschow habe herausgestellt, man müsse zusätzliches Vertrauen schaffen und sich fest an die erreichten Vereinbarungen halten. Man werde sich unverzüglich in Verbindung setzen, wenn dies die Lage erfordere. Kohl berichtete über sein Gespräch mit Gorbatschow, dieser habe „zur Kenntnis genommen“, dass ein neutrales Deutschland „für uns nicht in Frage kommt“. Eine größere Rolle scheinen Wirtschaftsfragen gespielt zu haben, ohne dass darüber Konkretes berichtet wurde. Es ist aber bekannt, dass Kohl sich vorgenommen hatte,

sowjetische Sorgen, auf langfristig eingeplante Lieferungen aus der DDR verzichten zu müssen, wenn die DDR in einem vereinigten Deutschland aufgehe, generell zu zerstreuen. Aus deutschen Delegationskreisen hieß es, der Kanzler habe Gorbatschow zugesichert, für die Sowjetunion werde kein Nachteil entstehen. Gerassimow bestätigte solche Darstellungen mit der Bemerkung, Kohl habe gesagt, dass eine Lösung in allen Fragen gefunden werde, die mit Wirtschaftsverbindungen der Sowjetunion mit der DDR zusammenhingen.

Zu Fragen, die wohl weniger einvernehmlich erörtert wurden, zählten die von sowjetischer Seite vorgebrachten massiven Einsätze bundesdeutscher Politiker im Wahlkampf der DDR. Kohl berichtete, als auch Gorbatschow ihn darauf angesprochen habe, habe er nur die Namen von Willy Brandt und Egon Bahr erwähnt, „die hier sehr bekannt sind“.

Außenminister Genscher flog am Sonntag von Moskau über Bonn weiter nach Ottawa, wo am Montag die Konferenz „Offener Himmel“ der Außenminister der NATO und des Warschauer Paktes über ein Abkommen zur unbewaffneten gegenseitigen Luftinspektion beginnt. Nach dem Ergebnis von Moskau wird allerdings erwartet, dass in Ottawa die Perspektive einer raschen Vereinigung der beiden deutschen Staaten und in diesem Zusammenhang auch die Vorbereitung der KSZE-Gipfelkonferenz die speziellen rüstungspolitischen Beratungen in den Hintergrund drängen wird."³⁰⁶

Im Vergleich zum zuvor erörterten Textbeispiel erscheint das hier zitierte insgesamt neutraler. Ferner fällt auf, dass auf die Deskription von Nebensächlichkeiten (wie etwa die Erwähnung von scherzhaften Bemerkungen zwischen Kohl und Genscher) verzichtet wurde. Persönliche Kommentierungen durch den Autor unterbleiben. Beide Artikel erheben den Anspruch einer vorbehaltlosen Berichterstattung, definieren diese aber unterschiedlich. Daher sind Kommentierungen und Wertungen in den Beiträgen eines Magazins in der Regel häufiger und unverschlüsselter als etwa in bestimmten Kategorien der Tageszeitungsberichte. Doch auch dort lassen sich Wertungen verifizieren. Hier heißt es schlicht, Kohl habe Gorbatschow für die Einheit ohne Bedingungen gewinnen können. Jemanden für etwas gewinnen, heißt, dass dies auf einer Basis des Vertrauens geschieht und nicht mit harten Bandagen gekämpft werden muss. Klar ist zwar, dass Verhandlungen immer von gegenseitigem Geben und Nehmen geprägt sind und dass es dabei nicht immer auf der Ebene des Austauschs von freundlichen Worten bleibt. Der Eindruck, dass hierbei allerdings

nur einseitig mit harten Bandagen gekämpft wird (hat nicht auch Gorbatschow Forderungen erhoben ?), ist indes nicht zutreffend.³⁰⁷

Beide Autoren berichten allerdings übereinstimmend von einer gewissen Mühelosigkeit der Verhandlungen, wozu das Bild von harten Bandagen nun gar nicht passen will. Übereinstimmend wird ebenso berichtet, dass beide Seiten einen Konsens über die weiteren Schritte der Wiedervereinigung erzielt haben, jedoch beschränkt sich der Verfasser dieses Berichts dabei auf die bloße Aufzählung dieser Schritte.

Um seinen Ausführungen Authentizität zu verleihen, bedient auch er sich des Zitats. Kohl wird mit den Worten zitiert, dass ein ‚Durchbruch‘ von ‚historischer Tragweite‘ erzielt worden sei.³⁰⁸ Allerdings wird hierbei auf kommentierende Bemerkungen verzichtet. Eine offizielle Bestätigung dessen sei durch sowjetische Pressemedien (hier die TASS und Prawda) erfolgt.

Ein Indiz dafür, dass es sowjetische Bedenken und Vorbehalte gab, seien die Äußerungen Gorbatschows, der sich anscheinend besorgt über die Wahrung der Sicherheitsinteressen in Europa geäußert habe. Diese Formulierung drückt sehr diplomatisch aus, dass er sich primär um die sowjetischen Sicherheitsinteressen gesorgt habe, da ein vereintes Deutschland in einem westlichen Bündnis eine unmittelbare Bedrohung an der Grenze des sowjetischen Einflussbereiches darstellen würde.

Als weiteres Indiz dafür, wie wichtig und wohl auch umstritten dieser Punkt bei den Verhandlungen gewesen sein muss (darin stimmen die Autoren von SPIEGEL und SZ überein), kann die Ausführlichkeit der Erörterung dieser Frage gewertet werden. Es war klar, dass die sowjetische Seite einer Wiedervereinigung nur dann zustimmen würde, wenn ihre eigene Sicherheit garantiert würde. Dies wird jedoch nicht direkt artikuliert, denn das Eingeständnis, sich von der anderen Seite möglicherweise bedroht zu fühlen, ist zugleich ein deutlicher Hinweis auf ein wie auch immer geartetes Misstrauen. Doch gerade bei Verhandlungen, die unbedingtes Vertrauen voraussetzen, wäre eine solche Position absolut kontraproduktiv. Latent war dieses Misstrauen vorhanden, wurde aber durch die Globalisierung des Problems marginalisiert. Der hier indirekt wiedergegebene Passus der sowjetischen Verlautbarung, dass die deutsche Frage nur im europäischen Kontext und unter Wahrung aller Sicherheitsinteressen, nicht nur der der Nachbarn, zu lösen sei, drückt diese Haltung präzise aus. Andererseits war es ja Helmut Kohl, der auch auf anderen

Ebenen solche Bedrohungsängste immer wieder zu zerstreuen suchte. Die Beteuerungen, den Vereinigungsprozess nur gemeinsam mit den Partnern zu vollziehen, heißen, konkret ausgedrückt, nichts anderes, als dass man sich vor einem vereinten Deutschland nicht zu fürchten brauche. Die alten Ängste vor einem zu starken Deutschland und dessen möglichen Sonderwegen waren keineswegs gegenstandslos.

Der Kanzler vertrat ähnlich wie auch Gorbatschow die Auffassung, dass die weiteren Schritte nur in Abstimmung mit den Partnern geschehen dürfe, was schließlich zum Konsens über die deutsche Wiedervereinigung führte. Auch wenn es vom Autor des Berichts nicht explizit erwähnt wird, lag der Schlüssel zur Übereinstimmung beider Seiten im gegenseitigen Vertrauen und zeigte zugleich, dass persönliche Sympathien über Erfolg und Misserfolg von solch schwierigen Verhandlungen entscheiden können. Anders als bei Adenauer und Chruschtschow, die sich ja nur ein einziges Mal in Moskau persönlich begegneten, hatten Kohl und Gorbatschow trotz anfänglicher Irritationen durch den unglücklichen Goebbels-Vergleich Kohls Gelegenheit, sich näher kennen zu lernen. Der Besuch Gorbatschows in Bonn ein Jahr zuvor trug wesentlich zur freundschaftlichen Beziehung beider Politiker bei. Während die Besuche aller Bundeskanzler in Moskau zuvor von der Situation des Ost-West-Konfliktes geprägt waren, die ein wirkliches Vertrauen zu schaffen nicht vermochten, war diese Barriere nun offensichtlich überwunden. Es soll dabei nicht unterstellt werden, dass sich etwa Willy Brandt und Helmut Schmidt nicht um dieses Vertrauen bemüht hätten, denn anders wären der Gewaltverzichtsvertrag von 1970 und zahlreiche Wirtschaftsabkommen nicht zu Stande gekommen, aber der Ost-West-Konflikt verhinderte letztlich doch einen entscheidenden Durchbruch. Sieht man einmal von der innerparteilichen Zerstrittenheit der SPD zur deutschen Frage in den Jahren 1989 und 1990 ab, wäre vielleicht auch einem Kanzler Brandt oder Schmidt in einer ähnlichen weltpolitischen Konstellation der Durchbruch zur Wiedervereinigung geglückt. Begünstigend für Kohl war die Tatsache, dass er in dieser entscheidenden Phase der Veränderungen in Europa und der Sowjetunion das Amt des Bundeskanzlers innehatte und einer Partei vorstand, die das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands stets verfolgte.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Gespräche von Moskau war neben der künftigen Bündniszugehörigkeit Deutschlands auch die Truppenpräsenz der Alliierten in Deutschland, insbesondere die der Sowjetunion auf dem Territorium der DDR.

Wenig konkret wird dabei von einem vertraulichen Gespräch zwischen Kohl und Gorbatschow berichtet. Hier gab es offensichtlich einen Dissens, denn im besten Diplomaten-Sprachgebrauch wird auf die Äußerung Kohls vor der Presse verwiesen. In den Sprachgepflogenheiten offizieller Kommuniqués bedeuten Formulierungen wie ‚*sorgfältig beraten*‘, ‚*gemeinsam eine Lösung finden*‘ und man ‚*werde im engsten persönlichen Kontakt bleiben*‘ deutliche Indizien dafür, dass unterschiedliche Standpunkte vertreten wurden, die aber zu keinem endgültigen Konsens führten. In der Tat waren Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Der Hinweis auf die Äußerungen Schewardnadses belegen, dass auf sowjetischer Seite der alte Neutralitätsgedanke aus den fünfziger Jahren durchaus noch immer ins Auge gefasst wurde, man sich aber auch andere Lösungen vorstellen könne. Auch in Bezug auf die weiteren Äußerungen des sowjetischen Außenministers gilt das vorher Gesagte, dass die Befürchtungen vor etwaigen deutschen Versuchen, die Nachkriegsgrenzen revidieren zu wollen, latent vorhanden waren.

Damit waren die Problemfelder, die noch immer nicht gelöst waren, und die bereits getroffenen Vereinbarungen und vertrauensbildenden Maßnahmen, die offenbar noch nicht ausreichten, skizziert. Der Kanzler wird in diesem Kontext als Beschwichtiger dargestellt, der die Friedfertigkeit Deutschlands hervorgehoben habe.

Da sich der Autor auf die offiziellen Verlautbarungen Kohls vor der Presse stützt, bleiben seine Ausführungen ebenso allgemein wie diese. Auch werden hier lediglich die weiteren Verfahrensmodalitäten (Abstimmung mit Washington, Paris und London, Involvierung der KSZE-Gipfelkonferenz, Verständigung der sechs Länder³⁰⁹) genannt.

Ebenso wird über die Erörterung der Wirtschaftsfragen, die ja ein zentrales Thema der Verhandlungen waren, wenig berichtet. Es wird lediglich mitgeteilt, dass die Bundesrepublik bereit sei, die Lieferverpflichtungen der DDR zu übernehmen. Anders als im Bericht davor wird auf jede weitere Kommentierung verzichtet. Auch Hinweise auf die vorgesehenen Modalitäten fehlen – im Gegensatz zum vorherigen Artikel – hier gänzlich. Auffallend ist die Übernahme des diplomatischen Sprachgebrauchs, man werde Lösungen für diese Fragen finden. Wie diese jedoch aussehen könnten, erfährt der Rezipient nicht.

Erwähnung findet hingegen die deutlich artikulierte Kritik der Sowjetführung an der Einmischung bundesdeutscher Politiker im Wahlkampf der DDR, die sich offenbar auf einige SPD-Politiker wie Brandt und Bahr kumuliert, obwohl auch der

Bundeskanzler selbst durch öffentliche Auftritte und Reden massiv in den DDR-Wahlkampf eingriff. Doch weder der SPIEGEL noch die SZ erwähnen dies. Der Kanzler wurde von sowjetischer Seite aus dieser Kritik offenbar bewusst ausgeschlossen, um die Verhandlungen damit nicht zu belasten. Wäre Kohl von sowjetischer Seite explizit in die Kritik eingeschlossen worden, würde dies von den Medien erwähnt worden sein.

Das Ergebnis der Gespräche von Moskau, würde, so wird abschließend bilanziert, auch erheblichen Einfluss auf das bevorstehende Gipfeltreffen der Außenminister der NATO und des Warschauer Pakts haben.

Insgesamt bleibt die Diktion des hier erörterten Berichts auf einer sehr sachlichen Ebene und lehnt sich an den Sprachgebrauch offizieller Kommuniqués an. Erläuterungen zu Details werden vermieden und unterstreicht damit den informativen Charakter.

Beispiel 12: Die FAZ zur sowjetischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung

„Gorbatschow gibt den Weg zur Einheit frei

Die Schritte: Deutsch-deutsche Verhandlungen, Siegermächte, KSZE / Die Moskauer Gespräche Kohls

C.G. Moskau, 11. Februar. Vor dem Besuch des DDR-Ministerpräsidenten Modrow in Bonn am Dienstag hat die Sowjetunion den Deutschen das Recht zugesprochen, selbst über ihre staatliche Vereinigung zu befinden. In Moskau wurde verabredet, dass sich zunächst beide deutsche Staaten untereinander und mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges über den Weg zur Einheit Deutschlands verständigen. Das Ergebnis soll bei der Begegnung der Staats- und Regierungschefs der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten im Herbst mitgeteilt werden. Das KSZE-Treffen soll möglichst schon die Einheit besiegeln. Außenminister Genscher nahm am Sonntag in Ottawa Besprechungen mit den Außenministern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs auf. Auf dem Rückflug wird er Premierministerin Thatcher in London sprechen. Das Kanzleramt wird das Weiße Haus in Washington am Montag über die Moskauer Begegnung Kohls und Gorbatschows unterrichten. Am Donnerstag reist Kohl zu Präsident Mitterrand nach Paris. Gorbatschow ließ sich bei der Zustimmung zur deutschen Einheit offenbar von der Sorge leiten, ein Chaos in der DDR könne die sowjetischen Truppen in der

DDR und die – im Falle der fortdauernden Zweistaatlichkeit erforderliche – Hilfstätigkeit der Sowjetunion in Bedrängnis bringen. Bei Modrows Besuch in Moskau und seinem Treffen vor einer Woche mit Kohl in Davos wurde klar, dass der DDR ein wirtschaftlicher Ruin droht; ein Verfall der staatlichen Autorität ist demnach schon eingetreten. Darum legte sich Kohl in Moskau nicht darauf fest, dass die Bundestagswahl am 2. Dezember nicht vielleicht schon als gesamtdeutsche Parlamentswahl stattfindet. Kohl sagte, er hoffe nicht, dass die Bundesregierung in der DDR alsbald staatliche Autorität übernehmen müsse, um ein Chaos zu verhindern; damit verneinte er eine solche Möglichkeit nicht. Kohl trug als Ergebnis der Moskauer Unterredung vor: „Ich habe heute an alle Deutschen eine einzige Botschaft zu übermitteln. Präsident Gorbatschow und ich stimmen darin überein, dass es das alleinige Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will.“ Gorbatschow habe unmissverständlich zugesagt, dass die Sowjetunion die Entscheidung der Deutschen, in einem Staat zu leben, respektieren werde und dass es Sache der Deutschen sei, den Zeitpunkt und den Weg der Einheit selbst zu bestimmen. Man sei sich einig, dass die deutsche Frage nur auf der Grundlage der Realitäten zu lösen sei; sie müsse eingebettet sein in die „gesamteuropäische Architektur und den Gesamtprozess der West-Ost-Beziehungen“. Die Deutschen müssten die berechtigten Interessen der Nachbarn, der Freunde und Partner in Europa und der Welt berücksichtigen. Kohl sagte: „Es liegt jetzt an uns Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, dass wir diesen gemeinsamen Weg mit Augenmaß und Entschlossenheit gehen.“ Er habe mit Gorbatschow ausführlich darüber gesprochen, dass auf dem Weg zur deutschen Einheit die Fragen der Sicherheit in Europa herausragende Bedeutung hätten: „Wir wollen die Frage der unterschiedlichen Bündniszugehörigkeit in enger Abstimmung auch mit Washington, Paris und London sorgfältig beraten und gemeinsam eine Lösung finden.“ Kohl dankte Gorbatschow dafür, dass er „dieses historische Ereignis“ ermöglicht habe.

Die Sowjetunion habe zur Kenntnis genommen, „dass Neutralität nicht für uns in Frage kommt“, sagte Kohl. Über verschiedene Modelle im Hinblick auf Sicherheitsfragen sei gesprochen worden, nicht aber über den vom amerikanischen Außenminister Baker erst erwähnten und später zurückgezogenen Gedanken einer Assoziierung Gesamtdeutschlands an die NATO. Genscher sprach über das Bemühen, das Verfahren zur deutschen Einheit „in geordneter Weise“ ablaufen zu lassen.

Die beiden deutschen Regierungen –eine frei gewählte in der DDR vorausgesetzt – suchten die Verständigung nicht hinter dem Rücken der Mächte. Kontakte mit den

Vier Mächten trügen deren Verantwortung Rechnung. Kohl ergänzte, fast alle Parteien und Gruppen in beiden Teilen Deutschlands wünschten die Einheit der Nation. Dazu gehöre die geplante Währungsunion. Nun gelte es, gleichzeitig auf „zwei Schienen“ voranzukommen. Die Deutschen könnten das ihnen Mögliche mit der Währungsunion, der Wirtschaftsgemeinschaft und Angleichung der Sozialsysteme bewirken; parallel dazu sei die Verständigung mit den Nachbarn, den Europäern und Partnern in der übrigen Welt über mehr Sicherheit anzustreben. An weiterer Abrüstung müsse gearbeitet werden. Ende 1990 bestehe dann die Möglichkeit, auf der KSZE darüber zu sprechen. Vor diesem Termin seien Absprachen mit den besonders Betroffenen notwendig. Der Begriff einer Viermächtekonferenz sei falsch, weil sechs Regierungen miteinander zu sprechen hätten. Es sei unwahrscheinlich, dass die Entscheidung zur deutschen Einheit bis zum nächsten regulären KSZE-Treffen 1992 auf sich warten lassen werde.

Da die DDR der wichtigste Handelspartner der Sowjetunion sei, müssten auch auf diesem Gebiet Sicherungen für Moskau geschaffen werden, sagte Kohl: „Eine Vereinbarung ist möglich, die auch für die Sowjetunion befriedigend ist.“ Kohls Äußerung bezog sich auf Überlegungen, Unternehmen der Bundesrepublik könnten Lieferverpflichtungen der DDR übernehmen. Kohl verglich die DDR im Hinblick auf die Bevölkerungszahl mit dem Bundesland Nordrhein-Westfalen, die Wirtschaftskraft aber mit einem kleineren Land wie Hessen; deshalb entstünden für die Bundesrepublik bei einer Vereinigung nicht unüberwindliche Hindernisse. Kohl kündigte an, er werde Modrow am Dienstag und Mittwoch über die Moskauer Gespräche berichten; das „Hauptthema“ aber werde zunächst das Angebot einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft sein. Mit Gorbatschow habe er „intensiv“ darüber gesprochen, dass im Januar 55000 Übersiedler aus der DDR gekommen seien; im Februar seien noch mehr zu erwarten: „Das ist ein Ausbluten, das den Wiederaufbau der DDR erschwert.“ Das Ziel der Gespräche mit Modrow sei es, „dass die Menschen in der DDR erkennen, eine Zukunft zu haben, dass die Bundesrepublik hilft und es sich lohnt zu bleiben“. Die Botschaft der Moskauer Begegnung sei: „Angst ist unbegründet; auf dem Weg zur Gemeinsamkeit geht es mit großen Schritten voran.“ Wer übersiedeln wolle, solle nun „die Koffer auspacken und Hand anlegen, um unser Land als Ganzes voranzubringen“.

In Dresden habe er bei seinem Treffen mit Modrow im Dezember noch nicht annehmen können, dass die Entwicklung so rasch verlaufen werde, dass die erste Stufe seines Zehnpunkteplans, die Vertragsgemeinschaft, übersprungen werden könne. Jetzt soll „sehr rasch“ über die Wirtschaft und Währung, die schon „ein Stück Einheit“ bedeuteten, verhandelt werden. Jede zeitliche Voraussage habe sich als

falsch herausgestellt: „Ich habe gelernt, dass sich in acht Wochen alles ändern kann.“ Darum könne er die Frage nicht beantworten, ob die Bundestagswahl im Dezember zur ersten gesamtdeutschen Wahl werde. Ein frei gewähltes Parlament der DDR werde „zu einem frühen Zeitpunkt“ Stellung zur Forderung aller Parteien und wesentlichen Gruppierungen in der DDR nach der Einheit beziehen, zumal „eine sehr kritische wirtschaftliche Lage“ herrsche. Das Angebot zur Währungsunion könne „den Prozess beschleunigen“. Die Bundesrepublik müsse „finanzielle Solidarität“ aufbringen, sagte Kohl im Hinblick auf die Kosten der Vereinigung. Solche Solidarität werde dadurch erleichtert, dass sich die Bundesrepublik in einer ungewöhnlich stabilen wirtschaftlichen Situation befinde. Gegenüber der „historischen Herausforderung für die Deutschen“ sei ein „buchhalterisches Denken“ unangemessen. Wenn sich in der DDR Leistung lohne, sei eine Stabilisierung bald zu erreichen. Gorbatschow habe Fragen an Wahlkampfeinsätze westdeutscher Politiker in der DDR geknüpft. Kohl habe mit einem Hinweis auf die in Moskau bekannten SPD-Politiker Brandt und Bahr geantwortet.

Zur Oder-Neiße-Grenze sagte Kohl: „Ich habe deutlich gemacht, dass über diese Frage zu sprechen ist, wenn eine frei gewählte deutsche Regierung im Amt ist.“ Auch über die Russland-Deutschen habe er mit Gorbatschow gesprochen: „Wir haben ein Interesse daran, dass für sie solche Verhältnisse geschaffen werden, dass sie in der Sowjetunion bleiben können.“ Für das deutsch-sowjetische Verhältnis, das jetzt wieder zur Beziehung zwischen „Deutschland“ und der Sowjetunion zu werden beginne, bestehe die Aussicht, an frühere geschichtliche Zeitabschnitte hervorragender Zusammenarbeit anzuknüpfen.“³¹⁰

Evident ist auch an diesem Bericht die äußerst sachliche Diktion.

In knapper Form wird mitgeteilt, dass in Moskau eine Verabredung über das Zu Stande Kommen der deutschen Einheit noch vor dem Besuch des DDR-Ministerpräsidenten Modrow in Bonn getroffen wurde.³¹¹ Das Tempo des Wiedervereinigungsprozesses sei sehr hoch - was alleine schon durch den Hinweis auf Genschers unablässige Reisediplomatie angezeigt werden soll - ,denn schon im Herbst solle die KSZE-Konferenz in Ottawa der Einheit bereits zustimmen. Kritisierende Bemerkungen zur offenbar gegenteiligen Intention des Kanzlers, wie etwa im SPIEGEL, unterbleiben gänzlich. Der hier angewendete Minimaljournalismus zeigt die deutlichen Unterschiede in der politischen Berichterstattung auf. Diese Kategorie beschränkt sich dabei offenbar alleine auf die inhaltliche Reproduktion und unterlässt die tendenzielle Interpretation.

Die dramatische Entwicklung in der DDR sei offenbar der Indikator für eine rasche Entscheidung der Sowjetunion – trotz aller Vorbehalte und Bedenken – gewesen. Lapidar wird dazu vermerkt, dies sei auf Grund des chaotischen Zustandes in der DDR und aus der Sorge über die dort stationierten Sowjetsoldaten geschehen. Da eine allgemeine Instabilität in der DDR eingetreten sei, könne auch das Tempo des Vereinigungsprozesses nicht mehr sicher kontrolliert werden. Wenn zudem Kohl noch dahingehend zitiert wird, die Bundestagswahl im Dezember könne bereits eine gesamtdeutsche sein, wird damit der Eindruck der Notwendigkeit, aber auch der Richtigkeit von Kohls politischem Vorgehen untermauert. Eine Kommentierung oder Deskription einer solchen Ansicht wird nicht gegeben. Dies gilt auch für die wörtliche Wiedergabe von Kohls Erklärung vor der Presse in Moskau.

Deutlich erkennbar ist dennoch die hier vertretene Auffassung, dass der desolatte Zustand in der DDR Ausschlag gebend für die sowjetische Zustimmung zur raschen Wiedervereinigung gewesen sei.

Bemerkenswert ist dabei der Hinweis auf Kohls artikulierte Befürchtung, die von keinem anderen der hier zitierten Blätter erwähnt wird, schon vor diesem Ereignis staatliche Autorität im anderen Teil Deutschlands ausüben zu müssen, um dort ein Chaos zu verhindern. Eine solche Option wäre nach Lage der Dinge nicht so ohne weiteres möglich gewesen. Selbst wenn eine staatliche Autorität seitens der DDR-Führung nicht mehr gegeben gewesen wäre, so hätte dies nicht zwingend den Automatismus der Übernahme der Staatsgewalt durch die Bundesrepublik ausgelöst, da ja die DDR völkerrechtlich als Staat noch immer existierte. Selbst wenn es zum völligen Zusammenbruch gekommen wäre, so hätten die ehemalige Besatzungsmacht Sowjetunion oder alle vier Alliierten die Kontrolle einstweilen übernommen. Denkbar wäre aber auch eine kommissarische Übertragung der Staatsgewalt an die Bundesregierung durch die Alliierten gewesen, was von Kohl anscheinend so intendiert gewesen war. Die von Kohl artikulierte Befürchtung kann daher auch in dem Sinne verstanden werden, dass ihm ein solcher Fall – wohl auch aus wahltaktischen Gründen – höchst ungelegen gekommen wäre, denn hätte die Bundesregierung unter seiner Führung die Lage nicht in den Griff bekommen, wären wohl die Aussichten auf einen Wahlerfolg im Dezember relativ gering gewesen.

Die bevorstehende Bundestagswahl kann wohl mit als ein Grund gesehen werden, warum eine rasche Einigung mit den Alliierten, vor allem mit der Sowjetunion, angestrebt wurde, denn war diese Hürde erst einmal überwunden, bestand durch die

Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion die Möglichkeit, die Lage in der DDR zu stabilisieren und die Massenflucht zu stoppen.

Zum Ergebnis der Moskauer Gespräche wird der Kanzler sowohl im Wortlaut als auch indirekt zitiert. Dem Autor scheinen bei der Wahl der wiederzugebenden Passagen die folgenden Aspekte besonders erwähnenswert:

1. Die sowjetische Zusicherung über die freie Entscheidung der Deutschen, beide Teilstaaten zu vereinen.
2. Die Wiedervereinigung könne nur auf der Grundlage der Realitäten erfolgen (indirekt werden damit der Verzicht auf Gebietsansprüche gegenüber Polen zum Ausdruck gebracht).
3. Dieser Prozess müsse in die gesamteuropäische Architektur und die Ost-West-Beziehungen eingebettet sein.
4. Die Interessen aller (!) Partner und Freunde müssen berücksichtigt werden.
5. Das weitere Vorgehen habe mit Augenmaß zu geschehen.
6. Die Frage der unterschiedlichen Bündniszugehörigkeit solle auch mit den drei West-Alliierten abgestimmt werden und
7. Eine Neutralität Deutschlands stehe nicht zur Disposition.

Während mit Punkt 1 und 2 sehr konkrete Vorstellungen assoziiert werden können, sind die Punkte 3 und 4 wesentlich undifferenzierter. Was bedeuten in diesem Kontext die Berücksichtigung der gesamteuropäischen Architektur und der bestehenden Ost-West-Beziehungen konkret ? Doch offenbar nur, dass am Status quo der Verhältnisse nichts geändert werden soll. Doch eine solche Antwort wird hier nicht gegeben. Der Autor des Berichts setzt einen hohen Informationsgrad beim Rezipienten voraus und unterlässt daher jede erläuternde Kommentierung.

Wie allerdings die Berücksichtigung aller (!) Freunde und Partner Deutschlands verwirklicht werden soll, bleibt ebenso unkommentiert. Doch gerade hier wäre eine Deskription bzw. ihr Versuch seitens des Autors zu erwarten gewesen. Diese Unterlassung gibt daher zu der Spekulation Anlass, hierbei könne es sich um eine politische Floskel handeln, die einzig einem beschwichtigendem Zwecke diene, in der Praxis allerdings undurchführbar bzw. nur durch Kompromisse erreichbar sei.

Eine solche gedankliche Assoziation durch den Rezipienten wird hier offensichtlich vorausgesetzt.

Punkt 5 besteht gleichermaßen aus einer Floskel. Alles andere als Augenmaß und Entschlossenheit führten wohl kaum zu dem gewünschten Ergebnis.

Die zweifellos schwierigste und umstrittenste Frage war indes die der Struktur der künftigen Bündniszugehörigkeit des gesamten Deutschlands. Hier gingen – wie man weiß – die Ansichten weit auseinander und die Lösung der Neutralität wurde zumindest temporär als taktisches Argument ins Gespräch gebracht.

Wie sensibel dieser Bereich war, verdeutlicht die Erwähnung des Baker-Vorschlages.³¹² Man war sich offensichtlich auch auf westlicher Seite noch nicht restlos schlüssig, in welcher Form Deutschland in das Bündnis integriert werden solle. Klar war anscheinend nur, dass es keine Alternative zur NATO-Mitgliedschaft (wie auch immer geartet) geben sollte. Doch auch darüber wird nicht dezidiert reflektiert.

Ebenso lapidar wird die Äußerung Kohls wiedergegeben, dass sowohl in der Bundesrepublik als auch der DDR weitgehend Konsens darüber bestehe, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Nicht erwähnt wird hingegen der Widerstand der SPD sowie linker Gruppierungen gegenüber dem Weg, der zur Herbeiführung beschritten werden soll.³¹³

Mit Recht konnte Kohl jedoch darauf verweisen, dass zwischen beiden deutschen Regierungen Einvernehmen über die Beteiligung der Vier Mächte bestünde.

Im Folgenden wird die Vorstellung Kohls skizziert, welche innen- und außenpolitischen Schritte seiner Ansicht nach unternommen werden müssten. Dazu gehörten:

- a) die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Angleichung der Sozialsysteme und
- b) der Ausbau von Sicherheitsstrukturen durch eine weitere globale Abrüstung.

Dies sollte die Möglichkeit implizieren, bereits im selben Jahr auf der KSZE-Konferenz darüber zu verhandeln und (was vom Kanzler so intendiert wurde) das Einverständnis dieser zu erlangen.

Die Forderung Polens nach einer expliziten Grenzgarantie wird hier nur andeutungsweise durch die von Kohl artikulierte Aussicht auf Absprachen mit den besonders betroffenen Partnern tangiert.

Auch der hier skizzierte Weg bleibt unkommentiert und unterstützt damit die Intention Kohls, beruhigend auf diejenigen einzuwirken, die noch immer im Begriff sind, die DDR zu verlassen. Durch das Publizieren der genannten Schritte wird das vom Kanzler beabsichtigte Signal auf eine baldige Besserung der Situation gegeben, auch wenn es nicht *expressis verbis* geschieht.

Diese journalistische Handlungsweise kann in zwei Richtungen gedeutet werden, nämlich:

- a) die alleinige Rezeption eines Sachverhaltes,
- b) und / oder die indirekte Unterstützung der Bemühung des Kanzlers, die nach wie vor anhaltende Fluchtbewegung aus der DDR zu stoppen.

Einen Zusammenhang zwischen dem Appell des Kanzlers an die DDR-Bevölkerung und seiner Mutmaßung, die Wiedervereinigung werde noch vor dem nächsten regulären KSZE-Gipfel 1992 eintreten, anzunehmen, ist dabei durchaus legitim.

Unterstützung findet diese These in der Darstellung der wirtschaftlichen Situation durch den Kanzler. Die Sorge der Sowjetunion hinsichtlich der Lieferverpflichtungen der DDR zerstreute er damit, dass bundesdeutsche Firmen in der Lage seien, diese zu übernehmen. Mehr noch: Durch den Vergleich der Wirtschaftskraft der DDR mit einem relativ kleinen Bundesland wie Hessen sollte verstärkt der Eindruck erweckt werden, dass die Übernahme der Verpflichtungen für die Bundesrepublik keine größere Belastung darstelle. In der Konsequenz hätte zumindest eine kritische Anmerkung durch den Autor erwartet werden können, da die Übernahme dieser Verbindlichkeiten keineswegs eine Marginalität waren, doch bleibt auch das unkommentiert.

Gleichzeitig bat auch der DDR-Ministerpräsident Modrow um finanzielle Unterstützung. Doch Kohl war, das wird in diesem Bericht bereits angedeutet, nicht bereit, diese zu gewähren. Durch ihre Wirtschaft wäre die Bundesrepublik alleine in der Lage gewesen, unterstützend einzugreifen. Doch war dies keineswegs mehr beabsichtigt, da durch die geplante Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion die finanzielle Unterstützung ohnehin obsolet werden würde. Damit sollten bereits

konkrete Schritte zur Einheit und zur sichtbaren Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR eingeleitet werden.

Doch sollen durch diesen Appell Kohls nicht nur die Menschen in der DDR angesprochen werden. Vielmehr kann darin auch der Versuch gesehen werden, der offensichtlich wachsenden Beunruhigung in der Bevölkerung der Bundesrepublik angesichts des großen Zustroms von DDR-Bürgern zu begegnen.

Der Tenor des Berichts befasst sich mit der offensichtlichen Eile des Kanzlers. Die Wirtschafts- und Währungsunion sollte sehr rasch verwirklicht werden und die für Anfang Dezember festgelegte Bundestagswahl fasste er bereits als eine gesamtdeutsche Wahl ins Auge. In diesem Kontext wurde ihm von der Opposition offen der Vorwurf gemacht, zu schnell und zu unüberlegt zu handeln. Eine gewisse In-Schutznahme Kohls wird durch ein Zitat des Kanzlers erreicht, der demnach gelernt habe, dass es in sehr kurzer Zeit große Veränderungen geben könne, denen man sich anpassen müsse. Nicht er, sondern die Verhältnisse bestimmten das Tempo. Ebenfalls als Seitenhieb auf die Opposition und ihren Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine kann seine Äußerung zur finanziellen Belastung der Bundesrepublik gewertet werden. Vor dem Hintergrund des DDR-Wahlkampfes soll sein Hinweis auf die stabile Wirtschaftslage der Bundesrepublik die von der Opposition verbreiteten Ängste vor unvorhersehbaren Kosten zerstreuen.³¹⁴ Ohne ihn konkret zu nennen, wirft Kohl Lafontaine buchhalterisches Denken vor, das in dieser historischen Situation unangemessen sei.

Die SPD hat durch die permanenten Hinweise auf das finanzielle Risiko sicherlich einem Teil der Sorgen der Wähler Rechnung getragen, andererseits waren solche Äußerungen höchst unpopulär und mit den Hoffnungen auf baldige Besserung der Lebensbedingungen in der DDR nicht kongruent.

Anders als etwa im SPIEGEL lässt der Autor das Zitat Kohls unkommentiert und dokumentiert so eine gewisse Nähe zur Politik des Kanzlers.

Zu der Frage nach der personellen Präsenz bundesdeutscher Politiker im DDR-Wahlkampf, zur Problematik der Oder-Neiße-Grenze und den Bemerkungen Kohls zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen kann auf das in der Erörterung der vorangegangenen Artikel Gesagte verwiesen werden.

Insgesamt wird durch das fast ausschließliche Zitieren des Kanzlers eine vergleichsweise positivere Perzeption der Politik Kohls erreicht, als dies etwa im

SPIEGEL oder in der FR der Fall war. Von einer generell Kohl-freundlichen Haltung der FAZ zu sprechen, erscheint aber dennoch nicht angebracht.

4.2.2. Zusammenfassung

Die Darstellungen Helmut Kohls anlässlich seiner Moskauer-Reise im Februar 1990 zeigen in den voranstehenden Textbeispielen deutliche Akzentunterschiede, wobei hinsichtlich des Ergebnisses (das sowjetische Einverständnis zur deutschen Wiedervereinigung) keine Unterschiede gemacht werden können.

Eine geradezu ablehnende Haltung gegenüber der Verhandlungsführung Kohls nimmt wiederum die TAZ ein. Ihm wird unterstellt, die sowjetische Zustimmung zur Wiedervereinigung – in diesem Bericht metaphorhaft dargestellt (wie eine „reife Frucht“) abgeholt zu haben. Darüber hinaus soll er sich wie ein Sieger gebärden haben, dem es gelungen sei, einem vermeintlich schwächeren Partner seine eigenen Ziele abzutrotzen, die er durch Hilfslieferungen als Gegenleistung erreicht habe. Die Verwendung von Metaphern ist eines der Stilmittel, um bestimmte Tendenzen in der Berichterstattung herzustellen, die je nach Standort des Betrachters die Möglichkeit etwa zur Karikatur eröffnet. Eine solche Darstellungsweise wird den Realitäten jedoch nicht gerecht. Die monetäre Hilfe an die Sowjetunion muss auch unter dem Aspekt der Gegenleistung betrachtet werden, zu der sich Gorbatschow bereit erklärte, sein prinzipielles Einverständnis zur Wiedervereinigung zu geben. Andererseits ist darin auch das Bemühen zur Vertrauensbildung zu sehen, denn die Frage der künftigen Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschlands war noch immer der wesentliche Streitpunkt. Die Vollendung der Wiedervereinigung war die eine Sache, die andere, für die Sowjetunion von viel größerer Bedeutung, war das zu wahrende eigene Sicherheitsinteresse, mithin also die Frage der Bündniszugehörigkeit (oder Neutralität) eines vereinten Deutschlands. Ohne das nötige und unter Beweis gestellte Vertrauen sind Übereinkommen dieser Art jedoch nicht zu erreichen.

Die Option der Neutralität, die von sowjetischer Seite in diesem Kontext als mögliche Variante zumindest als Verhandlungsargument wieder aus der Schublade geholt und zwischen dem sowjetischen Staatschef und seinem Außenminister offenbar kontrovers diskutiert wurde, war innerhalb der SPD seit der Stalin-Note von 1953 mehr oder weniger populär und wurde von den pazifistischen Bewegungen

(etwa den Grünen seit Ende der siebziger Jahre) als ernsthaftes verteidigungspolitisches Ziel propagiert. Der Hinweis auf Schewardnadses Äußerung, die deutsche Neutralität sei der einzig vernünftige Gedanke, muss zwar nicht zwingend in diesem Sinne interpretiert werden, fügt sich aber in das Bild dieser pazifistischen Vorstellung.

Die in diesem Bericht suggerierte Leichtigkeit des Erfolgs von Kohl täuscht aber darüber hinweg, dass der Sowjetführung bereits klar war, dass sie sich die DDR nicht mehr „leisten“ konnte und darüber hinaus ihre Vormachtstellung im gesamten Ostblock durch die Abkehr einer ganzen Reihe von Staaten (Ungarn, Polen, Tschechoslowakei und die baltischen Staaten) vom System des Kommunismus zumindest schon sehr stark gefährdet war. Dass in diesem Zustand der machtpolitischen Labilität der Sowjetunion das „Ja“ zur deutschen Wiedervereinigung wesentlich leichter zu erreichen war als etwa noch zwei Jahre zuvor, stand außer Frage. Insofern trifft die hier verwendete Metapher von der „reifen Frucht“ restriktiv zu, verschweigt aber zugleich die machtpolitischen Umstände in der Sowjetunion, die diesen Prozess wesentlich begünstigten. Das partielle Erwähnen oder Auslassen von Fakten aus dem Kontext ist gleichfalls ein probates Stilmittel einer in eine bestimmte Richtung intendierte Berichterstattung. Gewiss konnte Helmut Kohl sich auch als Sieger fühlen, da die CDU, deren Parteivorsitzender er auch war, das Ziel der deutschen Wiedervereinigung seit den Tagen Adenauers fokussierte. Das Unbehagen der linksintellektuellen Presse, den wohl bedeutendsten außen- und deutschlandpolitischen Erfolg dem konservativen Helmut Kohl zuschreiben zu müssen, wird an diesem Beispiel deutlich.

In diesem Zusammenhang ist auch die Bewertung des Vortrags Kohls vor der Presse über das Ergebnis zu deuten. Die Enttäuschung darüber und die vertretene Ansicht, dieses sei „recht dünn“ ausgefallen, konnte daher doch nur von jenen in diesem Sinne interpretiert werden, die möglicherweise ein anderes Ergebnis erwartet hatten oder, simplifizierend ausgedrückt, dem CDU-Mann Kohl einen solchen Erfolg missgönnten.

Die hier gestreute Enttäuschung über die Haltung der Sowjetführung manifestiert sich in der Äußerung, sie habe die Initiative aus der Hand gegeben. Ganz bewusst wird dabei übersehen, dass das Gesetz des Handelns weder bei Gorbatschow noch bei Kohl lag, sondern von den Ereignissen bestimmt wurde.

Erwartungsgemäß wird das Fehlen einer eindeutigen Aussage zur polnischen Grenzfrage kritisiert. Die von Kohl vertretene Position, diese könne erst von einer gesamtdeutschen Regierung abgegeben werden, war ein Dauer-Kritikpunkt sowohl der innenpolitischen Opposition als auch einer Reihe europäischer Partner (etwa Großbritannien und Frankreich).

Letztlich manifestiert sich die Kritik dieses Artikels am fokussierten Zeitablauf, der auf eine rasche Wiedervereinigung hinauslief.

Der Kanzler selbst wird als Vollstrecker und Triumphator beschrieben, dem es an staatsmännischem Format ganz offensichtlich fehle.

Auch der Bericht des SPIEGELS akzentuiert die Bündnis- und Sicherheitsfragen. Darüber hinaus wird der Eindruck vermittelt, die Vier Mächte stünden unisono zum Verlauf der Ereignisse und akzeptierten die sich damit immer deutlicher abzeichnende deutsche Wiedervereinigung. Mit den Gesprächen von Moskau seien die letzten Hürden genommen. Schwierigkeiten gäbe es nur auf sowjetischer Seite, denn hier sei man innenpolitisch in ernsthafter Sorge, dass der Sieg von 1945 verspielt würde. Entsprechende Kritiken werden in dem Bericht angeführt.

Auch hier wird der Kanzler als ein unnachgiebiger Regierungschef beschrieben, der in der Frage der Bündniszugehörigkeit keine Kompromisse mache, womit die Haltung Kohls allerdings korrekt wiedergegeben wurde, da für ihn die Zugehörigkeit ganz Deutschlands zur NATO nie zur Disposition stand, wenngleich er sich für eine gewisse Interimszeit zu dem Kompromiss bereit erklärte, die Stationierung von Sowjettruppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR aufrechtzuerhalten, wenn sie allmählich aus Deutschland zurückverlegt würden.

Angesichts der desolaten Lage der DDR-Wirtschaft (der Zustand der sowjetischen wird hingegen nicht genannt) sei die Zustimmung Gorbatschows zur deutschen Wiedervereinigung kein schwieriges Problem gewesen. Im Gegenteil: Moskau fühle sich durch die Übernahme der wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber der DDR erleichtert. Die Kritik richtet sich auch hier an den Bundeskanzler, der offenbar nicht wisse, worauf er sich dabei einlasse. Der Autor übernimmt damit indirekt die Kritik des SPD-Kanzlerkandidaten, der explizit vor den nicht kalkulierbaren Kosten warnte. Die vom Bundeskanzler zugesagte Soforthilfe, die schon vor dessen Besuch in Moskau zur Verfügung gestellt wurde, wird hier zum ‚Mitbringsel‘ marginalisiert.

Eine deutlichere, wenn auch verhaltenere Kritik wird allerdings am angestrebten zeitlichen Ablauf der Wiedervereinigung geübt. Die Bundesregierung und ihr

Kanzler seien offenbar dazu übergegangen, den ursprünglichen Zeitplan und die damit verbundenen Konsultationen aller Partner und in Frage kommenden Organisationen aufzugeben.

Dass die militärischen Fragen offenbar noch nicht bis in die letzte Konsequenz durchdacht worden seien, soll dem Rezipienten auch im letzten Absatz vermittelt werden, da die künftigen NATO-Strukturen und der militärische Status der ehemaligen DDR noch gänzlich offen seien.

Die Berichterstattung der FR erfolgt in ähnlicher Weise. Nebensächlichkeiten, wie das Auftreten auf der Moskauer Pressekonferenz und die vernehmbar gelöste Plauderei zwischen ihm und Außenminister Genscher scheinen dabei ein Indiz für die bereits im SPIEGEL getroffene Feststellung zu sein, dass die sowjetische Zustimmung zur deutschen Einheit nur noch eine Formsache gewesen sei, was durch den Auftritt des Kanzlers vor der Presse unterstrichen werden sollte. Die Botschaft der deutschen Wiedervereinigung gerät zur Nebensache, was damit begründet wird, dass sie durch die Bekanntgabe durch den sowjetischen Pressesprecher schon verbreitet worden sei. Wichtiger hingegen scheint es wohl auch hier, den Eindruck zu vermitteln, die Sowjetführung habe die DDR verschenkt. Dies entsprach jedoch keineswegs den Realitäten.

Mit den Metaphern eines strahlenden Helden und gewichtigen Staatsmannes wird Kohl karikiert. Beinahe als Nebensatz wird das entscheidende Ergebnis, nämlich der eigentlich wichtigste Passus seiner Presseerklärung über die sowjetische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung erwähnt. Doch auch mit Kritik an der Sowjetführung wird nicht gespart. Ihr wird in diesem Zusammenhang unterstellt, die DDR schnellstmöglich loswerden zu wollen und dafür lediglich einen akzeptablen Preis zu erzielen. Wie schon zuvor erwähnt, wird der eigentliche Kontext durch die partielle Auslassung der genannten Fakten in eine bereits intendierte Richtung wiedergegeben.

Auch was den wirtschaftlichen und politischen Zustand des östlichen deutschen Teilstaats betrifft, habe Kohl ein übertrieben unrealistisches Szenario inszeniert. Doch dazu bedurfte es keiner drastischen Übertreibung, wie hier glaubend gemacht werden soll. Die DDR war zu diesem Zeitpunkt tatsächlich am Ende und der Exodus durch die anhaltende Massenflucht offensichtlich nicht mehr aufzuhalten.

Die Einführung der WWU wird denn auch als ökonomische Panikreaktion abgetan. Gewiss: Sie war ein Schnellschuss und unter anderen äußeren Umständen wäre ein

solcher Schritt wohl mit mehr Überlegung erfolgt, doch musste rasch gehandelt werden, damit die Massenflucht aus der DDR gestoppt werden konnte.

Dass alle Überlegungen über die schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten, wie etwa noch im Zehn-Punkte-Plan Kohls, oder die umfangreichen Konsultationsabsichten der Partner sehr schnell obsolet werden würden, ist eine Tatsache, deren Ursache nicht auf Helmut Kohl zurückzuführen war, jedoch wird dieser Eindruck vermittelt.

Dass sich die sowjetische Seite in gewisser Weise als Verlierer gefühlt habe, kann noch nachvollzogen werden, wenngleich auch diese Darstellung den Realitäten nicht ganz entspricht. Eine gewisse Erleichterung, sich der maroden DDR nicht mehr verpflichtet fühlen zu müssen, muss bei aller Kritik an den offenbar gering scheinenden Gegenleistungen der Bundesrepublik berücksichtigt werden. Dass Gorbatschow der Pressekonferenz Kohls fernblieb, darf nicht als zwingendes Indiz für dessen Niederlage interpretiert werden. Schließlich erhielt er die Zusage für umfangreiche Wirtschaftshilfen, die auch seine innenpolitische Position stabilisieren helfen sollten.

Den Durchbruch bei den Moskauer Gesprächen in Zweifel zu stellen, unterstreicht die offen ablehnende Haltung des Autors gegenüber dem erzielten Ergebnis. Dass Helmut Kohl unmittelbar vor den bevorstehenden Wahlen zur DDR-Volkskammer eine solche Zusage Gorbatschows erreichen konnte, wurde von einem Teil der Presse mit unverhohlenem Unbehagen und mit dem Versuch der Marginalisierung zur Kenntnis genommen.

Die SZ verzichtet in ihrem Bericht auf jegliche Polemik und beschränkt sich auf die sachliche Erläuterung der Gesprächsergebnisse. Der Grund hierfür ist relativ einfach. Berichte, die auf der Titelseite eines Blattes erscheinen, erheben in der Regel den Anspruch einer unkommentierten Wiedergabe.³¹⁵ Die Akzentuierung liegt in dem Bestreben einer möglichst authentischen Berichterstattung, was durch die zahlreichen Zitate belegt werden soll. Anders als in den Berichten eines Magazins oder auf Innenseiten eines Blattes wird daher auf jegliche Kommentierung verzichtet. Die Intention besteht stets darin – auch hierin ist eine Regelmäßigkeit bei Tageszeitungen zu erblicken – ,den Rezipienten zunächst über den jeweiligen Sachverhalt aufzuklären und erst dann das Ereignis wertend zu kommentieren. Magazinberichte verzichten auf diese Zweiteilung, da sie nur wöchentlich erscheinen und die Kenntnis der Fakten durch den Rezipienten voraussetzen können. Sie erheben zudem den

Anspruch auf ausführlichere Hintergrundinformationen, die, da sie über die bloße Faktendarstellung hinausgehen, häufiger durch Wertungen des Berichterstatters begleitet werden.

Die Berichterstattung der FAZ ähnelt der der SZ (auch hier erschien der Bericht auf der ersten Seite). Die Sachlichkeit überwiegt und auf wertende Kommentare wird verzichtet, wenngleich schon festgestellt wurde, dass durch eine bestimmte Wortwahl gleichwohl Interpretationen vorgenommen werden können. Auch die FAZ akzentuiert die Sicherheitsfragen und Bündniszugehörigkeit sowie das Tempo des Wiedervereinigungsprozesses. Erst an nachgeordneter Stelle wird über die wirtschaftlichen Fragen berichtet, die sowohl die der Sowjetunion als auch die der DDR betreffen, was wiederum als Indiz dafür gewertet werden kann, dass die Sicherheitsfragen für die sowjetische Seite von hervorragender Bedeutung waren. Übereinstimmend berichten alle Autoren von den offenbar weniger problematischen Verhandlungen über die wirtschaftliche Unterstützung der Sowjetunion bzw. die Übernahme der DDR-Verpflichtungen durch die Bundesrepublik.

Methodisch gehen alle Berichterstatter in ähnlicher Weise vor. Um die Authentizität zu unterstreichen, beruft man sich

- a) auf sichere Quellen und
- b) werden beteiligte Akteure zitiert,

wobei die unter b) Genannten entweder kommentiert oder nur zur Verifizierung der im Bericht vertretenen Positionen herangezogen werden.

In einer ersten Zwischenbilanz können grundsätzlich drei Typen von Berichten unterschieden werden.

Typ A:	Typ B:	Typ C:
<i><u>Titelseitenbericht</u></i>	<i><u>Innenseitenbericht</u></i>	<i><u>Magazinbericht</u></i>
Akzentuierung von Fakten, geringe Neigung zur Bewertung.	Bewertung derFaktenlage und Kommentierung durch den Autor.	Akzentuierung der Bewertung durch den Autor

4.3. Die Wiedervereinigung

Nach der Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung und der für das Bündnis für Deutschland unter Führung der CDU erfolgreichen Wahl zur DDR-Volkskammer waren die äußeren wie inneren Bedingungen zur Einleitung der letzten Phase der Wiedervereinigung erfüllt. Dennoch gab es eine Reihe von Problemen, die noch gelöst werden mussten, denn nun ging es nicht mehr um die deutsche Frage allein, sondern um die Zukunft der EG. Das Ziel, die Gemeinschaft zu einer politischen Union zu vereinen, erhielt durch den deutschen Einigungsprozess zwar neue Schubkraft, erreicht war es jedoch noch lange nicht. „Es war ja schön und gut, wenn Delors konkrete Schritte zur weiteren Integration der EG forderte. Doch die Mitgliedstaaten waren in der Frage der Politischen Union oder der Europäischen Währungsunion alles andere als einer Meinung.“³¹⁶ Einig war man sich offensichtlich nur in der Angst vor einem zu starken Deutschland. Es galt also, noch vor der offiziellen Wiedervereinigung Pläne zu entwickeln, die diese Befürchtungen einerseits entkräften und andererseits der von Kohl und Mitterrand seit Beginn der achtziger Jahre angestrebten Europäischen Politischen Union zum entscheidenden Durchbruch verhelfen sollten. Über den Weg dorthin war man sich in der Gemeinschaft keineswegs einig. Gegen die von Kohl vorgeschlagene Europäische Währungsunion würde „Großbritannien [...] erbitterten Widerstand leisten, und die französischen Vorstellungen über eine Währungsunion passten bisher wenig zu den deutschen. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik? Auch die war noch nicht einmal in Umrissen klar, lediglich zwischen Kommission und Parlament andiskutiert und unter den Mitgliedstaaten kontrovers.“³¹⁷ Die Bundesregierung stand nun vor der doppelten Aufgabe, einerseits die Verhandlungen mit der DDR über den Wiedervereinigungsprozess zu führen und andererseits die europäische Integrationsidee konkret zu definieren.

Bereits auf dem Sondergipfel in Dublin im April „schlugen Kohl und Mitterrand dem Europäischen Rat vor, gleichzeitig mit der geplanten Regierungskonferenz zur europäischen Währungsunion eine weitere Regierungskonferenz einzuberufen, deren Aufgabe es sein sollte, die Politische Union zu verwirklichen.“³¹⁸ Aus deutscher Sicht galt es jedoch zunächst, die Einwilligung der EG-Kommission zur Wiedervereinigung zu erlangen. Es war also durchaus nicht so, wie es in einem Teil der hier besprochenen Presseveröffentlichungen dargestellt wurde, dass Kohl, nachdem er die Zusage der Vier Mächte, insbesondere die der Sowjetunion, erhalten

hatte, den Wiedervereinigungsprozess quasi im Alleingang und ohne die Beteiligung der europäischen Partner betrieben habe.

Selbstverständlich war es für die EG-Kommission kaum möglich, nachdem die Vier Mächte ihre Einwilligung erklärt hatten, sich gegen dieses Ziel zu stellen, auch wenn es, wie in der Presse ganz richtig wiedergegeben wurde, bei einem Teil der Mitgliedstaaten nach wie vor Vorbehalte und Bedenken gab, die jedoch mehr aus der konkreten Furcht vor einer zu starken Wirtschaftsmacht Deutschlands denn vor der Gefahr eines Ausscherens Deutschlands aus der Gemeinschaft artikuliert wurden. „Am 19. April beschloss die Kommission als Grundlage für die Gespräche in Dublin ihr Papier *„Die Gemeinschaft und die deutsche Vereinigung“*. Die Kommission sprach sich darin für eine Vereinigung nach Art. 23 GG aus [...].“³¹⁹ Weiterhin wurde beschlossen, die DDR in der Interimsphase wenigstens teilweise durch die Übernahme von EG-Rechtsvorschriften in die Gemeinschaft zu integrieren.³²⁰

Damit war ein wichtiges Etappenziel in Richtung Zustimmung der EG zur Wiedervereinigung Deutschlands erreicht.

Wichtiger für Kohl war jedoch die offizielle Verlautbarung des EG-Rates zum Abschluss des Sondergipfels von Dublin:

„(...) Die Gemeinschaft begrüßt die Vereinigung Deutschlands wärmstens. (...) Wir sind zuversichtlich, dass die Vereinigung Deutschlands – als Ergebnis des frei geäußerten Wunsches des deutschen Volkes – ein positiver Faktor in der Entwicklung Europas im Allgemeinen und der Gemeinschaft im Besonderen sein wird. (...) wir freuen uns, dass die Vereinigung Deutschlands unter einem europäischen Dach stattfindet.“³²¹ Damit fand die von Kohl immer wieder beteuerte Beteiligung der Gemeinschaft in den deutschen Wiedervereinigungsprozess ihren offiziellen Abschluss.

Bereits am 13. Februar, also unmittelbar nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau, vereinbarten die Außenminister der Vier Mächte sowie der Bundesrepublik und der DDR in Ottawa, die äußeren Aspekte zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu besprechen.³²²

Somit war bis zum Frühjahr 1990 eine prinzipielle außenpolitische Einigung über die Wiederherstellung der deutschen Einheit erzielt worden. Jedoch blieb die Frage der Bündniszugehörigkeit Deutschlands, für die bei den Moskauer Gesprächen noch keine endgültige Lösung gefunden wurde, weiterhin offen. Es kam daher darauf an, eine endgültige Verständigung mit der Sowjetunion herbeizuführen.

Kohl reiste im Juli erneut nach Moskau, um diesen letzten strittigen Punkt mit Gorbatschow zu klären.³²³ Vorausgegangen war ein NATO-Gipfel in London, auf dem wichtige Signale an die Adresse Moskaus gerichtet wurden. Die Kernaussagen lauteten:

- „Die NATO bekräftigte, dass Sicherheit und Stabilität sich nicht nur militärisch definieren. Das westliche Bündnis würde deshalb seine schon immer vorhandene politische Komponente ausbauen. [...]
- In einer gemeinsamen Deklaration sollten die Staaten der beiden Verteidigungsbündnisse feierlich bekunden, dass sie sich künftig nicht mehr als Gegner betrachteten und auf Aggression verzichteten. Alle anderen KSZE-Staaten wurden aufgefordert, sich dieser Erklärung anzuschließen.
- Michail Gorbatschow, aber auch andere Vertreter der mittel- und osteuropäischen Staaten wurden eingeladen, vor dem Nordatlantikrat in Brüssel zu sprechen.
- Die Staaten des Warschauer Paktes sollten dabei nicht nur zu Besuch nach Brüssel kommen, sondern ständige diplomatische Verbindungen mit der NATO aufnehmen.
- Um die „Hinterlassenschaft von Jahrzehnten des Misstrauens zu überwinden“, sollten militärische Kontakte intensiviert werden.
- Die NATO wollte künftig über „kleinere und umstrukturierte aktive Streitkräfte verfügen“ und die Einsatzbereitschaft reduzieren.“³²⁴

Damit sollte einerseits der Wandel im westlichen Bündnis von einer reinen Verteidigungsgemeinschaft gegenüber dem Warschauer Pakt zu einem mehr politisch akzentuierten Bündnis angestrebt und zugleich die Kooperationsbereitschaft mit dem ehemaligen militärischen Gegner dokumentiert werden. Die Umstrukturierung und die Reduzierung der Truppen sowie mehr Transparenz und Kooperationsbereitschaft sollten eine größere Vertrauensbasis zwischen den bisher misstrauisch einander gegenüberstehenden Militärblöcken in Europa schaffen. Die Einladung an Gorbatschow sowie der Vorschlag intensiverer Verbindungen waren sicher auch geeignete Maßnahmen, es Gorbatschow zu erleichtern, Kohl die Zustimmung für die Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands in das westliche Bündnis zu erteilen. Doch auch ohne die Entwicklung in Deutschland wäre allein schon durch

die fundamentalen Veränderungen im Osten und die Auflösung des Warschauer Paktes eine Strukturreform der NATO notwendig geworden.³²⁵

Nicht nur die europäischen Politik- und Militärstrukturen bedurften einer Veränderung ihrer bisherigen Positionen. Die bevorstehende Wiedervereinigung machte auch eine neue Definition der deutschen Außenpolitik notwendig. „Bundeskanzler Kohl hatte 1990 zum Postulat erhoben, dass die Wiedervereinigung Deutschlands, damit sie nicht zu einer Renationalisierung der deutschen Politik führe, eingebettet sein müsste in die „europäische Einigung“ und in den Integrationsprozess in Westeuropa.“³²⁶ Wie einst Konrad Adenauer die Bundesrepublik in das westliche Bündnis zu integrieren bestrebt war, um die Furcht der Nachbarstaaten vor einer künftigen Renationalisierung deutscher Außenpolitik zu entkräften, sah sich auch Kohl mit dieser auf Gesamtdeutschland bezogenen Situation konfrontiert.

In zahlreichen Reden bekräftigte Kohl immer wieder seine Zielvorstellungen über die künftige Rolle Deutschlands in Europa sowie die Entwicklung der EG zur Politischen Union.

Von seinem Standpunkt, die Neutralität Deutschlands sei keine Verhandlungsbasis, den er schon bei seinem Besuch in Moskau im Februar dezidiert vertreten hatte, rückte er auch in der Folge nicht ab:

„Das künftige geeinte Deutschland darf nicht neutralisiert oder demilitarisiert werden. Ein sicherheitspolitisch integriertes Deutschland ist ein wesentliches Element europäischer Stabilität. [...] Das künftige geeinte Deutschland muss deshalb im westlichen Bündnis eingebunden bleiben. Ein Austritt aus der NATO darf nicht der Preis für die deutsche Einheit sein. Eine solche Politik ist mit mir nicht zu machen [...].“³²⁷

Damit unterstrich er klar seine Treue zum westlichen Bündnis und signalisierte Moskau zugleich seine unveränderte Haltung in dieser Frage.

Ein weiterer höchst umstrittener Punkt war – wie bereits erwähnt – die immer wieder an ihn gerichtete Forderung, eine Garantieerklärung für die Unverletzlichkeit der polnischen Grenze abzugeben. Sein bisheriger Standpunkt war, dass er diese nur für die Bundesrepublik und nur eine gesamtdeutsche Regierung diese für ganz Deutschland abgeben könne. Nicht zuletzt wegen des innen- wie außenpolitischen Drucks relativierte er seine Haltung, indem er erklärte: „Ich setze mich nachdrücklich dafür ein, dass die beiden frei gewählten deutschen Parlamente und Regierungen möglichst bald eine gleichlautende Erklärung abgeben, die die Unverletzlichkeit der

Grenzen gegenüber Polen als unverzichtbare Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa bekräftigt. Diese Erklärung soll unmissverständlich den Willen zum Ausdruck bringen, dass die gesamtdeutsche Regierung und das gesamtdeutsche Parlament **sofort nach der Vereinigung beider deutscher Staaten** (im Text hervorgehoben, der Verf.) die Grenzfrage in diesem Sinne völkerrechtlich verbindlich in einem Vertrag mit der Republik Polen abschließend regeln.³²⁸

Damit signalisierte er, dass eine solche Erklärung bereits vor der Wiedervereinigung und Wahl eines gesamtdeutschen Parlamentes möglich sei. Mit dieser Konzession erleichterte er zugleich seine künftige Verhandlungsbasis gegenüber Gorbatschow, der ja auch in diesem Sinne interveniert hatte, denn es war seit der Moskaureise im Februar klar, dass die sowjetische Seite nur zu weiteren Zugeständnissen bereit sein würde, wenn diese strittigen Fragen in einer für sie annehmbaren Form gelöst würden. Ungeachtet der weiteren Forderungen nach wirtschaftlicher Hilfe wäre es für Gorbatschow sehr schwierig gewesen, weitere Konzessionen zu machen, ohne dabei sein Gesicht zu verlieren, da er ja schon wegen seiner prinzipiellen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung innenpolitisch unter starkem Druck stand.

Diese hier skizzierten Diskussionsgrundlagen waren dazu geeignet, die letzte Hürde bei den Verhandlungen mit der Sowjetführung zu nehmen. Kohl konnte dem Kreml zusammengefasst folgendes Angebot machen:

1. Die Bereitschaft der NATO zur engeren Kooperation mit dem Warschauer Pakt. Die Mitgliedschaft ganz Deutschlands im westlichen Bündnis gefährde daher nicht die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion.
2. Die Abstimmung mit den Vier Mächten bei den 2 + 4-Gesprächen und Partnern in der EG solle zeigen, dass Deutschland keine Renationalisierung seiner bisherigen Außenpolitik anstrebe. Die Zustimmung des EG-Rates zeuge zudem von Vertrauen, das man in die deutsche Politik (und insbesondere in seine eigene) haben könne. Die deutsche Wiedervereinigung und europäische Integration seien „zwei Seiten derselben Medaille“.³²⁹
3. Die Anerkennung der bestehenden Grenzen sei Realpolitik, an der die deutsche Regierung weiterhin festhalten werde.

Als Kohl im Juli erneut mit Gorbatschow zusammentraf, waren somit die Voraussetzungen gegeben, die offen stehenden Fragen endgültig zu lösen. Dass mit diesen Gesprächen erneut umfangreiche Wirtschaftshilfen aus der Bundesrepublik verknüpft sein würden, lag auf der Hand. Die sowjetische Wirtschaft befand sich in einem desolaten Zustand. Allerdings bemühten sich beide Seiten, diesen Eindruck nicht in der Öffentlichkeit entstehen zu lassen und vermieden es, diesen Punkt auch nur zu erwähnen.³³⁰ Auch in den acht Punkten, die Kohl zum Abschluss der Gespräche auf seiner Pressekonferenz den Journalisten mitteilte, ging er mit keinem Wort auf etwaige Zusagen ein.³³¹

Mit der endgültigen Zustimmung Gorbatschows, Gesamtdeutschland als NATO-Mitglied zu akzeptieren, und dem damit verbundenen Rückzug sowjetischer Truppen vom Territorium der ehemaligen DDR³³² waren die letzten Hindernisse auf dem Weg zur Vereinigung Deutschlands beseitigt.

4.3.1 Textbeispiele

Beispiel 13: Die TAZ und die deutsche Wiedervereinigung

Copyright © Controllers media GmbH

T901005.19 TAZ Nr. 3227 Seite 3 vom 05.10.1990

126 Zeilen von TAZ-Bericht ferdos forudastan

„Regierungserklärung im Berliner Reichstag

Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt

Die erste Bundestagssitzung des gesamtdeutschen Parlaments im Berliner Reichstag war geprägt von Nüchternheit. Kohl forderte das Volk auf, die Ärmel hochzukrempeln, um Deutschland nun auch wirtschaftlich, sozial und kulturell zu vereinen.

Kaum war Helmut Kohl vom Rednerpult gestiegen, machte in den Gängen des ehemaligen Reichstages ein erster Witz die Runde: "Warum haben die Abgeordneten von CDU/CSU/DSU zwar kraftlos, aber oft geklatscht? Um den Kanzler aufzuwecken." Erste Sitzung des erweiterten Bundestages, am zweiten Tag nach der Wiedervereinigung von DDR und BRD und das noch in Berlin: Ein Ereignis, angetan, Helmut Kohl alle Nationalismen zu entlocken, deren er fähig ist.

Er ließ sie sich aber nicht entlocken. Statt hemmungslos deutsche Geschichte zu klittern, lauthals deutsche Gegenwart zu verherrlichen und deutsch-deutsche

Zukunft zu verdrängen, hielt der Kanzler müde und lustlos - ein Referat. Seine These: Nun ist's des Feierns genug; wer mir bisher geglaubt hat, die Einheit gebe nur, nehme aber nicht, muss sich umstellen.

"Was in vier Jahrzehnten zerstört wurde..."

„Große Aufgaben liegen vor uns, die alle Kraft beanspruchen werden“, „wir stehen erst am Anfang der Einheit“, „wir müssen uns den neuen Herausforderungen stellen“ und „große Anstrengungen und Opfer erbringen“, „die Erwartungen [der ehemaligen DDR-ler] gehen manchmal darüber hinaus, was zu leisten ist“, „was in vier Jahrzehnten zerstört wurde, kann nicht in Wochen und Monaten wieder aufgerichtet werden“, „es wird für viele eine schwierige Phase“. Solche Ermahnungen zogen sich durch nahezu alle Abschnitte der Kohlschen Regierungserklärung.

Eher pflichtschuldig sprach Kohl von wirtschaftlichen Vorzügen der Wiedervereinigung. Nur einmal und ganz kurz erwähnte er die „immateriellen Vorteile“, die die Einheit mit sich bringe.

Eigenlob und Lob von Willy Brandt

Buchhalterisch lobte er seine Regierungspolitik, ganz allgemein sprach er von zukünftigen Vorhaben. „Nichts, aber auch gar nichts Konkretes hat der Kanzler damit den Menschen in den östlichen Bundesländern an die Hand gegeben“, so kommentierte es hinterher der ehemalige Volkskammerabgeordnete Konrad Weiß.

Gegen die SPD zog der Kanzler kaum zu Felde. Und das war auch nicht nötig: Willy Brandt, erster Redner der SozialdemokratInnen verneigte sich mit seiner Rede tief vor Helmut Kohl. „Wer wollte Ihnen den Erfolg missgönnen“, rief Brandt dem wohlgenickenden Kohl etwa zu. Er machte ihm Mut „ich setze darauf, dass wir's schaffen werden“ und sprach immer wieder von der „gemeinsamen Verantwortung“. Opposition und Regierung - diesen Gegensatz schien Brandt ganz aufheben zu wollen: „Wir sind alle eher Stafettenläufer als Einzelkämpfer.“

Soviel Anbiederung tat den Regierungsfractionen sichtlich wohl und stimmte sie milde - so milde, dass sie wenig später den angriffslustigen Oskar Lafontaine eher belachten, anstatt ihn wie sonst wütend zu beschimpfen.

Der SPD-Kanzlerkandidat warnte vor der deutschen Tradition des Unpolitischen und Apolitischen und der Gefahr eines wiedererstarkenden Nationalismus. Wie immer sagte er voraus, dass die Einheit teuer wird und griff die Bonner Regierung heftig dafür an, wie sie mit dieser Perspektive umgeht: „Was wir jetzt erleben, ist ein Lotteriespiel, das hat mit solider Finanzpolitik nichts zu tun.“

Große Koalition der Kommunistenfeinde

Wie die erweiterten Bonner Parteien demnächst mit der neuen Opposition von PDS und Bürgerbewegung umgehen werden - davon gab die gestrige Debatte einen kurzen, aber deutlichen Eindruck: Als Wolfgang Ullmann, Abgeordneter der Bürgerbewegung Bündnis 90, leise und klug von den künftigen verfassungsmäßigen Grundlagen der neuen Republik sprach, war der Plenarsaal fast leer. Gregor Gysi, PDS, hörten zwar fast alle aufmerksam zu. Auch selbstkritische und nachdenkliche Sätze quittierte die Mehrheit der ParlamentarierInnen jedoch mit Häme oder Hass - oder dem scheinbar unbezwingbaren Drang nach demonstrativer Abgrenzung: Zwei Abgeordnete der Grünen mochten selbst in dieser feindseligen Stimmung nicht darauf verzichten, Gregor Gysi mit kritischen Zwischenfragen zu unterbrechen. Redner der Union hatten sie kurz zuvor ungeschoren gelassen.

Ferdos Forudastan³³³

Die Ereignisse um die Wiedervereinigung wurden in den hier wieder gegebenen Textbeispielen aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Einerseits auf einer deskriptiv reduzierten Ebene, andererseits in einer kontroversen Diskussion um die politischen Folgen der Regierungspolitik Helmut Kohls. Während in der Berichterstattung über den Tag der Wiedervereinigung die emotionalen Momente in den Vordergrund rückten, wobei jedoch auch hier an Kritik nicht gespart und nach negativen Konsequenzen gesucht wurde, wirft jene über die Regierungserklärung des Kanzlers ein signifikantes Licht auf die innenpolitische Situation. Zweifellos stand Helmut Kohl im Zenit seiner Macht und seines Ansehens. Für jenen Teil der Presse, der dem Kanzler seit jeher distanziert bis ablehnend gegenüberstand, war dies zweifellos eine schwierige Situation, um Kohl Versagen und Ungeschick vorzuwerfen, dennoch wurden Ansatzpunkte gefunden, ihn weiterhin zu kritisieren. Im Bericht der TAZ tritt diese Ablehnung besonders deutlich zu Tage. Bemerkenswert ist dabei allein schon der zweite Teil der Überschrift, der eine bewusste Anspielung auf die Zeit des Regierungsantritts Helmut Kohls im Jahre 1983 enthält und der Musikszene entlehnt ist.³³⁴ Die hier verwendete Metapher des in die Hände-Spuckens symbolisiert originär ja eine positive Leistungsbereitschaft. Hier hingegen muss sie als kontraproduktive Aussage zur Regierungspolitik Kohls gewertet werden. Die von Kohl positiv intendierte Aufforderung, eine verstärkte Leistungsbereitschaft zu entwickeln, entspricht daher wohl auch dem oben genannten Sinn.

Die Berichterstattung der TAZ weicht – wie an anderer Stelle schon gezeigt – von der bloßen Kommentierung der wiederzugebenden Sachverhalte ab. Eines der Ziele hierbei scheint offensichtlich zu sein, den Kanzler einer gewissen Lächerlichkeit preiszugeben oder ihn sogar zu diffamieren. Wie anders kann das Zitieren eines angeblich kursierenden Witzes in der Folge der Kanzlerrede interpretiert werden? Noch bevor der Autor des Berichtes auf die sachlichen Inhalte von Kohls Rede überhaupt eingeht, werden die vom Autor offensichtlich perzipierten Reaktionen aus dem Plenum angezeigt. Die Enttäuschung über die Rede des Kanzlers, der die offenbar erwartete nationalistische Akzentuierung darin fehlen ließ, ist signifikant. Statt dessen wird die Regierungserklärung zu einem Referat abgewertet, das die Selbstbeichtigung der Lüge des Kanzlers beinhaltet. Einer der Vorwürfe, die Kohl seit dieser Zeit immer wieder gemacht wurde, war, die finanziellen Folgen aus wahltaktischen Gründen bagatellisiert zu haben. Dies mag teilweise sogar zutreffen, doch lagen damals noch keine exakten und gesicherten Studien vor und für die unpopulären Aussagen Oskar Lafontaines waren die wenigsten empfänglich. Es herrschte, wenn man so will, sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung eine gewisse Blauäugigkeit hinsichtlich des Gelingens des Zusammenwachsens beider deutscher Teilstaaten.

Ganz offensichtlich sollen die zitierten Aussagen Kohls aus seiner Regierungserklärung in den Kontext passen und die zuvor aufgestellte These, er habe bislang die Unwahrheit gesagt, untermauern. Der Tenor dieser Aussagen besteht darin, dass große Aufgaben zu bewältigen seien, die viel Kraft, Anstrengungen und auch Opfer kosteten. Der Wiederaufbau werde wohl eine längere Zeit in Anspruch nehmen und diese Zeit sei sehr schwierig. Diese Aussagen waren zweifellos zutreffend und es darf Kohl unterstellt werden, dass er diese Erkenntnis nicht erst seit seiner Regierungserklärung besaß. Genau hier setzt der Bericht an. Die Auszüge aus seiner Rede sollen der Beweis dafür sein, dass Kohl diese vorhersehbaren Mühen bislang verschwiegen habe und nun, nachdem er sein politisches Ziel (fast) erreicht habe,³³⁵ die Deutschen mit vagen Andeutungen vorsichtig auf die bevorstehenden Schwierigkeiten hinweise. So ganz abwegig ist diese Theorie allerdings nicht, jedoch auch keine revolutionierend neue Erkenntnis. Es gehört zum politischen Wahlkampfgeschäft, dass die Regierungsparteien auf die Erfolge ihrer bisherigen Arbeit verweisen, wenngleich sie auch, jedoch eher moderat, auf noch ungelöste Aufgaben und etwaige Schwierigkeiten bei der Bewältigung hinweisen. Die

Opposition nimmt dabei eine zumeist konträre Position ein und stellt die ungelösten Fragen in den Vordergrund, die sie in der Lage sei zu lösen weswegen sie richtige Alternative zur gegenwärtigen Regierung sei.

Im Bundestagswahlkampf 1990 war diese Konstellation nicht ganz eindeutig. Zwar sprachen die SPD-Opposition, besonders jedoch die Grünen von den immensen Belastungen, die nun auf die Deutschen hereinbrächen und warfen der Regierung die Bagatellisierung dieses Problems vor, doch gegen den augenscheinlichen Erfolg der Wiedervereinigung waren sie machtlos und mussten diesen gezwungenermaßen auch als einen Erfolg Kanzler Kohls anerkennen.

In einer solchen Situation ist es daher erheblich schwieriger, gegen eine offensichtlich so erfolgreiche Regierung Front zu machen. Die Berufung auf einen ehemaligen Volkskammerabgeordneten, der das Fehlen von Konkretem beklagte, kann als ein Versuch in diese Richtung gewertet werden, jedoch signalisiert dies auch eine gewisse Resignation, zumal die größte Oppositionspartei, die SPD, durch ihren Ehrenvorsitzenden Brandt ganz offen vom Erfolg Kohls sprach und ihre Unterstützung bei der Bewältigung der kommenden Aufgaben zusagte. Eine solche Situation kurz vor einer Bundestagswahl war in der Tat ein Novum. Der Autor macht aus seiner Aversion gegen diese Haltung keinen Hehl. Doch auch die hier kurz zitierten Warnungen Lafontaines hinsichtlich der Gefahr nationalen Eigensinns und des finanziellen Risikos scheinen nur mehr ein weiterer Beleg dafür gewesen zu sein, dass die Mehrheit wohl anders dachte. Der Autor konstatiert dies nicht ohne gewisse Resignation auch da, wo es um die parlamentarische Auseinandersetzung mit der SED-Nachfolgepartei PDS geht. Lediglich bei der Bürgerbewegung Bündnis 90 will er ein gewisses Verständnis perzipiert haben, das jedoch von den übrigen Mitgliedern des Bundestages weitgehend ignoriert worden zu sein schien („der Bündnis 90-Abgeordnete Ullmann sprach vor fast leerem Haus“) und somit eine demonstrative Abgrenzung dokumentieren sollte. Die Auseinandersetzung mit der PDS sei dagegen mit Hass und Häme von der Mehrheit des Hauses geführt worden. Auch die Tatsache, dass zwei Abgeordnete der Grünen in einen kritischen Dialog mit dem PDS-Abgeordneten Gysi traten, kann als deutlicher Hinweis dafür gewertet werden, dass der Autor

- a) eine gewisse Sympathie für die Auseinandersetzung mit der PDS zeigt,
- b) seine Abneigung gegen das Verhalten der meisten Parlamentarier (gemeint sind hier die der Regierungskoalition, aber auch die der SPD) deutlich macht und
- c) offenbar nur die Grünen bzw. das Bündnis 90 eine seiner Ansicht nach adäquate Auseinandersetzung mit der PDS zu führen in der Lage seien.

Dass sich der Autor wohl auch stellvertretend für den größten Teil seiner Rezipienten mit den unter c) genannten politischen Gruppierungen ideell verbunden fühlen dürfte, kann angenommen werden.

Beispiel 14: Der SPIEGEL und die deutsche Wiedervereinigung

„Freude ohne Götterfunke

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über das Einheitsfest

Wir Deutschen. Ein Volk. Unsere Nation. Kulturelles Erbe. Einheit unseres Vaterlandes. Last der Geschichte. Historische Chance. Ganz Deutschland. Schwer und hallend, als würden seine Sätze und Parolen von der Freiheitsglocke in die Welt gewummert, breitet Helmut Kohl seine Politik vor dem Parlament aus. Eine Regierungserklärung? Eher ist es die Proklamation eines immer währenden Tages der Einheit, mit der der Kanzler am Donnerstag vergangener Woche die erste Sitzung des gesamtdeutschen Parlaments im Berliner Reichstag lähmt.

Zu gern hätte Konrad Elmer, Sozialdemokrat aus Berlins Ostteil, an Helmut Kohl eine Zwischenfrage gestellt. Aber schickt sich das? Der gravitatische Mann unter dem blitzblanken neuen Bundesadler dröhnt 35mal „Deutschland“ ins Plenum, hebt seine Rede 39mal mit den beschwörenden Worten „deutsch“ oder „Deutsche“ auf nationale Rekordhöhen – und Elmer, der Neue aus dem Osten, soll mit einer Frage nach den Folgen des rituellen westlichen Antikommunismus dazwischenfahren?

Elmer, Mitbegründer der Ost-SPD, lässt sich wie nahezu alle anderen Abgeordneten der Opposition vom vaterländischen Kanzler in einem Festakt bannen, in dem Kontroversen und Konflikte angebracht gewesen wären. Thronend auf einem Hügel aus patriotischem Wortmüll verlängert Helmut Kohl ja nicht nur die Wiedervereinigungs-Festivitäten; er gibt auch ungestört und ungeniert den Grundton

für den Wahlkampf an. Vom Parteitag der CDU in Hamburg über die Gründungsfeiern der erweiterten Republik auf der Freitreppe des Reichstages bis zur ersten Sitzung des neuen Parlaments versuchen Helmut Kohl und seine Christenunion „unser vereintes Vaterland“ wie ihr Parteieigentum zu besetzen.

Vergebens hatten einzelne Sozialdemokraten im Reichstag gefordert, schon bei der feierlichen Vereidigung jener fünf ehemaligen DDR-Parlamentarier den Saal zu verlassen, die sie als reine „Show-Minister“ im Kohl-Kabinett betrachteten – mit Dienstwagen und Hubschraubern aufgemotzte Wahlkämpfer, die ihren Landsleuten östlich der Elbe gleich mal vorführen können, wie schnell man es mit der CDU weit bringen kann. Oskar Lafontaine, des Kanzlers Herausforderer, hatte darauf bestanden, dem Regierungschef als erster Oppositionsredner zu erwidern, um nach all den schwarzrotgoldenen Jubelfeiern hart den Alltag einzuführen.

Die SPD-Fraktionsoberen und der altersnostalgische Ehrenvorsitzende Willy Brandt kannten auch in dieser historischen Überstunde keine Parteien, sie kannten nur noch Deutschland. Und so erhoben sie sich artig zur Vereidigung und lauschten diszipliniert Willy Brandt, der – wie Kohl – mit wolkigem Pathos die Einigkeit beschwor.

Erst in der zweiten Runde darf dann Oskar Lafontaine davor warnen, dass die ständige Mahnung zur Einigkeit – da die nationale Frage durch staatliche Wiedervereinigung beantwortet ist – eine ständige Versuchung „zur konfliktvermeidenden Eintracht“ in sich berge. Eine Warnung freilich, die er – Kohl vernimmt es mit Genuss – an seinen Vorsitzenden Vogel richtet.

Der hat in der Einheitsnacht mit bedenklichem Kopfwiegen die „Helmut, Helmut“ Ovationen aufgenommen, die gefährlich nah an die Stufen der Tribüne vor dem Reichstag anbrandeten. Vogel konnte auch Helmut Kohl beobachten, der so unbeweglich die Huldigungen entgegennimmt, als sei er im Überschwang der Gefühle zur stolzen Statue erstarrt.

Unbesiegbar wirkt er da, ein selbstbetoniertes deutsches Eck, Glockenläuten, Fackeln, Fahnen, krachende Feuerwerksböller und jubelnde Hymnenklänge verschmelzen mit dem großen Kanzler, seinen großen Worten und Gesten und den Massen zu einem Gesamtkunstwerk von wilhelminischem Schwulst.

Hat der SPD-Chef da schon die Dezember-Wahl verloren gegeben? Hat er akzeptiert, dass Helmut Kohl, Historiker mit schwärmerischer Bewunderung für Sozialdemokraten, die lange tot sind, sich anschickt, der SPD die stolzesten Parteitraditionen zu entwenden? Genau dorthin, wo um Mitternacht mit vor Aufregung mahlenden Kiefern 14 junge Sportler aus deutschen Gebieten, die bis dahin Hüben und Drüben hießen, in die mond- und raketenhelle Nacht das

schwarzrotgoldene Tuch von 60 Quadratmetern Größe am Mast hochhieven, blickte am 9. November 1918 auch Philipp Scheidemann und rief die erste deutsche Republik aus: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen.“

Und nun hat er gesiegt, Helmut Kohl aus Oggersheim – auf der ganzen Linie. Reden darf er hier nicht, das haben die regierenden Sozis in Ost- und West-Berlin verhindert. Aber das nimmt ihm nun die Menge ab, die unten ruft: „Die DDR, die ist nicht mehr.“ Stolz befindet da der Kanzler, so viele Menschen hätten sich seit 1918 nie mehr hier versammelt.

„Ein Traum wird Wirklichkeit“, hat er für sein Fernsehvolk vorausgeahnt. Jetzt erlebt es ihn live. [...]

Breit und herausfordernd lässig sitzt der Kanzler deshalb vor dem eleganten adligen Nachbarn aus dem Bonner Präsidentenamts, als der seine Festrede zum neuen Nationalfeiertag in eine Art Regierungserklärung für ein geeintes Deutschland ausweitet, das sich in Inhalt und Stil von der alten Bundesrepublik Helmut Kohls erheblich unterscheidet. [...] Manchmal klingt Richard von Weizsäcker, als führe er die Opposition gegen die Regierung Kohl an. Im Reichstag zitiert Oskar Lafontaine später seine Argumente.

Den Kanzler mag das ärgern, beeindruckt kann es ihn in seinem neuen Selbstbewusstsein kaum noch. Die auf ihn gezielten feinen Spitzen über „gekünstelte Gefühle“, „nationalistisches Pathos“ und „Marketingsprache zeitgemäßer politischer Kommunikation“ mögen die politischen Gourmets im Saal entzücken: An Helmut Kohl prallen sie ab. Ist er nicht als einziger neben Richard von Weizsäcker mit herzlichem Beifall begrüßt worden, als er die Philharmonie betritt? In Berlin fühlt sich der Mann aus Oggersheim dem Freiherrn gewachsen. Und was Inhalt und Form des vereinigten Deutschland angeht, gibt er dem Präsidenten und seinem Sprachrohr Oskar Lafontaine am nächsten Tag im Plenum des Parlaments eine deutliche Antwort: Das neue Deutschland soll werden, wie Helmut Kohls gute alte Bundesrepublik war. Ein Anbau, kein Umbau.

Hart und klirrend klingt die Stimme des Kanzlers, als schepperte die härteste Währung der Welt zwischen den Worten seiner Regierungserklärung: Erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialordnung. Steigende Unternehmenserträge. Wachsende Einkommen. Ungebrochene Dynamik. D-Mark. Leistung und Engagement, Aufschwung und Wachstum. Eine der ersten Adressen der Welt.

Keine Freude?³³⁶

Eine Parallele zum TAZ-Bericht lässt sich bereits in der Überschrift verifizieren. Lehnte sich der Autor der TAZ an ein populäres Musikstück der jüngsten Vergangenheit an, so entnimmt der SPIEGEL-Autor seine Anleihe aus dem Bereich der klassischen Musik.³³⁷ Durch die Negierung der Textzeile, die in Beethovens 9. Symphonie Ausdruck eines Hochgefühls charakterisieren soll, wird hier bereits eine gewisse Abwehrhaltung signalisiert.

Auch der Berichterstatter des SPIEGELS bezieht sich, ohne dies jedoch als Zitat kenntlich zu machen, auf die im TAZ-Bericht angeführten Auszüge aus der Rede Kohls. Eine gewisse Polemik ist evident, denn hier werden die Ausführungen des Kanzlers zu Parolen, die er vor dem Parlament ausbreite. Dass Kohl eine Regierungserklärung abgeben habe, wird hier ebenso bestritten. Es sei vielmehr eine Proklamation. Auch das weist auf die signifikanten polemischen Züge des Berichts hin, denn eine Proklamation setzt nach dem gängigen politischen Verständnis einen Umsturz oder radikale Veränderung einer Staatsform voraus. Dies war, sieht man von den Restriktionen, die in Bezug auf das Staatswesen der DDR gemacht werden mussten, einmal ab, jedoch keineswegs der Fall, wenngleich in diesem Kontext immer wieder von einer friedlichen Revolution gesprochen wurde. Wendete man den Begriff ‚Proklamation‘ alleine auf den Untergang der DDR an, so ergibt auch das ein etwas verzerrtes Bild, denn obgleich die Ursachen der Erhebung in der immer stärker werdenden Oppositionsbewegung und als deren sichtbarstes Zeichen in den Montagsdemonstrationen ihren Ausdruck fanden, erfolgte der Untergang der DDR-Staatsmacht am Ende durch einen durch demokratische Wahlen herbei geführten Akt der Selbstaflösung.³³⁸

Die negative Reaktion auf das von Kohl intendierte und auch erreichte Ergebnis drückt sich ebenso in der in Bezug auf die Regierungserklärung vom Autor perzipierte Lähmung des Bundestages aus. Ist hierin nicht auch schon ein Stück Enttäuschung darüber erkennbar, dass auch die Opposition, namentlich ihr Ehrenvorsitzender Brandt, ihren Respekt und ihre Anerkennung ob dieser historischen Leistung zollten ?

Der Autor bemüht sich ferner, dem Kanzler nationale Bestrebungen, die im Zuge der Wiedervereinigung sowohl im In- als auch im Ausland immer wieder befürchtet wurden, nachzuweisen, indem er die Summen von Kohls Akzentuierungen („Deutschland“, „deutsch“, „Deutsche“) aufzählt. Die Intention eines solchen Vorgehens scheint klar zu sein: Hier sollen diese artikulierten Befürchtungen

nachgewiesen und der Kanzler als Nationalist entlarvt werden, dem man seine Beteuerungen von der Vereinigung im europäischen Kontext nicht glaube.

Kohl dominierte und von der Opposition war anscheinend kein Widerspruch mehr zu erwarten und die, die zur Kritik bereit gewesen seien, so will es der Autor am Beispiel des SPD-Abgeordneten Elmer beobachtet haben, resignierten ganz offensichtlich. Auch die vergeblichen Versuche einzelner SPD-Abgeordneter, den Plenarsaal bei der Vereidigung der neuen, aus der DDR kommenden Bundesminister zu verlassen, dokumentiert seiner Meinung nach den eher hilflosen Versuch, ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Innerhalb der SPD gab es offenbar nicht wenige, die die neuen Kabinettsmitglieder als reine Marionetten betrachtet haben wollten und diese Aufstockung der Bundesregierung für überflüssig hielten.

Dass diese aber nur in die Regierung aufgenommen worden seien, um in der DDR zu demonstrieren, was mit der CDU zu erreichen sei (Dienstwagen, Hubschrauber) und sie zudem als ‚aufgemotzte‘ CDU-Wahlkämpfer zu diffamieren, muss als eine böswillige Unterstellung gewertet werden. Damit sollte im Gegenteil ein auch nach außen sichtbares Signal gegeben werden, im Rahmen des Demokratisierungsprozesses die Parlamentarier aus der ehemaligen DDR in die Verantwortung für Gesamtdeutschland zu integrieren und somit dem Eindruck einer Zweiklassen-Gesellschaft gegenzusteuern.

Die Enttäuschung über die Haltung der Sozialdemokraten und ihr Versagen, das Thema ‚Wiedervereinigung‘ nicht für sich besetzt zu haben, ist evident, was zu neuer Polemik gegen Kohl verleitet: Auf einem Hügel thronend (gemeint ist das Rednerpult im Reichstag) und die Rede als Wortmüll bezeichnend, sind die sichtbarsten Zeichen hierfür.

Auch ein anderes Detail wirft ein signifikantes Licht auf den offenbar zerstrittenen Zustand der SPD. Nicht der Kandidat und direkte Herausforderer des Kanzlers, Oskar Lafontaine, hielt die Erwiderungsrede auf Kohls Regierungserklärung, sondern der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt. Dass dies kein bloßer Zufall war, darf unterstellt und in gewisser Weise als Affront gegen den Kanzlerkandidaten interpretiert werden. Im Gegensatz zu Lafontaine galt Willy Brandt nicht zuletzt wegen seines historischen Besuchs als Bundeskanzler in Erfurt zu Beginn der siebziger Jahre gerade in der DDR als Symbolfigur der Einigung.³³⁹ Dieses Treffen markierte den Wendepunkt in den deutsch-deutschen Beziehungen, denn damit erkannte diese Bundesregierung – im Gegensatz zu allen ihren Vorgängerinnen – die

DDR als eigenständigen deutschen Staat faktisch an. Aber auch die Menschen in der DDR hegten große Hoffnungen beim Besuch Brandts, die er durch seine legendär gewordene Geste auf dem Balkon des „Erfurter Hofes“ zu beschwichtigen suchte.³⁴⁰ Die SPD vertraute wohl darauf, dass diese Szene noch bei vielen Menschen in Ostdeutschland in Erinnerung geblieben sei und Willy Brandt – im Gegensatz zu Oskar Lafontaine – viel eher als Integrationsfigur akzeptiert werden würde. Dies kann man als Wahlkampfstrategie, aber auch als Indiz dafür werten, dass Lafontaine in seiner eigenen Partei nicht den Rückhalt gehabt hatte, den er gebraucht hätte, um Helmut Kohl den Wahlsieg ernsthaft streitig zu machen. Daran glaubte in der SPD zu diesem Zeitpunkt wohl niemand mehr so richtig. Und auch der SPD-Vorsitzende Vogel sei, so wird hier argumentiert, von einem Wahlerfolg seiner Partei keineswegs mehr überzeugt.

Die Polemik gegen Kohl setzt sich weiter fort. Der hier angestellte Vergleich mit dem deutschen Eck, das in der wilhelminischen Zeit von der Unbesiegbarkeit Deutschlands Zeugnis ablegen sollte, zielt auch in Richtung eines drohend wiederkehrenden deutschen Nationalismus. Die vom Autor in diese Richtung deskribierten situativen Momente lassen zumindest schlimme Assoziationen an die unheilvollen Aufmärsche anlässlich der Machtübernahme der Nazis am 30. Januar 1933 aufkommen. Inwieweit dies vom Autor jedoch intendiert gewesen sein dürfte, bleibt zumindest fraglich. Mit einer gewissen Sorge will er allerdings perzipiert haben, dass Kohl offensichtlich im Begriff gewesen sei, sich die Traditionen, die von der Sozialdemokratie beansprucht wird, zu Eigen zu machen. Mit dem Hinweis auf den Sozialdemokraten Scheidemann, der 1918 nach dem Sturz der Monarchie die erste deutsche Republik verkündete, soll dies belegt werden. Dass hierbei von der Entwendung jener Werte durch den Kanzler die Rede ist, erfüllt den juristischen Tatbestand des Diebstahls, womit auf die Unrechtmäßigkeit des Handelns Kohls hingewiesen werden soll.

Die Herkunft des Kanzlers dient dabei – wie schon häufig – als sicheres Indiz seiner Provinzialität und soll auch in diesem Kontext seine mangelnden bzw. wenig ausgeprägten Qualitäten als Staatsmann belegen. Der direkte Vergleich zwischen Scheidemann und ihm scheint ja auch ein Beleg dafür zu sein. Inwieweit ein Vergleich zwischen den Leistungen Kohls und Scheidemanns überhaupt zulässig sein kann, soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden. Zwar ist die Teilhabe beider an grundlegenden Veränderungen in Deutschland unbestritten, doch wessen

Leistung dabei höher zu bewerten sei, liegt dabei im Bereich der subjektiven Perzeption. Die parteipolitische Zugehörigkeit sollte allerdings eine nur untergeordnete Rolle spielen. Selbst die Umstände, die zu den jeweiligen Veränderungen führten, will man den Begriff Proklamation im situativen Vergleich verwenden, waren in ihren Voraussetzungen grundverschieden. Während bei der Verkündung der Einheit ja nur ein Teil der staatlichen Ordnung zusammengebrochen war, betraf es bei der Ausrufung der ersten deutschen Republik das bisherige Herrschaftssystem als Ganzes. Lediglich der Ort des Geschehens, nämlich Berlin, und das Datum (9. November) sind in beiden Fällen identisch.

Seit der Teilung des Deutschen Reiches im Jahre 1945 musste die Wiedervereinigung in der Tat für eine lange Zeit als ein wohl kaum mehr erreichbares Traumziel angesehen werden. Wenn der Kanzler dieses als ein bald erreichtes prognostiziert, dann entsprach dies den Tatsachen, die sich seit dem Spätsommer 1989 gebildet hatten.

Wenn man, wie der Autor dieses Berichts, sich offensichtlich bemüht, die negativen Charakteristika hervorzuheben, dann bietet der zu dieser Zeit sichtbare Dissens zwischen Bundeskanzler und Bundespräsident einen willkommenen Anlass dafür. Der unterschiedliche Habitus von Kanzler (breit sitzend) und Präsident dient dabei offensichtlich als äußeres Merkmal, auch ihre politisch divergierenden Akzentuierungen zu unterstreichen. Auf wen allerdings das Adjektiv herausfordernd bezogen sein soll, bleibt unerwähnt. Da in diesem Passus auf die Divergenzen zwischen Kohl und von Weizsäcker hingewiesen wird, kann angenommen werden, die Herausforderung gelte dem Bundespräsidenten. Explizit erwähnt wird dies aber nicht. Diese Differenzen manifestieren sich, so will es der Autor perzipiert haben, in der Ansprache des Präsidenten, der er eine gewisse Nähe zu den Positionen des SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine nachzuweisen sucht, was auch dadurch geschieht, dass dieser später die Argumente von Weizäckers im Reichstag übernommen habe. Dass der Bundespräsident auf Grund seiner Herkunft und seines Bildungsniveaus eine sehr subtile und nuancenreiche Sprache beherrscht, wurde oft und gerne erwähnt. Im Gegensatz dazu wird und wurde Kohl, wie übrigens auch Adenauer, ein solches Defizit unterstellt und als weiteres Indiz für seine mangelnden Qualitäten als Regierungschef vorgehalten.

In diesem Teil des Berichts soll sogar bewusst der Eindruck erweckt werden, Kohl verstünde die subtilen Bemerkungen von Weizäckers nicht, da sie von ihm

abzuprallen schienen. Eine solch signifikante Fehleinschätzung zeigt allerdings sehr deutlich, wie sehr Kohl wegen seines Auftretens in der Öffentlichkeit von einem Teil der Medien unterschätzt wurde. Auch diese Eigenschaft hat Kohl mit Adenauer gemeinsam.

Die inhaltliche Botschaft der Regierungserklärung wird am Schluss des Berichts auf die rein wirtschaftlichen Aspekte reduziert. Das vereinte Deutschland sei eine bloße Vergrößerung der Bundesrepublik und das eigentlich Wesentliche sei dessen florierende Prosperität und seine harte Währung. Die Stimme Kohls sei so hart wie die Währung. Der Kanzler wird hier zum Sprachrohr der Wirtschaft stilisiert, deren einziges Interesse in der Steigerung des Wachstums und der Erträge liege. Reduziert man das Ergebnis der Vereinigung auf nur diese Aspekte, dann stellt sich die rhetorische Frage (keine Freude ?) am Schluss zu Recht. Allerdings wird der Kanzler damit bewusst als einseitiger Lobbyist für die Wirtschaft dargestellt, der sich für das soziale Wohlergehen und die menschlichen Aspekte nicht interessiere. Eine solche Schlussfolgerung macht die negative Einseitigkeit der Darstellung Kohls deutlich.

Beispiel 15: Die SZ und die Wiedervereinigung

„Das Land ist wieder vereint und uneingeschränkt souverän

„Der glücklichste Tag der Deutschen“

Die DDR verabschiedet sich mit der „Ode an die Freude“ / Weizsäcker: Sich zu vereinen, heißt teilen lernen / Siegermächte verzichten auf ihre Rechte / Gorbatschow erwartet von der Einheit Festigung des Friedens

Berlin, 3. Oktober –Die beiden deutschen Staaten sind vereinigt. Mit dem Hissen der Bundesflagge vor dem Berliner Reichstag hörte nach fast 41 Jahren am Mittwoch um null Uhr die Deutsche Demokratische Republik zu bestehen auf. Sie trat dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. Die alliierten Siegermächte hatten zuvor auf ihre Vorbehaltsrechte verzichtet und damit 45 Jahre nach dem Sieg über das Dritte Reich den Deutschen die Souveränität zurückgegeben. Die Einheit, zu der aus aller Welt Glückwünsche eingingen, wurde im ganzen Land mit Zeremonien und Volksfesten gefeiert. Allein in Berlin, der neuen Hauptstadt der Bundesrepublik, waren Hunderttausende auf den Straßen. Auch Gegner der Einheit zogen durchs Zentrum, Auseinandersetzungen waren aber die Ausnahme.

Von Knut Pries

Nach einem ökumenischen Gottesdienst in der Berliner Marienkirche klangen die offiziellen Feierlichkeiten am Mittwochmittag mit einem Staatsakt in der Philharmonie aus. Wie andere Redner nannte die bisherige Volkskammer-Präsidentin Sabine Bergmann-Pohl den 3. Oktober den „glücklichsten Tag der Deutschen“. Die aus der DDR in das neue Deutschland kommenden Menschen erwarteten „nicht das Land, wo Milch und Honig fließen, aber ein Land der Gerechtigkeit und des solidarischen Teilens“. Bundespräsident Richard von Weizsäcker mahnte: „Sich zu vereinen, heißt teilen lernen.“

Mit Unterstützung ihrer Nachbarn hätten die Deutschen den Auftrag des Grundgesetzes erfüllt, die Einheit in freier Selbstbestimmung zu vollenden, sagte Bundespräsident von Weizsäcker vor den 2000 Gästen in der Philharmonie. „Zum erstmal bilden wir Deutschen keinen Streitpunkt auf der europäischen Tagesordnung...der Tag ist gekommen, an dem zum erstmal in der Geschichte das ganze Deutschland seinen dauerhaften Platz im Kreis der westlichen Demokratien findet.“ Unter dem Beifall des Auditoriums zollte der Präsident all jenen Dank, die geholfen hätten, die Teilung Deutschlands zu überwinden: der Sowjetunion und ihrem Präsidenten Michail Gorbatschow, den Trägern der Reformbewegungen in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei, den Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich, der Europäischen Gemeinschaft, vor allem aber „jenen Deutschen, die in der DDR den Mut aufbrachten, sich gegen Unterdrückung und Willkür zu erheben“. Noch bleibe freilich zwischen Deutschen aus Ost und West viel Trennendes zu überwinden. „Dazu bedarf es nicht nur der Hilfe, sondern vor allem der Achtung.“

Symbolisch war die Einheit um Mitternacht am Reichstag vollzogen worden. Zu den Klängen der Freiheitsglocke stieg die schwarz-rot-goldene Bundesflagge an einem 40 Meter hohen Mast vor dem Südflügel auf. Die kurzen Worte des Bundespräsidenten gingen im Lärm der Böllerschüsse fast unter: „Die Einheit Deutschlands ist vollendet. Wir sind uns unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen bewusst.“ Unter den Lichtblitzen eines Feuerwerks, das auf der ganzen Festmeile bis zum Alexanderplatz zu sehen war, stimmte die Politprominenz anschließend in die Nationalhymne ein. Im Reichstagsgebäude tritt am Donnerstag der neue Bundestag mit seinen 144 Abgeordneten aus der am Dienstag aufgelösten Volkskammer zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Mit einer Rede Lothar de Maizières im Schauspielhaus am Akademieplatz und Beethovens 9. Symphonie und Schillers „Ode an die Freude“ gespielt vom Gewandhaus-Orchester Leipzig unter dem „Revolutionshelden wider Willen“ Kurt Masur verabschiedete sich die DDR offiziell aus der Gemeinschaft der Staaten. Der

erste und letzte frei gewählte Ministerpräsident nannte es „einen Abschied ohne Tränen“. Die Deutschen aus Ost und West rief de Maizière zu mehr Verständnis füreinander auf. „Wir werden erst dann zu einer inneren Einheit finden, wenn wir bereit sind, die vielen Urteile aus Unkenntnis und Unwissenheit an der Wirklichkeit zu korrigieren.“ Bei allen verständlichen Sorgen und Ängsten dürfe man sich andererseits „die Gunst der Stunde nicht klein reden lassen. Nicht was wir gestern waren, sondern was wir morgen gemeinsam sein wollen, vereint uns zum Staat.“

Mit Appellen zur Solidarität wandten sich de Maizière und Bundeskanzler Helmut Kohl auch über das Fernsehen an die Bürger der Bundesrepublik, die mit den 16,4 Millionen Ostdeutschen künftig 78,7 Millionen Einwohner zählen wird. Das Staatsgebiet vergrößert sich um 108333 auf 357000 Quadratkilometer. Die „schwierige Wegstrecke“, die vor dem Land liege, sei zu bewältigen, sagte Kohl. „Wenn wir zusammenhalten und auch zu Opfern bereit sind, haben wir alle Chancen auf einen gemeinsamen Erfolg.“ Auch die wirtschaftlichen Probleme seien lösbar. De Maizière warnte davor, die Vereinigung zu einer rein materiellen Frage zu degradieren. „Die Einheit will nicht nur bezahlt, sondern auch mit dem Herzen gewollt sein.“

Den Auftakt zu den Feierlichkeiten hatte am Dienstagmorgen eine gemeinsame Sitzung des Westberliner Senats und des Ostberliner Magistrats gebildet. Anschließend fand die Oberhoheit der Alliierten über Berlin offiziell ihr Ende. Die drei westlichen Stadtkommandanten überreichten dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper ein Schreiben, in dem sie ihre Vorbehaltsrechte für suspendiert und ihren Auftrag für erfüllt erklärten. Dem schloss Momper sich an: „Sie können mit Stolz melden, dass Ihnen der größte Sieg bei einem militärischen Einsatz gelungen ist: den Frieden zu wahren und die Freundschaft der Menschen zu erlangen.“

Als einer der letzten Schritte vor der Einheit hatte sich am Nachmittag die Nationale Volksarmee aufgelöst. Seit Mittwoch unterstehen die nicht entlassenen Soldaten und Zivilangestellten Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg.

Mit Freude, aber auch mit Furcht und Unbehagen wurde die Vereinigung Deutschlands im Ausland aufgenommen. US-Präsident George Bush und der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow gratulierten den Deutschen und sprachen von einem „großen Ereignis“. Der israelische Parlamentspräsident Dov Schilanski bezeichnete den Tag der deutschen Einheit als „Tag der Trauer für das jüdische Volk“. Bush sagte in Washington, die Jahre des Konflikts und der Konfrontation zwischen Ost und West seien nun vorbei. Gorbatschow schrieb, die Vereinigung Deutschlands, die sich im Einvernehmen mit den Nachbarn, mit anderen Staaten und Völkern vollzogen habe, sei ein großes Ereignis nicht nur für

die Deutschen allein. Sie habe sich an der „Grenze von zwei Epochen“ vollzogen. „Sie wurde zu einem Symbol, und, wie ich hoffe, wird sie auch zum Faktor der Festigung der allgemeinen Friedensordnung.“³⁴¹

In den bisher zitierten Textbeiträgen stand der direkte Bezug zu Helmut Kohl bzw. die Auseinandersetzung mit ihm im Vordergrund. Die drei folgenden Beiträge sind signifikante Beispiele dafür, wie das Ergebnis der Politik Kohls dargestellt wird, die Person aber in den Hintergrund tritt. Die Deskription des Festaktes zur deutschen Wiedervereinigung eignet sich daher ganz besonders, deutlich zu machen, wie die indirekte Darstellung dieser Politik in drei unterschiedlichen Tageszeitungen erfolgte.

Schon die Überschrift der SZ unterscheidet sich ganz wesentlich etwa von der des SPIEGEL. Zeigt die Formulierung ‚Freude ohne Götterfunke‘ schon die zu erwartende negative Haltung an, so lässt ‚der glücklichste Tag‘ das genaue Gegenteil vermuten. Gleichzeitig wird aber auch schon sehr moderat darauf hingewiesen, dass künftig auch mit Schwierigkeiten zu rechnen sei, wie dies in den Äußerungen Weizsäckers bereits angedeutet wurde.

Ebenso deuteten die von Gorbatschow artikulierten Erwartungen einen verhaltenen Optimismus an. Neben der Freude über das Ereignis steht die Hoffnung auf eine weitere positive Entwicklung.

Der Bericht zeichnet sich durch eine insgesamt sachliche Darstellung aus. Auf Polemik jeglicher Art wird verzichtet, wohl aber nicht auf die Hinweise, welche Probleme künftig noch zu bewältigen seien, doch die zitierten Redepassagen signalisieren eine überwiegend positive Einstellung zur weiteren Entwicklung des Landes.

Zunächst wird in sachlicher Nüchternheit über die Änderung des bisherigen Rechtszustandes berichtet.

1. Erlöschen der Existenz der DDR, dargestellt durch das Hissen der Bundesflagge vor dem Reichstag.
2. Änderung der Rechtsgrundlage durch den Beitritt nach Art. 23 GG.
3. Verzicht der Alliierten auf das bisher ausgeübte Vorbehaltsrecht.³⁴²

Über die wahrhaft ausgelassene Stimmung, die durch Fernsehbilder dokumentiert wurde, wird in ganzen zwei Sätzen emotionslos berichtet. Auch dass es zu

Gegendemonstrationen gekommen sei, wird als bloßes Faktum lediglich kurz erwähnt. Dadurch erscheint der Bericht steril.

Die bewusst gewählten Zitate von Bergmann-Pohl und des Bundespräsidenten standen einerseits stellvertretend für die Erwartungen („das neue Deutschland sei kein Land, in dem Milch und Honig fließe“) und appellierten zugleich an das Solidaritätsgefühl der Bürger,³⁴³ wobei der Rede des Bundespräsidenten eine offensichtlich größere Bedeutung beigemessen wurde. Der Hinweis auf den Konsens mit den europäischen Nachbarn und die nun eingetretene Tatsache, dass ganz Deutschland in den Kreis der westlichen Demokratien gehöre, erscheinen dem Autor besonders zitierfähig.

Trotz aller Sachlichkeit sind feine Nuancen der Distanz zu Kohl perzipierbar, da er bewusst (?) in den Dankesadressen des Bundespräsidenten an die politischen Akteure nicht genannt wurde. Die Differenzen zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler wurden dadurch non-verbal zum Ausdruck gebracht.

Dass dieser Bericht die vom Bundespräsidenten artikulierte Mahnung, das Trennende zu überwinden und sich gegenseitig zu achten, akzentuiert, lag in der latenten Befürchtung begründet, durch das gravierende soziale Gefälle zwischen Ost und West, eine Zwei-Klassen-Gesellschaft heraufzubeschwören.³⁴⁴

In knapper Form (5 Sätze) werden die Impressionen der nächtlichen Feierlichkeiten jenes 3. Oktober beschrieben: eindrucksvolles Feuerwerk, Erklingen der Nationalhymne), aber auch die weiteren Veranstaltungen, die die Feier flankierten.

Aus der Rede de Maizères, des letzten DDR-Ministerpräsidenten, lassen sich sowohl Zuversicht als auch Ungewissheit über die beginnende Einheit Deutschlands ableiten, womit er sich in einen gewissen Gegensatz zu Bundeskanzler Kohl setzte, in dessen Reden stets der Optimismus überwog.

Interessant ist die Reihenfolge der zitierten Personen. Den Reden von Weizsäcker und de Maizères wird ein relativ breiter Raum gewidmet. Erst an dritter Stelle wird der Kanzler zitiert. Die bereits zuvor angedeuteten akzentuellen Differenzen zwischen Kohl und de Maizère werden dabei evident.

In die allgemeine Freude über die nun offiziell vollzogene Wiedervereinigung mischte sich die deutliche Skepsis hinsichtlich der Zukunft und hier besonders über das soziale Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland.

1. Abschied ohne Tränen,
2. Bereitschaft zur Überwindung falscher Urteile,
3. Blick nach vorne und
4. Entwicklung der inneren Bereitschaft, die Einheit zu wollen.

Im Gegensatz dazu präferierte Helmut Kohl in seinen Reden die ökonomischen Erfolgsaussichten, die zur Überwindung der Teilung beitragen. Als seine wichtigsten Thesen werden hier genannt:

1. Der Glaube an den Erfolg,
2. Opferbereitschaft³⁴⁵ und
3. Zuversicht in die Lösung der wirtschaftlichen Probleme.

Dass auch Kohl die von de Maizère und Weizsäcker artikulierten Sorgen teile, wird indessen nicht erwähnt, was einerseits die vom Kanzler immer wieder gestreute Zuversicht und seinen Optimismus in das Gelingen des Einheitsprozesses belegen soll. Andererseits war sich Kohl der sozialen Probleme wohl bewusst, hielt es aber situativ für wenig sinnvoll, diese ohnehin diffizile Aufgabe noch dadurch zu erschweren, indem er düstere Zukunfts-Prognosen abgab.³⁴⁶ Es entspricht dem Naturell Kohls, Optimismus zu verbreiten, dabei jedoch die vorhandenen Probleme nicht aus den Augen zu verlieren. In der Presse wurde das oft als eine gewisse ‚Blauäugigkeit‘ des Kanzlers dargestellt und ihm in diesem Kontext mangelnder Realitätssinn vorgeworfen. Auch das trug wesentlich dazu bei, ihn in einem relativ schlechten öffentlichen Licht erscheinen zu lassen.

Interessant ist auch die Erwähnung zweier Details, die ebenfalls zum offiziellen Akt der Wiedervereinigung gehörten, die hier aber nur kurz tangiert werden. Erstmals seit der Aufteilung Berlins in die vier Sektoren im Jahre 1945 tagten der Westberliner Senat und der Ostberliner Magistrat wieder in einer gemeinsamen Sitzung, in der sie die Suspendierung der Vorbehaltsrechte der drei Westalliierten verkündeten. Diese gemeinsame Tagung symbolisierte auch nach außen die Überwindung der Teilung Berlins, dessen Mauer zwischen dem Ost- und Westteil der Stadt jahrzehntelang die Abgrenzung zweier gegensätzlichen Blöcke zementierte. Durch die Rückgabe der westlichen alliierten Vorbehaltsrechte wurde zugleich die volle Souveränität ganz

Deutschlands hergestellt. Eine kurze Erläuterung dieses nicht nur staatsrechtlich relevanten Vorgangs wäre an dieser Stelle durchaus angebracht gewesen.

Mit dem Hinweis auf die Auflösung der Nationalen Volksarmee endet die Beschreibung der Feierlichkeiten.

In knapper Form werden darüber hinaus auch einige Stellungnahmen aus dem Ausland erwähnt. Erwartungsgemäß konnte über eine positive Resonanz aus den USA und der Sowjetunion berichtet werden.

Einer Kommentierung hätte allerdings die Äußerung des israelischen Parlamentspräsidenten Schilanski bedurft, da es ist nicht ohne weiteres nachvollziehbar scheint, warum – seiner Ansicht nach – der Tag der Wiedervereinigung Deutschlands einen „Tag der Trauer für das jüdische Volk“ bedeutete. Das Unterlassen jedweder Erläuterung gibt Anlass zu Spekulationen. Da aber vorausgesetzt werden kann, dass Schilanski selbst seine Äußerung kommentiert haben dürfte, erscheint das Weglassen einer Erläuterung an dieser Stelle recht unverständlich und trägt zudem nicht dazu bei, die Deutschlandpolitik Israels in einem freundlichen Licht erscheinen zu lassen.

Signifikant ist darüber hinaus die Tatsache, dass kein anderes der hier zitierten Blätter darauf verwiesen hat. Erschien es ihnen nicht relevant, oder hatten sie keine Kenntnis davon? Gesichert scheint dagegen nur, dass damit der Tenor des Berichts, der die skeptische Haltung zur Wiedervereinigung artikulierte, auf diese Weise noch verstärkt werden konnte.

Beispiel 16: Die FR und die Wiedervereinigung

„Deutschland ist nach 45 Jahren Teilung wieder ein Staat

Weizsäcker in Berlin: Wir wollen dem Frieden und der Welt dienen

Berlin, 3. Oktober (FR/AP/dpa). Fünfundvierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur ist Deutschland wieder ein vereintes, souveränes Land. Die DDR trat am Mittwoch um null Uhr der Bundesrepublik bei und hörte auf, als Staat zu existieren.

In einer nächtlichen Feierstunde vor dem Reichstagsgebäude in der neuen Hauptstadt Berlin wurde als Symbol der deutschen Einheit die Bundesflagge gehisst. Millionen von Menschen feierten im ganzen Land bei Feuerwerk und Glockenläuten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker versprach vor der jubelnden Menge in Berlin: „Wir wollen im vereinten Europa dem Frieden und der Welt dienen.“ Beim Staatsakt zum Tag der Einheit sagte er: „Sich zu vereinen, heißt teilen lernen.“

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) versicherte in einer Botschaft an die Regierungen in aller Welt: „Unser Land will mit seiner wieder gewonnenen Einheit dem Frieden in der Welt dienen und die Einigung Europas voranbringen.“ Aus dem Ausland trafen zahlreiche Glückwünsche an die Deutschen ein.

Die Bundesrepublik besteht nun aus 16 Bundesländern. Zusammen mit den rund 16,4 Millionen Einwohnern der DDR leben damit in Deutschland 78,7 Millionen Bürger. Das Staatsgebiet vergrößert sich um etwa ein Drittel auf 357000 Quadratkilometer. In Ostdeutschland gilt nun bis auf einige Übergangsregelungen bundesdeutsches Recht.

Der erste Tag der Einheit begann mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Berliner Marienkirche. Bei einem anschließenden Staatsakt in der Philharmonie sprach von Weizsäcker von einem Geschenk an die Deutschen und mahnte zu gewissenhafter Selbstbesinnung: „Niemand bei uns wird vergessen, dass es ohne den von Deutschen unter Hitler begonnenen Krieg nie zur Teilung gekommen wäre.“

Wie auch Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, die bisherige Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl und der Berliner Regierende Bürgermeister Walter Momper dankte Weizsäcker den Menschen in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei ebenso wie den westlichen Verbündeten und der Europäischen Gemeinschaft für ihre Beiträge zur deutschen Einheit. Vor allem dankte er der Demokratiebewegung in der DDR: Mit den vier einfachen und großen Worten „Wir sind das Volk“ sei ein ganzes System erschüttert und zu Fall gebracht worden. Gestört wurde der Staatsakt durch einen Mann, der sich trotz strenger Sicherheitsvorkehrungen in die Philharmonie eingeschlichen hatte, zum Rednerpult gegangen und mit einer wirren Rede begonnen hatte. Er wurde abgeführt.

Die Feierlichkeiten hatten bereits am Vortag begonnen: Die Stadtkommandanten der drei westlichen Siegermächte zogen einen Schlusstrich unter ihre Arbeit in Berlin, die DDR-Volkskammer löste sich auf und am Abend folgte ein Festakt der DDR-Regierung im Ost-Berliner Schauspielhaus. DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière sagte, ein Traum sei Wirklichkeit geworden.

Eine Minute vor Mitternacht läutete die Berliner Freiheitsglocke im Rathaus Schöneberg die Einheit ein, kurz darauf wurde im Ostteil der Stadt vor dem einstigen Sitz des Staatsrates die DDR-Flagge eingeholt. Damit löste sich die DDR fast auf den Tag genau 41 Jahre nach ihrer Gründung auf.

An der nächtlichen Feier vor dem Reichstag nahmen die führenden Politiker aller großen Parteien teil. Im Schein zerplatzender Feuerwerksraketen nannte von Weizsäcker die Einheit eine in der europäischen Geschichte einmalige Chance, mit der die Deutschen verantwortlich umgehen müssten. Danach stimmte er mit der versammelten Menschenmenge die Nationalhymne an.

Anders als befürchtet, blieben größere Zwischenfälle und Krawalle aus. Vor dem Reichstagsgebäude feuerte ein Polizist drei Warnschüsse ab, um zu verhindern, dass einige Gestürzte von der Menschenmenge niedergetrampelt wurden. In Berlin-Kreuzberg wurde ein Polizist durch Messerstiche eines Demonstranten verletzt, der sich nicht ausweisen wollte.

Am Mittwochnachmittag versammelten sich etwa 10.000 Gegner der Vereinigung in Berlin zu einem Protestzug unter dem Motto „Halt's Maul Deutschland“. Unter ihnen waren viele junge Türken und Angehörige der Autonomen Szene. Augenzeugen zufolge bewarfen Vermummte Polizisten mit Steinen und Flaschen. Daraufhin gingen die Polizisten mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor, der Protestzug verlief aber weitgehend friedlich.³⁴⁷

Auch dieser Bericht zeichnet sich durch eine betont sachliche Kürze aus.

Schon die Überschrift beschränkt sich ohne interpretierende Ergänzung auf die sachliche Feststellung des Vollzugs der Einheit.

Mit zwei kurzen Sätzen, die lediglich auf die Dauer der Teilung Deutschlands hinweisen, wird auf die volle Souveränität Deutschland und das Ende der DDR hingewiesen.

Auf die nächtliche Feier vor dem Reichstag, die den äußerlichen Höhepunkt des Vereinigungsprozesses bildete, wird in zwei Sätzen hingewiesen.

Eine deutlich differenziertere Akzentuierung als in der SZ wird dabei in der Selektion der Zitate vorgenommen. Zwar wird auch hier zunächst der Bundespräsident zitiert, doch geschieht dies in einem weit geringeren Umfang. Von der in der SZ perzipierten Dissonanz zwischen dem Kanzler und dem Präsidenten wird hier nicht berichtet. Die Gegenüberstellung beider fast kongruenten Aussagen entsteht im Gegenteil der Eindruck weitgehender Übereinstimmung. Beide Zitate heben den Friedenswillen der Deutschen und das Streben nach der Einigung Europas hervor. Lediglich das auch hier zitierte Wort des Bundespräsidenten, „sich zu vereinen, heißt teilen lernen“, akzentuiert dabei eine gewisse Distanz zum Optimismus Kohls.

Die negative Äußerung des israelischen Parlamentspräsidenten bleibt unerwähnt. Eine denkbare Begründung hierfür wurde weiter oben schon abgegeben.

Fast lehrbuchhaft wird über das erweiterte Staatsgebiet und den damit verbundenen Anstieg der Gesamtbevölkerung Deutschlands berichtet.

Die Deskription des Staatsaktes am 3. Oktober erfolgt in nüchterner Sachlichkeit. Signifikanterweise werden hier der Bundespräsident, die Bundestagspräsidentin, die Volkskammerpräsidentin und der Regierende Bürgermeister von Berlin zitiert, jedoch nicht der Bundeskanzler. Einer der Gründe für die geringe Erwähnung des Kanzlers mag wohl darin bestehen, dass dieser auf den hier erwähnten Veranstaltungen keine Rede hielt. Kann aber daraus auch die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der Kanzler selber für relativ unbedeutend betrachtet wurde? Immerhin hatte er einen größeren Anteil am Zu Stande Kommen dieses Ereignisses als die vier zuvor Genannten. Und trotzdem wird ihm kaum mehr als eine Randnotiz gewidmet. Die Ausführungen Momper, der noch am 9. November des Vorjahres die Wiedervereinigung nicht als das erstrebenswerte Ziel bezeichnete,³⁴⁸ werden hingegen ausführlicher rezitiert. Dass der Regierende Bürgermeister, der die Wiedervereinigung anfangs noch verneinte, dennoch ausführlicher zitiert wird, als der Bundeskanzler kann als journalistisches Lenkungsinstrument betrachtet werden. Durch die Selektion der hier zitierten bzw. nicht zitierten Akteure soll auch zugleich indirekt auf deren jeweils angenommene Bedeutung hingewiesen werden, die jedoch mit ihrem tatsächlichen Stellenwert nicht kongruent sein muss.

Die weiteren Veranstaltungen, die ja bereits am Vortag begonnen hatten, werden in knapper telegrafischer Form aufgezählt.

1. Beendigung der Arbeit der Stadtkommandanten in Berlin,
2. Auflösung der DDR-Volkskammer,
3. Festakt der DDR-Regierung und
4. Einholen der DDR-Staatsflagge vor dem einstigen Sitz des Staatsrates.

Eine gewisse Deskription der Stimmung anlässlich der miternächtlichen Feier zur Wiedervereinigung wird zwar angedeutet, doch lässt der Bericht emotionale Impressionen etwa der Bevölkerung vermissen. Von größerer Relevanz scheint dagegen die Beschwörung des europäischen Kontextes durch den Bundespräsidenten gewesen zu sein. Obwohl dieser auch vom Bundeskanzler explizit hervorgehoben

wurde, bleibt dies unerwähnt. Auch das kann als ein perzipierbares Lenkungselement der journalistischen Arbeit betrachtet werden.

Die Sterilität dieses Berichts lässt kaum vermuten, dass es sich um ein Ereignis handelt, das die 45-jährige Teilung Deutschlands beendete.

Ungewöhnlich ausführlich werden dagegen störende Zwischenfälle beschreiben, die die Feierlichkeiten begleiteten. Gemessen an der Bedeutung des Tages, schienen diese aber offensichtlich gering gewesen zu sein. Dennoch verwendet der Autor 6 Sätze darauf, was im Vergleich zur Gesamtlänge des Textes von 19 Sätzen bzw. Satzgefügen (ohne Überschrift) einem Anteil von etwas mehr 31% entspricht.

Auch das kann dahingehend interpretiert werden, dass die Zustimmung zur Wiedervereinigung wohl doch nicht so allgemein gewesen zu sein schien, wie dies von den übrigen Medien verbreitet wurde. Darauf deutet in diesem Kontext ebenso hin, dass sich immerhin 10.000 Vereinigungsgegner zu einem Protestzug versammelt hatten, die anscheinend jedoch die Mehrheit der Bevölkerung nicht repräsentierten (junge Türken und Autonome) und daher wohl als konterkarierend für die allgemein positive Stimmung gewertet werden sollte.

Als irritierend erscheint, dass die Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt, während derer mit Flaschen und Steinen geworfen und mit Schlagstöcken vorgegangen wurde, als eine weitgehend friedliche Demonstration beschrieben werden. Die hier vertretene Auffassung von Gewalttätigkeit kann im aktuellen Bezug um die gegenwärtige Diskussion der Teilnahme Außenminister Fischers an gewaltsamen Protestaktionen zu Beginn der 70er-Jahre differenzierter betrachtet werden und scheint gleichwohl ein Indiz dafür zu sein, dass manche Medien das gewaltsame Vorgehen gegen die Polizei marginalisieren und dies als Ausdruck eines legitimen Protests gegen die Staatsgewalt werten wollen.

Die knappe und sachliche, zum Teil sterile Darstellungsweise erscheint gemessen an der Bedeutung des Ereignisses letztlich inadäquat, da auch politische Ereignisse durch emotionale Deskriptionen der handelnden Akteure in einem besonderen Licht erscheinen und zur Verifizierung bestimmter Tendenzen beitragen können.

Beispiel 17: Die FAZ und die Wiedervereinigung

„Die Deutschen leben wieder in einem gemeinsamen souveränen Staat Hunderttausende feiern heiter und besinnlich / Bonner Dank / de Maizière: ein Abschied ohne Tränen

Berlin, 3. Oktober. Deutschland ist 45 Jahre nach dem Ende des Krieges und der Hitler-Diktatur wieder vereint. Die DDR hat fast 41 Jahre nach ihrer Gründung zu bestehen aufgehört; sie ist der Bundesrepublik Deutschland beigetreten. Die Vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs haben auf ihre Rechte und Verantwortlichkeiten für sich und Deutschland als Ganzes verzichtet. Vor dem Reichstagsgebäude in Berlin wurde am 3. Oktober um null Uhr die schwarzrotgoldene Fahne der Deutschen aufgezogen. Hunderttausende feierten in Berlin ein friedliches Fest. Auch in zahlreichen anderen deutschen Städten wurde die Einheit mit Feuerwerken und Straßenfesten gefeiert.

In einem Staatsakt in der Philharmonie in Berlin sagte Bundespräsident von Weizsäcker, die Vereinigung Deutschlands sei etwas anderes als die bloße Erweiterung der Bundesrepublik. Der Tag sei gekommen, an dem zum ersten Mal in der Geschichte das ganze Deutschland seinen [...] Platz im Kreis der westlichen Demokratien finde. Die Geschichte biete eine Chance, wie es sie bisher nicht gegeben habe. Weizsäcker mahnte: Wir erleben eine der sehr seltenen historischen Phasen, in denen wirklich etwas zum Guten verändert werden kann. Lassen sie uns keinen Augenblick vergessen, was das für uns bedeutet.“ Die Deutschen wollten nun dem Ziel der Freiheit der Völker und einer gesamteuropäischen Friedensordnung dienen. Der Bundespräsident würdigte die Reformpolitik Gorbatschows, er dankte den Bürgerbewegungen in den osteuropäischen Ländern für ihren Beitrag zur Überwindung von Mauern und Stacheldraht und den westlichen Verbündeten für gewährten Schutz und das Vertrauen, das sie in die Deutschen setzten.

Die Verträge und Vereinbarungen zur Herstellung der Einheit nannte Weizsäcker „eine schier unglaubliche Leistung“, die unter enormen Zeitdruck erbracht worden sei. Alles in allem könne man „über das vollbrachte Werk nur staunen“. Die Form der Einheit sei nun gefunden, sie müsse aber noch mit Inhalt und Leben erfüllt werden. „Jedermann spürt, wie viel da noch zu tun ist. Es wäre weder aufrichtig noch hilfreich, wollten wir in dieser Stunde verschweigen, wie viel uns noch voneinander trennt“, sagte der Bundespräsident.

Zur künftigen Rolle des vereinten Deutschlands wies Weizsäcker auf das „überzeugende Modell“ der Europäischen Gemeinschaft. Als Ziel gab er die

europäische Einigung an. Dieses Ziel könne erreicht, aber auch verfehlt werden. Es sei keine Zeit zu verlieren, warnte er. Die Chance der Geschichte müsse mit Zuversicht und Vertrauen wahrgenommen werden.

Die Zukunft Deutschlands in Europa hatten zuvor auch die ehemalige Präsidentin der DDR-Volkskammer und Berlins Regierender Bürgermeister Momper hervorgehoben, der zur Zeit das Amt des Bundesratspräsidenten wahrnimmt. Frau Bergmann-Pohl appellierte an die Deutschen in West und Ost, sie sollten einander achten und auf Mentalitäten und Empfindlichkeiten gegenseitig Rücksicht nehmen. Frau Süßmuth sagte, nun sei es Zeit, sich von den Begriffen „Mein“ und „Dein“ zu lösen. Momper erinnerte daran, dass in Berlin künftig Konflikte und Schwierigkeiten des Zusammenwachsens am deutlichsten sichtbar würden. Berlin werde aber auch das Modell sein für das Zusammenwachsen der Nation.

Am Mittwochvormittag hatten der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Lehmann, und der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirche, der sächsische Landesbischof Hempel, in einem ökumenischen Gottesdienst in der Ost-Berliner Marienkirche die wieder vereinten Deutschen zu gegenseitiger Achtung und Solidarität aufgerufen.

Bei einem Festakt der Regierung der DDR aus Anlass des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Ost-Berliner Schauspielhaus hatte DDR-Ministerpräsident de Maizière am Dienstagabend gesagt, es sei eine Stunde der Freude, das Ende mancher Illusionen und ein Abschied ohne Tränen. „Was für die meisten nur noch ein Traum war, wird Wirklichkeit: dass die selbstverständliche Zusammengehörigkeit wieder gelebt werden kann.“ Im Beisein von Bundeskanzler Kohl sagte de Maizière weiter, Deutsche hätten in diesem Jahrhundert durch zwei verheerende Kriege, durch die Ermordung von sechs Millionen Juden und viele andere nationalsozialistische Verbrechen unermessliches Leid angerichtet. „Wir begreifen diesen Teil unserer Geschichte, der auf uns lastet, als eine dauerhafte Mahnung, der Versöhnung zu dienen und zur Verständigung unter den Völkern beizutragen. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe an, das Zusammenwachsen des ganzen Europas zu fördern. Wir wollen für die Menschen im Osten und im Westen unseres Kontinents mit ihren unterschiedlichen Lebensumständen, Bedürfnissen und Erwartungen ein Bindeglied sein.“

De Maizière erinnerte daran, dass nicht alle Deutschen in der ehemaligen DDR den Übergang in das vereinte Deutschland nur leichten Herzens erleben. „Für sie alle – für uns alle ist die Geschichte der letzten vierzig Jahre trotz aller Widersprüche und Belastungen ein Teil der persönlichen Biographie, ein Stück des gewachsenen Ichs.“ Das Ertragen des Systems einerseits und das bescheidene Glück

andererseits, das es auch gegeben habe, hätten ein Gefühl von Identität und eine Gemeinsamkeit geschaffen, die zurückzulassen manchem schwer fallen werde. Er wisse sehr wohl, dass viele Bürger derzeit nicht ohne Sorgen seien, sagte de Maizière. „Wir sollten uns gleichwohl die Gunst der Stunde nicht klein reden lassen. Wir müssen unsere heutigen Probleme im Verhältnis zu unserer Vergangenheit sehen – und zu den ungleich schwereren Bedingungen unserer Nachbarn im Osten.“

Bundeskanzler Kohl und de Maizière riefen am Dienstagabend in Fernsehansprachen die Deutschen zu Solidarität und gegenseitigem Verständnis auf. „Wir müssen ein Denken überwinden, das Deutschland noch immer in ein Hüben und Drüben aufteilt“, sagte Kohl.

Am Dienstagnachmittag war die Volkskammer im Ost-Berliner Staatsratsgebäude zu einer letzten Sitzung zusammen gekommen. Die Präsidentin Bergmann-Pohl erinnerte an den ungewöhnlichen Auftrag des Parlaments, die Einheit herbeizuführen und sich damit selber überflüssig zu machen. Die erste und einzige frei gewählte Volkskammer habe in ihrer Arbeit viel geleistet und immer wieder versucht, „Zeichen der Wahrhaftigkeit“ zu setzen.

Am Dienstagvormittag hatte die „Alliierte Kommandantura Berlin“ ihre Arbeit beendet. Die drei westalliierten Stadtkommandanten unterzeichneten auf ihrer letzten Sitzung ein Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Momper. Darin heißt es, damit gehe „eine Ära in der Geschichte dieser großen Stadt“ zu Ende. Die Alliierten hätten dazu beigetragen, den Grundstein für diesen Tag zu legen.³⁴⁹

Wie schon in den beiden Berichten zuvor, wird auch hier augenscheinlich Wert auf Sachlichkeit gelegt. Auch hier wird dies durch die Kernaussage der Überschrift dokumentiert. Und ebenfalls einer Aufzählung ähnlich, werden die wesentlichsten Ereignisse zu Beginn aneinander gereiht:

1. Die deutsche Wiedervereinigung 45 Jahre nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur,
2. das Ende der Existenz der DDR fast 41 Jahre nach ihrer Gründung,
3. der Verzicht der Siegermächte auf ihre Rechte und Verantwortlichkeit,
4. das symbolische Aufziehen der schwarz-rot-goldenen Fahne vor dem Reichstagsgebäude und
5. ein bloßer Hinweis auf die Feierlichkeiten in Berlin und anderen deutschen Städten.

Ausführlicher wird hingegen der Staatsakt in der Berliner Philharmonie beschrieben und auf die Ausführungen des Bundespräsidenten eingegangen. Von zentraler Bedeutung sind dabei offenbar ebenfalls die Hinweise von Weizsäcker auf die einmalige Chance der Geschichte hinsichtlich der Aufnahme ganz Deutschlands in die westlichen Demokratien.

Die Distanz zu Kohl und der Dissens mit ihm, darin scheinen sich alle Autoren einig, wurde in dieser Rede evident, denn nicht nur, dass er ihn bei seinen Dankesadressen an die Beteiligten nicht erwähnte, auch die deutlichen Verweise auf die noch zu bewältigenden Aufgaben machen diesen Gegensatz deutlich. Doch finden sich noch weitere Spitzen gegen den Kanzler, auch wenn dieser dabei nicht explizit erwähnt wird. So kann der Hinweis, dass das Verschweigen des noch Trennenden unaufrichtig und nicht hilfreich sei, in diese Richtung gewertet werden und setzt sich in Gegensatz zu dem von Kohl betonten Optimismus. Ebenso kann seine Mahnung hinsichtlich des europäischen Einigungsprozesses als an die Adresse Kohls gerichtet interpretiert werden, obwohl er ihn hierbei nicht direkt nennt. Es war allgemein bekannt, dass Kohl im Kontext der deutschen Wiedervereinigung auch den europäischen Einigungsprozess beschleunigen wollte. Hierin war er sich, wenngleich aus anderen Motiven, mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand einig. Die Befürchtungen eines etwaigen Scheiterns dieses Prozesses, wie sie von Weizsäcker anklingen ließ, waren ebenfalls an die Adresse Kohls gerichtet und gleichzeitig als Mahnung zu verstehen, keine zu raschen und unausgereiften Entscheidungen zu treffen.

Bei der Rezeption dieses Artikels wird – wie schon bei der der beiden voran besprochenen – evident, dass trotz aller Freude über die Erlangung der staatlichen Einheit auch eine nicht zu überhörende Skepsis dominant war. Die hier selektierten Redepassagen Bergmann-Pohls („Integration in den europäischen Einigungsprozess“), Süßmuths („Aufhebung der begrifflichen Besitzdefinitionen „mein“ und „dein“), Mompers („Konflikte und Schwierigkeiten an der Nahtstelle der einstigen Trennung in Berlin“) und des Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz, Lehmann („Aufruf zur gegenseitigen Achtung und Solidarität“) verifizieren diesen Eindruck. Die Hinweise auf die drohenden Schwierigkeiten sind offenkundig.

In gewissem Gegensatz dazu stehen die Ausführungen Lothar de Maizières, der offen seine Emotionen anlässlich der Wiedervereinigung („Abschied ohne Tränen“,

„ein Traum werde wahr“) verbalisiert. Zu berücksichtigen ist dabei aber auch, dass die Wiederherstellung der deutschen Einheit für die aus der DDR stammenden Menschen einen Akt der Befreiung darstellte und daher einen völlig anderen Stellenwert besaß als für die Bevölkerung im Westen Deutschlands.

Dem Hinweis de Maizières auf die unheilvolle Vergangenheit Deutschlands kommt dabei doppelte Bedeutung zu. Einerseits galt es, eine gewisse Bescheidenheit zum Ausdruck zu bringen, da im Kontext der Wiedervereinigung in der Gemeinschaft die drohende Gefahr eines „Vierten Reiches“ heraufbeschworen wurde. Andererseits sollte dies auch als unmissverständlicher Hinweis auf die Verknüpfung zwischen Wiedervereinigung und europäischer Integration verstanden werden. Hierin befand er sich im Konsens mit dem Kanzler, der diesen Zusammenhang mit dem legendären Vergleich Konrad Adenauers als zwei Seiten einer Medaille beschrieb, die untrennbar seien.

Den Reden de Maizières (gemeint sind hier sowohl die beim Festakt als auch seine gemeinsame Fernsehansprache mit Helmut Kohl tags zuvor) wird in diesem Artikel mit 12 Sätzen, Satzgefügen und Zitaten (das sind 25% des gesamten Artikels) ein besonders großer Raum gewidmet.³⁵⁰

Die Intention des Autors, diese Passagen besonders ausführlich zu zitieren, spiegelt auch die Ambivalenz, in der sich viele DDR-Bürger befanden, wider, neben der prinzipiellen Zustimmung zur Wiedervereinigung auch eine große Sorge um die eigene Zukunft zu haben. Bei aller Unzulänglichkeit und Ungerechtigkeit des DDR-Regims war als Reaktion darauf eine besonders intensive Solidarität unter den DDR-Bürgern entstanden. Die Angst vor dem Verlust dieser Identität und des ausgeprägten Gemeinschaftssinns war ein Faktor, der bei aller Zustimmung zum Vereinigungsprozess eine nicht unwesentliche Rolle bei der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen spielte.

Doch ließ die Rede de Maizière auch deutlich werden, dass trotz dieser Bedenken das Ereignis nicht gering geschätzt werden sollte und die Ausgangssituation weitaus günstiger sei als etwa die der östlichen Nachbarn.

Bundeskanzler Helmut Kohl wird nur mit einem einzigen Satz, und dies auch nur in Verbindung mit der gemeinsamen Fernsehansprache de Maizières vom Vortag, zitiert, in der er zur Überwindung des bisherigen Denkens aufrief.

Die Skizzierung des Vortags der Vereinigung bildet den Abschluss des Berichts. In geschäftsmäßiger Kürze wird abschließend kurz über die Auflösung der DDR-

Volkskammer, die Würdigung ihrer Arbeit durch deren Präsidentin Bergmann-Pohl auf dem Weg zur Einheit und den Abschluss der Arbeit der Westalliierten berichtet.

4.3.2 Zusammenfassung

In den zuvor diskutierten Textbeispielen zum Tag der deutschen Einheit lassen sich die Unterschiede der Berichterstattung deutlich verifizieren. Obgleich alle als Bericht deklariert sind, unterscheiden sie sich doch in wesentlichen Merkmalen, Die in zwei Kategorien eingeordnet werden können:

Kategorie A: Der Titelseitenbericht.

- Reduktion der Darstellung auf die Aneinanderreihung des Geschehnisablaufs,
- Dokumentation der Authentizität durch Zitate bzw. den Bezug auf Aussagen (etwa in Reden, Interviews, Fernsehansprachen, Schriftstücken).
- Verzicht auf explizite Kommentierung oder verbale Wertung durch den Autor.
- Reihenfolge, die Selektion der Zitate und deren ausführliche Wiedergabe können als einziges Indiz für eine etwaige Wertung durch den Autor herangezogen werden.
- Erst durch diese vorzunehmende Interpretation lassen sich Rückschlüsse auf eine latent vorhandene Wertung durch den jeweiligen Autor ziehen.

Kategorie B: Der Innenseiten- und Magazinbericht

- Die Deskription des Geschehnisablaufs wird durch den Autor kommentiert (etwa durch Hinweise auf emotionale Reaktionen: mit Freude, Unbehagen, Staunen).
- Nachweis der Authentizität durch Zitate bzw. den Bezug auf diese.
- Deutlich erkennbare Wertung durch den Autor („die Rede dröhnt“, „die Stimme klirrt“, „der Mann aus Oggersheim“).
- Eine Wertung des Autors muss daher nicht alleine auf die Selektion, Reihenfolge und Länge der Zitate reduziert werden.

- Durch diese vorweggenommene Interpretation wird dem Rezipienten ein Meinungsbild geboten, das er annehmen oder verwerfen kann.

Die Perzeption durch den Rezipienten verläuft daher ebenfalls auf zwei Ebenen. Während er bei der Lektüre eines Titelseitenberichts nur eine indirekte Wertung finden kann (aber nicht muss), kann diese daher nur durch die Ingangsetzung eines eigenen Interpretationsvorgangs vorgenommen werden. Der überwiegend informelle Charakter wird gewahrt.

Der Innenseiten- und Magazinbericht setzt die informelle Perzeption bereits voraus. Die Akzentuierung verlagert sich deutlich auf die Ebene der wertenden Einflussnahme durch den Autor.

Darüber hinaus wird der Automatismus der Zuordnungsbarkeit in eine politische Tendenz eines Blattes zumindest durch die Titelseitenberichte nicht zwingend in Gang gesetzt. Eine solche Zuordnungsmöglichkeit besteht daher erst in der Perzeption der Innenseitenberichte. Diese These trifft allerdings nicht uneingeschränkt auf alle Tageszeitungen zu. Während sich diese Merkmale für die Berichte der SZ, FR und FAZ verifizieren lassen, weicht die TAZ deutlich von diesem Schema ab. Hier werden – wie schon ansatzweise dargestellt – auch im Titelseitenbericht Wertungen durch den Autor vorgenommen.

Für die Darstellung in Magazinen gelten ganz offensichtlich andere Regeln. Eine generelle Informiertheit des Rezipienten wird vorausgesetzt und lediglich ggf. durch weitere Hintergrundinformationen ergänzt. Ein Anspruch auf Überparteilichkeit wird – im Gegensatz zur Tagespresse – nicht erhoben. Der Rezipient wird daher ganz bewusst mit einer tendenziellen Berichterstattung konfrontiert, was eine Perzeption dieser Tendenz erleichtern kann, wenn er sich damit identifiziert bzw. einen konträren Interpretationsmechanismus auslöst, der zur Distanzierung oder Verwerfung führen kann.

Inwieweit der Magazinbericht wie auch der Innenseitenbericht eine Identifikation durch den Rezipienten voraussetzt, kann damit allerdings nicht beantwortet werden. Die Akzeptanz oder Inakzeptanz durch den Rezipienten kann daher zunächst nur damit begründet werden, dass er in Kenntnis solcher offenen oder latenten Tendenzen das jeweilige Blatt perzipiert.

Die Negativperzeption Kohls setzt sich auch in diesem Berichte-Block fort. Auffälligerweise wird der Bundeskanzler im Kontext der Feierlichkeiten zur

deutschen Wiedervereinigung nur als Randerscheinung erwähnt. Der TAZ-Bericht, der sich explizit mit der Regierungserklärung Kohls zum Tag der deutschen Einheit befasst, skizziert den Kanzler in einer schon als symptomatisch zu nennenden Abfälligkeit. Sogar das Stilmittel des Witzes wird dabei angewandt, um diesen Eindruck zu verstärken. Das wichtige Instrument zur Erläuterung der Regierungsarbeit, nämlich die Abgabe einer diesbezüglichen Erklärung, wird hierbei zu einem lustlos vorgetragenen Referat degradiert. Die Kombination aus einer ironisierenden Darstellungsweise des Bundeskanzlers, die sich nicht nur auf die Verwendung eines Witzes beschränkt, und die vom Autor als langweilend perzipierte Abgabe der Regierungserklärung sollen vom Rezipienten als eine vom Autor bewusst angestrebte Marginalisierung des Inhalts verstanden werden. Dass der Autor dabei auf der „Wellenlänge“ der Leserschaft liegt, kann insofern unterstellt werden, wenn man davon ausgeht, dass sich diese einem linksintellektuellen Spektrum zuordnen lässt. Keine der hier diskutierten Medien macht seine Zugehörigkeit zu diesem politischen Standort so deutlich wie die TAZ. Wenn Kohl einerseits als einer die wirtschaftlichen Aspekte betonender Wirtschaftslobbyist und der PDS-Vorsitzende Gysi als mit „Häme oder Hass“ bedachter Mahner dargestellt wird, kann das als ein deutliches Zeichen für eine links gerichtete Zielgruppenorientierung gewertet werden.

Dem SPIEGEL wird im Allgemeinen eine zwar weniger ausgeprägte, jedoch vernehmbare Akzentuierung des sozialdemokratischen Gedankengutes unterstellt. Zumindest macht der im Kontext der Wiedervereinigung vorgestellte Artikel seine kritische Distanz zum konservativen Bundeskanzler auffallend deutlich. Alleine schon die vorangestellten Schlagworte und die als „schwer und hallend“ wahrgenommene Artikulation Kohls sollen diese Distanz unterstreichen. Die Kritik richtet sich aber auch an die Sozialdemokraten, denen es offensichtlich nicht gelungen war, ihre Opposition zum Bundeskanzler deutlich zu machen. Dafür spräche allein schon die Tatsache, dass vom Autor kritisiert wurde, dass Kohls unmittelbarer Herausforderer im Bundestagswahlkampf, Oskar Lafontaine, der als einer der schärfsten Kritiker Kohls innerhalb der SPD galt, nicht die Erwiderungsrede hielt. Dafür spräche auch die Anmerkung, die SPD habe sich offenbar von Kohl vereinnahmen lassen und den Bundestagswahlkampf als schon verloren gegeben. Das hier indirekt geforderte stärkere Profil der Sozialdemokraten wird vom Autor vermisst. Und schließlich kann die Deskription des Auftretens des

Kanzlers sowohl vor dem Plenum des Bundestags als auch gelegentlich der Wiedervereinigungsfeier als deutliches Indiz für eine tendenziell abweisende Haltung gesehen werden. Unterstellt man dem Magazin SPIEGEL eine ähnlich ausgerichtete Zielgruppenorientierung wie der TAZ, wobei diese als weniger stark links gerichtet definiert werden kann, lässt sich hieraus gleichermaßen die Vermutung ableiten, dass die Leserschaft dieses Magazins tendenziell eine solche politische Grundhaltung vertritt.

An dieser Stelle sei unterstellt, dass die Autoren (auch die der übrigen hier diskutierten Artikel) im Bewusstsein der tendenziellen Grundhaltung ihrer Leserschaft argumentieren.

Wie bereits in den voranstehenden Schemata skizziert, fällt eine solche Verifizierung der politischen Zielrichtung durch die hier als „Innenseitenberichte“ bezeichneten Artikel deutlicher aus.

Erheblich schwerer vollzieht sich dieser Prozess durch die Perzeption der „Titelseitenberichte“. Die Autoren dieser Berichte vermeiden durch die Akzentuierung der Fakten primär eine solche Wahrnehmung. Erst durch die sekundäre Perzeption kann, wenn auch durch einen erheblich größeren Wahrnehmungsaufwand, eine gewisse Tendenz in der Berichterstattung aufgespürt werden.

Und doch ist eine solche Verifizierung möglich. Alleine durch die Selektion und Reihenfolge der wiedergegebenen Fakten, aber auch durch die der politischen Akteure und deren auszugsweise Wiedergabe ihrer Bewertungen können dazu beitragen, eine solche Tendenz zu verifizieren.

Wenn also, wie am Beispiel der SZ demonstriert, etwa der Bundespräsident, der den Positionen des Bundeskanzlers nachgewiesen kritisch gegenüberstand, mit seinem Hinweis auf die zu entwickelnde Bereitschaft der Westdeutschen zu Teilen zitiert wird, kann darin zumindest eine latente Kritik an Kohl wahrgenommen werden. Der Autor hätte beispielsweise auch eine Passage der Rede wählen können, die sich dem Optimismus Kohls genähert hätte. Eine solche Vorgehensweise macht deutlich, dass der Autor gleichfalls ein geringeres Interesse daran zeigte, eine für den Kanzler positive Stimmung zu erzeugen. Auf eine deutlichere Positionierung einer politischen Haltung, etwa durch eine ironisierende Kommentierung, kann dabei verzichtet werden, wobei jedoch die intendierte Richtung angezeigt werden kann.

Ähnliches gilt für die vorgestellten Berichte der FR und FAZ.

4.4 Irreversible Politische Union: Der Vertrag von Maastricht

Parallel zur Vollendung der deutschen Einheit war man auf europäischer Ebene bemüht, dem Integrationsprozess der EG eine neue Dynamik zu verleihen. Dabei waren zwei grundsätzliche Motive von wesentlicher Bedeutung:

1. Die irreversible Einbeziehung des geeinten Deutschlands in die westliche Wertegemeinschaft, um möglichen Tendenzen einer nationalistisch und zu eigenständig ausgerichteten deutschen Außenpolitik vorzubeugen. Dies geschah aus der immer noch latent vorhandenen Furcht, Deutschland könne – als stärkste kontinentale Wirtschaftsmacht – eine revisionistische Politik hinsichtlich des Ergebnisses des Zweiten Weltkrieges zu betreiben versuchen.
2. Die Veränderungen im Osten und der zunehmend sichtbare Zusammenbruch des Ostblocks, in dessen Folge die meisten seiner Mitglieder die Aufnahme in die Gemeinschaft anzustreben begannen, bedurften einer neuen Definition des Gemeinschaftsziels.³⁵¹

Während man sich hinsichtlich des ersten Ziels relativ rasch einig war, wurden im Hinblick auf das Erreichen des zweiten Ziels sehr bald stark divergierende Meinungen evident. Der Beginn des Golf-Kriegs im Januar 1991 ließ diese, wie übrigens auch später im Balkan-Konflikt, deutlich hervortreten.

Die wesentlichen Argumente der wissenschaftlichen und politischen Diskussion sollen hier kurz skizziert werden.

Grundsätzlich ist zunächst von der Frage auszugehen, ob die vorhandenen europäischen Strukturen ausreichend sind, möglicherweise in Konkurrenz zueinander stehen oder neue Strukturen geschaffen werden müssen. Gemeint ist damit allerdings nicht, dass die vorhandenen Modelle zu Gunsten eines anderen Modells grundsätzlich obsolet geworden seien oder werden würden.³⁵² Wenngleich die EG/EU-Strukturen für eine politisch-wirtschaftliche Erweiterung am weitesten ausgebildet sind, können in der NATO und im KSZE-Prozess notwendige ergänzende Einrichtungen gesehen werden. Anfang der 90er-Jahre wurde zugleich darüber diskutiert, ob die Integration einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft (WEU) in die NATO und die Einbeziehung der KSZE in

eine gesamteuropäische Friedensordnung wünschenswert seien. „Konkret heißt das, Funktionen, Zielvorgaben und Entscheidungsprozesse klar zu bestimmen, aufeinander zu beziehen und im Rahmen eines Gesamtkonzepts untereinander zu optimieren. Denn gerade Sicherheitspolitik ist gegenüber Institutionenkonkurrenz, ungeklärten Kompetenzen und politisch-organisatorischen bzw. politisch-inhaltlichen Widersprüchen besonders anfällig.“³⁵³

Der Grundgedanke war seit der Gründung der EWG im Jahre 1957, aus der Vergangenheit lernend eine europäische Ordnung zu schaffen, die nicht nur eine Wiederholung der beiden Weltkriege unmöglich machen, sondern darüber hinaus eine europäische Identität schaffen sollte, die unter Beibehaltung der einzelnen nationalstaatlichen Interessen, zu einer neuen gemeinsamen Wertegemeinschaft führen sollte. Die Idee war die Schaffung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘. Das heißt: gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auch eine engst mögliche Kooperation der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Schwierigkeiten liegen dabei vor allem in den beiden letztgenannten Bereichen. Eine gemeinsam abgestimmte Außenpolitik mag ja, sieht man einmal von den generellen Divergenzen innerhalb der Gemeinschaft ab, am Ende noch möglich sein, eine gemeinsame Sicherheitspolitik wirft jedoch die entscheidenden Fragen auf:

- a) Sicherheit vor wem und gegen wen ?
- b) Sollen und können die vorhandenen Sicherheitsstrukturen, die von den USA dominiert werden, aufgegeben werden ? und
- c) Würden die Vereinigten Staaten zu Gunsten einer rein europäisch geprägten Sicherheitspolitik ihre bisherige Dominanz im Bündnis aufgeben ?

Die Frage a) ließe sich dahingehend beantworten, dass durch das Ende des Ost-West-Konflikts zumindest die Gefahr einer drohenden Konfrontation mit dem Osten zunächst gebannt schien. Die bisher geltende Doktrin, gegen etwaige Angriffe aus dem Osten gerüstet zu sein, war damit obsolet.

Andere Krisenherde, wie etwa der Golf-Krieg und später auch der Balkan-Konflikt, ließen erkennen, wie stark die Dominanz der USA im Bündnis war und ist. Wenn also die USA in entscheidenden Konfliktsituationen ihr militärisches Potenzial in die Waagschale wirft, warum sollte dann zu Gunsten einer rein europäischen Sicherheitsstruktur auf dieses Potenzial verzichtet werden? Der damalige NATO-

Generalsekretär Manfred Wörner sah allerdings die Gefahr einer Bedrohung durch das nach wie vor vorhandene Militärpotenzial der Sowjetunion auch ein Jahr nach der Wiedervereinigung als noch nicht gebannt und dokumentierte so, dass die bisherigen sicherheitspolitischen Denkstrukturen innerhalb der NATO noch nicht abgelegt waren. In einem Aufsatz über die Aufgaben der Atlantischen Allianz führte er aus: „Die sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension europäischer Politik gehört allerdings in den Rahmen des Bündnisses. Eine rein europäische Sicherheitsorganisation könnte weder ein militärisches Gegengewicht zur Sowjetunion bilden noch die gleiche politische Stabilität gewährleisten. Umgekehrt ist ein vereinigtes Europa ohne gemeinsame europäische Verteidigung nicht möglich. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass Atlantische Allianz, Westeuropäische Union und Europäische Gemeinschaft jetzt die Weichen richtig stellen und eine Konzeption für einen europäischen Pfeiler entwickeln, der sich harmonisch in das Bündnis integrieren lässt. Das bedeutet eine Absage an jede Konstruktion, die von einem sicherheitspolitischen Interessensgegensatz zwischen Nordamerika und Europa ausgeht oder die nicht alle 16 Mitglieder des Bündnisses voll einbezieht. [...] Wenn das Gefühl für die Unverzichtbarkeit der transatlantischen Bindung verloren geht, ist auch das Bündnis langfristig zum Scheitern verurteilt.“³⁵⁴

Wörner hielt die Verknüpfung zwischen europäischen und amerikanischen Sicherheitsinteressen für unverzichtbar und sah darin eine notwendige Option zur Bewältigung künftiger Krisen. Einen Interessensgegensatz zwischen dem europäischen Sicherheitsbedürfnis bei gleichzeitiger amerikanischer Dominanz in der NATO sah er als deren Generalsekretär aus diesem Grunde nicht. Im Gegenteil: Das bestehende NATO-Bündnis unter der Führung der USA, auch wenn es neue Sicherheitsstrategien finden müsse, war für ihn ein wichtiger Pfeiler im gesamteuropäischen Gefüge. Seidelmann sieht dies aus der Perspektive eines realpolitischen Machtmodells etwas differenzierter: „Da man davon ausgeht, dass die USA letztlich doch ihre militärische Präsenz in und ihre Nukleargarantie für Europa trotz aller Macht- und Konkurrenzkonflikte aufrechterhalten, und da man davon ausgeht, dass die USA trotz ihres Hegemonieverlustes auch weiterhin die notwendigen globalen Ordnungsleistungen – nicht nur für sich selbst, sondern auch im Sinne der Westeuropäer – einbringen, besteht eben aus dem unmittelbar nationalstaatlichen Interessenkalkül kein Grund, die bestehenden Verhältnisse zu ändern.“³⁵⁵

Diese Betrachtungsweise zeigt sehr deutlich, dass auch nach der Veränderung der europäischen Landkarte die USA keineswegs die Absicht hatten, sich wieder hinter

den Atlantik zurückzuziehen und ihre Führungsrolle innerhalb des Bündnisses aufzugeben. Sie repräsentiert auch die durchaus realistische Einschätzung, dass auch die europäischen Nationalstaaten wenig Interesse daran zeigten, da sie diese Lücke zwangsläufig hätten füllen müssen, denn dies bedeutete ja auch eine Zunahme der Verantwortlichkeit und eine erhebliche Steigerung der Militärausgaben. Gerade unter diesem Kosten-Nutzen-Aspekt konnte ein Rückzug der USA nicht als ernsthafte Alternative für eine neue gesamteuropäische Sicherheitspolitik in Frage kommen.

Der Ausbruch des Golf-Kriegs zeigte dann auch deutlich, dass das Engagement der USA zur Wahrung europäischer Interessen (Sicherung der Ölversorgung) durchaus mehr als erwünscht war.

In diesem Kontext stellte sich aber auch die Frage hinsichtlich des künftigen deutschen Engagements in militärischen Konfliktsituationen. Die bisher von der Bundesregierung so erfolgreich betriebene Scheckbuchpolitik schien den Erfordernissen nicht mehr zu genügen. Der Golf-Krieg war die letzte militärische Auseinandersetzung, in der die Bundesrepublik diese für sie auch sehr kostspielige Diplomatie anwenden konnte, denn „Germany’s financial contribution to the Gulf War Alliance was significant. Over 1990-1991, it amounted to 18 billion Marks (\$12 billion), of which some 10 billion Marks (\$6,5 billion) went to the United States. To put this in perspective, the total American contribution by 1991 was \$21 billion.

In other words, Germany’s role in the Gulf War did not bespeak any great appetite for military adventures or, for that matter, a desperate urge to recreate Rommel’s Afrika Korps. But this crisis had opened a debate about Germany’s ability to use military force.³⁵⁶

Im Kontext dieses Krieges wurde die Forderung nach Verstärkung des deutschen Engagements – vor allem in den USA – vernehmlich.

Bundeskanzler Kohl kündigte in seiner Regierungserklärung am 30. Januar 1990 die Änderung der bisherigen Bündnispolitik an und hob die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik hervor: Im Rahmen seiner europapolitischen Zielvorstellungen sagte er „Fünftens muss es darum gehen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, die langfristig auch die Perspektiven einer gemeinsamen europäischen Verteidigung einschließt. [...] Das bedeutet, dass auch wir Deutschen zu einem größeren Engagement bereit sein müssen.“³⁵⁷

Damit deutete er bereits an, ohne jedoch konkret zu werden, dass er eine Änderung der bisherigen Haltung der Bundesrepublik anstrebe.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik waren allerdings nur Teile, wenn auch sehr wichtige Politikbereiche, die zur Ausweitung der EG zu einer Politischen Union führen sollten.

In seiner Regierungserklärung nannte er die weiteren Schritte, die nach seiner Auffassung anzustreben seien, dieses Ziel zu erreichen:

1. Schaffung des europäischen Binnenmarktes bis zum 31.12.1992,
2. Abschaffung der innereuropäischen Grenzen,
3. Beibehaltung nationalstaatlicher Integrität,
4. Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments,
5. Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,
6. Einführung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und
7. Eine gemeinsame soziale Ordnung.³⁵⁸

Die hier genannten Punkte waren als Kohls europapolitischen Ziele schon seit Beginn der 80er-Jahre bekannt. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit beschleunigte nun den Zeitablauf, der zur Politischen Union in Europa führen sollte. Helmut Kohl hatte dabei, neben der Vollendung des europäischen Binnenmarktes, die er schon seit Beginn der 80er-Jahre forderte, auch den Zeitpunkt für den Beginn einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik für das Jahr 1999 ins Auge gefasst.³⁵⁹ Diese Perspektive sollte bei seiner Entscheidung, 1998 zum fünften Mal seit 1983 als Kanzlerkandidat der Union anzutreten, um zum sechsten Male Bundeskanzler zu werden, eine bedeutende Rolle spielen. Er rechtfertigte diesen Schritt mit dem Hinweis, dass die europäischen Ziele und besonders das Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik noch nicht erreicht seien, was seine weitere Kanzlerschaft notwendig mache, da man auf europäischer Ebene das Vertrauen in ihn setze, neben der Einführung des Euro als gemeinsames Zahlungsmittel im Jahr 2002 auch in diesen Bereichen entscheidend voranzukommen.³⁶⁰

Auf der EG-Gipfelkonferenz in Maastricht im Dezember 1990 gelang den europäischen Regierungschefs mit dem Abschluss eines Vertrags ein entscheidender Durchbruch. Der Wille zur Bildung einer politischen Union wurde in diesem Vertrag zwar dokumentiert, Einigkeit über den Weg dorthin herrschte indes noch lange nicht. Doch was bedeutete der Vertrag konkret ?

„Erstens bedeutet Maastricht nicht nur den weiteren Ausbau der Integration der Volkswirtschaften bzw. der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitiken, sondern den Einstieg in die Politische Union. Dies hat zur Konsequenz, dass auch andere Politikbereiche, die bislang nur national verstanden wurden – so z. B. Recht- und „Innen“-Politik, Umwelt- und Sozialpolitik – in den Integrationsprozess einbezogen werden.

Zweitens zielt Maastricht darauf ab, die neue EU nicht nur gegenüber dem restlichen Europa, sondern auch global zu stärken. Die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – und in letzter Konsequenz dann auch der Aufbau von europäischen Streitkräften [...].

Drittens beruht gerade der politische wie wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik Deutschland auf einer konsequenten Integrationspolitik.³⁶¹

Dem Vertrag vorangegangen war zunächst ein Konzept des damaligen EG-Kommissionspräsidenten Delors aus dem Jahr 1989, das einen Dreistufenplan zur Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vorsah.³⁶² Dieser bildete die Voraussetzung für die in der Folge des Maastrichter Vertrages einsetzende Debatte über den Weg zur Einführung einer einheitlichen europäischen Währung.

Zweifellos wurde von der Bundesrepublik Deutschland ein besonderer Beitrag erwartet, der schon – auch wenn dies offiziell immer wieder dementiert wurde und wird, als Gegenleistung für die europäische Zustimmung zur Wiedervereinigung betrachtet wurde. In diesem Kontext hält sich bis heute hartnäckig die Behauptung, die D-Mark sei als Preis dafür zum Opfer gefallen.

Doch zunächst sollte der Vertrag von Maastricht als Grundstein für den weiteren Integrations-, aber auch Erweiterungsprozess für die Gemeinschaft angesehen werden. In einer realistischen Betrachtung konnte Maastricht die bisher ungelösten Probleme nicht beseitigen und schuf parallel dazu eine Reihe neuer. Als Stichworte seien hier genannt: Struktur und Sitz der Europäischen Zentralbank und ihrer personellen Führung, Festlegung der Konvergenzkriterien als Stabilitätsfaktor der gemeinsamen Währung, Verlagerung weiterer nationaler Interessen auf die europäische Ebene nach dem Subsidiaritätsprinzip und schließlich das Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Allein schon die Aufzählung dieser Stichworte zeigt deutlich die künftigen Schwierigkeiten und Problemfelder, die das hochgesteckte Ziel des Vertrages beinhalteten. Einig war man sich zunächst ja nur in der Verwirklichung, wie auch

immer sie zu bewältigen sei. Allein aber mit dem Abschluss des Vertrages die baldige Vollendung der Politischen Union zu assoziieren, würde seinem Anspruch nicht gerecht werden.

In Artikel B waren daher auch nur die prinzipiellen Ziele formuliert:

- die Förderung eines ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, insbesondere durch die Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen, durch die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und durch die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine einheitliche Währung nach Maßgabe dieses Vertrages umfasst;³⁶³
- die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte;
- die Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Angehörigen ihrer Mitgliedstaaten durch Einführung einer Unionsbürgerschaft;
- die volle Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstands und seine Weiterentwicklung [...] ³⁶⁴

Im Vordergrund standen die Verwirklichung des uneingeschränkten Binnenmarkts. Hierin bestand der größte Konsens. Der Gebrauch von Konjunktiven hinsichtlich der verteidigungspolitischen Ziele lässt diese allenfalls als mögliche Option im Raum stehen und signalisiert zugleich die Ungewissheit ihrer Realisierbarkeit und in der Tat ist bis heute ihre Verwirklichung noch nicht absehbar. Doch war Maastricht eine historische Chance für die Gemeinschaft, „erstens den Integrationsprozess auszuweiten und zu vertiefen und zweitens die bisherige technokratische Integrationsstrategie mit einer politischen Strukturreform in Sachen Demokratie, Transparenz, Effizienz und Subsidiarität zu verbinden.“³⁶⁵

Doch zunächst überwog das Gefühl, einen entscheidenden Schritt vollbracht zu haben. Die Rede Helmut Kohls auf dem CDU-Parteitag am 15. Dezember 1991 ist signifikant: „[...] das, was letzte Woche in Maastricht erreicht wurde, ist – bei allen Mängeln in diesem oder jenen Punkt – der Durchbruch in Europa. Man muss sich klar machen, [...] was es heißt, dass es im Jahre 1997 oder 1999 – das spielt gar keine Rolle – in Europa nicht nur den großen Binnenmarkt geben wird, [...], sondern

auch eine gemeinsame Währung geben wird und dass es [...] das politische Europa natürlich auch geben wird.“³⁶⁶ Natürlich empfand Kohl den Vertrag von Maastricht auch als seinen persönlichen Beitrag und als Erfolg der Europapolitik der CDU, denn: „die deutsche Einheit zu vollenden und einen Beitrag zur politischen Einigung Europas zu leisten. Das war immer unsere Politik seit den Zeiten Konrad Adenauers.“³⁶⁷ Zwei Tage zuvor hatte Kohl in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag das Ergebnis des Vertrags gewürdigt, aber auch seine Haltung gegenüber der Aufgabe der D-Mark zu Gunsten einer gesamteuropäischen Währung gerechtfertigt: „Erstens: Der Weg zur Europäischen Union ist unumkehrbar. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind jetzt für die Zukunft in einer Weise miteinander verbunden, die ein Ausbrechen oder einen Rückfall in früheres nationalstaatliches Denken mit all seinen schlimmen Konsequenzen unmöglich macht. [...] Maastricht ist der Beweis dafür, dass [...] die deutsche Einheit und die europäische Einigung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.“³⁶⁸ In Bezug auf die vielerorts geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der Gefahren einer instabilen europäischen Währung sagte er: „Wir konnten [...] diesem Vertrag zustimmen, weil er in vollem Umfang den deutschen Erfahrungen entspricht, die wir mit der D-Mark und der Gewährleistung ihrer Stabilität in den letzten 40 Jahren gemacht haben. [...] Als zentrale Vorbedingung der Wirtschafts- und Währungsunion verlangt der Vertrag nachprüfbar wirtschaftliche Konvergenz der Mitgliedstaaten.“³⁶⁹ Doch genau diese Konvergenzkriterien sollten in der Folge eine beinahe unüberwindliche Hürde für die Mitgliedschaft Deutschlands in der WWU werden, denn die finanziellen Belastungen in der Folge der Wiedervereinigung waren größer als zuvor angenommen. Was Kohl hier als die vorläufige Krönung seiner und der Jahrzehnte langen Politik der CDU darstellte, wurde in der Presse allerdings wesentlich differenzierter perzipiert.

4.4.1 Textbeispiele

Beispiel 18: Die TAZ und der Vertrag von Maastricht

Copyright © contrapress media GmbH

T911212.13 TAZ Nr. 3583 Seite 2 vom 12.12.1991

197 Zeilen von TAZ-Bericht michael bullard

„Maastricht: 30 Arbeitsstunden für die Vereinigten Staaten von Europa
Wirtschaftsmacht statt Volksmacht

30 Stunden benötigten die Staats- und Regierungschefs, um einen "historischen Kompromiss" auszutüfteln. Statt auf Demokratie konzentrierten sie sich auf den Ausbau des Binnenmarkts zu einer wirtschaftlichen Großmacht. Das schwarze Schaf ist weiterhin die britische Regierung, die sich mit ihrer Strategie alle Türen offen gehalten hat.

Der Koloss kreißte - und gebar ein machiavellisches Meisterwerk: ein kompliziertes Geflecht von Ausnahmeregelungen, Rückversicherungsklauseln und Blockiermechanismen, das in erster Linie der weiteren Ermächtigung der EG-Größen dient. 30 Stunden benötigten die Staats- und Regierungschefs, um diesen "historischen Kompromiss" auszutüfteln, der nun Grundstein sein soll für die Vereinigten Staaten von Europa. Sichtlich erschlaft von dem Sitzungsmarathon schlurfte François Mitterrand Mittwoch frühmorgens ans Katheder, um der bereits wein- und bierseligen Journalistengemeinde seinen Sieg zu verkünden: „Alle Punkte, die Frankreich in den Verträgen verankern wollte, sind verankert worden.“ Dazu zählte er vor allem die britische Einwilligung in sein Lieblingsprojekt, die Westeuropäische Union (WEU) zum verteidigungspolitischen Arm der EG auszubauen. Einzige Beeinträchtigung: Die Stellung der NATO dürfe dadurch nicht gefährdet werden. Damit bleibt zwar noch offen, welche Bedeutung die verteidigungspolitische Zusammenarbeit der Gemeinschaft haben wird. Die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe unter europäischem Kommando jedoch ist dadurch im Prinzip möglich geworden.

Besondere Genugtuung bereitete Mitterrand jedoch, dass sich sein Widersacher John Major in wichtigen Fragen wie Soziales und gemeinsame Währung vor die EG-Türe hatte komplimentieren lassen. Dies hinderte den britischen Premierminister

allerdings nicht, guten Gewissens zu versichern: „Wir haben nichts aufgegeben, wir haben nichts verloren.“ Aus Sicht seiner Unterstützer trifft dies auch zu: Schließlich hat sich die britische Regierung mit ihrer Strategie des „Opting-out“ alle Türen offen gehalten. Sie kann bei der europäischen Union mitmachen, sie muss es aber nicht. Verlierer des gigantischen Geschacheres über den Konstruktionsplan für das „Europa des 21. Jahrhunderts“ wäre - gemessen an seinen wortstarken Versprechungen - Bundeskanzler Kohl. Im Austausch für die „Opferung der DM“ hatte er eine Beseitigung des Demokratiedefizits in der EG, eine Aufstockung der Zahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament und Fortschritte in der Sozial- sowie Umweltpolitik gefordert. Obwohl in all diesen Bereichen keine oder nur geringe Verbesserungen erreicht wurden, behauptete Kohl jedoch, mit der Einigung seien die „Weichen für einen neuen Abschnitt des europäischen Einigungsprozesses“ gestellt. Pausbäckig prophezeite er: „Dieser Prozess ist unumkehrbar.“

Keine guten Aussichten für das „Europa der Bürger“. Denn trotz der vielfach versprochenen „Bürgernähe“ der EG wird ihre Demokratisierung nur „stufenweise“ und „in Ansätzen“ stattfinden - in so essentiellen Bereichen wie Forschung, Gesundheit, Kultur und Verbraucherschutz. Über die Aufwertung der 18 „Beobachter“ aus den fünf neuen Bundesländern zu vollwertigen Europaabgeordneten soll frühestens im kommenden Jahr im Rahmen eines „Gesamtkonzepts“ entschieden werden. Dann will man auch eine Formel für die anderen Newcomer beispielsweise aus Schweden und Österreich finden.

Ungewiss ist, ob Großbritanniens Abschied von einer gemeinsamen EG-Sozialpolitik endlich zu dem vielfach versprochenen sozialen Europa führen wird. Eine „Elfergemeinschaft“ soll nun im EG-Ministerrat für Fortschritte vor allem bei der Harmonisierung der Arbeitsbedingungen, den Anhörungs- und Vertretungsrechten von Arbeitnehmern sowie der Gleichbehandlung von Mann und Frau sorgen. Dies kann zum Teil mit Einstimmigkeit, zum Teil mit Mehrheit geschehen.

Das Chaos wird noch zunehmen, fürchten viele Abgeordnete. Wie beispielsweise die Einflussnahme der Parlamentarier auf die Sozialpolitik aussehen wird, ist höchst unklar, muss doch zum Beispiel erst einmal geklärt werden, ob ihre britischen Kollegen in Zukunft mitstimmen dürfen. Ähnlich undurchsichtig wird das Abstimmungsverfahren im Ministerrat, wo der britische Sozialminister zwar gemäß den römischen Gründungsverträgen mitstimmen darf, gemäß dem neuen Zusatzprotokoll aber sich seiner Stimme enthalten müsste.

Auch die von Kohl geforderte gemeinschaftliche Innen-, Rechts- und Asylpolitik kam nur ansatzweise zu Stande. Die EG hat zwar eine gemeinsame Visumpolitik

vereinbart, die Asyl- und Einwanderungspolitik wird aber weiterhin relativ unverbindlich zwischen den Regierungen abgestimmt. Diese soll verstärkt werden, was nach Kohl eine Chance sei, „sehr rasch zu praktischen Maßnahmen zu kommen“. Immerhin konnte der Kanzler die Forderung der Bundesländer und europäischen Regionen nach einem beratenden Regionalausschuss auf EG-Ebene durchsetzen. Die deutschen Bundesländer können künftig 24 Vertreter dorthin entsenden.

Neu geschaffen wird auch eine „europäische Staatsbürgerschaft“, die jedem EG-Bürger in jedem Mitgliedstaat erlaubt, bei Kommunalwahlen aktiv und passiv mitzumachen. Im Rahmen des vom spanischen Regierungschef geforderten Kohäsionsfonds für die ärmeren Mitgliedsländer soll es sogar mehr Gelder für Umweltprojekte geben. Felipe Gonzalez hatte bis zum Schluss gefordert, dass die Aufstockung der Gelder im Vertrag verankert werden müsste. Zum Schluss willigte er aber ein, diesen Punkt in einem Zusatzprotokoll zu behandeln. Über die Höhe sowie die Art und Weise des Finanztransfers soll nächstes Jahr verhandelt werden. Wohl deshalb war er nur „mäßig zufrieden“ mit dem Gipfelergebnis.

Bereits am Montag war vereinbart worden, dass die Union spätestens 1999 eine gemeinsame Währung erhält. Kohl sprach deswegen von „beachtlichen Erfolgen“.

Den Briten wurde zugestanden, ihre Entscheidung später zu treffen. Der Startschuss kann schon 1997 fallen, wenn eine Mehrheit der EG-Staaten den strengen volkswirtschaftlichen Härte-test besteht. Über die Stabilität der neuen Währung ECU wird eine unabhängige EG-Notenbank wachen. Ihr Sitz ist noch ungewiss.

Die bisherige uneffektive Abstimmung in der Außenpolitik soll durch eine engere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ersetzt werden. Damit sind die Mitgliedsstaaten „mit Abstand stärker eingebunden“ als bisher, behauptete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Die in der Jugoslawien-Krise deutlich gewordenen Grenzen für das außenpolitische Handeln der Gemeinschaft sind damit jedoch nicht überwunden. Denn noch immer müssen die Zwölf in den zentralen Fragen Einstimmigkeit erreichen. EG-Kommissionspräsident Jacques Delors warnte deshalb bereits vor Maastricht, dass diese Form der Außenpolitik nicht funktionieren werde.

Michael Bullard, Brüssel³⁷⁰

Gemäß der bisher aufgezeigten Linie der TAZ-Berichterstattung intendiert bereits die Überschrift eine bestimmte Bewertung. Der Europarat habe sich für die Stärkung der wirtschaftlichen Macht und gegen eine größere Bürgernähe der Gemeinschaft

entschieden, wobei offen bleibt, ob 30 Stunden Verhandlungsdauer für das erreichte Ergebnis als hoch oder niedrig eingestuft werden sollen. Interessanterweise wird die von Adenauer häufig gebrauchte und von Kohl anfangs übernommene Formulierung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ gebraucht. Inwieweit es sich hierbei um eine Annäherung an die Diktion Kohls oder die Perzeption eines zu der Zeit auch auf europäischer Ebene verwendeten Begriffs handelt, bleibt offen. Eindeutiger ist seine Determination hinsichtlich des hier plakativ dargestellten Ergebnisses, das ganz eindeutig zu Gunsten von economic power und gegen einen weiteren Demokratisierungsprozess hinsichtlich einer stärken Bürgerbeteiligung ausfalle.

Es trifft zu, dass die Vollendung des Binnenmarkts und die Einigung über die WWU zu den wichtigsten Ergebnissen von Maastricht zählten, alleine die Reduzierung auf diese Teile des Vertrages und die Unterlassung der Erwähnung der weiteren Übereinkommen, ist unzulässig und muss als bewusste Verzerrung verstanden werden.

Statt dessen wird auf die Sonderbehandlung Großbritanniens hingewiesen. Sich Tür und Tor offen zu halten, ist eine Taktik der Briten, die sie schon seit Beginn ihrer Mitgliedschaft in der EG anwenden und deshalb nicht neu. Der Hinweis auf die unentschlossene Haltung der Briten kann daher als Indiz für die Uneinigkeit der Gemeinschaft hinsichtlich ihres künftigen Kurses betrachtet werden.

Die folgende negative Darstellung der EG-Gipfel-Konferenz fügt sich in die in der Überschrift und den ersten Sätzen bereits angedeutete Betrachtungsweise. Polemisierend wird der Verhandlungsverlauf als ‚Koloss‘ und, in Anlehnung an jenes volkstümliche Sprichwort „der Elefant kreiβte und gebar eine Maus“ als im Ergebnis unbefriedigend bezeichnet. Dies manifestiert sich auch im Vergleich des Vertrags als machiavellisches Meisterwerk, wobei hier ganz offensichtlich eine negierende Interpretation der von Machiavelli formulierten Bedingungen der Politik als machtpolitischer Skrupellosigkeit vorgenommen wird.

Die Tatsache, dass Vertragstexte auf multinationaler Ebene in der Regel in einer nach allen Seiten interpretierbaren Diktion verfasst sind, darf nicht zu der Schlussfolgerung in dem hier erfolgten Sinne führen. Selbstverständlich mussten die unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Mitgliedstaaten dabei Berücksichtigung finden, was durch Ausnahmeregelungen und Absicherungsmechanismen zum Ausdruck kam.

Die Behauptung allerdings, dass das Ergebnis von Maastricht einzig zur Machterweiterung der ‚Großen‘ geführt habe, ist ebenso unzulässig und trägt diesem in keiner Weise Rechnung. Wie an anderer Stelle bereits hervorgehoben wurde, sind solche Verträge grundsätzlich von Kompromissen geprägt, die Zugeständnisse aller Beteiligten beinhalten.

Auch die physische Erschöpfung der Gipfelteilnehmer wird am Beispiel Mitterrands polemisierend dargestellt. Seine Gehbewegungen als eine ‚schlurfende‘³⁷¹ wiederzugeben, zeugt von einer diesem Blatt eigenen Respektlosigkeit gegenüber den handelnden Akteuren und betont zugleich eine besondere Lässigkeit der Diktion. Diese setzt sich ebenso im sprachlichen Umgang mit den journalistischen Kollegen fort, denen eine „wein- und bierselige“ Emotionslage unterstellt, wodurch auch ihnen eine deutlich erkennbare Lässigkeit attestiert wurde. Daraus kann der fälschliche Schluss gezogen werden, die Journalisten seien mehr oder minder alkoholisiert und somit möglicherweise vermindert aufnahmefähig gewesen.

Wie ebenfalls schon an anderer Stelle erwähnt, gehört es zu den politischen Taktiken der beteiligten Akteure, das erzielte Ergebnis aus der jeweiligen Perspektive zunächst als eigenen Erfolg vorzutragen. Dass Mitterrand zunächst von einem gänzlichen Erfolg für Frankreich gesprochen hat, kann daher wenig überraschen. Auch Helmut Kohl und andere Regierungschefs, einschließlich des britischen Premierministers Major, taten dies.

Wenn Mitterrand in diesem Kontext die Einwilligung der Briten in die WEU hervorhob, dann bedeutete das bei der bekanntermaßen reservierten Position Großbritanniens in dieser Frage sicherlich einen beachtlichen Erfolg. Dass die NATO in ihrer bisherigen Funktion nicht beeinträchtigt und die WEU als integraler Bestandteil darin verankert werden sollten, signalisierte zudem die Bereitschaft, die Dominanz der NATO nicht in Frage zu stellen.

Nicht ohne Schadenfreude wird über eine deutlich perzipierte Rivalität zwischen Mitterrand und Major berichtet, wobei es dem französischen Staatspräsidenten offenbar gelungen sei, den Briten in Sozial- und Währungsfragen zu brüskieren und ihn somit aus wichtigen Teilbereichen auszuschließen. Mit welchen Mitteln dies Mitterrand gelungen sei, wird indes nicht erwähnt, bekräftigt aber die offenbar immer noch latent vorhandene Rivalität zwischen dem Kontinentalmachtanspruch Frankreichs und dem britischen Hegemoniestreben in Europa. Doch beide machtpolitischen Ansprüche sind anachronistisch, da weder Frankreich noch

Großbritannien für sich alleine am Ende des 20. Jahrhunderts mehr einen solchen Anspruch mehr erheben konnten.

Dieses hier wiedergegebene Intermezzo ist für die britische Haltung gegenüber den europäischen Partnern signifikant. Auf eine stark vereinfachte Formel gebracht, lautet die Grundhaltung der britischen Seite: So viel Eigenständigkeit wie möglich und deutliche Begrenzung der Kooperations- und Partizipationsbereitschaft zur Wahrung der eigenen Interessen. Dass diese „opting-out“-Strategie nicht immer den gewünschten Erfolg brachte, ist in der Vergangenheit mehrfach deutlich geworden, schloss Großbritannien aber dennoch vom Integrationsprozess nie ganz aus. Insofern konnte auch Major das als einen Erfolg britischer Politik verbuchen.

Bei der Aufzählung von Gewinnern und Verlierern wird Bundeskanzler Kohl als der eigentliche Verlierer genannt, dessen Erfolg, gemessen an seinen vorherigen Ankündigungen, nur sehr marginal gewesen sei. In diesem Kontext vom ‚Geschachere‘ zu sprechen, deckt sich mit den Bemerkungen über die machiavellische Machtpolitik.

Die These des D-Mark-Opfers als Preis für einen engeren Integrationsprozess der Gemeinschaft wird explizit erwähnt, jedoch stehe dieses ‚Opfer‘ offenbar in keiner Relation zu den von Kohl erzielten Gegenleistungen. Dem Kanzler sei es nicht gelungen, seine Vorstellungen (genannt werden hier: Beseitigung des Demokratiedefizits, Erhöhung der Zahl deutscher EU-Abgeordneter und Fortschritte in der Sozial- und Umweltpolitik).

Dies alles gehörte sicherlich auch zu den Forderungen Kohls. Sie waren aber bei weitem nicht die bedeutendsten. Dass die Kernziele des Maastrichter Vertrages in der Schaffung der WWU und am Ende einer europäischen Politischen Union bestanden, wird nicht einmal erwähnt. Im Gegenteil: Ob Mitterrand, Major oder Kohl, das Durchsetzen eigener machtpolitischer Ziele und das Bestreben, die eigene Position in der Gemeinschaft zu stärken, werden als das eigentliche Ergebnis des Gipfels perzipiert.

Sozial- und kulturpolitische Ziele (Forschung, Gesundheit, Kultur und Verbraucherschutz) werden dabei vom Autor offenbar präferiert. Auf der Strecke blieben, so ist es in diesem Artikel dargestellt, die europäischen Bürger, denn in diesen Bereichen seien offenbar nur marginale Fortschritte erzielt worden. Ob es sich dabei um eine polemisierende Argumentation handelt, kann nicht zweifelsfrei geklärt werden. Verfolgt man die in der Überschrift vollzogene Präferenz, kann wohl das

Gegenteil angenommen werden. Manifestiert wird letztere Annahme dadurch, dass die Verwirklichung schon spezifischer sozialpolitischer Problembereiche, die vor allem auf den Feldern der Arbeitnehmerrechte und der Gleichberechtigung von Mann und Frau lagen, hier mit großer Skepsis beurteilt wird. Eine wenn auch ungewisse Hoffnung über die Erreichung dieser Ziele drückt sich dabei im möglichen Ausscheiden Großbritanniens hinsichtlich der ‚opting-out‘-Regelung aus. Im Fall eines Verbleibens der Briten werden unter Berufung auf namentlich nicht genannte Abgeordnete chaotische Zustände für das künftige Abstimmungsverhalten prognostiziert.

Ein weiteres, von Kohl offenbar nur unzureichend erzielt Ergebnis wird in der Vereinbarung zur Innen-, Rechts- und Asylpolitik gesehen. Gerade in der Asylpolitik fehle jegliche Verbindlichkeit. Nach dem Zusammenbruch der meisten kommunistischen Regime im Osten verstärkte sich der Zustrom von Asylbewerbern aus diesen Ländern spürbar. In diesem Kontext wurde gerade in der Bundesrepublik eine Lockerung des bestehenden Asylrechts gefordert. Dass es hierbei auf europäischer Ebene zu keiner verbindlichen Regelung gekommen sei, wird, wenn auch nicht explizit verbalisiert, als ein mehr oder weniger willkürlicher Zustand beschrieben. Kohl habe trotz seiner Zusicherung, mit den Partnern rasch zu gemeinsamen praktischen Maßnahmen zu kommen, auf einem für den Autor wichtigen Gebiet keinen, auf einem anscheinend sekundären (Bildung eines beratenden Regionalausschusses) jedoch Erfolg gehabt. Das hier perzipierte Kanzlerbild wird deutlich. Kohl konnte sich offenbar nur auf Sekundärfeldern behaupten, auf den vom Autor als Primärfelder eingestuften Gebieten jedoch nicht, was durch die Gegenüberstellung – hier relative Erfolglosigkeit in der Asylpolitik (Primärfeld) und erfolgreiche Forderung nach einem Regionalausschuss (Sekundärfeld) – dokumentiert werden soll.

Diese Methode wird systematisch beschritten. Die beabsichtigte Schaffung der EU-Bürgerschaft, die sich ja nicht nur auf das aktive und passive Wahlrecht beschränkt, war ein weiterer wichtiger Schritt hinsichtlich des Demokratisierungsprozesses in Europa. Der Autor verknüpft aber auch diese Absicht mit einem anscheinend nur mäßigen Erfolg hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der ärmeren Mitgliedsländer bei Umweltprojekten, wie sie von Spaniens Regierungschef Gonzales auch im eigenen Interesse gefordert wurde.

Erst am Schluss des Berichtes wird auf das vom Europäischen Rat als essenziell gewertete Ziel des Vertrages, nämlich die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eingegangen. Zu Recht konnte Kohl in dieser Hinsicht von „beachtlichen Erfolgen“ sprechen.

Details werden dabei kaum genannt. Es wird lediglich über das Zu Stande Kommen der WWU im Jahre 1997 berichtet und dass den Briten – wie eingangs schon erwähnt – auch auf diesem Gipfel erneut Sonderrechte zugebilligt wurden. Relativ undifferenziert bleiben auch die Angaben über die strengen Auflagen für die Mitgliedsländer und die Stabilität der neuen Währung, die von einer unabhängigen EG-Notenbank überwacht werden soll, doch gerade hieran wäre ein vom Rezipienten größeres Interesse zu vermuten gewesen.

Auch wenn Außenminister Genscher behauptet habe, die beabsichtigte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sei ein stärkerer Einbindungsfaktor, so mache die Jugoslawienkrise eher das Gegenteil deutlich, wie es auch der EG-Kommissionspräsident Delors einschätzte.

Der politischen Einschätzung durch den Außenminister, die der des Kanzlers kongruent war, wird damit eine gewisse Realitätsferne attestiert.

Die Methode, nach der hier verfahren wurde, lässt sich sehr leicht als Prinzip der Gegensätze verifizieren. Die Botschaft an den Rezipienten ist klar:

1. Erfolge nur auf Sekundärfeldern und offensichtliche Defizite auf den Primärfeldern,
2. die Umkehrung der intendierten Vertragspräferenzen (Asylrecht, Gleichberechtigung, Umweltprojekte vor WWU und GASP) und
3. auch der Versuch, die Vertragspartner im negativen machiavellischen Sinne als machtpolitische Akteure darzustellen.

Beispiel 19: Der SPIEGEL und der Vertrag von Maastricht

„Über den Rubikon

In Maastricht konnte sich Kanzler Kohl nicht durchsetzen. Die EG-Staaten verzichteten weiterhin auf eine gemeinsame Politik, doch die Mark wird geopfert.

Mit anhaltendem Beifall empfangen die Konservativen ihren Premier im britischen Unterhaus. Für die europäischen Tories ist John Major dank seines Widerstands gegen die Preisgabe nationaler Souveränität der eindeutige Sieger von Maastricht. Der „andere Sieger“ des historischen EG-Gipfels, triumphtierte in Madrid die Tageszeitung El Pais, sei Felipe Gonzáles. Der sozialistische Ministerpräsident ließ sich seine Unterschrift unter die Europa-Verträge mit einer Zusage auf stattliche Finanzhilfe vergelten.

Frankreichs Präsident François Mitterrand, auch ein Sieger, lobte sich selbst: „Alle Punkte, die Frankreich in den Verträgen verankern wollte, sind verankert worden.“

Der Beifall für den Europäer Helmut Kohl am Freitag vergangener Woche im Bonner Parlament blieb hingegen verhalten. Der Kanzler der Deutschen, gemeinsam mit Präsident Mitterrand einer der Architekten der „Europäischen Union“, zählte nicht einmal in den eigenen Reihen zu den Gewinnern von Maastricht.

Zwar kann „King Kohl“ (Britten-Spott) für sich beanspruchen, ein Scheitern des wichtigsten Gipfels der Gemeinschaft seit ihrer Gründung vor 35 Jahren verhindert zu haben. Aber er musste, um als Baumeister Europas in die Geschichte einzugehen, große Zugeständnisse machen.

Die Ergebnisse des Maastrichter Gipfelmarathons bleiben weit hinter jenen Erwartungen zurück, die Helmut Kohl selbst geweckt hatte.

Auf dem Weg zur ökonomischen Einheit ist die EG vorangekommen, von der politischen Union ist sie weit entfernt. Beides aber hatte der deutsche Kanzler miteinander verknüpfen wollen.

Was am zähen Widerstand integrationsunwilliger EG-Partner scheiterte, soll nun – laut Kohl – die „Kraft des Faktischen“ erzwingen. Der Optimist ist überzeugt, dass der Maastrichter Einstieg in die politische Union nicht nur unumkehrbar ist, sondern weitere Integrationsschritte nach sich zieht. Kohl: „Der Rubikon ist überschritten.“ Seinen europäischen Kraftakt hielt Kohl für unbedingt erforderlich; darin bestehe, so glaubt er, der Tribut für die deutsche Vereinigung. Denn bei den Nachbarn des 80-Millionen-Volkes wächst der Argwohn vor einem übermächtigen Koloss auf dem Kontinent, der die Statik in Europa stört.

Diese Ängste hofft Konrad Adenauers selbst ernannter Enkel am ehesten mit dem Angebot zu dämpfen, Deutschland wolle sich einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik verschreiben, anstatt Sonderwege wie ehemals zu beschreiten. Zu Kohls Europa-Vision gehört, dass sich der alte Kontinent nun als dritte Macht neben den Vereinigten Staaten und den aufstrebenden Staaten Ostasiens formiert. Die Gemeinschaft demokratisch verfasster Nationen soll überdies den

Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa angesichts des Zerfalls des Sowjetimperiums als Modell und „Stabilitätsanker“ (Kohl) dienen.

Hehrte supranationale Überlegungen, denen wie eh und je nationale Interessen entgegenstehen. Einige EG-Partner waren eisern entschlossen, die Europa-Verträge scheitern zu lassen. Deshalb ließ der deutsche Kanzler sich auf Konzessionen ein, die manch anderen Staats- und Regierungschef in Erstaunen versetzten.

So gab Kohl den Grundsatz seines Finanzministers Theo Waigel (CSU) auf, wonach der europäische Einigungsprozess nicht mit zusätzlichen finanziellen Leistungen an die ärmeren EG-Mitglieder belastet werden dürfe. Der Kanzler ließ sich auf Vertragsregelungen ein, die den südlichen EG-Staaten und Irland schon von 1993 an mehr Gelder als bisher zur Verfügung stellen.³⁷²

Das Ereignis sei bedeutend gewesen, der Erfolg des Kanzlers, der sich offensichtlich (wieder einmal ?) nicht durchsetzen konnte, dabei um so geringer. Die EG sei so uneins wie eh und je. Doch war die Faktenlage etwas differenzierter. Zwar ist es richtig, dass in Maastricht keine sofort umsetzbaren Beschlüsse gefasst wurden. Wer davon ausgegangen war, wäre schlicht realitätsfremd gewesen, doch immerhin wurde ein Vertrag geschlossen, der ein künftiges gemeinsames Handeln zum Inhalt hatte und an dessen Ende die Vollendung einer Politischen Union stehen sollte, ein in der Geschichte der EG sehr bedeutsames Ereignis.

Allerdings, so wird konstatiert, stünden der Opferung der D-Mark keine adäquaten Gegenleistungen gegenüber, womit das europäische Einverständnis zur deutschen Einheit ein Jahr zuvor bereits verdrängt wurde. Tatsache war doch, dass die gemeinsame Initiative von Kohl und Mitterrand zu einem greifbaren, wenn auch bezüglich seiner künftigen Umsetzung schwierigen Ergebnis geführt hatte. Und: Nicht nur die D-Mark würde der WWU zum Opfer fallen, alle anderen Währungen ihrer Teilnehmerstaaten ebenso. Der Verlust der D-Mark galt und gilt für viele Deutsche als die Aufgabe eines Stabilitätsfaktors erster Ordnung und wiegt ungleich schwerer als etwa die Aufgabe der Lira für die Italiener. Die D-Mark symbolisiert seit dem Bestehen der Bundesrepublik die Stärke ihrer Wirtschaftskraft. Zweifellos zählte und zählt die D-Mark noch zu den härtesten und beständigsten Währungen der Welt und vermutlich wird der Euro diese Stärke nicht kompensieren können. Insofern kann man die Aufgabe dieser Stärke als schmerzlich empfinden. Doch zunächst ging es ja um das politische Ziel, die Gemeinschaft stärker zu integrieren.

Dass John Major wegen seiner mehr oder minder ablehnenden Haltung gegenüber dem Vertragswerk dies in Großbritannien als politischen Erfolg verbuchen konnte, ist – wie schon mehrfach angedeutet – auf die separatistisch angelegte Grundhaltung der Briten gegenüber allen, für ihre Begriffe zu weit reichenden Gemeinsamkeiten in der EG zu begründen.

Auch aus spanischer Sicht kann der Vertrag mit Recht als ein Erfolg gewertet werden, da dieses Land zu den ärmeren Mitgliedstaaten gehört und deutlich höhere Subventionen aus dem Kohäsionsfond sowohl politisch als auch wirtschaftlich erfolgreich verbucht werden.

Der dritte Gewinner des Gipfels war – so perzipiert es der Autor – der französische Staatspräsident Mitterrand, nach dessen Angaben alle Forderungen und Wünsche Frankreichs erfüllt wurden. Um welche es sich dabei handelte, bleibt wie im Bericht der TAZ, jedoch unerwähnt.

Als eindeutig verifizierter Verlierer steht der deutsche Bundeskanzler fest, dem man offenbar sogar innerhalb der eigenen Partei und Regierungskoalition einen Misserfolg attestiert zu haben schien; so jedenfalls wird es hier dargestellt.

Der einzige Erfolg Kohls schien wohl nur darin bestanden zu haben, den Gipfel nicht scheitern zu lassen, wofür er große, mit der Aufgabe der D-Mark wohl die größten Zugeständnisse gemacht habe.

Zwar wird in diesem Kontext auf den Hinweis seiner ihm oft unterstellten Provinzialität verzichtet; eine ironisierende Charakterisierung Kohls unterbleibt dennoch nicht. Ein in diesem Zusammenhang oft zu beobachtender Vorgang ist die permanente Unterschätzung Kohls durch einen Teil der Medien. Zwar ist es richtig, dass Kohl vor Beginn des Gipfels größere Erwartungen an dessen Ausgang streute und diese wohl auch selber hatte, doch besaß er gewiss so viel Realitätssinn, nicht davon auszugehen, dass seine Partner all seinen Vorstellungen entsprechen würden; dazu kannte er sie nach neun Jahren Kanzlerschaft wohl doch schon zu gut.

Der Erfolg von Maastricht war in erster Linie ein ökonomischer. Das Scheitern des Kanzlers darin zu erblicken, dass seine favorisierte Idee einer Politischen Union nicht sogleich zu greifbaren Ergebnissen geführt habe, wird jedoch weder seiner persönlichen Erwartungshaltung noch seinen Möglichkeiten innerhalb der Gemeinschaft gerecht. Er hätte sich dabei sicher ein zügigeres Vorankommen gewünscht, doch wurde das Ziel einer Politischen Union als Fernziel des gemeinsamen Bestrebens im Vertrag verankert, was angesichts der mehr oder

weniger offen artikulierten Widerstände einiger Partnerstaaten alles in allem eher als Erfolg denn als Misserfolg gewertet werden muss.

Seine grundsätzlich optimistische Haltung, die er ja nicht nur hinsichtlich des wirtschaftlichen Aufschwungs in der ehemaligen DDR zeigte und die ihm oft den Vorwurf der Schönfärberei eintrug, sollte dabei ebenfalls nicht negativ betrachtet werden. Optimismus und Engagement in der Sache können als geeignete Voraussetzungen betrachtet werden, auch die Skeptiker in der Gemeinschaft überzeugen zu helfen. Erst recht dann, wenn diese nach wie vor ihre latente Furcht vor einer übermächtigen deutschen Wirtschaftsmacht artikulierten.

Wie ebenfalls schon verschiedentlich angemerkt, musste Kohl ebenso wie Jahrzehnte vor ihm Adenauer die Gemeinschaft davon überzeugen, dass Deutschland ein verlässlicher Partner sei. Adenauer tat dies aus den Erfahrungen, die sich mit Deutschland aus zwei Weltkriegen ergeben hatten. Den daher wohl geeignetsten Beweis für die Verlässlichkeit der Bundesrepublik sah er in deren uneingeschränktem Integrationswillen in die westliche Gemeinschaft. Eine ähnliche Handlungsweise war auch bei Kohl zu beobachten. Auch für ihn war der Wille zu einer noch festeren Integration der beste Beweis für die Verlässlichkeit der Deutschen. Dies ist eine unverkennbare Parallele zu Konrad Adenauer. Im übrigen trifft es nicht ganz zu, dass Kohl sich selbst zum Enkel Adenauers ernannt habe. Zwar hat er sich selber als dessen politischen Erben verstanden, doch wurde ihm diese Verwandtschaft ebenso von einem großen Teil der Medien zugewiesen.

Seine Vision von der dritten großen politischen und wirtschaftlichen Macht neben den USA und dem asiatischen Raum hatte dabei jedoch einen realistischen Hintergrund. Gegenüber der herrschenden Dominanz der USA und der immer deutlicher werdenden Konkurrenz des asiatischen Raumes konnte auf die Dauer nur ein vereintes Europa bestehen. Insofern hob sich seine Vision ganz gewiss von jenen Vorstellungen in Europa ab, die in der EG weiterhin nur einen mehr oder minder losen Zusammenschluss von Staaten sahen, die je nach Bedarf miteinander kooperieren, ansonsten jedoch das bisherige System nationalstaatlicher Eigenständigkeit aufrechterhalten wollten. Seine Leistung von Maastricht ist daher weniger an der Durchsetzung nationaler deutscher Ziele zu messen, sondern in dem Versuch, die Gemeinschaft von der Notwendigkeit einer alle politischen Bereiche umfassenden Union zu überzeugen. Hierzu bedurfte es einer hohen Überzeugungskraft und einer optimistischen Betrachtungsweise seiner Vision. Der

Vorwurf, der hier erhoben wird, er habe mehr Konzessionen gemacht – besonders im monetären Bereich – und eine großzügige Preisgabe nationaler Interessen betrieben, wird seiner wirklichen Intention daher nicht gerecht. Die Absicht des Autors kann deshalb darin gesehen werden, Kohl im Licht des „Verlierers“ zu skizzieren, der es wieder einmal nicht geschafft habe, die Interessen seines eigenen Landes nachdrücklich zu vertreten.

Beispiel 20: Focus und der Vertrag von Maastricht

„Verlierer sind Gewinner

Karlsruher Richter bürden der Bonner Regierung 85 Seiten Gebrauchsanweisung für den Maastrichter Vertrag auf

Im ersten Augenblick schien das Urteil genau dem zu entsprechen, was zu erwarten gewesen war: „Die Verfassungsbeschwerde zu eins wird verworfen“, verkündete der Vorsitzende Richter des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgericht, Ernst Gottfried Mahrenholz, am vergangenen Dienstag in Karlsruhe. Was die zwölf mächtigen Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten vor zwei Jahren in Maastricht beschlossen hatten, sollte offenbar auch mit dem Grundgesetz unter dem Arm nicht mehr umzustoßen sein.

Doch in den Tagen darauf wurde immer deutlicher: In Wahrheit hat der engagierte Münchener Anwalt Manfred Brunner, der gegen Maastricht vor Gericht gezogen war, erreicht, dass der Vertrag nun neu gelesen werden muss. Zumindest für Deutschland gilt er jetzt nur noch in der Auslegung des Verfassungsgerichts.

Der einst belächelte (Hervorhebung im Text, der Verf.) Außenseiter hat durchgesetzt, dass zu den 1000 Seiten Maastricht-Vertrag eine 85 Seiten starke Gebrauchsanweisung verfasst wurde. Die Karlsruher Urteilsbegründung. Der brillant formulierte Schriftsatz ist auf dem besten Weg, ein Euro-Bestseller zu werden.

Welch ungeheure Bedeutung er hat, erläutert der renommierte Staatsrechter Prof. Hans Heinrich Rupp aus Mainz: „Jetzt wissen alle europäischen Organe unmissverständlich, dass sie sich in Acht nehmen müssen, weil ihnen sonst das deutsche Verfassungsgericht auf die Finger schlägt. Bisher konnten die Brüsseler Bürokraten im Grunde machen, was sie wollten. Jetzt wissen sie, dass jeder ihrer Schritte überwacht und geprüft wird.“

Für die Praxis heißt das, dass „ein gespaltenes europäisches Recht“ entstehen kann: Nicht alles, was für andere Länder gilt, ist auch für Deutschland verbindlich. Vor den Folgen würden die Organe im Zweifel aber zurückschrecken, glaubt

Maastricht-Kläger Rupp: „die präventive Wirkung dürfte stärker sein. Wenn der wichtigste Partner eine geplante Maßnahme nicht mit trägt, kann sie kaum verwirklicht werden. Das ist eine völlig neue Qualität.“

Aus ist es mit dem Beton-Europa (Hervorhebung im Text, der Verf.), das am Maastrichter Reißbrett entworfen worden war und das als Koloss in einem Stück zementiert werden sollte. „Jetzt muss Stein auf Stein gemauert werden, viele Änderungen sind noch möglich“, freut sich Rupp.

In der Stärkung des Demokratieprinzips innerhalb der EG sehen die Euro-Kritiker einen der größten Erfolge. Sie hoffen in anderen EG-Staaten auf Nachahmung.

Auch die Bundesländer jubeln über das Urteil. Der Europaminister in NRW, Wolfgang Clement (SPD), sieht der „schleichenden Kompetenzaushöhlung“ einen Riegel vorgeschoben. Die Bundesregierung werde sich darauf einrichten müssen, dass ihr „gerade im Bereich des Art. 235 EWG-Vertrag (Generalermächtigung, die Red.) auf die Finger geschaut“ werde. „Beim Versuch einer Kompetenzveränderung zu unseren Lasten“ werde auch vor einem Verfassungsverstreit nicht zurückgescheut.

Bundeskanzler Helmut Kohl spielt die weit reichenden Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichts herunter. Die Richter in Karlsruhe hätten „die Auffassung der Bundesregierung bestätigt, dass die Bestimmungen des Maastrichter Vertrages im Einklang mit dem Grundgesetz stehen“, sagt Kohl.

Wäre es so einfach, hätten sich die Karlsruher Richter zehn Monate Beratung glatt sparen können. In den gerichtlichen Vorgaben erblicken Europa-Experten statt dessen eine empfindliche Niederlage für den Kanzler. „Kohl hat einen Dämpfer bekommen“, meint Wilfried Telkämper, Mitglied der Grünen im Europaparlament und Initiator der Verfassungsbeschwerde seiner Partei, die jedoch in Karlsruhe nicht zugelassen wurde.

Brunner stellt fest, eigentlich habe er mit seiner Verfassungsbeschwerde dem deutschen Regierungschef zu neuer Stärke verholfen. Denn dieser könne nun – mit Berufung auf Karlsruhe – im Zweifel sogar mit dem Austritt Deutschlands aus dem Vertrag drohen, um deutsche Forderungen durchzusetzen.

Dass die deutsche Währung in absehbarer Zeit vom ECU abgelöst werden könnte, halten Fachleute nach dem Richterspruch für fast ausgeschlossen. Nicht nur in Deutschland. In Brüssel gehen EG-Beamte bereits davon aus, dass eine Währungsunion überhaupt nicht mehr zu Stande kommen werde. Wer das noch immer nicht begriffen habe, sei ein unrealistischer Euro-Träumer.

Für den Grünen Telkämper handelt es sich bei der Währungsunion ohnehin „um ein totgeborenes Kind“. Die europapolitische Sprecherin der SPD, Heidemarie Wieczorek-Zeul, verweist auf eine parlamentarische Hürde für die Währungsunion:

„Es gibt keinen Automatismus beim Übergang in die Euro-Währung, auch wenn das in Maastricht so vorgesehen wurde. Der Deutsche Bundestag muss vor einem solchen Schritt noch mal abstimmen.“ Wiczorek: „Kohl muss jetzt schleunigst die anderen EG-Partner darüber informieren, unter welchem schwer wiegenden Vorbehalt der deutsche Beitritt zu Währungsunion steht.“

Dass eine Währungsunion schon aus faktischen Gründen nicht möglich ist, belegt Wilhelm Nölling, 59, SPD, bis 1992 Chef der Hamburger Landeszentralbank und Mitglied des Frankfurter Zentralbankrats: „Die deutsche Vereinigung mit ihren Milliardentransfers bildet das beste Beispiel dafür, was geschieht, wenn höchst unterschiedliche Volkswirtschaften plötzlich zusammengepackt werden: Das knallt.“

Als springenden Punkt sieht Nölling die erforderlich werdenden Finanzausgleiche zwischen schwach entwickelten Ländern (Portugal) und hoch entwickelten Regionen (Deutschland/Frankreich). Sein Fazit: „Ein solcher Finanzausgleich ist nicht herzustellen – weil nicht bezahlbar.“

Zwei Jahre nach dem Gipfel von Maastricht, der Europas Bürgern den gleichnamigen Vertrag beschert hat, macht sich Katzenjammer breit in den Brüsseler Schaltzentralen. Sogar der Präsident der EG-Kommission, der Franzose Jacques Delors, hat inzwischen das Gefühl, das Abkommen biete nicht mehr als „Lösungsansätze“ und sein „keineswegs perfekt“.

Der das europäische Beben ausgelöst hat, rüstet indes zum Sturm auf Straßburg. Manfred Brunner will mit seiner „Bürgerbewegung für ein Europa der Nationen“ ins Europaparlament einziehen. Sein Credo: „Europa darf nie mehr den Zentralisten und Sozialisten überlassen werden.“

Nach dem Willen Bonns (Hervorhebung im Text, der Verf.) soll es künftig mit spektakulären Verfassungsbeschwerden vorbei sein. Es klingt wie Absicht, was der Bundestag in diesem Sommer beschlossen hat: Nur noch in ganz außerordentlichen Fällen und unter sehr eingeschränkten Bedingungen kann eine Verfassungsbeschwerde eingebracht werden. So will es das „Fünfte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht“. Ein neuer Verfassungskonflikt bahnt sich an.³⁷³

Von dem Ziel, die europäischen Mitgliedstaaten zu einem Bund zusammenzuschließen, war man zwei Jahre nach Abschluss des Maastrichter Vertrages offenbar weit entfernt. Die Angst vor der Aufgabe nationaler Souveränitäten war am Ende größer als der Wille, den Geist von Maastricht umzusetzen. Auch in Deutschland wurde durch die Anrufung des BVerfG von den Gegnern der bundesstaatlichen Option der Versuch unternommen, die eigene

Souveränität aufrechtzuerhalten. Dies bedeutete keine generelle Ablehnung des Vertrages. Vor diesem Hintergrund sollte das BVG entscheiden, ob die Aufgabe der nationalen Souveränität zu Gunsten übergeordneter bundesstaatlichen Instanzen mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

Das Urteil erteilte der Bundesstaaten-Variante eine klare Absage.

Der Bericht beginnt mit einer Feststellung, die einer Erläuterung bedürfte, denn es ist nicht ohne weiteres nachvollziehbar, warum hier Verlierer zu Gewinnern werden. Diese Frage bleibt zunächst unbeantwortet, denn der Vorsitzende Richter wird lediglich mit dem Kern des Urteils (Ablehnung zu Punkt eins) zitiert. Welches aber der Inhalt des „Punkt eins“ war, wird nicht genannt. Erst eine kurze, vom Text extrahierte Erläuterung macht evident, worum es im Kern eigentlich geht (Bundesstaat oder Staatenbund). Offenbar wird ein hoher Informationsstandard vorausgesetzt, denn auch über die konkreten Hintergründe der Klage werden keine Details genannt, was für den gesamten Bericht signifikant ist:

1. Gibt es eine 85-seitige Erläuterung des Gerichts. Worauf diese sich konkret beziehen, bleibt unerwähnt.
2. Der Schriftsatz sei brillant formuliert. Worin die Brillanz besteht, wird gleichfalls nicht erwähnt.
3. Auch das Zitat eines Staatsrechtlers bringt wenig Erhellendes. Dass die Brüsseler Bürokraten nun in ihrer Handlungsweise durch das Urteil offenbar einer größeren Kontrolle unterliegen (was vom Rezipienten positiv perzipiert werden soll), wird ebenso undifferenziert wiedergegeben.

Wenn in diesem Kontext schon von einer ungeheuren Bedeutung gesprochen wird, darf eine gewisse erläuternde Kommentierung erwartet werden. Statt dessen bleiben die Aussagen an der Oberfläche und sind hinsichtlich ihres tatsächlichen Informationsgehalts eher marginal.

Geringfügig gehaltvoller sind die Erläuterungen zu den rechtlichen Folgen. Zumindest wird hier angedeutet, dass das Urteil Signalwirkung auf die übrigen Mitgliedstaaten und eine divergierende Rechtspraxis zur Folge haben könne.

Die sich daraus ergebende Konsequenz einer nicht unerheblichen Revision des Vertrages wird durch den bereits zitierten Staatsrechtler belegt.

Neben der offenkundigen Oberflächlichkeit der Informationen ist der Personenkreis, auf den sich der Autor zur Belegung der Angaben beruft, beachtenswert. Hinsichtlich des zitierten Staatsrechtlers ließ sich eine etwaige politische Zuordnung lediglich auf Grund seiner Stellungnahmen allenfalls vermuten. Interessanter ist dabei, dass die übrigen herangezogenen parteipolitischen Statements durchweg aus den Reihen der Sozialdemokraten bzw. der Grünen stammen, sieht man von denen des Bundeskanzlers als Kontrapunkt ab.

Dass die Entscheidung des BVG nicht im Sinne des Kanzlers war, war offensichtlich. Er präferierte die bundesstaatliche Lösung, der das Gericht nun eine Absage erteilt hatte und wird lediglich dahingehend zitiert, dass die richterliche Entscheidung sich mit den Vereinbarungen von Maastricht deckten. In der Tat leistete das BVG all jenen Mitgliedern Schützenhilfe, die ohnehin einer weiter reichenden Konföderation im Sinne des Staatenbundes ablehnend gegenüberstanden. Richtig war daher die Einschätzung der hier zitierten Beobachter, dass das Urteil ganz gewiss eine Niederlage für Kohl bedeutete. Ob es allerdings zutraf, dass der Kläger mit seiner Klage den Kanzler habe stärken wollen, muss dagegen bezweifelt werden, da seine Intention (Staatenbund souveräner Staaten) der Kohls (Bundesstaat) diametral entgegenlief.

Am Beispiel dieser Klage zeigt sich sehr eindrucksvoll, dass die nationalen Souveränitätsinteressen in der innenpolitischen Auseinandersetzung überwogen, mit den Interessen der meisten übrigen Mitgliedsländer kongruent waren und Kohl sich einer Mehrheit für seine Vision eines geeinten Europas durchaus nicht sicher sein konnte. Zumal schon deswegen nicht, da mit dem Richterspruch – so wird es hier perzipiert – auch das im Maastrichter Vertrag vorgegebene Ziel der WWU offenbar in Frage gestellt worden sei.

Auch hier bleibt der Autor auf einer eher oberflächlichen Ebene und beruft sich auf nicht näher bestimmte Brüssler Kreise, die die WWU bereits als unrealistischen Traum bezeichnet haben wollen. In welchem Kontext die Ablehnung der bundesstaatlichen Option mit einem vermuteten Scheitern der WWU stehen könnte, bleibt ebenso unerwähnt.

Die Haltung der Grünen und der SPD in der Frage der Währungsunion war von eindeutig ablehnender Natur, was durch die entsprechenden Belegstellen auch deutlich zum Ausdruck kommen soll. Sowohl die Grünen („totgeborenes Kind“) als auch die SPD („kein Automatismus zur WWU“) gingen davon aus, dass dieser Teil

des Maastrichter Vertrages faktisch zum Scheitern verurteilt sei, so jedenfalls soll durch die hier wiedergegebenen Stellungnahmen ein entsprechender Eindruck vermittelt werden. Die Haltung der politischen Seite ist eine Sache, die der Experten eine andere. Um also die These von der Undurchführbarkeit zu untermauern, wird ein Finanzexperte zitiert, dessen Reputation jedoch nicht nachgewiesen und daher vorausgesetzt werden muss. Auch er ist nicht Mitglied einer der beiden Regierungsparteien (CDU/CSU bzw. FDP), sondern wird als Sozialdemokrat ausgewiesen. Am Beispiel der unterschiedlichen ökonomischen Verhältnisse der beiden deutschen Staaten im Zuge der Wiedervereinigung soll ebenso der Nachweis erbracht werden, dass die monetäre Zusammenführung von so differierenden ökonomischen Voraussetzungen der EG-Mitgliedstaaten auf gar keinen Fall erfolgreich sein kann, wofür das vorhandene Nord-Süd-Gefälle der offensichtliche Beleg sei.

Für die weitere Verifizierung der hier aufgestellten Thesen wäre es in diesem Kontext von Bedeutung gewesen, ob etwa politische oder wirtschaftliche Vertreter aus den Reihen des Regierungslagers - unabhängig von der deutlich verifizierten Präferenz Kohls - die hier vorgeführte Einschätzung teilten. Die Unterlassung solcher Stellungnahmen verstärkt daher die Vermutung, dass es sich um die Auffassung einer breiten Mehrheit sowohl in der Politik als auch in der deutschen Finanzwelt handele.

Die allgemeine Furcht vor der WWU und deren in den Medien immer wieder deutlich artikulierten, mutmaßliche negativen Folgen wird auf diese Weise noch verstärkt.

Der negative Trend dieses Berichtes setzt sich mit der ebenfalls undifferenzierten Behauptung fort, in Brüssel herrsche „Katzenjammer“, was – populär ausgedrückt - eine Deskription des Gefühls der Ernüchterung nach einer allzu großen Euphorie ist. Bei der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags war die positive Erwartungshaltung Helmut Kohls gewiss recht groß, wengleich davon auszugehen war, dass mit dem Abschluss des Vertrags lediglich die Voraussetzungen für das künftige politische Handeln geschaffen wurden, die in der Folge noch Änderungen, Verbesserungen und zahlreiche Verhandlungen notwendig machen würden und dass dabei innen- wie außenpolitische Hürden überwunden werden mussten, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Unter diesem Aspekt muss der Verweis auf den EG-Kommissionspräsidenten relativiert werden.

Die Intention des Klägers gegen den Vertrag wurde dargelegt. Sie entsprach im Wesentlichen auch der Bewertung durch die Medien, die durch die Selektion der zitierten Akteure die Staatenbund-Option eindeutig präferierten und sich damit in deutlichen Gegensatz zum Kanzler stellten.

Auch wenn die Bundesregierung – wie abschließend berichtet wird – durch die Änderung eines Gesetzes den Gang nach Karlsruhe für künftige Fälle erschwert habe, so sei darin keine wesentliche Behinderung für künftige Verfassungsbeschwerden zu sehen.

Insgesamt aber scheint der hier wiedergegebene skeptische Eindruck hinsichtlich der WWU mit einer allgemein empfundenen Zurückhaltung kongruent zu sein. Anders als in SPIEGEL-Berichten wird dabei aber auf eine polemisierende Charakterisierung Kohls verzichtet, durch die Berufung auf politische oder monetär kompetente Quellen allerdings auch eine Distanz zu seinen politischen Vorstellungen aufgebaut.

Beispiel 21: Die SZ und der Vertrag von Maastricht

„In Maastricht gewinnt der Bremser

Von Winfried Münster, Brüssel

Das Mammutprogramm von Maastricht war zu viel für die zwölf Staats- und Regierungschefs der EG. Der dringlichste Wunsch des einen erwies sich immer zugleich als das größte Problem des anderen. Keiner bekam, was er wollte. Kanzler Kohl zum Beispiel hatte sich das ganze Jahr lang weit aus dem Fenster gelehnt, um mehr Rechte für das Europäische Parlament einzufordern und diese zur Bedingung für seine Unterschrift unter die Währungsunion zu erklären. In Maastricht aber hatte er wegen des Widerstands des Briten Major und der hinhaltenden Taktik des Franzosen Mitterrand von vornherein keine Chance, wenn er seine Währungsunion halbwegs unversehrt über die Runden bringen wollte. Major wiederum musste auf dem Feld der Verteidigungspolitik den geordneten Rückzug antreten. Wenn er sich gegen den Willen Kohls und Mitterrands den Ausstieg aus der Währungsunion offen lassen wollte und dem Franzosen obendrein eine gemeinschaftliche Sozialpolitik abschlug, so konnte er ihm nicht auch noch den militärischen Beistandspakt WEU aus der Hand nehmen. Die WEU wird nun doch, wie Bonn und Paris es wünschen, zum militärischen Instrument der EG weiterentwickelt. Das Monopol der NATO ist gebrochen.

In der Tat ist der Gipfel mit einem Teilaustritt Großbritanniens aus der EG zu Ende gegangen. Wenn in Zukunft in Brüssel und Straßburg eine gemeinschaftliche Sozialpolitik auf der Tagesordnung steht, verlassen die Briten den Raum. Monatlang war versucht worden, eine Formel zu finden, die sicherstellen sollte, dass die wirtschaftlich schwachen Mitgliedsstaaten auch dann mitentscheiden können, wenn sie dem kommenden gemeinsamen Geldwesen nicht angehören sollten. Nur weil die Stabilität der Währung etwas ganz Besonderes sei, so wurde ihnen erklärt, sei eine Aufspaltung in Mitglieder und Nichtmitglieder unvermeidbar. Nun aber zeigt sich, dass der Tross zusammenhält. Was ist das für eine Politische Union, die nach Belieben verlassen und wieder aufgesucht werden kann, wenn das Verhandlungskalkül und der momentane Erfolgszwang einer Konferenz es erfordern? Ist zumal eine so eingebettete Währungsunion wirklich „unumkehrbar“? Der Gipfel war ein 31-stündiges Fingerhakeln. Niemand wurde über den Tisch gezogen. Am Ende blieben alle erschöpft sitzen. So verwundert es nicht, dass sich die Briten sehr zufrieden zeigten. Sie hatten am wenigsten angestrebt und am kräftigsten auf die Bremse getreten. Kann eine Konferenz aber erfolgreich genannt werden, wenn sich der Bremser am meisten freut? Dies kommt auf den berühmten Standpunkt an. Die Zwölf sind nicht wütend aufgestanden und auseinandergelaufen, im Gegenteil. Fingerhakeln verbindet. Sie werden es weiter üben.

In Maastricht ist die EG nicht wirklich zu einer Politischen Union ausgebaut worden. Aber sie hat doch zusätzliche Dynamik gewonnen, zum Beispiel in der Sicherheitspolitik. Die Interessengegensätze zwischen Deutschland und Frankreich einerseits, die eine eigene gemeinsame sicherheits- und verteidigungspolitische Entscheidungsfreiheit anstreben und Großbritannien andererseits, das auf diesem Felde mit Hilfe der NATO die anglo-amerikanische Dominanz absichern wollte, schienen unüberwindbar zu sein. Die Auseinandersetzungen waren für die Deutschen gefährlich, da sie Gefahr liefen, das Vertrauen Amerikas zu verlieren. Der Gipfel hat die Gegensätze nicht überwunden, aber – auch und gerade den Amerikanern – bewiesen, dass in der EG alle bereit sind, ihre Interessen der Rücksicht aufeinander unterzuordnen, auch zu Gunsten des geschätzten Partners Amerika. Es stößt niemanden und niemand geht mehr trotzig seinen eigenen Weg. Frankreich nicht, auch die Briten nicht. Kohl bekommt eine gemeinsame Asylpolitik ganz gewiss viel zu spät, aber er wird sie bekommen. In Maastricht bot er coram publico die Wette an, dass Großbritannien schon 1996 bereit sein werde, in die Währungsunion einzusteigen. Niemand tut gut daran, dagegen zu wetten.

Dennoch, auch das größte Vertrauen in die Eigendynamik der Gemeinschaft rechtfertigt es nicht, ihr jetzt schon unwiderruflich den Verzicht auf die eigene

Währung zu versprechen. Ein krasserer Widerspruch als der zwischen der so lauthals deklamierten „Unumkehrbarkeit“ der Währungsunion und der Beliebigkeit der sonstigen Ingredienzien der Politischen Union lässt sich kaum denken, siehe die Schachzüge mit der Sozialpolitik. Die Bonner halten nun die Erklärung parat, in Anbetracht der Lasten, die aus dem Osten zu erwarten seien, werde Deutschland eines Tages noch froh darüber sein, dass die EG-Partner sie in der Währungsunion mitfinanziert hätten. Darüber denkt Frankreich vermutlich ganz anders. Das Fingerhakeln in Maastricht, die Mechanismen gerade dieses Gipfels haben es Kohl unmöglich gemacht, die Währungsunion zu bekommen, die er wollte und die es hätte sein müssen. Selbst am eigenen Anspruch gemessen, hat er nicht viel für den Verzicht auf die Mark bekommen. Und nun kann er die Union nicht auf diejenigen beschränken, die allein einen harten Ecu zu garantieren vermögen. Das währungsschwache Italien zum Beispiel wird schon noch den Preis dafür einfordern, dass es in Maastricht getreulich mitgespielt hat.³⁷⁴

Auch hier signalisiert die Überschrift bereits, dass der Gipfel offenbar hinter den in ihn gesetzten Erwartungen zurückgeblieben zu sein scheint. Wieder einmal sei es offenbar nicht gelungen, einen entscheidenden Durchbruch zu erzielen.

Statt der erhofften Einigung sei die Konferenz – trotz langer Dauer (hier wenig konkret als Mammutprogramm bezeichnet) – von unüberwindlichen Differenzen geprägt gewesen, an deren Ende keiner der Teilnehmer ein seinen Vorstellungen entsprechendes Ergebnis erzielt habe. Besonders Helmut Kohl sei wohl derjenige gewesen, der dabei am wenigsten durchzusetzen vermochte.³⁷⁵ Sein Junktim, der Währungsunion nur bei gleichzeitiger Stärkung des EP zuzustimmen, war gescheitert. Ein Erfolg Kohls sei wegen des französischen und britischen Widerstandes von vornherein aussichtslos gewesen, so lautet der Tenor dieses Textes. Die von Kohl im Vorfeld gestreuten Erwartungen seien nicht erfüllt worden. Die in eine Metapher gekleidete Formulierung, er habe sich zu weit aus dem Fenster gelehnt, soll darauf hindeuten, dass er im Vorfeld des Gipfels offenbar übertriebene, wenn nicht gar unrealistische Erwartungen artikuliert habe. Er habe sein Ziel damit nicht erreicht und musste letztlich der WWU ohne Kompetenzerweiterung des EP zustimmen.

Doch nicht allein Kohl habe sein Ziel nicht erreicht, auch der britische Premierminister Major konnte sich zwar bezüglich der WWU Optionen offen halten (Hinhaltetaktik), sei aber bezüglich der gemeinsamen Verteidigungspolitik ebenso gescheitert. Konzessionen mussten, so wird perzipiert, von allen Seiten gemacht

werden. Hierin sieht der Autor ganz offenbar ein wichtiges Indiz dafür, dass man sich

- a) nicht generell habe einigen können und
- b) die erzielten Kompromisse keineswegs als zufriedenstellend betrachtet wurden.

Von einem Erfolg könne auch schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Briten die Gemeinschaft wegen ihres Widerstands gegen die beabsichtigte Sozialpolitik teilweise verlassen haben. Der Grund hierfür ist in dem den schwachen Mitgliedstaaten in Aussicht gestellten monetären Mitbestimmungsrecht zu sehen, auch wenn diese der WWU nicht angehören sollten, was faktisch eine Zweiteilung der Gemeinschaft bedeutete.

Da die Gemeinschaft offenbar nur je nach Bedarf kooperieren wolle, werden Zweifel an deren Funktionalität artikuliert. Die Unumkehrbarkeit einer Politischen Union wird unter dieser Voraussetzung als wenig realistisch eingestuft.

Auch hier wird wieder evident, dass gleichfalls von der printmedialen Seite das Ergebnis des Gipfels als aus deutscher Sicht enttäuschend eingestuft wurde und man eine deutliche Diskrepanz zwischen den Buchstaben des Vertrags und dem politischen Willen verifiziert haben will.

Es ist zutreffend, dass der Vertrag als solcher – sieht man einmal von den üblichen interpretierbaren Formulierungen ab – einige Hoffnungen freisetzte, er aber bei realistischer Einschätzung weit davon entfernt war, eine alles umfassende und sofortige Einigung herbeizuführen. Widerstände waren voraussehbar, deswegen erfüllte der Vertrag nicht die ihm gesetzten Erwartungen.

Beachtenswert ist der Vergleich mit der inoffiziellen Sportart des Fingerhakelns, die sich besonders in den südlichen Regionen der Bundesrepublik und Österreichs einiger Beliebtheit erfreut.³⁷⁶

Gewiss bedarf es einiger Kondition, einen 31-stündigen Sitzungsmarathon zu bewältigen; dies jedoch auf die Ebene eines sportlichen Gaudiums zu verlagern, wird dem Anlass ganz sicher nicht gerecht.

In Übereinstimmung mit den bisherigen Berichterstatern zu diesem Thema werden als die eigentlichen Gewinner der Verhandlungen die Briten genannt, denen es durch

ihre inhaltende Taktik offenbar gelungen war, ihre Positionen am wirkungsvollsten zu vertreten und das im Vertrag angestrebte Ziel zu verzögern.

Der Erfolg des Gipfels – auch darin besteht ein gewisser Konsens mit den übrigen Berichterstatlern – wird offenbar in dem Faktum gesehen, dass er nicht gescheitert war. Allein die Tatsache, dass trotz der sehr differenten Positionen so lange verhandelt wurde, kann allerdings nur sehr schwer als zukunftsweisende Charakteristik gewertet werden. Der gleich zweimal verwendete Vergleich des Fingerhakelns wirkt in diesem Kontext polemisierend.

Dies gilt auch für die Bemerkungen über die Diskussion der Interessengegensätze in der Sicherheitspolitik.³⁷⁷

Inwieweit man allerdings von einer Unterordnung der eigenen Interessen zu Gunsten der Gemeinschaft sprechen kann und dies hinsichtlich einer künftigen gemeinsamen Verteidigung als Signal vor allem an die Adresse der USA sehen will, wenn beispielsweise Großbritannien mit der Politik des leeren Stuhls in Teilbereichen drohte, scheint dabei zumindest fraglich.

Auch hierin kann eine polemisierende Wertung gesehen werden. Ähnliches gilt wohl auch für die von Kohl angebotene Wette. Randbemerkungen dieser Qualität, wie sie auf jeder anderen Konferenz auch fallen, sind zum einen scherzhaft, gehören aber nicht zwingend in diesen Kontext. Wenn sie dennoch in einem Bericht wiedergegeben werden, dem in der Regel Vorgaben bezüglich seiner Länge gemacht werden, könnte darin auch eine Kritik an Kohls Lässigkeit gesehen werden, die hinsichtlich des Ergebnisses als inadäquat bewertet wird.

Der Optimismus Kohls hinsichtlich des Zu Stande Kommens einer gemeinsamen Währungsunion wird hier nicht geteilt, da dieser allein noch kein hinreichendes Kriterium zu deren Verwirklichung darstelle, die jeweils eigene Währung zu Gunsten einer europäischen aufzugeben. Dies wird mit den aufgezeigten Widersprüchen, die sich in dem artikulierten Willen zur Währungsunion und den ‚Schachzügen‘ um eine gemeinsame Sozialpolitik perzipieren lassen, belegt.

Als ein weiterer Widerspruch wird anscheinend auch der Bonner Hinweis auf die finanziellen Lasten gewertet, die aus der Wiedervereinigung entstünden und man daher erleichtert sein würde, von der Gemeinschaft mitfinanziert werden zu können. Die Quelle dieses Arguments bleibt allerdings unerwähnt.

Bundeskanzler Kohl, der ja bekanntermaßen auf ein schnelleres Tempo bei der Einigung gehofft hatte – darin besteht die Konformität der Berichte – war der

eigentliche Verlierer des Gipfels. Maastricht habe gezeigt, dass er, gemessen an seinem eigenen Anspruch, nicht sehr viel erhalten habe. Im Gegenteil: Kohl sei der Nettozahler, der für einen Spottpreis – so die intendierte Tendenz – die D-Mark aufgegeben habe. Und dies, so wird am Schluss prognostiziert, werde noch unabsehbare Folgen haben können.

Insgesamt wird der Verhandlungsprozess – auch das fügt sich der Linie der bisherigen Berichte – in einem relativ negativen Licht betrachtet. Die politischen Akteure hätten ihre Partner in den für sie inakzeptablen Bereichen unter Druck gesetzt, um ein möglichst respektables Ergebnis für sich selbst zu erzielen. Der hier perzipierte Eindruck lässt den im Vertrag vereinbarten Einigungsprozess in einem wenig hoffnungsvollen Licht erscheinen.

Beispiel 22: Die FR und der Vertrag von Maastricht

„Überraschung nach der Beichtstuhl-Runde

Beim historischen Gipfel kam der Kanzler mit der Methode des Aussitzens nicht zum Zuge

Von Bernd Wittkowski (Maastricht)

Um 1.45 in der Nacht zum Mittwoch legte Helmut Kohl ein Geständnis ab: „Ich will aber doch meine Enttäuschung zum Ausdruck bringen.“ Der Bundeskanzler hatte feststellen müssen, dass viele der gipfelgestressten Medienvertreter zu dieser vorgerückten Stunde für sich eine Art „opting-out“ beanspruchten: Keine Fragen mehr. Deshalb die – insoweit gespielte – Enttäuschung.

Eine Stunde zuvor war im niederländischen Maastricht der Gipfel der zwölf Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft zu Ende gegangen. Als Kohl kurz darauf im Pressezentrum den relativ kleinen und trotzdem keineswegs voll besetzten Saal mit dem bezeichnenden Namen „Brüssel“ betrat, wirkte sein Lächeln ziemlich gequält. Es war eigentlich unerwartet früh für den Schluss dieses „historischen“ Treffens, dessen Vertagung auf einen Termin kurz vor Weihnachten noch wenige Stunden vorher im Gespräch war. Aber diesmal konnte der deutsche Kanzler – dem ein Mitarbeiter noch am Dienstag volle Zuversicht bescheinigt hatte: „Der Kohl fällt nicht um“ – die Partner nicht aussitzen.

Den großen Auftritt zelebrierte deshalb anschließend ein anderer: John Major. Der britische Premier wählte für seine Pressekonferenz nachts um 2.00 Uhr die große

Bühne des riesigen Auditoriums. Und er strahlte, was die weißen Zähne her gaben. So strahlen Sieger.

Den Geist des Gebens und Nehmens wollte der konservative Ministerpräsident in den 31 Sitzungsstunden im Provinciehuis an der Maas ausgemacht haben. Doch während die Punkte, bei denen London genommen hat, nur so aus Major herausprudelten, tat er sich auf Nachfragen mit der Aufzählung des Gebens ziemlich schwer.

Um nur die drei wesentlichsten zu nennen, die der Thatcher-Nachfolger in Maastricht einsammeln konnte: Den Briten wurde das von ihnen geforderte Recht zugestanden, an der Endstufe der Europäischen Währungsunion mit gemeinsamer Zentralbank und einheitlichem Zahlungsmittel nicht teilzunehmen, wobei sie diese „opting-out“ Klausel inzwischen bisweilen in „opting-in“ (Möglichkeit der Beteiligung) umtaufen. Zweitens wurde das „gefürchtete F-Wort“, genau wie Major beim Eintreffen am Tagungsort prophezeit hatte, aus dem Vertragsentwurf zur Europäischen Union eliminiert: deren „föderale Ausrichtung“. Ersetzt wurde der Begriff durch das komplizierte Gebilde „immer engere Union der Völker Europas, in der Entscheidungen so nah wie möglich an den Bürgern getroffen werden“ – was immer das konkret bedeuten wird.

Aber dann war da noch das „gefürchtete S-Wort“, wie Major-Sprecher Gus O'Donnell am Dienstag formulierte. Weit mehr als ein Wort: Gemeint war der Abschnitt über die Ausweitung der Sozialpolitik in der Vorlage der niederländischen EG-Präsidentschaft zum Unionsvertrag. Vorgesehen waren darin Mehrheitsentscheidungen über, soweit noch nicht vorhanden, Mindestvorschriften beispielsweise für Arbeitsbedingungen, die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer beziehungsweise ihrer Vertretungen oder die berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern – aus Londoner Sicht so etwas wie sozialistisches Teufelszeug. Die Revolution seiner Vorgängerin Margaret Thatcher, die ein Jahrzehnt lang Gewerkschaftsrechte beschnitten und das Arbeitsrecht gelockert hatte, wollte sich der Mann von der Insel auch auf die Gefahr völliger Isolation von den elf Kontinentaleuropäern nicht kaputtmachen lassen. Würden zusätzliche soziale Rechte doch, wie er offenbar wirklich glaubt, nicht den europäischen Arbeitnehmern, sondern amerikanischen und japanischen Unternehmern Vorteile bringen.

Dieses Thema war es, das den EG-Gipfel am Dienstag nicht nur in die übliche Krise, sondern zeitweise an den Rand des Scheiterns brachte. Dann wurde das für besonders Hartnäckige „Beichtstuhlverfahren“ angewendet: Major musste zum Vier-Ohren-Gespräch beim niederländischen Gastgeber Ruud Lubbers antreten, einige

andere, Kohl darunter, auch. Und sie wurden einzeln mit einem so überraschenden Ergebnis ins Gebet genommen, dass sich, als es zu mitternächtlicher Stunde bekannt wurde, ein Dutzend britischer Journalisten auf dem Weg zum Telefon fast überschlugen, um den Redaktionen noch die Sensation mitteilen zu können: Die Sozialpolitik der Europäischen Union wird, soweit sie über den Status quo hinaus geht, zur kontinentalen Elfer-Veranstaltung, das vorgesehene Vertragskapitel zur Protokollerklärung degradiert. Und das soll, wie Kohl und Major unisono beteuern, kein Europa der zwei Geschwindigkeiten sein?

Der britische Strahlemann, der sein Land wegen des Fernbleibens von der Sozialunion schon als noch stärkeren Magneten für Investitionen betrachtet, ist jedenfalls über diesen Ausgang des Gipfels „very happy“. Manch anderem muss solche Euphorie eigentlich schwer fallen, wenngleich naturgemäß jedes Mitglied des Zwölferclubs vom Erfolg redet – sie haben ja schließlich alle unterschrieben. François Mitterrand etwa hätte Grund, nicht besonders glücklich zu sein. Der Franzose, der noch am Dienstagmittag mit seinem Veto gegen den Vertrag gedroht hatte, falls die Sozialpolitik nicht darin verankert werden sollte, erwies sich als flexibel: Einige Stunden später war er zu der Erkenntnis gelangt, dass man nicht alle Sozialsysteme abrupt auf ein höheres Niveau heben könne.

Als „ad-hoc-Entscheidung in einer konkreten Situation“ versuchte Kanzler Kohl die Verbannung der Sozialpolitik aus dem Vertragswerk zu rechtfertigen. Immerhin sei es doch ein Erfolg, dass man trotz der „in einem zentralen Punkt“ fehlenden Einigung zu einem Vertrag gekommen sei. „Der Strom der Geschichte“ werde gleichwohl zur politischen Einigung Europas führen, an manchen Stellen schneller, an anderen eben langsamer.

Er fließt an ziemlich vielen Stellen relativ langsam, der Strom der Geschichte, jedenfalls wenn man das Ergebnis von Maastricht an den von den meisten Gipfelstürmern enorm hoch geschraubten Erwartungen misst. Bei allen „beachtlichen“ Fortschritten, die er in den Vordergrund stellte, bei aller Unumkehrbarkeit des Weges zur Europäischen Union: Kohl musste an mehreren Stellen einräumen, dass die Partner bei der Politischen Union längst nicht so weit gingen, wie die Deutschen wollten – und das, obwohl diese bereit sind, ihre heiß geliebte D-Mark in einigen Jahren auf dem Altar der Gemeinschaft zu opfern.

Immerhin gibt es auch Gipfelteilnehmer, die sich so richtig freuen können. Die Spanier und andere ärmere EG-Mitglieder kriegen im nächsten Jahr ihren Kohäsionsfonds, um mit zusätzlichen Hilfen der Reichen für Verkehrsinfrastruktur und Umweltschutz den wirtschaftlichen Zusammenhalt der Gemeinschaft zu

sichern. Damit, meinte ein Mann von der Iberischen Halbinsel, bekomme man zwar weniger als gefordert, aber doch mehr als erwartet.“³⁷⁸

In einer Überschrift drückt sich – das wurde schon festgestellt – eine gewisse Tendenz der Berichterstattung aus. In diesem Fall bleibt jedoch die Botschaft zunächst recht nebulös. Die Assoziierung mit der Bedeutung eines Beichtstuhls dürfte dabei wohl noch am ehesten gelingen, allerdings kann dies leicht zu einer Fehlinterpretation führen, da die Beichte in der Definition des katholischen Glaubens eine Institution des Schuldeingeständnisses und der Reue darstellt. Wer aber hatte eine Schuld einzugestehen und welche? Was sollte oder musste bereut werden? Die Antworten auf diese Fragen bleiben aber zunächst offen. Ganz offensichtlich soll ein Bezug zu Bundeskanzler Kohl hergestellt werden, dessen Taktik, Probleme gelegentlich durch abwartendes Schweigen zu lösen, schon seit Jahren in den Medien als „Aussitzen“ apostrophiert wurde. Diese so genannte und mitunter erfolgreiche Methode schien aber diesmal nicht funktioniert zu haben, denn der Kanzler habe als Ausdruck seiner Enttäuschung ein Geständnis abgelegt. Nur andeutungsweise wird erwähnt, dass eine Einigung wohl nicht erzielt werden konnte und er wohl deshalb nicht bereit gewesen sei, weitere Fragen zu beantworten, die für die Medienvertreter wohl von großem Interesse gewesen sein dürften. Allerdings wird sich hierbei auf die Ebene der Spekulationen begeben, wenn Kohl eine in gewisser Weise gespielte Enttäuschung unterstellt wurde. Verifiziert wird diese Behauptung jedoch nicht.

Das Interesse an Kohls Mitteilungen schien sich offensichtlich in sehr engen Grenzen gehalten zu haben, da, so wird berichtet, die Zahl der anwesenden Pressevertreter relativ gering sei, bei denen er aber einen „gequälten“ Eindruck hinterlassen habe. Von seiner zuvor von einem seiner Mitarbeiter verkündeten Standhaftigkeit sei nicht viel übrig geblieben.

Auch wenn er nicht explizit genannt wird, zum „Sieger“ oder „Gewinner“ wird er nicht erklärt. Ganz anders hingegen wird das Auftreten des britischen Premierministers beschrieben. Der Eindruck, er sei der eigentliche Nutznießer, deckt sich mit den Beobachtungen der übrigen hier zitierten Berichte. Die Gegensätzlichkeiten zwischen der Konferenz Kohls und der Majors sind gravierend. Während Kohl niedergeschlagen vor einem kleinen Kreis nur eine knappe Erklärung abgab, sprach Major vor einem größeren Auditorium. Allerdings wird signifikanterweise nicht erwähnt, ob sich für die Pressekonferenz Majors auch eine größere Zahl von Journalisten interessiert habe. Dies wird zwar angedeutet, nicht

aber durch Zahlen belegt. Deutlich erwähnt wird dabei nur seine offen zur Schau getragene Siegerpose und dass es ihm zudem gelungen sei, mehr zu erhalten, als Zugeständnisse gemacht zu haben.

Der wohl wichtigste Punkt war dabei das Offen halten der britischen Teilnahme an der geplanten Währungsunion; aber auch die generelle Verwässerung des konkreten Föderationsziels in eine interpretationsfähige Allgemeinklausel gehörten zu den – aus britischer Sicht – ebenfalls erfolgreichen Ergebnissen. Auch dies ist als deutlich kontraproduktiv zu den Erwartungen und Absichten Kohls zu interpretieren.

Etwas Ähnliches gilt für das ehrgeizige Projekt einer umfangreichen Sozialunion, vom britischen Sprecher kurz „S-Wort“ genannt. Auch dies war ja ein Ziel, das vor allem Kohl und Mitterrand im Vertrag verankert sehen wollten. Hier muss der britische Premier – so die übereinstimmende Berichterstattung – eine recht unnachgiebige Haltung gezeigt haben, die wohl den Gipfel fast zum Scheitern gebracht hätte.

Die Frage, die sich in diesem Kontext stellt, ist aber, ob die von den Autoren so oft perzipierte Erfolglosigkeit Kohls etwa darin bestanden habe, zu Gunsten des Erreichens des allgemeinen Ziels (Abschluss des Vertrages und die darin festgelegten mittel- und langfristigen politischen Ziele) Kompromisse hinsichtlich seiner eigenen Forderungen in Kauf genommen zu haben. Sieht man diesen Aspekt aus rein nationaler Sicht, muss diese Frage sicher bejaht werden, da ja gerade auch die Briten ihre nationalen Interessen vor die der Gemeinschaft gestellt hatten und einen Vertrag aus diesen heraus hätten scheitern lassen. Mit dem Abschluss des Vertrages, so mangelhaft er auch war, wurde zumindest eine Verhandlungsplattform geschaffen, die den Integrationsprozess weiter in Gang halten konnte. Im Interesse der Gemeinschaft also wäre die Frage zu verneinen, zumal Kohl ja auch spätestens seit der Wiedervereinigung im Wort stand, sein erklärtes Ziel voranzubringen, die Politische Union zu verwirklichen. Hätte er ebenso die Linie vertreten, seine nationalen Forderungen durchzusetzen, wie er es später in Amsterdam tat, wäre vermutlich nicht nur der Gipfel gescheitert, sondern ihm darüber hinaus – dann allerdings zu Recht – der Vorwurf gemacht worden, deutsche Sonderwege gehen zu wollen. Kohl hätte damit zudem seine eigene europäische Vision torpediert. Blieb ihm daher eine andere Wahl? Das Risiko, im eigenen Land möglicherweise – wie dann auch geschehen – als Verlierer gescholten zu werden, musste er gezwungenermaßen eingehen.

Bezüglich der Sozialunion musste also einer nachgeben, Kohl oder Major. Wie brisant dieses Thema war, wird im Bericht dadurch unterstrichen, dass Einzelgespräche, die zum Einlenken der jeweiligen Akteure stattgefunden hatten, notwendig gewesen seien. Damit wird – ohne es allerdings explizit zu erläutern – die Überschrift kommentiert, denn erst in diesen „Beichtstuhlgesprächen“ wurde offenbar der Kompromiss gefunden, den Briten die Nichtteilnahme an der geplanten erweiterten Sozialpolitik zu ermöglichen und aus der Gemeinschaft der Zwölf eine der Elf werden zu lassen. Es bedarf dabei keiner weiteren Erläuterung, dass diese Lösung keine geeignete Basis für das Endziel der Politischen Union sein konnte.

Die Zweifel an der einheitlichen Geschwindigkeit zu diesem Ziel haben hier somit ihre Berechtigung.

Auf Grund dieser Resultate konnte nur schwer von einem Erfolg gesprochen werden. Letztlich wurde der Vertrag von allen Mitgliedern unterschrieben – und das war das zählbare Ergebnis von Maastricht. Dies deckte sich mit der von Kohl abgegebenen Erklärung und wird entsprechend zitiert, dennoch gab er sich insgesamt optimistisch. Dass die Einigung Europas nicht in dem Maß erreicht werden konnte, wie dies von ihm im Vorfeld artikuliert wurde und seinen eigentlichen Hoffnungen entsprochen hätte, war daher für ihn enttäuschend und wurde von den Medien im Umkehrschluss als Misserfolg perzipiert. Die Erwartung, die Kohl in eine Metapher kleidete („Strom der Geschichte“), wird hier offenbar nicht geteilt. An diese Metapher anknüpfend, wird ein nur mäßiges Vorankommen des Integrationsprozesses prognostiziert, das den Erwartungen des Gipfels von Maastricht nicht entspreche. Auch die von Kohl als beachtlich bezeichneten Erfolge werden marginalisiert, da es dem Kanzler offenbar nicht gelungen sei, die Partner von seinen eigenen Vorstellungen zu überzeugen. Selbst die größte Konzession, die Aufgabe der D-Mark zu Gunsten einer gemeinsamen Währung, war dazu wohl nicht ausreichend. Signifikanterweise wird auch hier von der „Opferung“ der Währung gesprochen, was dem Allgemeinbild der öffentlichen Meinung entsprach.

Die eigentlichen Gewinner des Gipfels – auch darin besteht in der Berichterstattung Konsens – waren die ärmeren südlichen Länder, die eine größere finanzielle Zuwendung erhielten, als sie erwartet hatten.

Insgesamt wird dem Gipfel von Maastricht ein nur bescheidener Erfolg attestiert, da der dort geschlossene Vertrag auf einer sehr schwachen Basis stehe. Unisono sind sich die Berichtersteller allerdings einig, dass Bundeskanzler Kohl der Verlierer des

Gipfels gewesen sei. Doch war er das wirklich? Ja und nein. Aus der Sicht des nationalen Interesses wohl, im Interesse der Gemeinschaft nicht.

Beispiel 23: Die FAZ und der Vertrag von Maastricht

„Am Ende wird der Strom Europas auch die Insel erfassen

Viele Gewinner, ein Sieger nach Punkten / Von Michael Stabenow

MAASTRICHT, 11. Dezember. Mitternacht liegt schon mehr als eine Stunde zurück, als das Warten im Pressesaal des Maastrichter Kongresszentrums endlich vorüber ist. Durch einen Seiteneingang treten zwei Hauptakteure des europäischen Gipfelstücks ein. Der niederländische Ministerpräsident Lubbers reibt sich lächelnd die Hände. Mit zunächst versteinertem Gesicht nimmt hingegen Kommissionspräsident Delors Platz. Erst als einige Journalisten dem niederländischen Außenminister van den Broek zum Geburtstag ein Ständchen bringen, hellt sich die Miene des Franzosen auf. Bei den „Happy birthday“-Klängen lässt sich mancher aus dem Takt bringen. Dass es auch unter den zwölf Staats- und Regierungschefs Misstöne gegeben hat, überspielt Lubbers mit harmonischen Noten. „50 bis 60“ Einzelfragen seien in den zwei Tagen von Maastricht geklärt worden: „Alles in allem ein gutes Resultat“, stellt der Gastgeber fest.

Es ist nach zwei Uhr, als der Gipfelteilnehmer spricht, der vermutlich die Hauptrolle in Maastricht gespielt hat. „Ein guter Tag für Großbritannien und ein guter Tag für Europa“, sagt John Major. Vor allem für den ersten Teil seiner Feststellung liefert der britische Premierminister fleißig Belege. Schließlich sei es gelungen, Großbritannien nicht auf das Ziel der einheitlichen Währung einzuschwören; in der Sozialpolitik bleibe für die Briten alles beim Alten. Wenn die anderen elf jetzt durch neue arbeitsrechtliche Auflagen ihre Wettbewerbsfähigkeit schädigten und damit ihre Arbeitsplätze abbauten, dann sei dies ihre Sache. Für ihn gelte jedenfalls, dass der Verlust britischer Arbeitsplätze nicht im Interesse britischer Arbeitnehmer liege.

Und dann ist da noch die Sache mit dem „F-Word“, das vor dem Treffen die Schlagzeilen der britischen Presse beherrscht hatte. Auch bei der dahinter verborgenen Frage nach der „föderalen Ausrichtung“ der „Europäischen Union“ habe sich Großbritannien durchsetzen können, berichtet Major. Der umstrittene Begriff sei aus dem Vertragswerk gestrichen worden. Dort heißt es nun stattdessen schwarz auf weiß: „Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union zwischen den Völkern Europas dar, in der die Entscheidung möglichst nahe bei den Bürgern getroffen werde.“ Gastgeber Lubbers erläuterte zu

vorgerückter Stunde die Passage: „Wir haben den Begriff „föderal“ in der auf dem Kontinent gängigen Bedeutung übersetzt.“ – eine Anspielung auf das britische Verständnis, wonach „Föderalismus“ für zentralistische Bestrebungen steht. Mit der europäischen „Föderalismus“-Definition kann nicht nur Major, sondern auch Bundeskanzler Kohl bestens leben. Als einziger der EG-Regierungschefs spricht er regelmäßig von der bundesstaatlichen Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“. Auch Major blickt in Maastricht nicht mehr zurück. Er ist aus dem Schatten seiner im Umgang mit den EG-Partnern nicht gerade zimperlichen Vorgängerin Margaret Thatcher auf diesem Gipfeltreffen endgültig herausgetreten. Die anderen Regierungschefs zollen ihm Lob, weil er sich um Kompromisse bemüht habe. Kohl als einer der dienstältesten Teilnehmer der Gipfelrunden Leid geprüft bei zahllosen Auftritten der „Eisernen Lady“, bescheinigte Frau Thatchers Nachfolger, er habe britische Interessen nicht nur mit „beachtlicher Intensität“, sondern auch mit Charme verfochten.

„Spiel, Satz und Match für Großbritannien“, sagte ein zufriedener Major vor laufender Fernsehkamera und fühlte sich jetzt für den kommenden Unterhauswahlkampf besser gerüstet. Schon in der Nacht widerspricht er dem Vorwurf, dass sich Großbritannien mit dem Doppelausstieg aus der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und der neu konzipierten Sozialpolitik in der Gemeinschaft auf Dauer ins Abseits manövriert habe. Selbstbewusst verkündet Major, als einziger Mitgliedstaat habe Großbritannien nicht nur das Recht erfochten, die Währung nicht einführen zu müssen. Genauso frei sei es auch in seiner Entscheidung, dem ECU-Club beizutreten. Das könne geschehen, „wenn die Zeit dafür reif ist.“

Ministerpräsident Lubbers hegt keinen Zweifel, dass Großbritannien über kurz oder lang zur Währungsunion stoßen werde. Lehre nicht die Geschichte der Europäischen Einigung, dass Staaten, die der Entwicklung zunächst hinterherhinkten, später doch den Anschluss schafften? Und EG-Kommissionspräsident Delors blickt in der Nacht zum Mittwoch ebenfalls zuversichtlich in die Zukunft. Der Sozialist hatte kurz zuvor zur Überwindung der Blockade auf der Gipfelbühne beigetragen. Die in einem gesonderten Abkommen mit Zustimmung Majors festgehaltene Übereinkunft, wonach elf Mitgliedstaaten den Inhalt der gemeinschaftlichen Sozialcharta von Ende 1989 künftig im Regelfall mit Mehrheitsentscheidungen in verbindliche Vorschriften kleiden können, läuft zwar nicht rechtlich, aber in der Praxis – nach dem Vorbild der Bestimmungen zur Währungsunion – auf eine Freistellungsklausel für Großbritannien hinaus.

Für Delors ist entscheidend, dass in der Sozialpolitik jetzt „elf Partner beschlossen haben, das Tempo des Fortschritts nicht zu verlangsamen“. Rücktrittsgedanken

scheinen dem seit 1985 amtierenden Kommissionspräsidenten ferner denn je zu liegen, auch wenn er sein – schlechtes – Urteil über das schwerfällige Verfahren zur begrenzten Einführung von Mehrheitsabstimmungen in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht geändert hat. Er habe jetzt verstanden, dass der vereinbarte Kompromiss der einzige Lösungsweg sei, sagt Delors sibyllinisch.

Major darf sich als Sieger von Maastricht fühlen, aber nur nach Punkten. Auch Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand fühlen sich nach dem Verhandlungsmarathon von über 30 Stunden als Gewinner. Mitterrand sieht die französischen Wünsche „in allen Punkten“ als erfüllt an. Sein gemeinsamer Vorstoß mit Kohl vom April zur Verwirklichung der Politischen Union werde jetzt mit Leben erfüllt. Das Ziel einer gemeinsamen europäischen Verteidigung nehme nun Gestalt an. Auch der deutsche Regierungschef zeigt sich keineswegs unzufrieden. Ende 1985 hatte er bei der Einigung über die erste EG-Vertragsreform das Tor zur europäischen Einigung sich einen Spalt weit öffnen sehen. Jetzt spricht er davon, dass „die Weichen für einen neuen Abschnitt des Einigungsprozesses gestellt“ seien.

Dem Bundeskanzler ging es in der Schlussphase der Reformverhandlungen darum, im Vertrag Garantien für die „Irreversibilität“ der Einigung festzuschreiben. Dafür, dass es eine Umkehr auf dem Einigungspfad nicht geben wird, sollen auch die drei Vorschriften sorgen, die spätestens für Ende 1996 eine Revision des Vertrages zur Politischen Union vorsehen. Eine allgemeine Revisionsklausel sieht vor, bei den folgenden Verhandlungen zur Vertragsreform die föderale Ausrichtung der „Europäischen Union“ zu stärken – auch hierbei wurde mit Rücksicht auf die britische Allergie gegen das „F-Wort“ der Vertragstext neu formuliert. Revisionsklauseln enthält das neue Vertragswerk darüber hinaus zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zu den künftigen Rechten des Europäischen Parlaments.

Aus Straßburg droht dem Maastrichter Kompromiss wohl die härteste Kritik. Die Abgeordneten sollen zwar künftig – eine geschickte Konzession Majors – gleichberechtigt mit den Regierungen über europäische Gesetze entscheiden dürfen, aber nur auf wenigen Politikfeldern. Der Bundeskanzler hatte zunächst gehofft, in Maastricht einen Stufenplan festzuschreiben, der für die übernächste Legislaturperiode von 1999 an eine rechtliche Gleichstellung der Abgeordneten mit den Regierungen vorsehen sollte. Die erhoffte „Evolutivklausel“ findet sich dagegen in dem Teilbereich der Innen- und Justizpolitik, bei dem künftig auf Vorschlag der EG-Kommission die Mitgliedstaaten Regeln erlassen können. Von 1996 an soll eine einheitliche Visumpolitik durch Mehrheitsentscheidungen möglich sein. Als Erfolg

konnte es Kohl verbuchen, dass es ihm am Vorabend des Treffens bei einem Gespräch mit dem spanischen Regierungschef Gonzáles gelungen war, einen möglichen Sprengsatz für die Gipfelkonferenz zu entschärfen. Über die Einrichtung eines „Kohäsionsfonds“ zur Unterstützung der ärmeren südlichen und westlichen Mitgliedstaaten wurde jetzt kaum gestritten. Auch durch die Maastrichter Absetzbewegungen Majors lässt sich der Kanzler nicht beirren. In der Nacht zum Mittwoch ist er sich sicher: „Am Ende wird der Strom Europas auch Großbritannien erfassen.“³⁷⁹

Bezüglich der Überschriften wurde bereits bemerkt, dass darin häufig grundsätzliche Tendenzen des nachstehenden Berichts erkennbar sind. Sie wollen dabei gleichzeitig eine gewisse Spannung erzeugen. Dies geschieht in der Regel – wie es an den voran gestellten Beispielen bereits dokumentiert wurde – durch eine bewusst nebulös gehaltene Formulierung, die erst im späteren Kontext erläutert wird. Die alleinige Aufgabe von Überschriften besteht daher darin, den Rezipienten nach der Auflösung dieser – extrahiert betrachtet – offenbar wenig Sinn ergebenden Ausdrucksweise suchen zu lassen. Je rätselhafter sie erscheint, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit der Perzeptionsbereitschaft durch den Rezipienten eingeschätzt. Die geeignetsten Mittel hierzu werden offensichtlich in der Verwendung von Metaphern oder Zitaten gesehen.

In diesem Beispiel geschieht dies durch den metaphorhaften Ausdruck der Hoffnung Kohls, dass die Insel (gemeint ist Großbritannien) von einem nicht näher determinierten Strom erfasst werde (gemeint ist damit die Politische Union). Der Sinn dieser Aussage und dass es sich um einen Ausspruch Kohls handelt wird aber erst am Ende des Berichts aufgeklärt.

Alle schienen gewonnen zu haben. Was oder wobei bleibt aber zunächst unklar. Doch bei dieser anscheinend positiven Perzeption– wie zunächst angenommen werden kann – bleibt es nicht. Die Deskription des Auftritts zweier Beteiligter (Lubbers und Delors) wird als klares Indiz für die differente Wertung durch die Akteure gewertet. So gelang es offenbar erst bei einem inoffiziellen Anlass (hier der Geburtstag des Niederländers van den Broek), Spannungen zu lösen. Der Bezug des disharmonischen Gesangs zu den erheblichen Dissonanzen, die während der Gipfelberatungen deutlich geworden waren, ist auffallend.

Auch wenn Lubbers mit der Feststellung zitiert wird, 50 bis 60 Einzelfragen seien geklärt worden, bleibt die Frage offen, ob dies nun viel oder wenig sei. Auch besagt

dies nichts über den qualitativen Anspruch der geklärten Probleme. Betrachtet man daher nur die quantitative Seite, könnte durchaus von einem „guten Resultat“ gesprochen werden. Offen bleibt daher, ob sich diese Feststellung von Lubbers nur auf die quantitative Ebene reduzieren lässt.

Unisono steht der eigentliche Gewinner des Gipfels fest. Der britische Premierminister, so wird einhellig berichtet, habe in bester Laune von entscheidenden Fortschritten für sein Land gesprochen. Ohne es hier explizit zu erwähnen, wurde dies gleichzeitig als Misserfolg Kohls gewertet, dessen Erwartungen - wie bekannt - in eine völlig konträre Richtung verliefen. Inwieweit dieser von Major artikulierte Fortschritt auch für Europa gelte, wird aber in Frage gestellt. Für die angestrebte Politische Union konnte es nicht erfolgreich sein, wenn sich ein Mitgliedstaat aus entscheidenden Bereichen gemeinsamer Politik, nämlich der Sozialunion und der WWU, ausschaltet bzw. Rückzugsoptionen offen hält. Interessant ist dabei vor allem, wie ein politischer Rückzug andererseits als Erfolg bzw. als nicht erfolglos verkündet wurde. Der hier wiedergegebene Definitionsversuch Lubbers ist ein klassisches Beispiel dazu. Man habe nichts anderes getan, als den Begriff „föderal“ auf eine übliche Formel zu übersetzen. Die hier definierte ist jedoch keineswegs mit der lexikalischen Definition kongruent.³⁸⁰

Es bedarf daher schon einiger interpretatorischer Umwege, dies mit einer immer enger werdenden Union zwischen den Völkern Europas bei gleichzeitig möglichst naher Bürgerbeteiligung zu definieren. Selbst wenn man - wie hier ergänzend erläutert wird - die britische Definition zu Grunde legte, kann die hier zitierte kaum damit in Einklang gebracht werden. Damit wurde der offensichtliche Versuch unternommen, von der ursprünglichen Idee einer bundesstaatlichen Ordnung in Europa abzulenken. Ob Kohl tatsächlich „bestens“ damit leben konnte, wird zwar behauptet, allerdings nicht belegt. Vielmehr schien dies schon ein konkreter Hinweis auf den Rückzug des Kanzlers hinter seine eigenen Erwartungen zu sein, der ja bekanntlich diese bundesstaatliche Lösung präferierte.

Die herausragende Figur des Gipfels war anscheinend der britische Premierminister John Major, der es nicht nur geschafft habe, ein eigenes Profil zu zeigen,³⁸¹ sondern auch seine innenpolitische Position gestärkt zu haben und dem es offenbar auch gelang, sich damit einen gewissen Respekt gegenüber den übrigen Gipfelteilnehmern zu verschaffen.

Wenn Lubbers mit Hinweis auf die Historie der EG zitiert wird, kann darin ein Versuch gesehen werden, die Blockadepolitik Majors zu marginalisieren. Diese habe zwar in der Vergangenheit gezeigt, dass Verweigerung nur eine begrenzt temporäre politische Option sei, die letztlich doch wieder in die Gemeinschaft führe.

Wie kritisch die Verhandlungslage wohl tatsächlich war, wird nur beiläufig erwähnt und ist im Text nur schwer erkennbar. Der Hinweis auf Helmut Kohl, der der Verhandlungsführung Majors „beachtliche Intensität“ attestiert habe und der von Delors erwogene Rücktrittsgedanke deuten doch stark darauf hin, dass es fast zum Scheitern der Verhandlungen gekommen wäre. Solche subtilen Hinweise sind jedoch nicht augenfällig und ohne weiteres als solche erkennbar.

Gewonnen haben – so scheint es – am Ende alle? Das wird nicht gesagt und relativiert so den Untertitel der Überschrift. Es hatte offenbar nur einer gewonnen (Major) und andere (Kohl und Mitterrand) versuchten, nach außen den Schein des Sieges zu wahren. Wenn man etwa Mitterrands Feststellung, alle französischen Punkte seien berücksichtigt worden, auf die bloße Absicht, sie berücksichtigen zu wollen, reduziert, kann das als erfolgreiche Politik interpretiert werden. Ähnliches gilt für die Forderungen Kohls in Bezug auf die WWU und die Politische Union insgesamt.

Doch davon war man, wie hier dargelegt wird, offenbar noch sehr weit entfernt. Zwar hoffte Kohl, die Irreversibilität der Einigung zu fixieren, jedoch die zahlreichen Revisionsklauseln, etwa hinsichtlich der föderalen Strukturen, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Rechte des EG-Parlaments, lassen darauf schließen, dass das Resultat der Verhandlungen auf der Ebene der Artikulation der Absicht blieb.

Auch für den Verfasser dieses Artikels stand am Ende Helmut Kohl als Verlierer fest, dessen Erwartungen nicht erfüllt wurden. Weder die gewünschte Einigung aller Partner, noch die Festschreibung der Irreversibilität, noch den von ihm gewünschten Zeitplan konnte er am Ende als Erfolg für sich verbuchen. Einzig seiner Zusage, den südlichen Ländern (Spanien und Portugal) größere finanzielle Zuwendungen zu gewähren, sei es zu verdanken, dass zumindest auf diesem Gebiet weitere Differenzen vermieden werden konnten. Letztlich sei aber auch das nur ein Pyrrhus-Sieg, der zu Lasten Deutschlands gegangen war und das Scheitern der Europapolitik Kohls verdeutlichen sollte.

4.4.2 Zusammenfassung

Die Berichterstattung über den Vertrag von Maastricht hatte einmal mehr die Diskrepanzen zwischen dem politisch Wünschbaren und Machbaren offen gelegt. Gerade von deutscher Seite und namentlich von Helmut Kohl waren die Erwartungen weitaus höher, als sie am Ende erfüllt werden konnten. Ja, es musste sogar schon als Erfolg betrachtet werden, den Gipfel nicht wegen unüberbrückbarer Differenzen scheitern zu lassen. Entsprechend groß war die Skepsis über den Maastrichter Vertrag in den Medien.

Die geübte Kritik manifestierte sich einerseits an den Inhalten, wobei in den verschiedenen Medien kaum unterschiedliche Akzente gesetzt wurden:

Medium	inhaltlicher Kritikschwerpunkt
TAZ	Sozialunion
SPIEGEL	WWU
Focus	Politische Union
SZ	Sozialunion
FR	Sozialunion
FAZ	Sozialunion

Interessanterweise wurden die Politische Union als das eigentlich angedachte Ziel des Vertrages und die Wirtschafts- und Währungsunion bzw. die GASP diskutiert, jedoch galt das eigentliche Interesse offensichtlich den sozialen Zielen des Vertrages, hinsichtlich deren Verwirklichung es offenbar auch die größten Differenzen gab.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch in der Betrachtung der politischen Akteure, die in Gewinner und Verlierer kategorisiert wurden:

Medium	„Gewinner“	„Verlierer“
TAZ	Mitterrand, Major	Kohl
SPIEGEL	Major, Gonzáles	Kohl
Focus		Kohl
SZ	Major	Kohl
FR	Major	Kohl
FAZ	Major, Lubbers	Kohl, Delors

Das Ergebnis war eindeutig. Durch ihre hinhaltende Taktik und Option, aus Teilbereichen auszuschneiden (Sozialunion) oder ihnen nicht beizutreten (WWU), wurden die Briten und namentlich ihr Premierminister John Major als eigentliche „Gewinner“ des Gipfels genannt. Unisono galt Bundeskanzler Kohl als der „Verlierer“, weil er seine Vorstellungen a) nicht durchzusetzen vermochte und b) – aus der Sicht der Medien - den höchsten Preis (Opferung der D-Mark) gezahlt hatte. Signifikant an den Berichten insgesamt ist aber, dass sie den Erfolg oder Misserfolg eines Akteurs darin sehen, wie stark er die eigenen nationalen Interessen durchsetzen konnte. Hierin wurde Kohl als klarer Verlierer perzipiert. Daher kann vermutet werden, dass auch innerhalb der Printmedien ein größerer Wert auf die Vertretung nationaler Interessen gelegt worden zu sein schien als etwa auf das Erreichen gemeinschaftlicher europäischer Ziele. Die konträre Akzentuierung zu Kohls Europapolitik ist evident.

In der nach Maastricht einsetzenden Debatte über die weiteren Schritte zur Vollendung der Politischen Union, die Erweiterung der Gemeinschaft, vor allem die Verwirklichung der WWU und in diesem Kontext ganz besonders die Einführung einer gemeinsamen Währung ließen ebenfalls deutlich erkennen, dass die Präferenzen der Printmedien eindeutig in der Hervorhebung nationaler Interessen lagen.

Die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht wurden in der Presse mit großem Interesse, jedoch auch mit überwiegender Skepsis gegenüber den fokussierten Zielen (WWU und EPU) perzipiert. Die größte Kritik wurde aber am Ergebnis hinsichtlich der künftigen europäischen Sozialpolitik geübt. Eindeutig fällt diese in der Berichterstattung der TAZ aus, die den Vorwurf erhebt, der Vertrag sei auf eine ökonomischen Stärkung der Gemeinschaft ausgerichtet und vernachlässige die Sozialpolitik, die hier als vordringliche Aufgabe der EG klassifiziert wird. Das Blatt erhebt damit den Anspruch, Fürsprecher für den überwiegenden Teil der Betroffenen, nämlich der Arbeitnehmer, zu sein, die, so der Tenor des Berichts, eindeutig das Nachsehen hätten. Auch die hier hervorgehobene Bedeutung der Asylpolitik zielt in diese Richtung, denn gerade die zu Beginn der neunziger Jahre einsetzende massive Zuwanderung von Asylanten besonders aus dem osteuropäischen Raum ließ viele Arbeitnehmer um ihre Beschäftigung fürchten. Dass die EG auf diesem Gebiet nur unverbindliche Regelungen getroffen habe, wird

ebenso kritisiert. Dass der Vertrag aber die Plattform für die genannten mittel- und langfristigen Ziele bilden sollte, wird nur am Rande erwähnt. Wenn in diesem Kontext von einer Politik machiavellischer Prägung die Rede ist, soll damit sogar noch unterstrichen werden, dass die politischen Akteure offenbar nur den Ausbau der Macht ihres eigenen Landes angestrebt zu haben schienen. Bundeskanzler Kohl wird in einer für die TAZ anscheinend typischen ironisierenden Weise charakterisiert. Er habe, so stellt es der Autor dar, offenbar ohne Not und für nur marginale Gegenleistungen der Gemeinschaft die D-Mark geopfert. Mithin wird er als der eigentliche „Verlierer“ des Gipfels von Maastricht gesehen.

Auch der SPIEGEL sieht in Kohls „Opferung“ der D-Mark eine empfindliche Niederlage für die deutsche Europapolitik. Gemessen an der Verhandlungsdauer sei das erzielte Ergebnis nicht nur marginal, sondern aus deutscher Sicht zugleich völlig unbefriedigend. Ähnlich wie in der TAZ wird auch hier die Erfolglosigkeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik bedauernd zur Kenntnis genommen. Um ein gänzlich Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, habe sich der Bundeskanzler auf von ihm offenbar nicht erwartete Konzessionen eingelassen, die in der Konsequenz zu einer weiteren Erhöhung der deutschen Beitragszahlungen führe.

In diesem Artikel wird die Person Kohls in einer auch für den SPIEGEL wohl typisch zu nennenden ironisierenden Weise charakterisiert, der seine europapolitischen Ziele offenbar über die Wahrung der deutschen Interessen gestellt habe. Diese Betrachtungsweise sollte sich spätestens bei der Bewertung des Amsterdamer Gipfels im Jahre 1997 grundlegend geändert haben.

Der Focus-Artikel muss in dieser Reihe als Ausnahme gewertet werden, da er a) zum Zeitpunkt der Maastrichter Verhandlungen noch nicht erschien und b) diese vor dem Hintergrund einer Verfassungsklage vor dem BVerfG erläutert.

Dieser Artikel verdeutlicht anschaulich, wie groß der Widerstand gegen den Maastrichter Vertrag in Deutschland war. Und er zeigt auch, wie stark dabei (übrigens nicht nur in Deutschland) das Bemühen war, die eigenen nationalen Interessen gewahrt zu sehen. Wenn, wie hier berichtet wird, das BVerfG durch sein Urteil die Anwendung der Vertragsvereinbarungen in der Anwendung auf Deutschland einschränkt und dabei gleichzeitig eine Signalwirkung für die übrigen Mitgliedstaaten unterstellt wird, so macht das eine deutliche Diskrepanz zwischen den Zielen des Vertrages und dem Handeln der jeweiligen Nationalstaaten deutlich. Zwar geht der Autor nicht so weit, ein Scheitern Kohls zu erklären, doch konstatiert

er zumindest, dass der Bundeskanzler hinsichtlich seiner eigenen europäischen Idee einen deutlichen Dämpfer erhalten habe. Abweichend von der TAZ- oder SPIEGEL-Berichterstattung wird hier nicht der zusätzliche Versuch unternommen, Kohl diffamierend darzustellen. Diese Unterlassung kann als Indiz dafür gewertet werden, dass der Autor nicht explizit gegen Kohl argumentiert, seine politischen Zielvorstellungen jedoch skeptisch gegenübersteht.

Die negative Perzeption der Europapolitik Kohls setzt sich auch im Bericht der SZ fort. Gleich zu Anfang wird ihm unterstellt, zu große Erwartungen in diesen Gipfel gesetzt zu haben. Zugleich wird eine gewisse Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen hinsichtlich der Währungsunion konstatiert. Dies fügt sich in das Bild der Medienperzeption zum Maastrichter Vertrag, macht aber auch die Fehleinschätzung in Bezug auf den Erfolg der WWU deutlich. Die mehrheitlich ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber der geplanten gesamteuropäischen Währung erleichtert das Argumentieren in diese Richtung und scheint auch ein Garant dafür zu sein, dass sich der Rezipient mit den in den Berichten artikulierten Wertungen identifizieren kann. Schließlich geht es um die Auflage und damit auch um den Gewinn. Man stelle sich zu dieser Zeit ein Magazin oder eine Tageszeitung vor, die ausschließlich von den Vorzügen der WWU und der EPU berichtet hätten. Nicht nur, dass sich der Berichtersteller damit gegen die wohl vorherrschende Meinung in der Bevölkerung gestellt hätte. Es wäre wahrscheinlich auch sehr schwer gewesen, für diese Meinung die entsprechende Akzeptanz zu erreichen, was sich in der Konsequenz mit Sicherheit in der Auflage des Blattes widerspiegelt hätte.

Auch das kann als Erklärungsversuch dafür gewertet werden, dass die Medien eine so durchweg skeptische, kritische oder gar ablehnende Berichterstattung praktizierten.

Ein weiterer Punkt kann bereits als symptomatisch für die printmediale Berichterstattung festgestellt werden. Nicht etwa die erfolgreich verhandelten Aspekte des Gipfeltreffens werden in den Vordergrund gestellt, sondern jene, die noch nicht gelöst sind oder einer weiteren Klärung bedürfen. Auch die SZ betont die Schwierigkeiten, die es bei den Verhandlungen hinsichtlich der britischen Haltung zur WWU und zur WEU gab. Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass die Verwendung von Metaphern ein geeignetes Mittel zu sein scheint, die kritische Auseinandersetzung mit den politischen Akteuren zu unterstreichen. Im vorgenannten Beispiel der SZ werden die Verhandlungen als ein volkssportliches

„Fingerhakeln“ deskribiert. Eine über 30 Stunden dauernde Sitzung kann allerdings nur schwer als Gaudium bezeichnet werden. Bedenkt man ferner, dass das Ziel des „Fingerhakeln“ darin besteht, den Gegner im getreuen Sinne des Wortes „über den Tisch zu ziehen“, so ergibt die Botschaft dieser Metapher den Sinn, die Akteure seien in der Konsequenz nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht gewesen, was der angestrebten gemeinsamen Sache diametral entgegenstünde.

Darin ist zugleich auch eine versteckte Kritik an Helmut Kohl zu sehen, der offenbar – auch wenn es explizit nicht behauptet wird – doch über den Tisch gezogen wurde, da er sein erklärtes Ziel, die WWU einzuleiten, nicht erreicht habe. Auf eine ironisierende Charakterisierung wird jedoch verzichtet, was aber nicht zu dem Schluss führen darf, die SZ perzipierte das Auftreten Kohls in Maastricht positiver als etwa der SPIEGEL.

Auch die FR reiht sich in die Linie der distanzierten Berichterstattung ein und bezieht sich dabei auf die Kohl oft nachgesagte Methode des „Aussitzens“ von Problemen, die aber gelegentlich der Verhandlungen in Maastricht ihre Wirkung verfehlt habe. Schon seit dem Beginn seiner Kanzlerschaft stand Helmut Kohl in dem Ruf, der nicht zuletzt von den Medien immer wieder aufgegriffen wurde, anstehende Probleme dadurch zu lösen, indem er genügend Zeit verstreichen ließ, um so auf deren Erledigung zu hoffen. Diese Methode habe offensichtlich versagt, denn als der „Gewinner“ des Gipfels wird auch hier der britische Premierminister Major genannt, dessen Ziel bekanntermaßen nicht in der Vertiefung der europäischen Integration, sondern gerade in deren Verhinderung bestand. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass der deutsche Bundeskanzler damit eindeutig zum „Verlierer“ erklärt wird. Um die Zähigkeit der Verhandlungen zu unterstreichen, bedient sich auch dieser Berichtstatter einer bildhaften Darstellung, indem er die Kompromissfindung zum „Beichtstuhlverfahren“ erklärt. Die Institution der Beichte verfolgt nach dem katholischen Glauben die Absicht, dass die Gläubigen ihre Verfehlungen eingestehen und schließlich bereuen. Der Beichtvater (Lubbers), um eine andere Metapher zu verwenden, nimmt die Beichtenden (Kohl, Major) dabei „ins Gebet“, um sie zur Einsicht zu bekehren und so zu Kompromissen zu bewegen. Der originäre Sinn der Beichte sollte dabei jedoch nicht wörtlich genommen werden. Wenn auch hier die offensichtliche Unzufriedenheit und Enttäuschung Kohls in den Vordergrund gerückt wird, unterstreicht dies gleichfalls die vom Autor des Berichts wahrgenommene Erfolglosigkeit des Bundeskanzlers. Die Intention ist ebenfalls

eindeutig. Der Rezipient soll zu der Überzeugung gelangen, dass dieser Kanzler die Interessen Deutschlands nur unzureichend vertreten habe. Durch die im Bericht eingangs beschriebene Methode Kohls zur Konfliktlösung und den „Beichtstuhlvergleich“ nähert sich dieser Bericht an die der TAZ und des SPIEGEL. Auch der Berichtersteller der FAZ geht auf die Rolle des Bundeskanzlers zunächst nur indirekt ein, indem er die Akteure in zwei Gruppen teilt und dies am Beispiel der Auftritte des Kommissionspräsidenten Delors und des britischen Premiers Major zu belegen versucht. Delors gehörte bekanntlich zu jenen, die den Integrationsgedanken am nachhaltigsten unterstützten und er war es auch, der durch sein Papier einen Zeitplan dafür vorlegte. Major verfolgte dagegen eine entgegengesetzte Politik. Mithin wird auch Bundeskanzler Kohl, auch wenn er zunächst unerwähnt bleibt, zu den Verlierern gezählt. Wie groß der Erfolg des Briten offensichtlich war, wird in einer ausführlichen Schilderung seiner von ihm durchgesetzten Forderungen erläutert. Im Gegensatz zu den anderen hier vorgestellten Berichten werden Helmut Kohl, aber auch François Mitterrand zumindest ansatzweise zu den Gewinnern gezählt. Kohl habe wenigstens die generelle Unumkehrbarkeit der Europäischen Union erreicht, was allein schon als Erfolg gewertet werden könne, auch wenn das Endziel in einer noch undefinierten Ferne liege. Abweichend zu den übrigen hier vorgestellten Berichten wird der Versuch unternommen, dem Bundeskanzler wenigstens eine im Allgemeinen erfolgreiche Europapolitik zu bescheinigen, wengleich er sich in konkreten Fragen offensichtlich nicht durchsetzen konnte. Zusammenfassend wird nach der Besprechung dieses Blocks der zuvor schon entstandene Eindruck bestätigt, dass sowohl die europapolitische Linie als auch der Bundeskanzler selber keine sehr positive Bewertung erfahren. Seinen Zielen, die WWU und die EPU irreversibel zu machen, werden keine sehr großen Chancen eingeräumt und je nach der Betrachtungsperspektive wird gleichermaßen versucht, schon das persönliche Auftreten Kohls als augenfälligen Beweis seiner Erfolglosigkeit zu deuten.

4.5 Auf dem Weg zur Politischen Union? Probleme nach Maastricht und der Gipfel von Amsterdam

Auf dem Gipfel in Maastricht wurde zwar ein Vertrag unterzeichnet, der den Willen zur Politischen Union artikulierte, gleichzeitig aber deutlich zeigte, wie uneins sich die Gemeinschaft hinsichtlich des Weges dorthin war. Mit viel Mühe und einigen schwer wiegenden Konzessionen – besonders von deutscher Seite – wurden Kompromisse geschlossen, die es den Partnern erlaubten, je nach Bedarf an den vereinbarten politischen Prozessen zu partizipieren. Eine solche Ausgangssituation wurde, das wurde in der besprochenen Medienresonanz ebenso deutlich, als nicht besonders aussichtsreiche Basis zur Verwirklichung der dort vereinbarten Ziele perzipiert.

Demgegenüber stand aber die Notwendigkeit zum Handeln, denn:

1. suchte die Gemeinschaft einen geeigneten Mechanismus, das wieder vereinte und noch stärker werdende Deutschland enger an sich zu binden,
2. strebten zahlreiche ehemalige Ostblockstaaten die Aufnahme in die Gemeinschaft an,
3. galt es auf Grund der veränderten europäischen Landschaft sowohl auf ökonomischer als auch politischer Ebene Strukturreformen vorzunehmen und
4. hatten der Golf-Krieg und der immer weiter eskalierende Balkan-Konflikt deutlich die Grenzen der bisherigen gemeinsamen Kooperation gezeigt.³⁸²

Hinsichtlich der fokussierten Integration Deutschlands war „the Maastricht Treaty [...] essentially a political response by the EC and its member countries to German unification.³⁸³ Die Vereinbarungen zur GASP und zur Schaffung einer rechtsverbindlichen Union blieben zunächst nur Absichtserklärungen. „Damit sind nur unzureichende Fortschritte in Richtung einer Politischen Union gemacht worden, die denen zur Wirtschafts- und Währungsunion bedauerlicherweise nachstehen.“³⁸⁴ Doch zunächst sollten der europäische Binnenmarkt im Jahr 1992 und am Ende des Jahrzehnts die WWU verwirklicht werden. Helmut Kohl, dem hinsichtlich der

Maastrichter Beschlüsse die meiste Kritik widerfuhr, verteidigte die dort gefassten Beschlüsse: „Wir werden auf der Grundlage der Verträge von Maastricht noch in diesem Jahrzehnt – ab 1997, bis spätestens 1999 – einen gemeinsame Währung haben, [...] damit werden die Voraussetzungen für einen stabilen und gleichzeitig offenen Wirtschafts- und Währungsraum gegeben sein.“³⁸⁵ Gleichzeitig warnte er davor, die Beschlüsse von Maastricht scheitern zu lassen, was seiner Ansicht nach den Prozess der Einigung um Generationen verzögern würde.³⁸⁶ Die Kritik, der sich Kohl ausgesetzt sah, veranlasste ihn, seine Position ähnlich wie sein Zehn-Punkte-Programm mit Vehemenz zu verteidigen. Für ihn, der einen hohen Preis (für die meisten seiner Kritiker einen zu hohen) für den Maastrichter Vertrag gezahlt hatte, galt es nun, die Öffentlichkeit – und damit auch potenzielle Wähler – von der Richtigkeit dieses Schritts zu überzeugen. In diesem Kontext gebrauchte er häufig die Metapher von Krieg und Frieden,³⁸⁷ um der Dramatik und der Bedeutung der Beschlüsse Nachdruck zu verleihen. Ähnlich positiv sah auch Genscher das Ergebnis von Maastricht: „Die Verträge von Maastricht eröffneten den Weg in eine europäische Zukunft, wie sie am Ende des zweiten Weltkrieges gewiss niemand für möglich gehalten hätte. Die Tatsache, dass nun in den Ländern der Gemeinschaft über Sinn und Notwendigkeit der Europäischen Union, vor allem über die Wirtschafts- und Währungsunion, heftig debattiert wurde, hielt ich nicht für nachteilig. Im Gegenteil: Erst diese Debatte ermöglichte es, die historische Bedeutung der europäischen Einigungspolitik wirklich bewusst zu machen.“³⁸⁸ Die zum Teil erheblichen Probleme, die ein Teil der Mitgliedsländer hinsichtlich der Verwirklichung der WWU hatten, wurden von Genscher retrospektiv marginalisiert. Allerdings kam auch er zu dem Schluss, dass Maastricht wichtige Impulse für die Unumkehrbarkeit der Politischen Union gegeben habe.³⁸⁹

Bei allem Optimismus, den Kohl und Genscher anklingen ließen, waren die gestellten Aufgaben noch zu lösen. In seiner Rede vor dem Europaparlament am 12. Dezember 1991 rechtfertigte auch Kommissionspräsident Delors die getroffenen Entscheidungen und zeigte sich dennoch optimistisch, dass die noch zahlreich vorhandenen Probleme letztlich gelöst würden und das Ziel der Europäischen Union erreicht werde.³⁹⁰

Aus deutscher Sicht war es vor allem die Preisgabe der D-Mark zu Gunsten einer – in den Augen vieler – schwachen Gesamteuropäischen Währung, die die öffentliche Debatte in Deutschland nach Maastricht dominierte. Die Gegner des Maastrichter Vertrages versuchten 1993 durch die Anrufung des BVerfG, die getroffenen

Vereinbarung als nicht verfassungskonform zu verhindern. Zwar entschied das Gericht gegen die föderale bundesstaatliche Lösung, die eine über die nationalen Parlamente gestellte Instanz vorsah, wandte sich aber prinzipiell nicht gegen eine Union, in der die nationalen Eigenständigkeiten gewahrt blieben.³⁹¹ Für Kohl war dies hinsichtlich seiner Vision von den „Vereinigten Staaten von Europa“ eine empfindliche Niederlage, die er zu marginalisieren versuchte. Bezüglich der geplanten Währungsunion konnten sich ihre Gegner jedoch nicht durchsetzen.³⁹² Die Debatte um die WWU schürte in der Öffentlichkeit vor allem die Ängste vor dem Verlust der nationalen Identität, die besonders durch die D-Mark symbolisiert wurde, vor einer inflationären Bedrohung und weiterem Abbau von Arbeitsplätzen. Es waren vor allem zunächst diese Argumente, die eine Mehrheit gegen den Vertrag von Maastricht entstehen ließ. Auch wurde der Ruf nach einem Referendum, wie etwa in Dänemark und Frankreich, laut. Der Ausgang beider Referenden gab Anlass zu der Hoffnung, dass sich auch in Deutschland eine vielleicht knappe Mehrheit gegen die WWU aussprechen werde.³⁹³ Jedoch stimmten im Dezember 1992 der Bundestag mit großer Mehrheit und der Bundesrat sogar einstimmig für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages.³⁹⁴ Für ein Referendum war damit keine weitere Basis vorhanden. Als Hauptargumente für den Euro wurden in der Diskussion besonders genannt:

1. Eine fehlende einheitliche Währung sei ein Handicap gegenüber den USA und Japan (Dollar und Yen).
2. Der erweiterte Binnenmarkt würde insgesamt gestärkt,
3. die Beschäftigungssituation verbessert,
4. die Transaktionen beim Währungsumtausch entfiele und
5. stärke ein stabiler Euro die Gemeinschaft nach außen.³⁹⁵

Die wichtigsten Gegenargumente waren:

1. Die Furcht vor einer Inflationsgemeinschaft.
2. Zu hohe Anpassungskosten verursachten eine noch größere Arbeitslosigkeit und
3. etwaiges nationales Fehlverhalten in der Wirtschafts-, Tarif- und Lohnpolitik könnte z. B. durch eine Währungsabwertung nicht mehr korrigiert werden.³⁹⁶

Die im Maastrichter Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien (Inflationsrate maximal 3,4%, Budgetdefizit 3,0%, Staatsverschuldung 60% und Zinsniveau 10,4%) stellten sich in der Folge für eine ganze Reihe von Mitgliedern, darunter auch Deutschland, als problematisch heraus. Nur mit einiger Mühe konnten sie diese für das Jahr 1997, in dem endgültig die Teilnehmer an der WWU bestimmt wurden, erfüllen. Die Grundlage dafür bildeten die Werte des Jahres 1996. Die Angst vor einem Scheitern und die damit verbundene außen- wie innenpolitische Blamage wurde vor allem in Deutschland sehr stark thematisiert.³⁹⁷

In diesem Kontext beschwor Bundeskanzler Kohl die enge Verknüpfung zwischen europäischer Wirtschaftsunion und Politischer Union: „Eine Wirtschaftsunion in Europa ist nur lebensfähig, wenn sie sich auf eine Politische Union stützen kann.“³⁹⁸ Der Angst vor einer aufgeweichten europäischen Währung versuchte der Kanzler ebenfalls deutlich zu begegnen. Es „muss klar sein, dass eine künftige europäische Währung eine klare Stabilitätsgrundlage haben muss. Dazu gehört die Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank, ihre uneingeschränkte Verpflichtung auf das Ziel der Geldwertstabilität und eine streng auf Stabilität ausgerichtete Haushaltspolitik in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.“³⁹⁹

Auch in dieser Hinsicht war Kohl –zumindest nach außen – optimistisch, indem er jeden Zweifel am Scheitern Deutschlands bezüglich der Teilnahme an der WWU zu zerstreuen suchte. Selbst als sich dieses 1996 bedrohlich andeutete, blieb er dabei, dass Deutschland in jedem Fall von Beginn an daran teilnehmen werde.

Aus öffentlicher deutscher Sicht war die Erfüllung dieser Kriterien und die Thematik der gemeinsamen Europäischen Währung das dominierende Thema.

Neben dieser wichtigen Problematik stellten sich für die EU aber auch noch andere Fragen, die noch nicht gelöst waren und ein Hindernis für die Politische Union darstellten.

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems im Osten drängten zunehmend mehr Staaten aus dieser Region in die EG bzw. EU sowie in die NATO.⁴⁰⁰ In Maastricht hatte sich aber gezeigt, dass die Gemeinschaft der Zwölf nur mit großer Mühe einen für alle tragbaren Kompromiss finden konnte. Stellten die bisherigen Entscheidungsstrukturen die Mitgliedstaaten vor eine fast unlösbare Aufgabe, so würde diese nach einer Erweiterung auf 15 oder mehr Staaten ganz gewiss nicht einfacher werden. Es galt also, auch vor dem Hintergrund des Golf-Krieges und des Balkan-Konflikts, neue Sicherheitsstrukturen zu entwickeln und zu einer – wie auch immer gearteten – gemeinsamen Außenpolitik zu gelangen. Die

Tatsache, dass beispielsweise Großbritannien schon hinsichtlich der WWU Sonderrechte eingeräumt wurden, die Briten ansonsten an einer Vertiefung der Gemeinschaft wenig Interesse zeigten und auch Dänemark und Frankreich nur knapp einer Teilnahme zustimmten, lässt erlauben, wie kompliziert ein solches Unternehmen zu bewältigen war.

Einerseits wurde damit klar, dass sich die Gemeinschaft den Aufnahmewünschen nicht verschließen konnte, andererseits bot aber die Erweiterung nicht nur die Chance, die dringend notwendig gewordenen Strukturreformen vorzunehmen, sondern auch zu einer neuen und umfassenden Gesamteuropäischen Friedensordnung zu kommen. Von politischer Seite wurde eine Erweiterung generell begrüßt. Schon in seinem Zehn-Punkte-Programm vom November 1989 vertrat Helmut Kohl die These: Doch wie die Erweiterung auch in ihrer technischen Umsetzung eine funktionsfähige Gemeinschaft oder gar Union erhalten bzw. bilden konnte, blieb zunächst im Unklaren. Ein knappes halbes Jahr nach Maastricht skizzierte Delors sehr deutlich zumindest den – seiner Ansicht nach - falschen Weg: „Sicher nicht durch den Rückgriff auf die klassische Balancepolitik der Nationen, denn [...] hinter ihr verbirgt sich in Wirklichkeit meist nur machtpolitischer Egoismus und Zynismus. [...] Heute ist eine einseitig national ausgerichtete Politik eine Gefahr, weil Europa erneut zerrissen und destabilisiert würde.“⁴⁰¹ Nach dem fast gescheiterten Gipfel von Maastricht waren dies deutliche Worte an die Mitglieder, ihre nationalen Interessen denen der Gemeinschaft unterzuordnen.

Die Probleme der Erweiterung bestanden allerdings nicht nur hinsichtlich der Reform der bisherigen Gemeinschaft. Die Aufnahme weiterer beitragswilliger Staaten schuf auch das Problem ihrer infrastrukturellen Integration. „Sie, die noch vor wenigen Jahren Staaten mit zentral gelenkter Planwirtschaft waren, müssen ihre Rechtsvorschriften den Normen des Binnenmarktes angleichen. Für diese „Harmonisierung“ haben die EU-Staaten Jahrzehnte gebraucht.“ Alle beitragswilligen Staaten im Osten der EU zählen nach westeuropäischem Standard zu den ärmeren Ländern, werden also als Mitglied den Haushalt der Gemeinschaft belasten.“⁴⁰² Hierin lag ein entscheidendes Problem, denn einer der zentralen Streitpunkte innerhalb der Gemeinschaft waren und sind die Beitragszahlungen ihrer Mitglieder. Der Bereitschaft, neue Mitglieder aufnehmen zu wollen, stand also ganz konkret das Problem gegenüber, diese mitfinanzieren zu müssen. Andererseits war nach dem Ende des Ost-West-Konflikts durch die Aufnahme dieser Staaten die Chance vorhanden, nicht nur ein erweitertes Europa, sondern auch völlig neue

Sicherheitsstrukturen zu schaffen. Die Aussicht auf Letzteres überwog schließlich die monetären Bedenken.

Mehr noch als die WWU und die Erweiterung der Union war das Ziel der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der Gemeinschaft höchst umstritten.

Im Maastrichter Vertrag wurden unter Art. J 1 bezüglich der GASP folgende Ziele festgeschrieben:

- ,, (2) [...] die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Union; die Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten in allen ihren Formen;
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris;
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit;
- die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.[...]
- (4) Die Mitgliedstaaten unterstützen die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geist der Loyalität und gegenseitigen Solidarität. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärenter Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte. Der Rat trägt für die Einhaltung dieser Grundsätze Sorge⁴⁰³

Besonders Punkt (4) beinhaltet die konkrete Teilnahme aller Mitgliedstaaten und unterstellt zugleich die Priorität der Interessen der Union unter die nationalen.

Bedenkt man, dass es schon eines Spagats hinsichtlich der Verwirklichung der WWU bedurfte, so birgt dieser Passus alleine beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten latent in sich. Ökonomische Zusammenarbeit – wie eng auch immer – ist die eine Sache, die Aufgabe nationaler Sicherheitsinteressen zu Gunsten supranationaler die andere. Denn „gerade die Verhandlungen über die Maastricht-Verträge haben bewiesen, dass vorerst keine Bereitschaft zur Vergemeinschaftung von Außenpolitik und Verteidigung besteht – mehr als die Bemühung um Konzertierung ist nicht erreichbar. Wenn der Begriff „Politische Union“ aber mehr

sein sollte als eine schöne Worthölse, wenn er tatsächlich den gebräuchlichsten Kriterien eines Staatenbundes entsprechen sollte, dann müssten Schlüsselbereiche der Außen- und Verteidigungspolitik so vergemeinschaftet werden, dass keiner der Unionsstaaten mehr einen Alleingang vornehmen darf.“⁴⁰⁴ Genau das ist der Punkt, an dem sich die Mitgliedstaaten bis heute noch nicht einig sind. Die Feststellung, dass „in allen für eine echte politische Union maßgeblichen Bereichen [...] Maastricht also keinen qualitativen Fortschritt erbracht (hat)“⁴⁰⁵, ist in der Retrospektive ernüchternd wie zutreffend.

Das Streben nach der Verwirklichung der WWU und GASP waren jene großen politischen Ziele, die bis zum Amsterdamer Gipfel im Juni 1997 nur zum Teil bzw. noch gar nicht gelöst werden konnten. Zwar standen 1997 bereits der Fahrplan für die Einführung der gemeinsamen Währung und auch die Teilnehmerstaaten an der WWU fest, doch gab und gibt es daneben einen ganzen Problemkatalog, der bisher noch immer strittig ist.

So etwa:

die Stärkung des Europaparlaments,
die Ungleichgewichtung der Sitzverteilung im EP,⁴⁰⁶
die in weiten Teilen noch fehlende Bürgernähe der Union
sowie die Defizite im Innen- und Justizbereich.⁴⁰⁷

Der Erwartungshorizont in den Gipfel von Amsterdam war hoch, doch auch wie sechs Jahre zuvor in Maastricht konnte auch diesmal keine Einigung erzielt werden. Mehr noch als in Maastricht standen in Amsterdam die Durchsetzung nationaler Ziele im Vordergrund. Der Weg zur endgültigen Politischen Union und zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik war noch weiter, als es von der politischen Seite und besonders von Kanzler Kohl immer wieder darzustellen versucht wurde.

Die letzten Textbeispiele befassen sich daher mit dem Gipfel von Amsterdam, der, gemessen an seiner ihm zugedachten richtungsweisenden Bedeutung, der letzte große Gipfel für Kanzler Kohl und seine Entscheidung, 1998 nochmals als Kanzlerkandidat anzutreten, von entscheidender Bedeutung war.⁴⁰⁸

4.5.1. Textbeispiele

Beispiel 24: Die TAZ zum Gipfel von Amsterdam

Copyright © contrapress media GmbH

T970621.87 TAZ Nr. 5258 Seite 10 vom 21.06.1997

222 Zeilen von Kommentar Alois Berger

„Die Erwartungen an die EU-Integration wurden in Amsterdam auf ihr realistisches Maß zurückgeschraubt

Ein Europa der Kompromisse

Wohin treibt die Europäische Union? In Amsterdam haben die fünfzehn Regierungschefs eine grandiose Bauchlandung hingelegt, aber was schert das die Leute? Die Regierungen haben ihre eigenen Erwartungen nicht erfüllt, aber waren das die Erwartungen der Bürger der EU-Länder? Welche Probleme wären denn gelöst, wenn die 15 Innenminister in Brüssel künftig mit Mehrheit beschließen könnten? In sechs Monaten beginnen die Erweiterungsverhandlungen der Europäischen Union mit Polen, Ungarn, Tschechien und einigen anderen mittel- und osteuropäischen Staaten. Dafür müsse die EU entscheidungsfähiger werden, haben uns die Kohls und Kinkels immer erzählt. Es müsse das Vetorecht eingedämmt werden, damit nicht ein einzelner Staat alles blockieren kann. Sie haben es nicht geschafft, doch wird die Erweiterung deshalb jetzt schief gehen?

Die simple Wahrheit ist, dass in der EU der Unterschied zwischen Einstimmigkeit und Mehrheitsabstimmung nicht besonders groß ist. Innenminister beispielsweise können sich nie einigen, egal ob einstimmig oder nicht. Das sind in der Regel alte Haudegen, die felsenfest davon überzeugt sind, dass allein sie selbst das richtige Konzept zur Verbrechensbekämpfung haben. Seit zwölf Jahren streiten sie nahezu ergebnislos um die Umsetzung des Schengener Abkommens. Das schönste Beispiel für die Kompromissunfähigkeit lieferten sie im letzten Jahr, als sie 32 Arbeitssitzungen brauchten, um sich auf die Größe des gemeinsamen Visumstempels zu einigen.

Für Innenminister ist jede Frage von vitaler Wichtigkeit, und da greift ein ungeschriebenes Gesetz der EU, dass in vitalen Fragen kein Land überstimmt wird, auch nicht mit Mehrheit. Die Agrarminister beschließen schon lange nicht mehr einstimmig, und trotzdem wurde bisher kein Preispaket verabschiedet, solange nicht alle einverstanden waren. Dass sich Regierungen bei innen- oder gar außenpolitischen Fragen überstimmen lassen, ist praktisch unvorstellbar.

Die Europäische Union ist kein Bundesstaat und wird auf absehbare Zeit auch keiner werden. Sie ist das Produkt unzähliger Kompromisse, das Ergebnis eines vierzigjährigen Ringens souveräner Staaten um mehr Gemeinsamkeiten, ohne die Eigenheiten zu verlieren. Daher die unbefriedigende Unklarheit der Strukturen, die Komplexität der Entscheidungswege. Die Europäische Union ist der geschichtlich bisher einmalige Versuch, höchst unterschiedliche Länder in Friedenszeiten gleichberechtigt zusammenzubinden und zu verflechten. Deshalb wird die EU nie die politische Klarheit von Nationalstaaten haben, die in der Regel aus Kriegen oder diktatorischer Besatzung hervorgegangen sind.

Große Fortschritte hat die europäische Einigung nur in Zeiten politischer Unsicherheit gemacht. Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre etwa, als der Kalte Krieg besonders frostig war. Da hatten dann auch Visionen eine Chance, von der Bevölkerung mitgetragen zu werden. In normalen Zeiten lebt der europäische Einigungsprozess vom Leidensdruck der Regierungen, die in tausend Detailfragen nach gemeinsamen Lösungen suchen, weil sie allein nicht mehr damit fertig werden. Deshalb klammern sich die Regierungen auch so an den Euro, daher hat er seine Strahlkraft. Er ist die bisher letzte große Vision einer Europäischen Union. Er ist entstanden nach dem Fall der Mauer, als die Nachbarländer Angst vor dem plötzlichen Wiedererstarken eines Vereinten Deutschlands hatten - und die Deutschen Angst vor sich selbst und vor dem Misstrauen der Nachbarn. Vor diesem Hintergrund konnte der Maastricht-Vertrag entworfen werden.

Die Regierungschefs spüren, dass sie zu einer solchen Einigung heute nicht mehr fähig wären. Wir leben in einer normalen, spannungsfreien Zeit. Das Scheitern von Amsterdam war absehbar. Die Bevölkerung in den meisten EU-Ländern will zur Zeit nicht mehr Europa. Und das spüren ihre Regierungen. Soweit funktioniert die Demokratie in der EU, dass die Regierungen in Zeiten großer Skepsis eher vorsichtig sind mit Neuerungen. Bundeskanzler Kohl selbst war es, der zum Schluss alles blockierte, was sein Verhandlungsführer Hoyer während der 16-monatigen Vorbereitung aufgebaut hatte. Kohl wollte nichts beschließen, was zu Hause neue Widerstände gegen die EU wecken könnte. Er möchte den Euro durchziehen und kann keine Nebenkriegsschauplätze brauchen.

Die Währungsunion, so die Hoffnung, werde die weitere politische Einigung erzwingen. Das ist Politik durch Leidensdruck pur, Erfolg ungewiss. Das Dilemma der EU ist, dass sie immer wieder Visionen braucht, weil ihr unmittelbarer Nutzen offensichtlich nur schwer zu vermitteln ist. Dass der Binnenmarkt vor allem in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen hat, ist unter Wirtschaftswissenschaftlern weitgehend unbestritten, aber die Leute sehen in erster Linie den portugiesischen

Bauarbeiter, der auf dem Potsdamer Platz arbeitet, weil er billiger ist als ein deutscher Maurer. Wen interessiert schon, dass die EU ein Raum von Rechtssicherheit ist, wie er sonst kaum irgendwo auf der Welt existiert. Wer erinnert sich noch, dass Spanien, Portugal und Griechenland noch bis vor wenig mehr als 20 Jahren Diktaturen waren und heute stabile Demokratien sind. Die Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa wäre ohne das Versprechen des EU-Beitritts kaum so zügig und reibungslos passiert. Kohls wolkiger Hinweis, dass die EU eine Frage von Krieg und Frieden sei, ist zwar richtig, hilft aber nicht weiter. Oder sind wir nach dem Scheitern von Amsterdam ein Stück näher an den Krieg gerückt? Die einzigen, die das Ergebnis wirklich ausbaden müssen, sind die Minister, die in Brüssel weiterhin in elend langen Sitzungen herumhängen. Wenn noch ein paar Länder dazukommen, werden die Sitzungen noch ein bisschen länger. Die bloße Aussicht, dass am Ende notfalls mit Mehrheit abgestimmt werden könnte, hätte bei einigen sicher die Disziplin gefördert. Aber die Beschlüsse selbst wären kaum anders ausgefallen.

Die einzige Reform, die wirklich etwas ändern würde, wird derzeit nicht einmal diskutiert: Das Europaparlament als gesetzgebende Kammer muss wie auch der Ministerrat jedem Gesetz zustimmen. Ein Parlament entscheidet immer mit Mehrheit, es werden auch nicht Länder überstimmt, sondern Meinungen. Und wenn sich ein Land trotzdem überfahren fühlt, kann die Regierung im Ministerrat immer noch dagegen stimmen. Das ist der einzige Weg, die EU wirklich handlungsfähiger und transparenter zu machen.

Man sollte sich nichts vormachen, die EU wäre dann tatsächlich ein Bundesstaat, der ziemlich schnell ziemlich viele Kompetenzen an sich ziehen würde. Wer sich das Straßburger Parlament einmal genauer anschaut, kommt zu dem Schluss, dass auch die Deutschen und auch die Grünen damit enorme Probleme bekommen könnten. Viele Umweltgesetze, die in Deutschland eine Mehrheit finden und im Ministerrat behauptet wurden, würden im Europaparlament niedergestimmt werden, an erster Stelle die deutschen Recyclingquoten. Wie gesagt, wer mehr Europa will, sollte sich da nichts vormachen. Alois Berger⁴⁰⁹

Auch im letzten Block der Textdiskussion setzt sich der Trend fort, negative Bilanzen bzw. ungelöste Fragen hervorzuheben und Fortschritte resp. positive Beschlüsse zu marginalisieren.

Dass auch der Amsterdamer Gipfel die zuvor hier skizzierten Probleme nicht lösen konnte, war im Vorfeld allerdings schon klar. Überzogene Erwartungen – wenn es sie denn gab oder öffentlich artikuliert wurden – mussten daher zwangsläufig

enttäuscht werden. Gerade aber an diesen überzogenen Erwartungen wird der Erfolg oder besser Misserfolg eines solchen Gipfels gemessen. Die bisherige Diskussion der Beispiele hat ja auch gezeigt, dass in den Medien die Neigung dazu bestand, die Defizite hervorzuheben und Erfolge aus deutscher Sicht zu marginalisieren oder nur beiläufig zu erwähnen. Wenn also in der Überschrift dieses Berichtes bereits davon die Rede ist, die Erwartungen seien auf ein realistisches Maß zurückgeschraubt worden, entspricht das exakt dieser Grundhaltung. Und: alle bisherigen europäischen Gipfeltreffen, das lehrt ihre Geschichte, waren von Kompromissen geprägt. Eine andere Erwartung oder Hoffnung kann solchen Treffen nicht gerecht werden.

Die hier gestellte Frage, wohin die Europäische Union nach diesem Gipfel steuere, ist dagegen berechtigt. Nicht ohne einen gewissen Zynismus wird diese Regierungskonferenz als „grandiose Bauchlandung“ bilanziert, an deren Ausgang – so wird es unterstellt – die Beteiligten ohnehin kein Interesse gehabt zu haben schienen. Im Gegensatz dazu seien in der Bevölkerung der EU-Länder offenbar konkrete Erwartungen vorhanden gewesen. Die Perzeption dieser Behauptung wird indessen nicht erläutert. Das Gipfeltreffen selbst wird als großer Misserfolg beschrieben. So etwa, dass kein Fortschritt darin zu sehen sei, wenn z. B. die bisher 15 Innenminister künftig mit Mehrheit entscheiden könnten. Das funktioniere ja schon jetzt nicht, wie am Beispiel der 32 Arbeitssitzungen dokumentiert wird, die für eine so banale Angelegenheit wie die Festlegung des Formats eines Stempels benötigt worden seien. Es werde, so wird angedeutet, auch dadurch keine Vereinfachung erzielt werden können, wenn die genannten Beitrittsländer (konkret werden Polen, Ungarn und Tschechien genannt) Mitglieder der EU geworden seien. Da nütze es auch nichts, so der Tenor, wenn der Bundeskanzler und der Außenminister eine größere Entscheidungsfähigkeit forderten. Allerdings seien beide mit ihrer diesbezüglichen Forderung gescheitert, was jedoch die geplante Erweiterung nicht verhindern werde. Der Unterschied zwischen Einstimmigkeit und Mehrheitsentscheid sei zudem nur ein marginaler, was die Chancen auf eine bessere Abstimmung innerhalb der Gemeinschaft nicht wesentlich verbessere.

Das konkrete Beispiel der Innenminister-Konferenzen kann auch im übertragenen Sinne im Hinblick auf die Regierungskonferenzen gewertet werden. Auch hier gehe man unnachgiebig zur Sache, verständige sich nur sehr zögernd und nach hartem Ringen auf in der Sache unbedeutende Kompromisse. Auch wenn es explizit nicht ausgesprochen wird, ist die Botschaft jedoch unmissverständlich. Auch der Hinweis

auf die Konferenz der Agrarminister wird als Indiz für den desolaten Zustand der EU gewertet.

Das in Maastricht angestrebte und von Kohl bevorzugte Ziel, die Union zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ zu formen, wird als langfristig nicht realisierbar dargestellt, da der augenblickliche Status auf einem Jahrzehnte langen Kompromiss beruhe, der letztlich die Eigenständigkeit der souveränen Staaten erhalten wolle. Hierin wird die Begründung für die „Unklarheit der Strukturen“, der „Komplexität und Entscheidungswege“ gesehen, die für die Lähmung der Gemeinschaft verantwortlich sei. Die EU sei darüber hinaus eine Gemeinschaft, die nicht wie etwa die NATO aus einer Kriegskoalition hervorgegangen sei, daher sei ihre generelle Funktionalität, als Politische Union zu bestehen, zumindest zweifelhaft. Diese These wird auch damit begründet, dass Fortschritte immer nur in unsicheren Zeiten erzielt worden seien. Der von Kohl prinzipiell intendierten Möglichkeit, die Politische Union herbeizuführen, wird damit im Wesentlichen widersprochen.

Auch die Einführung einer gesamteuropäischen Währung sei ein Zweckbündnis der europäischen Partner gegenüber der Gefahr eines zu stark werdenden Deutschlands, auch wenn dies von deutscher Seite, namentlich von Kanzler Kohl, bestritten wurde. Die von Kohl in diesem Kontext verfolgte Europapolitik nach 1989/90 kann, populär ausgedrückt, lauten: Wer sich selber enger an eine Gemeinschaft binden will, hegt nicht die Absicht, sich von dieser abzuwenden. Dieser Argumentation ist sicher zuzustimmen, doch würde man Kohls Politik damit nur aus der Perspektive nach der Wiedervereinigung betrachten, denn, wie bereits mehrfach dargestellt, war eine stärkere Integration bzw. die Vollendung der Politischen Union schon seit seinem Regierungsantritt 1982 ein prägnanter Teil seiner Europapolitik.

Amsterdam war aber nicht Maastricht und die Bedingungen, die zum Maastrichter Vertrag führten, galten nicht mehr für diesen Gipfel. In Maastricht ging es zunächst um den prinzipiellen Willen zur Einigung, wobei sehr viele Politikbereiche weder zeitlich noch inhaltlich konkretisiert wurden. In Amsterdam hingegen ging es ganz konkret um die eingeleitete Umsetzung der ökonomischen und monetären Ziele sowie die Fokussierung der übrigen Politikfelder (GASP, Innen-, Rechtspolitik, EU-Erweiterung).

Eine der Lehren aus Maastricht war aber auch, dass dem politischen Willen eine große Skepsis der europäischen Bürger gegenüberstand. Da in einer Demokratie letztlich der Bürger über die politisch Verantwortlichen entscheidet, muss diesem

Faktum von der Politik Rechnung getragen werden. Wenn also Helmut Kohl 1997 einen Kurs beschritt, der sich zunächst auf die Einführung des Euro beschränkte und sich gegenüber den übrigen Zielen auffallend zurückzuhalten schien, erweckte das natürlich einen ungewohnten Eindruck. Mit dem Euro hatte man sich 1997 in Europa – wenn auch zum Teil widerwillig – abgefunden. Die Politische Union hingegen war für viele tatsächlich noch eine kaum vorstellbare Fiktion. Wollte Kohl also über das Wahljahr 1998 hinaus seine europapolitischen Ziele realisieren, musste er zunächst darauf bedacht sein, den Wählern im eigenen Land nicht mehr Europa zuzumuten, als diese vertragen konnten und wollten. Diese Haltung wurde als für Kohl ungewohnt perzipiert, weil er sich damit – entgegen seiner immer wieder öffentlich artikulierten Meinung – zu konterkarieren schien. In der öffentlichen Presse wurde er, wie es auch hier anklingt, als nationaler Bremser verurteilt.

Kohls Strategie in Amsterdam war - und darauf beruhte letztlich auch seine Hoffnung eines erneuten Wahlsiegs 1998 – , dass der erfolgreiche Start der gemeinsamen Währung als Initialzündung für die weiteren politischen Bereiche wirken würde.

Auch zwischen der wirtschaftswissenschaftlichen Bewertung und der allgemeinen öffentlichen Auffassung hinsichtlich des Binnenmarkts werden in dem vorstehenden Bericht deutliche Diskrepanzen registriert, denn es sei zwar richtig, so wird hier argumentiert, dass in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen würden, diese aber nicht von Deutschen ausgefüllt würden. Das konkrete Beispiel der Bauarbeiter auf dem Potsdamer Platz sei dazu geeignet, diese These zu verifizieren. Ein fundierter Beweis für diese These bleibt aber aus.

Die positive Leistung der EU bestehe in ihrem hohen Standard der Rechtssicherheit, was – so wird konstatiert – in diesem Kontext offenbar von nur geringem öffentlichen Interesse sei. Die politische Vergangenheit Spaniens, Portugals oder Griechenlands zeige aber, dass auch ehemalige Diktaturen einen Demokratisierungsprozess erfolgreich bestehen und nun an dieser Rechtssicherheit partizipierten.

Ähnliche Prozesse seien auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu erkennen und die Aussicht, der EU beitreten können, beschleunige dort ebenfalls den Demokratisierungsprozess, woraus der Beweis abgeleitet wird, dass in Erwartung ökonomischer Verbesserungen auch politische Wandlungen durchaus erfolgreich sein können.

Kohl sprach in diesem Kontext häufig von der Frage zwischen Krieg und Frieden, womit er die Entwicklung des Einigungsprozesses dramatisierend übertrieb; allerdings gelang es ihm damit, ein starkes öffentliches und mediales Interesse auf sich zu lenken und dieses für seine europapolitischen Vorstellungen weiter zu sensibilisieren. In gewisser Weise verband er damit auch sein eigenes politisches Schicksal, denn würde er über das Jahr 1998 hinaus Bundeskanzler bleiben, ergebe sich daraus für ihn die Chance, seine europäische Vision (Politische Union) zu erfüllen und somit einen bedeutenden Beitrag zum Frieden in Europa zu leisten. Andererseits bedeutete ein Scheitern des Gipfels nicht zwangsläufig einen Kriegszustand. Darin lag die Übertreibung.

Zu Recht wird aber die Befürchtung geäußert, dass die EU-Erweiterung die Entscheidungsprozesse erschweren werde. Diese führe – wenn man bei der Metapher von Krieg und Frieden verweilen möchte – im Fall des Scheiterns der Strukturreform zu einer noch größeren Uneinigkeit und im übertrieben übertragenen Sinne zum Krieg in der Gemeinschaft.

Ein den nationalen Parlamenten übergeordnetes EU-Parlament wäre die Voraussetzung für eine bundesstaatliche Ordnung, wie sie von Kohl begrifflich intendiert, aber auch vom BVG 1993 bereits verworfen wurde.

Eine solche Verlagerung der Legislative auf diese Ebene wurde in Amsterdam nicht erreicht und stieß bzw. stößt weiterhin auf den Widerstand einiger EU-Staaten.

Der Tenor der hier artikulierten Befürchtungen liegt im ökologischen Bereich. Ein starkes übernationales EU-Parlament würde, darin liege die Gefahr, die Durchsetzung umweltpolitischer Forderungen etwa der Grünen in Deutschland erheblich erschweren, wenn nicht gar blockieren. Dies hätte zur Konsequenz, dass dadurch für Deutschland ein erheblicher Schaden bezüglich der Durchsetzung nationaler Interessen entstünde.

Gemäß der bereits verifizierten politischen Grundhaltung der TAZ akzentuiert der Autor ökologische Fragen und dürfte damit vermutlich die Erwartungshaltung der meisten seiner Leser erfüllen, wobei nicht unterstellt werden soll, dass ökologische Fragen vorzugsweise im linksintellektuellen Leserspektrum diskutiert werde. Doch die Ökologie gehört eher zu den klassischen Politikfeldern der Grünen und mit Einschränkungen zu denen der SPD und es muss auf Grund der inhaltlichen, aber auch persönlichen Auseinandersetzung dieses Blatts mit Helmut Kohl davon

ausgegangen werden, dass sich die Leserschaft der TAZ im Wesentlichen aus diesem Klientel rekrutiert und sich mit der Argumentation identifiziert.

Beispiel 25: Der SPIEGEL zum Euro und zur Politischen Union⁴¹⁰

„Es bricht eine neue Zeit an

Der Euro kommt pünktlich, „hundertprozentig“ so der Luxemburger EU-Ratsvorsitzende Jean-Claude Juncker: 14 der 15 EU-Staaten erfüllen laut Kommission die Aufnahmebedingungen, 11 Länder werden von Anfang an dabei sein.

Der Regierungschef des kleinsten Mitgliedstaats gehört zu den größten Regisseuren im Hintergrund. „Das habe ich damals nicht zu träumen gewagt“, bekennt Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker.

Im ersten Halbjahr 1991 führte das 400.000-Einwohner-Land turnusgemäß den Vorsitz im europäischen Rat, Juncker – Finanzminister und erst 37 Jahre alt – entwarf die flexiblen Konvergenzkriterien und das unnachgiebige Zeitgesetz für die Einführung des Euro. Und so wurde alles in Maastricht beschlossen.

Vorige Woche lieferte die EU-Kommission – Luxemburg hat wieder die Ratspräsidentschaft – bei Juncker, inzwischen 43 Jahre alt und Premierminister, eine verheißungsvolle Vorschau ab:

Außer Griechenland schaffen alle EU-Staaten die für den pünktlichen Euro-Start am 1. Januar 1999 entscheidende Hürde der Netto-Neuverschuldung. Frankreich bleibt mit 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zwar geringfügig, aber vertragskonform über dem Referenzwert. Deutschland erzielt wundersamerweise die Punktlandung bei 3,0 Prozent, wie von Theo Waigel und Helmut Kohl stets versprochen.

Auch für 1998 stehe alles zum Besten, so die Kommission. Selbst Griechenland könne bei 3,0 Prozent ankommen, die Italiener gar mit 2,7 Prozent glänzen, da Premier Romano Prodi nach überstandener Krise seinen Sparhaushalt mit scharfen Schnitten im Renten- und Sozialbereich verabschieden werde.

Egal, ob bei der Berechnung ein bisschen geschönt wurde: Den Euro-Gegnern, zumal in Deutschland, gehen die Argumente aus. Denn die Richtung stimmt, auch beim Kriterium Gesamtschulden sind die Mitgliedstaaten auf dem Pfad der Tugend. Zwar liegen elf Länder teilweise hoch über dem Referenzwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – aber alle bewegen sich auf diese Marke zu, und mehr verlangt der Vertrag nicht.

Der Konjunkturaufschwung in ganz Europa könnte dafür sorgen, dass die Kommissionsprognose noch übertroffen wird. Für die vier deutschen Professoren, die in letzter Minute die Mark mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts retten wollen, weil die Maastricht-Kriterien angeblich nicht erfüllt seien [...], war es eine schlechte Woche.

Stolz präsentieren die Briten, eben noch die größten Euro-Skeptiker, ihr Konvergenzprogramm. Neuverschuldung: 2,0 Prozent für 1997 und nur noch 0,6 Prozent für 1998. Bei den Altschulden bleiben sie mit jetzt 52,9 und im nächsten Jahr 51,5 Prozent deutlich unter dem Maastricht-Wert.

Großbritannien unter Labour sei bereit für einen frühen Beitritt zur Währungsunion, verkündete Finanzminister Gordon Brown zur Überraschung aller. Mit der gezielten Indiskretion wollten er und sein Chef Tony Blair die Reaktion der eigenen Bevölkerung testen. Die regte sich gar nicht auf – ein erstaunlicher Umschwung, nachdem auf der Insel bis in die letzten Tage des konservativen Vorgängers John Major eine solide Abneigung gegen die Einheitswährung bestanden hatte.

Diskret wies der Labour-Premier den Luxemburger Ratspräsidenten in die wahre Lage ein: Niemand dürfe erwarten, dass er gegenüber seinen Wählern wortbrüchig werde und auf eine Volksabstimmung vor Einführung des Euro verzichte. Großbritannien werde von seinem Recht auf „opting out“ Gebrauch machen, sich der Währungsunion also trotz vollauf erfüllter Beitrittskriterien nicht sofort anschließen.

Das Referendum werde erst 1999 stattfinden, wenn man sehen könne, wie sich die neue Gemeinschaftswährung entwickle. Aber: Das lasse immer noch Zeit für einen britischen Beitritt vor Einführung der Münzen und Banknoten im Jahre 2002.

Blair hofft, aus seinem wohl berechneten Zögern Kapital zu schlagen. Anfang 1999 sind, unter deutscher EU-Präsidentschaft, die Neuverhandlungen über den Haushalt der Union für die Jahre 2000 bis 2006 fällig. Die Briten, die sich unter Margaret Thatcher („I want my money back“) Vorzugskonditionen erstritten hatten, sollen dann als Nettobeitragszahler stärker belastet werden. Das Argument, dass die britischen Wähler vor der Abstimmung über den Euro nicht durch Zahlungsbefehle aus Brüssel verstört werden dürften, käme Blair da wie gerufen.

Auch wenn die Briten am 1. Januar 1999 noch nicht mitmachen, die Dänen und die Schweden ebenso zuwarten, zeigt sich Juncker hoch zufrieden. Elf Mitgliedstaaten sind von Anfang an dabei, „wer hätte das gedacht? Das ist doch was“. Der Euro komme pünktlich, „hundertprozentig“.

Heftig umstritten ist die Währungsunion nur noch in Deutschland, wo sich in Umfragen hartnäckig eine Mehrheit gegen den Euro hält. Doch die Partner nehmen

den fast partisanenhaften Widerstand, der in Parteien und akademischen Kreisen hier und da geleistet wird, nicht mehr sonderlich ernst. Man müsse den Deutschen „helfen, ihre Ängste zu überwinden“, meinte der nur knapp seinem Sturz entkommene Italiener Prodi.

Wichtigster Garant für den pünktlichen Euro-Start ist Helmut Kohl. Der Kanzler will mit dem Euro die Bundestagswahl im kommenden Jahr gewinnen, getreu seinem Glaubenssatz, die Deutschen würden sich nicht trauen, Währung und Regierung zugleich zu wechseln. Und die Euro-Teilnahme wird im Frühjahr 1998, vor Beginn der heißen Wahlkampfphase, unwiderruflich festgelegt.

„Starker Kanzler, starker Euro“, intonierte CDU-Generalsekretär Peter Hintze in Leipzig die Kampagne. Juncker, gefeierter Gastredner des CDU-Parteitags, beschwor die Delegierten: „Es bricht eine neue Zeit an.“ Eine Verschiebung wäre Vertragsbruch, „wer den Euro jetzt nicht macht, der wird es in den nächsten fünf Jahren auch nicht schaffen.“

Zuhörer Kohl grinste wohlgefällig über die Sekundanz des „Juniors“, wie er Juncker nennt. Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, der mit Aufschubparolen gegen den Kanzler losgezogen war, saß ganz allein links außen am Vorstandstisch – eine „Randfigur“, notierte die „FAZ“.

Zufrieden präsentierten vorigen Montag die Finanzminister Deutschlands und Frankreichs einen der letzten fehlenden Bausteine für den Euro. Zweifel an der Verwirklichung der Währungsunion bestätigte Dominique Strauss-Kahn seinem Bonner Kollegen Theo Waigel nach dem Treffen des deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrats in Münster, seien jetzt „nicht mehr angebracht“.

Lange Zeit hatte es so ausgesehen, als ob die gemeinsame Währung an den französischen Plänen scheitern könnte, mit einem Stabilitätsrat, einer Art Wirtschaftsregierung, die Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank (EZB) zu beschneiden.

Alle Beteuerungen der Franzosen, sie wollten keineswegs in die EZB hinein regieren (Ministerpräsident Jospin: „Die Zentralbank braucht keine Ratgeber“), sondern nur für eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedern der Währungsunion sorgen, konnte das Misstrauen in Bonn und vor allem in der Frankfurter Bundesbank nicht zerstreuen. Für die Deutschen schien klar: Frankreich werde sich nie damit abfinden, das Vorbild „Deutsche Bundesbank“ europaweit zu übernehmen. Doch nun hat Paris sogar den deutschen Wunschkandidaten für den Posten des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank akzeptiert: den Niederländer Wim Duisenberg.

Allerdings, ganz ohne politische Vorgaben und Absprachen, das mussten auch die Misstrauischen diesseits des Rheins eingestehen, wird es beim Euro wohl tatsächlich nicht gehen.

Wechselkursverabredungen – etwa die Vereinbarung über den angestrebten Kurs zwischen Euro und Dollar – sind zweifellos Sache der Regierungen, an denen die Notenbankchefs beteiligt werden. Wer, so fragten die Franzosen die skeptischen Deutschen, solle in Zukunft international den Euro vertreten, wer etwa mit dem EZB-Chef Duisenberg nach Washington oder Tokio reisen?

Den Kompromiss, den Waigel und Strauss-Kahn vorige Woche schlossen, hatte ihnen jemand schmackhaft gemacht, der „mehr über die Deutschen weiß als die Franzosen und mehr über die Franzosen weiß als die Deutschen“: Juncker. Die Finanzminister der Euro-Länder könnten sich ja informell treffen, ohne Sekretariat, nach dem Vorbild der wichtigsten Industrieländer, köderte der Luxemburger seinen Freund Waigel.

Die Franzosen lockte er mit der Aussicht, dass sich das neue Gremium, das allerdings nicht Wirtschaftsregierung heißen dürfe, automatisch in ihrem Sinne entwickeln werde. Der Euro-Rat werde zwangsläufig zu „einem Pendant“ der Zentralbank. Die Frankfurter Euro-Banker würden dann sehr wohl wissen und berücksichtigen, „wo politische Grenzen abgesteckt sind“. So laufe das schließlich auch bisher schon in Deutschland, erklärte Juncker den Franzosen, „das ist die deutsche Wirklichkeit“.

Ohnehin wird die „informelle Koordinationsgruppe für die Wirtschaftspolitiken in der Euro-Zone“, wie der so lange umstrittene, noch namenlose Aufsichtsrat der Euro-Finanzminister vorigen Montag umständlich genannt wurde, sich mehr mit Haushaltsplänen und Beschäftigungsproblemen befassen müssen als mit dem Wechselkurs des Euro.

Denn wenn der Euro wie erwartet schnell als Handels-, Anlage-, Emissions- und Reservewährung zur zweitwichtigsten Weltwährung hinter dem Dollar aufsteigt, verlieren Wechselkursschwankungen an Bedeutung. Die Europäer werden dann nur noch rund zehn Prozent ihres Handels mit Partnern außerhalb der Euro-Zone abwickeln, haben Experten des Bonner Finanzministeriums errechnet: „Da scheren uns Dollar und Yen nur noch wenig.“⁴¹¹

Die Erfüllung der Konvergenzkriterien, wie sie in Maastricht festgelegt wurden, sollten die monetäre Disziplin in der Gemeinschaft verstärken, aber auch eine Stabilitätsgarantie der neuen Währung sein. Nur die Mitgliedsländer, die diese Kriterien zu erfüllen vermochten, sollten an der WWU partizipieren können. Auf

Regierungsebene ging man wohl davon aus, dass die meisten, wenn nicht gar alle, diese Bedingungen erfüllen würden. Doch erwies sich gerade diese Hürde für eine ganze Reihe von Mitgliedsländern als beinahe unüberwindlich. Auch Deutschland hatte auf Grund der hohen Belastungen durch die Folgen der Wiedervereinigung erhebliche Probleme, diese zu erfüllen. 1997 stand aber fest, dass bis auf Griechenland alle Länder die Bedingungen erfüllten und elf davon, darunter auch Deutschland, von Beginn an der WWU angehören würden.

Zweifel am pünktlichen Beginn seien nach dem sinngemäß zitierten Luxemburger Ministerpräsident Juncker ungerechtfertigt. Aus seinem Optimismus sprach ein vitales Eigeninteresse, da er für die Vorlage der Konvergenzkriterien verantwortlich zeichnete, die 1991 zur Grundlage des Maastrichter Vertrages wurde.

Dass Deutschland offenbar wider Erwarten die Bedingungen erfüllte, wird mit einigem Erstaunen zur Kenntnis genommen.⁴¹² Ebenso, dass Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Waigel ihr diesbezügliches Versprechen gehalten und damit eine Wende zur Teilnahme an der WWU erreicht zu haben schienen, gab Anlass zur Vermutung, dass die Bilanzen „geschönt“ worden seien. Dem Bericht der Kommission zufolge würden die Bedingungen im Jahre 1998 noch besser sein als im Stichtjahr 1997. Noch 1995 wurden öffentlich Befürchtungen geäußert, die Konvergenzkriterien nicht erfüllen zu können. Dass bereits knapp zwei Jahre später – trotz anhaltender konjunktureller Spannungen – deutlich positivere Werte vorgewiesen werden konnten, wurde nicht nur von den Medien mit Erstaunen registriert.⁴¹³

Auf dieser Basis war eine Argumentation gegen den Euro relativ schwierig geworden. Wenn die Kriterien erfüllt werden, wäre die geforderte Stabilitätsgarantie gegeben, dennoch gab es Versuche, die das Gegenteil beweisen sollten. Als geeignetes Instrument dazu wurde eine Verfassungsklage beim BVerfG gesehen. Das Gericht sollte die von der Regierung vorgelegten Daten falsifizieren. Über die Initiative oder ergänzende Hintergründe wird nicht berichtet.

Die erstaunlichste Tatsache sei – so ein Schwerpunkt dieses Berichts – dass Großbritannien, das sich noch in Maastricht Optionen für eine eventuelle spätere Teilnahme erkämpft hatte, gleichfalls die geforderten Kriterien erfülle. Allerdings solle mit der Streuung dieser Behauptung ein Versuch der neu gewählten Labour-Regierung unter Tony Blair unternommen werden, die öffentliche Akzeptanz zu testen. Ernst zu nehmen sei die Teilnahmeoption daher nicht. Gerade durch die hier

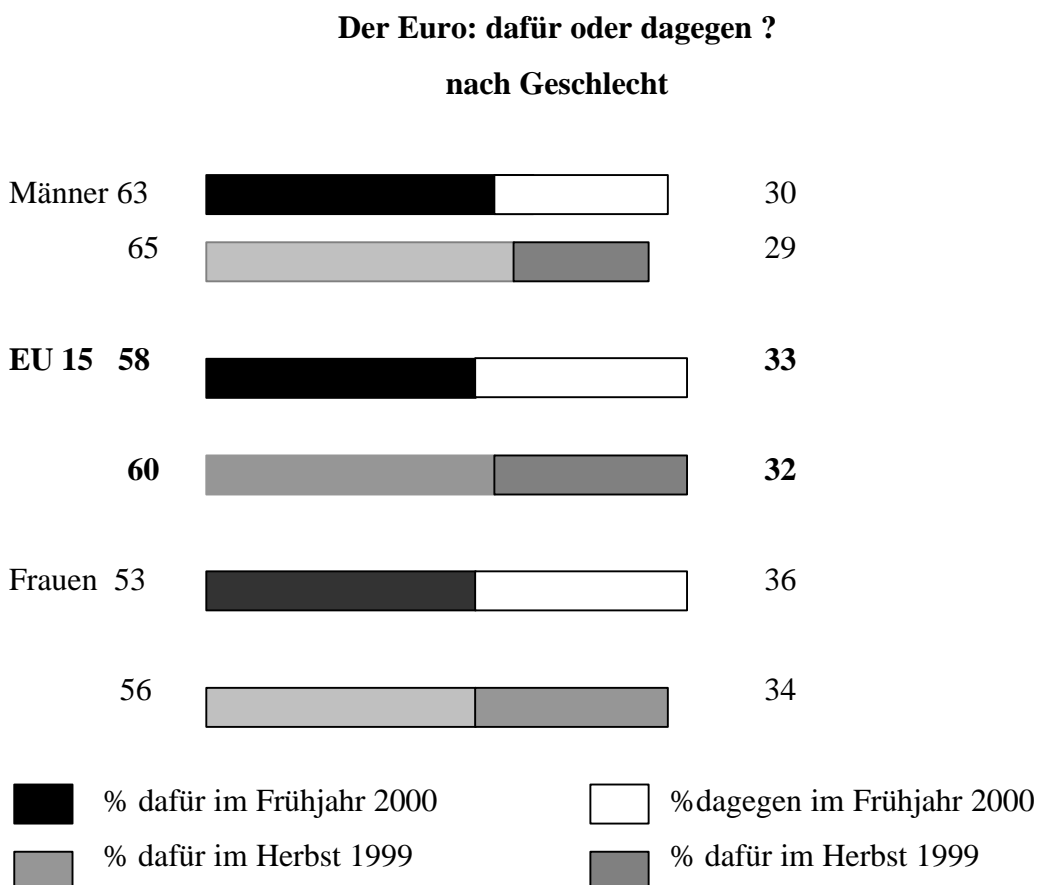
ausführlich geschilderte britische Haltung wird indirekt nicht nur die These Junckers in Frage gestellt, sondern auch die Politik Kohls konterkariert.

Die hier ausführlicher perzipierte zögernde und durchaus nicht überzeugte Haltung der Briten macht den Gesamtzustand der EU evident, denn auch die Dänen und Schweden seien ja noch nicht bereit, sogleich der Währungsunion beizutreten.

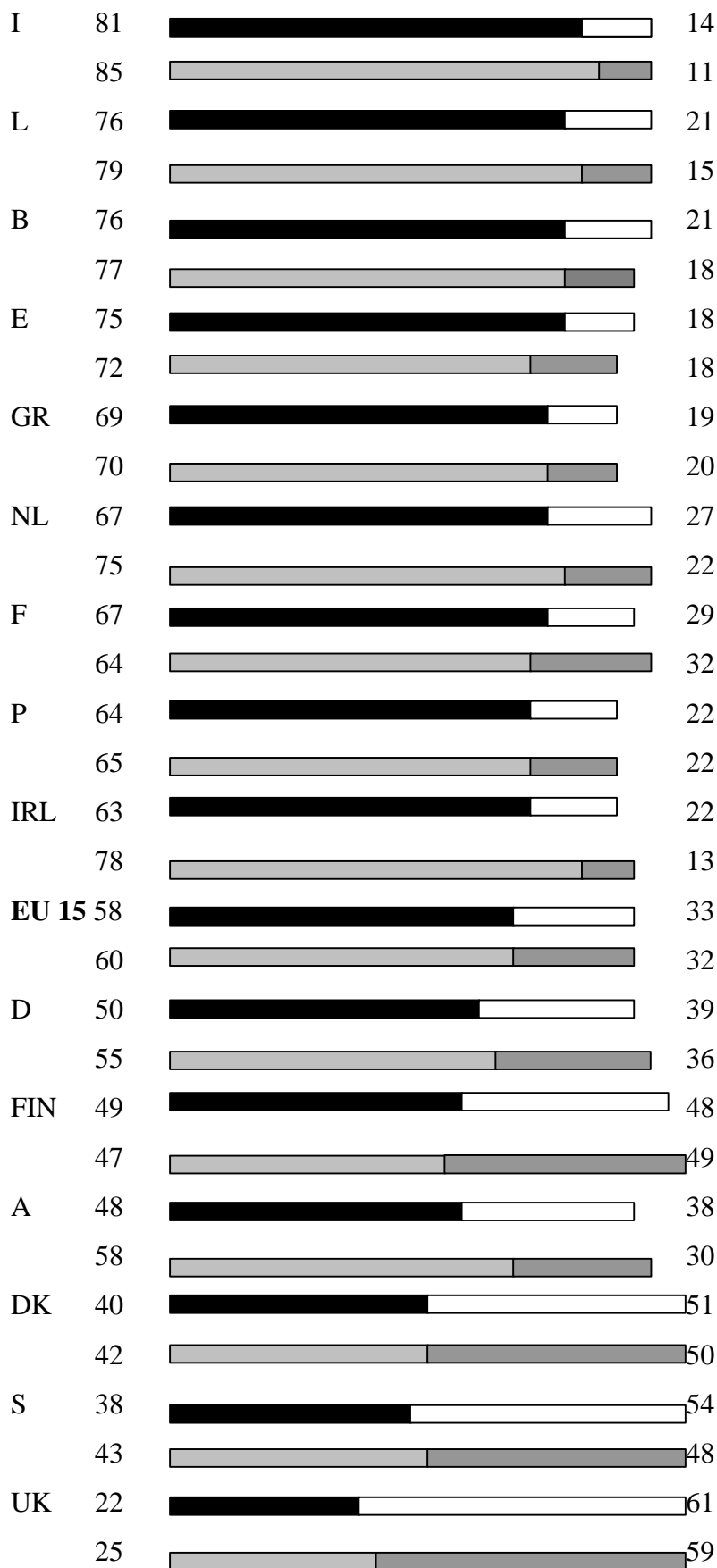
Das hier erwähnte Verhalten einiger Mitglieder, so wird argumentiert, mache eine gewisse restriktive Einstellung innerhalb der Gemeinschaft deutlich.

Auf der Grundlage von Befragungen der Bevölkerung in den einzelnen Ländern lässt sich die im Bericht perzipierte Skepsis ableiten

Abb. 1- aus Europabarometer⁴¹⁴:



Nach Ländern





Hier zeigt sich ein gewisses Nord-Süd-Gefälle. Während in Italien zwei Jahre nach Amsterdam die Zustimmung zum Euro groß war, lehnte die Mehrheit der Briten ihn ab, wodurch die „opting-out“-Klausel für die britische Regierung eindrucksvoll bestätigt wurde. Selbst in Deutschland sprach sich eine starke Minderheit gegen die Einführung der Währung aus. Solche Befragungen geben den jeweiligen Regierungen wichtige Hinweise – zumal vor anstehenden Wahlen – ihre politischen Präferenzen möglicherweise zu korrigieren. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die deutlich wahrgenommene Umkehr Helmut Kohls auf dem Amsterdamer Gipfel.

Auf den Widerstand in Deutschland, wie er ja auch von den Medien immer wieder perzipiert wurde, wird in diesem Kontext dezidiert hingewiesen.

1997 begann in Deutschland bereits der Wahlkampf für die Bundestagswahl im kommenden Jahr. Der Kanzler befand sich in einem Stimmungstief (siehe Abb. 2) und war innenpolitisch durch den nur zögernden Wirtschaftsaufschwung in der ehemaligen DDR angeschlagen. Sein designierter Nachfolger, Wolfgang Schäuble, genoss dagegen eine große Popularität und rangierte in der Beliebtheitskala sogar noch vor dem wahrscheinlichen SPD-Herausforderer Gerhard Schröder. Wäre es also zum „Duell“ Schäuble versus Schröder gekommen, hätte der CDU-Fraktionsvorsitzende gute Chancen gehabt, tatsächlich der Nachfolger Kohls im Amt des Bundeskanzlers zu werden. Diese Umfragewerte waren auch dem Kanzler bekannt und doch beharrte Kohl darauf, erneut als Kanzlerkandidat anzutreten. War es mangelnder Realitätssinn oder die Hoffnung, trotz deutlich verifizierter Euro-Gegnerschaft in der Bevölkerung und der eigenen vergleichsweise geringen Popularität den Wahlkampf erfolgreich zu bestehen? Letzteres traf wohl zu. Helmut Kohl erhoffte sich vom Amsterdamer Gipfel den entscheidenden Durchbruch zur Politischen Union und rechnete wahrscheinlich mit einem ähnlichen Popularitätsgewinn wie im Jahr der deutschen Wiedervereinigung. Der Kanzler der deutschen Einheit wollte auch der Kanzler der europäischen Einigung werden. Einen so erfolgreichen Kanzler würde man vermutlich nicht abwählen. Doch sein Kalkül ging nicht auf, denn der Amsterdamer Gipfel brachte nicht den von ihm erhofften Durchbruch. Gerade dieser Misserfolg bestätigte ihn in seiner Auffassung, a)

gegenüber Schäuble die Verantwortung noch nicht aus der Hand zu geben und b) nur als Bundeskanzler die Europäische Einigung doch noch zu erreichen. Insgeheim hoffte er wohl auch, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung bis zum 27. September 1998 zu seinen Gunsten ändern könnte. Warum, so kann vermutet werden, sollte er dann so früh aufgeben, zumal sich die SPD noch nicht endgültig auf einen Herausforderer (Schröder oder Lafontaine) festgelegt hatte. Vielleicht hoffte er auch auf die Nominierung Lafontaines, der gegenüber Schröder ebenfalls unpopulär war. Und schließlich traute er Wolfgang Schäuble wohl auch nicht zu, in diesem Stadium der europäischen Verhandlungen den Einigungsprozess erfolgreich voranzubringen. Nach außen waren solche Gedanken allerdings nur schwer zu rechtfertigen, aber Helmut Kohl blieb dabei, selbst als sich die SPD auf Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten festgelegt hatte und sich im Sommer 1998 die Niederlage für ihn abzeichnete.

Abb. 2

-Stimmungsbarometer 1997 aus SPIEGEL ⁴¹⁵

<i>Politischer Akteur</i>	<i>Partei</i>	<i>Popularität in %</i>
Wolfgang Schäuble	CDU	67
Gerhard Schröder	SPD	61
Johannes Rau	SPD	58
Kurt Biedenkopf	CDU	55
Norbert Blüm	CDU	55
Klaus Kinkel	FDP	54
Volker Rühe	CDU	52
Rita Süßmuth	CDU	48
Eberhard Diepgen	CDU	48
Joschka Fischer	Die Grünen	47
Oskar Lafontaine	SPD	46
Manfred Stolpe	SPD	44
Helmut Kohl	CDU	42
Theo Waigel	CSU	39
Manfred Kanther	CDU	39
Rudolf Scharping	SPD	37

Claudia Nolte	CDU	37
Horst Seehofer	CSU	32
Wolfgang Gerhardt	FDP	21
Gregor Gysi	PDS	20

Der Wahlkampf wurde daher ganz auf Kohl und die Einführung des Euro abgestimmt und der Kanzler von der eigenen Partei zum wichtigsten Garanten dafür stilisiert.⁴¹⁶

Trotz der für Kohl und seine Europapolitik nur mäßigen Umfragewerte, wird hier von großer Zuversicht der CDU bei der Eröffnung des Wahlkampfs berichtet. Die Verbreitung von Optimismus gehört zu den Strategien von Parteien, zumal dann, wenn die eignen Siegeschancen gering eingeschätzt werden. Doch wird dies ebenso nicht kommentiert.

Die polemisierende Betrachtungsweise Kohls setzt sich fort („Kohl grinste wohlgefällig“) und verdeutlicht damit einen Gegensatz zwischen ihm und der Perception, dass sich des Kanzlers Zuversicht offenbar nicht auf die ganze CDU übertragen habe. Dies manifestierte sich an der Person des sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf, der schon seit Jahren zum innerparteilichen Widersacher Kohls zählte und für eine Verschiebung der Währungseinführung plädierte. Diese im Bericht wiedergegebene Diskrepanz zwischen Kohl und Biedenkopf schien ein geeignetes Indiz, den Widerstand gegen Kohls Europapolitik innerhalb der CDU zu unterstreichen. Das Aufgreifen negativer oder konträrer Positionen hat Methode.

Zwischen Deutschland und Frankreich gab es einige Irritationen bezüglich der zu bildenden Europäischen Zentralbank. Einerseits wollte Frankreich durch die Bildung eines Wirtschaftsrats eine größere Kontrolle ausüben und sperrte sich lange Zeit gegen den Wunschkandidaten Kohls, Duisenberg, als Chef der Bank. Man argumentierte in Frankreich, dass als Ausgleich für den Sitz der EZB in Frankfurt diese von einem Franzosen geführt werden müsse.

Den Beteuerungen Frankreichs, die Einrichtung eines Wirtschaftsrats als Kontrollorgan der EZB nicht weiter zu fordern, sei man in Bonn und Frankfurt offensichtlich mit Misstrauen begegnet. Die Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich werden im Bericht hervorgehoben, denn der Anschein der Einigung, wie

er vom deutschen und französischen Finanzminister erweckt worden zu sein schien, trog offenbar.

Doch gerade die Abstimmung zwischen Bonn und Paris funktioniere nicht so recht. Die Auffassungen beider Regierungen bezüglich der Aufgaben und der Leitung der EZB gingen wohl ziemlich stark auseinander. Dieser Eindruck wird vom Autor dezidiert perzipiert. In diesem Fall sei es Juncker gewesen, der mit seinem Vorschlag, eine informelle Ministerkonferenz zu schaffen, einen Kompromiss erreichen wolle.

Insgesamt sei die Frage des Managements zwischen Deutschland und Frankreich aber eher umstritten.

Allgemein werde erwartet, dass der Euro rasch zur zweitstärksten Währung hinter dem Dollar aufsteigen, was Wechselkurschwankungen so gut wie ausschließen werde. Eine wertende Kommentierung wird nicht vorgenommen, so dass offen bleibt, ob die wiedergegebene Einschätzung mit der des Blattes kongruent ist.

Diese Art des Berichts zeigt sehr eindrucksvoll, dass man durch die Erläuterung und Hervorhebung offensichtlicher Schwachstellen einer Thematik auch ohne kommentierende Ergänzungen den Rezipienten in die intendierte Richtung zu beeinflussen sucht. Hinsichtlich des an anderer Stelle bereits Gesagten kann davon ausgegangen werden, dass dabei mit überwiegender Zustimmung der Leserschaft gerechnet wird.

Beispiel 26: Focus zum Euro und zur Politischen Union

„EU-Gipfel Kohls Kehrtwende

Europa wundert sich, wie direkt der Kanzler Zugeständnisse für die Deutschen fordert: mehr Subventionen und Schutz vor Wettbewerb

Taufrisch, als hätte er eine geruhsame Nacht hinter sich, eilte Helmut Kohl am Mittwochmorgen ins Bundeskabinett. Keine Spur im Gesicht des Kanzlers verriet die Strapazen des zweitägigen Amsterdamer Verhandlungsmarathons, der erst um kurz vor vier Uhr morgens zu Ende gegangen war. „Das waren zwei gute Tage für Europa“, bedankte sich als dienstältester Minister Norbert Blüm brav nach dem Gipfelbericht des Chefs.

Das Wunschziel (Hervorhebung im Text, der Verf.) eines vereinten Europas rückte in Amsterdam nur millimeterweise näher. Leere Kassen, mehr als 18 Millionen

Arbeitslose und der Druck der Globalisierung bringen alte Gewissheiten und bewährte Beziehungen ins Rutschen: Nationales Flickwerk statt politischer Union ist die Folge. Der Euro kommt, aber die Souveränitätsoffer für eine gemeinsame Außen- und Rechtspolitik, die Demokratisierung Europas und die Vorbereitung für die Ost-Erweiterung der EU fallen immer schwerer.

Verdutzt lernten die Partner einen neuen Kohl kennen: statt des Super-Europäers einen Kanzler, der selbstbewusst und hart für deutsche Interessen kämpfte. Ende der Machtvergessenheit? „Der Kanzler hat vor allem seine eigenen Schäfchen ins Trockene gebracht“, beklagt sich ein enttäuschter Brüsseler Diplomat.

Dabei befand sich Deutschland allerdings in bester Gesellschaft. Jeder der 15 Regierungschefs kämpfte für die eigenen Wünsche, verdrängte die Vision Europa. Beim Abendessen im ehrwürdigen Amsterdamer Reichsmuseum unter Rembrandts berühmter „Nachtwache“ flogen die Fetzen – am Schluss gingen die Chefs ohne Einigung über die künftige Machtverteilung in den EU-Institutionen auseinander.

„Bei jedem neuen Vorschlag gab es ein Tohuwabohu“, erzählt ein Teilnehmer. Außenminister Klaus Kinkel warf schließlich entnervt ein, er verstehe überhaupt nichts mehr. Eine „komische Diskussion“, stöhnte Kinkel nach dem turbulenten Abendmahl.

Vorbei die guten alten Zeiten (Hervorhebung im Text, der Verf.), als die deutsch-französische Lokomotive die Zögerer hinter sich herschleppte. „He, François, wir müssen jetzt was auf die Beine stellen“, habe Kohl in Krisen oft zu seinem früheren Europa-Mitstreiter Mitterrand gesagt, erinnert sich ein Diplomat. „Diesmal blieb er auf seinem Stuhl sitzen und schaute traurig drein.“

Mit dem Wahlsieg der Linken in Frankreich musste sich Kohl auf neue Partner einstellen – die aber waren auf den Gipfel schlecht vorbereitet. „Die hatten doch bis zum Schluss nicht mit ihrem Wahlsieg gerechnet“, glaubt ein deutscher Delegierter.

Um so besser funktionierte Kohls Zusammenspiel mit dem britischen Premier Tony Blair. Obwohl auch ihm die Gipfelerfahrung fehlt, profitierte er vom Großmut seines Vorgängers. Schon Wochen vor der Wahl habe John Major dem Konkurrenten Gespräche mit allen Experten ermöglicht, lobt Werner Hoyer, Beauftragter der Bundesregierung in den Verhandlungen. „Das hat Stil.“

Doch auch die Achse Bonn-London brachte keinen Durchbruch. Freundlich im Ton, aber hart in der Sache setzte Blair seine eigenen Standpunkte durch. So bleibt die von Deutschland gewünschte Integration der Westeuropäischen Union (WEU) als militärischer Teil der EU Zukunftsmusik.

Fünf Stunden lang stritten (Hervorhebung im Text, der Verf.) sich die Regierungschefs allein um die künftige Verteilung der Stimmen im Ministerrat, dem

Machtzentrum der Europäischen Union. Luxemburg mit seinen 400.000 Einwohnern hat dort zwei, die 80 Millionen Deutschen zehn Stimmen – pro Kopf für Luxemburg 40mal mehr Gewicht.

Tief beleidigt wies Spaniens Regierungschef Aznar den Vorschlag zurück, sein Land solle künftig fünf Stimmen weniger haben als die anderen Großen – obwohl es nur halb so viele Spanier gibt wie Deutsche. Der Streit um die Stimmengewichte entzweite den belgischen Premierminister Jean-Luc Dehaene und den niederländischen Gastgeber Wim Kok so tief, dass die beiden sich nach dem Essen weigerten, im Hotel noch denselben Lift zu benutzen.

Mit einem ganzen Packen von Sonderwünschen war aber auch die deutsche Delegation nach Amsterdam gereist – und setzte sich durch. „Aus Ländersicht ist das Ergebnis vorzüglich“, lobt der Länderbeauftragte und Chef der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn, Karl-Heinz Klär (SPD). Die Subsidiarität, wonach Brüsseler Eurokraten sich nicht in Dinge einmischen sollen, die national oder regional geregelt werden können, ist festgeschrieben. Das duale deutsche Rundfunksystem kann bleiben, das traditionelle System der Landesbanken und Sparkassen – anfangs schwer gefährdet – wird mit seinen Wettbewerbsvorteilen konserviert. Der Stabilitätspakt für den Euro blieb unangetastet. Der von den Franzosen gewünschte Beschäftigungspakt kommt, kostet aber vorläufig nichts.

Doch Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) wittert dennoch Gefahren. Die mögliche Umleitung von Milliardenbeträgen aus dem EU-Strukturfonds in Beschäftigungsprogramme könnte die geplante Osterweiterung der EU erheblich erschweren. Deutschland müsste dann wieder einmal viel zahlen und würde wenig zurückbekommen. „Da werden wir von den sozialistischen Regierungen gnadenlos überstimmt“, befürchtet Stoiber.

Zur Chefsache machte Kohl (Hervorhebung im Text, der Verf.) diesmal nicht das Ziel, die EU-Handlungsfähigkeit durch erweiterte Mehrheitsentscheidungen zu stärken. Statt dessen sicherte er nationale Blockademöglichkeiten. Kohl erzwang ein Vetorecht in der Industriepolitik, bei Kultur, sozialer Sicherheit und vor allem im Asylrecht.

Er solle die Asylanter nicht vergessen, mahnte der Kanzler seinen Außenminister zweimal barsch, als der vor den Journalisten über die deutschen Verhandlungserfolge berichtete. Kohl griff auf das „Vertrauenskapital“ (Arbeitsminister Blüm) zurück, das er sich im vergangenen Jahrzehnt in Europa erarbeitet hat. „Wir brauchen das. Ihr müsst uns das geben“, forderte der Kanzler, ohne lange zu argumentieren.

Auf der Strecke blieb der große Wurf. (Hervorhebung im Text, der Verf.) „Tiefe Enttäuschung“ sieht Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz unter Bonner Politikern [...].

Die Weichen seien in die richtige Richtung gestellt, doch „meine Vision von Europa geht weit über das Erreichte hinaus“, klagt sogar Regierungsmitglied Hoyer (FDP).

Die Regierung argumentiert, man müsse das Ergebnis auch daheim verkaufen können. Hoyer wirbt um Verständnis und beschreibt, wie schwer es gewesen sei, in Bonn den Brüsseler Einfluss auf Teile der Innen- und Rechtspolitik durchzusetzen. „Für manche Brüsseler Bürokraten wird Integration zum Selbstzweck. Wir müssen hin und wieder deutlich machen, dass wir ein großes Mitgliedsland sind, das auch legitime Interessen verfolgt“, verteidigt sich Hoyer. „Alle anderen Regierungen haben um ihre Hobbys gestritten und als selbstverständlich erwartet, dass wir sie unterstützen.“

Die Suche nach dem Schwarzen Peter läuft. „Kohl hat Schwierigkeiten, die Währungsunion zu verkaufen, und bekommt außerdem für alles, was Einwanderung und Polizei betrifft, wenig Spielraum von den Ländern“, analysiert der belgische Premier Dehaene: „Deutschland ist normaler geworden und nähert sich den übrigen EU-Partnern an“, resümiert ein erfahrener Diplomat. Die Deutschen wollen möglichst wenig Wettbewerb im eigenen Land.

Eine „verblüffende Kehrtwende der Deutschen“ sieht die „Financial Times“. Kohl sei in Amsterdam „einer der hartnäckigsten Verteidiger nationaler und regionaler Rechte auf Kosten eines Machtzuwachses der EU“ gewesen. Der Kanzler, für den politische und finanzielle Einheit einmal untrennbar verbunden waren, verzichte nun offensichtlich auf die politische Union und setze alles auf den Euro: „Das scheint eine perverse und gefährliche Umkehr der Prioritäten“ resümiert die „Financial Times“.

Ob Europa nach Amsterdam für die Erweiterung nach Osten und die Globalisierung der Märkte vorbereitet ist, halten viele in Brüssel für fraglich. „Das dicke Ende kommt erst noch, wenn wir die Finanzierung der Erweiterung und die notwendigen Reformen der Struktur- und Agrarpolitik beschließen müssen“, warnt ein hochrangiger Diplomat.

Bis es dazu kommt, wird aber wahrscheinlich schon in Euro bezahlt. Denn beim Europa-Geld ist Kohls Kampfkraft ungebrochen. Der Euro wird kommen, ist sich Kohl sicher. Diejenigen, die bei der Bundestagswahl 1998 eine Anti-Europawahl machen wollten, sollten nur kommen: Ich lade sie herzlich ein.⁴¹⁷

Der Titel „Kohls Kehrtwende“ signalisiert bereits, dass der Kanzler auf dem Amsterdamer EU-Gipfel offensichtlich von seiner bisherigen Europapolitik abgewichen sei. Diese Perzeption manifestiert sich auch im Untertitel, wonach er deutlich mehr nationale Interessen vertreten habe. Wie schon angemerkt, stand der Gipfel für Kohl bereits im Zeichen des beginnenden Wahlkampfs zur Bundestagswahl 1998, die er erneut gewinnen wollte, um seine Ziele, die endgültige Einführung des Euro und die Vollendung der Politischen Union, entscheidend voranzubringen. Allerdings brauchte er dafür das Plebiszit der Wähler und war daher gezwungen, größere Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung in Deutschland zu nehmen. Umfrageergebnisse zeigten, dass seine Popularität deutlich gesunken war und die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Wahlsiegs der bisherigen Koalition aus CDU/CSU und FDP geringer wurde.⁴¹⁸

Auf dem Gipfel in Amsterdam stand Kohl daher unter einem Erfolgsdruck, um die schlechten Popularitätswerte zu seinen Gunsten zu wenden.

Zunächst wird Helmut Kohl als erfahrener Gipfelteilnehmer deskribiert, für den lange Verhandlungen nicht ungewohnt seien. Darin kann ein latenter Hinweis auf seine Vitalität und ein ausgeprägtes Durchhaltevermögen gesehen werden, was für ihn erfolgreich gewesen zu sein schien, wie unter Berufung auf Arbeitsminister Blüm zunächst vermutet werden konnte.

Doch bereits im nächsten Absatz wird dieser scheinbare Erfolg („zwei gute Tage für Europa“) relativiert. Fehlende Finanzen, eine hohe Zahl von Arbeitslosen in Europa und der offensichtliche Globalisierungsdruck, der auf der EU lastete, schienen einem größeren Fortschritt der Integration im Weg zu stehen. Die Verfolgung nationaler Interessen versus Europäischer Union schienen den Gipfel dominiert zu haben. Im Bericht ist daher abschätzig vom nationalem Flickwerk die Rede. Zwar sei als verifizierbares Ergebnis die Einführung des Euro gewiss, jedoch ginge dies zu Lasten der angestrebten gemeinsamen Außen- und Rechtspolitik, der weiteren Demokratisierung und der notwendigen Vorbereitungen für die Ost-Erweiterung.

Für die im Vorfeld hoch gesteckten Ziele sei dies, so kann zwischen den Zeilen interpretiert werden, ein doch recht marginaler Erfolg.

Der Kanzler habe dabei einen für ihn atypischen nationalen Eindruck hinterlassen. Galt er bisher als der entschlossenste Verfechter der Politischen Union, schien er hier eine diametral entgegengesetzte Haltung angenommen zu haben, womit er sich allerdings in das Gesamtbild der übrigen 14 Regierungschefs eingefügt habe.

Überhaupt, so erfährt man weiter, seien die Beratungen (namentlich beim Abendessen) von unüberbrückbaren Differenzen geprägt gewesen, die das eigentliche Ziel, die gemeinsame Gestaltung Europas, in den Hintergrund gedrängt haben. Besonders sei dabei die künftige Machtverteilung Anlass des Streits gewesen. Hier wird eines jener Bilder europäischer Gipfeltreffen plakatiert, die auch in der Vergangenheit als symptomatisch betrachtet wurden:

- Uneinigkeit der Akteure,
- Vertretung nationaler Interessen und
- Verdrängung der gesamteuropäischen Gemeinsamkeit

Die hier zitierten Äußerungen des deutschen Außenministers Kinkel werden zu Verifizierung dieses Eindrucks angeführt.

Der Verlust der in der Vergangenheit symptomatischen deutsch-französischen Zugkraft, die den Einigungsprozess in schwierigen Verhandlungsphasen wesentlich vorangebracht habe, wird offen bedauert. Die fruchtbare Arbeit des Tandems Kohl/Mitterrand konnte nach dem Tod des französischen Staatspräsidenten durch seinen Nachfolger Chirac nicht erneuert werden.

Anstatt wie bei früheren Gelegenheiten die Initiative zu ergreifen, sei Kohl allein dazu diesmal nicht in der Lage gewesen und habe einen resignierenden Eindruck hinterlassen („schaute traurig drein“). Möglicherweise seien darin bereits erste Anzeichen einer Ahnung des sich abzeichnenden späteren Misserfolgs bei der Bundestagswahl 1998 zu erkennen. Trotz der für ihn schlechten Umfrageergebnisse trat Kohl noch einmal an, weil er nach seinem eigenen Bekunden davon überzeugt war, dass nur er allein bei den schwierigen Verhandlungen mit den europäischen Partnern überzeugen könne und seine Erfahrung nach 16 Jahren Kanzlerschaft dabei von großem Nutzen seien. Seinen Kontrahenten aus der SPD (Lafontaine oder Schröder, das war eben noch ungewiss)⁴¹⁹ traute er – und schon gar nicht im Falle einer rot-grünen Koalition – die Lösung dieser Aufgaben nicht zu. Wenn er selbst schon nicht weiterkam, dann ein anderer erst recht nicht. Das war seine Überzeugung.

Für Kohl als den dienstältesten Regierungschef in der EU wurde es zunehmend schwieriger, da die Partner von einst, zu denen er mitunter ein sehr enges persönliches Verhältnis pflegte, nach und nach von der politischen Bühne abgetreten

waren und sich auch die Machtverhältnisse in den einzelnen Mitgliedsländern verändert hatten.⁴²⁰ Hinzu kamen die Anlaufschwierigkeiten, die neue Regierungen nach der Amtsübernahme im Allgemeinen haben. In Großbritannien und Frankreich hatte sich gerade ein Regierungswechsel vollzogen und diese Schwierigkeiten seien, so wird hier perzipiert, bei den Franzosen besonders signifikant gewesen. Hingegen schienen die Briten besser präpariert gewesen zu sein, da Major seinen Kontrahenten Blair wohl in die wichtigsten Vorgänge eingeweiht habe. Wenngleich ein solcher Umgang mit der Opposition hier durch einen deutschen Delegierten als „stilvoll“ bezeichnet wurde, kann darin auch eine gewisse Kritik am deutschen Wahlkampfstil gesehen werden, denn auch in Deutschland erhält der Oppositionskandidat vor dem Wahltag allgemein keinen Einblick in die laufenden Regierungsgeschäfte. Die Kritik kann aber auch in Bezug auf seinen designierten Nachfolger angenommen werden, dem er offensichtlich nicht genügend Einblicke in die europapolitische Arbeit gewährte. Schließlich sollte Wolfgang Schäuble – im Falle der Wiederwahl Kohls – ihm etwa nach der Hälfte der Legislaturperiode im Amt des Bundeskanzlers folgen. Aufmerksam wird in diesem Bericht die Kritik an Kohl aus den eigenen Reihen zur Kenntnis genommen.

Der Regierungswechsel in London war jedoch für die Verwirklichung gesamteuropäischer Interessen erwartungsgemäß wenig hilfreich, da Blair ebenso wie sein Vorgänger Major im Eigeninteresse Großbritanniens auftrat. Besonders in der Ablehnung der WEU verfolgte er die Linie seines Vorgängers.

Einen besonderen Streitpunkt des Gipfeltreffens bot die künftige Stimmenverteilung im Europäischen Ministerrat. Wie groß die Schieflage dort war, wird am Vergleich zwischen Luxemburg (2) und Deutschland (10 Stimmen) verdeutlicht.

An den Zugeständnissen bzw. Änderungsvorschlägen entzweiten sich die Regierungschefs bis hin zur einer sichtbaren persönlichen Antipathie.

Wenn am Anfang dieses Artikels davon die Rede war, dass Kohl – entgegen seiner bisherigen Haltung – deutsche Interessen durchgesetzt habe, überrascht das Ergebnis dieser Verhandlungsführung ein wenig:

- Bekräftigung des Subsidiaritätsprinzips,
- Beibehaltung des deutschen Rundfunksystems,
- Aufrechterhaltung des Landesbanken- und Sparkassensystems,
- Unveränderte Stabilitätskriterien des Euro und
- Einführung eines (von den Franzosen gewünschten) Beschäftigungspakts.

Sieht man einmal von der Beibehaltung des Subsidiaritätsprinzips und der Stabilitätskriterien des Euro ab, sind die erreichten Ziele im Wesentlichen auf der Ebene der Bundesländer relevant. Die Wahrung von Länderinteressen und die Erfüllung der Konvergenzkriterien waren darüber hinaus – auch wenn hiervon nicht berichtet wird – Anlass für einen besonders im Jahr 1997 öffentlich ausgetragenen Disput zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber.⁴²¹ Stoiber kritisierte den Kanzler öffentlich, die Einhaltung und Überwachung der Euro-Konvergenzkriterien nicht nachdrücklich genug zu vertreten. Hierin war gewiss ein Profilierungsversuch des Bayern zu sehen, dessen Blick ganz offensichtlich auf die eigene Kanzlerschaft nach der Ära Kohl gerichtet war.⁴²²

Das ungewohnte Verhalten Kohls sei, so wird weiter berichtet, diesmal auch darin festzumachen, dass er die von ihm immer wieder geforderte Revision der EU-Entscheidungsprozesse ganz offensichtlich nicht zu einem wichtigen Diskussionsgegenstand erhob. Statt dessen sei es ihm gelungen, für die Bereiche:

- Industriepolitik,
- Kultur,
- Soziales und
- Asylrecht

ein Vetorecht zu erzwingen, wobei der Bereich der Asylpolitik ganz besonders sensibel und in der innenpolitischen Auseinandersetzung höchst umstritten war.⁴²³

Auch hier war der Kanzler ganz offensichtlich bemüht, ein für seinen Wahlkampf vorzeigbares Ergebnis zu erzielen, da in der Bevölkerung wachsender Unmut über das Anhalten des Zustroms von Asylanten deutlich erkennbar war. Bei einer nach wie vor hohen Arbeitslosenzahl von über 4 Millionen Menschen war die Angst vor

dem Verlust von Arbeitsplätzen durch die Zuwanderung von Asylanten als so genannten „Billig-Arbeitskräften“ nicht gering. Ein Erfolg in diesem Politikbereich würde sicher auch zu einem Popularitätsgewinn der Regierung beitragen können. Wenngleich es explizit nicht artikuliert wird, ist die Aussage Hoyers (man müsse das Ergebnis auch daheim verkaufen können) dahingehend intendiert. Die Rechtfertigung dieses Verhaltens wurde von diesem damit begründet, dass Deutschland selbst eigene Interessen verfolge und man nicht immer erwarten könne, diese für jene der Partner aufzugeben oder zu marginalisieren. Dies ist der klassische Versuch, die Umkehrung der politischen Ziele als notwendige Interessenswahrung zu deklarieren und deutet auf vorhandene innenpolitische Schwierigkeiten hin, auf Grund derer man Eigeninteressen vor Gemeinschaftsinteressen zu stellen bemüht ist. Der Euro war im eigenen Land nicht populär und in den Ländern, die mehrheitlich von SPD-Ministerpräsidenten regiert wurden, fand der Kanzler wenig Unterstützung in der Innen- und Rechtspolitik.

Zum Beleg für diese Einschätzung werden der belgische Premierminister Dehaene und die Financial Times herangezogen. Während Dehaene noch freundlich argumentierte, Deutschland sei im Verhältnis zu den übrigen EU-Staaten normaler geworden und nähere sich diesen an, fiel das Urteil der Financial Times unfreundlicher aus. Sie deskribierte Kohl als einen hartnäckigen Vertreter nationaler Interessen, der nicht mehr im Sinne der Gemeinschaft handele und darüber hinaus der Einführung des Euro absoluten, aus ihrer Perspektive „eine perverse und gefährliche Umkehr der Prioritäten“, Vorrang gab. Im Grunde war diese Beschreibung der Verhandlungsführung Kohls die exakt spiegelbildliche Wiedergabe der britischen Blockadepolitik, die dem Deutschen allerdings denkbar negativ ausgelegt wurde.

Diese Argumentation war jedoch wenig sensationell, da sich die Briten bereits in Maastricht Optionen für einen Beitritt zur gemeinsamen Währung erstritten hatten und dem deutschen Kanzler ihr eigenes Verhalten als die europäischen Interessen konterkarierend vorwarfen.

Als Randnotiz wird die von der EU bekundete Bereitschaft zur Erweiterung nach Osten und die Globalisierung der Märkte nur skizziert und offenbar für wenig bedeutend gehalten.

Des Kanzlers Kampfkraft wird indes ganz auf die Durchsetzung des Euro reduziert und bereits hier wird evident, dass Kohl seinen Bundestagswahlkampf mit der

Einführung der europäischen Währung verknüpfen wolle, worauf eine entsprechende Äußerung Kohls am Ende des Berichts hinweist.

Zwei signifikante Merkmale des politischen Handelns Kohls wurden an diesem Bericht deutlich.

Zum einen war dies die Betonung nationaler Interessen im Vorfeld einer Bundestagswahl. Auch in dem wichtigen Wahljahr 1990 stand das nationale Interesse der Wiedervereinigung im Vordergrund, wenngleich damit ein ganz wichtiger Impuls für die weitere europäische Integration gegeben und von Kohl gleichermaßen intendiert wurde. 1997 war die Schubkraft der Wiedervereinigung, wie sie für 1990 und bedingt auch noch 1994 zu verzeichnen war, innenpolitisch verbraucht. Die Verlagerung auf das europäische Interesse (Einführung des Euro), mit dem er den Wahlkampf als erfolgreicher und unentbehrlicher Europapolitiker zu gestalten gedachte bei einer gleichzeitigen stärkeren Akzentuierung nationaler Interessen (z. B. in der Asylpolitik), machen die Ambivalenz seines politischen Handelns deutlich.

Beispiel 27: Die SZ zum Euro und zur Politischen Union

„Der Gipfel der Reförmchen

Von Andreas Oldag z. Z. Amsterdam

Das Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs ist zu Ende. Amsterdam würde ein großer Erfolg werden, hatte Kanzler Kohl schon vor dem Abschluss geschwärmt. Aber erst nach dem ersten Konferenztag, der vom deutsch-französischen Streit um Stabilitäts- und Beschäftigungspakt beherrscht worden war, konnten sich die Staats- und Regierungschefs am Dienstag der eigentlichen Aufgabe des Gipfels widmen: der Reform der Europäischen Union.

Herausgekommen ist freilich nur ein Reförmchen. Das zum Auftakt der Regierungskonferenz noch groß angekündigte Jahrhundertprojekt schrumpfte zum mühsam zusammengebastelten Kompromiss. Weder bei den Entscheidungsprozessen und Institutionen noch bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Union wesentlich vorangekommen.

Die entscheidende Frage ist, ob der Amsterdamer Vertrag ausreicht, die EU fit zu machen für die Aufnahme neuer Mitglieder. Bezeichnenderweise haben es die EU-Staats- und Regierungschefs von Beginn an vermieden, konkrete Kriterien für Erfolg oder Misserfolg festzulegen. Die Europapolitik ist der Beliebigkeit unterworfen, was

freilich kein Zufall ist. Die Staatsmänner beherrschen ihr Geschäft viel zu gut, um nicht jede inhaltlich noch so belanglose Resolution zur Zukunft der EU als großen politischen Gewinn zu verkaufen.

Nun ist gewiss nicht jeder Kompromiss von vorneherein zu verdammen. In Europa sind die Interessen zu unterschiedlich. Überdies ist es während der zweijährigen Verhandlungen deutlich geworden, dass es kaum weiterhilft, auf vermeintliche oder tatsächliche Blockierer einzuprügeln. Die Briten wurden im vergangenen Jahr – während der BSE-Krise – als die großen Reformverhinderer dargestellt. Daran trug die frühere konservative Regierung einen großen Teil der Schuld. Doch für die anderen EU-Staaten ergab sich daraus auch ein willkommener Anlass (und unausgesprochener Vorwand), vom eigenen Versagen abzulenken. Nun ist die BSE-Krise fast ausgestanden, und in Großbritannien regiert New-Labour.

Glaubt man den Euro-Optimisten, müsste die Gemeinschaft heute ein wahrer Hort des Reformeifers sein. Die Realität sieht freilich anders aus. Die Dänen haben große Schwierigkeiten mit dem neuen EU-Vertrag. Eine starke Anti-Europa-Bewegung fordert ein Referendum. Die französische Regierung stemmt sich gegen eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments. In diesem Punkt ziehen Präsident Jacques Chirac und sein sozialistischer Premierminister Lionel Jospin an einem Strang. In der Bundesrepublik unterstützen zwar alle großen Parteien die EU-Reform vorbehaltlos. Doch ein europäischer Musterknabe ist Deutschland noch lange nicht. Im politischen Gefeilsche um den neuen Vertrag war es vor allem die Bonner Ministerialbürokratie, die immer wieder beim deutschen Verhandlungschef und Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, intervenierte und sich gegen die Aufgabe nationaler Kompetenzen, beispielsweise in der Innen- und Rechtspolitik aussprach.

Angesichts der vorherrschenden Kleinkrämerei in Europa ist es sicher kein Wunder, dass der neue EU-Vertrag in vielen Bereichen einem großen Wunschzettel gleicht – vom Artikel über die europäische Sportförderung bis hin zur Bestimmung über die besondere wirtschaftliche Förderung französischer Überseegebiete. Doch was ist mit den grundlegenden Fragen? Nach einem mühsam ausgehandelten Kompromiss soll die Zahl der Kommissare auf dem jetzigen Stand von 20 eingefroren werden. Von der anfänglich versprochenen Verkleinerung der Führungsmannschaft ist keine Rede mehr.

Jedes Land beharrt auf seinen Kommissaren. Die Folge: Eine einschneidende Reform, welche die Brüsseler Behörde schlanker und flexibler machen könnte, wird auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Tauziehen wird spätestens dann wieder beginnen, wenn sieben oder gar zehn neue Mitglieder vor der Tür stehen.

Das gleiche Muster wiederholt sich bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Ziel war es, die EU handlungsfähiger zu machen und nicht der Lächerlichkeit preiszugeben, wie beispielsweise in der Jugoslawien-Krise oder in der Debatte über die Menschenrechte in China. Die neuen GASP-Mechanismen bieten freilich nicht viel. Vielleicht könnte der jetzt für die Außenpolitik zuständige Generalsekretär sich um eine intensive Koordinierung bemühen. Doch das entscheidende Manko sind die Abstimmungsprozeduren: Zunächst soll der Rat einstimmig über die Strategie gegenüber einem Land oder einer Region entscheiden. Darauf aufbauend sollen konkrete Maßnahmen mit Mehrheit beschlossen werden können. Konflikte um die neue GASP sind unvermeidlich. Denn wo liegt die Abgrenzung zwischen Strategie und Umsetzung? Jedes EU-Mitglied, das in der GASP nicht mitspielen will, wird sich auf die Strategie berufen und kann damit die anderen blockieren.

Fazit: Die Reformkonferenz hat die großen Erwartungen nicht erfüllt. Die EU wird sich auch in den kommenden Jahren weiter quälen müssen, von einem Kompromiss zum anderen. Für die Aufnahme neuer Mitglieder sollte jetzt schon die nächste Reformrunde zur Überarbeitung des Amsterdamer Vertrags eingeplant werden.⁴²⁴

Große Fortschritte wurden beim Gipfel in Amsterdam nicht erzielt, darin schien man sich in der Medienlandschaft einig gewesen zu sein, denn wenn hier von „Reförmchen“ die Rede ist, wird damit bereits signalisiert, dass keine entscheidenden Erfolge erzielt worden seien. Die Erwartungen Kohls, so ist zu lesen, sei wieder einmal nicht erfüllt worden. Die angestrebte Reform der EU blieb ganz offensichtlich auf halber Strecke liegen und habe zu einem nur mageren Kompromisspaket geführt. Die entscheidenden Fragen (Entscheidungsprozesse, Institutionen und GASP) konnten wohl nicht zur allgemeinen Zufriedenheit geklärt werden. Bezweifelt wird darüber hinaus, dass das Ergebnis von Amsterdam für die geplante Erweiterung ausreiche. Erfolgskriterien hierfür seien bewusst nicht festgelegt worden. Worin diese allerdings bestanden hätten, wird nicht erwähnt. Etwas nebulös wird nur von der Routiniertheit der Akteure gesprochen.

Es wird allerdings eingeräumt, dass Kompromisse notwendig und es offensichtlich wenig sinnvoll gewesen sei, diejenigen zu verurteilen, die durch ihre abweichende Haltung den Integrationsprozess verlangsamen bzw. blockierten, doch dürfe dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine solche Blockadetaktik auch im Interesse der anderen Mitglieder sei, die damit von ihren eigenen Insuffizienzen ablenken konnten. Dies wird am Beispiel Großbritanniens während der BSE-Krise verifiziert. Die

Überwindung der Krise wurde dabei als verfrüht konstatiert, da sie zur Zeit europaweit bisher noch nicht gekannte Dimensionen angenommen hat.

Mit Blick auf den von Kohl ausgestrahlten Optimismus wird aber ein allgemeiner Reformeifer der Gemeinschaft angezweifelt. Wie an anderer Stelle schon angedeutet, entsprach es dem Naturell Kohls, auch offensichtlich negative Trends in einem eher positiven Licht zu betrachten, nicht etwa weil er immer davon überzeugt war, sondern weil er damit seine Partner generell ermutigen wollte, die Probleme zu lösen. Darin steckt sicher ein nicht unbeachtliches Quantum Zweckoptimismus, den er auch für notwendig und angebracht hielt. In den deutschen Medien wurde dies oft als realitätsfremd verkannt.

Die Probleme hatten sich auch 1997 in den meisten Mitgliedsländern nicht wesentlich verringert. An den Beispielen Dänemarks, das immerhin ein zweites Referendum benötigte, um dem Maastrichter Vertrag zuzustimmen und Frankreichs, das mit denkbar knapper Mehrheit dafür votierte, soll hier belegt werden, wie groß die Aversion gegen die Reformpläne sei. Doch auch in der Bundesrepublik bestünden erhebliche Vorbehalte in den Fachministerien. Diese seien die eigentlichen Gegner der Reformbestrebungen, da sie um ihre nationalen Kompetenzen fürchteten. Für Bundeskanzler Kohl bedeutete das zweierlei:

1. Interministerielle Überzeugungsarbeit für seine Europa-Vision zu leisten und
2. die Rücksichtnahme auf eben diese Interessen bei den Verhandlungen mit seinen europäischen Partnern.

Ein solch ambivalentes Verhalten musste zwangsläufig zu Irritationen bei den europäischen Partnern und in der Öffentlichkeit führen.

Aber es mangelte auch an der früheren deutsch-französischen Antriebskraft, die oftmals für ein Vorankommen bei Sachfragen dienlich und nützlich war. Dem Kanzler fehlte somit die entscheidende Unterstützung und ließ ihn – extrahiert betrachtet – als relativ schwach erscheinen, so dass er sich auch in den Grundsatzfragen (hier etwa die Verkleinerung der Anzahl der Kommissare) nicht durchsetzen konnte. Auch das gehörte schließlich zum Reformpaket, das Kohl gerne verabschiedet gesehen hätte.

Durch das offensichtliche Scheitern in dieser Frage wird ein erhebliches Problempotenzial etwa hinsichtlich der Erweiterung um sieben oder zehn neue Mitglieder prognostiziert. Der Verwaltungsapparat würde dadurch weiter aufgebaut und Entscheidungsprozesse in der Zukunft noch zäher als bisher verlaufen.

Erfolglosigkeit sei auch hinsichtlich der GASP zu verzeichnen. Trotz der Jugoslawien-Krise, in der die EU nicht überzeugen konnte, sei vom grundsätzlichen Willen zu gemeinsamem Handeln nicht viel zu spüren. Auch hier seien es die Entscheidungsmechanismen (einstimmige Ratsentscheidung), die ein einheitliches Handeln undurchführbar machten, da die einzelnen Mitgliedsländer gegebenenfalls die Möglichkeit haben, sich der getroffenen Entscheidung zu verweigern.

Das Resümee des Autors ist eindeutig und negativ. Die Erwartungen in den Gipfel wurden nicht erfüllt. In Bezug auf den Kanzler bleibt er dabei aber auffallend zurückhaltend, obwohl dieser im Vorfeld größere Hoffnungen auf Erfolg geäußert hatte.

Das Ergebnis des Gipfels wird als marginal perzipiert, woraus der Schluss abgeleitet wird, dass der geschlossene Vertrag überarbeitet werden müsse. Das Ziel, der Politischen Union näher zu kommen, sei nicht erreicht worden und somit indirekt als Misserfolg für Bundeskanzler Kohl zu werten.

Beispiel: 28: Die FR zum Euro und zur Politischen Union

**„Nur bei der Fahrradtour ließ sich Kohl überrunden
Bundeskanzler gewinnt Staats- und Regierungschefs in Amsterdam für
langsamere EU-Gangart**

Von Brigitte Kols (Amsterdam)

So ein paar „gruppensdynamische Prozesse“ mit unkalkulierbaren Folgen werfen Deutschlands „Chef-Europäer“ Helmut Kohl nicht um. Daran duldet der Kanzler keinen Zweifel, als er um 3.40 Uhr in der Frühe – das politische Personal im Schlepptau deutlich angemüdet – beim Amsterdamer Gipfel den Damen und Herren der Presse die Aufwartung macht. Kabinettsitzung hin, Koalition her – die Botschaft, dass es doch noch zur Geburt eines EU-Vertrages kam, will er selbst verkünden. Die Journalistenschar hatte da schon mehr als einen Hangover hinter sich.

Kohls außenpolitischer Berater Joachim Bitterlich hatte kurz vor Mitternacht die verbissenen Machtkämpfe am Verhandlungstisch der Regierungschefs in der

niederländischen Zentralbank geschildert. Nach dem Motto „Mein Kleinstaat ist größer“ hatte sich dort in der Frage der Präsenz der Kommission und der Stimmengewichtung der Staaten im Ministerrat eine nationale Pingeligkeit breit gemacht, für die des Morgens Britanniens Newcomer Tony Blair die gelbe Karte zog: Es handele sich genau um die Art von Diskussion, die den Leuten den Geschmack an Europa verderbe. Recht so. Nur, ob da nach dem Amsterdamer Einigungsbrei noch viel zu verderben ist?

Blair, beim Gerangel um Punktsiege selbst nicht zimperlich, gehörte denn auch zur „Viererbande“ der Staatschefs, die sich zum Gipfelfinale weit jenseits der einmal angepeilten Ideallinie in der Institutionsfrage durchwurstelten. Mit von der Partie, bei der die für die EU-Erweiterung so wichtige Reform weitgehend unter die Räder kam, waren zwei weitere Minimalisten in der Not: Deutschlands Kanzler und der niederländische Ratspräsident Wim Kok. Ihre Devise: Im Zweifel komme die Fitness für eine entscheidungsfähige Super-Union noch beim Training. Nummer vier im Bunde, Spaniens Premier José Maria Aznar, ward zu Beginn der Operation „Rettet die Konferenz“ dem Vernehmen nach noch ein Streiter für die Maximalforderungen zu Gunsten der EU-Südländer gewesen.

Kohl hatte ungezogene wie brave Regierungschefs ermahnt, der gesamte Amsterdamer Vertrag müsse in dieser Nacht (oder nie?) gebilligt werden. Er war es auch, der den mauen Kompromissvorschlag präsentierte, mit dem die Stimmengewichtung vollends verschoben wurde.

Zu später Nachtstunde zahlte es sich so wieder mal aus, dass ein Gipfel-Oldie wie Kohl seine Kräfte zu schonen weiß und sich in Amsterdam nicht – wie seine Kollegen – zum Pausensprint für unnötige sportliche Meriten aufs Fahrrad heben lässt. Einer „mit Lebenserfahrung“ wie er geht zu Fuß, ist doch langsame Fortbewegung Europas Gangart. Mag da ein Newcomer wie Tony Blair das Rennen machen. Oder der in Kanzlerkreisen als „Überraschungsgast“ gewürdigte Lionel Jospin in bester Kohabitationsmanier Kohls einzigen Mit-Spaziergänger Jacques Chirac artig um Entschuldigung bitten, wenn er an ihm vorbeiradelt.

Vielleicht war Kohl just wegen des mageren Ergebnisses vor der Presse so konziliant wie selten: Die Journalisten könnten ruhig bis sechs Uhr morgens fragen.⁴²⁵

Wenngleich eine Fahrradtour nicht zum offiziellen Teil eines Gipfeltreffens gehört, wird durch die Überschrift Kanzler Kohl bereits als Verlierer ausgewiesen. Die hier zum Gaudium unternommene Radtour hat dennoch eine symbolische Bedeutung für den Verlauf der Verhandlungen, die einen anderen Ausgang genommen habe, als es

anscheinend erwartet wurde. Nicht die Beschleunigung des Integrationsprozesses, sondern eine langsamere Gangart werden als Ergebnis perzipiert.

Vom Misserfolg des Gipfels ist in der Tat zunächst nicht die Rede. Im Gegenteil: der Streit, der in den vorgehenden Artikeln explizit deskribiert wurde, wird hier mit „gruppensdynamischen Prozessen“ marginalisiert. Der Urheber dieses Zitats bleibt ungenannt. Abschätzig wird Bundeskanzler Kohl als „Chef-Europäer“ charakterisiert und stellt in gewissem Sinn einen Widerspruch zum Untertitel dar, der ihm genau das Gegenteil attestiert (erfolgreicher Verlangsamter).

Damit soll der Versuch unternommen werden nachzuweisen, dass das von ihm erzielte Ergebnis nicht mit seinen Vorstellungen einer Beschleunigung des EU-Integrationsprozesses kongruent zu sein schien.

Trotz der vorherrschenden großen Uneinigkeit der Akteure müsse aber anerkannt werden, dass es dem Kanzler dennoch gelungen sei, die Unterzeichnung des Vertrags erfolgreich durchzusetzen. Aus der Kanzlerumgebung wurden indessen schon Stunden vor seinem Auftritt vor der Presse zur nächtlichen Stunde die offensichtlichen Schwierigkeiten der Verhandlungen bekannt. Süffisant umschreibt der Autor die Problematik mit dem Motto „Mein Kleinstaat ist größer“, womit zum Ausdruck kommen soll, dass auch diese Verhandlungen von nationalen Interessen dominiert worden seien. Besonders in der Stimmengewichtung konnte offenbar keine Einigung erzielt werden. Dieser Eindruck deckt sich mit den vorhergehenden Berichten, deren Autoren in dieser Frage ebenfalls erhebliche Differenzen perzipiert haben wollen.

Die Verhandlungen um diesen Punkt werden insgesamt als wenig effizient deskribiert, denn wieder einmal sei es die britische Seite gewesen, die diesen Vorgang gebremst habe. Aber auch ohne diese offenbar fruchtlose Diskussion sei an der Erfolglosigkeit der Spitzenbegegnung nicht mehr viel zu deuten. Der Autor bedient sich wiederum einer Metapher (Einigungsbrei), die den diffusen Zustand der Verhandlungen unterstreichen soll.

Dass die Briten sich gegen die Reformpläne stellten, war ja in der Tat nicht neu. Um so erstaunlicher wurde allerdings die Tatsache gewertet, dass auch der deutsche Bundeskanzler zu denjenigen gehört habe, die gleichfalls die angestrebten Reformen zu bremsen suchten. Mit der plakativen Beschreibung eines Fitness-Trainings soll gleichermaßen angedeutet werden, dass unter den Teilnehmern die Hoffnung auf einen erfolgreichen Abschluss der Reformbestrebungen noch keineswegs begraben

worden sei und ohne ihn explizit zu nennen, sei es wieder einmal Bundeskanzler Kohl gewesen, der ein Scheitern der Verhandlungen verhindert habe. Kohl habe seine Partner offenbar auch dazu gedrängt, abgesehen von der Qualität der Vereinbarungen in jedem Fall den Vertrag zu Stande zu bringen. Auch darin wird ein deutliches Indiz dafür ausgemacht, dieses Gipfeltreffen als außenpolitischen Erfolg in ein innenpolitisch vorzeigbares Ergebnis zu verwandeln, das dazu geeignet sein könnte, die Chancen seiner Wiederwahl 1998 zu erhöhen. Auch wenn dies zur Verschiebung der Reform der Stimmenverteilung in der Gemeinschaft geführt hat, war ihm der generelle Abschluss des Vertrags hinsichtlich der Vorzeigbarkeit eines Ergebnisses offenbar ungleich wichtiger.

Wenngleich der explizite Hinweis fehlt, kann daraus ein subtiler Rückschluss auf die innenpolitische Bedrängnis Kohls abgeleitet werden, in jedem Fall einen Erfolg vorweisen zu müssen.

In welchem Zusammenhang die Nicht-Teilnahme an der Fahrradtour mit den Energie-Ressourcen in Verbindung stehen soll, wird erst bei der Perzeption des Nachfolgesatzes deutlicher. Die Geschwindigkeit eines Fußgängers sei der der Fortschritte innerhalb der EU gleichzusetzen. Eine subtile Andeutung auf Kohls Habitus ist hierbei allerdings ebenfalls unverkennbar. Der Exkurs in den Bereich des Radsports stehe, so soll es offenbar verstanden werden, im eklatanten Widerspruch zum Vorankommen der Verhandlungen und die wegen seiner Leibesfülle augenscheinliche Behäbigkeit, die den Kanzler dazu bewogen habe, weniger sportlich zu Fuß zu gehen, soll gleichermaßen symptomatisch für den gesamten Einigungsprozess innerhalb der EU perzipiert werden. Die Beschreibung der Radtour erfolgt nicht zufällig, da sie insgesamt gesehen einen gewissen Symbolcharakter aufweise, da die beiden neuen Regierungschefs Blair und Jospin, so kann es im übertragenen Sinne interpretiert werden, wegen ihrer Unerfahrenheit gleichfalls eine gewisse Unbefangenheit gezeigt und dabei doch die Wahrung der eigenen Interessen vertreten hätten. Die hier dargestellte Behäbigkeit Kohls ist daher auch als Symptom für die Zähigkeit der Verhandlungen zu interpretieren.

Dass der Kanzler allerdings wegen des nicht effizienten Ergebnisses der Presse eine zeitlich längere Möglichkeit zur Befragung eingeräumt habe, muss in den Bereich der Spekulation verwiesen und sollte nicht als Schlussfolgerung daraus betrachtet werden.

Beispiel 29: Die FAZ zum Euro und zur Politischen Union

„Zähe Verhandlungen über sperrige Themen beim europäischen Gipfel in Amsterdam

Vorbereitung der Ost-Erweiterung der EU und Stärkung der politischen Handlungsfähigkeit

K.F./now. Amsterdam 17. Juni. In schwierigen und zähen Verhandlungen haben sich die Staats- und Regierungschefs der europäischen Union (EU) am Dienstag in Amsterdam mit den Einzelheiten des neuen Vertrags befasst, mit dem sich die Gemeinschaft auf die kommende Osterweiterung vorbereiten und ihre politische Handlungsfähigkeit stärken will. Nach den abschließenden Vereinbarungen zum Stabilitätspakt und der Verabschiedung einer EntschlieÙung zur Beschäftigungspolitik erwiesen sich dabei die Reform der Institutionen der EU und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als sperrige und kontroverse Themen der Gipfelbesprechungen. Der britische Premierminister Blair lehnte die Übertragung von verteidigungspolitischen Zuständigkeiten an die EU ab und warnte vor einer Integration der Westeuropäischen Union (WEU) in die Gemeinschaft. Besonders umstritten war auch die Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Gruppe von Mitgliedstaaten mit Vereinbarungen zu einer engeren Einigung in der Europapolitik voranschreiten dürfen soll.

Grundlage für die Beratungen bildete ein in der Nacht zum Dienstag federführend von der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft erarbeiteter Kompromissvorschlag. Der neue Vertrag soll noch vor dem 1. Oktober in Amsterdam unterzeichnet werden, so dass wenige Monate später die Beitrittsverhandlungen mit mittel- und osteuropäischen Staaten beginnen können.

Angesichts der vielschichtigen Interessen der Fünfzehn zeichnete sich ab, dass die Ergebnisse der Beratungen hinter den Erwartungen zurückbleiben würden und der künftige Vertrag ebenso unübersichtlich wie die 1991 in Maastricht getroffenen Vereinbarungen sein dürfte. Der luxemburgische Ministerpräsident Juncker hatte schon zu Beginn der Verhandlungen am Dienstag skeptisch vorhergesagt: „Mit Blick auf die Vereinfachung des Vertrages werden wir brutal scheitern.“

Während sich die Staats- und Regierungschefs unter Vorsitz des niederländischen Ministerpräsidenten Kok am Abend auf eine lange Sitzung einstellten, war es ihnen immerhin gelungen, die umstrittenen Fragen zur Innen-, Rechts- und Beschäftigungspolitik zu klären. Nicht zuletzt auf Drängen von Bundeskanzler Helmut Kohl verständigten sich die EU-Partner auf eine behutsame Ausweitung der Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik. Binnen fünf Jahren sollen zwar

Fortschritte bei der Angleichung der Vorschriften zur Asyl- und Währungspolitik erreicht werden. Im Gegensatz zur ursprünglichen Absicht der niederländischen Ratspräsidentschaft soll es nach Ablauf dieser Frist nicht automatisch zur Einführung des Mehrheitsprinzips bei Entscheidungen des Ministerrats kommen. Statt dessen soll der Übergang zu Mehrheitsbeschlüssen von einem einstimmigen Votum der EU-Staaten zu diesem Zeitpunkt abhängig gemacht werden.

Bundeskanzler Kohl rechtfertigte die deutsche Haltung zur Asylpolitik mit dem Hinweis auf die Verteilung der Asylsuchenden auf die Länder der Gemeinschaft. Danach hat Deutschland in den vergangenen Jahren zwischen 53 und 79 Prozent aller Asylbewerber in der EU aufgenommen.⁴²⁶

Auch der letzte hier zu betrachtende Artikel weicht von der bisher gezeichneten Linie der Berichterstattung kaum ab. Die Verhandlungen waren schwierig und die Themen (politische Handlungsfähigkeit und Ost-Erweiterung) nicht dazu angetan, leichte Erfolge zu erzielen.

Offenbar waren es genau diese Politikfelder, die am heftigsten umstritten gewesen zu sein schienen.

Es sei zwar gelungen, so wird lapidar berichtet, eine Vereinbarung zum Stabilitätspakt und eine Entschließung zur Beschäftigungspolitik zu erzielen, die wichtigen Fragen der Osterweiterung und der GASP seien jedoch weiterhin strittig. Besonders die britische Ablehnung von verteidigungspolitischen Kompetenzübertragungen an die EU verhinderte dabei wohl eine Einigung.

Ebenso umstritten, so wird weiter berichtet, sei der Gesamtkomplex der weiteren Einigung in der Gemeinschaft gewesen. Damit kommt zum Ausdruck, dass man sich im Grunde über die weitere Entwicklung der EU (Erweiterung, GASP, Anzahl der Kommissare, Kompetenzen für das Parlament) überhaupt nicht habe einigen können, was das faktische Scheitern des Gipfels bedeute.

Dennoch sei man offenbar bestrebt gewesen, einen Vertrag für die anstehenden Beitrittsverhandlungen möglichst rasch zu verabschieden. Inwieweit dies auf ein etwaiges Drängen Kohls zurückzuführen sei, bleibt jedoch unerwähnt. Hieran wird aber deutlich, dass der Wille zum politischen Handeln offenbar der Durchsetzbarkeit diametral entgegengestanden habe.

In dem Bericht wird ferner die Befürchtung artikuliert, dass der zu erwartende Vertrag – ähnlich demjenigen von Maastricht – die Erwartungen nicht erfüllen werde, da die Interessensunterschiede zwischen den Mitgliedern zu groß seien, was

durch die wiedergegebene Äußerung des luxemburgischen Ministerpräsidenten Juncker bekräftigt werden soll, der starke Zweifel an einer Vereinfachung äußerte. Der Abschluss des Vertrages war für Bundeskanzler Kohl aus den bereits genannten Gründen von außergewöhnlicher Bedeutung, wird aber in diesem Kontext nicht erwähnt.

Wenn hier von einer Klärung zu den Bereichen Innen-, Rechts- und Beschäftigungspolitik die Rede ist, auf die Kohl gedrängt habe, wird damit allerdings das tatsächliche Ergebnis nicht genannt. Wie andernorts berichtet wurde, sei zwar ein Beschäftigungspaket in Aussicht gestellt, hingegen in der Innen- und Rechtspolitik und hier besonders in der Asylpolitik keine endgültige Einigung erzielt worden. Kohl habe ja mit Hinweis auf die hohe Zahl von Asylanten ein Veto eingelegt. Inwieweit dieses Ergebnis als Einigung interpretiert werden konnte, bleibt fraglich. Auf eine dezidierte Hintergrundanalyse wird aber gleichfalls verzichtet. Auch in der Frage des künftigen Entscheidungsprozesses in der EU sei noch keine tragbare und endgültige Lösung gefunden worden, was ebenfalls als ein Indiz für die Erfolglosigkeit der Verhandlungen zu werten ist.

Evident ist, dass der Autor zwar ebenfalls von den bekannten Schwierigkeiten und Uneinigkeiten des Gipfels berichtet, sich in der Kritik an Kohl auffallend zurückhält. Generell zeichnet sich dieser Artikel durch eine, was die Person Kohls betrifft, zwar vergleichsweise moderate, dennoch nicht unkritische Berichterstattung aus. Dem Informationsgehalt wird dabei ein deutlich höherer Stellenwert beigemessen als etwa dem Versuch einer wertenden Stellungnahme.

4.5.2 Thesen zu den Textinterpretationen

Das mit den hier vorgenommenen Textinterpretationen intendierte Ziel bestand darin, einen exemplarischen Querschnitt über die Darstellung der Europapolitik Helmut Kohls darzulegen. Im Vordergrund stand dabei die inhaltliche Analyse, wengleich immer wieder auf die sprachlichen Mittel verwiesen werden musste. Es sollte der Versuch unternommen werden nachzuweisen, inwieweit die Berichterstattung auf der rein inhaltlichen Ebene gewisse Tendenzen erkennen lassen.

Als Ergebnis dieser Untersuchung kann vorläufig konstatiert werden:

1. Grundsätzlich unterscheiden sich die Presseerzeugnisse in zwei Kategorien:

a) Tageszeitungs- und b) Magazinberichte

wobei unter a) zwischen Titelseiten- und Innenseitenberichten zu unterscheiden ist.

Zu a):

Titelseitenberichte zeichnen sich grundsätzlich durch eine erheblich sachlichere und auf die thematischen Inhalte begrenzte Berichterstattung aus. In der Regel wird dort über die Sachlage berichtet, zu deren Manifestierung oftmals Zitate betroffener Akteure verwendet werden. Eine direkte Wertung findet nur in diesem Kontext statt. Der informelle Aspekt steht dabei im Vordergrund. Lediglich in der Reihenfolge und Ausführlichkeit der Zitate der Betroffenen kann eine Wertung gesehen werden. Eine Bewertung durch den Rezipienten wird erschwert, ist aber dennoch möglich.

Innenseitenberichte sind hingegen kommentierend. Neben der Erörterung der Sachthemen kommt der persönlichen Perzeption und Interpretation des Autors eine wesentlich stärkere Bedeutung zu. Hier werden auch die politischen Akteure einer deutlichen Kritik unterzogen. Dies geschieht z. T. auf einer eher sachlichen Ebene, aber auch in einer mitunter polemisierenden Art und Weise.⁴²⁷

Der Berichterstatter nimmt eine deutlich erkennbare Wertung vor und geht in dem Bewusstsein der politischen Grundhaltung seiner Leserschaft von deren Zustimmung zu seiner Bewertung aus.

Zu b)

Magazinberichte stehen in ihrer Berichterstattung in Nähe zu den Innenseitenberichten. Auch sie akzentuieren eine deutlich perzipierbare Wertung durch den Autor. Abweichend von der Tagespresse steht hier allerdings weniger die Aktualität des Ereignisses, wenngleich diese grundsätzlich latent vorhanden ist, sondern die Hintergrundanalyse im Vordergrund. Aufbauend auf den durch die Tagespresse verbreiteten Informationen soll ein gewisses „Insiderwissen“ vermittelt werden. Dies äußert sich etwa in Hinweisen auf Vertraulichkeit, Exklusivwissen oder durch Erläuterungen, die über den Stand der Sachinformation hinausgehen.

Über die intendierte Wertung hinaus werden dem Rezipienten in manchen Fällen auch abweichende Lösungsansätze der behandelten Problematik angeboten: Hätte

der Kanzler statt dem Plan A der Lösung B zugestimmt; Würde die Verschiebung der WWU durchgesetzt, könnte...usw.

Über die grundsätzliche Bewertung hinaus werden dem Rezipienten also noch Alternativen vorgeschlagen, die vom Autor offensichtlich favorisiert werden. Somit können unmittelbare Vergleiche der Handlungen der politischen Akteure und der Intention des Autors vorgenommen werden.

2. Die weitverbreitete Auffassung, bestimmte Blätter seien Kohlfreundlicher als andere, konnte in dieser allgemeinen Form nicht verifiziert werden.

Die Auswertung hat weiterhin ergeben, dass die Tendenz zur offenen Kritik an der Politik Kohls durchaus unterschiedlich ausgeprägt ist.

Grundsätzlich wird dabei das Agieren Kohls in einem für ihn relativ ungünstigen Licht betrachtet. Am deutlichsten fällt die Ablehnung dabei in den Berichten der TAZ aus, aber auch der SPIEGEL attestiert dem Kanzler ein mehr oder minder hohes Maß an Versagen. Ein solches Ergebnis war durchaus zu erwarten. Zum einen erhebt die TAZ selber einen linksintellektuellen Anspruch, was sie allein schon deswegen in Opposition zu einer konservativen Regierung versetzt. Zustimmung zur Politik und zur Person Kohls war daher von diesem Presseorgan am wenigsten zu erwarten.

Bezüglich des SPIEGELS muss angemerkt werden, dass Kohl a) diesem Blatt schon seit Mitte der siebziger Jahre keine Interviews mehr gewährte – er selbst hat bei verschiedenen Gelegenheiten betont, das Blatt nicht zu lesen – und b) SPIEGEL-Herausgeber Augstein seit seiner Inhaftierung auf Grund der sog. SPIEGEL-Affäre im Jahr 1962 eine grundsätzlich distanzierte Haltung gegenüber den Repräsentanten der Union und ihrer Politik hegt.⁴²⁸

Die Vermutung, dass auch die FR nicht gerade ein Fürsprecher der Politik Kohls sei, wurde schon zu Beginn geäußert und kann durch die Belegbeispiele bestätigt werden. Überraschender fällt das Ergebnis hinsichtlich der SZ, der FAZ und des Focus aus. Während man der SZ allgemein eine deutlich liberale Tendenz unterstellt, die der Regierungspolitik Kohls zwar kritisch, aber nicht zwingend ablehnend gegenüber stand, ist die Distanz auch in den Artikeln der FAZ und des Focus deutlich verifizierbar.

Weder in den hier exemplarisch angeführten Beispielen noch in der quantitativen Auswertung konnte aber eine grundsätzlich zustimmende Haltung festgestellt werden. Wie die Berichte zeigten, waren es im Wesentlichen die ungelösten Probleme bzw. die von Kohl angestrebten Lösungskonzepte, die im Mittelpunkt der kritischen Erörterungen standen. Dies galt besonders hinsichtlich seines Zehn-Punkte-Programms zur deutschen Wiedervereinigung und seiner Ziel- und Zeitvorstellungen zur Verwirklichung der Politischen Union. Wurde im Rahmen der Wiedervereinigung 1989/90 seine Akzentuierung des europäischen Kontextes noch weitgehend, wenn auch kritisch akzeptiert, so machte sich hinsichtlich seines Agierens bei den Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag 1991 eine deutliche Veränderung bemerkbar. Interessanterweise wurde ihm hierbei von allen hier zitierten Presseorganen ein offensichtlich zu starkes europäisches Engagement attestiert, das darin gipfelte, die D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung zu Gunsten einer gesamteuropäischen Währung geopfert zu haben. Gegen Ende seiner Amtszeit verkehrt sich dieses Bild ins Gegenteil. Anlässlich des Amsterdamer Gipfels 1997 wird ihm dagegen eine zu stark nationale Haltung bescheinigt, mit der er seine Vision der Europäischen Union ganz offensichtlich konterkarierte. Dass er nach 15 Jahren Amtszeit innenpolitisch unter enormem Druck und Erfolgszwang stand, wird dabei nur als Randnotiz erwähnt.

Im anschließenden Exkurs wird noch darüber diskutiert werden, in welchem Verhältnis der Kanzler zur Presse und diese zu ihm stand.

Die hier angeführten Beispiele zeigen aber sehr deutlich, dass die Kritik an ihm überwog. War die Zustimmung zu seiner Europapolitik im Kontext der Wiedervereinigung noch sehr groß, was sich auch im Wahlergebnis zur Bundestagswahl 1990 widerspiegelte, so wird vier Jahre später ein deutlicher Rückgang dieser Akzeptanz sichtbar.⁴²⁹ Es wäre zu einfach, dies nur auf eine gewisse „Kohl-Verdrossenheit“ zurückführen zu wollen. Die Probleme, die auch in den anderen EU-Staaten hinsichtlich der WWU und der Politischen Union sichtbar wurden, waren ja gleichermaßen in Deutschland vorhanden. Beherrschte 1989/90 das Streben nach Sicherheit vor dem vereinten Deutschland die öffentliche Diskussion, so wuchs im Laufe der 90er-Jahre allgemein die Angst vor dem Verlust der nationalen Identität.

An den Beispielen der Wiedervereinigung konnte nachgewiesen werden, dass auch in der Presse eine Ambivalenz vorherrschte. Einerseits fand die beabsichtigte

Einbindung Deutschlands in den europäischen Kontext allgemeine Zustimmung, andererseits wurde die Vorgehensweise Kohls dabei häufig als zu europäisch orientiert kritisiert. Zumeist sah er sich dabei dem Vorwurf des eigenmächtigen Handelns und der Bevormundung anderer ausgesetzt.

Auch bei der Diskussion um Maastricht, die Einführung des Euro und des Amsterdamer Vertrages wurde wiederum deutlich, dass sein Vorgehen für viele von zu großer Eigenmächtigkeit geprägt zu sein schien. Kohl stand und steht im Verdacht, durch die „Opferung“ der D-Mark eine Bringschuld für die europäische Zustimmung zur Wiedervereinigung erbracht zu haben.

Wenngleich die Kritik unterschiedlich ausgeprägt artikuliert wurde, ergaben die Textdiskussionen, dass die von Kohl erzeugten Erwartungen:

- a) ganz offensichtlich hinter den erzielten Ergebnissen zurückblieben und
- b) ihm dadurch insgesamt einer erfolglose Europapolitik attestiert wurde.

Insgesamt wird hier das Bild eines Kanzlers gezeichnet, der sich vom überzeugten Europäer am Ende zum harten Vertreter nationaler Interessen gewandelt habe und damit seine eigene Europapolitik konterkarierte. Auch hierin mag einer der Gründe liegen, warum die Bundestagswahl 1998 mit der Akzentuierung seiner Europapolitik für ihn nicht mehr zu gewinnen war.

Einige kurze, ergänzende Beispiele sollen die hier aufgestellten Thesen der kritischen Perzeption Kohls und seiner Politik untermauern.

1. Die TAZ:

Nicht nur die Ablehnung seiner Politik, sondern auch eine deutliche Polemik gegen die Person Kohls prägten die Berichterstattung, was sich bereits in den Überschriften verifizieren lässt. Drei exemplarische Beispiele:

*Naturell eines Ochsen*⁴³⁰

*Was vom Ekel (gemeint ist hier Enkel Adenauers, der Verf.) übrig blieb*⁴³¹

*Die Fallen der Selbsttäuschung*⁴³²

Bei der Erörterung der Textbeispiele wurden die zum Teil boshaften Deskriptionen Kohls deutlich:

„Bemerkenswert an der Außenpolitik Deutschlands seit dem Fall der Mauer 1989 ist vor allem eines: Helmut Kohl hat sich als meisterhafter Opportunist erwiesen – was seine Tränen für den toten Mitterrand erklären würde.“⁴³³ Hier wird die tatsächlich vorhanden gewesene Freundschaft zwischen Mitterrand und Kohl zur opportunistischen Haltung deklassiert. Doch war es nicht Opportunismus, der diese beiden Politiker verband, sondern ein echtes und sichtbar sehr gutes, freundschaftliches Verhältnis.

Als Kohl 1996 den „Kanzlerrekord“ Adenauers einstellte,⁴³⁴ wurde dies zum Anlass für eine Abrechnung mit seiner Politik genommen. In einem Kommentar der TAZ heißt es im Rückblick auf den Beginn der Ära Kohl z. B.: „Der „Über-Lübke“ würde, auch für die Linken ! das Ansehen Deutschlands mindern, das doch durch Brandts bewegende Visionen wie durch Schmidts eisigen Pragmatismus eine so spektakuläre Aufwertung erfahren hatte.“⁴³⁵

Nicht nur der wenig schmeichelhafte Vergleich mit dem zweiten Bundespräsidenten, auch die Feststellung, mit Kohl als Kanzler würde das Ansehen der Bundesrepublik, das durch Brandt und Schmidt aufgewertet worden sei, erheblichen Schaden leiden, zeigen die polemische Tendenz.

Zu seiner Europapolitik heißt es im selben Artikel: „Ist Kohl am Ende doch ein Überzeugungstäter, dem zugestimmt werden muss, er habe mit seiner lebenslangen, inbrünstigen Europaleidenschaft dem neudeutschen Nationalismus den Weg versperrt und gleichzeitig, wenngleich unfreiwillig, der Linken den europäischen Weg geöffnet ? Könnte, was fürs Wohlergehen deutscher Unternehmer gedacht war, die europäische Integration, sich nicht als segensreich erweisen für die „Lohnabhängigen“ und für die, die keines von beiden sind, aber auch gern erträglich leben wollen?“⁴³⁶

Alleine schon die Klassifikation als Überzeugungstäter rückt Kohl in die Nähe eines strafbar Handelnden, der durch seine konsequente Europaleidenschaft (nach der Wiedervereinigung, der Verf.) zwar ein erneutes Erstarren des deutschen Nationalismus verhindert, dafür unfreiwillig den europäischen Linken den Weg geebnet habe. Der Autor begibt sich dabei auf die Ebene der reinen Spekulation, denn die Behauptung, die europäische Integrationspolitik Kohls sei auf das Wohl der Unternehmer gerichtet und unfreiwillig den Arbeitnehmern zugute gekommen, fehlt

hier jeglicher Beleg. Doch steckt darin eine gewisse Methode, wie an den erörterten Textbeispielen mehrfach erörtert wurde.

Ganz unverhohlen wird am Ende der Wunsch nach dem Ende seiner Kanzlerschaft ausgesprochen: „Bis jetzt hieß es, die Linken kommen und gehen, Kohl bleibt. Es ist Zeit, dass der Spruch umgedreht wird, bevor die Biologie alle Fragen löst.“⁴³⁷

Die Umkehr dieser Aussage ist zwar möglich, jedoch nicht intendiert. Linguistisch ist sie deshalb missglückt, weil sie in der Konsequenz eine Wiederkehr Kohls für optional halten würde. Eine solche Option lag jedoch nicht in der Absicht des Autors. Vielmehr sollte damit der Wunsch zum Ausdruck gebracht werden, dass Helmut Kohl sein Amt niederlegen möge. Der Hinweis auf die biologische Lösung drückt dabei mehr die Befürchtung eines noch nicht absehbaren Endes der Kanzlerschaft Kohls als etwa die seines tatsächlichen Ablebens aus. Bemerkungen dieser Art verweisen ganz eindeutig auf eine ausgeprägt ablehnende Haltung gegenüber der Person Helmut Kohls und dürfen gleichzeitig auch als Übereinstimmung mit dem überwiegenden Teil der TAZ-Leserschaft gewertet werden.

2. Der SPIEGEL:

Der SPIEGEL gehört zu jenem Teil der Presse, zu der Helmut Kohl, wie bereits angedeutet, ein ambivalentes Verhältnis hatte. In seiner Berichterstattung attackiert ihn das Blatt oftmals persönlich mit der deutlichen Tendenz, ihm eigene Unzulänglichkeiten und Versagen in der Politik nachzuweisen, wenngleich dies in einer vergleichsweise subtileren Weise geschieht als in der TAZ:

Einige Beispiele:

*„Die Stunde verpasst,⁴³⁸
Kanzler für Generationen⁴³⁹,
Das Werkzeug der Historie⁴⁴⁰
Ohne D-Mark, ohne Kohl⁴⁴¹“*

Ebenso lässt sich das deutlich distanzierte Verhältnis zu Kohl in den Untertiteln verifizieren:

„Nie war er so mächtig wie heute⁴⁴². Helmut Kohl regiert das Land wie ein Präsident. Seine Minister gehorchen ihm, weil sie ihn fürchten, die Kritiker in den eigenen

Reihen verwandeln sich in Bewunderer. Insgeheim schmiedet der Regent schon Pläne für die nächste Legislaturperiode – und für eine schwarz-grüne Zukunft.“⁴⁴³

Anlässlich seines „Kanzlerrekords“ wird bilanziert: „Nach 14 Jahren an der Macht stolpert Helmut Kohl von einer Krise in die nächste – und bleibt doch der einzige Hoffnungsträger der Union. Fraglich ist nur, wann der Kanzler seine Kandidatur für die nächste Bundestagswahl ankündigt.“⁴⁴⁴

Eine etwaige Würdigung der Dauer einer Kanzlerschaft, die bisher nur Konrad Adenauer vollbracht hatte, konnte nicht erwartet werden. Vielmehr wird die Befürchtung einer erneuten Kandidatur artikuliert, die von dem latent vorhandenen Wunsch nach einem Regierungswechsel flankiert wird.

Auch der immer wieder hervorgehobene Hinweis auf seine Provinzialität („Oggersheimer“) soll seine Unfähigkeit zur Ausübung dieses Amtes belegen. In den Texten wurde darüber hinaus immer wieder der Versuch unternommen, ihn als skrupellosen Machtpolitiker zu skizzieren: „Den Staatssekretären wurde ein Konzept präsentiert, das den Ministern Eigenständigkeit und Eigenverantwortung nehmen sollte.“⁴⁴⁵ Oder: „Der Regent Helmut Kohl sollte in die Rolle des Präsidialkanzlers erhoben werden“⁴⁴⁶ Hier wurde – ähnlich wie in den fünfziger Jahren von Adenauer – ein Kanzlerbild projiziert, das einen mit einer außergewöhnlichen und offensichtlich beängstigenden Machtfülle ausgestatteten Regierungschef bedrohlich erscheinen ließ, wobei ihm die Ausnutzung dieser Macht immer unterstellt wurde. Der Kanzler wurde zum selbstherrlichen Patriarchen stilisiert, der seine Mitarbeiter zum Rapport bestellte: „Seine engsten Mitarbeiter, der unentbehrliche Bohl, Bürochefin Juliane Weber, der Staatsminister Anton Pfeifer, Kohls Medienmann Andreas Fritzenkötter, haben sich im Bungalow zum Plausch beim Abendessen über alles und jeden einzufinden.“⁴⁴⁷ Doch nicht nur als Kanzler, auch als Parteivorsitzender verfügte Kohl über eine außerordentliche Machtfülle. Die Partei sei ihm hörig,⁴⁴⁸ und er herrsche, das kam damit zum Ausdruck, wie ein absolutistischer Souverän.

Um aber 14 Jahre (insgesamt waren es 16 Jahre) an der Spitze der Regierung zu stehen und 25 Jahre das Amt des Parteivorsitzenden innezuhaben, bedurfte es eines ausgeprägten Machtinstinkts. Durchsetzungsvermögen und sicheres Gespür für den Machterhalt waren unabdingbare Voraussetzungen. Dass hierbei politische und manchmal auch persönliche Freundschaften auf der Strecke blieben, schien ihm ein kalkuliertes Risiko gewesen zu sein. Erinnert sei an dieser Stelle an den innerparteilichen Sturzversuch im Jahre 1989 oder an das Zerwürfnis mit CDU-

Fraktionschef Schäuble am Ende seiner Amtszeit.⁴⁴⁹ Solche Handlungsweisen wurden von den Medien – und hier bevorzugt vom SPIEGEL – als Beleg für seine Skrupellosigkeit angeführt.

Insgesamt kann auch für den SPIEGEL gelten, dass die Tendenz seiner Berichterstattung nicht nur zur Politik, sondern auch zur Person Helmut Kohls von deutlicher Ablehnung bis zu Feindseligkeit geprägt ist. Die oftmals ironisierende Darstellungsweise lässt diese geistige Strömung deutlich sichtbar werden. Den Autoren kann ebenso unterstellt werden, dass sie sich dabei im Einklang mit der Mehrheit ihrer Leser befinden.

3. Focus

Die offenbar weit verbreitete Auffassung, die Zeitschrift Focus sei das politisch tendenzielle Gegenstück zum SPIEGEL konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht grundsätzlich bestätigt werden. Der deutlichste Unterschied zur SPIEGEL-Berichterstattung kann lediglich darin gesehen werden, dass im Focus weitgehend auf eine ironisierende und tendenziell negative Perzeption verzichtet wird. Dennoch finden sich immer wieder Hinweise, die ebenfalls nicht mit dem Attribut „positiv“ assoziiert werden können.

Beispiele:

„Der einsame Riese“⁴⁵⁰

Der nette Typ von nebenan“⁴⁵¹

Bürger-King mit List und Lust“⁴⁵²

Zu Kohl verdammt?“⁴⁵³“

Wenn beispielsweise mit „Zu Kohl verdammt“ getitelt wird, wirft auch das offen die Frage nach dem weiteren Verbleiben im Amt auf. Zu etwas oder zu jemanden „verdammt“ sein, heißt im sprachlichen Sinne, keine wirkliche Möglichkeit zum Entrinnen zu haben. Ein solcher Zustand muss als bedenklich gelten, da er die Forderung nach Änderung dieses Zustands intendiert. Erst im weiteren Bericht wird eine mögliche Option (die Nachfolge durch Schäuble) genannt. Zwar kann in diesem Kontext nicht von einer regierungsfeindlichen Haltung gesprochen werden, doch ist die Aussage, der Kanzlerschaft Kohls sei es nun genug, nicht zu übersehen.

Der Unterschied zur Berichterstattung der TAZ und des SPIEGEL besteht daher lediglich in einer anders gearteten Nuancierung, nicht aber in einer wesentlich freundlicheren Perzeption der Person Helmut Kohls.

Metaphern haben in der politischen Berichterstattung einen relativ hohen Stellenwert und Symbolcharakter, wie sie durch die Klassifikation Kohls als „einsamer Riese“ zu Ausdruck kommen. Auch hier wird nicht nur auf seinen Habitus, sondern auch auf seine außerordentliche Machtfülle angespielt, die – ähnlich einem uneingeschränkten Souverän – unnahbar und „einsam“ mache.

Doch eine solche Erwartungshaltung wird schonungslos enttäuscht. Der darunter stehende Bericht setzt sich kritisch mit Kohls Führungsstruktur auseinander. Dies geschieht z. T. durch die eigene Analyse des Autors, Stellungnahmen von Parteifreunden und sogar durch die Wiedergabe eines Kohlwitzes.⁴⁵⁴

„Dem Strippenzieher kommen die Strippen abhanden.“⁴⁵⁵ ist eine wenig schmeichelhafte Umschreibung seiner Führungsrolle. „Es gibt keine CDU-Führung mehr. Was bleibt, ist Kohl. Oft genug regiert die Langeweile. „Blüm hält immer dieselbe Rede. Geißler spricht nicht unter 20 Minuten. Kohl braucht immer eine Stunde“, berichtet ein überdrüssiger Präside. Der Parteichef sei nur immer dann hellwach, „wenn es um Machtstrukturen und Personalfragen geht.“⁴⁵⁶

Sein Erfolgsrezept war seine Schlichtheit. Auch hier sind Parallelen zu Konrad Adenauer zu ziehen. Nicht der feingeistige Intellekt, sondern eine signifikante Einfachheit schienen der Garant für eine lang anhaltende Akzeptanz zu sein, was jedoch auch dazu führte, den Eindruck seiner offensichtlichen Unfähigkeit in Öffentlichkeit und Medien zu verstärken. Konnte Adenauer seine Vereinfachungsgabe noch als Kompliment für sich verbuchen, gilt für Kohl eher das Gegenteil. Es bedurfte zwar auch bei ihm keiner besonders hohen intellektuellen Anstrengung – im Gegensatz etwa zu Helmut Schmidt oder Richard von Weizsäcker –, um ihm folgen zu können, doch sein pfälzischer Dialekt ließ seine Sprache – anders als der rheinische Adenauers – oftmals hölzern klingen. Darin bestand ein deutlicher Widerspruch zur Länge seiner Kanzlerschaft und ist zugleich als einer der Gründe für seine permanente Unterschätzung durch die Medien zu sehen. Seine dennoch zeitweise große Popularität wurde dabei durchaus nicht verkannt: „Sein Erfolgsgeheimnis: Kohl ist einer von ihnen (gemeint sind die Bürger, der Verf.). Eingängige Gesten, glanzlose Sprache – an diesem Mann ist wenig Aufregendes. Niemand muss sich überfordert fühlen. Dabei hat er fast alles erreicht: Barzel

ausmanövriert, Schmidt und Strauß ausgesessen, die CSU gezähmt, die FDP an die Union gekettet.

Mit Clinton in der Pizzeria, mit Jelzin in der Sauna. Kohl ist der Meister der Strickjackendiplomatie. Unzählige Male tot gesagt, steht er heute unangefochten an der Spitze.⁴⁵⁷

Die Einfachheit seines Auftretens und die wohl offensichtliche Unkompliziertheit seiner Verhandlungsführung (Strickjackendiplomatie) machten ihn zwar erfolgreich, erzeugten auch einen gewissen Respekt, aber Niveau hatte das nach Auffassung der Medien letztlich nicht.

Wenngleich diese Einschätzung bei den hier erörterten Blättern weitgehend identisch war, konnten dennoch gewisse Unterschiede in der Perzeption festgestellt werden. Während der SPIEGEL unverhohlen offen mit Kohl ins Gericht ging, geschah dies im Focus dagegen deutlich subtiler, jedoch nicht minder distanziert. Zum Kanzlerrekord wurde unter der Überschrift „zu Kohl verdammt?“ die Frage nach dem etwaigen weiteren Verweilen in diesem Amt gestellt, wobei durch die gleichzeitige Veröffentlichung von Meinungsumfragen das Ende dieser Kanzlerschaft intendiert wurde. „Das Volk indessen mag der feierlichen Verklärung nicht folgen. Eine exklusive Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INRA im Auftrag von FOCUS zeigt: Für die Deutschen ist Kohl nicht ohne Alternative.“⁴⁵⁸ Als Beleg für diese These wurden die Umfragewerte für Unionspersönlichkeiten angeführt, die als Alternative zu Kohl eine aussichtsreiche Chance gehabt hätten. Obwohl überraschenderweise nicht genannt, galt Wolfgang Schäuble allgemein als aussichtsreichster Kandidat gegenüber den Konkurrenten der SPD (Lafontaine und Schröder).

Ungeachtet der noch offen stehenden Fragen zum weiteren Schicksal der Europäischen Union wurde eine Zukunft ohne Kohl als Regierungschef intendiert. Die von Kohl artikulierte These, nur mit ihm sei die europäische Union zu erreichen, wurde damit eindeutig negiert.

4. Die SZ

Die Distanz zur Politik Helmut Kohls ist auch in diesem Presseorgan deutlich verifizierbar. Wie in den vorgestellten Berichten nachgewiesen werden konnte, werden dabei keine offenen Aversionen gegen den Bundeskanzler ausgetragen. Ironisierende oder diffamierende Sprachwendungen, wie etwa in der TAZ oder im

SPIEGEL, werden hier nicht eingesetzt. Zu beobachten war aber dennoch, dass auch die Verfasser der SZ die ungelösten Problemfelder akzentuierten. Der Trend, die langfristigen politischen Ziele Helmut Kohls (WWU und EPU) hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit mit deutlicher Skepsis zu begleiten, setzt sich jedoch fort. Auch dies kann als deutliches Indiz dafür gewertet werden, dass die Printmedien in ihrer Grundhaltung zunächst die Verwirklichung nationaler Interessen als das vorrangige Ziel der deutschen Europapolitik akzentuierten. Lediglich im Zug der deutschen Wiedervereinigung trat diese Skepsis zeitweilig in den Hintergrund, da die Frage der künftigen Strukturen ganz Deutschlands (Beitritt der DDR nach Art. 23 GG zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, NATO-Mitgliedschaft, Neutralität) die Diskussionen beherrschten. Unstrittig war lediglich, dass dies im gesamteuropäischen Kontext geschehen solle. Für diese kurze Zeit galten die von Kohl artikulierten europäischen Visionen auch in den Printmedien als wünschenswert. Gleichzeitig wurde aber der Wiedervereinigungsprozess, so wie er von Kohl angestrebt und letztlich auch realisiert (Zehn-Punkte-Plan, Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR) wurde, zum Teil heftig und kontrovers diskutiert. Deutlich blieb dabei auch in der SZ die vorhandene Skepsis gegenüber der Person des Kanzlers hinsichtlich seiner Fähigkeit erhalten, die deutschen Interessen auf der europäischen Bühne wirkungsvoll und nachhaltig zu vertreten. Dies manifestierte sich vor allem am Streit um die Aufgabe der D-Mark zu Gunsten einer gesamteuropäischen Währung. Auch in der SZ wurde hierzu – gemäß den Stimmungen in der Bevölkerung – eine klar erkennbare ablehnende Haltung eingenommen.

5. Die FR

Deutlicher als die SZ artikuliert die FR ihre Ablehnung gegenüber den europäischen Plänen Kohls. Ähnlich, wenngleich weniger ausgeprägt, bedienen sich die Verfasser der Berichte dabei ebenfalls einer erkennbar ironisierenden Diktion. Die allgemeine Auffassung, dass die FR eine deutliche Distanz zur Person und zur Politik Helmut Kohls aufweist, konnte in der Besprechung der Berichte bestätigt werden. Auch die hier zu beobachtenden Präferenzen der wichtigsten Ziele deutscher Europapolitik decken sich im Wesentlichen mit denen in den zuvor besprochenen Medien. Grundsätzlich kann bei allen Medien davon ausgegangen werden, dass die

Rücksichtnahme auf politische Grundhaltungen ihrer Leser Einfluss auf die Berichterstattung hat, obwohl man nicht prinzipiell davon ausgehen darf, dass die TAZ ausschließlich von einer linksintellektuellen Leserschaft und die FAZ nur von einer konservativ ausgerichteten Leserschaft rezipiert wird. Durch die jeweilige Diktion wird aber die Tendenz eines Blatts in die eine oder andere Richtung deutlich erkennbar.

6. Die FAZ

Am unauffälligsten von allen hier diskutierten Pressebeiträgen berichtet die FAZ. Die Annahme, dies für ein Indiz ihrer generellen Zustimmung zur Person und Politik Kohls zu werten, wurde falsifiziert, denn die Auswertungen der Beiträge in diesem Blatt ergab ebenfalls eine distanzierende Haltung, wenngleich sich diese oftmals hinter einer meist anscheinend sachlich geführten Diskussion verbarg. Dennoch kann konstatiert werden, dass auch die FAZ grundsätzlich dazu neigt, die ungelösten Probleme innerhalb der EG/EU den von Kohl in Aussicht gestellten Erfolgen gegenüberzustellen. Im Ergebnis führt eine solche Betrachtungsweise ebenfalls zur Perzeption eines eher erfolg- bzw. glücklosen Kanzler. Zustimmung, Kritik oder Ablehnung erfolgten immer nach einem bestimmten Muster und zunächst von außen, etwa durch Äußerungen anderer Akteure, Beteiligter oder Betroffener und bildete die Grundlage für die weiterführende Kommentierung. Grundsätzlich können für alle besprochenen Printmedien die folgenden Thesen formuliert werden:

1. Das Verfehlen von Zielen, Erfolglosigkeit und Rückschläge in der Europapolitik Kohls wurden überdurchschnittlich stark betont.
2. Erfolge wurden, von Ausnahmen abgesehen, nur auf Sekundärfeldern perzipiert.
3. Die Perspektive der Medien richtete sich, grundsätzlich von der Betonung nationaler Interessen ausgehend, auf die ihrer Meinung nach zu verfolgenden europapolitischen Ziele.

Betrachtet man diese drei Thesen im Kontext, wird deutlich, dass zwar eine unterschiedlich akzentuierte Akzeptanz der Europapolitik Kohls in den Printmedien

vorhanden war, von einer Zustimmung zum Kanzler hingegen nur in einem geringen Maße gesprochen werden kann.

5. DER KANZLER UND DIE MEDIEN

Die Analyse des Kanzlerbilds in den Medien wäre unvollständig, wollte man diese nur anhand der vorgenommenen Textanalyse vollziehen. Die Frage, warum Kohl in den Medien in einem für ihn eher ungünstigen Bild gezeichnet wurde, lässt sich endgültig erst durch sein eigenes Verhältnis zur Presse beantworten. In diesem Exkurs soll eine kurze Betrachtung seines Verhältnisses zu diesen Medien unternommen werden.

5.1 Der Kanzler und die Printmedien

Das Verhältnis der Kanzler zur Presse und der Umgang mit ihnen war und ist unterschiedlicher Natur. Konrad Adenauer bediente sich häufig und gerne des Presse-Interviews, um beispielsweise Reaktionen der Öffentlichkeit auf politische Entscheidungen zu testen. Helmut Schmidt war ein ausgesprochener Medien-Kanzler, der sich besonders des Fernsehens bediente und so nicht nur ständige Präsenz, sondern auch Entschlossenheit – nicht nur hinsichtlich des RAF-Terrorismus – dokumentierte.⁴⁵⁹

Helmut Kohl hingegen haftete seit seinem Amtsantritt im Oktober 1982 ein denkbar schlechtes Medienimage an. Zum Teil wurde dies von der Presse erzeugt, aber auch von ihm bewusst oder unbewusst gefördert. Sein langjähriger Pressesprecher Peter Boenisch attestierte ihm in einem Interview ein gestörtes Verhältnis zu den Medien: „Ich habe von Anfang an gefunden und finde es heute noch, dass er ein gestörtes Verhältnis zu den Medien hat. Es liegt vielleicht auch an seiner Art, Politik zu machen, so wie im 19. Jahrhundert. Er bereitet Politik ja nicht gerne in der Öffentlichkeit vor, sondern macht sie im kleinen Zirkel.“⁴⁶⁰ In gewisser Weise rückt ihn Boenisch damit in die Nähe des Stils Konrad Adenauers, dem man zeit Lebens sogenannte „einsame Entschlüsse“ unterstellte, die sie jedoch nicht waren.

Auch Helmut Kohl liebte die öffentliche Diskussion über bevorstehende Entscheidungen nicht. Das klassische Beispiel hierfür war die Vorbereitung seines Zehn-Punkte-Programms zur deutschen Wiedervereinigung, das ja nicht nur in der Medienlandschaft, sondern auch innerhalb der eigenen Koalition zu erheblichen Irritationen führte.

Dass Helmut Kohl besonders zum SPIEGEL ein gestörtes Verhältnis hatte, wird von einem engen Vertrauten bestätigt: „Wenn der Politiker Helmut Kohl mit ganz bestimmten Presseorganen keinen oder nur mäßigen Kontakt pflegte oder bestimmten Magazinen wie „SPIEGEL“ und „Stern“ über viele Jahre hinweg – seit 1976 – keine Interviews gab, so lag das nicht daran, dass er kein Verständnis für Pressearbeit gehabt hätte – das besaß er reichlich. Er vertrat vielmehr den Standpunkt, dass es gleichgültig sei, ob er diesen Magazinen ein Interview gebe oder nicht, sie würden ihn mit oder ohne Interviews gleich schlecht behandeln.“⁴⁶¹

Zumindest für den SPIEGEL traf zu, dass er auf Grund des ambivalenten Verhältnisses seines Herausgebers Augstein zur CDU und zur Kanzlerschaft Kohls aus dieser Grundhaltung heraus dem Bundeskanzler eine schlechte Presse gab. „In den Redaktionsstuben gilt es inzwischen als chic, Helmut Kohl madig zu machen. Wer uneingeschränkt Gutes schreibt oder sagt über Kohl, exponiert sich als Einzelgänger. Die Opinion-leader „SPIEGEL“, „Zeit“ und „Stern“ und bestimmte Fernseh- und Radiosendungen sowie das Kabarett haben in konzertierter Aktion ein hämisches Kohl-Bild gezeichnet, das Wirkung erzielt hat.“⁴⁶² Diese Aussage kann als Synonym für die in der Textanalyse verifizierten Tendenzen gelten. Es war einfach nicht opportun, die Person Helmut Kohls mit dem Begriff der erfolgreichen Politik zu assoziieren. „Die allzu oft misslingende Selbstdarstellung des Kanzlers sind für seine Freunde und Partner in Partei, Koalition und Regierung ein Kreuz, aber für die Journalistenmeute ein gefundenes Fressen. Nicht nur, dass noch kein Kanzler vor Kohl so gegen sein eigenes Image anrennen musste, [...] nein, es ist auch noch kein Kanzler so gnadenlos von der Presse zur Ader gelassen worden wie Kohl. So lässt man ihm nicht durchgehen, dass er mit der deutschen Sprache auf Kriegsfuß steht und so putzige Bilder verwendet.“⁴⁶³ Auch diese Aussage kann durch die Textanalyse bestätigt werden, denn das oftmals ungeschickt wirkende Sprachverhalten Kohl trug ebenfalls dazu bei, ihn im Licht der Öffentlichkeit als ungeschickten Akteur erscheinen zu lassen. Gerade die Printmedien üben auf das Konsumverhalten ihrer Rezipienten einen offenbar großen Einfluss aus, denn „der vielzitierte Mann auf der Straße schwimmt gern im Strom der Zeit mit, vermeidet es tunlichst, auf dem falschen Fuß Hurra zu schreien und verhält sich gerne so, wie andere neben ihm sich auch verhalten. Und da nun einmal über Helmut Kohl wenig Schmeichelhaftes, dafür aber Kritisches und Negatives zuhauf in den Blättern zu finden ist, übernimmt der Leser das Negative, das ja oft auch das Amüsiertere ist.“⁴⁶⁴

Das Zusammenspiel aus schlechter Presse und die dem Rezipienten hier unterstellte kritiklose Übernahme dieser Perzeption bewirken die Manifestierung eines dauerhaft

schlechten Images Helmut Kohls. Kohl selber besitzt dazu offensichtlich kein funktionierendes Konzept, diesem Eindruck nachhaltig entgegenzuwirken. Immer wieder – auch das wurde in den besprochenen Berichten deutlich – stellten die Medien unmittelbare Vergleiche mit anderen Persönlichkeiten an. So musste er sich beispielsweise am damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker messen lassen, dessen hoher Intellekt in Verbindung mit einem subtilen Sprachgebrauch in krassem Gegensatz zu seiner eigenen Diktion stand. Darüber hinaus gehörte von Weizsäcker zu jenen Unions-Politikern, die auch inhaltlich in einer erkennbaren Opposition zu Kohl standen. Beides, das sprachgewandte Auftreten und seine sachliche Distanz, wurde von den Medien gerne aufgegriffen, um Kohls öffentlichkeitswirksame Ungeschicklichkeit herauszustellen. Auch im direkten Vergleich mit seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt, der im Volksmund den Beinamen „Schmidt Schnauze“ besaß, machte Kohl keine gute Figur. Schmidts ausgeprägte Eloquenz und die kühle norddeutsche Färbung seiner Sprache hinterließen bei den Medien und schließlich auch in der Bevölkerung den Eindruck von Tatkraft, Kompetenz und Durchsetzungsvermögen. Helmut Kohl sah dagegen – populär ausgedrückt – ziemlich alt aus. Nicht nur seine stattliche Figur, die ihm zunehmend Gewichtsprobleme bescherte, sondern auch die farblos und mitunter monoton klingende pfälzische Dialektfärbung trugen dazu bei, ihn in der öffentlichen Wahrnehmung als den sprichwörtlichen „Elefanten im Porzellanladen“ erscheinen zu lassen. In dieser Metapher vereinten sich die Negativ-Perzeptionen:

der sprachlichen Insuffizienz als Synonym für politisches Unvermögen,
 des tölpelhaften öffentlichen Auftretens als sichtbares Zeichen seiner ihm unterstellten Ungeschicklichkeit und
 die schwerfällig wirkende Motorik als Ausdruck mangelnder Entschlusskraft.

Diese phänotypischen Merkmale wurden schlicht auf seine intellektuelle und politische Leistungsfähigkeit übertragen. Helmut Kohl war alles andere als ein Medienkanzler. Würde er ähnlich wie vor ihm Helmut Schmidt und nach ihm Gerhard Schröder die Medien als Instrument für seine Selbstdarstellung benutzt haben, würde das Bild seiner öffentlichen Wahrnehmung wohl ein anderes gewesen

sein. Seine äußere Erscheinung und seine Art der Politikvorbereitung, wie sie hier von Boenisch skizziert wurde, standen dieser Darstellung jedoch ganz offensichtlich im Weg. Insofern trifft es schon zu, dass sein öffentliches Auftreten und der Umgang mit der Presse im Medienzeitalter etwas Anachronistisches in sich bargen. „Um auch für sich die Journalisten zu gewinnen, müsste Helmut Kohl das Rollenspiel des Gebens und Nehmens zwischen Politik und Medien besser beherrschen. Der Selbstwert eines Journalisten hängt von seinem Informationsstand ab. Den erweitert man nicht durch belehrende Monologe, sondern durch harte News. Die gequälten Mienen der Teilnehmer von Kohls Pressekonferenzen oder Teegesprächen im Kanzleramt nimmt er während seiner Endlos-Antworten, die noch dazu an der Frage vorbeigehen, einfach nicht zur Kenntnis.“⁴⁶⁵

Es stellt sich nicht nur die Frage nach der schlechten Presse für Kohl. Die Beispiele haben deutlich werden lassen, dass seine Europapolitik von dieser grundsätzlich distanzierter perzipiert wurde, als er sie intendierte. Sein europapolitischer Optimismus deckte sich eben nicht mit der Betrachtungsweise jener Medien, denen die Wahrung nationaler Interessen wichtiger erschien als die Verwirklichung einer noch wenig konkret erscheinenden europäischen Vision. In der Aufgabe der D-Mark zu Gunsten des Euro sahen die meisten Medien gleichzeitig den härtesten Verlust nationaler Identität. Die Opferung der D-Mark für die Verwirklichung der Politischen Union wurde von der Presse als zu hoher Preis eingestuft. Schon deswegen konnte und wollte sie die europapolitische Zielsetzung Kohls nicht positiv bewerten.

Auch wenn aus seiner Umgebung verlautete, er habe nicht immer eine durchweg schlechte Presse gehabt, doch ein Teil der Presseorgane sei kontinuierlich gegen ihn eingestellt gewesen, während ein anderer korrekt gearbeitet habe, kann darin dennoch eine Bestätigung der These von einer zumeist negativen Beurteilung gesehen werden.⁴⁶⁶

Auch wenn es zutrifft, dass ein Teil der Presse korrekt gearbeitet habe, besagt das jedoch grundsätzlich nichts über eine positive oder negative Haltung dieser Presseorgane aus.

„Die journalistischen Partner teilt er nach sympathisch und unsympathisch ein. Einige wenige hält er für absolut bösartig und verweigert sich ihnen seit Jahren.“⁴⁶⁷

Dadurch schaffte er selbst ein Klima, in dem er von jenen Journalisten, die er so charakterisierte, natürlich keine gute Kritik erwarten konnte.

Besonders problematisch waren wohl die sogenannten Ad-hoc-Interviews. Hier ist einer der Schwachpunkte in Kohls Medienarbeit zu sehen. Das typische Beispiel war das 1986 der Newsweek gegebene, in dem er Michail Gorbatschow mit Joseph Goebbels verglich. Er selbst bezeichnete dies später als „*dahin gerotzt*.“⁴⁶⁸ Für seinen Pressestab schien es daher auch sehr schwierig, „ihn so zurechtzutrimmen, dass er in Ad-hoc-Interviews unter Zeitdruck und ohne lange Vorab-Besprechung gleichbleibend gut ist. [...] Er leiert auch die bestformulierte Rede herunter, als gingen ihn seine eigenen Ausführungen gar nichts an.“⁴⁶⁹ Horst Teltschick kritisierte das in besonderer Weise im Zusammenhang mit der Verkündung der sowjetischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung im Februar 1990 in Moskau.⁴⁷⁰

Die von den Medien oft gescholtene Einfachheit seiner Rhetorik, der Eindruck der Unbeholfenheit, die im negativen Sinn auch mit seiner Körperfülle in Verbindung gebracht wurde, und seine oftmals hölzern wirkenden Ausführungen in Interviews hinterließen den Eindruck der Unfähigkeit zur Artikulation, was sich auf die mediale Wiedergabe seiner politischen Arbeit übertrug.

Der Widerspruch zwischen seiner 16 Jahre dauernden Kanzlerschaft und seiner öffentlichen Perzeption durch die Presse könnte nicht größer sein.

6. SPRACHLICHE MITTEL DER MEINUNGSBILDUNG

Nach der ausführlichen Textdiskussion über die inhaltliche Darstellung der Europapolitik soll abschließend ein Exkurs über die sprachlichen Mittel angefügt werden. Teilweise wurden sie bei der Texterörterung schon dargelegt, deswegen sollen sie hier in einer Zusammenfassung nur kurz erläutert werden.

6.1 Textsorte und sprachstilistische Mitte

Bei den hier erörterten Texten handelte es sich ausschließlich um die Textsorte „Bericht“. Zwar können die verifizierten Akzentuierungen in der Betrachtung politischer Kommentar wahrscheinlich stärker nachgewiesen werden, doch gerade der Bericht, der in der Regel den Anspruch auf Neutralität erhebt, erweist sich dabei als ein schwierigeres Feld.

Die sprachstilistischen Mittel reichen von einer abwertend polemisierenden Betrachtungsweise bis hin zu sachlicher Auflistung der Thematik.

In Kurzform sollen hier die unterschiedlichen sprachlichen Deskriptionen zusammengefasst und auf die differenten Diktionen der hier erörterten Presseorgane verwiesen werden:

1. Die TAZ:

Der Bundeskanzler ist kein schneller Denker,
 Kohls Debakel,
 Politik auf Oggersheimer Niveau,
 Buhmann der Nation,
 der Trick ist so einfach wie genial,
 Wiedervereinigungsmief,
 rhetorische Aufrüstung des Kanzlers,
 Erfolg der Stippvisite,
 feierlich und fast gerührt verlas der Kanzler...,
 der Kanzler doublierte,
 keusch errötend drückte sich der Kanzler,
 Statt hemmungslos, lautstark, müde und lustlos,

wer ihm bisher geglaubt habe, muss sich umstellen,
 buchhalterisch lobte er,
 nichts Konkretes hat der Kanzler genannt,
 Verlierer des gigantischen Geschacheres war Bundeskanzler Kohl,
 pausbäckig prophezeite er,
 Von Kohl geforderte...kam nur ansatzweise zustande.

Diese Aufzählung sprachlicher Stilelemente zeigt sehr deutlich die von diesem Presseorgan intendierte Richtung. Kohl wurde – direkt oder indirekt meist in Verbindung mit negativ besetzten Attributen beschrieben, die in direktem Bezug eine polemisierende und diffamierende Absicht deutlich werden ließ. Die offensichtlich für notwendig gehaltene Aufrüstung seiner Rede zielte in die zuvor kritisierte Hölzernheit seiner Artikulation.

Auch dass der Bundeskanzler kein schneller Denker sei, gehört in die Klasse der diffamierenden Darstellung, die, da sie nicht näher verifiziert wird, als Faktum hingenommen werden soll.

Evident ist, dass ein Bezug zwischen seinem Habitus⁴, etwa seiner Pausbäckigkeit, wie sie oft in Karikaturen dargestellt wird, mit seinem öffentlichen Auftreten hergestellt wurde. Eine keusche Errötung ist hingegen keine Kohl-typische Eigenschaft, soll aber ebenfalls den Eindruck seiner angeblichen Unbeholfenheit bei öffentlichen Auftritten unterstreichen. Allein die Verbindung des Verbuns „keusch“ mit der Substantivierung von „erröten“ sind Eigenschaften, die in der Regel einem femininen Verhalten zugeschrieben werden und Ausdruck von Verlegenheit, nicht aber dem Auftritt eines Bundeskanzlers vor der Presse zuzuordnen sind.

Hinsichtlich seiner eigenen Glaubwürdigkeit wird er mitunter heftig attackiert, etwa wenn es heißt, dass diejenigen, die ihm bisher glaubt haben, sich umstellen müssten. Im Klartext bedeutete dies, er selbst bezichtige sich der Lüge oder wenigstens der Unwahrheit. Selbst die Wiedergabe eines Kohl-Witzes gehört zum Repertoire der sprachlichen Mittel.⁴⁷¹

Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen, doch die wenigen Beispiele zeigen deutlich, auf welcher sprachlichen Ebene mit Kohl umgegangen wurde.

2. Der SPIEGEL

Mit seinem unabgestimmten Plan,
 Kohl nahm seinen Stellvertreter frontal an,
 wild entschlossener Wahlkämpfer,
 patriotisches Pathos und Wahlkampf-Geklingel,
 mehr einen taktischen Vorteil, denn die Einheit im Kopf
 begab sich auf schlüpfrigen Grund,
 ungenaue, verharmlosende Formulierung,
 mit dem Oggersheimer,
 „Gröwaz“ (größter Wendehals aller Zeiten),
 Ohne Gespür für Ressentiments,
 Fahrdienstleiter am Rhein,
 Stümpereien des Kanzlers,
 Kohl versuche, zu bevormunden,
 als Mitbringsel hatte Kohl angewiesen,
 Schwer und hallend breitete Kohl seine Politik im Parlament aus, der
 gravitatische Mann dröhnt,
 vaterländischer Kanzler,
 unbesiegbar wirkt er da,
 Helmut Kohl aus Oggersheim,
 breit und herausfordernd lässig,
 in Maastricht konnte sich der Kanzler nicht durchsetzen,
 der Beifall für den Europäer Kohl blieb verhalten,
 sein europäischer Kraftakt,
 getreu seinem Glaubenssatz⁴⁷²,
 Zuhörer Kohl grinste

Der SPIEGEL bewegt sich in seiner Berichterstattung auf einer ähnlichen Linie wie die TAZ. Der häufige Hinweis auf seine Herkunft („Oggersheim in der Pfalz“) sollte dabei das Klischee seiner angeblichen Provinzialität untermauern helfen.

Parallel zur TAZ arbeitete auch der SPIEGEL mit dem Stilelement der Polemik. Allein schon die Auswahl von Zitaten deutet darauf hin, etwa wenn Kohl – in Anspielung für Hitlers gebräuchliche Bezeichnung im Volksmund⁴⁷³ – als „Gröwaz“ titulierte wurde.

Ein ebenfalls signifikantes Stilmittel ist in der Verharmlosung zu sehen. Ein Fahrdienstleiter ist nicht etwa jemand, der die Richtung bestimmt, sondern verantwortlich für die Einhaltung eines vorgegebenen Fahrplans zeichnet. Kohls Rolle wird durch diese Metapher auf die bloße Ausführung, nicht aber Bestimmung reduziert.

Ähnlich verharmlosend wirkt die Bezeichnung „Mitbringsel“ für die Soforthilfe an Moskau in Höhe von 200 Millionen D-Mark. Unter einem Mitbringsel versteht man im allgemeinen Sprachgebrauch eine kleine Aufmerksamkeit, was in dieser Größenordnung wohl mehr als nur unzutreffend bezeichnet werden muss. Hier sollte aber der bewusste Eindruck vermittelt werden, dass die Zahlung eines solchen Betrages für die Bundesrepublik eine Marginalität gewesen sei. Auch wenn ein solcher Betrag, gemessen am Brutto-Inlandsprodukt des Jahres 1989, nicht exorbitant groß gewesen war, ein Mitbringsel war er sicher nicht.

Abschätzige Hinweise auf Kohls verbales Sprachverhalten und seine non-verbale Körpersprache finden sich reichlich in den ausgewerteten Texten, auch in jenen, die hier nicht explizit erörtert wurden.

Die Sprache, so wird suggeriert, sei auch Ausdruck seines körperlichen Gewichts. „Schwer“ und „hallend“, „dröhnend“ sowie „patriotisches Pathos“ und „Wahlkampf-Geklingel“, „breit“ und „herausfordernd lässig“, „grinsend“ und „gravitatisch dröhnend“ werden hier als Synonym für die Schwerfälligkeit seines öffentlichen Auftretens gebraucht, woraus der allerdings falsche Schluss gezogen wurde, dass seine Sprache allein schon auf Grund seiner Körpermasse laut, unangenehm und damit abstoßend sei.

Mit diesen Verben und Wortgefügen werden ganz bewusst unangenehme Charaktereigenschaften beschrieben, die beim Rezipienten einen unsympathischen Eindruck hinterlassen sollen.

3. Focus

Bundeskanzler Kohl spielt die Entscheidung herunter
 Taufrisch eilt Kohl,
 verduzt lernen die Partner einen neuen Kohl kennen,
 blieb auf seinem Stuhl sitzen und schaute traurig drein,
 zur Chefsache machte Kohl nicht,

Kohl mahnte barsch,
 der Kanzler verzichte auf die Politische Union,
 Kohls Kampfkraft ist ungebrochen,

Obwohl, wie in den Texten nachgewiesen wurde, die inhaltliche Kritik an der Europapolitik Kohls ebenfalls deutlich zum Ausdruck kam, erscheint die Diktion weniger abschätzig und polemisierend. Abfällige Andeutungen etwa über seine Herkunft oder seinen Habitus konnten auch bei der quantitativen Durchsicht nicht perzipiert werden.

Der Umgang mit Helmut Kohl erfolgt in der Regel korrekt („Kohl“, „Helmut Kohl“, „Bundeskanzler Kohl“, „Kanzler“). Auf die im SPIEGEL und in der TAZ nachgewiesenen abschätzigen Attribute: „*breites Grinsen*“, „*dröhnende Stimme*“ wird verzichtet. Aus der Perspektive der sprachlichen Ebene stellt sich das Magazin Focus damit in einen Gegensatz zum SPIEGEL. Polemisierende Häme, Spott oder Diffamierungen konnten als stilistische Merkmale nicht nachgewiesen werden. Diese Kriterien genügen aber allein noch nicht, um ein Presseorgan in die Kategorie eines regierungsfreundlichen bzw. Kohl positiv bewertendes Blatts einzuordnen. Erst durch eine Sichtbarmachung von Konformität mit der Regierungspolitik, die durch entsprechende sprachliche Elemente zum Ausdruck kommen muss, kann ein Blatt als in diesem Sinne eingeordnet werden. Doch auch das Magazin Focus bleibt bei aller Zurückhaltung in der Polemik letztlich in einer überwiegend kritischen bis skeptischen Grundhaltung.

4. SZ

Kohl konnte die Nationalflagge an sich reißen,
 hat den Republikanern den Zündstoff gestohlen,
 der deutsche Kanzler proklamiert den Sieg,
 der Haupt-Deal fand zwischen Kohl und Mitterrand statt,
 Kohl und Genscher haben gewinnen können,
 Bundeskanzler Kohl hatte erklärt,
 Kohl bezeichnete auf der Pressekonferenz,
 Kohl habe versichert,
 Bundeskanzler Kohl wandte sich an die Bürger
 Kanzler Kohl hatte sich weit aus dem Fenster gelehnt,

Das Fingerhakeln hat es Kohl unmöglich gemacht, zu bekommen,
Kohl hatte geschwärmt,

Signifikant sind die mitunter national gefärbten Wortgefüge: „Nationalflagge“, „der deutsche Kanzler proklamiert den Sieg“. Hierin lassen sich jene Tendenzen erkennen, die für die Berichterstattung europapolitischer Themen von Bedeutung waren. Im Verlauf der Texterörterung konnte nachgewiesen werden, dass die hier diskutierten Presseorgane dazu neigten, die Europapolitik allgemein aus einem betont nationalen Interesse zu fokussieren, dies um so mehr, je weiter sich der Integrationsprozess der Vollendung der Politischen Union zu nähern schien.

Auch die SZ bediente sich in ihrer Berichterstattung einer kaum polemisierenden Diktion, wenngleich die inhaltliche Distanz zur Politik Kohls dennoch gewahrt blieb. Gleichzeitig war eine Geringschätzung der europäischen Gipfeldiplomatie erkennbar, mit „Deal“ oder „Fingerhakeln“ deskribiert, womit Zweifel an der Effizienz solcher Konferenzen artikuliert wurden. Die Grundhaltung blieb auch hier skeptisch bis distanziert, wenngleich auf diffamierende Polemik verzichtet wurde.

Auch in den sog. Innenseitenberichten wurde auf dieses Stilelement verzichtet.

5. FR

Kohls Plan löste wenig Begeisterung aus,
heiter, gelöst und mit energischem Schritt,
im Schlepptau Genscher und den Bonner Regierungssprecher Klein,
Kohl schlug Genscher freundschaftlich auf den Arm,
Lausbubenstimmung würde der Helmut Kohl aus der Pfalz das wohl nennen,
Kohl ließ es dann auch heraus,
Strahlend wie ein Sieger und gewichtig wie ein Staatsmann,
Kohl schilderte in drastischen Farben die katastrophale Lage,
aber da war auch einer gekommen, der sich fürchtet,
fast flehentlich appellierte Kohl,
da wurden Genscher und Kohl verschlossen,
generös versicherte Kohl,
Bundeskanzler Kohl versicherte,
um 1.45 Uhr in der Nacht zum Mittwoch legte Kohl ein Geständnis ab,

Der Bundeskanzler hatte feststellen müssen,
 diesmal konnte Kohl die Partner nicht aussitzen,
 so ein paar [...] Prozesse werfen den „Chef-Europäer“ Helmut Kohl nicht um,
 Kohl hatte ermahnt,
 Gipfel-Oldie wie Kohl.

Die FR ist in ihrer Wortwahl in Nähe zum SPIEGEL anzusiedeln, da auch hier auffallende sprachliche Elemente geringschätzender Wertungen des Kanzlers perzipiert werden konnten, wenngleich sie nicht annähernd so ausgeprägt verwendet wurden.

Deutlich erkennbar ist allerdings auch hier eine größere Distanz zu Kohl als etwa in der SZ und im Focus. Der Zehn-Punkte-Plan fand dabei wenig Akzeptanz. Dem Kanzler wurden in diesem Kontext nationale Eigenmächtigkeiten vorgeworfen. Insgesamt perzipiert auch dieses Blatt, abgesehen von seinem Erfolg bei der Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Wiedervereinigung – einen relativ erfolglosen Kanzler, denn er „legte ein Geständnis ab“, „musste feststellen“ und „konnte nicht aussitzen.“ Damit sollte nachdrücklich verdeutlicht werden, dass der Kanzler bei der Verfolgung und Durchsetzung seiner europapolitischen Ziele offenbar auf größeren Widerstand als erwartet gestoßen sei, mehr Zugeständnisse, als von ihm gewünscht, machen musste und letztlich mit seiner Europapolitik im Ganzen gescheitert sei.

Eine gewisse Lässigkeit in der Sprache gehört zu den signifikanten Merkmalen der Berichterstattung („im Schlepptau“, „ließ es heraus“, „werfen Kohl nicht um“, „Gipfel-Oldie“). Gelegentlich erweckt dies den Eindruck, Politik sei ein vernünftiges Geschäft, so etwa die Moskauer Gespräche, bei denen es um die sowjetische Einwilligung zur deutschen Wiedervereinigung ging. In diesem Kontext wurde von „Lausbubenstimmung“ und freundschaftlichen Schlägen auf den Arm berichtet, was diese Perzeption noch verstärken sollte. Dass es dabei aber um existenzielle Fragen (Einheit oder nicht) ging, konnte leicht in Vergessenheit geraten. Ähnlich wie der SPIEGEL wurde in den Berichten der FR nicht selten auf den Habitus und die Herkunft Kohls Bezug genommen („gewichtig wie ein Staatsmann“, „Helmut Kohl aus der Pfalz“). Daraus konnte bei einer negativen Betrachtungsweise der Schluss für Kohls eklatant scheinende Unfähigkeit gezogen werden. Eine

eindeutige Determination wurde dabei – im Gegensatz zu SPIEGEL und TAZ - nicht vorgenommen.

Kohls Herkunft aus der Pfalz schien für manche Medien geradezu prädestiniert gewesen zu sein, um seine angebliche Provinzialität und Unfähigkeit nachweisen zu können.

6. FAZ

Bundeskanzler Kohl hat einen hohen Preis bezahlt,
 Kohls Zehn-Punkte-Plan rief reihum wenig Begeisterung hervor,
 des Kanzlers Brief zur Währungsunion stieß auf Misstrauen,
 das Abrücken von der Gemeinschaft und Hinwendung zum Tagtraum der
 deutschen Einheit,
 Kohl beugte sich dem Terminplan,
 hat man dem Kanzler die Hände gebunden,
 Kohl legte sich nicht fest,
 Kohl sagte,
 Kohl trug vor,
 Kohl ergänzte,
 Kohl verglich,
 Bundeskanzler Kohl rief auf,
 Mit der Definition kann Kohl bestens leben,
 Kohl, leidgeprüft,
 dem Bundeskanzler ging es darum,
 Als Erfolg konnte es Kohl verbuchen,
 der Kanzler lässt sich nicht beirren,
 Bundeskanzler Kohl rechtfertigte.

Die FAZ verzichtete in ihrer Berichterstattung auf jegliche Art der Polemik hinsichtlich seiner Sprache, seiner Herkunft und seines Habitus, zeigt aber ebenso eindeutig die Problemfelder auf, die Kohl offenbar – aus ihrer Perspektive - nicht immer erfolgreich bewältigt gehabt zu haben schien („beugte sich dem Terminplan“, „hat man dem Kanzler die Hände gebunden“). Der Umgang mit ihm kann aber

insgesamt als korrekt bezeichnet werden („Bundeskanzler Kohl“, „Kohl“, „der Kanzler“). Kritik wurde nur auf der inhaltlichen Ebene geübt.

Die betonte Sachlichkeit der Berichterstattung lässt die FAZ von allen hier erörterten Blättern als das Kohl-freundlichste Blatt erscheinen, wenngleich dies nur hinsichtlich der Perzeption seiner Person zutrifft. Gleichwohl wurde auch hier die Europapolitik Helmut Kohls kritisierend, jedoch in keinem Fall abwertend oder diffamierend beschrieben, was sich an einer insgesamt – im Vergleich zu den übrigen Printmedien – neutral gehaltenen Diktion verifizieren ließ. Die grundsätzlich subtil und verdeckt artikulierte Kritik führte daher auch zu der allgemein verbreiteten Annahme, die FAZ habe der Europapolitik Helmut Kohls im Wesentlichen positiv gegenübergestanden. Das kann pauschal so nicht behauptet werden, wenngleich sie von den hier erörterten Blättern sicher die unauffälligste Kritik übte. Erst bei einer genaueren Perzeption konnte die vorhandene Distanz sichtbar gemacht werden.

6.1.1. Syntaktische Betrachtung⁴⁷⁴

Bei der Auswertung der Syntax ist die Länge eines Berichts weniger relevant, vielmehr sollte das Augenmerk auf die Satzkonstruktionen gelegt werden, die auf der Grundlage der diskutierten Texte zur deutschen Wiedervereinigung exemplarisch in der folgenden Abbildung zusammengefasst sind:

Abb. 4

SPIEGEL	Focus	TAZ	SZ	FR	FAZ
HS /SG	HS/SG	HS/SG	HS/SG	HS/SG	HS/SG
16/52	25/48	13/46	29/18	9/13	9/7

Der Anteil der kombinierten Sätze (KS) ist im SPIEGEL und in der TAZ verhältnismäßig groß (52 zu 16 und 46 zu 13), was die Textrezeption erschwert, da dies eine höhere Aufmerksamkeit erfordert als die Rezeption einfach strukturierter Sätze (HS). Gemessen an der Gesamtlänge der Berichte ist dieser Anteil in der FR (9) und der FAZ (9) überdurchschnittlich hoch. Während im SPIEGEL und in der

TAZ der Anteil der Satzgefüge etwa viermal so hoch ist wie der einfacher Hauptsätze (HS), beträgt der Anteil im Focus etwa die Hälfte. In der SZ beträgt der Anteil der SG (Satzgefüge) etwas mehr als die Hälfte aller Sätze. Die inhaltliche Perzeption wird durch den anteilmäßig häufigeren Gebrauch von HS wesentlich erleichtert, erscheint übersichtlicher und stellt an den Rezipienten geringere Anforderungen. Große Boulevardblätter bedienen sich daher oft einer solchen Syntax, die eine raschere inhaltliche Perzeption ermöglicht.

Der hier exemplarisch erhobene Vergleich kann stellvertretend für die generelle syntaktische Struktur in diesen Presseorganen gewertet werden.

7. ABSCHLIESSENDE BETRACHTUNG DER LEISTUNG VON PRINTMEDIEN BEI DER MEINUNGSBILDUNG HINSICHTLICH DER DARSTELLUNGSWEISE DER EUROPAPOLITIK HELMUT KOHLS

Mit der hier vorliegenden Arbeit sollte der Versuch unternommen werden, nachzuweisen,

- a) wie die Europapolitik Helmut Kohls inhaltlich perzipiert wurde und
- b) mit welchen sprachlichen Mitteln dies geschah.

Der Schwerpunkt dieser Untersuchung lag dabei auf der inhaltlichen Ebene.

Helmut Kohl hatte sich seit seinem Amtsantritt als Bundeskanzler die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft und deren Ausbau zur Politischen Union als wichtigstes europapolitisches Ziel gesetzt. In seiner Regierungserklärung am 6. März 1983 kündigte er bereits an, neue Wege zur Einigung Europas beschreiten zu wollen. Gemeinsam mit François Mitterrand brachte er dann immer wieder Initiativen auf die Tagesordnung der EG-Ratsgipfel, die zur Beschleunigung dieses Prozesses führen sollten. Während in den achtziger Jahren solche Initiativen am Widerstand einiger Mitgliedsländer scheiterten oder von diesen verzögert wurden (in erster Linie durch Großbritannien, Dänemark und Griechenland), änderte sich das Bild mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der sich abzeichnenden deutschen Wiedervereinigung. Bereits 1983 legten die damaligen Außenminister Genscher (Bundesrepublik Deutschland) und Colombo (Italien) ein Konzept für eine künftige Europäische Union vor, das zur Grundlage der feierlichen Erklärung von Stuttgart wurde. Die Verwirklichung der künftigen Europäischen Politischen Union wurde dabei allerdings noch in eine unbestimmte Zukunft verwiesen.

Nach der Stagnation zu Beginn der achtziger Jahre war dies ein erster Schritt. Durch diese sehr intensive und enge Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich war es immerhin möglich, dass der Prozess in Richtung europäischer Integration trotz einiger Rückschläge wenigstens auf einer Initiativ-Ebene in Gang gehalten wurde. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Union war der mehrheitliche Entschluss des europäischen Rates, im Jahr 1985 eine Konferenz

zur Herbeiführung konkreter Schritte auf dem Weg zur Politischen Union einzuberufen. Auf dem Luxemburger Ratsgipfel im selben Jahr wurde die Einheitliche Europäische Akte beschlossen, deren wichtigster Bestandteil die Vollendung des gemeinsamen Binnenmarkts für das Jahr 1992 war.

1986 traten Spanien und Portugal als elftes und zwölftes Mitglied der EG bei, deren Mitgliederzahl sich damit verdoppelt hatte. Schon damals zeichneten sich die strukturellen Probleme ab, die mit der Osterweiterung der EU in den 90er-Jahren vollends akut wurden.

Parallel zur deutschen Wiedervereinigung wuchs in den europäischen Partnerländern die Furcht vor einem wirtschaftlich und politisch starken Deutschland, das, nachdem die Teilung überwunden war, die Gemeinschaft verlassen und eine kontinentale Hegemonialpolitik betreiben könnte.

Helmut Kohl, der 1989 innenpolitisch bereits angeschlagen war, kam diese Entwicklung, ohne die seine weitere Kanzlerschaft zweifelhaft gewesen schien, zu Hilfe. Der Zerfall des Ostblocks, die einsetzende Massenflucht aus der DDR und der sichtbare Autoritätsverlust der DDR-Regierung trugen wesentlich dazu bei, dass er die politische Initiative ergreifen konnte. In seinem Zehn-Punkte-Plan vom November 1989 entwarf er schon relativ konkret ein Konzept zur späteren Wiedervereinigung.

Hierin ist eine Zäsur seiner Europapolitik zu erblicken.

Einerseits sah er die Chance zur Wiedervereinigung gekommen und andererseits galt es nun, die europäischen Partner davon zu überzeugen, dass nicht nur durch den innerdeutschen Prozess, sondern auch durch die sich abzeichnende Beitrittswilligkeit der ost- und südosteuropäischen Staaten eine schnellere und unumkehrbare Verwirklichung der Politischen Union herbeigeführt werden sollte.

Die europäische Einigungspolitik erhielt in den 90er-Jahren eine neue Dynamik. Der Vertrag von Maastricht und die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung sollten zur „Irreversibilität“ der künftigen Politischen Union beitragen.

Waren die Verhandlungen in Maastricht noch von dem allgemeinen Wunsch geprägt, vor allem Deutschland fester in die Gemeinschaft zu integrieren, traten in den Folgeverhandlungen die alten Divergenzen unter den Mitgliedsländern wieder auf. Bei den Diskussionen über die Konvergenzkriterien des Euro und eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik rückten die Mitgliedsländer mehr oder weniger vom Integrationsgedanken ab und vertraten statt dessen zunehmend

nationale Interessen. Auf dem Gipfel in Amsterdam im Jahr 1997 war Helmut Kohl wohl auch wegen seiner innenpolitischen Angeschlagenheit und mit Rücksicht auf die Bundestagswahl 1998 nicht mehr die treibende Kraft, um den deutlich stagnierenden europäischen Integrationsprozess die erforderliche Dynamik zu verleihen.

Die Perzeption der Europapolitik Kohls, das wurde bei der Texterörterung deutlich, war stets von einer zurückhaltenden Skepsis bis Ablehnung geprägt.

Die Berichterstattung ließ sich dabei in folgende Kategorien einordnen:

Kategorie A: Titelseitenberichte

Kategorie B: Innenseiten- und Magazinberichte

Während sich Titelseitenberichte durch eine deutlich verifizierbare Zurückhaltung der Wertung durch den jeweiligen Autor auszeichnen, wird eine solche in den Innenseiten- und Magazinberichten hingegen evident.

Die wesentlichen Merkmale für die erste Kategorie sind:

Der Titelseitenbericht.

- Reduzierung der Darstellung auf die Aneinanderreihung des Geschehnisablaufs.
- Dokumentation der Authentizität durch Zitate bzw. den Bezug auf Aussagen (etwa in Reden, Interviews, Fernsehansprachen, Schriftstücke).
- Verzicht auf explizite Kommentierung oder verbale Wertung durch den Autor.
- Reihenfolge, Auswahl und Ausführlichkeit der Statements können als einziges Indiz für eine etwaige Wertung durch den Autor herangezogen werden.
- Erst durch diese vorzunehmende Interpretation lassen sich Rückschlüsse auf eine latent vorhandene Wertung durch den jeweiligen Autor ziehen.

Im Unterschied dazu werden dem Rezipienten in den Innenseiten- und Magazinberichten eindeutig verifizierbare Wertungsvorlagen geboten. Auch diese Merkmale seien hier nochmals zusammengefasst:

Der Innenseiten- und Magazinbericht

- Die Deskription des Geschehnisablaufs wird durch den Autor kommentiert (etwa durch Hinweise auf emotionale Reaktionen: mit Freude, Unbehagen, Staunen).
- Nachweis der Authentizität durch Zitate bzw. den Bezug auf diese.
- Deutlich erkennbare Wertung durch den Autor („die Rede dröhnt“, „die Stimme klirrt“, „der Mann aus Oggersheim“).
- Eine Wertung des Autors muss daher nicht allein auf die Auswahl, Reihenfolge und Länge etwa von Redebeiträgen reduziert werden.
- Durch diese vorweggenommene Interpretation wird dem Rezipienten ein Meinungsbild geboten, das er annehmen oder ablehnen kann.

Die Methoden beider Kategorien weisen allerdings einige Gemeinsamkeiten auf. Neben der notwendigen Deskription der Fakten werden diese durch Interview- oder Redeauszüge belegt. Besonders in der Kategorie B soll dies zur Untermauerung der hier vertretenen Meinungen und Wertungen beitragen. Die Botschaft an den Rezipienten besteht also darin, ihn von der Richtigkeit der hier vertretenen Standpunkte zu überzeugen. Äußerungen beteiligter Akteure oder als kompetent ausgewiesener Fachleute, die sich im Sinne des jeweiligen Autors äußern, sollen ebenso dazu beitragen helfen, die eigene Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Die Selektion und fragmentarische Wiedergabe solcher Statements ist daher ein geeignetes Mittel, die Meinungsbildung des Rezipienten nachhaltig zu beeinflussen. Es liegt also im Ermessen des jeweiligen Autors, eine entsprechende Passage für seine intendierte Einflussnahme als Beleg anzuführen. Der dabei in Kauf genommene Nachteil besteht aber darin, dass solche Fragmente im Kontext allerdings einen ganz anderen Sinn ergeben könnten, der dem Rezipienten jedoch verborgen bleibt. Aber genau hierin liegt die Kunst der Meinungsmanipulation.

Ein weiteres wichtiges Kriterium der Meinungsbildung besteht auch in der Darstellung der Akteure. Eine erfolgreiche Verhandlungsführung steht dabei als Synonym für die Durchsetzung eigener politischer Ziele. Helmut Kohl erschien dabei

in einem für ihn augenscheinlich negativen Licht. Diese Tendenz lässt sich bis in die Anfangszeit seiner Regierungsarbeit zurückverfolgen. Erfolg oder Misserfolg seiner Politik werden in den hier erörterten Berichten an jenen Ergebnissen und Zielen gemessen, die er ganz offensichtlich nicht erreicht hatte. Dies gilt in besonderem Maße für die Europapolitik der 90er-Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung.

Sein Ziel bei den Maastrichter Verhandlungen war neben der Einführung einer gesamteuropäischen Währung auch die Festschreibung der Irreversibilität der Politischen Union. Die Einführung des Euro muss dabei vor dem Hintergrund des Wunsches der europäischen Partner nach einer engeren Einbindung Gesamtdeutschlands in die Gemeinschaft gesehen werden. Der Wille zur Bildung der Union wurde zwar vertraglich formuliert, jedoch noch keineswegs endgültig konkretisiert.

Hier setzte die Medienkritik an. Kohl habe sich am Ende nicht durchsetzen können und die harte D-Mark für eine „weiche“ europäische Währung geopfert und somit einen zu hohen Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung gezahlt, war der allgemeine Tenor.

Bemerkenswert war hierbei die Akzentuierung der Kritik. Während die Tageszeitungen in ihren Berichten unisono das Scheitern der europäischen Sozialunion hervorhoben, wichen die Magazine davon ab und akzentuierten die perspektivischen Zielsetzungen des Maastrichter Vertrages (WWU und Politische Union).

Medium	inhaltlicher Kritikschwerpunkt
TAZ	Sozialunion
SPIEGEL	WWU
Focus	Politische Union
SZ	Sozialunion
FR	Sozialunion
FAZ	Sozialunion

Die Berichterstattung einer Tageszeitung befasst sich primär mit dem aktuellen Tagesgeschehen und schließt sekundär auf mittel- oder längerfristige Perspektiven. Nicht dass solche nicht auch dort erörtert würden, sie stehen jedoch nicht im

Vordergrund. Magazine fassen wegen ihres in der Regel wöchentlichen Erscheinens diese Ereignisse zusammen und rücken die perspektivische Analyse in den Vordergrund.

An der negativen Einschätzung des Bundeskanzlers Kohl ändert dies aber nichts. Seine Erwartungen wurden laut Presseurteil nicht erfüllt, daher sahen diese Medien ihn eindeutig als den eigentlichen Verlierer von Maastricht.

Medium	„Gewinner“	„Verlierer“
TAZ	Mitterrand, Major	Kohl
SPIEGEL	Major, Gonzáles	Kohl
Focus		Kohl
SZ	Major	Kohl
FR	Major	Kohl
FAZ	Major, Lubbers	Kohl, Delors

Sieht man einmal von der Wiedervereinigung ab, in deren Verlauf Kohl nur schwer als erfolglos charakterisiert werden konnte, obwohl es an Versuchen in TAZ und SPIEGEL durchaus nicht mangelte, wird seine Europapolitik danach als wenig erfolgsorientiert betrachtet. Die Versuche, ihn während des Wiedervereinigungsprozesses als unsensiblen und eigensinnigen Akteur darzustellen, manifestierten sich vor allem an seinem Zehn-Punkte-Programm und seiner Verhandlungsführung, vor allem mit Moskau. Das Zehn-Punkte-Programm, dessen Urheberschaft von Teilen der SPD für sich reklamiert wurde, galt als Indiz, auch darüber war man sich in den erörterten Presseorganen einig, für eigenmächtiges Handeln Kohls. Besonders bei den Verhandlungen in Moskau über die Zustimmung zur Wiedervereinigung wurde dabei von einem Teil der Presse von einem Verkauf der DDR an die Bundesrepublik gesprochen. Die Milliardenkredite, die Kohl Gorbatschow gewährte, wurden als Beweis in die Argumentation gebracht. Es ist unbestritten, dass ohne diese finanzielle Hilfe das Einverständnis Moskaus nur schwer erreicht worden wäre. Die Zustimmung Gorbatschows hatte sicher ihren Preis, doch das Urteil eines Teils der Presse geht in diesem Kontext sicher fehl, wenn sie die finanzielle Zuwendung (hier auch einmal als „Mitbringsel“ verharmlost) als ausschließlichen Grund dafür betrachtete. Abgesehen vom immer sichtbarer werdenden Zerfall des Ostblocks war der Verfall der DDR-Staatsautorität und der

Bankrott ihres Staatshaushaltes nicht mehr zu stoppen. Auch ohne die Verhandlungen mit Moskau wäre das Ende des Ostblocks und der DDR wohl kaum mehr aufzuhalten gewesen. Die Frage stellt sich, die allerdings Spekulation bleiben muss, inwieweit der Veränderungsprozess dann noch auf friedliche Weise verlaufen wäre. Insofern muss man Kohl, der Medienschelte zum Trotz, zugestehen, die Chance, die sich ihm von außen bot, ergriffen zu haben. Das in den Medien weit verbreitete Bild, Kohl habe die Wiedervereinigung herbeigeführt, ist in diesem Kontext sicher nicht richtig. Er hat aber durch sein Handeln wesentlich dazu beigetragen, dass der politische Weg dazu geebnet werden konnte.

Interessanterweise haben jene Presseorgane (hier besonders die TAZ und der SPIEGEL) eine Revision in ihrer Berichterstattung vornehmen müssen, als das Ereignis der Wiedervereinigung zur Gewissheit wurde. Besonders in der TAZ wurde die These der Zweistaatlichkeit nachhaltig verfochten. Die zum Teil hämische und diffamierende Kritik am Kanzler blieb dabei allerdings erhalten.

Kohls permanente Zusicherung, die Wiedervereinigung Deutschlands dürfe nur im europäischen Kontext geschehen, wurde zwar im wesentlichen begrüßt, aber dennoch mit Skepsis begleitet.

Interessant ist dabei auch, dass der politische Wille zur europäischen Integration, wie er von Helmut Kohl dezidiert vertreten wurde, während des Wiedervereinigungsprozesses eine starke Akzeptanz in den Presseorganen fand.

Erst nach der Vollendung der deutschen Vereinigung wandelte sich das Bild in der Presse zunehmend. Jetzt wurde Kanzler Kohl als „Chef-Europäer“ und „Super-Europäer“ überzeichnet.

Hier zeichnete sich bereits jene Tendenz in der Berichterstattung ab, die sich nach Maastricht und besonders im Zusammenhang mit der Einführung des Euro und der geplanten GASP noch deutlich verstärken sollte.

Waren die Medien im Kontext der Wiedervereinigung dem europäischen Gedanken noch weitgehend aufgeschlossen, gingen sie bereits in der Diskussion über den Vertrag von Maastricht allmählich dazu über, die nationale deutsche Interessenswahrung in den Vordergrund zu stellen.

Im Vertrag von Maastricht wurde die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung beschlossen. Der Gedanke, die D-Mark für den Ecu (auf den Namen Euro einigte man sich erst später) aufzugeben, galt für viele als zu großes Opfer und zu hoher Preis für die europäische Zustimmung zur deutschen Einheit. Hier zeigte sich

bereits sehr deutlich, dass die öffentliche Akzeptanz der europäischen Einigung in Deutschland (aber auch in den übrigen europäischen Staaten) klare Grenzen gefunden hatte. Die mediale Aufmerksamkeit befasste sich in den folgenden Jahren immer stärker mit diesem Thema, wobei die Skepsis über die Notwendigkeit und den Erfolg dieser Währung eindeutig überwog. Akribisch genau wurden die im Vertrag von Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien, die zur Teilnahme an der WWU zu erfüllen waren, beobachtet. Gerade der Verlust der D-Mark, die seit dem sog. Wirtschaftswunder der 50er-Jahre als Garant für eine gesunde Wirtschaft und als monetärer Stabilitätsfaktor in der globalen Finanzpolitik galt, wurde dabei in der öffentlichen Diskussion als besonders schmerzhaft empfunden.

Bereits bei der Bundestagswahl 1994 war eine deutlich stärkere Ablehnung der Europapolitik Kohls in der medialen Diskussion vorhanden. Die zögernde und ambivalente Haltung der EG im Golf-Krieg und im Jugoslawien-Konflikt trugen keineswegs dazu bei, das Vertrauen in eine künftige Politische Union, die sich eine gemeinsame und einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik zum Ziel gesetzt hatte, zu festigen. Dennoch verfolgte Kohl weiterhin und unbeirrt seine europapolitischen Vorstellungen. Auch aus der Retrospektive ist er davon überzeugt, dass mit der Einführung des Euro der Weg zur Politischen Union erst möglich geworden, die Entscheidung mithin also richtig gewesen sei: „Der entscheidende Punkt beim Euro ist ja, [...] dass eine gemeinsame Währung in Europa die Einheit Europas, das Haus Europa, noch viel stabiler macht. [...] Mit dem Euro ist der Prozess der europäischen Einheit irreversibel. Man kann sie nicht mehr zurücknehmen.“⁴⁷⁵

Die mediale Perzeption sah freilich anders aus. Auch wenn die Einführung des Euro ein irreversibler Faktor in der europäischen Politik geworden war, wuchs damit nicht zwangsläufig auch die Zustimmung in der Öffentlichkeit.

Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1994 fiel daher denkbar knapp für Kohl und die Koalition aus CDU/CSU und FDP aus.⁴⁷⁶

Partei	Stimmen in %	Sitze
CDU/CSU	41,5 (-2,3)	294
SPD	36,4 (+2,9)	252
FDP	6,9 (-4,1)	47
Bündnis 90/Grüne	7,3 (+2,3)	49
PDS	4,4 (+2,0)	30

Republikaner	1,9 (-0,2)	0
Sonstige	1,6 (-0,8)	0

Dennoch blieb er Kanzler. Klar erkennbar – auch für ihn selber – war allerdings, dass das Thema Europäische Union in der Bundesrepublik immer weniger dazu geeignet schien, ein weiteres Mal eine Bundestagswahl zu gewinnen. Der Ruf nach einem Kanzler- oder gar Machtwechsel wurde seit 1994 immer vernehmbarer und in den Medien nachhaltig diskutiert und für erstrebenswert betrachtet. Als Kohl 1996 den Kanzlerrekord Konrad Adenauers einstellte, wurde dies in den hier erörterten Printmedien eher zurückhaltend, zum Teil mit der deutlichen Forderung nach seinem Rücktritt, kommentiert. Auch hier kann man eine Parallele zu Konrad Adenauer sehen, dem man gleichermaßen in der medialen Diskussion gegen Ende seiner Amtszeit den Rücktritt öffentlich nahe legte.

Helmut Kohl blieben diese öffentlichen Forderungen nach seinem Rücktritt nicht verborgen. Warum machte er keinem anderen Platz, zumal er den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble öffentlich als seinen Nachfolger nannte? „Manche sehen darin nur einen geschickten Schachzug vor den kommenden Wahlen, eine Arbeitsteilung zwischen Kanzler und seinem Einpeitscher im Parlament.“⁴⁷⁷

Eine derartige strategische Überlegung ist nicht auszuschließen, da der immer populärer werdende Schäuble für viele Wähler, die Kohl 1998 ihre Stimme nicht mehr zu geben bereit waren, eine Alternative war, erneut die CDU und nicht den amtierenden Kanzler zu wählen. Doch hätte Kohl wirklich im Falle einer Wiederwahl 1998 das Amt rechtzeitig an Schäuble übergeben? Die Beantwortung dieser Frage bleibt auf Grund des Wahlausgangs 1998 reine Spekulation. Nach Kohls eigenem Bekunden gab es für ihn nur einen, aber entscheidenden Grund, 1998 nochmals anzutreten: „Ich habe mir das sehr genau überlegt, ob ich aufhöre, aber für mich war eine Sachfrage von entscheidender Bedeutung. Und es war die Einführung des Euro. Und ich mache gar keinen Hehl daraus, dass ich auch heute noch, obwohl ich dabei schwere Blessuren gekriegt habe, der Auffassung bin – übrigens gemeinsam mit den meisten Kollegen in Europa – , dass ohne den Bundeskanzler Kohl in diesem Augenblick der Euro nicht gekommen wäre.“⁴⁷⁸

Das Erreichen dieses persönlichen Ziels und die Überzeugung, dass nur er allein die Kraft besäße, es letztlich auch zu erreichen, waren demnach die entscheidenden Beweggründe Kohls, sich trotz der bekannten schlechten Umfrage-Ergebnisse noch einmal zur Wahl zu stellen. So wird es auch heute noch von vielen Parlamentariern

und Anhängern der Union gesehen.⁴⁷⁹ Doch waren dies nicht die einzigen Überlegungen, die ihn zu seiner erneuten Kandidatur bewegten. Zum Zeitpunkt seiner Festlegung war die Entscheidung über seinen Herausforderer in der SPD noch nicht gefallen. Nach den Erfahrungen aus der misslungenen Präsentation der Troika (Lafontaine, Scharping und Schröder) im Jahre 1994 legte sich die SPD im Wahlkampf 1998 zunächst nicht auf einen Kandidaten fest. In der CDU rechneten nicht wenige mit einer erneuten Kandidatur des allerdings nicht populären Lafontaine, gegen den sich Kohl gute Chancen ausrechnete. Als Gerhard Schröder nach der gewonnenen Landtagswahl in Niedersachsen zum Herausforderer nominiert wurde, hatte es Kohl mit einem erheblich populäreren Gegner zu tun. Eine Kehrtwende zu Schäuble wäre im Frühjahr 1998 sicher noch möglich gewesen, doch wäre dies gleichzeitig auch einem Eingeständnis für das vermutliche Scheitern Kohls gewesen. Schon aus wahltaktischen Gründen wäre eine solche Entscheidung zu diesem Zeitpunkt auch ein Beweis für die mangelnde Zuversicht der CDU gewesen, die Wahl trotz ungünstiger Stimmung doch noch gewinnen zu können. Sie hätte damit zugleich das Verfehlen ihrer strategischen Ziele eingestehen müssen.

Das sogenannte „Kurzzeitgedächtnis“ der Wähler spielte bei dieser Entscheidung sicher auch eine nicht unwesentliche Rolle. Man hoffte wohl bis zuletzt auf einen Stimmungsumschwung, der mit dem erfolgreichen Abschluss des Amsterdamer Gipfels erreicht werden sollte. Spätestens als dieser ausblieb, war man sich innerhalb der CDU-Führung im Klaren, dass das Konzept, den Wahlkampf auf Kohl und den Euro zu fokussieren, gescheitert war.

Für einen immer größer werdenden Teil der Öffentlichkeit und erst recht bestimmter Medien waren 16 Jahre Kohl offenbar mehr als genug.

Spätestens seit dem EU-Gipfeltreffen in Amsterdam im Juni 1997 wurde deutlich, dass Kohl nach Auffassung der Medien mit seiner Europapolitik gescheitert sei.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit Kohls Europapolitik seit 1989/90 lässt sich daher folgendermaßen zusammenfassen:

- ✓ Das Verfehlen von Zielen, Erfolglosigkeit und Rückschläge in der Europapolitik Kohls werden überdurchschnittlich betont.
- ✓ Erfolge werden, wenn sie erwähnt werden, nur auf Sekundärfeldern perzipiert.
- ✓ Die Perspektiven der Medien richten sich von den nationalen Interessen ausgehend auf die europäische und präferieren die Wahrung des Nationalen nach Maastricht eindeutig.
- ✓ Die von den Medien perzipierte Umkehr Kohls auf die Linie der nationalen Interessenwahrung auf dem Amsterdamer Gipfel von 1997 machten ihn nicht populärer, sondern ließen ihn nun – im Gegenteil – als Umfaller hinsichtlich seiner eigenen Europapolitik unglaubwürdig erscheinen.
- ✓ Mit zunehmender Fortdauer seiner Amtszeit als Bundeskanzler werden in den Medien die Forderung und der Wunsch nach dem Rücktritt Kohls bzw. nach einem Machtwechsel vernehmbarer.
- ✓ Kohls Leistungen werden in der Regel respektiert, nicht jedoch zwingend seinem staatsmännischem Können zugeschrieben.
- ✓ Insgesamt wird die Europapolitik Kohls skeptisch bis ablehnend betrachtet.

Was sich auf der inhaltlichen Ebene nachweisen ließ, setzte sich in ähnlicher Weise auf der linguistischen Ebene fort. Allerdings sind hier die Abgrenzungen deutlicher verifizierbar. Sie reichen von persönlich diffamierender bis zu unauffällig neutraler Diktion. Allerdings richtet sich die Anwendung eines solchen unterschiedlichen Sprachgebrauchs auch nach der jeweiligen Platzierung des Berichts. Grundsätzlich kann für die hier erörterten Tageszeitungen folgende Tendenz als allgemeingültig betrachtet werden.

A: Titelseite	B: Innenseite
Fakten bezogene Berichterstattung in einer häufig wertneutraleren Diktion. Wenig Personen bezogene Adjektive	Deutliche Akzentuierung der vom Autor intendierten Tendenz. Der Anteil wertender Adjektive ist deutlich höher.

Wenngleich die Titelseiten-Diktion weniger auffallend wertend ausfällt, heißt das nicht, wie an den Beispielen nachgewiesen wurde, dass sie zwingend wertungsfrei sein müssen. Dies geschieht hier latent und in subtilerer Form, so etwa wenn von

einem „*Debakel*“ berichtet wird oder von „*geringer Begeisterung*“ die Rede ist, wenn bei den Verhandlungen „*nichts Konkretes*“ herauskam und der „*Kanzler rechtfertigte*.“ Mit solchen eher unauffälligen stilistischen Mitteln wird aber dennoch eine erkennbare Wertungen vorgenommen und auf etwaige Schwierigkeiten hingewiesen. Doch gehören solche Formulierungen bereits zu den auffälligen. In der Regel beschränken sich Titelseitenberichte auf die sachliche Ebene. Wenn etwa der Kanzler „*erklärte*“, Kohl „*vor der Presse äußerte*“, der Kanzler „*versicherte*“, „*bezeichnete*“, „*sagte*“, „*ergänzte*“, „*aufrief*“ oder „*vortrag*“.

Doch auch hier hebt sich die TAZ deutlich von den übrigen Presseorganen ab, denn sowohl die SZ als auch die FR und die FAZ bleiben in dieser Kategorie auf der neutraleren Ebene.

In den Innseitenberichten bedienen sich die Autoren häufig einer wesentlich tendenziöseren Diktion.

Der Bundeskanzler sei kein „*schneller Denker*“, „*der Buhmann der Nation*“, betreibe Politik auf „*Oggersheimer Niveau*“, „*konnte die Nationalflagge an sich reißen*“, „*hatte sich weit aus dem Fenster gelehnt*“ und habe „*geschwärm*“. Die auf Kohl persönlich bezogenen Adjektive treten häufiger auf: „*feierlich und fast gerührt*“, der Kanzler „*doublierte*“, „*hemmungslos*“, „*lautstark*“, „*müde*“, „*lustlos*“, „*pausbäckig*“, „*heiter*“, „*gelöst*“, „*mit energischem Schritt*“, „*schlag freundschaftlich auf den Arm*“, „*flehentlich appellierend*“, „*generös versichernd*“, und „*lässt sich nicht beirren*“.

Was sich auf den Titelseiten mehr oder weniger als Deskription der Fakten darstellt, wird auf den Innenseiten unverkennbar gewertet: „*Der Trick ist so einfach wie genial*“. Es gehe um den „*Wiedervereinigungsmief*“, der Kanzler werde „*rhetorisch aufgerüstet*“, die Verhandlungen werden zum „*gigantischen Geschachere*“, zum „*Deal*“ und sogar zum „*Fingerhakeln*“. Beim seinem Auftreten auf der Pressekonferenz „*ziehe er im Schlepptau mit*“. Statt bekannt zu geben, „*ließ er es heraus*“ und „*legte ein Geständnis ab*“. Kohl konnte „*nicht aussitzen*“ und wird zum „*Gipfel-Oldie*“. Kohl „*beugte sich*“, „*legte sich nicht fest*“ und „*wandte sich einem Tagtraum hin*“.

Eine ganz ähnliche Tendenz lässt sich auch in Bezug auf die Magazinberichte verifizieren.

Härter als der Focus geht der SPIEGEL mit Kohl ins Gericht, wenn dort Formulierungen wie: „*patriotisches Pathos und Wahlkampfgeklingel*“, „*Stümperereien*

des Kanzlers“, „*begab sich auf schlüpfrigen Grund*“ und „*in Maastricht konnte er sich nicht durchsetzen*“ ständig wiederkehren. Der Hinweis auf seine Herkunft wird hier – wie in der TAZ – als Indiz seiner Provinzialität gewertet. Dabei wird Helmut Kohl ganz unverhohlen Unfähigkeit vorgeworfen: „*ohne Gespür für Ressentiments*“, sein „*unabgestimmter Plan*“, „*europäischer Kraftakt*“ und „*Fahrdienstleiter vom Rhein*“ seien hierbei nur exemplarisch genannt. Auch der Gebrauch der Adjektive ist durchweg negativ: „*ungenau*“, „*verharmlosende Formulierung*“, „*schwer und hallend*“, „*gravitatisch dröhnend*“, „*unbesiegt wirkend*“, „*breit und herausfordernd lässig*“ sowie „*grinsend*“ belegen sein Negativ-Image, das dieses Presseorgan von ihm zeichnet.

Das Magazin Focus bleibt in der Regel zurückhaltender, wenngleich ebenfalls nicht sehr positiv: „*spielt die Entscheidung herunter*“, „*schaut traurig drein*“, und „*mahnt barsch*“ sind gleichermaßen nicht dazu angetan, einen erfolgreichen, kraftvollen, entscheidungsfreudigen und von Entschlusskraft geprägten Kanzler darzustellen.

Die Einschätzung Peter Boenischs wird auf eindrucksvolle Weise bestätigt. Nicht nur Helmut Kohl hatte ein ambivalentes Verhältnis zur Presse, sondern diese auch zu ihm.

Der vorangegangene Exkurs sollte einige Einblicke in das Verhältnis der Printmedien zu Kohl und umgekehrt skizzieren. Dabei wurde deutlich, dass es offenbar opportun war, den Bundeskanzler in einem möglichst schlechten Licht darzustellen. Helmut Kohl war nicht der Medienkanzler, wie etwa sein Vorgänger Helmut Schmidt oder sein Nachfolger Gerhard Schröder. Doch zumindest an Helmut Schmidt wurde er gemessen. Ihm fehlte einerseits die Art, auch seine Europapolitik mediengerecht zu verkaufen und andererseits war die anscheinend weniger ausgeprägte Eloquenz das konkrete Gegenbeispiel zu Helmut Schmidt. Auch wenn Schmidt ebenfalls nicht alle seine Entscheidungen den Journalisten preisgab, so wurde ihm das nachher nicht verübelt, denn er besaß die Gabe, seine politischen Entscheidungen auf wirkungsvolle Weise in der Öffentlichkeit darzustellen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt bekannte Helmut Schmidt freimütig, dass er bei seinen Auftritten oftmals auch schauspielerisches Talent einsetzte, das er zweifellos besaß.⁴⁸⁰ Sein norddeutsch gefärbter Dialekt verstärkte dabei den Eindruck des Energischen.

Helmut Kohl hingegen besaß diese Eigenschaften nicht oder nur wenig ausgeprägt. Seine Körpergröße und sein -gewicht, wurden allein schon von den Medien als Indiz

für „tölpelhaftes“ und „ungeschicktes“ Auftreten angesehen. In zahllosen Karikaturen wurde er zum Elefanten stilisiert, der sich benähme wie jener im „Porzellanladen“. Hinzu kam der meist hölzern klingende pfälzische Dialekt, der als weiterer Beleg für seine Ungeschicklichkeit herangezogen wurde. Schon dadurch wurde ihm die Toleranz, die etwa Helmut Schmidt gewährt wurde, nicht zuteil.

Doch nicht nur die Wahrnehmung durch die Presse bescherte ihm dieses Negativ-Image. Auch seine Art der Selbstdarstellung passte nicht so recht in das Medienzeitalter. Im Gegensatz zu Schmidt ist Helmut Kohl auch nach außen ein emotionaler Mensch. Dieser Charakterzug macht ihn verletzlich. Man sah ihm die Emotionen an und interpretierte dies oft als Schwäche.

Auch seine Art der Problemlösung stieß in der Presse häufig auf Kritik. Schon seit Beginn seiner Kanzlerschaft wurde ihm dabei das „Aussitzen“ unterstellt. Statt energisch durchzugreifen, warte er, bis sich die Probleme von selber lösten. Dies wurde ihm häufig als Führungsschwäche ausgelegt. Das „Machtwort“, das jüngst mit Bundeskanzler Schröder assoziiert wird, hat Kohl öffentlich nicht gesprochen. Doch die Öffentlichkeit wünscht sich offenbar einen Regierungschef, der vernehmbar auf den einzuschlagenden Weg hinweist.

Hinzu kommt auch, dass Kohl bestimmten Medien, wie etwa dem SPIEGEL, schon seit den siebziger Jahren keine Interviews mehr gewährte. Mögen seine Gründe, dass diese Medien ihn ohnehin negativ darstellten, aus seiner Sicht nachvollziehbar sein, seiner Perzeption durch die Medien hat es doch wohl eher geschadet.

Wenn er also schon hinsichtlich seines Auftretens in der Öffentlichkeit schlechte Kritiken erfuhr, war die negative Darstellung seiner Politik eine Folge daraus. Ein ungeschickt agierender und sprachlich wenig begabter Bundeskanzler kann – so die einhellige Meinung der hier erörterten Medien – die Interessen der Bundesrepublik auch nicht hinreichend vertreten.

Hierin bestand eine weitere Kluft zwischen der politischen Intention des Kanzlers und der Interpretation durch die Presse.

Nur während der kurzen Phase der deutschen Wiedervereinigung wurde der Wille Kohls zur engeren europäischen Integration durch die Medien geteilt, wenngleich sich die Kritik dabei an seinem Vorgehen beim Vereinigungsprozess manifestierte. Von einer positiven Perzeption kann daher in diesem Kontext ebenfalls nicht gesprochen werden. Schon damals wurde seine Politik als ‚Ausverkauf der DDR‘ bezeichnet.

Wurde ihm im Zuge der Maastrichter Verhandlungen die Abtretung der D-Mark als zu hoher Preis für die europäische Integration vorgeworfen, galt er seit dem Gipfel von Amsterdam vollends als Verräter an seiner eigenen Sache.

Der Eindruck, der sich bei der Analyse der Berichte (auch jener, die hier nicht explizit aufgeführt wurden) aufdrängte, kann im Fazit so formuliert werden:

Ganz gleich wie Kohl auftrat und was er tat, konnte er sich stets einer negativen Resonanz der Medien gewiss sein. Über Kohl positiv zu berichten, so muss an dieser Stelle konstatiert werden, gehörte nicht zum ‚guten Ton‘ der Pressearbeit.

Dass die Berichterstatter in der Regel auf die grundsätzliche politische Zustimmung ihrer Leserschaft vertrauen konnten, beweisen schließlich auch die Auflagenzahlen der jeweiligen Blätter. Ein Magazin oder eine Zeitung, die sich nicht im Konsens mit dem Leser befinden, können schwerlich hohe Auflagezahlen erreichen. Insofern darf man auch dem Rezipienten eine generelle Zustimmung zu den in den jeweiligen Berichten artikulierten Auffassungen und Meinungen unterstellen.

Wenngleich mit zum Teil deutlichem Widerwillen anerkannt werden musste, dass Kohl länger als jeder seiner Vorgänger im Amt des Bundeskanzlers blieb, kann dies nicht mit einer generellen Zustimmung zu seiner Politik oder Person gleichgesetzt werden. Im Gegenteil: Seit seinem Amtsantritt im Jahre 1982 sind die Versuche, ihm Erfolglosigkeit, Versagen, Unbeholfenheit und nicht vorhandenes Gespür für die Politik nachzuweisen, latent vorhanden.

Lediglich im Kontext der Wiedervereinigung war es nicht möglich, dieses Pressebild von ihm aufrechtzuerhalten. Davor und ganz wesentlich danach galt seine Europapolitik für die hier erörterten Presseorgane als für deutsche Interessen wenig geeignete.

Die Tatsache, dass die negativen Bilanzen durchweg als das eigentliche Ergebnis seiner Politik in den Vordergrund gestellt wurden, bestätigt das. Erfolge, so entstand bei der Auswertung des Materials immer wieder der Eindruck, wurden, wenn überhaupt, nur auf sogenannten Sekundärfeldern perzipiert und oft nur widerwillig anerkannt.

Der Vertrag von Maastricht und die Einführung des Euro gehören sicher zu Kohls großen Zielvorstellung einer irreversiblen gesamteuropäischen Politik. Das Echo in der Presse blieb dabei durchweg skeptisch bis ablehnend.

Insgesamt, so der Tenor der Berichterstattung, habe er zwar durch seine Initiativen wohl dazu beigetragen, dass – besonders im Rahmen der deutschen

Wiedervereinigung – der Integrationsprozess in Europa mitunter entscheidende Impulse erhalten habe, sein großes Ziel, die Politische Union noch während seiner Amtszeit als funktionierende Institution zu vollenden, sei ihm hingegen nicht gelungen. Und auch die Wiedervereinigung sei zwar in seine Amtszeit als Bundeskanzler gefallen, jedoch keineswegs als sein Verdienst zu werten. Es ist wohl einzigartig, dass ein Bundeskanzler über seine gesamte Amtszeit hinweg gegen ein negatives Presse-Image ankämpfen musste. Um so erstaunlicher ist es allerdings, dass diese negative Darstellung in der Presse es ganz offensichtlich nicht vermochte, den Rezipienten und damit den Wähler davon zu überzeugen, dass Helmut Kohl wohl nicht die richtige Persönlichkeit für das Amt des Bundeskanzlers sei. Zwar waren die Wahlergebnisse für die CDU seit 1982 stets rückläufig,⁴⁸¹ doch genügten sie, wenn auch, wie zuletzt 1994, nur sehr knapp, ihn in seinem Amt zu bestätigen. Hierin sind die Grenzen der Printmedien zu sehen. Eine schlechte Perzeption muss nicht zwangsläufig zur Ablehnung eines politischen Akteurs durch den Wähler führen. Wenngleich die Presse beispielsweise in der Ablehnung des Euro die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich wusste, war die Bereitschaft, durch die Bundestagswahlen eine andere politische Konstellation herbeizuführen, bis 1998 dennoch nicht vorhanden. Dass es dann dazu kam, lag nicht allein an der negativen Darstellung Kohls in den Medien. Gewiss war eine große Mehrheit der Bevölkerung 1998 davon überzeugt, dass ein anderer als Helmut Kohl die nächste Bundesregierung anführen sollte und Wolfgang Schäuble hätte vielleicht sogar die Chance gehabt, der Union erneut zum Wahlsieg zu verhelfen, aber es waren ja neben der Ablehnung des Euro auch die innenpolitischen Themen, allen voran die hohe Arbeitslosigkeit, für die man Helmut Kohl die Schuld zuwies und ihn darüber hinaus inzwischen für unfähig hielt, diese Probleme zu lösen.

Dass Helmut Kohl trotz dieser permanenten Negativ-Perzeption 16 Jahre Bundeskanzler blieb, ist vor dem Hintergrund dieser Tatsache eine einmalige und erstaunliche Leistung.

8. Anmerkungen

1. EINLEITENDE BEMERKUNGEN ZUM THEMA

- ¹ siehe dazu besonders: Guérin-Sendelbach, Valérie, Ein Tandem für Europa ? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre, Bonn 1993.
- ² gemeint ist hier die Rede Außenminister Fischers am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität Berlin.
- ³ siehe Anhang: Grafik 11.2., Zustimmung und Erwartungshaltung der Deutschen zur EU seit 1981.
- ⁴ siehe dazu: Grafik 11.3., Die Beliebtheit Helmut Kohls in der Wählergunst.

1.1 Methodik

1.1.1 Forschungsstand zur Europapolitik bis 1989

- ⁵ Zum Zeitpunkt der Recherchen zu dieser Arbeit wurden rund 250 Publikationen ermittelt, die sich mit der Europäischen Gemeinschaft, dem Vertrag von Maastricht und der Europapolitik der Ära Kohl befassen. Hierbei nicht berücksichtigt sind Aufsätze und Zeitschriften.

1.1.2 Herangezogene Literatur zum Stand der europäischen Entwicklung zu Beginn der achtziger Jahre

- ⁶ Hanrieder, Wolfram, Deutschland – Europa – Amerika, Paderborn 1992.
- ⁷ Hrsg., Die europäische Rolle der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht ihrer EG-Partner Heft, 53, Frühjahr 2000.
- ⁸ Jäger, Wolfgang, Die „Wende“ 1982. Schuldzuweisung für das Ende der sozial-liberalen Koalition. In: Die politische Meinung 1988, Nr. 24, S. 63 – 68.
- ⁹ Merck, Johannes, Klar zur Wende? Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980 – 1982. In: Politische Vierteljahresschrift 1987, Heft 4, S. 385.
- ¹⁰ Korte, Karl-Rudolf, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982 – 1989, in: Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 1, Stuttgart o. J.
- ¹¹ Mahncke, Dieter, Kontinuität und Wandel. Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit dem Regierungswechsel 1982. In: Politik und Kultur, 1987, Heft 1, S. 33 – 50.
- ¹² Niclauß, Karlheinz, Kanzlerdemokratie. Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, Stuttgart 1988.
- ¹³ Hacke, Christian, Weltmacht wider Willen, Stuttgart 1988.
- ¹⁴ Guérin-Sendelbach, Valérie, Ein Tandem für Europa ?
- ¹⁵ Filmer, Werner / Schwan, Heribert, Helmut Kohl, Düsseldorf und Wien 1985.
- ¹⁶ Seidelmann, Reimund, European Security and the European Communities. In: Journal of European Integration, Montreal 1984, S. 221 – 251 sowie: Deutschland und Europa. Auf dem Weg zu einer europäischen Sicherheitspolitik, Jena u. a., 1994.
- ¹⁷ Wörner, Manfred, Die Atlantische Allianz in den neunziger Jahren. In: Europa-Archiv, 46, 1991, S. 61 – 70.
- ¹⁸ Gaddum, Eckart, Die deutsche Europapolitik in den 80er-Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung, Paderborn 1994.
- ¹⁹ Weidenfeld, Werner, 30 Jahre EG, Bilanz der Europäischen Integration. Europa-Union-Verlag 1987.
- ²⁰ Weidenfeld, Werner und Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Europa von A bis Z, Bonn 1991.
- ²¹ Knoche, Meinhard (Hrsg.), Durchbruch zur europäischen Union, Koblenz 1989.
- ²² Janning, Josef und Piepenschneider, Melanie, Deutschland in Europa, Melle 1993.
- ²³ Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1995.
- ²⁴ Stiftung zur Zusammenarbeit Christlicher Demokraten Europas (Hrsg.), Dokumentation, Bd. 1, darin: Beilken, Kurt, Architekten und Baumeister des europäischen Hauses. Bonn 1993.
- ²⁵ Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1994.
- ²⁶ Ackermann, Eduard, Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Politik. Bergisch-Gladbach 1994.
- ²⁷ Fröhlich, Manuel, Sprache als Instrument politischer Führung, München 1997.

1.1.3 Forschungsstand zur Europapolitik ab 1989

1.1.4 Literatur zum Komplex der deutschen Wiedervereinigung

- ²⁸Weidenfeld, Werner und Korte, Karl-Rudolf, Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991.
- ²⁹Weidenfeld, Werner, Wagner, Peter und Bruck, Elke, Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 4. Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre, Stuttgart 1989/90.
- ³⁰Kiessler, Richard und Elbe, Frank, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden 1993.
- ³¹Bruck, Elke und Wagner, Peter M. (Hrsg.), Wege zum 2 + 4 Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit, München 1996.
- ³²Adomeit, Hannes: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev, Baden-Baden 1998.
- ³³Korte, Deutschlandpolitik.
- ³⁴Bender, Peter, Die „neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München, 3. Aufl. 1995.
- ³⁵Grosser, Dieter, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Stuttgart 1998.
- ³⁶Artus, Patrick und de Boissieu, Christian, Deutsche Wiedervereinigung, Europäisches Währungssystem und der Übergang zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In: Deubner, Christian (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa. Herausforderungen und Strategien. Baden-Baden 1991.
- ³⁷Bierling, Stephan G., Wirtschaftshilfe für Moskau. Motive und Strategien der Bundesrepublik Deutschland und der USA 1990 – 1996, Paderborn u. a. 1998.
- ³⁸Bergsdorf, Wolfgang, Deutschland im Stress. Politische und gesellschaftliche Herausforderungen nach der Wende, Aktuell-Verlag o. J.
- ³⁹Appel, Reinhard (Hrsg.), Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990.
- ⁴⁰Dieckmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, Helmut Kohl. Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1996.
- ⁴¹Seewald, Heinrich (Hrsg.), Deutschlands Zukunft in Europa, Reden und Beiträge des Bundeskanzlers, Herford 1990.
- ⁴²Ehmke, Horst, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit. Berlin 1994.
- ⁴³Zimmermann, Friedrich, Kabinettstückchen. Politik mit Strauß und Kohl 1976 bis 1991, München 1991.
- ⁴⁴Schäuble, Wolfgang, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991.
- ⁴⁵Gorbatschow, Michail, Erinnerungen, Berlin 1995.
- ⁴⁶Mitterrand, François, Über Deutschland, Frankfurt am Main 1996.
- ⁴⁷Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Dokumentation zur Ostpolitik der Bundesregierung. Verträge, Vereinbarungen und Erklärungen, Bonn, o. J.

1.1.5 Europäische Sicherheit

- ⁴⁸Seidelmann, Reimund, Die Europäisierung der westeuropäischen Sicherheitspolitiken. Möglichkeiten und Grenzen eines Vergemeinschaftungsprozesses. In: ders. (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1989.
- ⁴⁹Seidelmann, Reimund: NATO, WEU oder KSZE? Zur Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur in den 90er-Jahren. In: Deubner, a.a.O.
- ⁵⁰Seidelmann, Reimund, Zur Neuordnung der westeuropäischen Sicherheitspolitik. In: Kreile, Michael, Die Integration Europas, Opladen 1992.
- ⁵¹Geiss, Imanuel, Europäische Perspektiven nach der deutschen Einigung, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 52-53, 1990.
- ⁵²Afheld Horst u. a., German Unity and the Future European Order of Peace and Security, Mosbach 1990.
- ⁵³Thies, Jochen und Wagner, Wolfgang (Hrsg.), Das Ende der Teilung. Der Wandel in Deutschland und Osteuropa, Bonn 1990.
- ⁵⁴Bering, Henrik, Helmut Kohl, ohne Ort, ohne Jahr.
- ⁵⁵Schwarz, Hans-Peter, Germany's National and European Interests: In: Baring, Arnulf (Hrsg.), Germany's New Position in Europe. Problems and Perspectives, Oxford/Providence, USA, 1994, S. 107 – 130.
- ⁵⁶Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Helmut Kohl. Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989 - 1991, Bonn 1994.

1.1.6 Maastricht und der Weg zur Europäischen Union

- ⁵⁷Uterwedde, Henrik, Die Europäische Gemeinschaft. Entwicklung, Zwischenbilanz und Perspektiven zum Binnenmarkt 1992, Berlin 1989.
- ⁵⁸Randzio-Plath, Christa, Deutschland und Frankreich zwischen Maastricht und dem Binnenmarkt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 342/ 1992, S. 28 – 35.
- ⁵⁹Baun, Michael, J., The Maastricht treaty as High Politics. Germany, France and European Integration. In: Political Science Quarterly, Nr. 4, 1995, S. 605- 624.
- ⁶⁰Fest, Joachim, Europe in a Cul-de-sac, In: Baring (Hrsg.), Germany's New Position in Europe, Oxford/Providence, USA, 1994, S. 51 – 64..
- ⁶¹Delors, Jacques, Das neue Europa, München u. a. , 1993.
- ⁶²Seidelmann, Reimund, Deutschland und Europa. Eröffnung des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Weimar u. a. 1994.
- ⁶³Seidelmann, Reimund, Die Europäische Union nach Maastricht. In: Schirm, Magda (Hrsg.), Jenseits des Marktes, 1999, S. 9 – 15.
- ⁶⁴Janning, Josef und Piepenschneider, Melanie, Deutschland in Europa.
- ⁶⁵Mitterrand, François, Über Deutschland, Frankfurt am Main 1996.
- ⁶⁶Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, Berlin 1995.
- ⁶⁷Hintze, Peter (Hrsg.), Helmut Kohl: Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973 – 1993, Stuttgart 1993.
- ⁶⁸Korte, Karl-Rudolf, Das Dilemma des Nationalstaates in Westeuropa: Zur Identitätsproblematik der europäischen Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 14, 1993, S. 21 - 28.
- ⁶⁹Claval, Paul, Europe in change – old problems and new opportunities. In: Marquardt-Kuron u. a. (Hrsg.), Die Vereinigten Staaten von Europa. Anspruch und Wirklichkeit, Berlin 1991, S. 33 – 45.
- ⁷⁰Braun-Moser, Ursula: Deutschland braucht Europa. Der Binnenmarkt und die Politische Union. In: Feyerabend, Friedrich-Karl (Hrsg.), Europa 1992, Gießen 1993, S. 29 - 38.
- ⁷¹Bering, Henrik, Helmut Kohl.
- ⁷²Grupp, Claus D., Die Europäische Union. Beschreibung einer großen Unbekannten, Köln 1995.
- ⁷³Woyke, Wichard (Hrsg.), Europäische Union. Schwalbach/Ts. 1997.
- ⁷⁴Andersen, Uwe, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. In Woyke (Hrsg.), Europäische Union. Schwalbach/Ts. 1997, S. 25 – 45.
- ⁷⁵Meyers; Reinhard, Im Osten nichts Neues ? In: Woyke, Europäische Union. Schwalbach/Ts. 1997, S. 46 – 65.
- ⁷⁶Woyke, Wichard, Europäische Union. Erfolgreiche Krisengemeinschaft. Einführung in Geschichte, Strukturen, Prozesse und Politiken, Opladen 1998.
- ⁷⁷Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union, Gütersloh 1996.
- ⁷⁸Kaiser, Karl und Maull, Hanns W. (Hrsg.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik. Symposium der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 19. Oktober 1992, Dezember 1992.
- ⁷⁹Senghans, Dieter, Verflechtung und Integration. In: Kaiser und Maull (Hrsg.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik, Bonn 1992, S. 35 – 52.
- ⁸⁰Fischer, Joschka, Rede am 12. Mai 2000 an der Humboldt-Universität Berlin.
- ⁸¹Böhringer, Peter und Jacob, Walter, Die Europäische Union. Wesen, Struktur, Dynamik, Zürich 1997.
- ⁸²Böhringer, Peter und Jacob, Walter, Die Europäische Union, Zürich 1997 darin: Lezzi, Bruno, Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.
- ⁸³Seidelmann, Reimund, Die neue Architektur Europas. In: Woyke, Wichard (Hrsg.), Das internationale System an der Jahrtausendschwelle, Uni Studien Politik, o. J., S. 45 – 55.
- ⁸⁴Seidelmann, Reimund: Die Osterweiterung der NATO und Neuordnung Europas. In: Spiegel der Forschung, Gießen 1998.

1.1.7 Helmut Kohl in der Kritik

- ⁸⁵Appel, Reinhard (Hrsg.), Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990.
- ⁸⁶Wiedemeyer, Wolfgang, Kohl und die Medien. In: Appel, Reinhard (Hrsg.), Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990, S. 272 – 283.
- ⁸⁷Dettling, Warnfried, Das Erbe Kohls. Bilanz einer Ära, Frankfurt/Main 1994.
- ⁸⁸Dreher, Klaus, Helmut Kohl. Leben mit Macht, Stuttgart 1998.

⁸⁹ Busche, Jürgen, Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolges, Berlin Verlag 1998.

⁹⁰ Bahners, Patrick, Im Mantel der Geschichte, Siedler Verlag 1998.

⁹¹ Ackermann, Eduard, Mit feinem Gehör.

⁹² Maser, Werner, Helmut Kohl. Der deutsche Kanzler, Berlin 1990.

1.1.8. Analytischer Ansatz

⁹³ In diesem Zusammenhang sei auf Eckhart Gaddum verwiesen, der sich ausführlich mit der deutschen Europapolitik besonders in der ersten Hälfte der 80er-Jahre auseinandersetzt.

⁹⁴ Aus der Summe aller Pressemeldungen wurden rund 3600, die die empirische Grundlage bilden, für die vorliegende Arbeit ausgewählt.

⁹⁵ Erläuterungen zur Auswahl siehe Kap. 3.1., S. 82ff.

⁹⁶ Die Berichterstattung über die Europapolitik ist in allen hier angeführten Medien seit dem Zusammenbruch der DDR sprunghaft angestiegen und erreichte einen Höhepunkt im Wiedervereinigungsprozess. Danach ist ein Nachlassen des Interesse erkennbar. Erst mit dem Vertrag von Maastricht und der Diskussion um die gemeinsame europäische Währung sind weitere Interessenschwerpunkte erkennbar. Siehe hierzu auch die Grafiken im Anhang (Kap. 11).

⁹⁷ Der im Frühsommer des Jahres 2000 verstorbene Fernseh-Journalist Ernst Dieter Lueg bemerkte dazu in der ZDF-Dokumentation „Kanzler“, Folge 6 von Guido Knopp, 1998: *„Kein Mensch hat je daran gedacht, dass daraus 16 Jahre werden würden, sondern ein bisschen abschätzig durch die Journalisten gemeint, [...] nun lasst ihn mal die nächste Bundestagswahl, dann bekommen sie die Quittung, die sie nicht bekamen.“*

1.1.10 Bemerkungen zur Bedeutung der Printmedien

⁹⁸ siehe hierzu die Grafiken im Anhang (Kap.11).

⁹⁹ Auf den Bezug dieser geistigen Verwandtschaft wird zu einem späteren Zeitpunkt noch einzugehen sein.

¹⁰⁰ vgl. Fußnote 372.

2. SKIZZIERUNG POLITISCHER INHALTE DER EUROPAPOLITIK UNTER BUNDESKANZLER HELMUT KOHL

2.1. Regierungswechsel im Herbst 1982

¹⁰¹ Bückler, Joseph und Schlimbach, Helmut: Die Wende in Bonn. Deutsche Politik auf dem Prüfstand, Heidelberg 1983, S. 3.

¹⁰² Mit diesem Slogan warb die FDP im Bundestagswahlkampf 1980 für sich. Neben dem Text waren SPD-Kanzler Schmidt und FDP-Außenminister Genscher einträchtig nebeneinander zu sehen. Siehe auch, Merck, Klar zur Wende ?

¹⁰³ vgl, Merck, Johannes, ebenda, S. 387.

¹⁰⁴ Die Grünen waren 1980 noch nicht im Bundestag vertreten, jedoch auf Länderebene bereits eine ernsthafte Konkurrenz für die SPD um die Gunst linker Wählerschichten. Erst mit der Bundestagswahl am 6. März 1983 gelang es ihnen, auch in den Deutschen Bundestag einzuziehen.

¹⁰⁵ Merk, Johannes, Klar zur Wende ?, S. 399.

¹⁰⁶ vgl. Merck, Johannes, ebenda, S. 387ff.

¹⁰⁷ Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, ,S. 447f. Eine ausführlichere Wiedergabe des sog. „Wende-Briefes“ findet sich in Bückler und Schlimbach, Die Wende in Bonn., S. 14ff.

¹⁰⁸ Bückler und Schlimbach, ebenda, S. 17.

¹⁰⁹ 1966 zog die FDP ihre Minister aus dem Kabinett Erhard erst zurück, als es ganz offensichtlich war, dass der Kanzler von seiner eigenen Partei gestürzt werden würde. Zu den Parallelen Erhard/Schmidt siehe: Jäger, Wolfgang, Die „Wende“ 1982. Schuldzuweisungen für das Ende der sozial-liberalen Koalition, in: Die politische Meinung 1988, Nr. 24, S., 66f.

¹¹⁰siehe hierzu: Niclaß, Karlheinz, Kanzlerdemokratie, S. 209f. Über etwaige Perspektiven Schmidts für die Bundestagswahl 1984 siehe auch, Jäger: Wolfgang, „Die Wende“, S. 64.

¹¹¹Zu den Problemen der FDP, die Koalition mit der SPD aufzukündigen siehe u. a.: Ackermann, Eduard, Mit feinem Gehör, S. 179f., Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, „Das Ende“, S. 453ff., Jäger, Wolfgang, „Die Wende“, S. 65, Korte, Karl-Rudolf, Deutschlandpolitik, S. 80f. und besonders Merck, Johannes, Klar zur Wende ?, S. 393.

¹¹²Eine detailliertere Wiedergabe der Verfassungsklage und der BVG-Begründung findet sich in: Bücker und Schlimbach, Die Wende, S.204ff. Zur verfassungsrechtlichen Begründung siehe auch: Niclaß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie. Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, Stuttgart 1988, S. 277.

2.2. Erste außenpolitische Ziele der Regierung Kohl

¹¹³Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 13. Oktober 1982, hier zitiert nach: Hacke, Christian, Weltmacht wider Willen, S. 324. Zum Punkt 4 der Regierungserklärung siehe auch Guérin-Sendelbach, Valerie, Ein Tandem für Europa ? ,S. 42. Darüber hinaus bietet der Autor sehr detaillierte Einblicke in die französische Europapolitik und in das deutsch-französische Verhältnis aus der Sicht Frankreichs.

¹¹⁴Regierungserklärung Bundeskanzler Helmut Kohls am 13. Oktober 1982, hier zitiert nach: Gaddum, Eckart, Die deutsche Europapolitik, S. 62.

¹¹⁵Ebenda.

2.3. Deutschland, Frankreich, USA und die EG

¹¹⁶Gaddum, Eckart, ebenda., S. 51.

¹¹⁷Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag wurde am 22.01.1963 von Bundeskanzler Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle feierlich im Elysée-Palast in Paris unterzeichnet.

¹¹⁸Gaddum, Eckart, Die deutsche Europapolitik, S. 51.

¹¹⁹Zum Verhältnis Kohl/Mitterrand siehe auch Ackermann, Eduard, Mit feinem Gehör, S. 227f., wengleich das von ihm projizierte Bild besonders im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung eher beschönigend dargestellt ist. Namentlich François Mitterrand und Margaret Thatcher machten hier ihre starken Ressentiments deutlich, die auch im Besuch der DDR durch den französischen Staatspräsidenten am 21. Dezember 1989 ihren Ausdruck fanden.

¹²⁰Busche, Jürgen, Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolges, S. 225. Zur freundschaftlichen Beziehung und ihrer symbolträchtigen Ausdrucksweise zwischen Kohl und Mitterrand siehe auch: Guérin-Sendelbach, Valerie, Ein Tandem für Europa?, S. 34.

¹²¹siehe auch hier: ders., S. 226f. Wenig schmeichelhaft kommentierte der SPIEGEL in der Ausgabe Nr. 18 vom 29.04. 1985, S. 24 die Geste Kohls in Verdun: „Auf dem Schlachtfeld von Verdun reichten sich die beiden die Hände und bildeten vorübergehend ein wie aus Schmalz gehauenes Monument. Kohl mochte glauben, mit dieser Pose Geschichte zu machen – ähnlich und besser als Brandt in Warschau, den er (bewusst oder unbewusst) übertrumpfend nachahmen wollte. Dabei wirkte Kohl in Verdun wie ein aufgeblasener PR-Gag für die marode EG.“ In diesem Zusammenhang wurde auch der gemeinsame Besuch mit US-Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg als peinliche Entgleisung beschrieben.

¹²²Hacke, Christian, Weltmacht wider Willen, S. 357

¹²³ders., S. 358, siehe dazu auch: Weidenfeld/Wessels, Europa von A bis Z, S. 26f.

¹²⁴Die französische Ablehnung des EVG-Vertrages führte schließlich ein Jahr später zur Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO. Erst im Zuge der deutschen Wiedervereinigung wuchs in Frankreich die Bereitschaft zu einer engeren, von der NATO unabhängigen, bilateralen militärischen Kooperation.

¹²⁵Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl vor der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) am 10.02.1983. Hier zitiert nach: Stiftung zur Zusammenarbeit Christlicher Demokraten Europas (Hrsg.), Dokumentation – Bd. 1, Beilken, Kurt, Architekten und Baumeister des europäischen Hauses, S. 311.

¹²⁶ders., S. 312.

¹²⁷Ackermann versucht die damalige Situation insofern zu bagatellisieren, als er zwischen Angehörigen der Waffen-SS und des SD differenziert. Eine solche Differenzierung dürfte gerade der amerikanischen Öffentlichkeit nur schwer zugänglich gewesen sein. Ackermann, Mit feinem Gehör, S. 221ff.

2.4. Die Situation in der EG beim Bonner Regierungswechsel 1982/83

¹²⁸vgl. hierzu: ders. S., 231.

¹²⁹Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 16. Juni 1983, S. 8, hier zitiert nach: Gaddum, Eckhart, Die deutsche Europapolitik, S. 233f.

¹³⁰vgl. Weidenfeld, Werner und Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Europa von A bis Z, „Das außenpolitische Defizit“, S. 30.

¹³¹dies., S. 31f. Siehe auch Weidenfeld, Werner, 30 Jahre EG, S. 77. Ähnlich wie bei Gaddum sind hier die Probleme und Aufgaben der EG bis 1986 in einer übersichtlichen Zusammenfassung dargestellt.

¹³²Genscher, Erinnerungen, S. 364.

¹³³Ebenda.

¹³⁴Ebenda.

¹³⁵Der Begriff ‚Vereinigte Staaten von Europa‘ wurde bereits 1946 von Winston Churchill geprägt, besonders von Konrad Adenauer aufgegriffen und expressis verbis noch im Zuge der Europadiskussion um die deutsche Wiedervereinigung verwendet.

2.4.1. Deutsche Ratspräsidentschaft 1983 und der Gipfel von Stuttgart

¹³⁶siehe hierzu: Weidenfeld, Werner, 30 Jahre EG., S. 76f.

¹³⁷Siehe hierzu: Hauser, Erich, Europäische Antworten auf die „deutsche Frage“ in: FR v. 12.10.1989. Im Kontext der beginnenden Wiedervereinigung gewann auch die Genscher-Colombo-Initiative, die zur Stuttgarter Deklaration führte, neue Aktualität. Symptomatisch für den Zustand der EG ist hierbei durchaus, dass es erst dieser gravierenden Veränderungen im Ostblock und in Deutschland bedurfte, um den Stuttgarter Willen erneut zu beflügeln. Siehe auch: Weidenfeld, Werner, 30 Jahre EG, S. 79ff.

¹³⁸Feierliche Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983, Ziffer 1. „Ziele“, sinng.

¹³⁹Stadlmann, Heinz, Mit der Europäischen Gemeinschaft sieht es nicht gut aus, FAZ v. 3.1.1983. Offenbar gab es innerhalb der Bundesregierung Differenzen hinsichtlich des vom Außenminister verfolgten und vom Kanzler unterstützten europäischen Einigungsprozesses sowie über die Bewertung der Beitrittsabsichten Portugals und Spaniens. Nicht ganz unwesentlich dürfte hierbei auch der keineswegs gesicherte Ausgang der Bundestagswahl im März gewesen sein. Die Legitimation für die Regierungsbildung im Oktober 1982 sollte dabei erst noch erbracht werden. Insofern war eine zu aktive Europapolitik wegen der ohnehin schon angespannten Finanzlage in der Gemeinschaft als belastender Faktor für die Bundesrepublik nicht gerade populär.

¹⁴⁰So Erich Hauser in: Gipfel ohne Höhen, FR v. 23.3.1983, S. 3.

¹⁴¹Dort wird lediglich dem Willen Ausdruck verliehen, „ein vereintes Europa zu schaffen,...das fähig ist, die Verantwortung zu übernehmen, die ihm auf Grund seiner politischen Rolle, seiner Wirtschaftskraft und seiner vielfältigen Bindungen mit anderen Völkern zukommt.“ Präambel der Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983, hier wiedergegeben in: Knoche, Meinhard (Hrsg.), Europa 1992. Durchbruch zur Europäischen Union, VII, Dokumente, S. 125. Da die Deklaration weder konkrete zeitliche Ziele noch klar definierte Maßnahmen zur Verwirklichung dieser beinhaltet, wird deutlich ,dass auch Europa-Skeptiker (etwa: Griechenland, Dänemark und Großbritannien) einer solchen Erklärung bedenkenlos zustimmen konnten, da Konkretes aus ihrer Sicht nicht zu befürchten war.

¹⁴²Weidenfeld und Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, S. 36, und Stadlmann, Heinz, Europa in der Sackgasse in: FAZ v. 17.12.1983, S. 13. Siehe auch: Hauser, Erich: Als ob es die Pleite von Athen nicht gegeben hätte, in: FR v. 28.12. 1983, S. 3. Neben den Konflikten innerhalb der Gemeinschaft sieht der Autor auch Probleme mit den USA auf dem Agrarsektor.

¹⁴³Mitterrand formulierte die Ziele der französischen Europapolitik auf dem Ratsgipfel in Athen im Dezember 1983 wie folgt: *“Es ist erforderlich, dass eine stärkere Idee und ein politischer Wille diese Länder zu einem Ziel, einer Finalität, einem politischen Aufbau unter allen Gesichtspunkten führt, der dem Unterfangen eine tiefe historische Bedeutung verleiht.“* Zitiert nach Guérin-

Sendelbach, Valerie, Ein Tandem für Europa ?, S. 44. Wenngleich sich der französische Staatspräsident damit den Vorstellungen Kohls näherte, darf dabei nicht übersehen werden, dass dies auf Grund innenpolitischen Drucks geschah. Ähnlich wie bei Kohl 1989 und 1998 sollten hier europapolitische Erfolge die Defizite in der Innenpolitik kompensieren. Vgl. ders., S. 40.

2.4.2. Deutsch-französische Initiativen und der Gipfel von Fontainebleau

¹⁴⁴Bundeskanzler Kohl bei der Unterzeichnung der Deklaration zur Europäischen Einigung, hier zitiert nach: Gaddum, Eckart, Deutsche Europapolitik, S. 236.

¹⁴⁵Ebenda.

¹⁴⁶ders. S. 239.

¹⁴⁷So der französische Staatspräsident François Mitterrand am 24. Mai 1984 vor dem Europäischen Parlament, siehe Gaddum: Deutsche Europapolitik., S. 239.

¹⁴⁸Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundesausschuss der CDU am 20. Februar 1984 in Bonn, hier: Beilken, Architekten und Baumeister, S. 332. und: „Mitterrand und Kohl wollen die Europäer in Mailand zu einer „Union“ drängen“, in: FAZ v. 28. 06.1985, S. 1ff. und: „Vertragsentwurf über eine Europäische Union in Mailand“, in: FAZ v. 29.06.1985, S. 1 und 2. Im Letzteren sei besonders auf die offiziellen Stellungnahmen der damaligen europäischen Regierungschefs sowie der britischen Premierministerin hingewiesen.

¹⁴⁹Helmut Kohl zitiert nach Beilken, Kurt, ebenda. Siehe auch Schlecht, Otto, Nicht mit zwei Geschwindigkeiten, in: FAZ vom 17.5.1984. Der Autor vertritt hier eine gegensätzliche Meinung zu Kohl und befürwortet gegebenenfalls eine punktuelle Differenzierung, geht aber ansonsten von der Notwendigkeit des einheitlichen Fortschreitens aus. Gleichzeitig soll den langsameren Staaten die Option für die spätere Teilnahme offen gehalten werden. Die Äußerungen des derzeitigen Außenministers Fischer sind im Grunde eine Wiederholung des hier skizzierten Modells.

¹⁵⁰Besonders die unnachgiebige Haltung der britischen Premierministerin Thatcher wurde auch öffentlich heftig diskutiert. Der bayerische Ministerpräsident Strauß sprach sich sogar offen für einen Austritt Großbritanniens aus der Gemeinschaft aus. Andererseits war es gerade die rigide Haltung Thatchers, die die Forderung nach einer engeren Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik immer vernehmlicher werden ließ. Siehe dazu auch: Stadelmann, Heinz, Was zwischen Bonn und Paris steht, in: FAZ vom 5.1.1984, S., 10.

¹⁵¹Ebenda.

¹⁵²Zu den Schwierigkeiten und Konflikten der Regierung Kohl/Genscher mit der Reagan-Administration zum SDI-Projekt, die sich besonders in den Jahren 1985 und 1986 verschärften, siehe: Hacke, Christian, S. 334ff. und Hanrieder, Wolfram, Deutschland – Europa – Amerika, Paderborn 1992, S. 145ff.

¹⁵³Verteidigungsminister Wörner widersetzte sich zunächst, schwenkte aber dann auf die Linie Kohls ein, Bündnistreue und Verlässlichkeit zu demonstrieren., Hanrieder, ebenda., S. 146.

¹⁵⁴Siehe hierzu, Hauser, Erich, Mitten in der EG-Krise Griff in die Zukunft, in: FR v. 2.2.1984. Der Autor sieht die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs für die Europäische Union auch eher im Kontext des Wahlkampfes zum Europäischen Parlament und macht seine Skepsis über die von den Initiatoren erhoffte Popularität deutlich.

¹⁵⁵Bereits zum 1. Januar 1986 würde die Zahl der Mitglieder durch den Beitritt von Portugal und Spanien auf 12 ansteigen.

¹⁵⁶Weidenfeld und Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, S. 37, sinng.

¹⁵⁷vgl. hierzu Artikel 14 bis 17 des Vertrags zur Gründung einer Europäischen Union vom 14. Februar 1984.

¹⁵⁸siehe: Weidenfeld und Wessels, Europa von A bis Z, S. 38. Eher kritisch betrachtet Stadlmann den Gipfel von Fontainebleau. Er verweist in seinem Artikel, „Fontainebleaus Glanz verblasst“ in: FAZ vom 12.7.1984, S.1, darauf, dass Helmut Kohl zwar durchaus erfolgreich und geschickt verhandelt habe, dass aber dieser Erfolg nicht von Dauer sein und vom Wähler eher skeptisch betrachtet würde.

¹⁵⁹Gaddum, Eckhard, Deutsche Europapolitik, S. 238. Über das Zu Stande Kommen des Ausschusses siehe auch: Genscher, Erinnerungen, S. 370. Zur Funktion des Ausschusses siehe auch: Weidenfeld, Werner, 30 Jahre EG, S. 100ff.

¹⁶⁰vgl. ders., S. 243. Die Spannungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich entstanden vor allem bei den Einsparungen der Agrarsubventionen. Hier nahm die Bundesregierung eine ähnliche Haltung wie die britische Regierung ein. Siehe auch, Stadlmann, Heinz, Was zwischen Bonn und

Paris steht, a.a.O., S. 10. Zur Kooperation zwischen Kohl und Mitterrand siehe auch: Hauser, Erich, Die EG und das Band zwischen Kohl und Mitterrand, in: FR vom 4.7.1984, S. 3.

¹⁶¹Siehe hierzu auch: Nonnenmacher, Klaus, Das Jahr der Entscheidungen, in: FAZ vom 2.02.1985, S. 12.

2.4.3. Deutsch-französische Führung und Mailänder Gipfel

¹⁶²benannt nach seinem Leiter, dem irischen Senator Dooge. Irland hatte bei der Konstituierung des Ausschusses den Ratsvorsitz inne.

¹⁶³Gaddum, Eckart, Deutsche Europapolitik, S. 245.

¹⁶⁴ders., S. 248.

¹⁶⁵ders., S. 245.

¹⁶⁶dazu gehörten u.a.: Weiterentwicklung der Sicherheits- und Außenpolitik, eine Wirtschafts- und Währungsunion, sowie neue Politikbereiche, vgl., Gaddum, Eckart, ebenda, S., 247.

¹⁶⁷Dieses Tief begründete sich nicht allein auf die Verluste bei den Landtagswahlen. Die Wörner/Kießling Affäre, die nach wie vor hohe Zahl der Arbeitslosen (ca. 2 Millionen), mangelndes Durchsetzungsvermögen in der EG bei der Einführung des Kfz-Katalysators sowie die Parteispendenaffäre um den Flick-Konzern trugen wesentlich zum schlechten Bild der Bundesregierung und des Kanzlers bei. Vgl.: Nicklauß, Karlheinz, Kanzlerdemokratie, S. 237ff.

¹⁶⁸Bei den Landtagswahlen am 10. März im Saarland und am 12. Mai 1985 in Nordrhein-Westfalen verlor die CDU 6,1% bzw. 6,7%, während die SPD 3,8% bzw. 3,7% der Stimmen gewinnen konnte. Vgl., Nicklauß, Karlheinz, ebenda, S. 241.

¹⁶⁹vgl., Gaddum, Eckart, Deutsche Europapolitik, S. 250.

¹⁷⁰Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, S. 373.

¹⁷¹Zur Stimmungslage der englischen Premierministerin Thatcher siehe: Kempfski, Hans Ulrich, Der Kanzler und die Stunde der Wahrheit, in: SZ vom 1.07.1985, S. 3 und Hoffnungen, aber auch Ärger und Enttäuschung nach dem Mailänder Europa-Treffen, in: FAZ v. 1.07.1985, S. 1 und 2.

¹⁷²Durch dieses sog. „Badezimmerpapier“, das seiner Ansicht nach die Grundlage für die spätere Beschlussfassung bildete, sei die Regierungskonferenz doch noch möglich geworden. Vgl., Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, S. 373.

¹⁷³Wortlaut dieses Papiers, hier zitiert nach, Gaddum, Eckart, Deutsche Europapolitik, S. 257.

¹⁷⁴Bundeskanzler Helmut Kohl am 27. Juni 1985 vor dem Deutschen Bundestag, hier zitiert nach, Gaddum, Eckart, ebenda, S. 254. Für Helmut Kohl schlug auf diesem Gipfel „die Stunde der Wahrheit“, in der das weitere Schicksal der EG entschieden wurde. Zur Situation und Stimmung siehe: Kempfski, Hans Ulrich, Der Kanzler und die Stunde der Wahrheit, a.a.O., S. 3.

¹⁷⁵Siehe dazu, Weidenfeld und Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, S. 42 und Gaddum, Eckart, Deutsche Europapolitik, S. 255.

¹⁷⁶So gab es deutlich unterschiedliche Auffassungen z. B. zu SDI und EUREKA, aber auch zunehmend in Währungsfragen. Besonders die Wirtschafts- und Währungspolitik sollte in Zukunft ein Knackpunkt der deutsch-französischen Beziehungen sein.

2.4.4. Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und Vollendung des Binnenmarktes

¹⁷⁷Bereits am 4. Dezember 1985 stimmte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Koalition und der SPD der Ratifizierung des Vertrages zu und am 19. Dezember passierte das Ratifizierungsgesetz den Bundesrat. Zum Verhandlungsergebnis des Luxemburger Gipfeltreffens siehe auch, Nach dreißig Verhandlungsstunden die Europäer in Luxemburg mit sich zufrieden“ in: FAZ vom 5.12.1985, S., 1 und 2.

¹⁷⁸Siehe hierzu auch: Strick, Hans-Josef, Nur mühsamer Fortschritt auf dem EG-Gipfel in: SZ vom 4.12.1985, S. 1.

¹⁷⁹vgl.: Weidenfeld und Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, S. 44 und Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen., S. 374.

¹⁸⁰Genscher, Hans-Dietrich, ebenda.

¹⁸¹Die Umfragewerte machten den Popularitätsverlust Kohls deutlich. Lagen diese im März noch bei insgesamt +1,8, waren sie bis zum Februar 1985 bereits auf +0,6 gesunken und erreichten im Juni 0,0 der Sympathiebewertung. Vgl. Nicklauß, Karlheinz, Kanzlerdemokratie, S. 240.

¹⁸²Erklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 5. Dezember 1985, hier zitiert nach, Beilken, Kurt, Architekten und Baumeister, S. 338.

¹⁸³Bundeskanzler Kohl, ebenda, S. 340.

¹⁸⁴Bundeskanzler Kohl, ebenda, S. 340.

2.4.5. Der Sondergipfel in Brüssel

¹⁸⁵Hanrieder, Wolfram, Deutschland – Europa - Amerika, S. 374.

¹⁸⁶siehe Weidenfeld und Wessels (Hrsg.), a.a.O., S. 45. Zum Nord-Süd-Gefälle siehe auch, Hanrieder, ebenda, S. 377f.

¹⁸⁷Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, S. 382.

¹⁸⁸Der Sozialforscher Joseph Rován über die deutsche Ratspräsidentschaft, hier zitiert nach Knoche, Meinhard, Durchbruch zur Europäischen Union, S. 65.

¹⁸⁹Noelle-Neumann, Elisabeth, Was erwartet der Bürger von Europa ? in: Europa 1992 Durchbruch zur Europäischen Union, V, Europäische Gemeinschaft, Bürger und Demokratie, S. 66.

¹⁹⁰dies., S. 67.

¹⁹¹dies., S. 69.

¹⁹²Im Wesentlichen beinhaltete das sog. ‚Delors-Papier‘ Vorschläge zur Lösung des Gesamthaushaltes, der Agrarpolitik und des Strukturfonds.

¹⁹³Eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Schaffung des Binnenmarktes findet sich in, Weidenfeld und Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, S. S. 47ff.

¹⁹⁴Bundeskanzler Kohl am 1. November 1988 zum genannten Anlass. Hier zitiert nach, Beilken, Architekten und Baumeister, S. 366.

2.5. Herbst 1989: Zäsur in der deutschen Außen- und Europapolitik

¹⁹⁵Ackermann, Eduard, Mit feinem Gehör, S. 310. Der Bundeskanzler hielt sich am 9. und 10. November 1989 zu einem seit längerem geplanten, jedoch immer wieder verschobenen Staatsbesuch in Polen auf, als ihn Ackermann am Abend des 9. November in Warschau anrief und über die Ereignisse in Berlin informierte.

¹⁹⁶Mit seiner Bemerkung, dass die neue Reiseregulation unverzüglich in Kraft träte, öffnete DDR-Pressesprecher Günter Schabowski ungewollt die Grenze zur Bundesrepublik.

2.6. Zusammenfassung

¹⁹⁷Günther Guillaume war ein von der Stasi in Bonn eingeschleuster und auf Brandt angesetzter Spion. Obwohl dem BND und Innenminister Hans Dietrich Genscher deutliche Hinweise darüber vorlagen, unterblieb zunächst seine Verhaftung. Der Verdacht, der Fraktionsvorsitzende Wehner betreibe den Rücktritt Brandts, konnte nie vollständig ausgeräumt werden. Indiz dafür war seine offene Kritik am Kanzler anlässlich eines Moskau-Besuches, gelegentlich dessen er geäußert hatte, „der Herr badet gerne lau“.

¹⁹⁸Helmut Schmidt beurteilt dies anders. In der ZDF-Dokumentation „Kanzler“ von Guido Knopp, Folge 5, „der Macher“, betonte er im Gegenteil Brandt aufgefordert zu haben, sein Amt nicht aufzugeben und als dieser es tat, nicht freiwillig die Nachfolge angetreten zu haben.

¹⁹⁹siehe Grafik Nr. 11.3 im Anhang.

3. TEXT- UND SPRACHANALYSE VON BEISPIELEN AUS DEN AUSGEWÄHLTEN PRINTMEDIEN

3.1.1 Auswahlkriterien

²⁰⁰vgl. Grafiken im Anhang, S. 492

4. Exemplarischer Vergleich von Textbeispielen

4.1. Der Zusammenbruch der DDR und Deutschlands Wiedervereinigung

- ²⁰¹Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag in seiner Regierungserklärung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland am 27. Februar 1985. Hier abgedruckt in: Helmut Kohl und die Deutsche Einheit – Eine Zitatensammlung 1966 – 1989 - , herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin, o. J., S. 23.
- ²⁰²Schäuble, Wolfgang, Seine Deutschlandpolitik. In: Filmer, Werner und Schwan Heribert, Helmut Kohl, Düsseldorf u. Wien 1985, S. 303.
- ²⁰³eine genaue Datumsangabe war nicht zu ermitteln.
- ²⁰⁴Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, S. 381.
- ²⁰⁵Laut Aufzeichnungen Genschers fragte Cheysson: „Werdet ihr dann Europäische Gemeinschaft und NATO verlassen?“ Worauf Genscher beschwichtigend geantwortet haben will: „Unsere Zugehörigkeit zu NATO und Europäischer Gemeinschaft sind für uns keine Mitgliedschaften unter Vorbehalt. [...] Sie sind unwiderruflich. Am Tage der deutschen Vereinigung werden sie für alle Deutschen Gültigkeit haben.“, Genscher, Hans-Dietrich, ebenda, S. 381f.
- ²⁰⁶Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 701.
- ²⁰⁷Rede Helmut Kohls anlässlich der Eröffnung des CDU-Kongresses „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ am 18. Januar 1989 in Bonn. Hier zitiert nach: Hintze, Peter (Hrsg.), Helmut Kohl. Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973 – 1993, Stuttgart 1993, S. 331. Die Beteuerungen Kohls, die deutsche Einheit werde sich nur im europäischen Kontext vollziehen, waren vor allem im Herbst 1989 und Frühjahr 1990 sehr ausgeprägt. Selbst nach der Wiedervereinigung am 3. 10. 1990 sah sich der Kanzler veranlasst, die Treue Deutschlands zum westlichen Bündnis und zur EG zu betonen. Dies kommt besonders in seinen öffentlichen Reden zum Ausdruck. Siehe hierzu besonders: Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989 – 1991, Bd. 1, in: Presse- und Informationsamt (Hrsg.), Bonn 1992.
- ²⁰⁸Bender, Peter, Die „neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. München, 3. Aufl. 1995, S. 265.
- ²⁰⁹Ein ganz deutliches Zeichen für die fortgeschrittene Realitätsferne der DDR-Führung war in diesem Zusammenhang die legendär gewordene Formulierung des damaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“. Trotz der unübersehbaren Zeichen des Zusammenbruchs und eindeutiger Forderungen nach Reformen blieb Honecker starrsinnig.
- ²¹⁰siehe hierzu auch Gorbatschows Bemerkungen über seine Teilnahme an diesen Feierlichkeiten, bei denen er Honecker vergeblich zu Reformen aufforderte. Gorbatschow, Michail, Erinnerungen, S. 711.
- ²¹¹Zur chronologischen Aufarbeitung der Ereignisse von der ersten Opposition bis zur staatsrechtlichen Einheit, jedoch mit Akzentuierung der Ereignisse ab Herbst 1989 siehe: Bahrmann, Hannes und Links, Christoph, Chronik der Wende, Berlin 1999 und Thies, Jochen und Wagner, Wolfgang (Hrsg.), Das Ende der Teilung. Der Wandel in Deutschland und in Osteuropa, Bonn 1990, wobei dieser eher die sozialdemokratische Auffassung der Erhaltung einer reformierten DDR präferierte. Vgl. S. 42. Siehe auch, Ehmke, Horst, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994, S. 399 ff.
Aus journalistischer Sicht sei auf die Sonderbände des SPIEGEL 1990 und 2000 verwiesen.
- ²¹²Vgl. Mitterrand, François, Über Deutschland, S. 28f.
- ²¹³Thatcher, Margaret, The Downing Street Years, London 1993, S. 813. Hier zitiert nach: Bruck, Elke und Wagner, Peter M. (Hrsg.), Wege zum 2+4 Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit, München 1996, S. 126.
- ²¹⁴Interview mit William Waldgrave, Staatsminister im britischen Außenministerium 1988 – 1990 am 14.09.1992. Hier zitiert nach Bruck, Elke und Wagner, Peter M. (Hrsg.), ebenda, S. 128.
- ²¹⁵Bruck, Elke und Wagner, Peter, M (Hrsg.), S. 128.
- ²¹⁶Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europa vom 28. November 1989. hier nach: Seewald, Heinrich (Hrsg.), Deutschlands Zukunft in Europa, Herford 1990, S. 115ff.
- ²¹⁷Ehmke, Horst, Mittendrin, S. 404ff. Ehmke versucht seine These damit zu untermauern, dass die SPD schon vor Kohl an einem Papier gearbeitet habe, dessen Urheber er gewesen sei. SPD-Chef Vogel habe lediglich versäumt, das Thema rechtzeitig öffentlich zu ‚besetzen‘.

²¹⁸Ehmke, Horst, ebenda, S. 405.

²¹⁹Als signifikant für die Haltung der SPD können dabei zwei Aussagen des damaligen Ministerpräsidentenkandidaten Gerhard Schröder gelten, wenn er in der Juni-Ausgabe 1989 des Deutschland Journals erklärte: „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“, hier zitiert nach: Maser, Werner, Helmut Kohl. Der deutsche Kanzler, Berlin 1990, S. 303. Auch noch im niedersächsischen Landtagswahlkampf erklärte Gerhard Schröder im Mai 1990: „Die Chance, die wir haben, die Einheit als historische Möglichkeit zu bewahren, besteht ausschließlich darin, die territoriale Trennung, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, zu akzeptieren.“ Ebenda.

Auch in der Union sah man nicht ohne gewisse Schadenfreude, dass die SPD nun in Erklärungsnöten steckte. Siehe dazu: Zimmermann, Friedrich, Kabinettsstückchen, S. 308f.

²²⁰Kiesinger sprach in einer Regierungserklärung im November 1967 von „einem Phänomen, das sich da gebildet hat“ und wich damit erstmals von der Linie Adenauers und Erhards ab, die sich strikt weigerten, mit der DDR unmittelbar in Kontakt zu treten. Vgl.: ZDF-Dokumentation „Kanzler“ von Guido Knopp, Folge 3: „Die Ära Kiesinger“. Im offiziellen Sprachgebrauch war daher immer von der so genannten DDR die Rede.

²²¹So mit den Milliardenkrediten in den Jahren 1983 und 1984.

²²²Siehe hierzu: Fröhlich, Manuel, Sprache als Instrument politischer Führung, München 1997. An den Beispielen von Kohls Regierungserklärungen zur Lage der Nation im geteilten Deutschland werden hier die Aussagen zur Wiedervereinigung explizit herausgegriffen, wenngleich dies mehr von der linguistischen Seite betrachtet wird. In diesem Zusammenhang sei ebenfalls auf die bereits genannte Auswahlsammlung der Reden Kohls verwiesen. In: Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Helmut Kohl. Bilanzen und Perspektiven 1989 – 1991, Regierungspolitik 1989 – 1991, Bde. 1 und 2, Bonn 1992.

²²³Janning, Josef und Piepenschneider, Melanie, Deutschland in Europa, S., 44.

²²⁴Michail Gorbatschow sprach in diesem Kontext stets von den 4+2 Verhandlungen, um die Bedeutung der Vier Mächte hervorzuheben. Siehe hier: Mitterrand, Über Deutschland., S. 43.

4.1.1 Textbeispiele

²²⁵TAZ Nr. 2974, S. 2 vom 29.11.1989.

²²⁶Ebenda.

²²⁷FAZ vom 30.11.1989, S. 2.

²²⁸Helmut Kohl in einem Interview der 1999 ausgestrahlten ZDF-Reihe „Kanzler“, Teil 6 von Guido Knopp.

²²⁹Beleg hierfür ist auch die Aussage des damaligen FDP-Parteivorsitzenden Graf Lambsdorff, der noch vor dieser Bundestagssitzung den Kanzler nach dem Papier gefragt haben will, worauf dieser es mit dem Hinweis abgeschlagen habe, gelegentlich sei er auch Parteivorsitzender. Lambsdorff, ebenda.

²³⁰Der SPIEGEL Nr. 49/1989, S. 24ff.

²³¹Besonders der linke Flügel der SPD, aber auch der Kanzlerkandidat Lafontaine vertraten öffentlich die These, dass noch vor dem Vollzug der deutschen Einheit die Grenzregelung mit Polen in einem Vertrag festgeschrieben werden sollte.

²³²vgl.: Mitterrands Bedingungen, Über Deutschland, S. 56f.

²³³TAZ Nr. 2979 Seite 1 und 2 vom 05.12.1989.

²³⁴„In den deutsch-französischen Beziehungen gab es weder Dissens noch Abkühlung.“ François Mitterrand, Über Deutschland, S. 55. Das ist ein glattes Understatement. Auch wenn Mitterrand in der Retrospektive das so vermitteln will, bedeutet diese Aussage wiederum nicht, dass das deutsch-französische Verhältnis ausgeglichen und voller Harmonie gewesen sei. Selbstverständlich nahm er es Kohl übel, was sich auch daran belegen lässt, dass er der DDR Mitte Dezember 1989 einen demonstrativen Besuch abstattete, gelegentlich dessen er das Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen einräumte. Um dies zu tun, brauchte er allerdings nicht in die DDR zu reisen. Sicher ist, dass er zu diesem Zeitpunkt – anders als Gorbatschow oder etwa Frau Thatcher – wohl schon erkannt hatte, dass es längerfristig keine zwei deutschen Staaten mehr geben würde.

²³⁵gemeint ist hier die Wiedervereinigungsnote Stalins vom 10. März 1953. Darin machte die Sowjetunion das Angebot einer deutschen Wiedervereinigung unter strikter Wahrung der Neutralität. Die West-Alliierten und damit auch Adenauer lehnten diesen Vorschlag ab, weil sie

befürchteten, dass ein neutrales Deutschland in seiner Gesamtheit in den sowjetischen Machtbereich fallen könnte. Außerdem, so wurde argumentiert, seien die Kommunisten in Frankreich und Italien sehr stark, so dass damit dem sowjetischen Ziel nach kommunistischer Weltherrschaft Vorschub geleistet würde.

²³⁶Der SPIEGEL Nr. 50/89, S. 16ff.

²³⁷Kohl sagte in diesem Interview: „Gorbatschow ist ein moderner kommunistischer Führer, der etwas von Öffentlichkeitsarbeit versteht. Auch Goebbels, einer der Verantwortlichen für die Verbrechen der Hitlerzeit, war Experte für Öffentlichkeitsarbeit“ hier zitiert nach: Korte, Karl Rudolf, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S. 439. Kohl selbst bezeichnete in der 1998 produzierten ZDF-Reihe „Kanzler“ diese Formulierung als unüberlegt und dumm.

²³⁸Frankfurter Rundschau Nr. 278 vom 30. November 1989.

²³⁹Weidenfeld, Werner, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Bonn 1998, S. 132.

²⁴⁰Süddeutsche Zeitung vom 18.11.1989.

²⁴¹Bei einigen Kommunalwahlen war es den Republikanern gelungen, in Städte- und Gemeindeparlamente einzuziehen. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1990 waren sie ebenfalls erfolgreich. Die Gefahr rechtsextremistischer Unterminierung der Parlamente war latent und rief Erinnerungen an den Aufstieg der NSDAP in den zwanziger Jahren wach.

²⁴²In einem Gespräch des Verfassers dieser Arbeit mit dem CDU-Abgeordneten des EP, Gahler, am 15.09.2000 betonte dieser, dass die D-Mark nicht als politische Konzession für eine europäische Währung geopfert worden sei. Vielmehr sei dies Ausdruck des politischen Willens Kohls gewesen, die europäische Integration voranzubringen. Dass die D-Mark einer europäischen Währung weiche, sei ein Preis, der auch im eigenen Interesse liege. Ähnlich äußerte sich auch der CDU-Fraktionsvorsitzende im EP, Nassauer, der in diesem Schritt eine Chance für Kohl sah, den Weg zur Europäischen Union unumkehrbar zu machen. Zu keinem Zeitpunkt sei der Kanzler von seinen europäischen Partnern unter Druck gesetzt worden. (Gespräch mit dem Verfasser am 21.09.2000).

²⁴³Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.12.1989, S. 3.

²⁴⁴Konrad Adenauer gebrauchte schon Mitte der 50er-Jahre im Zusammenhang mit der Westintegration der Bundesrepublik und der Zukunft Gesamtdeutschlands öffentlich diese Metapher, die sich Helmut Kohl im Kontext der deutschen Wiedervereinigung zu Eigen machte. Spätestens seit dieser Zeit wurde er sowohl von Parteifreunden als auch von seinen Gegnern als der Enkel Adenauers bezeichnet.

²⁴⁵„Die künftige Architektur Deutschlands muss sich in die künftige Architektur Gesamteuropas einfügen“. Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundesrat am 21. Dezember 1989, abgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 150 (22. Dezember 1989), hier zitiert nach: Helmut Kohl, Bilanzen und Perspektiven, Regierungspolitik 1989 – 1991, Band 1, Bonn 1992, S. 363f.

²⁴⁶Das Klima auf dem Straßburger Gipfel war eisig. Dem Kanzler wurden schwere Vorwürfe wegen seines Zehn-Punkte-Plans gemacht. Siehe auch, Weidenfeld, Werner, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Bonn 1998, S. 146f. Noch vor der Darlegung seiner Zehn-Punkte erklärte Kohl in einer Rede vor dem Straßburger Europaparlament am 22. November, dass die Entwicklung in Deutschland unmittelbar mit der europäischen verbunden und der Enthusiasmus für die EG im Land ungebrochen sei. Siehe: Baun, Michael, J.: The Maastricht treaty as High Politics. Germany, France and the European Integration. In: Political Science Quarterly, Nr. 4 / 1995, S. 611.

4.1.2 Zusammenfassung

²⁴⁷In der Regel gelten die FR und der SPIEGEL als eher SPD-freundliche Blätter, während FAZ und Focus mehr als Sympathieträger des konservativen Lagers betrachtet werden.

4.2. Ängste und Vorbehalte gegenüber dem vereinten Deutschland

²⁴⁸Seidelmann, Reimund, NATO, WEU oder KSZE ? Zur Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur in den 90er-Jahren. In: Deubner, Christian, Die Europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa. Herausforderungen und Strategien, Baden-Baden 1991, S. 209.

- ²⁴⁹Welche konkret damit gemeint sind und welche Bedeutung sie für eine angestrebte GASP haben, soll im Zusammenhang der Schaffung der europäischen Union im nächsten Kapitel eingehender betrachtet werden. Hingewiesen sei dabei auf den Beitrag von Hans-Peter Schwarz, der ein konkretes Konzept einer gesamteuropäischen GASP entwickelt hat. Welches Europa ? in: Schmitt, Karl und Seidelmann, Reimund (Hrsg.), Deutschland und Europa. Weimar u. a. , 1994, S. 27ff.
- ²⁵⁰Bierling, Stephan G., Wirtschaftshilfe für Moskau, S. 73. Siehe dazu auch, Teltschik, Horst, 29 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 101f. Interessant ist hier die Beschreibung Teltschiks deshalb, weil er die Verhandlungen mit der Sowjetführung aus der unmittelbaren Kanzlernähe und daher sehr persönlich wiedergibt.
- ²⁵¹ders., S. 74.
- ²⁵²In einem Telefonat zwischen Kohl und Mitterrand am 5. Februar 1990 betonte der Kanzler nachdrücklich, dass ein neutrales Deutschland für ihn keine Verhandlungsbasis sei und er auch gegenüber Gorbatschow in diesem Punkt nicht nachgeben werde. Siehe dazu: Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, Helmut Kohl. Ich wollte Deutschlands Einheit, Ullstein, Berlin, 2. Aufl. 1999, S. 236.
- ²⁵³Bender, Peter, Die „neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München, 3. Aufl. 1995, S. 273.
- ²⁵⁴hierbei zeigte sich, dass Gorbatschow offensichtlich noch keine langfristige Planung für den Umgang mit einem vereinten Deutschland zu haben schien, so jedenfalls sieht es Adomeit, Hannes in: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev, Baden-Baden 1998, S. 448f.
- ²⁵⁵vgl.: Kiessler, Richard und Elbe, Frank, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden 1993, S. 58. Zu den amerikanischen Interessen, französischen, britischen und sowjetischen Sorgen und Vorbehalte siehe: dies., S. 56ff.
- ²⁵⁶Für Gorbatschow war allerdings klar, dass die USA hierin nur einen Vorwand sahen, ihre eigene NATO-Präsenz zu verlängern bzw. ihre Dominanz in diesem Bündnis aufrecht zu erhalten. Vgl.: Gorbatschow, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 772.
- ²⁵⁷Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, Helmut Kohl, S. 238f.
- ²⁵⁸zitiert nach: Weilemann, Peter R., Der deutsche Beitrag zur Überwindung der europäischen Teilung – Die Zehn Punkte von Bundeskanzler Helmut Kohl. In: AP, Hamburg 1/1990, S. 22.
- ²⁵⁹Modrow hatte jedoch noch versucht, Gorbatschow zu Initiativen zur Erhaltung der DDR zu gewinnen, indem er einräumte, dass die Mehrheit der Bevölkerung die deutsche Zweistaatlichkeit nicht mehr unterstütze und daher sofortiges Handeln geboten sei. Siehe dazu, Gorbatschow, Michail, Erinnerungen, S. 714
- ²⁶⁰DDR-Ministerpräsident Modrow selbst hatte Mitte Dezember die Bundesrepublik um eine finanzielle Soforthilfe von 15 Mrd. D-Mark gebeten. Von der DDR konnte Gorbatschow daher keine Hilfe erwarten. Im Gegenteil: Modrow hatte im Januar in Moskau ebenfalls um finanzielle Hilfe gebeten. Inzwischen lagen dem Kreml auch Gutachten vor, die sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit der DDR offenbarten. Selbst wenn Gorbatschow gewollt hätte, er konnte nicht mehr helfen.
- ²⁶¹vgl.: Bierling, Wirtschaftshilfe für Moskau, S. 73f. Detaillierter: siehe: Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, Helmut Kohl, S. 251.
- ²⁶²Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, a.a.O., S. 228f. Siehe dazu auch, Rühl, Lothar, Die Interessenlage der Bundesrepublik: „Nationale“ oder „Multilaterale“ Interessensbestimmung. In: Kaiser, Karl und Maull, Hanns W. (Hrsg.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik, Bonn 1992, S. 24ff.
- ²⁶³vgl.: Weidenfeld, Werner, Außenpolitik für die Deutsche Einheit, S. 237. Siehe dazu auch: Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, a.a.O., S. 239.
- ²⁶⁴Siehe hierzu: Bierling, Stephan G., Wirtschaftshilfe für Moskau, 1998, S. 93f.
- ²⁶⁵Der amerikanische Außenminister Baker schlug Kohl in einem Brief vor, dass die Bundesrepublik zwar weiterhin der NATO angehören, das Gebiet der DDR hingegen bündnisfrei, also neutral bleiben solle. Gorbatschow lehnte dies ab, wohl wissend, dass auch dies keine ernsthafte Lösung des Problems sein könne. Vgl.: Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, Helmut Kohl, S. 245 und Weidenfeld, Werner, Außenpolitik für die deutsche Einheit, S. 240ff.
- ²⁶⁶Weidenfeld, Werner, Außenpolitik für die Deutsche Einheit, S. 241.
- ²⁶⁷Anlässlich seines Staatsbesuches in der DDR erklärte er am 21. Dezember 1989 in einer Rede an der Karl-Marx-Universität Leipzig: „*Ich sage also, dass die deutsche Einheit wesentlich vom deutschen Volk abhängt. Wenn das deutsche Volk beschließt, dass dem so sein soll, wird sich Frankreich einem solchen Votum nicht entgegenstellen.*“, Mitterrand, François, Über Deutschland, Frankfurt am Main 1996, S. 163f.

- ²⁶⁸Margaret Thatcher in einem Interview mit dem *Wall Street Journal* am 24. Januar 1990. Hier zitiert nach Mitterrand, François, *Über Deutschland*, Frankfurt am Main 1996, S. 35.
- ²⁶⁹Mit dem Auszug des sowjetischen Hohen Kommissars Sokolovski aus dem Alliierten Kontrollrat im März 1948 war die Zusammenarbeit mit den drei westlichen Kriegsverbündeten de facto beendet.
- ²⁷⁰Dieser Betrag schien doch ziemlich gering, da man offensichtlich die Zahlung eines dreistelligen Milliardenbetrages befürchtet hatte. Siehe auch hier: Zimmermann, Friedrich, *Kabinetstückchen*, S. 311. Zimmermann bezeichnet den Betrag von etwa 14 Mrd. DM als lächerlich gering.
- ²⁷¹Bender, Peter, *Die „neue Ostpolitik“ und ihre Folgen*, München 1995, S. 277.
- ²⁷²Helmut Kohl äußerte sich dazu in der ZDF-Reihe *Kanzler*, Folge 6, „Der Patriot“. In diesem Beitrag sprach Kohl davon, dass die persönlich guten Beziehungen zu François Mitterrand, Michail Gorbatschow, George Bush, Felipe Gonzales und anderen einen ganz wesentlichen Beitrag dazu geleistet hätten, die deutsche Wiedervereinigung im gegenseitigen Vertrauen herbeizuführen.
- ²⁷³Siehe auch: Woyke, Wichard, *Europäische Union: Erfolgreiche Krisengemeinschaft*, Oldenburg 1998, Abschnitt 13.2.5.: Mitterrand – die komplette Hinwendung nach Europa, S. 321ff.
- ²⁷⁴Adomeit, Hannes: *Imperial Overstretch*, Baden-Baden 1998, S. 459.
- ²⁷⁵siehe die folgenden Pressebeispiele.
- ²⁷⁶Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, *Helmut Kohl*, S. 253.
- ²⁷⁷Kohl auf die Frage nach der innerdeutschen Situation in einem Interview mit der Zeitung „Die Welt“ am 30. März 1990. Hier zitiert nach: *Bilanzen und Perspektiven*, Bd. 1, S. 465.
- ²⁷⁸Dies war eine Allianz aus CDU, CSU und DSU, die unter dem Begriff „Bündnis für Deutschland“ antrat und sich im Wesentlichen durch den Kanzler personifizierte.
- ²⁷⁹Allgemein wurde ein Wahlsieg der SPD erwartet, die darauf hoffte, ein ausreichendes Wählerpotenzial mobilisieren zu können, das für die Erhaltung der Selbständigkeit der DDR votieren würde. Damit wären die Vorstellungen Kohls hinfällig und ein Wahlsieg bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 3. Dezember wahrscheinlicher geworden. Die Allianz für Deutschland errang 47,7, die SPD 40,5 und die PDS 16,3 Prozent der abgegebenen Stimmen.
- ²⁸⁰Zur Diskussion über die Frage der Wiedervereinigung nach Art. 23 GG siehe u. a.: Blumenwitz, Dieter, *Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung*. In: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 37, Heft 1, 1990, S. 9ff.
- ²⁸¹*Bilanzen und Perspektiven*, Bd. 1, S. 465f.
- ²⁸²Vgl.: Ferger, Werner, *Helmut Kohl und die Geschichte* in: Appel, Reinhard (Hrsg.): *Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht*, S. 60ff. Der Verfasser kritisiert in diesem Kontext das Geschichtsverständnis des Kanzlers. Es sei unverständlich, dass Kohl auch auf polnische Unrechtstaten verwiesen habe. Auch die offensichtliche Haltung des Kanzlers, dass nach 45 Jahren genug gebüßt sei und von deutscher Seite keine Reparationszahlungen zu erwarten seien, kommentiert der Autor kritisch. Zur Rechtsfrage und Auslegung des BVG über die künftigen Grenzen Gesamtdeutschlands und die von den Vertriebenenverbänden erhobenen Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 siehe, Kiessler, Richard und Elbe, Frank, *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken*, S. 114ff.
- ²⁸³Von insgesamt 437 stimmberechtigten Parlamentariern stimmten 400 dafür, 4 dagegen und 33 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*. 11. Wahlperiode. Stenografische Berichte. 173. Sitzung vom 8.11.1989, S. 13061. Hier zitiert nach: *Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994*, Köln 1995, S. 617.
- ²⁸⁴Ebenda. Der Wortlaut des Warschauer Vertrages ist abgedruckt in: *Dokumentation zur Ostpolitik der Bundesregierung. Verträge, Vereinbarungen und Erklärungen*. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), S. 75ff.
- ²⁸⁵Pressekonferenz Mitterrands mit Polens Präsidenten Jaruzelski und Ministerpräsident Mazowiecki am 9. März 1990 in Paris. Zitiert nach: Mitterrand, François, *Über Deutschland*, Frankfurt am Main 1996, S. 165f.
- ²⁸⁶Korte, Karl-Rudolf, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, Stuttgart 1998, S. 471.
- ²⁸⁷Bahners, Michael, *Im Mantel der Geschichte*, Siedler-Verlag 1998, S. 160.
- ²⁸⁸vgl. Weidenfeld, Werner, *Außenpolitik für die deutsche Einheit*, S., 479f.
- ²⁸⁹ders., S. 483.
- ²⁹⁰ders., ausführlich zum Rechtsstreit und die innen- wie außenpolitische Debatte um eine Grenzgarantieerklärung: *Disput um die polnische Westgrenze*, S. 479ff.
- ²⁹¹zitiert nach: ders., S. 503.
- ²⁹²So war der damalige stellvertretende Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Weilemann, der Auffassung, dass der KSZE-Prozess das „Herzstück“ einer gesamteuropäischen Architektur sein

müsse. Vgl. Weilemann, Peter R., Der deutsche Beitrag zur Überwindung der europäischen Teilung – Die zehn Punkte von Bundeskanzler Helmut Kohl. In: AP 1/1990, S. 20ff. Was die situative Notwendigkeit zur Zeit des Umbruchs betrifft, kann dem sicher zugestimmt werden. Als alleiniges Instrument für die Architektur des gesamteuropäischen Einigungsprozesses dürfte er aber nicht genügen. Siehe dazu: Seidelmann, Reimund, NATO, WEU oder KSZE ? Zur Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur in den 90er-Jahren. In: Deubner, Christian (Hrsg.), Die europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa, S. 209ff.

²⁹³ders., S. 214f.

²⁹⁴Wörner, Manfred, Die Atlantische Allianz in den neunziger Jahren, S. 65.

²⁹⁵Ebenda.

²⁹⁶ders., S. 66.

4.2.1 Textbeispiele

²⁹⁷TAZ Nr. 3031 Seite 2 vom 12.02.1990.

²⁹⁸Gemeint ist hier eine ähnliche Konferenz wie die von 1975, auf der sich alle Teilnehmerstaaten (einschließlich der UdSSR und der DDR) zum Gewaltverzicht und zur Anerkennung der Menschenrechte verpflichteten.

²⁹⁹SPIEGEL Nr. 8/1990, S. 16 – 18.

³⁰⁰eine dezidierte Bedeutungsbestimmung lässt sich nicht nachweisen, wird aber üblicherweise als kleine Aufmerksamkeit bei freundschaftlichen Besuchen verstanden.

³⁰¹hierüber wird in Kap. 6.1 noch zu diskutieren sein.

³⁰²Bei der Verwendung dieses Begriffs ist im Umgang mit journalistischer Arbeit stets Vorsicht geboten, da das, was dem Rezipienten als Fakten dargestellt wird, mitunter glaubwürdig klingt, sich allerdings nicht immer als Tatsache entpuppt. Eines der bekanntesten Beispiele dürfte hierbei die sensationelle Enthüllung der sog. Hitler-Tagebücher im Stern sein. Was hier als seriöse Grundlage für eine demnach notwendig erscheinende Neu-Interpretation der Geschichte dargeboten wurde, entpuppte sich rasch als großer Bluff, der offenbar nur zum Ziel hatte, die Auflage des Blattes drastisch zu erhöhen. Selbst wenn man sich nicht auf solche Extrembeispiele beziehen möchte, bergen fragmentarisch wiedergegebene direkte oder indirekte Zitate latent die Gefahr, dass sie a) im Kontext eine völlig andere Bedeutung haben können und b) als extrahiertes Fragment beliebig interpretierbar sein können.

³⁰³FR vom 12. Februar 1990, S. 3.

³⁰⁴Die Fernsehbilder und der dabei aufgezeichnete Ton dieser Pressekonferenz bestätigen diesen Eindruck. Es mag wohl sein, dass die Verkündung des Verhandlungsergebnisses, die ja unmittelbar bevorstand, eine ernste und seriöse Haltung erwarten ließ oder sogar verlangte, allerdings sollte dabei auch ein psychologisches Moment berücksichtigt werden, das eine Stimmung einer gewissen Gelöstheit bis hin zur Scherzhaftigkeit verursachen kann, wenn bestimmte, möglicherweise auch länger anhaltende Spannungen plötzlich nicht mehr vorhanden sind. Solche Reaktionen wirken auf Unbeteiligte mitunter irritierend und inadäquat.

³⁰⁵siehe dazu: Kap. 5.1.

³⁰⁶SZ vom 12. Februar 1990, S. 1.

³⁰⁷eines der berühmtesten Beispiele hierfür, wie Verhandlungen mit den Sowjets verlaufen konnten, ist die Reise Konrad Adenauers nach Moskau im September 1955, bei der es um die Freilassung der noch inhaftierten Kriegsgefangenen ging. Es ist bekannt, dass diese Gespräche mehr als einmal hart am Rande des Abbruchs standen und Adenauer bereits veranlasst hatte, den Abflug vorzubereiten. Die Atmosphäre war mitunter frostig, aber, nachdem beide Seiten Konzessionen gemacht hatten, wurde schließlich eine akzeptable Lösung gefunden. Das Anlegen von *harten Bandagen* ist deswegen keinesfalls unüblich, wollen doch beide Seiten den Erfolg für sich verbuchen können.

³⁰⁸hier beruft er sich auf ein nicht näher bezeichnetes Interview des Kanzlers im Deutschlandfunk.

³⁰⁹gemeint sind hiermit die Vier Mächte sowie die Bundesrepublik und die DDR.

³¹⁰FAZ vom 12. Februar 1990, S. 1 und 2.

³¹¹Siehe hierzu Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, Helmut Kohl., S. 265ff. Am 13. Februar reiste Modrow mit 17 Ministern zu Gesprächen nach Bonn. Die DDR-Delegation trug ihre Besorgnis über die Einmischung westdeutscher Politiker in den Volkskammerwahlkampf, gegenüber der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Furcht vor Fremdbestimmung vor. Auch der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Art. 23 GG wurde von der ostdeutschen Delegation abgelehnt. Modrow bestand zudem weiterhin auf einer Soforthilfe in

zweistelliger Milliardenhöhe, was Kohl, wie bereits zuvor in Dresden und Davos, ablehnte. Das Klima der Gespräche war frostig und aus der DDR-Delegation war zu hören, dass hier über eine „*bedingungslose Übergabe der DDR an die Bundesrepublik*“ verhandelt würde.

- ³¹²US-Außenminister James Baker schlug vor, Gesamtdeutschland nicht als Vollmitglied, sondern nur assoziiert in die NATO aufzunehmen. Ein solcher Vorschlag war jedoch wenig befriedigend, da es sich hier um eine scheinbare Lösung handelte, denn eine nur assoziierte Mitgliedschaft hätte zu Folge gehabt, dass die Rechte und Pflichten Deutschlands erheblich eingeschränkt wären und es so nur ein Mitglied zweiter Ordnung gewesen wäre. Eine solche Teillösung hätte mit großer Wahrscheinlichkeit innerhalb des Bündnisses zu Spannungen hinsichtlich der Integration Deutschlands in die NATO geführt, da Deutschland sich immer nur als geduldetes Mitglied gefühlt hätte, was die latente Gefahr in sich birgt, nach anderen Bündnissen zu suchen oder Sonderwege zu beschreiten.
- ³¹³In der Opposition beider Teile Deutschlands wurde die Einführung der WWU als übereilter und keineswegs richtiger Schritt kritisiert, was wenige Tage später beim Besuch der DDR-Delegation in Bonn offen ausgesprochen wurde.
- ³¹⁴Dass es sich hierbei tatsächlich um ein beruhigendes Argument des Kanzlers handelte, kann schon deshalb unterstellt werden, weil es zum Zeitpunkt dieser Aussage noch keine konkreten Zahlen über das tatsächliche Ausmaß der benötigten Finanzmittel zum Wiederaufbau der DDR-Wirtschaft gab. Kohl räumte in einem späteren Fernsehinterview ein, diesen Faktor unterschätzt zu haben. Helmut Kohl am 3.10.2000 im Gespräch mit dem Journalisten Dieter Kronzucker in: Zeugen des Jahrhunderts, SAT-1, 2000.

4.2.2 Zusammenfassung

- ³¹⁵Diese offenbar feststehende Regel ist auch bei den drei übrigen hier ausgewerteten Tageszeitungen zu beobachten. Wertungen, die über die Darlegung von Fakten hinausgehen, werden ebenso regelhaft von allen Blättern auf den folgenden Seiten abgegeben. An den hier zitierten Beispielen soll demonstriert werden, wie sich Magazin-, Titelseiten- und Innenteilberichte unterscheiden können.

4.3. Die Wiedervereinigung

- ³¹⁶Grosser, Dieter, Das Wagnis der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, S. 391. EG-Kommissionspräsident Jacques Delors entwickelte einen Drei-Stufen-Plan, der die Integration Gesamtdeutschlands in die Gemeinschaft und die ihm daraus notwendig erscheinenden Schritte zur Reform der EG miteinander verband. Siehe hierzu: Blumenwitz, Dieter, Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung. Aktuelle Fragen nach dem 10-Punkte-Programm auf dem Straßburger Gipfel. In Zeitschrift für Politik 1/1990, S. 6f.
- ³¹⁷Grosser, ebenda.
- ³¹⁸ders., S. 397f.
- ³¹⁹ders., S. 398.
- ³²⁰Ebenda.
- ³²¹Auszug aus der offiziellen Schlusserklärung des EG-Rates anlässlich des Sondergipfels in Dublin. Hier zitiert nach Grosser, a.a.O., S. 401.
- ³²²Im offiziellen Kommuniqué vom 13. 02. 1990 hieß es dazu: „*Die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten führten in Ottawa Gespräche. Sie vereinbarten, dass sich die Außenminister [...] treffen werden, um die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten, zu besprechen. [...]*“ Bulletin vom 20.02.1990, Nr. 27, S. 215, hier zitiert nach: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumente von 1949 bis 1994, Köln, 1995, S. 660. Damit war auch die innen- wie außenpolitisch immer wieder erhobene Forderung erfüllt, den Einigungsprozess nur in enger Absprache mit den Vier Mächten herbeizuführen.
- ³²³Eine detaillierte Schilderung des Verlaufs der Gespräche in Moskau und im Kaukasus ist bei Weidenfeld, Werner, Außenpolitik für die deutsche Einheit im Kapitel „Die Frage der Fragen“, S. 510ff. nachzulesen. Aus der Sicht Helmut Kohls siehe: Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg,

Helmut Kohl., S. 375ff. Eine interessante Perspektive hinsichtlich der Neutralitätsdebatte bietet sich bei Müller, Manfred, Deutschlands Rolle in einem neugestalteten europäischen Sicherheitssystem, in: Das Ende der Teilung. Der Wandel in Deutschland und Osteuropa, hgg. von Thies, Jochen und Wagner, Martin, Bonn 1990, S. 145ff. Müller vertritt darin die Auffassung, dass die Mehrheit der Bevölkerung der DDR und der Staaten Osteuropas die Neutralisierung Deutschlands befürwortet, aber sowohl diese Möglichkeit als auch eine NATO-Teilmitgliedschaft ablehnt. Sein Konzept für ein neues europäisches Sicherheitssystem stellt sich wie folgt dar: „Die Reduzierung des militärischen und die Stärkung politischer Faktoren der Sicherheit; die internationale Verkoppelung der verbleibenden militärischen Strukturen; den Ausbau des Systems der Vertrauensbildung und gegenseitige Kontrolle; die feste Einbindung Deutschlands und die Übernahme spezieller Verpflichtungen Deutschlands als Bedingung für die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte; die Teilnahme der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten in geeigneter Weise.“ (S.146). Neben der festen Einbindung Deutschlands in dieses Sicherheitssystem sieht er die Chance einer dauerhaften Friedensordnung in der Globalisierung, wobei die USA und die Sowjetunion offensichtlich gleichberechtigt zu beteiligen seien.

³²⁴Weidenfeld, Werner, Außenpolitik, S. 525.

³²⁵Konkrete Vorstellungen über eine solche Strukturreform entwickelte Seidelmann in seinem Beitrag, „Die neue Architektur Europas“ in: Woyke Wichard (Hrsg.), Das internationale System an der Jahrtausendschwelle, S. 45 – 55. Die Kernaussagen sind: 1. Eine bessere Kosten-Nutzen-Rationalität, 2. Die politische Nutzung der europäischen Geschichte und 3. Die Bereitschaft zur Akzeptanz, die Veränderung auch als zivilisatorisches Projekt zu betrachten (S. 47f.).

³²⁶Rühl, Lothar, Die Interessenlage der Bundesrepublik: „Nationale“ oder „multilaterale“ Interessenbestimmung, in: Kaiser, Karl, und Maull, Hanns. W. (Hrsg.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik, S. 25.

³²⁷Rede anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Königswinter Konferenz in Cambridge am 29. März 1990. Veröffentlicht in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 43 vom 3. April 1990. Hier zitiert nach: Bilanzen und Perspektiven Bd. 1, S. 457.

³²⁸siehe auch: S. 458. Zur Diskussion aus überwiegend innenpolitischer Sicht siehe: Wagner, Peter M., Erfolg der Bonner Komplementärdiplomatie, in: Bruck, Elke und Wagner, Peter M. (Hrsg.), Wege zum „2 + 4“-Vertrag, S. 32f. Die Beiträge dieses Bandes befassen sich mit den Positionen der an diesen Verhandlungen beteiligten Partner und bieten in knapper Form eine Übersicht des Verlaufs dieses Prozesses.

³²⁹Diese von Kohl in diesem Kontext so oft gebrauchte Metapher geht auf Adenauer zurück, diese bereits in Verbindung mit der deutschen Außenpolitik und der europäischen Einigung gebraucht hat.

³³⁰Vgl. Weidenfeld, Werner, Außenpolitik, S. 563.

³³¹Vgl. Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, Helmut Kohl, S. 390ff.

³³²Allein für den Abzug der Sowjettruppen gewährte Kohl wirtschaftliche Hilfe in Höhe von weiteren 15 Mrd. DM, deren Verwendung im sog. Überleitungsvertrag zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland vom 11. September 1990 vereinbart wurde. Allein auf die Förderung eines zivilen Wohnungsbauprogramms in der UdSSR entfielen rund 7,8 Mrd. DM. Eine detaillierte Darstellung der Verhandlungen über die Wirtschaftshilfen für die Sowjetunion findet sich bei: Bierling, Stephan G., Wirtschaftshilfe für Moskau, Paderborn 1998. Siehe auch: Grosser, Dieter, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Stuttgart 1998.

4.3.1 Textbeispiele

³³³TAZ vom 5. Oktober 1990, S. 3.

³³⁴Bis Mitte der achtziger Jahre wurde die Musikszene in der Bundesrepublik von der sog. Neuen Deutschen Welle (NDW) geprägt. Hierbei handelte es sich nicht um Schlager im herkömmlichen Sinne, sondern um Interpretationen, die zum Teil banal flache Texte beinhalteten, aber auch linksintellektuelles Niveau repräsentierten. Einer ihrer Exponenten war die Gruppe „Geier Sturzflug“, die in ihren Songs etwa gegen die Stationierung von Pershing II-Raketen Front machte. Die hier zitierte Zeile stammt aus dem 1983 erschienen Titel: „Bruttosozialprodukt“ und lautet vollständig: „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt.“ Damit sollte die positive Botschaft, Leistung zu erbringen, negiert werden, da, so der Tenor dieser Aussage, diese sich ausschließlich auf den wirtschaftlichen Bereich bezöge.

³³⁵Noch nicht ganz, denn für Dezember waren die ersten gesamtdeutschen Wahlen ausgeschrieben, allerdings sprachen die Anzeichen diesmal – im Gegensatz zur Volkskammerwahl im März – für

einen Sieg der Union und damit für eine Fortführung der bestehenden Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP unter Kanzler Kohl.

³³⁶SPIEGEL Nr. 1/1990, S. 21-24.

³³⁷Anlässlich des Festaktes wurde die 9. Sinfonie Ludwig van Beethovens und die darin enthaltene Ode an die Freude intoniert. Die Negierung der Zeile, ‚Freude schöner Götterfunke‘ lässt bereits erkennen, dass auch dieser Autor eine negative Grundhaltung erwarten lässt.

³³⁸Es waren nicht die Opposition und die Demonstrationen allein, die zur Selbstauflösung des Staates führten. Vielmehr trug auch die desolote wirtschaftliche Situation ganz wesentlich zur Beschleunigung des Exodus bei.

³³⁹Als erster Bundeskanzler traf sich Willy Brandt am 19. März 1970 mit dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten Stoph zu Gesprächen in Erfurt.

³⁴⁰Selten wurde ein Bundeskanzler von einer so großen und jubelnden Menschenmenge empfangen. Die DDR-Führung zog daraus ihre Konsequenzen. Als Brandts Nachfolger, Helmut Schmidt, 1981 Güstrow besuchte, säumte eine ausgesuchte und DDR-Fahnen schwenkende Menschenmenge die Straßen.

³⁴¹SZ vom 4. 10. 1990, S. 1.

³⁴²Dies schloss das Kontrollrecht über Berlin mit ein.

³⁴³Wobei von Weizsäcker hier überwiegend die Bundesbürger ins Auge gefasst haben dürfte.

³⁴⁴In diesem Zusammenhang war oftmals von dem hässlichen Wort der reichen Wessis und der armen Osis als Unterscheidungsmerkmal der Deutschen aus West und Ost die Rede.

³⁴⁵Gemeint sind hier ganz offensichtlich materielle und finanzielle Opfer, was zwar explizit nicht erwähnt, wohl aber intendiert gewesen sein dürfte.

³⁴⁶Kohl wies in einem Fernsehinterview dann auch darauf hin, dass an diesem Tag die Freude über das Ereignis überwogen habe und dass es ihm zunächst primär darum ging, Optimismus zu verbreiten, der seiner Ansicht nach auch in Kenntnis des desolaten Zustandes der DDR-Wirtschaft nötig war, um die kommenden Aufgaben zu bewältigen. Die Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg schien ihm dazu das geeignetste Mittel. In diesem Zusammenhang wurde ihm später immer wieder das Zitat der „blühenden Landschaften“ vorgeworfen, zu dem er selber sagte, den Zeitfaktor und den tatsächlich nötigen Aufwand unterschätzt zu haben. An der Richtigkeit seiner Prognose hielt er fest. Helmut Kohl in: Kanzler, Folge 6.

³⁴⁷FR vom 4. 10.1990, S. 1.

³⁴⁸Auf einer Kundgebung am 10. November 1989 vor dem Schöneberger Rathaus betonte er, nicht die Freude über eine mögliche Wiedervereinigung, sondern über das Wiedersehen stünde im Vordergrund.

³⁴⁹FAZ vom 4.10.1990, S. 1.

³⁵⁰Insgesamt besteht der Text aus 48 Sätzen bzw. Satzgefügen.

4.4 Irreversible Politische Union: Der Vertrag von Maastricht

³⁵¹Damit sind sowohl die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit als auch eine Strukturreform des NATO-Bündnisses gemeint. Besonders zur Reform der Sicherheits- und Außenpolitik siehe die Beiträge Wörner: Die atlantische Allianz, und von Seidelmann: Die neue Architektur Europas, in: Woyke; Wichard, Das internationale System an der Jahrtausendschwelle, NATO, WEU oder KSZE? Zur Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur in den-90er-Jahren, in: Deubner, Christian, a.a.O., zur Neuorientierung der westeuropäischen Sicherheitspolitik, in: Kreile, Michael (Hrsg.) Die Integration Europas, Opladen 1992, S. 335ff., Seidelmann, Reimund (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1989. Darin ders., Die Europäisierung der westeuropäischen Sicherheitspolitiken. Möglichkeiten und Grenzen eines Vergemeinschaftungsprozesses, S. 11ff.

³⁵²Im Kontext des Maastrichter Vertrages und dessen Folge wird diese Frage von Seidelmann diskutiert. In seiner Gegenüberstellung der zu Beginn der 90er-Jahre verfügbaren Architekturmodelle: NATO, EU und OSZE/KSZE präferiert er die EU-Strukturen, die, obwohl nicht optimal ausgebaut, doch einem reformfähigen Modell am nächsten stehen. Die neue Architektur Europas, a.a.O., S. 48ff.

³⁵³Seidelmann, Die Europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa, a.a.O., S. 210.

³⁵⁴Wörner, Manfred, Atlantische Allianz, S. 65. Im Sinne Wörners äußerte sich auch der ehemalige Bundesverteidigungsminister Scholz, der eine weitere Präsenz amerikanischer Truppen in Westeuropa für unverzichtbar hielt. Anders als Seidelmann sieht er im KSZE-Prozess das geeignete Forum für einen dauerhaften Kontrollmechanismus des Sicherheitssystems in Europa.

- Der KSZE-Prozess „*muss letztlich ein gesamteuropäisches Kontroll- und Abrüstungssystem organisieren, das nur in der Konstituierung eines Systems supranational organisierter und verwirklichter gegenseitiger Sicherheit in Europa bestehen kann.*“ Scholz, Rupert, Deutsche Frage und europäische Sicherheit, in: Thies, Jochen und Wagner, Wolfgang (Hrsg.), Das Ende der Teilung, S. 157.
- ³⁵⁵Seidelmann, Reimund, Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik, S. 71.
- ³⁵⁶Bering, Henrik, Helmut Kohl, S. 147.
- ³⁵⁷Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl zur 112. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 12/5, 30. Januar 1990, in: Bilanzen und Perspektiven Bd. 2, S. 792.
- ³⁵⁸Ebenda, S. 790ff.
- ³⁵⁹siehe Bering, Henrik, a.a.O., S. 157 und Baun, Michael J., The Maastricht Treaty as High Politics. Germany, France and European Integration. In: Political Science Quarterly, Nr. 4 / 1995-96, S. 620.
- ³⁶⁰Der EP-Abgeordnete Michael Gahler (CDU) äußerte sich in einem Gespräch mit dem Verfasser zu dieser Frage sinngemäß.
- ³⁶¹Seidelmann, Reimund, Die Europäische Union nach Maastricht, in: Schirm, Magda (Hrsg.), Jenseits des Marktes, S. 12.
- ³⁶²Bereits am 5. Oktober 1989 in Bonn betonte Delors die Bedeutung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, wies aber zugleich auf die zu erwartenden Schwierigkeiten hin: „*Zweifelloso ist die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion [...] eine Probe, die wir als erste bestehen müssen und gleichzeitig die, die am schwierigsten zu bewältigen sein wird, [...] weil sie nicht allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die gleichen Leistungen abverlangt. Sie erfordert [...] einen ganz besonderen und wesentlichen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland.*“, Delors, Jacques, Das neue Europa, S. 221.
- ³⁶³gemeint waren hiermit die sog. Konvergenzkriterien, die zur Teilnahme an der WWU erfüllt werden mussten.
- ³⁶⁴Artikel B des Vertrages von Maastricht vom 11.12. 1991, hier zitiert nach: Weidenfeld, Werner, Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union, Gütersloh 1994, S. 351.
- ³⁶⁵Seidelmann, Reimund, Die Europäische Union nach Maastricht, S 14.
- ³⁶⁶Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Rede auf dem 2. Parteitag der CDU in Dresden am 15. Dezember 1991. Hier zitiert nach: Hintze, Peter (Hrsg.), Helmut Kohl. Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973 – 1993, Stuttgart 1993, S. 381.
- ³⁶⁷Ebenda.
- ³⁶⁸Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 13. Dezember 1991. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/68. Hier zitiert nach: Bilanzen und Perspektiven, Bd. 2, S. 1116.
- ³⁶⁹Ebenda, S. 1116f.

4.4.1 Textbeispiele

- ³⁷⁰TAZ vom 12.12.1991, S. 2.
- ³⁷¹Laut Duden wird ‚schlurfen‘ als schleppende Gehweise bezeichnet. Vgl.: Duden Rechtschreibung in der Auflage vom Juli 2000, S. 857.
- ³⁷²SPIEGEL Nr. 51/1991, S. 22.
- ³⁷³Focus Nr. 43/1993, S. 18ff.
- ³⁷⁴SZ vom 12. Dezember 1991, S. 4.
- ³⁷⁵Die von ihm eingeforderte Kompetenzerweiterung des Europaparlaments wurde im Maastrichter Vertrag zwar festgeschrieben, vgl.: Artikel E, doch die Absicht, diese umzusetzen, blieb – ebenso wie die Vollendung der Politischen Union -undefiniert und weit hinter seinen zeitlichen Vorstellungen zurück.
- ³⁷⁶Beim Fingerhakeln sitzen sich zwei Kontrahenten an einem Tisch gegenüber, haken ihre Zeigefinger gegenseitig ein und versuchen so, den Arm des Gegners auf ihre Seite zu ziehen. Auf die Verhandlungen in Maastricht bezogen, bedeutet das im übertragenen Sinne, den Partner durch eine besondere Kraftanstrengung zum Nachgeben zu bewegen.
- ³⁷⁷Deutschland und Frankreich tendierten eindeutig zu einer eigenständigen, in die NATO integrierten Verteidigungsoption, die die Dominanz der USA einschränken sollte. Dies deckt sich auch mit den Vorstellungen Kohls, sich Europa als eine dritte Macht neben den Vereinigten Staaten und den Ostasien-Ländern entwickeln zu lassen. Großbritannien hatte daran kaum ein Interesse. Zudem

würde die WEU ganz eindeutig von Frankreich und Deutschland dominiert werden, was ebenfalls nicht im britischen Interesse sein konnte.

³⁷⁸FR vom 12. Dezember 1991, S. 3.

³⁷⁹FAZ vom 12. Dezember 1991, S. 1.

³⁸⁰Laut Duden bedeutet Föderalismus, von dem das Verb föderal abgeleitet ist, das Streben nach Selbständigkeit der einzelnen Länder innerhalb eines Staatenganges. Vgl.: Duden Rechtschreibung, a.a.O., S. 384.

³⁸¹Dennoch setzte er die Politik seiner Vorgängerin der Verweigerung und des taktischen Rückzugs aus der Gemeinschaft fort, was ihm offenbar weniger negativ angelastet wurde, als etwa Frau Thatcher, die allein schon wegen ihrer Schroffheit eine schwierige Verhandlungspartnerin war.

4.5 Auf dem Weg zur Politischen Union? Probleme nach Maastricht und der Gipfel von Amsterdam

³⁸²Vgl.: Janning, Josef und Piepenschneider, Melanie, Deutschland in Europa, S. 49. Hier finden sich auch kurze Erläuterungen zu den Schwerpunkten des Maastrichter Vertrages (S. 48ff.).

³⁸³Baun, Michael, The Maastricht treaty, S. 623.

³⁸⁴Randzio-Plath, Christa, Deutschland und Frankreich zwischen Maastricht und dem Binnenmarkt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 342/1992, S. 29. Dieser Artikel befasst sich vor allem mit dem deutsch-französischen Verhältnis nach Maastricht.

³⁸⁵Bundeskanzler Kohl in einer Rede zur deutsch-amerikanischen Partnerschaft am 26. Mai 1992, hier zitiert nach: Hintze, Peter (Hrsg.), Der Kurs der CDU, S. 415.

³⁸⁶ders. S. 431.

³⁸⁷Dazu und zu Kohls geäußerter Befürchtung, eine Chance auf Generationen zu vertun, siehe auch: Bering, Henrik, Helmut Kohl., S. 162.

³⁸⁸Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, S.394.

³⁸⁹ders., S. 398.

³⁹⁰vgl. Delors, Jacques, Das neue Europa, „Die Lehren von Maastricht“, S. 170ff.

³⁹¹Entscheidung des BVerfG am 12.10.1993.

³⁹²Hauptinitiator der Verfassungsklage beim BVerfG war der EP-Abgeordnete Brunner, der mit seiner Klage vor allem die nationale Eigenständigkeit erhalten und, so seine Argumentation, den übrigen Mitgliedstaaten ähnliche Möglichkeiten eröffnen wollte.

³⁹³Die Dänen lehnten in einem ersten Referendum am 2.6.1992 den Beitritt zur WWU mit 50,7% zu 49,3% knapp ab. Erst in einem zweiten Referendum am 18.5.1993 wurde das Ergebnis mit 56,8% zu 43,2% deutlich umgekehrt. Auch in Frankreich fiel das Votum für die WWU denkbar knapp aus. Am 20.9.1993 waren 51,05% dafür und 48,95 dagegen. Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Der Weg zur Europäischen Union, Bonn 1995, S. 87.

³⁹⁴Ebenda.

³⁹⁵Andersen, Uwe, Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) – Integrationsmotor oder Sprengsatz? In: Woyke, Wichard (Hrsg.), Die Europäische Union, Schwalbach/Ts., 1997, S.30.

³⁹⁶Ebenda.

³⁹⁷Zur gesamteuropäischen Problematik bei der Erfüllung der Konvergenzkriterien siehe auch, Busch, Klaus, Der Maastrichter Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion, in: Jachtenfuchs/Kohler-Koch: Europäische Union, Opladen 1996, S. 298ff.

³⁹⁸Rede des Bundeskanzlers Kohl auf dem 3. Parteitag der CDU in Düsseldorf am 27. Oktober 1992. Hier zitiert nach: Hintze, Peter (Hrsg.), Der Kurs der CDU, S. 436.

³⁹⁹ders., S. 437.

⁴⁰⁰Beitrittsgesuche wurden gestellt von: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien.

⁴⁰¹Delors Jacques, Das neue Europa, S. 245.

⁴⁰²Grupp, Claus, D., Die europäische Union, S. 182.

⁴⁰³Auszug aus den Vereinbarungen des Maastrichter Vertrages zur GASP. Hier zitiert nach Schmuck / Schröder, Der Weg zur Europäischen Union, a.a.O., S. 70.

⁴⁰⁴Hans Peter Schwarz: Welches Europa? Deutschland und das europäische Staatensystem nach dem Kalten Krieg, in: Seidelmann, Reimund (Hrsg.), Deutschland und Europa, S. 33f. Zur Diskussion hinsichtlich der Überlegungen neuer NATO-Strukturen sowie über die Konkurrenzdebatte zwischen NATO und WEU, die aus Platzgründen im Text nicht explizit erwähnt werden konnten,

siehe besonders Seidelmann, Reimund, Zur Neuordnung der westeuropäischen Sicherheitspolitik, in: Kreile, Michael, Die Integration Europas, S. 335ff und ders., Die Osterweiterung der NATO und Neuordnung Europas in: Spiegel der Forschung, Gießen, 1/1998, S. 111-116.

⁴⁰⁵ders., S. 34.

⁴⁰⁶Siehe dazu auch: Grupp, Claus, Die europäische Union, S. 187.

⁴⁰⁷Zur Revision des Maastrichter Vertrages, siehe: Jacob, Walter: Voraussetzungen, besondere Probleme des Amsterdamer Gipfels in: Böhringer, Peter / Jacob, Walter: Die Europäische Union. Wesen, Struktur, Dynamik, Zürich 1997, S. 168ff. und Feyerabend, Friedrich-Karl (Hrsg.): Europa 1992, Gießen, S. 38.

⁴⁰⁸In diesem Sinne äußerte sich der CDU-Europa-Abgeordnete Gahler in einem Gespräch mit dem Verfasser.

4.5.1. Textbeispiele

⁴⁰⁹TAZ Nr. 528 vom 21.06.1997, S. 10.

⁴¹⁰In den Spiegel-Ausgaben des Jahres 1997 konnte keine Berichterstattung eruiert werden, die sich unmittelbar mit dem Amsterdamer Gipfel auseinandersetzt. Daher wird hier nur indirekt und in der Diskussion über eine gemeinsame europäische Währung Bezug genommen.

⁴¹¹Der SPIEGEL Nr.43/1997, S. 101f.

⁴¹²Sowohl der SPIEGEL als auch das Magazin Focus berichteten 1996 und 1997 häufig über ein mögliches Scheitern Deutschlands an diesen Kriterien. Umso überraschender schien es daher, dass es „wundersamerweise“ nun nicht dazu kommen würde.

⁴¹³Auf entsprechende Anfragen in seinen Gesprächen mit den EP-Abgeordneten Gahler und Nassauer erhielt der Verf. einige Hinweise, die aber keine endgültige Erklärung darstellten.

⁴¹⁴Europäische Kommission (Hrsg.), Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Nr. 53, Frühjahr 2000, S. 47f.

⁴¹⁵vgl. Stimmungsbarometer in Spiegel Nr. 44, 1997, S. 58f.

⁴¹⁶In der ZDF-Reihe „Kanzler“ äußerte Kohl, dass seine europäischen Partnern ihn in der Tat als Garanten für die Einführung des Euro gesehen haben wollen. Ähnlich äußerten sich auch die EP-Abgeordneten Gahler und Nassauer gegenüber dem Verf.

⁴¹⁷Focus Nr. 26/1997, S. 20ff.

⁴¹⁸vgl. Politbarometer, S. 335.

⁴¹⁹Die SPD agierte im Wahlkampf 1997/98 äußerst geschickt, indem sie die Nominierung ihres Kandidaten immer wieder hinauszögerte. Lange Zeit glaubte Kohl in Lafontaine seinen Herausforderer zu sehen, den er als den leichteren Gegner einschätzte, wie es sich bereits 1990 als für ihn begünstigend herausstellte. Erst nach der für die SPD gewonnenen Landtagswahl im März 1998, also relativ spät, wurde der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat nominiert.

⁴²⁰In Frankreich gingen die Sozialisten als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor und in Großbritannien löste eine Labour-Regierung unter Tony Blair die bisher regierenden Konservativen ab. Auch für die Bundestagswahl 1998 können diese Machtverschiebungen aus der Retrospektive als richtungweisend betrachtet werden.

⁴²¹Hintergrund dieser Auseinandersetzung war die von Stoiber öffentlich geforderte strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien für den Euro. Er kritisierte in diesem Kontext die seiner Meinung nach zu nachgiebige Haltung des Kanzlers, der dem Fahrplan der Einführung ganz offensichtlich den Vorzug gab. Während Gahler hierin ein Profilierungsbedürfnis und populistische Vorgehensweise Stoibers erblickte, sah Nassauer keine grundsätzlichen Unterschiede in der Zielsetzung, wohl aber bezüglich des Weges dorthin.

⁴²²Dass diese damalige Einschätzung nicht ganz abwegig war, beweist die derzeitige interne Debatte in der CDU und CSU über den Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2002. Auch wenn Stoiber immer wieder öffentlich dementiert, kann ihm dennoch das Streben nach der Schröder-Nachfolge unterstellt werden.

⁴²³Stark vereinfacht formuliert, war die Regierungskoalition bemüht, den Zustrom von Asylanten, besonders aus den östlichen und südöstlichen Regionen, durch eine strengere Asylgesetzgebung zu vermindern, während die SPD und die Grünen eher für eine Lockerung und ein schnelleres Eingliederungsverfahren eintraten.

⁴²⁴SZ vom 18. Juni 1997, S. 4.

⁴²⁵FR vom 19. Juni 1997, S. 2.

⁴²⁶FAZ vom 18.06.1997, S. 1.

4.5.2 Thesen zu den Textinterpretationen

⁴²⁷Die sprachlichen Mittel der Polemik werden in einem Exkurs in Kapitel 6 ergänzend dargestellt.

⁴²⁸Der Hintergrund war die Verhaftung Augsteins im Zuge der sog. SPIEGEL-Affäre im Jahr 1962. Unter dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ stützte sich das Blatt auf vertrauliche Informationen aus dem Verteidigungsministerium. Die Redaktionsräume des SPIEGELS in Hamburg wurden daraufhin unter dem Verdacht des Landesverrats durchsucht und Augstein vorübergehend verhaftet. Später musste Verteidigungsminister Strauß seinen Vorwurf relativieren und als Minister zurücktreten. Die SPIEGEL-Affäre führte fast zum Sturz von Bundeskanzler Adenauer. Rudolf Augstein hat seitdem ein distanzierendes Verhältnis zur Politik der CDU/CSU und ihrer Repräsentanten.

⁴²⁹siehe Grafik 11.3.

⁴³⁰TAZ vom 2.10.1992, S. 15.

⁴³¹TAZ vom 31.10.1996, S. 7.

⁴³²TAZ vom 15.09.1997, S. 10.

⁴³³TAZ vom 12.07.1999, S. 3.

⁴³⁴Konrad Adenauer war 14 Jahre lang Bundeskanzler; Helmut Kohl 16 Jahre und damit länger als jeder andere Kanzler im Amt. Zum Vergleich: Ludwig Erhard: 3 Jahre, Kurt Georg Kiesinger: 3 Jahre, Willy Brandt: 5 Jahre, Helmut Schmidt: 8 Jahre. Helmut Kohls Kanzlerschaft dauerte insgesamt so lange, wie die seiner drei Vorgänger zusammen.

⁴³⁵TAZ vom 31.10.1996, S. 7. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Vergleich mit Heinrich Lübke, der als Verlegenheitskandidat der CDU 1959 zum Bundespräsidenten gewählt wurde und stets in dem ihm nicht gerecht werdenden Ruf stand, bei seinen öffentlichen Auftritten unbeholfen und tollpatschig zu sein. Diese Attribute wurden durch diesen Vergleich auf Helmut Kohl übertragen.

⁴³⁶TAZ vom 1.10.1996, S. 8.

⁴³⁷Ebenda.

⁴³⁸Essay von Claus Leggewie in: SPIEGEL Nr. 39/1999, S. 30.

⁴³⁹SPIEGEL Nr. 40/1995, S. 22.

⁴⁴⁰SPIEGEL Nr. 14/1997, S. 35.

⁴⁴¹SPIEGEL Nr. 2/1998, S. 22.

⁴⁴²Wie subtil die Anspielungen sein können, verdeutlicht dieses Beispiel. In Abwandlung eines Werbespots für einen bekannten Heiltropfen, „nie war er so wertvoll wie heute“, wird durch das Ersetzen des Verbs „wertvoll“ durch „mächtig“ gegen Kohl polemisiert.

⁴⁴³vgl. Fußnote 348.

⁴⁴⁴vgl. Fußnote 349.

⁴⁴⁵SPIEGEL Nr. 40/1997, S. 22.

⁴⁴⁶Ebenda.

⁴⁴⁷SPIEGEL Nr. 40/1997, S. 23.

⁴⁴⁸Ebenda.

⁴⁴⁹Auf dem CDU-Parteitag 1989 in Bremen unternahm der damalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth und der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth den Versuch, Helmut Kohl als Parteivorsitzenden zu stürzen und Späth als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1989 zu nominieren, weil sie die Auffassung vertraten, mit Kohl diese Wahl nicht mehr gewinnen zu können. Sinnig äußerte sich dazu Lothar Späth in der ZDF-Dokumentation „Kanzler“ Folge 6. Mit sicherem Gespür wandte Kohl die ihm drohende Gefahr ab. Rita Süssmuth blieb zwar Präsidentin des Deutschen Bundestages, Heiner Geißler verlor das Amt des Generalsekretärs und Lothar Späth kehrte nicht mehr in den CDU-Bundesvorstand zurück. Auch als Helmut Kohl Abstand davon nahm, 1998 auf die Kanzlerkandidatur zu verzichten, die er vorher dem CDU-Fraktionschef Schäuble offiziell antrug, war das Verhältnis der beiden empfindlich gestört, was nach dem Bekanntwerden der Schwarzgeldkonten nach Kohls Abwahl 1999 vollends zerbrach.

⁴⁵⁰Focus Nr. 49/1993, S. 18.

⁴⁵¹Focus Nr. 9/1994, S. 19.

⁴⁵²Focus Nr. 34/1994, S. 19.

⁴⁵³Focus Nr. 43/1996, S. 26/27.

⁴⁵⁴Focus Nr. 49/1993, S. 19.

⁴⁵⁵Ebenda.

⁴⁵⁶ders., S. 20.

⁴⁵⁷Focus Nr. 34/1994, S. 19.

⁴⁵⁸Focus Nr. 43/1996, S. 27.

5. DER KANZLER UND DIE MEDIEN

5.1 Der Kanzler und die Printmedien

⁴⁵⁹Vgl. Wiedemeyer, Wolfgang, Kohl und die Medien, in: Appel, Reinhard (Hrsg.), Kohl im Spiegel seiner Macht, S. 278.

⁴⁶⁰Peter Boenisch in der ZDF-Reihe „Kanzler“, Folge 6: „Der Patriot“.

⁴⁶¹Eduard Ackermann, Mit feinem Gehör, S. 398. Siehe auch: Wiedemeyer, Kohl und die Medien, a.a.O., S. 280.

⁴⁶²Wiedemeyer, a.a.O., S. 274.

⁴⁶³ders., S. 273.

⁴⁶⁴ders., S. 274.

⁴⁶⁵ders., S. 281.

⁴⁶⁶Ackermann, Mit feinem Gehör, S. 399.

⁴⁶⁷Wiedemeyer, a.a.O., S. 280.

⁴⁶⁸Kohl in: „Kanzler“, Folge 6.

⁴⁶⁹Wiedemeyer, a.a.O., S. 280.

⁴⁷⁰vgl. Stellungnahme in Verbindung mit der Verkündung der sowjetischen Zustimmung zur deutschen Einheit durch Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau, in: Kanzler, Folge 6

6. SPRACHLICHE MITTEL DER MEINUNGSBILDUNG

6.1 Textsorte und sprachstilistische Mitte

⁴⁷¹vgl. Textbeispiel Nr. 13.

⁴⁷²eine weit verbreitete Unart im deutschen Sprachgebrauch ist die Verwendung des Dativs (wegen dem), die auch in der journalistischen Berichterstattung häufig anzutreffen ist. Korrekt müsste der Genitiv (wegen des) gebraucht werden.

⁴⁷³Die nach dem Sieg über Frankreich aufkommende Wendung „größter Feldherr aller Zeiten“ wurde später im Volksmund, als sich die Niederlage des Dritten Reiches abzeichnete, spöttisch zu „Gröfaz“ verkürzt. Die Parallele zu „Gröwaz“ ist unverkennbar.

6.1.2 Syntaktische Betrachtung

⁴⁷⁴Eine umfassende semantische und syntaktische Analyse würde den Rahmen dieses Exkurses sprengen, daher wurde hierfür nur eine exemplarische Untersuchung an den Textbeispielen der sowjetischen Zustimmung zur deutschen Einheit (Beispiele 9 bis 13) unternommen.

7. ABSCHLIESSENDE BETRACHTUNG DER LEISTUNG VON PRINTMEDIEN BEI DER MEINUNGSBILDUNG HINSICHTLICH DER DARSTELLUNGSWEISE DER EUROPAPOLITIK HELMUT KOHLS

⁴⁷⁵Helmut Kohl in einem Interview mit Dieter Kronzucker in der SAT 1-Reihe „Zeugen des Jahrhunderts“, am 3. Oktober 2000 in Berlin.

⁴⁷⁶Der SPIEGEL Nr. 42, 1994, S. 9.

⁴⁷⁷Detting, Warnfried, Das Erbe Kohls. Bilanz eine Ära, Ffm. 1994, S. 138f. Der Autor setzt sich hier dezidiert mit der „Erbfolge“ Kohls auseinander und vertritt darin die Ansicht, dass ein zeitiger Wechsel von Kohl zu Schäuble durchaus zu einem erneuten Wahlsieg der Union 1998 hätte führen können, zumal die SPD lange Zeit aus taktischen Gründen gezögert hatte, ihren Kanzlerkandidaten zu nominieren. In den üblichen Umfragen vor einer Bundestagswahl hätte Schäuble gegen den SPD-Kandidaten Lafontaine die besseren Chancen gehabt und wäre auch für Gerhard Schröder ein ernstzunehmender Gegner gewesen. Helmut Kohl wurden hingegen in jedem Fall nur noch geringe Chancen eingeräumt. Zur erneuten Kanzlerkandidatur Kohls 1998 siehe auch, Busche, Jürgen, Helmut Kohl, Kap. 20, „Kohl tritt noch einmal an“, S. 281ff., Bahners, Patrick, Im Mantel der Geschichte, S. 158ff. und Dreher Klaus, Helmut Kohl, Kap. 30 „Machtprobe“, S. 614ff.

⁴⁷⁸Helmut Kohl in der ZDF-Reihe: „Kanzler“, a.a.O.

⁴⁷⁹Die EP-Abgeordneten Gahler und Nassauer äußerten sich ebenfalls in diesem Sinne.

⁴⁸⁰Helmut Schmidt in der ZDF-Reihe: Kanzler, Folge 5: Der Macher.

⁴⁸¹vgl. Grafik unter 11.3.

9. QUELLEN

A: Presseberichte:

TAZ:	SZ:	FR:	FAZ:	Spiegel:	Focus:
29.11.1989	18.11.1989	30.10.1989	30.11.1989	Nr. 49/1989	Nr. 43/1993
05.12.1989	12.02.1990	12.02.1990	11.12.1989	Nr. 50/1989	Nr. 09/1994
12.02.1990	0.10.1990	04.10.1990	12.02.1990	Nr. 01/1990	Nr. 34/1994
05.10.1990	12.12.1991	12.12.1991	04.10.1990	Nr. 08/1990	Nr. 43/1996
12.12.1991	18.06.1997	19.06.1997	12.12.1991	Nr. 51/1991	Nr. 26/1997
02.10.1992			18.06.1997	Nr. 40/1995	
31.10.1996				Nr. 14/1997	
01.10.1996				Nr. 40/1997	
21.06.1997				Nr. 43/1997	
12.07.1997				Nr. 02/1998	
15.09.1997					

B: Reden

Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 13. Oktober 1982.

Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl vor der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) am 10.02.1983.

Feierliche Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983.

Vertrag zur Gründung einer Europäischen Union vom 14. Februar 1984.

Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundesausschuss der CDU am 20. Februar 1984 in Bonn.

Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag in seiner Regierungserklärung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland am 27. Februar 1985.

Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl am 27. Juni 1985 vor dem Deutschen Bundestag.

Erklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 5. Dezember 1985.

Rede Helmut Kohls anlässlich der Eröffnung des CDU-Kongresses „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ am 18. Januar 1989 in Bonn.

Regierungserklärung Bundeskanzler Kohls zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europa vom 28. November 1989.

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl zur 112. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 12/5, 30. Januar 1990.

Rede Bundeskanzler Kohls anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Königswinter-Konferenz in Cambridge am 29. März 1990. Veröffentlicht in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 43 vom 3. April 1990.

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Kohl am 13. Dezember 1991. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/68.

Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl auf dem 2. Parteitag der CDU in Dresden am 15. Dezember 1991.

Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl zur deutsch-amerikanischen Partnerschaft am 26. Mai 1992.

Rede des Bundeskanzlers Helmut Kohl auf dem 3. Parteitag der CDU in Düsseldorf am 27. Oktober 1992.

Rede des Außenministers Fischer am 12. Mai 2000 an der Humboldt-Universität Berlin.

C: Dokumentationen:

Bilanzen und Perspektiven, Bd. 1 und 2, Bonn 1994. Dokumentation zur Ostpolitik der Bundesregierung. Verträge, Vereinbarungen und Erklärungen. Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Offizielle Schlusserklärung des EG-Rates anlässlich des Sondergipfels in Dublin.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 11. Wahlperiode. Stenografische Berichte. 173. Sitzung vom 8.11.1989.

Artikel B des Vertrages von Maastricht vom 11.12. 1991.

ZDF-Dokumentation „Kanzler“ von Guido Knopp. Folgen 3; 5 und 6, 1998.

SAT-1-Reihe: Zeugen des Jahrhunderts. Dieter Kronzucker im Gespräch mit Helmut Kohl am 3.10.2000 in Berlin.

D: Biografien und Charakterisierungen:

Appel, Reinhard (Hrsg.), Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990.

Bahners, Patrick, Im Mantel der Geschichte. Siedler Verlag 1998.

Busche, Jürgen, Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolges, Berlin-Verlag 1998.

Dettling, Warnfried, Das Erbe Kohls. Bilanzen einer Ära, Frankfurt am Main 1994.

Diekmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin – Ullstein 1999.

Dreher, Klaus, Helmut Kohl. Leben mit Macht, Stuttgart 1998.

Flimer, Werner und Schwan, Heribert, Helmut Kohl. Düsseldorf und Wien 1985.

Maser, Werner, Helmut Kohl. Der deutsche Kanzler, Berlin 1990.

E: Interviews:

Gespräch mit dem EP-Abgeordneten der CDU, Michael Gahler, am 15.09. 2000.

Telefonat mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im EP-Parlament Nassauer am 21.09.2001.

10. LITERATUR

A: ZUR EUROPAPOLITIK BIS ZUM HERBST 1989

Ackermann, Eduard, Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Republik.

Bergisch-Gladbach 1994.

Beilken, Kurt, Architekten und Baumeister des Europäischen Hauses, Bonn 1993.

Bender, Peter, Die „neue Ostpolitik“ und ihre Folgen, München 1995.

Bücker, Joseph und Schlimbach, Helmut, Die Wende in Bonn. Deutsche Politik auf dem Prüfstand, Heidelberg 1983.

Busche, Jürgen, Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolges, Berlin 1998.

Fröhlich, Manuel, Sprache als Instrument politischer Führung, München 1997.

Gaddum Eckart, Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung, Paderborn 1994.

Genscher, Hans Dietrich, Erinnerungen, Berlin 1995.

Gorbatschow, Michail, Erinnerungen, Berlin 1995.

Guérin-Sendelbach, Valérie, Ein Tandem für Europa ? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre, Bonn 1993.

Hacke, Christian, Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1993.

Hanrieder, Wolfram, Deutschland – Europa – Amerika, Paderborn 1992.

Hintze, Peter (Hrsg.), Helmut Kohl. Der Kurs der CDU, Stuttgart 1993.

Institut für Europäische Politik (Hrsg.), Die europapolitische Rolle der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1984.

Janning, Josef und Piepenscheider, Melanie, Deutschland in Europa, Melle 1993.

Jäger, Wolfgang, Die „Wende“ 1982. Schuldzuweisungen für das Ende der sozial-liberalen Koalition. In: Die politische Meinung 1988, Nr. 24, S. 63 – 68.

Knoche, Meinhard (Hrsg.), Europa 1992. Durchbruch zur Europäischen Union, VII, Koblenz 1989.

-
- Korte, Karl-Rudolf, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982 – 1989. In: Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 1. Stuttgart 1998.
- Mahnke, Dieter, Kontinuität und Wandel. Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit dem Regierungswechsel 1982, in: Politik und Kultur, 1987, Heft 1, S. 33 – 50.
- Merck, Johannes, Klar zur Wende ? Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980 – 1982. In: Politische Vierjahresschriften 1987, Heft 4, S. 385 ff.
- Nicklaß, Karlheinz, Kanzlerdemokratie: Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl. Stuttgart 1988.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, Was erwartet der Bürger von Europa ? In: Europa 1992. Durchbruch zur Europäischen Union, V., Koblenz 1989.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Dokumente zur Ostpolitik, Bonn, o. J.
- Seidelmann, Reimund, European Security and the European Communities, in: Journal of European Integration, Montreal 1984, S. 221 – 251.
- Schmidt, Helmut, Der Kurs heißt Frieden, Frankfurt am Main 1982.
- Stiftung zur Zusammenarbeit Christlicher Demokraten Europas (Hrsg.), Dokumentationen – Bd. 1, Bonn 1993.
- Weidenfeld, Werner: 30 Jahre EG, Bilanz der Europäischen Integration, Europa-Union Verlag 1987.
- Weidenfeld, Werner und Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Europa von A bis Z. Bonn 1991.
- Wörner, Manfred, Die Atlantische Allianz in den neunziger Jahren, in: Europa-Archiv, 46, 1991, S. 61 – 70.

B: Zur Europapolitik ab Herbst 1989

- Ackermann, Eduard: Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Republik. Bergisch-Gladbach 1994.
- Adomeit, Hannes, Imperial Overstretch, Germany in Soviet Policy, Baden-Baden 1998.

-
- Afheld, Horst u. a., German Unity and the Futur European Order of Peace and Security, Mosbach 1990.
- Andersen, Uwe, Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) – Integrationsmotor oder Sprengsatz ?, in: Woyke, Wichard (Hrsg.), Die Europäische Union, Schwalbach/Ts., 1997, S. 25 – 45.
- Artus, Patrick und de Boissieu, Christian, Wiedervereinigung, Europäisches Währungssystem und der Übergang zur Europäischen Wirtschaftsunion, in: Deubner, Christian (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa. Herausforderungen und Strategien, Baden-Baden 1991, S. 175 – 191.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1995.
- Bahrman, Hannes und Links, Christoph, Chronik der Wende, Berlin 1999.
- Baring, Arnulf, German's new position in Europe, Oxford 1994.
- Baun, Michael: The Maastricht Treaty, in: Political Science Quarterly, Nr. 4, 1995, S. 605 – 624.
- Bender Peter, Die „neue Ostpolitik“ und ihre Folgen, München 1995.
- Bergsdorf, Wolfgang, Deutschland im Stress, Aktuell- Verlag, o. J.
- Bering Henrik, Helmut Kohl, o. J.
- Bierling, Stephan, Wirtschaftshilfe für Moskau, Paderborn 1998.
- Blumenwitz, Dieter, Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung, in: Zeitschrift für Politik, 1/1990, S. 1 – 19.
- Böhringer, Peter und Jacob, Walter, Die Europäische Union. Wesen, Struktur, Dynamik, Zürich 1997.
- Braun-Moser, Ursula, Deutschland braucht Europa. Der Binnenmarkt und die Politische Union, in: Feyerabend, Friedrich-Karl (Hrsg.), Europa 1992, Gießen 1993, S. 29 – 38.
- Bruck, Elke und Wagner, Peter. (Hrsg.), Wege zum 2 + 4 Vertrag, Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit, München 1996.
- Busche, Jürgen, Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolges. Berlin 1998
- Claval, Paul, Europe in change – old problems and new opportunities. In: Marquard-Kuron, Arnulf (Hrsg.), Die Vereinigten Staaten von Europa – Anspruch und Wirklichkeit, Berlin 1991, S. 33 – 45.
- Delors, Jacques, Das neue Europa, München u. a. 1993.

-
- Deubner, Christian (Hrsg.), Die deutsche Gemeinschaft in einem neuen Europa, Baden-Baden 1991.
- Dieckmann, Kai und Reuth, Ralf Georg, Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990.
- Ehmke, Horst: Mittendrin, Berlin 1994.
- Europäische Kommission (Hrsg.), Heft 53, Frühjahr 2000.
- Ferger, Werner, Helmut Kohl und die Geschichte, in: Appel, Reinhard (Hrsg.), Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990, S. 60ff.
- Fest, Joachim, Europe in a Cul-de-sac, in: Baring, Arnulf (Hrsg.), Germany's new Position in Europe, Oxford/Providence, USA, 1994, S. 51 – 64.
- Geis, Imanuel: Europäische Perspektiven nach der deutschen Einigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 52 – 53, 1990.
- Genscher, Hans Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.
- Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, Berlin 1995.
- Grosser, Dieter, Das Wagnis der Wirtschafts- und Währungsunion. Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 2, Stuttgart 1998.
- Grupp, Claus D., Die Europäische Union, Köln 1995.
- Hintze, Peter (Hrsg.), Helmut Kohl. Der Kurs der CDU, Stuttgart 1993.
- Jachtenfuchs und Kohler-Koch, Europäische Integration, Opladen 1996.
- Janning, Josef und Piepenschneider, Melanie, Deutschland und Europa, Melle 1993.
- Kaiser, Karl. u. a., (Hrsg.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik. Symposium der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 19. Oktober 1992, Dezember 1992.
- Kiessler, Richard und Elbe, Frank, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken, Baden-Baden 1993.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Helmut Kohl und die Deutsche Einheit – Eine Zitatensammlung 1966 bis 1989 -, St. Augustin o. J.
- Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982 – 1989. In: Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 1. Stuttgart 1998.
- Korte, Karl Rudolf, Das Dilemma des Nationalstaates in Westeuropa. Zur Identitätsproblematik der europäischen Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1993, Bd. 14, S. 21 – 28.
- Kreile, Michael (Hrsg.), Die Integration Europas, Opladen 1992.

-
- Meyers, Reinhard, Im Osten nichts Neues ? Problemkonstanten einer EU-Erweiterung, in: Woyke, Wichard (Hrsg.), Europäische Union, Schwalbach/Ts. 1997, S. 46 – 65.
- Mitterrand, François, Über Deutschland, Frankfurt am Main 1996.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, Was erwartet der Bürger von Europa ? In: Europa 1992. Durchbruch zur Europäischen Union, Teil V, Europäische Gemeinschaft, „Bürger und Demokratie“, S. 66ff.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Helmut Kohl. Bilanzen und Perspektiven 1989 – 1991, Regierungspolitik 1989 – 1991, Bde. 1 und 2, Bonn 1992.
- Randzio-Plath, Christa, Deutschland und Frankreich zwischen Maastricht und dem Binnenmarkt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 342, 1992, S. 28 – 35.
- Rühl, Lothar, Die Interessenlage der Bundesrepublik: „Nationale“ oder „multilaterale“ Interessenbestimmung, in: Kaiser, Karl und Maull, Hanns, W., (Hrsg.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik, Dezember 1992, S. 24 – 34.
- Schäuble, Wolfgang: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991.
- Schwarz, Hans-Peter, Germany's National and European Interests. In: Baring, Arnulf (Hrsg.), Germany's New Position in Europe. Problems and Perspectives, Oxford/Providence, USA, 1994, S. 107 – 130.
- Schwarz, Hans-Peter, Welches Europa ? Deutschland und das europäische Staatensystem nach dem Kalten Krieg, in: Seidelmann, Reimund (Hrsg.), Deutschland und Europa, Jena, Weimar u.a. 1994, S. 33ff.
- Seewald, Heinrich (Hrsg.), Helmut Kohl. Deutschlands Zukunft in Europa. Reden und Beiträge des Bundeskanzlers. Herford 1990.
- Seidelmann, Reimund (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1989.
- Seidelmann, Reimund, Die neue Architektur Europas, in: Woyke, Wichard (Hrsg.), Das internationale System an der Jahrtausendschwelle, Wochenschau-Verlag, o.J., S. 45 – 55.
- Seidelmann, Reimund, Zur Neuordnung der westeuropäischen Sicherheitspolitik, in: Kreile, Michael (Hrsg.), Die Integration Europas, Opladen 1992, S. 335 – 361.
- Seidelmann, Reimund, NATO, WEU oder KSZE ? Zur Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur in den 90er-Jahren, in: Deubner, Christian

-
- (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa, Baden-Baden 1991.
- Seidelmann, Reimund und Schmitt, Karl (Hrsg.), Deutschland und Europa, Eröffnung des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich Schiller-Universität Jena, Weimar u.a. 1994.
- Seidelmann, Reimund: Die Osterweiterung der NATO und Neuordnung Europas, in: Spiegel der Forschung 1, Gießen 1998, S. 111 – 116.
- Seidelmann, Reimund, Die Europäische Union nach Maastricht, in: Schirm, Magda (Hrsg.), Jenseits des Marktes, 1999, S. 9 – 15.
- Senghans, Dieter, Verflechtung und Integration, in: Kaiser, Karl und Maull, Hanns W. (Hrsg.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik, Bonn 1992, S. 35 – 52.
- Teltschik, Horst, 29 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.
- Thies, Jochen und Wagner, Wolfgang (Hrsg.), Das Ende der Teilung. Der Wandel in Deutschland und Osteuropa, Bonn 1990.
- Uterwedde, Henrik, Die Europäische Gemeinschaft. Entwicklung, Zwischenbilanzen und Perspektiven zum Binnenmarkt 1992, Berlin 1989.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union. Gütersloh 1994.
- Weidenfeld, Werner, Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union, Gütersloh 1996.
- Weidenfeld, Werner und Korte, Rudolf (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991.
- Weidenfeld, Werner u. a., Außenpolitik für die deutsche Einheit. Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 1, Bonn 1998.
- Weidenfeld, Werner und Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn 1991.
- Weilemann, Peter, Der deutsche Beitrag zur Überwindung der europäischen Teilung – Die Zehn Punkte von Bundeskanzler Helmut Kohl, in: Außenpolitik, Hamburg 1/1990, S. 15 – 23.
- Wiedemeyer, Wolfgang, Kohl und die Medien, in: Appel, Reinhard (Hrsg.), Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990, S. 272 – 283.
- Woyke, Wichard (Hrsg.), Die Europäische Union, Schwalbach/Ts. 1997
- Woyke, Wichard, Europäische Union. Erfolgreiche Krisengemeinschaft, Oldenburg 1998.

Zimmermann, Friedrich: Kabinettstückchen. Politik mit Strauß und Kohl, München
1991.

11. Anhang

11.1 Übersicht über die Auflagenstärke der meistverkauften Tageszeitungen für das 1. Quartal 2000

Abb.1

Auflagenvergleich überregionale Wettbewerber

Verkaufte Auflage I. Quartal 1999 und 2000					
		Verkaufte Auflage		Differenz zum Vorjahr	
		I/1999	I/2000	absolut	in %
Süddeutsche Zeitung	Mo-Fr	395.055	404.155	9.100	2,3%
	Sa	559.855	550.646	-9.209	-1,6%
	Mo-Sa	423.887	427.328	3.441	0,8%
Frankfurter Allgemeine Zeitung	Mo-Fr	396.738	392.138	-4.600	-1,2%
	Sa	512.275	486.565	-25.710	-5,0%
	Mo-Sa	416.499	407.097	-9.402	-2,3%
Die Welt	Mo-Sa	223.258	242.592	19.334	8,7%
Frankfurter Rundschau	Mo-Fr	178.055	178.289	234	0,1%
	Sa	254.894	253.491	-1.403	-0,6%
	Mo-Sa	191.061	190.405	-656	-0,3%
Handelsblatt	Mo-Fr	148.456	167.410	18.954	12,8%
Die Zeit	wöchentlich	446.850	446.890	40	0,0%
Welt am Sonntag	So	408.452	434.311	25.859	6,3%

Montag-Samstag wieder über 400.000 verkaufte Exemplare

Im I. Quartal 2000 konnte die Süddeutsche Zeitung einen Auflagenzuwachs von 3.441 Exemplaren im Wochendurchschnitt Montag bis Samstag gegenüber dem I. Quartal 1999 erzielen.

Quelle: I/W Auflagenlisten I/99 und I/2000
Gültigkeit bis Ende Juli 2000

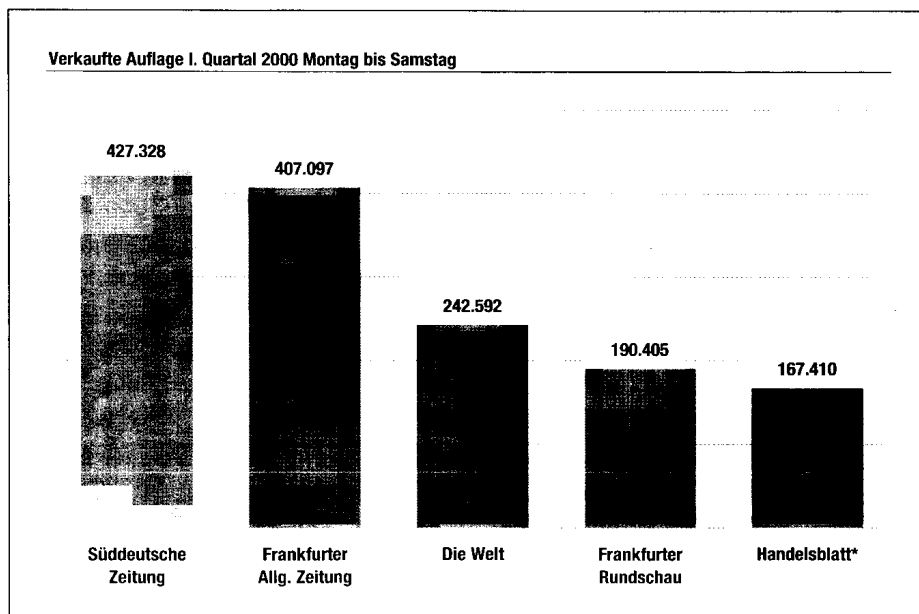
F:\office\w\w\date\anvg\12000.doc * 1

Süddeutsche Zeitung • Marketing-Forschung • April 00 / 31

Süddeutsche Zeitung
Deutschlands große Tageszeitung

Abb. 2

Über 420.000 verkaufte Exemplare



Eine Auflage, die sich sehen lassen kann

Wie schon in den Jahren zuvor konnte die Süddeutsche auch im I. Quartal 2000 wieder eine herausragende Auflagenposition melden.

* Montag bis Freitag

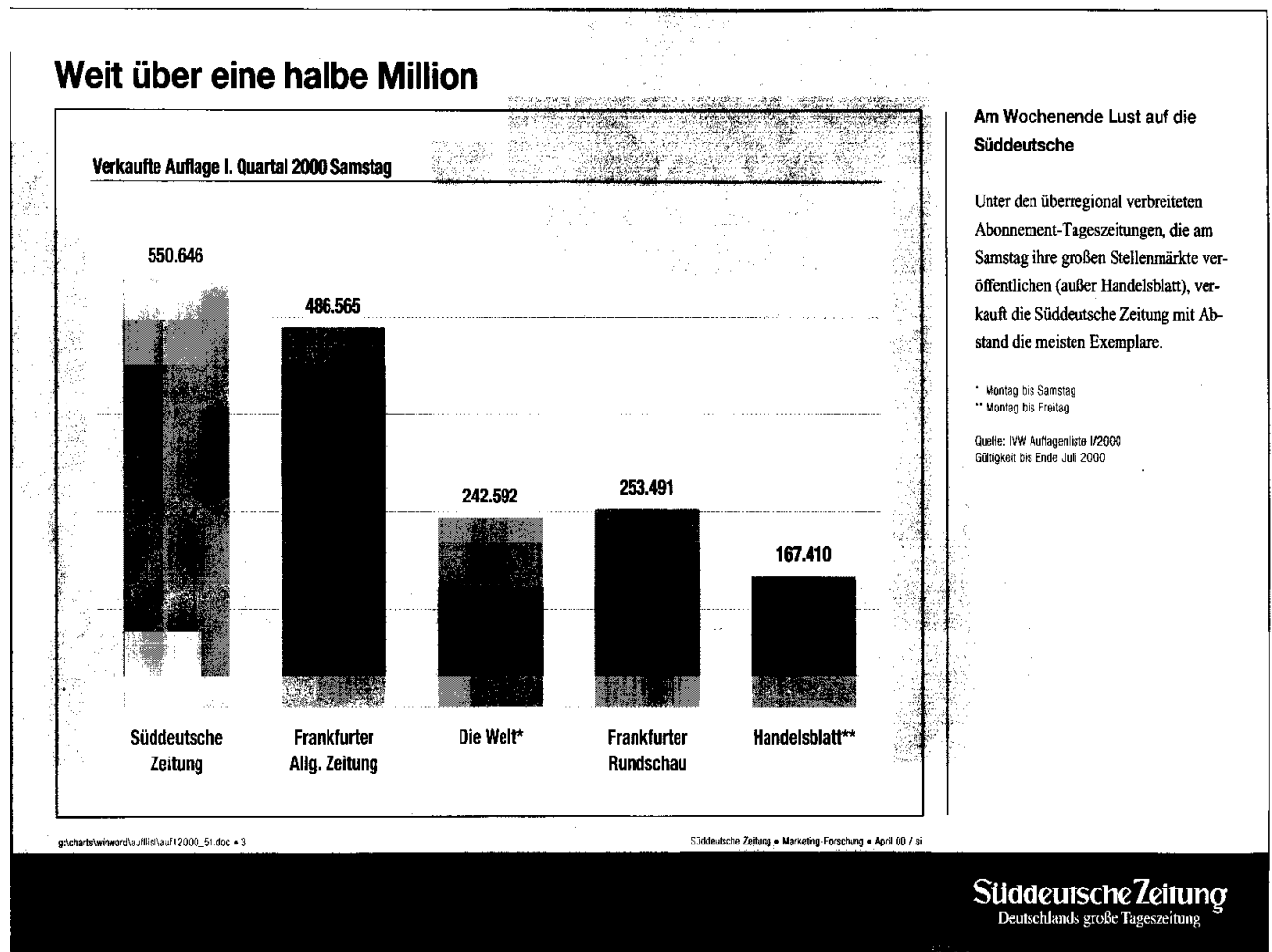
Quelle: I/W Auflagenliste I/2000
Gültigkeit bis Ende Juli 2000

g:\cnc\ts\w\w\date\allksta\12000_Sl.doc * 1

Süddeutsche Zeitung • Marketing-Forschung • April 00 / 31

Süddeutsche Zeitung
Deutschlands große Tageszeitung

Abb. 3

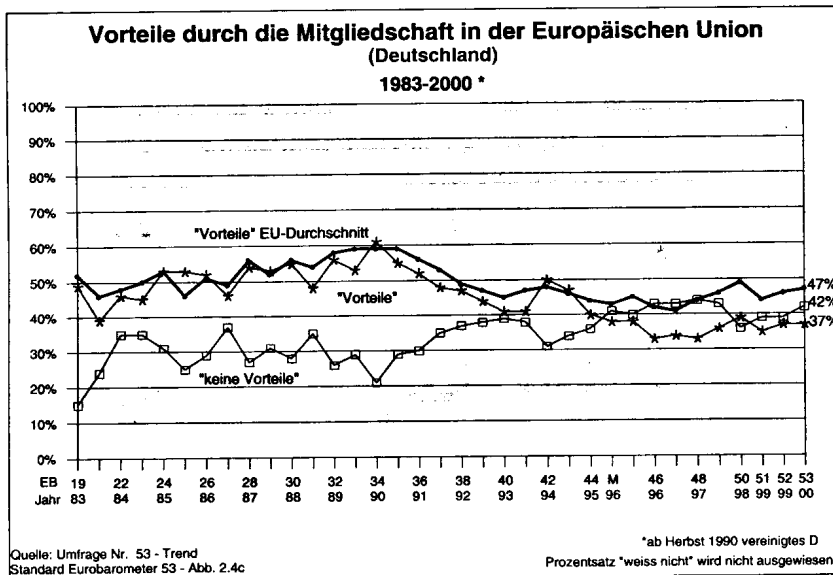
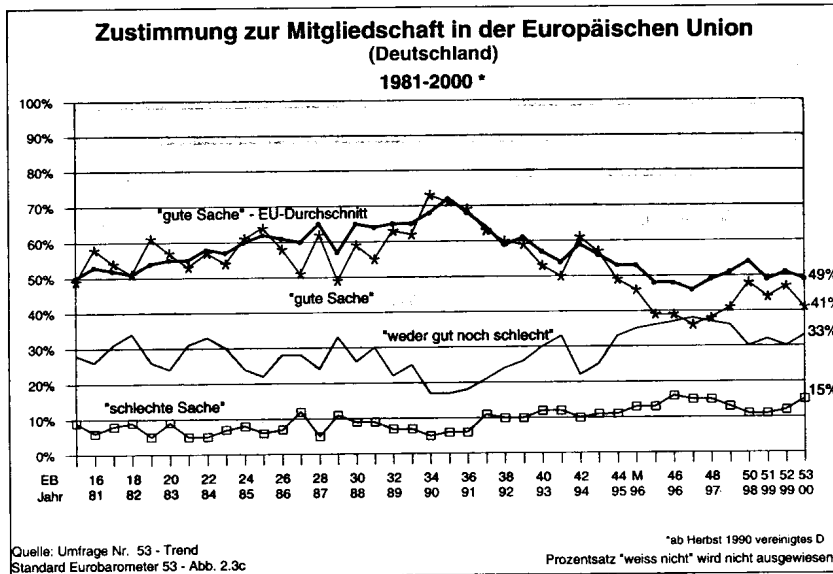


11.2. Zustimmung und Erwartungshaltung der Deutschen zur EU seit 1981
 aus: Eurobarometer 53, Frühjahr 2000

Abb. 4

Standard Eurobarometer 53

DEUTSCHLAND



11.3 Die Bundesregierungen unter Helmut Kohl in der Wählergunst Der Spiegel, Wahlsonderheft 2000, S. 9

Abb. 5

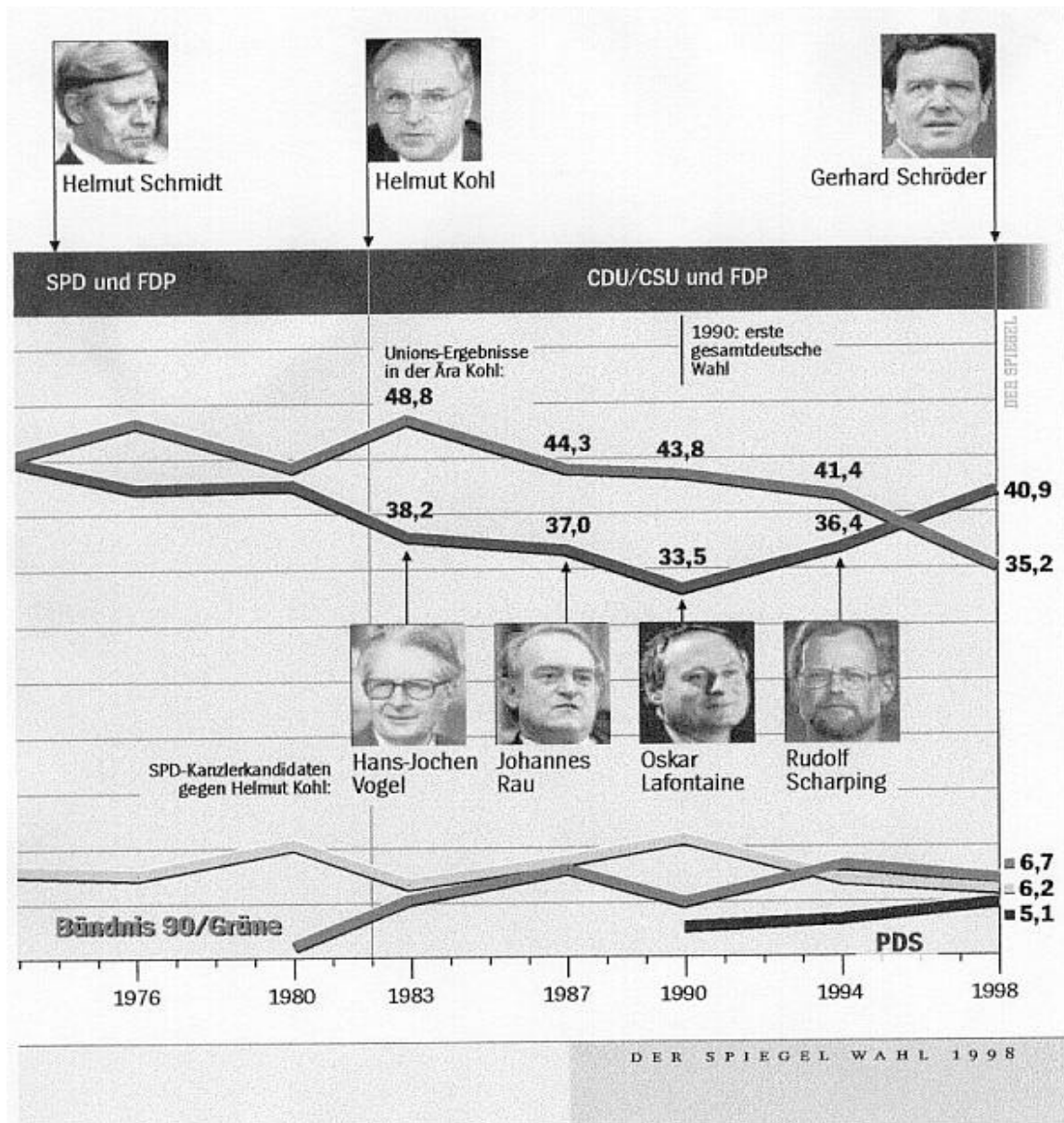


Abb. 5: Zustimmung zur Politik Helmut Kohls von 1983 bis 1994
 Aus: Der Spiegel Nr. 9/1994, S. 21

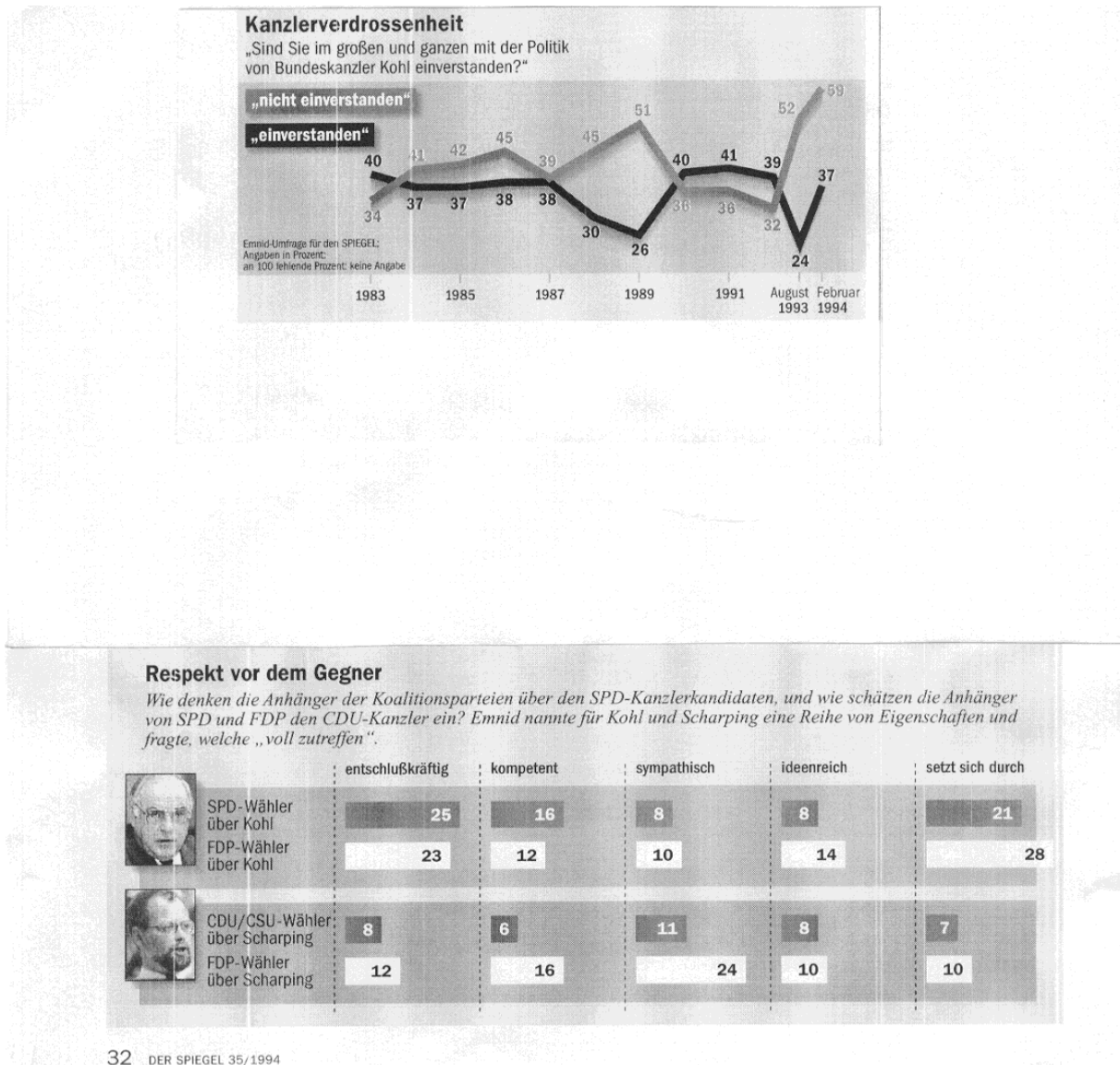


Abb. 6: Beispiel Bundestagswahl 1994: Direkter Vergleich zwischen Helmut Kohl und seinem Herausforderer Rudolf Scharping

Abb. 7:
Erwartungen hinsichtlich eines Regierungswechsels bei der Bundestagswahl 1994.

Aus: Der SPIEGEL Nr. 10/1994, S. 45

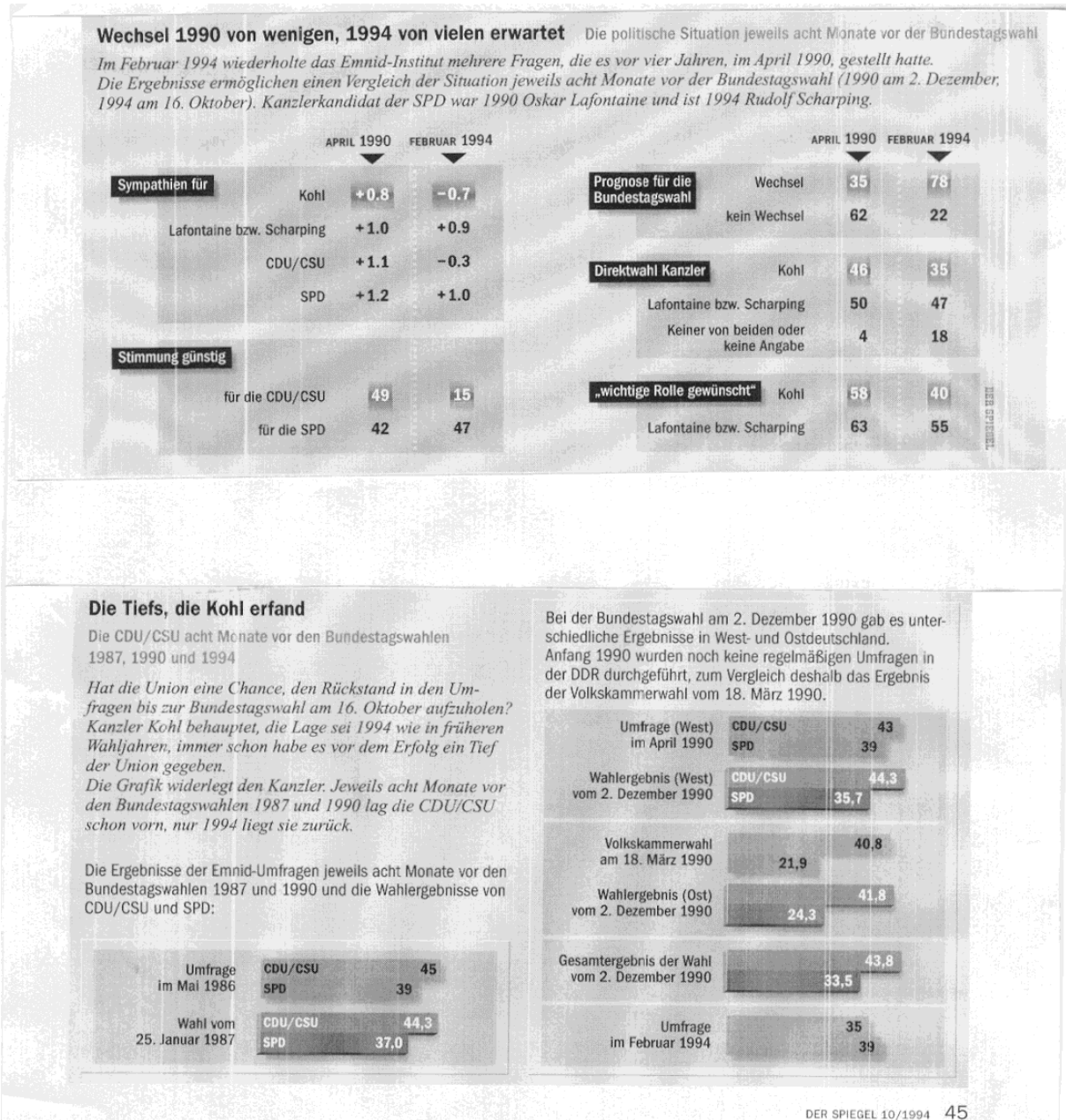


Abb. 8: Popularitätsvergleiche zwischen CDU/CSU und SPD seit Mai 1986